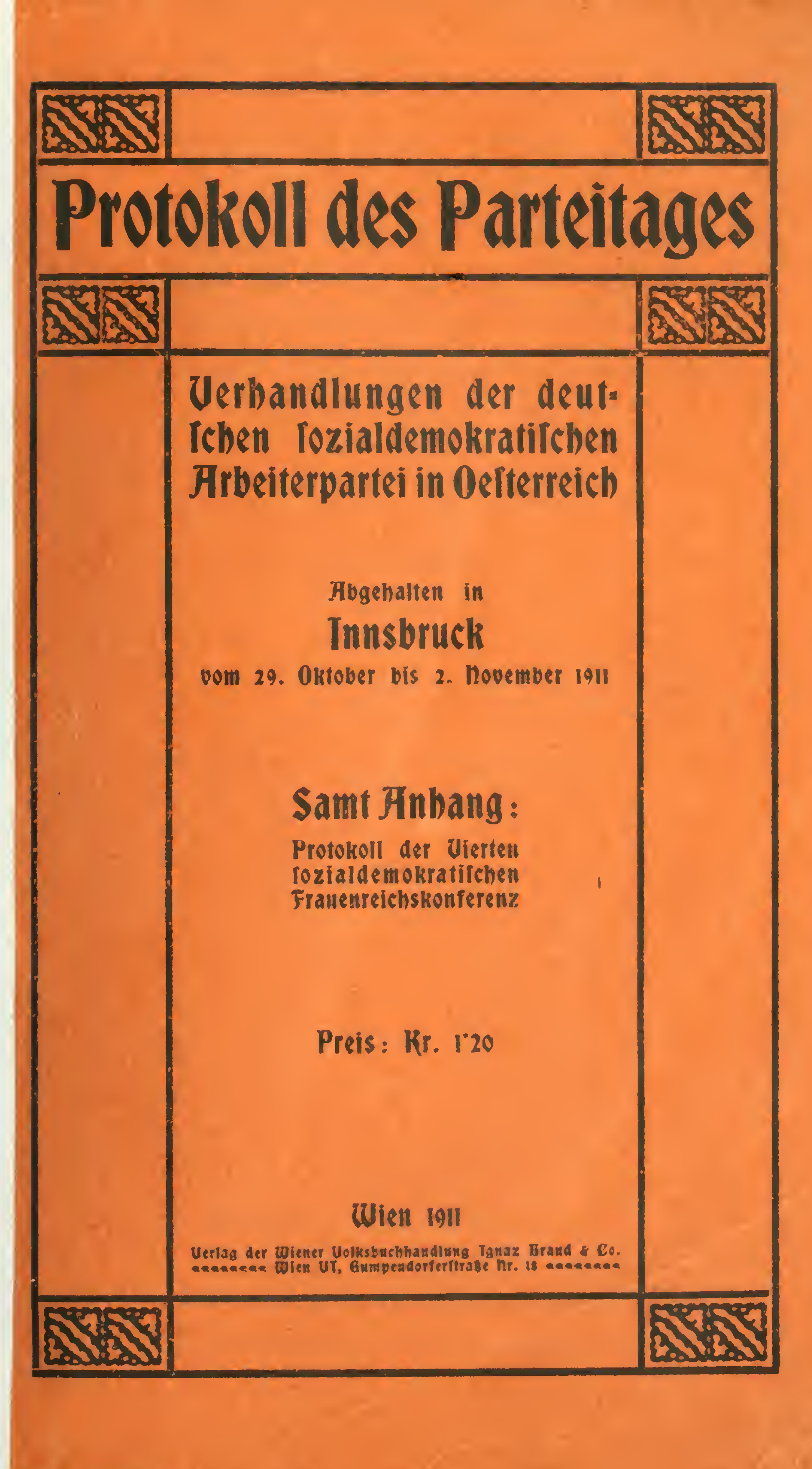




Protokoll des Parteitages

Verhandlungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten in

Innsbruck

vom 29. Oktober bis 2. November 1911

Samt Anhang:

Protokoll der Vierten sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz

Preis: Kr. 1·20

Wien 1911

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Wien VI, Gumpendorferstraße Nr. 18

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der deutschen sozialdemokratischen :: Arbeiterpartei in Oesterreich ::

Abgehalten in Innsbruck vom 29. Oktober bis 2. November 1911

Wien 1911

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung
Ignaz Brand & Co.
VI. Gumpendorferstraße 18

Tagesordnung.

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäftsordnung und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatprüfungskommission.
2. Berichte:
   a) der Parteivertretung, Berichterstatter: Ferdinand Skaret; Kassenbericht Berichterstatter: Wilhelm Ellenbogen;
   b) über die Parteipresse, Berichterstatter: Friedrich Austerlitz und Georg Emmerling;
   c) der Kontrolle;
   d) über die Frauenbewegung, Berichterstatterin: Gabriele Proft;
   e) über die Jugendorganisation, Berichterstatter: Anton Jenschik;
   f) über die Bildungsarbeit, Berichterstatter: Robert Danneberg;
   g) über die Parlamentstätigkeit, Berichterstatter: Karl Seitz.
3. Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Oesterreich. Berichterstatter: Viktor Adler.
4. Wahl der Parteivertretung.
5. Die Lebensmittelteuerung und die Wohnungsnot. Berichterstatter: Otto Bauer und Jakob Reumann.
6. Die Wehrreform in Oesterreich. Berichterstatter: Hugo Schulz.
7. Eventuelles.

Einberufer des Parteitages.

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Jakob Reumann, Anton Schrammel, Franz Schuhmeier, Karl Seitz, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik, Laurenz Widholz aus Wien, Simon Abram (Innsbruck), Dr. Ludwig Czech (Brünn), Matthias Eldersch (Brünn), Robert Preußler (Salzburg), Hans Resel (Graz), Anton Schäfer (Reichenberg), Josef Seliger (Teplitz), Johann Spielmann (Linz).

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Simon Abram (Innsbruck), Engelbert Pernerstorfer (Wien), Josef Tomschik (Wien).

Schriftführer:

Johann Menz (Meran), Gabriele Proft (Wien), Paul Richter (Wien), De Witte (Karlsbad).

Mandatprüfungskommission:

Josef Breitenfelder (Salzburg), Eduard Ertl (Dornbirn), August Forstner (Wien), Christian Lahner (Goisern), Dr. Heinrich Kohn (Brünn), Hans Müllner (Innsbruck), Anton Regner (Knittelfeld), Anton Schäfer (Reichenberg), Johann Schatzmayr (Villach), Josef Tuppy (Jägerndorf).

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaat ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. **Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemo-**

kratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache möglich ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Organisationsstatut der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Parteimitgliedschaft.

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig gemacht hat, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Parteiorganisation.

§ 5. Als Grundlage der Parteiorganisation ist für jede Bezirksorganisation der politische Verein anzustreben. Für Parteiangehörige, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, ist die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Parteiorganisation überall nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

Wo und insolange die Umwandlung in die Vereinsorganisation nicht vollzogen ist, gilt an Stelle dieser die bisherige Form der Organisation als Grundlage.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, eventuell auch Kreis- und in Landesorganisationen.

Die Frauenorganisation bildet einen Bestandteil der gesamten Parteiorganisation (§ 20 bis 23 des Statuts).

a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Territorium umfassen, das entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt. Diese Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen. Ihr Wortlaut ist der Reichsparteivertretung mitzuteilen.

d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

Parteibeitrag.

§ 11. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben.

§ 12. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung auf die Reichs- (§ 15), Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen erfolgt durch die Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenzen.

§ 13. Der monatliche Mindestbeitrag darf für jedes Mitglied nicht weniger als 20 H. betragen.

§ 14. Den Parteibeitrag für weibliche Parteimitglieder setzt die Frauenreichskonferenz fest.

§ 15. Der an die Reichsparteivertretung abzuliefernde Teil des Parteibeitrages (§ 12) beträgt 3 H. für den Monat und das Mitglied.*)

Von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder sind 2 H. für den Monat und das Mitglied von der Reichsparteivertretung dem Frauenreichskomitee zuzuweisen.

§ 16. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Parteimitgliedskarte (§ 3) mittels einheitlicher Marke zu quittieren. Die Mitgliedskarten und Marken werden von der Reichsparteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 17. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke von der Reichsparteivertretung gegen Erlag des Reichsparteibeitrages (§ 15) an die Landesorganisation, von dieser gegen Erlag des Reichs- und Landesbeitrages an die Kreisorganisation, von dieser gegen Erlag des Reichs-, Landes- und Kreisbeitrages an die Bezirksorganisation, endlich von dieser gegen Erlag des Reichs-, Landes-, Kreis- und Bezirksbeitrages an die Lokalorganisation abgegeben wird.

Wahlfonds.

§ 18. Zum Zweck der Schaffung eines Wahlfonds sind obligatorisch einzuheben:

a) von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisationen 2 H. wöchentlich;

b) von denen aller anderen Organisationen 8 H. monatlich.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern.

Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation.

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der Wochen- oder Monatsmarke quittiert.

---

*) Zu diesem Punkt hat der Reichenberger Parteitag folgenden Beschluß gefaßt: Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluß des Linzer Parteitages — betreffend der Parteibeitrag von 2 H. für das Mitglied und den Monat — so lange aufrecht, als sie nicht ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittels der Parteimitgliedskarte ausweisen können.

Vertrauenspersonen.

§ 19. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen den Lokalvertrauensmann. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Bezirks- sowie des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch die Konferenz der betreffenden Organisation bestimmt. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind der Reichsparteivertretung sofort mitzuteilen.

Berichte.

§ 20. Der Bezirksvertrauensmann ist verpflichtet, alljährlich an die Reichsparteivertretung über die Tätigkeit der Bezirksorganisation Bericht zu erstatten. Der Bericht hat den Zeitraum vom 1. Juli bis Ende Juni zu umfassen und soll enthalten: die Zahl der Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation (insbesondere ob er auf Grund eines politischen Vereines erfolgte), über die Häuser- und Straßenorganisation, über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

In derselben Weise haben alljährlich die Kreisvertrauensmänner und die Landesparteivertretungen über ihre Tätigkeit zu berichten.

Frauenorganisation.

§ 21. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Frauenreichskonferenzen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist den im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anzupassen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung durch Beschluß der Frauenreichskonferenz vorgenommen werden.

§ 22. Der Frauenorganisation kommt ein selbständiges Vertretungsrecht in den leitenden Körperschaften und auf den Konferenzen der Parteiorganisationen zu.

§ 23. In allen Orten, wo es möglich ist, sind von den weiblichen Parteimitgliedern im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisierung des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind dem Parteisekretariat und dem Frauenreichskomitee mitzuteilen.

§ 24. Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die mindestens in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, nach den von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen gewählt.

Jugendorganisationen.

§ 25. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall, wo es die Verhältnisse zulassen, soll unter Mitwirkung der Reichsorganisation der jugendlichen Arbeiter an die Gründung von Jugendorganisationen geschritten werden.

Parteitag.

§ 26. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der in den Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen organisierten Parteimitglieder. Jede dieser Körperschaft hat das

Recht, zwei Delegierte zu entsenden. Bezirks- oder Kreisorganisationen, wo eine Frauenorganisation besteht, haben jedoch das Recht, außer den männlichen Delegierten auch ein weibliches Parteimitglied auf den Parteitag zu senden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen.

2. Die Mitglieder der Parteivertretung und der Parteikontrolle.

3. Die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten.

4. Zwei Delegierte des Frauenreichskomitees.

5. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen, der Redaktionen der Partei- und Fachblätter sowie der von sozialdemokratischen Reichskonferenzen eingesetzten Körperschaften.

6. Die von der Reichsparteivertretung berufenen Referenten.

§ 27. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 28. Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich findet mindestens in jedem Jahre statt und wird von der Reichsparteivertretung einberufen.

Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 29. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt, so hat die Reichsparteivertretung mit der Parteikontrolle die Bestimmung vorzunehmen.

§ 30. Die Einberufung des Parteitages muß zumindest zwei Monate vor seinem Zusammentritt durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Der Parteibericht muß spätestens 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind von dem Parteitag an die Reichsparteivertretung einzusenden und vor dem Stattfinden des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Dasselbe gilt auch für die Anträge der Reichsparteivertretung.

§ 31. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die politische und geschäftliche Tätigkeit der Reichsparteivertretung, der Parteikontrolle und die parlamentarische Tätigkeit der Reichsratsabgeordneten.

2. Bestimmung des Ortes, an dem die Reichsparteivertretung ihren Sitz hat.

3. Die Wahl der Reichsparteivertretung und der Parteikontrolle.

4. Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Reichsparteivertretung und Kontrolle.

§ 32. Der Parteitag wählt die aus 20 Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der engere Ausschuß seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein.

Die Wahl der Reichsparteivertretung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgang nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach der Wahl hat die Reichsparteivertretung ihre Konstituierung vorzunehmen und das Ergebnis im Zentralorgan der Partei bekanntzugeben.

§ 33. Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie jederzeit teilnehmen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und an allen Sitzungen stimmberechtigt teilzunehmen.

Der Chefredakteur und der Administrator des Zentralorgans haben das Recht, an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 34. Die Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte und verfügt über die Parteigelder. Sie kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Jedem Parteitag hat die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit und über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitag beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 35. Die Reichsparteivertretung tritt in der Regel vierteljährlich einmal zusammen und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

§ 36. Ueber Beschwerden von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen die Reichsparteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen. Die Adresse des Obmannes der Parteikontrolle ist im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Reichskonferenz.

§ 37. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Kreis- und Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zentralorgan der Partei.

§ 38. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung". Sie untersteht der Parteivertretung. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

Parteipresse.

§ 39. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn streng darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden, und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen erfolgen. In jenen Ländern, die keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landes- die Reichsparteivertretung.

Kandidaturen.

§ 40. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesparteivertretung, wo diese fehlt, von der Kreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Vertrauensmänner der Wahlbezirke vorzunehmen, und zwar nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke.

Die endgültige Entscheidung über die Reichsratskandidaturen vor allgemeinen Neuwahlen erfolgt für die Reichsratswahlen durch eine Reichskonferenz.

Ausschluß aus der Partei.

§ 41. Ueber den Ausschluß aus der Partei im Sinne des § 2 entscheidet ein von der Reichsparteivertretung zu berufendes siebengliedriges Schiedsgericht. Drei der Beisitzer werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt die Reichsparteivertretung; derselbe hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

Der Antrag auf Ausschluß eines Parteimitgliedes aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Parteiorganisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Partei gelten und dem davon Betroffenen steht das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Partei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen, vom Tage der Verständigung an, Schiedsrichter zu ernennen, oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, so gilt es ohneweiters als ausgeschlossen.

Wiederaufnahme in die Partei.

§ 42. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war.

Die Entscheidung hierüber fällt nach Anhörung der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, sowie der Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers über Antrag der Reichsparteivertretung der Parteitag.

Abänderung der Organisation.

§ 43. Aenderungen der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation müssen vier Wochen vor Abhaltung des Parteitages der Reichsparteivertretung mitgeteilt werden. Die Parteivertretung hat die Pflicht, diese Anträge mindestens 14 Tage vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der auf einem Parteitag anwesenden Delegierten sich dafür entscheiden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich an den Parteitag 1911.

Die Beschlüsse des Reichenberger Parteitages haben uns vor neue, bedeutsame Aufgaben gestellt. Es galt unsere Parteiorganisation auf eine festere Grundlage zu stellen. Die losen Vereinigungen, in die bisher unsere Genossen vereinigt waren, genügten den gesteigerten Anforderungen des politischen Kampfes nicht mehr und mußten deshalb dem festergegliederten politischen Vereine weichen. Mit Genugtuung können wir nunmehr konstatieren, daß die Umwandlung der freien politischen Organisation in den politischen Verein fast allerorts vollzogen ist.

Mitten in den organisatorischen Umwandlungsarbeiten überraschte uns die Auflösung des Reichsrates. Wir hatten in einer Zeit in der die neue Organisationsform noch nicht eingelebt war, eine große Schlacht zu schlagen. Es ist begreiflich, daß, abgesehen von den allgemeinen Schwierigkeiten der politischen Situation, die Nichtvollendung der organisatorischen Arbeiten unsere Stellung im Wahlkampf beeinträchtigen mußte. Dabei mußten wir in vielen Wahlkreisen eine Position verteidigen, welche wir im Jahre 1907 unter außergewöhnlich günstigen Verhältnissen erobert hatten, und sahen uns nun einem Heere erbitterter, zum Kampf gegen uns geeinter Feinde gegenüber.

Die österreichische Arbeiterschaft hat sich, allen Schwierigkeiten zum Trotz, ehrenvoll behauptet. Ihre Position blieb ungeschwächt, der Ansturm der Gegner ist abgeschlagen worden.

Wohl haben wir schwere Verluste zu verzeichnen. In den Sudetenländern blieben manche unserer besten Männer auf der Walstatt. Aber über alle diese Verluste, die uns der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, der Terrorismus der Behörden und der Unternehmer zufügten, steht der glänzende Sieg, der im Stammlande der Monarchie, in Niederösterreich, errungen wurde. Die christlichsoziale Partei, die eine kaum ernstlich bestrittene, schier unangreifbar scheinende Position inne hatte, verlor an einem Tage fast alles, was sie besessen hatte. Alle ihre Parteiführer unterlagen, Wien und die niederösterreichischen Städte waren mit einem Ruck von der christlichsozialen Herrschaft befreit.

Das größte Verdienst an der Niederringung des Wiener Klerikalismus kann unbestritten die sozialdemokratische Arbeiterschaft für sich in Anspruch nehmen. Sie hat in einem jahrzehntelangen, schweren Kampfe den schönen Sieg vorbereitet, der in den Junitagen des Jahres 1911 zur endlichen Wirklichkeit wurde. Was unter tausend Mühseligkeiten und bei hingebungsvollster Arbeit von vielen tapferen Parteigenossen lange Jahre hindurch geleistet wurde, reifte mit einem Male zum übergroßen Siege. Es ist kein Zufallssieg in des Wortes eigentlicher Bedeutung, der da errungen wurde. Es brach zusammen, was der Natur der Dinge nach schließlich zusammenbrechen mußte: die christlichsoziale Demagogie. Und es siegte, was schließlich auf allen Linien siegen muß: die zielsichere Tapferkeit des organisierten Proletariats und die bezwingende Gewalt der sozialistischen Idee.

Baron Bienerth, der ausgezogen war, die österreichische Sozialdemokratie zu zerschmettern, mußte sich dem Verdikt der Wähler beugen; er trat von der

Regierung zurück. Mit ihm verließ ein Mann das Staatsruder, der wohl nicht zu den großen, aber zu den gehässigsten Feinden des organisierten Proletariats gehört. Seine ganze Wirksamkeit war vornehmlich der Zurückdrängung des sozialistischen Einflusses und dem Zusammenfassen aller bürgerlichen Kräfte zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie gewidmet. Auch im Wahlkampfe selbst war Bienerth in diesem Sinne tätig gewesen.

Freilich, die gesetzgeberischen Vorlagen, die Bienerth als einiges Moment dem Bürgertum zu bieten wußte, war wenig darnach angetan, die Stoßkraft der bürgerlichen Parteien zu erhöhen. Bienerth stellte selbst die Militärforderungen in den Mittelpunkt des Kampfes. Er legte die bürgerlichen Parteien auf die Wahnsinnsausgaben für Heer und Flotte fest. Er gebrauchte die bürgerlichen Parteien als Werkzeug im Dienste eines verderblichen Großmachtswahnes. Die Deutschnationalen und Christlichsozialen waren durch ihre Feindschaft gegen die Sozialdemokratie so verblendet, daß sie, um der Regierungshilfe sicher zu sein, auch den übertriebensten Militärforderungen gehorsam zustimmten. Sie zogen auf Geheiß Bienerths in den Wahlkampf: „Für Dreadnoughts und gegen die Sozialdemokratie!“

Dieser Schlachtruf hat im großen und ganzen nicht verfangen. Die Sozialdemokratie kehrt fast in der alten Stärke in das Parlament zurück. Bienerth hoffte im Wahlkampfe den Sozialdemokraten einige Dutzend Mandate abzujagen, um dann im Parlament über eine der Opposition an Zahl weit überlegenere deutschnational-christlichsoziale Mehrheit zu verfügen. Daß dieser Plan nicht gelungen ist, mag allen Freunden des Fortschritts zur Freude und Genugtuung gereichen.

Der Wahltag im Juni 1911 war ein Zahltag für die Christlichsozialen und ihre Helfershelfer auf der Regierungsbank. Wir hoffen, daß es der Kraft des Proletariats gelingen werde, den nächsten Wahltag zu einem ebenso eindrucksvollen Zahltag für den zweiten Gegner, für die Deutschnationalen, zu gestalten.

*

Bevor es zur Auflösung des Parlaments kam und wir unsere Kräfte im Wahlkampfe mit den Gegnern messen mußten, waren es insbesondere die Fragen der Lebensmittelteuerung, welchen unser Augenmerk zugewendet war. Die den Agrariern willfährige Handelspolitik der Regierung, gemeinsam mit den Kartellbildungen der Produzenten und Zwischenhändler führten zu enormen Preissteigerungen der wichtigsten Lebensmittel. Breite Massen der Bevölkerung litten bittere Not.

Da griff unsere Partei mit Energie ein; sie verlieh der tiefen Unzufriedenheit der Bevölkerung Ausdruck, indem sie eine großzügige Protestaktion organisierte. Als im wüsten Lärm der Obstruktion das Parlament am 10. Juli 1909 geschlossen wurde, da riefen die sozialdemokratischen Abgeordneten das Volk zum Kampfe auf. Die bürgerlichen Abgeordneten hatten sich als zu feige erwiesen, den obstruktionstollen Agrariern mit der nötigen Entschiedenheit entgegenzutreten, nun sollte das Volk selbst das Wort ergreifen. „Hilfe kann uns nur werden“, so hieß es im Manifest des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten, „von den Massen des arbeitenden Volkes selbst. Jeder von euch muß nun zum Agitator werden....“

Unmittelbar nach der Schließung des Parlaments fanden in Wien und im Reiche zahlreiche Volksversammlungen statt. Die gewissenlose Obstruktion, welche das Parlament lahmlegte, wurde nachdrücklichst gegeißelt und die gesamte Wählerschaft zum Kampfe gegen die agrarische Teuerungspolitik aufgefordert.

Einige Monate später, als die niederösterreichischen Agrarier und Milchhändler einen großen Raubzug auf die Taschen der Wiener Konsumenten unternahmen, fanden in Wien abermals viele Protestversammlungen statt. Die Milchverteuerung konnte diesmal freilich nicht abgewehrt werden, aber in den Herzen Tausender war die Erbitterung gegen die agrarischen Beutepolitiker und die ihnen helfenden christlichsozialen Machthaber emporgewachsen. Die beiden Kundgebungen im Sommer und Herbst 1909 waren eine würdige

Einleitung zu der großen Protestaktion gegen die Lebensmittelteuerung, welche sich jetzt entfaltete. Von Monat zu Monat nahm die Bewegung kräftigere Formen an. Ueberall fanden Versammlungen auf Versammlungen statt. Jeder Vorstoß der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament erweckte ein lautes Echo in den breiten Massen der Bevölkerung. Waren es zuerst nur die Arbeiter allein, welche den Kampf gegen die Teuerung führten, so schlossen sich mit dem Fortgang der Bewegung allmählich auch Bürgerliche an.

Als am 20. Oktober 1909 das Parlament wieder zusammentrat, fanden am Sonntag vorher, am 17. Oktober, in allen größeren Städten des Reiches Demonstrationen der Arbeiterschaft statt. In Wien, Graz, Reichenberg, Gablonz, Brünn, Lemberg, Triest u. s. w. erschienen die Arbeiter massenhaft zu den von uns veranstalteten Versammlungen. Nach den Versammlungen fanden imposante, eindrucksvolle Umzüge statt.

Die Forderungen, für welche die Arbeiterschaft an diesem Tage demonstrierte, waren in einer Resolution zusammengefaßt, in der es hieß:

Die Arbeiterschaft fordert, daß das Volkshaus endlich in die Lage komme, seine dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben zu erfüllen.

Die Arbeiterschaft fordert die Oeffnung der Grenzen für billige Lebensmittel, vor allem für Brot und Fleisch, sowie die Abschließung von Handelsverträgen als die wirksamsten Mittel, das durch die Lebensmittelteuerung und den schlechten Geschäftsgang vieler Industriezweige furchtbar gesteigerte Elend einigermaßen zu mildern.

Die Arbeiterklasse fordert weiter den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und die Reform und die Ausgestaltung der Arbeiterversicherung; sie fordert insbesondere, daß das Parlament die Regierungsvorlage über die Sozialversicherung sofort in Beratung ziehe und sie im Sinne der Beschlüsse der berufenen Vertrauensmänner der Arbeiterschaft umgestalte, damit die Alters- und die Invalidenversicherung und die Witwen- und Waisenversorgung möglichst bald Gesetzeskraft erlangen.

Die Arbeiterschaft verlangt, daß das Parlament die längst dringend notwendigen gesetzgeberischen Reformen, vor allem die Reform des Preßgesetzes und des Vereinsgesetzes endlich energisch in Angriff nehme.

Die Arbeiterschaft fordert schließlich die Volksvertreter auf, die Heeresverwaltung für die verfassungswidrige Ausgabe von vielen Hunderten Millionen Kronen zur Rechenschaft zu ziehen und den ungeheuerlichen Rüstungsplänen der Regierung, deren Kosten durch das Volk schwer belastende neue Steuern aufgebracht werden sollen, unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Arbeiterschaft fordert die Regierung Bienerth auf, abzutreten, wenn sie unfähig ist, das Parlament zu ernster Arbeit zu führen, und sie bürdet den bürgerlichen Parteien die volle Verantwortung dafür auf, wenn sie die Volksvertretung hindern, ihre Pflicht zu erfüllen; sie erklärt, daß sie alle Parteien und alle Abgeordneten, die unter welchem Vorwand immer das Parlament an fruchtbringender sozialer Arbeit hindern, die das Parlament durch frivole Obstruktion lähmen, als Feinde des Volkes betrachten und behandeln wird.

Aus der Kundgebung gegen die Teuerung mußte mit Notwendigkeit eine Kriegserklärung gegen die bürgerlichen Obstruktionisten werden, als deren frivoles Spiel mit dem ersten Volkshause immer sichtbarer zutage trat. In den nächsten Wochen kam das Parlament in der Tat zu keiner für das Volk fruchtbaren Tätigkeit, was begreiflicherweise die Empörung der breiten Massen steigern mußte, welche sich in dieser schweren Zeit der Krisennot hilfesuchend an das Parlament gewandt hatten.

Die Versammlungskampagne wurde unter diesen Umständen immer intensiver. Anfangs November begannen die Frauen mit der Abhaltung zahlreicher Teuerungsversammlungen. Ihnen folgten die Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsversammlungen waren von vielen Tausenden besucht, die voll Leidenschaft ihre Stimme gegen die agrarischen Raubzüge erhoben.

Das entschiedene Auftreten der sozialdemokratischen Organisationen wirkte weit über den Kreis unserer Gesinnungsgenossen hinaus. Auch Bürgerliche, Kleingewerbetreibende und Beamte schlossen sich der Protestbewegung an. Das Anschwellen der Volksbewegung gegen die Teuerung verfehlte nicht, auch auf die bürgerlichen Abgeordneten Eindruck zu machen. Sie begannen

endlich etwas entschiedener als bisher die übermütig-frivole Obstruktionstaktik der Agrarier zu bekämpfen. Am 15. Dezember 1909 begann, von den Sozialdemokraten geführt, die denkwürdige Dauersitzung im Parlament zur Niederringung der agrarischen Obstruktion. An demselben Abend ergriffen aber auch die Wiener Arbeiter das Wort, um den Obstruktionisten die empörte Stimmung der Volksmassen zur Kenntnis zu bringen.

Es fand gerade in der Volkshalle des Wiener Rathauses eine gewerkschaftliche Protestversammlung der Eisenbahner gegen die Teuerung statt. Auf die Kunde von dem neuerlichen und verschärften Ausbruch der Obstruktion eilten auch viele Arbeiter anderer Berufe vor das Rathaus. Am Abend wogte eine stürmisch erregte Menschenmenge im Rathaussaal, in den Arkaden und auf dem Rathausplatz. Zornbebende Rufe erhoben sich gegen die Agrarier, von brausenden Zustimmungskundgebungen begleitet. Vom Parlament eilte eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneten herbei, um die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen die Lebensmittelverteurer zu befeuern.

Nach der Massenversammlung zogen Zehntausende zum Parlament. Ebenso spontan wie die Versammlung zustande gekommen war, hatte sich nun ein gewaltiger Zug gebildet, der unter drohenden Rufen gegen die Agrarier vor das Parlament zog. Als die Massen des beleuchteten Hauses ansichtig wurden, das durch die Obstruktion zur ununterbrochenen Sitzung gezwungen war, erhob sich ein wahrer Orkan des Unwillens; ein Sturm echtester Entrüstung flog durch die Reihen und aus zehntausenden Kehlen ertönten die Rufe: „Pfui agrarische, Volksausbeuter!", „Pfui, Volksbenüger!", „Nieder mit den Agrariern!", „Nieder mit dem Brotwucher!" Die Rampe des Parlaments war dicht besetzt mit Abgeordneten aller Parteien. Die sozialdemokratischen Abgeordneten begrüßten mit Tücher- und Hüteschwenken die machtvolle Demonstration.

Die offene Obstruktion der Agrarier wurde bekanntlich gebrochen. Der Einfluß der Agrarier hörte aber deshalb nicht auf unheilvoll Oesterreichs Handelspolitik zu beeinflussen. Gefördert von der zagen Schwäche des Bürgertums und dem kaum verhüllten Wohlwollen der Regierung, waren die Lebensmittelverteuerer imstande, jede ernste Reform zu hintertreiben. Es konnten deshalb auch unsere Kundgebungen gegen die Teuerung nicht aufhören. In der ersten Hälfte des Jahres 1910 war unsere Versammlungstätigkeit im ganzen Reiche sehr rege. Wir verbreiteten auch eine große Zahl aufklärender Flugblätter. So hatten wir vielfach Gelegenheit, die Köpfe zu klären und in tausend Herzen die Ideen des Sozialismus zu pflanzen. Wo wir gegen die Teuerung kämpften, warben wir auch für unsere hehren Ziele. Wo wir Gelegenheit hatten, die Ursachen der Teuerung darzulegen, sprachen wir auch über die Möglichkeiten der endgültigen Befreiung des arbeitenden Volkes und benützten so die Teuerungskampagne zur Werbearbeit für unsere Partei.

Einen Höhepunkt erreichte die Bewegung gegen die Lebensmittelteuerung im Herbste des Jahres 1910, als eine beträchtliche Steigerung der Fleischpreise die konsumierende Bevölkerung auf den Plan rief. Schon im Sommer dieses Jahres war in einer Anzahl niederösterreichischer Städte ein Fleischkrieg entbrannt. Um die Fleischpreiserhöhung abzuwehren, wurde der Fleischboykott proklamiert und vielfach auch mit großer Energie durchgeführt. Von Niederösterreich griff die Bewegung in die anderen Kronländer über. In fast allen Industrieorten setzte eine ungemein rührige Versammlungstätigkeit ein.

Die Parteivertretung beschloß im September 1910, eine über das ganze Reich ausgebreitete, einheitliche Protestbewegung gegen die Fleischteuerung zu organisieren. Der 2. Oktober wurde zum allgemeinen Demonstrationstag bestimmt.

An diesem Tage fanden in fast allen österreichischen Städten und Industrieorten mächtige Versammlungen statt, an welche sich Demonstrationsumzüge anzuschließen pflegten. Seit der großen Wahlrechtsdemonstration im November 1905 hatte Oesterreich keine solche Massenkundgebung gesehen. Und stürmisch wie damals war das Begehren der Massen nach volksfreundlichen Reformen.

Am wuchtigsten war die Demonstration naturgemäß in Wien. Die Stadt stand völlig unter dem Eindruck des imponierenden Aufmarsches der Arbeiterschaft. Die Wiener Ringstraße, der historische Boden der Wahlrechtskämpfe, erdröhnte wieder unter dem Schritte der marschierenden Bataillone. Frauen und Männer, Arbeiter und Bürger füllten die Reihen, aus denen kraftvoll die Rufe nach endlicher Beseitigung der Lebensmittelnot ertönten. Der Kampfesstimmung des Volkes verlieh eine Resolution Ausdruck, die knapp und entschieden forderte, was Millionen der österreichischen Bevölkerung erstrebten:

> Die heutige Massenversammlung der arbeitenden Bevölkerung Wiens erhebt aufs neue nachdrücklichen Protest gegen die das Volk ausbeutende und aushungernde Wirtschaftspolitik der österreichischen Regierung, die von den Agrariern beherrscht wird und der willfährige Handlanger der profitsüchtigen Großgrundbesitzer, Viehspekulanten und der ungarischen Magnaten ist.
>
> Die Bevölkerung Wiens fordert mit aller Entschiedenheit:
>
> Freie, vollkommen unbeschränkte Zufuhr von argentinischem Fleisch;
>
> Oeffnung der Grenzen für die freie Vieh- und Fleischeinfuhr;
>
> Beseitigung der Fleischzölle und der Zölle auf Futtermittel;
>
> Planmäßige Approvisionierungspolitik der Gemeinden unter Ausschluß des wucherischen Zwischenhandels.
>
> Die heutige Massenkundgebung ist eine ernste Warnung für die Fleischverteuerer aller Art, eine ernste Mahnung an die Regierung.
>
> Die Bevölkerung Wiens ist entschlossen, den Kampf energisch fortzusetzen gegen die wucherische Beschränkung der Volksernährung, gegen alle Gönner und Nutznießer des Lebensmittelwuchers.
>
> Nieder mit der Hungerpolitik!

An der Spitze der Forderungen stand die nach unbeschränkter Einfuhr des argentinischen Fleisches, weil deren sofortige Verwirklichung möglich erschien und eine unmittelbare Erleichterung zu bringen vermochte. Die Regierung mußte auch in der Tat in diesem Punkte, wenigstens teilweise, nachgeben. Sie gewährte die Einfuhr des argentinischen Fleisches, wenn auch nur in beschränktem Ausmaße. Die Beschränkung der Einfuhr ließ die Reform nicht zu jener Bedeutung gelangen, die man sonst hätte erhoffen können. Aber selbst die beschränkte Einfuhr des argentinischen Fleisches wurde unter dem Drucke der Agrarier diesseits und jenseits der Leitha von der Regierung schließlich wieder preisgegeben. Die Energie der österreichischen Arbeiterschaft wird aber auch weiterhin wirken müssen, um die unbeschränkte Einfuhr des argentinischen Fleisches durchzusetzen und so wenigstens einen Teil der Lebensmittelteuerung zum Stillstand zu bringen.

Neben und mit dem Kampfe gegen die Teuerung gingen mehrfache Protestkundgebungen gegen neue Steuerpläne der Regierung einher. Die Wahnsinnsausgaben für den Moloch Militarismus erforderten eine Bedeckung. Die Regierung versuchte diese durch die Vermehrung der indirekten Steuern aufzubringen. Dagegen mußte sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzen. Sie durfte es nicht ruhig hinnehmen, daß man den breiten Massen wichtige Gebrauchsgegenstände verteuerte, um mit den so erpreßten Summen eine Großmachtspolitik zu betreiben, welche Oesterreich an den Rand des Abgrundes bringen mußte.

In zahlreichen Versammlungen protestierte die Arbeiterschaft gegen die volksfeindlichen Steuerpläne der Regierung. Mit Genugtuung darf sie sich sagen, daß sie tatkräftigst die gegen die Steuererhöhung gerichtete Aktion der sozialdemokratischen Abgeordneten unterstützt hat. Es gelang auch die Anschläge Bilinskis und seiner Nachfolger vorläufig abzuwehren. Das ist ja leider ein Trost, mit dem wir uns in Oesterreich so oft begnügen müssen: Es gelingt nicht leicht, das Vernünftige durchzusetzen, aber die Kraft des organisierten Proletariats ist wenigstens imstande, das Unvernünftige abzuwehren.

Wir haben eine Periode großer Kraftanstrengung hinter uns. An Kämpfen, an recht erbitterten Kämpfen reich waren die beiden Jahre, über die wir dem Parteitag zu berichten haben. Doch der Krieg ist unser Element; deshalb blicken wir mit Befriedigung auf die Kämpfe der letzten Jahre zurück und freuen uns der Kämpfe, die die nächste Zukunft uns bringen wird.

* * *

Reichsratswahlen.* Vor den allgemeinen Wahlen war unsere Partei an einer Reihe **Ersatzwahlen** beteiligt. Am 2. Juni 1910 fand die Ersatzwahl für das durch den Tod des Grafen Kolowrat freigewordenen Mandats des Landgemeindenwahlkreises Plan-Tachau statt. Wir vermochten bei dieser Wahl unsere Stimmenzahl von 1065 auf 1955 zu erhöhen. — Sehr ungünstig fiel hingegen die Ersatzwahl aus, welche durch den Tod unseres Genossen Josef Barth im Gablonzer Landgemeindenbezirk notwendig geworden war. Wir verloren in der Hauptwahl 900 Stimmen und waren nicht imstande, gegen den vereinten Ansturm unserer Gegner das bisher innegehabte Mandat in der Stichwahl zu behaupten. — Bei der Ersatzwahl um das Hietzinger Mandat Dr. Karl Luegers, welche am 28. Oktober 1910 stattfand, gelang es unserer Partei die Stimmenzahl von 5731 auf 6896 zu erhöhen. — Auch bei der Warnsdorfer Ersatzwahl am 8. März 1911 war ein erfreulicher Stimmenzuwachs zu verzeichnen. — Einen großen Erfolg bedeutete die Wahl im Hartmanitzer Landgemeindenbezirk, in dem unsere Stimmenzahl von 2453 auf 4090 stieg.

Die Neuwahl des Abgeordnetenhauses am 13. und 20. Juni 1911 erwies aufs neue, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich auf festem Boden steht. In vielen Gebietsteilen, vor allem in den Sudetenländern, kämpften wir unter widrigen Verhältnissen. Wind und Wetter waren diesmal gegen uns. Einesteils waren unsere politischen Organisationen zur Zeit der Wahl nicht so gut ausgebaut um allen Anforderungen gewachsen zu sein, andererseits waren die Gegner besser ausgerüstet und rühriger als je zuvor. Sie überschütteten uns mit einem Hagel von Verleumdungen, Verdrehungen und Beschimpfungen. Sie scheuten vor der Anwendung brutalster Mittel nicht zurück, um unsere Genossen einzuschüchtern. Willige Helfer fanden sie in den Bienerth-Behörden und in den von den Deutschnationalen beherrschten Gemeindeverwaltungen. Mißbrauch der Amtsgewalt und Unternehmerterrorismus gingen Hand in Hand. Was man durch rohe Gewalt nicht zwingen konnte, versuchte man durch tückischem Verrat zu beugen. Um die klassenbewußte Arbeiterschaft zu brechen, züchtete man die deutschgelbe Arbeiterpartei empor, welche bei den Wahlen die Geschäfte des Bürgertums besorgte. Aber die Kraft der organisierten Arbeiterschaft hat sich auch in den schwierigsten Positionen ehrenvoll behauptet. Wohl vermochten die vereinigten Gegner uns im Norden des Reiches einige schwere, bitter empfundene Verluste zuzufügen; aber es gereicht uns zur Befriedigung, daß wir selbst dort unsere Stimmenzahl im Großen und Ganzen behaupten konnten.

In Wien und Niederösterreich lagen die Verhältnisse für uns diesmal günstiger als bei der Reichsratswahl im Jahre 1907. Es gelang, was seit vielen Jahren der organisierten Arbeiterschaft heißes Begehren war, die Christlichsozialen niederzuringen. Weit über die Bedeutung des Tages hinaus reicht die Bedeutung dieses glänzenden Wahlsieges. Der große Stimmenzuwachs im Stammlande der Monarchie wog die kleinen Verluste in anderen Kronländern auf und trug am meisten dazu bei, daß das Gesamtresultat der Wahlen einen ganz erheblichen Stimmenzuwachs für unsere Partei ergab.

* Der Tätigkeitsbericht unserer parlamentarischen Fraktion erscheint in den Broschüren: „Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause" (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung).

Die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten.

Kronland	Reichsratswahl 1907	Reichsratswahl 1911	Gewinn	Verlust
Böhmen . .	169.012	165.515	—	3497
Bukowina . .	3.401	5.002	1.601	
Kärnten . . .	11.918	14.189	2.271	
Krain	—	227	227	
Mähren . . .	42.219	38.839	—	3480
Niederösterreich	180.922	207.218	26.296	
Oberösterreich .	21.726	23.420	1.694	
Salzburg . .	7.507	9.184	1.677	
Schlesien . .	21.510	22.278	768	
Steiermark . .	44.690	43.359	—	1331
Tirol	8.218	9.322	1.104	
Vorarlberg . .	1.996	3.436	1.440	
Zusammen .	513.219	541.989	37.078	8308

Aus diesen Ziffern geht also hervor, daß wir in neun Kronländern 37.078 Stimmen gewonnen und in drei Kronländern 8308 Stimmen verloren haben, was einen reinen Gewinn von 28.770 Stimmen ergibt. Mit der von unseren großmäuligen Feinden angekündigten „Zerschmetterung" der Sozialdemokratie hat es demnach noch seine guten Wege.

Die Verteilung der deutschsozialdemokratischen Reichsratsmandate auf die verschiedenen Kronländer ist folgende:

Mandate der deutschen Sozialdemokratie:

	1907	1911
Böhmen	16 Mandate	9 Mandate
Bukowina	1 Mandat	1 Mandat
Kärnten	2 „	1 „
Krain	— „	— „
Mähren	3 „	— „
Niederösterreich	16 „	26 Mandate
Oberösterreich	3 „	1 Mandat
Salzburg	— „	— „
Schlesien	2 „	1 „
Steiermark	6 „	4 Mandate
Tirol	1 Mandat	1 Mandat
Vorarlberg	— „	— „
Zusammen . . .	50 Mandate	44 Mandate

Den Verlust einiger Mandate wiegt reichlich der Stimmgewinn auf, den wir zu erzielen vermochten. Die Koalition aller bürgerlichen Parteien mag imstande sein, uns da oder dort einmal ein Mandat abzujagen, die breiten Massen des arbeitenden Volkes stehen aber nach wie vor fest zu unserer Partei. Und solange die Sozialdemokratie im Herzen der Arbeiterschaft wurzelt, mag sie mit stiller Heiterkeit die ohnmächtigen Sturmversuche unserer Gegner quittieren.

Gemeindevertreter. Die Zahl der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich verändert. Im Vorjahre hatten wir 20 sozialdemokratische Gemeindevertreter im ersten, 77 im zweiten, 1021 im dritten und 147 im vierten Wahlkörper. Nunmehr besitzen wir im ersten Wahlkörper 20, im zweiten 91, im dritten 1127 und im vierten 119 sozialdemokratische Vertreter. In 10 Orten gibt es sozialdemokratische Gemeindevorsteher. Unsere bürgerlichen Gegner machen krampfhafte Anstrengungen, die ihnen unbequeme sozialdemokratische Kontrolle aus den Gemeindestuben zu drängen. Die parteipolitischen Gegensätze unter den einzelnen bürgerlichen Gruppen verschwinden, sobald es gegen die allen verhaßte Arbeiterpartei geht. Aber trotz des vielfach gemeinsamen Vorgehens des bürgerlichen Kuddelmuddels waren wir imstande, unsere Position in den Gemeinden ungeschwächt zu behaupten.

Mitgliederbewegung. Der Wahlkampf nahm unsere Kräfte während mehrerer Monate so sehr in Anspruch, daß für den Ausbau der Parteiorganisation wenig Zeit blieb. Nichtsdestoweniger gelang es nicht nur unseren Mitgliederstand zu behaupten, sondern ihn noch zu vermehren. Am Ende der Berichtsperiode, im Juni 1911, umfaßte unsere Parteiorganisation 128.800 Männer und 17.823 Frauen, während wir im Vorjahre nur insgesamt 114.316 Parteimitglieder zählten.

Das Gesamtbild der politischen Organisation der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs ist folgendes:

Land	Ende Juni 1910		Ende Juni 1911		Mitgliederzunahme	Mitgliederabnahme
	Zahl der Orte m. sozialdemokratischen Organisationen	Mitgliederzahl (inkl. Frauen)	Zahl der Orte m. sozialdemokratischen Organisationen	Mitgliederzahl (inkl. Frauen)		
Böhmen	651	33352	718	39763	6411	.
Bukowina	6	493	6	469	.	24
Kärnten	68	3922	94	4773	851	.
Mähren	95	5184	175	6928	1744	.
Niederösterreich:						.
Provinz	147	10921	156	15822	4901	.
Wien	1	28381	1	42363	13982	.
Oberösterreich	63	6070	64	6393	323	.
Salzburg	39	3523	39	4072	549	.
Schlesien	68	4277	66	4594	317	.
Steiermark	66	14033	86	16806	2773	.
Tirol	23	3157	30	3531	374	.
Vorarlberg	12	1003	13	1109	106	.
Zusammen	1239	114316	1448	146623	32331	24

In allen Kronländern, außer der Bukowina, haben wir eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. In Niederösterreich, Böhmen und Steiermark ist der Mitgliederzuwachs besonders groß. Die erfreuliche Mitgliederzunahme in allen Kronländern ist der beste Beweis dafür, daß unsere Parteiorganisation sich in aufsteigender Linie bewegt. Wenn wir auch mit dem Tempo der Entwicklung noch lange nicht völlig zufrieden sind, dürfen wir doch mit Befriedigung sagen, daß in der abgelaufenen Berichtsperiode tüchtige Arbeit geleistet wurde. Viele Hunderte Parteigenossen und Vertrauensmänner waren unermüdlich tätig, um der Partei neue Streiter zu gewinnen. Daß ihre Bemühungen in so vielen Fällen von Erfolg gekrönt waren, darf uns wohl mit der Zuversicht erfüllen, daß die Ideen des Sozialismus schließlich auch in unserem Lande zu jener Bedeutung gelangen werden, die den Interessen des Proletariats entsprechen.

Unsere Organisation ist aber nicht nur größer, sie ist im letzten Jahre auch wieder um ein Stück besser geworden. Die Umwandlung von der Freien politischen Organisation zum Sozialdemokratischen Verein machte befriedigende Fortschritte. Aus der losen Organisation, wie sie in früherer Zeit bestand, wird stets mehr und mehr die fester gegliederte Organisation des politischen Vereines. Im Vorjahre konnten wir bereits mit Befriedigung konstatieren, daß 84 Prozent aller politisch organisierten Sozialdemokraten Vereinsmitglieder sind. Nun hat sich dieses Prozentverhältnis noch weiter gebessert. 88 Prozent aller politisch organisierten Männer sind Vereinsmitglieder und nur mehr 12 Prozent gehören einer Freien politischen Organisation an.

Ueber das Größenverhältnis des politischen Vereines zur Freien Organisation in den einzelnen Kronländern orientiert die folgende Zusammenstellung:

Land	Politischer Verein		Freie politische Organisation	
	Zahl der Orte	Zahl der Mitglieder (ohne die Frauen)	Zahl der Orte	Zahl der Mitglieder (ohne die Frauen)
Böhmen	563	26838	155	6916
Bukowina	1	46	5	423
Kärnten	94	4238	.	.
Mähren	161	5240	14	400
Niederösterreich:				
Provinz	75	7035	81	6814
Wien	1	39617	.	.
Oberösterreich	64	5461	.	.
Salzburg	39	3415	.	.
Schlesien	66	3631	.	.
Steiermark	86	14791	.	.
Tirol	6	2066	24	982
Vorarlberg	13	887	.	.
Zusammen	1169	113265	279	15535

Die Freie politische Organisation hat nur noch für einige Bezirke Bezirke Böhmens und Niederösterreichs eine erheblichere Bedeutung. Ueberall sonst hat sie dem politischen Verein weichen müssen.

Die weiblichen Parteimitglieder gehören nur zu einem ganz geringen Teile unseren politischen Vereinen als Förderer an. Sie sind in der Freien politischen Frauenorganisation, über die an anderer Stelle berichtet wird, organisiert.

Versammlungstätigkeit. In dem Jahresberichte 1909/10 kritisierten wir die unverhältnismäßig große Zahl der abgehaltenen § 2= und Vertrauenspersonenversammlungen. Wir mußten darauf verweisen, daß in der überreichen Tätigkeit auf dem Gebiete der Sitzungen ein Ueberwuchern der Kleinarbeit zum Ausdruck zu kommen scheint, ihr stehe eine geringere Zahl politischer Vereinsversammlungen gegenüber. Angesichts der Ziffern über die Versammlungstätigkeit im abgelaufenen Jahre wäre das im vorigen Bericht Gesagte zu wiederholen. Ja, noch mehr, es ist die Zahl der Sitzungen im letzten Jahre sogar verhältnismäßig stärker gewachsen als die der Vereins= und Volksversammlungen. Nun könnte dies ja allerdings darauf zurückgeführt werden, daß man während der Wahlbewegung öfter Versammlungen abhielt, die auf geladene Gäste beschränkt waren, welche Versammlungen dann in die Zahl

Land	Abgehaltene politische Versammlungen		
	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen Versammlungen	Volksversammlungen
Böhmen	2334	7182	1352
Bukowina	15	117	158
Kärnten	220	269	145
Mähren	?	?	?
Niederösterreich:			
Prozinz	349	1391	417
Wien	967	1727	515
Oberösterreich	268	921	249
Salzburg	168	415	93
Schlesien	206	432	182
Steiermark	157	839	455
Tirol	93	298	131
Vorarlberg	70	130	46
Zusammen 1911	4847	13721	3743
(1910)	(4762)	(11998)	(2091)

der Sitzungen miteinbezogen wurden. Aber selbst wenn man eine erkleckliche Anzahl auf das Konto dieser Wählerbesprechungen setzt, bleibt noch immer eine ziemlich große Zahl von Sitzungen übrig, die unverhältnismäßig viel Kraft in Anspruch nehmen. Das Schwergewicht unserer Arbeit sollte in den politischen Vereinsversammlungen liegen.

Die Zahl der von unseren Parteiorganisationen abgehaltenen Volksversammlungen hat infolge des Wahlkampfes eine ansehnliche Höhe erreicht. Ueberhaupt können wir im großen und ganzen voll Befriedigung auf die geleistete Arbeit zurückblicken. In der angeführten Zahl der abgehaltenen Versammlungen kommt eine Unsumme von Fleiß, agitatorischer Kraft und Beharrlichkeit zum Ausdruck, auf die stolz zu sein wir alle Ursache haben.

Parteipresse. Zum erstenmal seit vielen Jahren können wir von einem erfreulichen Aufschwung unserer Parteipresse berichten. Allen Bemühungen zum Trotz hat lange Zeit hindurch die Parteipresse nicht jene Entwicklung genommen, die wir im Interesse der Partei erstrebten. Nun hat sich das überraschend schnell gewendet und in mehreren Ländern zugleich vermochten unsere Blätter einen entscheidenden Schritt nach vorwärts zu tun. Am letzten Parteitag zählten wir erst zwei deutsche Tagesblätter, nun haben wir deren sechs. In Linz, Innsbruck, Reichenberg und Salzburg sind die Wochenblätter in Tagesblätter umgewandelt worden. Und wir dürfen hoffen, daß sich die Zahl der Tagesblätter in absehbarer Zeit abermals vermehren wird, denn die großen Organisationsgebiete Deutschböhmens machen neue Tagblattgründungen zur unumgänglichen Notwendigkeit. Ebenso wie das nordöstliche Böhmen, bedürfen die anderen Industriezentren der schneidigen Waffe des sozialdemokratischen Tagblattes. Die bisherigen Erfahrungen mit den neuen Tagesblättern dürfen uns mit Zufriedenheit erfüllen und die Ueberzeugung stärken, daß auf dem beschrittenen Pfade weitergegangen werden kann.

Unsere Parteiorganisation verfügt nunmehr über folgende politische Zeitungen:

Zeitung	erscheint
„Arbeiter-Zeitung", Wien	erscheint täglich
„Arbeiterwille", Graz	„ „
„Salzburger Wacht", Salzburg	„ „
„Volkszeitung", Innsbruck	„ „
„Vorwärts", Reichenberg	„ „
„Wahrheit", Linz	„ „
„Freiheit", Teplitz	erscheint 3 mal wöchentlich
„Volksrecht", Aussig	„ 3 „ „
„Bielitzer Volksstimme"	„ 2 „ „
„Gebirgsbote", Gablonz	„ 2 „ „
„Nordböhmischer Volksbote", Bodenbach	„ 2 „ „
„Nordböhmische Volksstimme", Warnsdorf	„ 2 „ „
„Schlesische Volkspresse", Jägerndorf	„ 2 „ „
„Volksfreund", Brünn	„ 2 „ „
„Volkswille", Karlsbad	„ 2 „ „
„Böhmerwald-Volksbote", Krumau	„ 1 „ „
„Gleichheit", Wiener-Neustadt	„ 1 „ „
„Landbote", Mährisch-Schönberg	„ 1 „ „
„Nordwestböhmische Volkszeitung", Saaz	„ 1 „ „
„Trautenauer Echo"	„ 1 „ „
„Volksbote", Wien	„ 1 „ „
„Volkspresse", Czernowitz	„ 1 „ „
„Volkstribüne", Wien	„ 1 „ „
„Volkswacht", Mährisch-Schönberg	„ 1 „ „
„Vorarlberger Wacht", Dornbirn	„ 1 „ „
„Vorwärts", Brünn	„ 1 „ „
„Arbeiterinnen-Zeitung", Wien	„ 14tägig

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs besitzt also neben der „Arbeiterinnen-Zeitung" sechs Tagesblätter, zwei dreimal wöchentlich, sieben zweimal wöchentlich und elf einmal wöchentlich erscheinende Parteiblätter.

Außer den politischen Organen dienen den Interessen des klassenbewußten Proletariats Deutschösterreichs: 50 Gewerkschaftsblätter, eine wissenschaftliche Revue, „Der Kampf“, ein Blatt für die proletarische Jugend, „Der jugendliche Arbeiter“, eine Zeitschrift zur Pflege des Bildungswesens, die „Bildungsarbeit“, eine Zeitschrift zur Bekämpfung des Alkoholismus, der „Abstinent“, ein humoristisch-satirisches Blatt, „Neue Glühlichter“, und einige Sportblätter.

Ueber die der Kontrolle der Parteivertretung unterstehenden Organe „Arbeiter-Zeitung“, „Arbeiterinnen-Zeitung“ und „Kampf“ wird den Parteitagsdelegierten ein besonderer Bericht vorgelegt werden.

Parteibuchhandlung. Die Entwicklung unserer Parteibuchhandlung, der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co., war hoch erfreulich. In allen Teilen des Geschäftes ist eine kräftige Entwicklung nach vorwärts zu beobachten. Ueberall zeigt sie das Bestreben, den Bedürfnissen der Partei Rechnung zu tragen. Vor allem war es eine wichtige, aber auch weiter der Förderung der Parteigenossen bedürfende Aufgabe, die Kolportage unserer Parteiliteratur auszubauen. Während zur Zeit des Reichenberger Parteitages 550 Kolporteure für die Verbreitung unserer Parteischriften wirkten, sind es jetzt 700. In ähnlichem Verhältnis stieg die Zahl der Orte, die Mittelpunkte für die Verbreitung der Parteiliteratur geworden sind. Sehr viele Parteiorganisationen haben zuerst alles zu wünschende Verständnis für die Verbreitung der Parteiliteratur gezeigt, sie haben der Aufforderung, Kolporteure zu empfehlen, gerne entsprochen, vielfach aber dann den für die Verbreitung der Parteischriften empfohlenen Genossen die ganze Arbeit überlassen, sich nicht immer in der notwendigen Weise um die Wirksamkeit der Kolporteure und um die richtigen und regelmäßigen Abrechnungen mit der Parteibuchhandlung bekümmert. In möglichst weitgehender Weise kam die Parteibuchhandlung mit der Eröffnung von Krediten den Landes- und Bezirksorganisationen und den empfohlenen Kolporteuren entgegen. Es ist damit vielen Wünschen der Parteigenossen Rechnung getragen worden. Leider entspricht aber nicht überall die Begleichung der Rechnungen dem Entgegenkommen der Parteibuchhandlung. Nur dann wird die Parteibuchhandlung allen Anforderungen entsprechen können, wenn die Parteigenossen durch regelmäßige Begleichung der Außenstände ein weitgehendes Entgegenkommen und eine höchste Leistungsfähigkeit der Volksbuchhandlung ermöglichen.

Der Ausbau der Kolportage förderte die Wahlarbeit in hohem Maße. Neben der Verbreitung zahlreicher älterer Parteischriften wie von Broschüren anderer Parteibuchhandlungen widmete sich die Parteibuchhandlung in erster Linie der Verbreitung der im eigenen Parteiverlag neu erschienenen Schriften, deren Herausgabe vor allem bezweckte, allen Bedürfnissen der Parteiagitation Rechnung zu tragen. Neben zahlreichen der Agitation unter den breiten Massen gewidmeten Schriften, die in Massenauflagen hergestellt und fast ohne Gewinn abgegeben wurden, finden die Parteigenossen, daß auch der wissenschaftlichen Seite des Sozialismus Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Bücher von Max Adler, Rudolf Hilferding, Tatiana Grigorovici, E. Luzatto wurden in verhältnismäßig großen Auflagen hergestellt und erfreuten sich ansehnlichen Absatzes. Unsere Festschriften aus Anlaß der März- und Maifeier wurden trotz gesteigerter Auflagen ausverkauft, während von der illustrierten Schrift über die Teuerungsdemonstration leider ein erheblicher Teil unverkauft blieb. Von den sozialdemokratischen Werbeschriften erreichte die von Renner über die Steuern die Riesenauflage von 140.000 Exemplaren. Einzelne andere näherten sich der Auflage von 100.000 und nur wenige wurden in der Höhe von bloß 20.000 hergestellt. Ausverkauft wurde die mit einem Register versehene Zusammenstellung der Werbeschriften, die als Wahlhandbuch erschien. Schöne Auflagen erreichten die Arbeit von Renner „Der deutsche Arbeiter“, die neuen Hefte unserer Sammlung „Die Lichtstrahlen“, die Tätigkeitsberichte des Sozialdemokratischen Verbandes, auch die für die Arbeiterinnen und für die Jugendlichen bestimmten Agitations-

schriften. Eine besonders hohe Auflage verzeichneten die „Dokumente der Schande“ von Julius Deutsch und die sozialdemokratische Programmbroschüre von Danneberg. Die Schriften von Otto Bauer „Die Teuerung“ und „Krieg oder Friede“ wurden fast ausverkauft. Zu gutem Absatz gelangte auch die Sammlung von Gedichten von Petzold „Trotz alledem“ und „Der kleine Liederschatz“..

Wenn auch die Arbeiterkalender fast vollständig ausverkauft wurden, so ließe sich doch der Absatz noch steigern. Enttäuscht hat die Sammlung „Die junge Welt“, die trotz ausgezeichneter Besprechungen, die sie in der Partei- und Gewerkschaftspresse fand, weit weniger abgesetzt wurde, als man erwartete. An dem Ausbau der Glühlichter arbeiteten Redaktion und Verlag, deren Bemühungen es gelang, den Widerspruch gegen die Neugestaltung erheblich abzuschwächen.

Seit dem Reichenberger Parteitag hat die Volksbuchhandlung für die Agitation, für die Polemik mit den Gegnern, für die Förderung auch der wissenschaftlichen Parteiliteratur für die breiten Massen wie für die Schulung unserer Agitatoren sehr vieles veröffentlicht.

Wir lassen die seit dem Reichenberger Parteitag erschienenen Schriften in alphabetischer Ordnung folgen, indem wir jeder Schrift in Klammer die Höhe der Auflage und hierauf folgend die des Absatzes in der Zeit vom 1. Jänner 1910 bis zum 30. Juni 1911 folgen:

Adler Max, Der Sozialismus und die Intellektuellen (2000 1518). Bauer Otto, Krieg oder Friede (2500 – 2460). Bauer Otto, Die Teuerung (3000 — 2914), Danneberg, Internationale Jugendbewegung (5000 — 2820). Danneberg, Sozialdemokratisches Programm (25.000 — 21.234). Deutsch Julius, Dokumente der Schande (55.000 — 53.000). Märzschrift 1910 (35.300 35.200). Märzschrift 1911 (35.000 — 34.300). Maischrift 1910 (51.400 51.000). Maischrift 1911 (48.950 — 47.750). Die Grenzen auf! (50.000 — 37.000). Hanusch, Die Namenlosen (10.583 — 8495). Hilferding, Das Finanzkapital (1000 — 619), dasselbe als dritter Band der Marxstudien (670 — 267). Grigorivici, Die Wertlehre bei Marx und Lassalle (1700 – 704). Oesterreichischer Arbeiterkalender für 1911 (20.000 – 19.000). Oesterreichischer Arbeiter-Taschenkalender (38.000 — 37.000). Lichtstrahlenkalender (22.000 – 18.900). Holzarbeiterkalender (6000 – 5940). Metallarbeiterkalender (10.000 — 9630). Kreibich, Ein Wort an die Arbeiterjugend (20.150 — 12.400). Kleiner Liederschatz (40.000 — 32.000). E. Luzzatto, Sozialistische Bewegung (3000 — 663). Petzold, Trotz alledem (4000 — 2960). Popp Adelheid, Die Arbeiterin im Kampf ums Dasein (10.000 — 3200). Popp Adelheit, Schutz der Mutter und dem Kinde (15.000 — 12.250). Renner, Der deutsche Arbeiter (5000 — 4080). Schlesinger Therese, Was wollen die Frauen in der Politik (10.000 — 3500). Tätigkeitsbericht des sozialdemokratischen Verbandes, 3. Heft (7000 — 4850), dasselbe, 4. Heft (5000 — 4300). Die junge Welt, 1. Heft, Stern J. L., Soziale Balladen (5000 — 1110). 2. Heft, Winter Max, Soziales Wandern (5000 — 800). 4. Heft, Pernerstorfer, Fr. Schiller (5000 — 900). 4. Heft, Hugo Schulz, Die Indianer (5000 — 900). Wahlhandbuch (1000 — 1000). Haltet den Dieb (45.000 — 29.000). Die Stadtsklaven (10.000 — 10.000).

Von den sozialdemokratischen Werbeschriften wurden sehr große Auflagen hergestellt und abgesetzt, so von

Deutsch, Deutschnationaler Volksbetrug (90.000 — 87.000). Bauer, Nationaler Kampf oder Klassenkampf? (40.000 — 33.000). Austerlitz, Die Bienerthorei (20.000 — 12.000). Bauer, Bergmannsnot und Kohlenwucher (40.600 — 29.600). Austerlitz, Von Schwarzrotgold bis Schwarzgelb (23.000 — 16.000). Renner, Neue Steuern! (139.900 – 139.150). Austerlitz, Der Verfassungsbruch und seine Schützer (20.000 — 14.000). Renner, Der Kampf um Brot und Arbeit (98.000 — 98.000). Danneberg, Alles in Molochs Rachen (77.000 — 77.000). Alois Wisser, Gott Nimm (47.300 — 47.300). Glöckel, Schule und Klerikalismus (32.000 — 30.000). Winarsky, Wohnungselend und Wohnungswucher (41.000 — 41.000). Täubler, Wie die Christlichsozialen ihre Wähler verraten haben (39.000 — 39.000). Bauer, Großkapital und Militarismus (40.000 — 28.000). Die Sozialdemokratie und die Staatsangestellten, von

einem Staatsbeamten (35.900 — 35.900). Renner, Landvolk und Sozialdemokratie (75.000 — 51.000). Emmy Freundlich, Die Frauen und die Reichsratswahlen (20.000 — 12.000). Adolf Braun, Arbeiterschutz und Sozialdemokratie (46.000 — 33.000). Franz Lill, Die Feinde der Eisenbahner (37.800 — 28.800).

Von verschiedenen Gewerkschaften und anderen Organisationen haben wir ferner den kommissionsweisen Vertrieb nachstehender Broschüren und Bücher, die zum Teil recht gute Verbreitung gefunden haben, übernommen:

Abstinentenbeichten. 64 Seiten. 40 H. — Bauer, Dr. Otto: Nationale und soziale Probleme des Deutschtums in Mähren. 16 Seiten. 14 H. — Bildungsarbeit. Blätter für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Jahresabonnement 3 Kr. — Braun, Dr. Adolf: Die Gewerkschaften. 56 Seiten. 60 H. — Brod Jakob: Der Bürgerkrieg. 160 Seiten. Kr. 2·40. — Deutsch, Dr. Julius: Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. 352 Seiten. Kr. 4·80. — Deutsch, Dr. Julius: Der Tarifvertrag in den österreichischen Brauereien und Faßbindereien. 68 Seiten. 1 Kr. — Deutsch, Dr. Julius: Die Tarifverträge in Oesterreich. 1. Heft. Gewerkschaftliche Schriften. 78 Seiten. Kr. 1·80. — Für die Jugend. Redigiert von Emma Adler. 112 Seiten. 50 H. — Genossenschaftliches Jahrbuch für 1911. 128 Seiten. 1 Kr. — Geschichte des Arbeiterbildungsvereines Wien VI. 44 Seiten. 1 Kr. — Handbuch für die Landtagswähler Niederösterreichs. 135 Seiten. 2 Kr. — Hannich Josef: Erinnerungen. 96 Seiten. 50 H. — Hanusch Ferdinand: Der Agitator. 119 Seiten. 40 H. — Hillebrand Oswald: Unsere Gegner. 48 Seiten. 24 H. — Jahrbuch des Zentralverbandes österreichischer Konsumvereine für 1911. 208 Seiten. 5 Kr. — Ingwer, Dr. J. Das Koalitionsrecht der Arbeiter. 104 Seiten. 2 Kr. — Ingwer, Dr. J. Das Recht. Volkstümliche Zeitschrift für österreichisches Rechtsleben. Jahresabonnement 6 Kr. — Kaff Siegmund: Die Unternehmerverbände in Oesterreich. 100 Seiten. 1 Kr. — Kaff Siegmund: Aus dem Reiche der britischen Genossenschaften. 92 Seiten. Kr. 1·20. — Kampf, Der. Sozialdemokratische Monatsschrift. Jahresabonnement 6 Kr. — Pick Karl. Die neuen Schutzgesetze für die Angestellten. 68 Seiten. 1 Kr. — Protokoll der Verhandlungen der Vierten Generalversammlung der Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter Oesterreichs. 74 Seiten. 1 Kr. — Protokoll des VI. ordentlichen Gewerkschaftskongresses. 380 Seiten. 3 Kr. — Renner, Dr. Karl. Landwirtschaftliche Genossenschaften und Konsumvereine. 24 Seiten. 12 H. — Rieger Eduard: Der Tod auf dem Schlachtfelde. 36 Seiten. 30 H. — Strom, Der. Organ der Wiener Freien Volksbühne. Jahresabonnement Kr. 3·50. — Tabakarbeiter-Kalender, Oesterreichischer. 152 Seiten. 1 Kr. — Verkauf, Dr. Leo. Die Sozialversicherung als Organisationsproblem. 303 Seiten. 7 Kr. — Winter, Dr. Fritz. Lehrlingsschutz. 32 Seiten. 30 H.

Wie dem Verlag und der Kolportage hat die Parteibuchhandlung auch dem Sortiment ununterbrochen Aufmerksamkeit gewidmet. All die Ansätze zum Ausbau der Volksbuchhandlung, die schon die verflossenen Jahre zeigen, sollen künftig weiter gepflegt werden. Aber nicht nur an der Parteibuchhandlung liegt es, daß unsere Parteiliteratur in die breiten Massen der Parteigenossen wie in die der Indifferenten dringen. Alle Bemühungen der Parteibuchhandlung werden vergebens sein, wenn nicht die Parteigenossen ununterbrochen bemüht sein werden, für die Verbreitung der Parteiliteratur zu sorgen. Sie müssen sich aber auch bemühen, daß die Parteischriften regelmäßig gelesen werden, daß der Durst nach Bildung und Schulung bei den Parteigenossen kräftig wächst. Die Parteiorganisationen müssen dafür sorgen, daß die Vertrauensmänner und sonstigen leitenden Genossen mit dem Inhalt der Parteiliteratur vollständig vertraut werden und daß sie ununterbrochen ihr Wissen erweitern und verbreitern, damit sie fähig sind, den Sozialismus den Massen klarzumachen, wie den Gegnern entgegenzutreten. So wichtig dieses Ziel ist, so wird es an Bedeutung noch überragt, durch die Notwendigkeit, daß jeder Parteigenosse ständig Parteischriften liest und sich damit festigt in den Grundsätzen unserer Bewegung. In jedem Arbeiterhause sollte man Parteischriften antreffen. Das ist ein Ziel, das sich unsere Parteibuchhandlung als

Ideal gesetzt hat, das aber nur erreicht werden kann durch das Zusammenwirken aller Vertrauensleute wie aller klassenbewußten Arbeiter.

* * *

Genosse Ignaz Brand, der unsere Volksbuchhandlung seit ihrer Gründung leitete und die größten Verdienste um die Entwicklung dieses wichtigen Parteigeschäftes hatte, hat sich aus der praktischen Wirksamkeit zurückgezogen, widmet aber sein lebhaftes Interesse in dankenswerter Weise der Parteibuchhandlung durch regelmäßige Besuche und Kontrollen der Geschäftsführung.

In Graz wurde eine Filiale der Volksbuchhandlung eröffnet. Die bisherigen Geschäftsergebnisse stellen in Aussicht, daß dieses Unternehmen für die Verbreitung unserer Literatur in Steiermark von hoher Bedeutung werden wird. Die Geschäftsergebnisse dieser Filiale lassen aber vorläufig noch kein Urteil zu, ob man auf dem Wege der Dezentralisation der Parteibuchhandlung weiter schreiten kann.

Bildungswesen. (Bericht der Zentralstelle für das Bildungswesen für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1911.) Mit dem Reichenberger Parteitag beginnt nicht bloß eine neue Epoche im Aufbau der politischen Organisation. Es sollte auch die wichtige erzieherische Aufgabe der Organisation stärker in den Vordergrund treten. Deshalb wurde in Reichenberg besonders die Notwendigkeit der Bildungsarbeit hervorgehoben, die früher in der Partei ziemlich im argen lag. Die Parteivertretung hat zunächst unter Benützung der in Wien bereits vorhandenen Ansätze eine Zentralstelle eingesetzt, der die Leitung der Bildungsarbeit obliegt und die dort, wo sie nicht unmittelbar wirken kann, anregenden Einfluß auf die Organisationen nehmen soll.

Mit großem Eifer ging man an die Arbeit und das Ergebnis ist schon in der ersten Berichtsperiode sehr erfreulich.

In Wien konnten Einrichtungen benützt werden, die der wissenschaftliche Verein „Zukunft“ geschaffen hatte. Es wurde zunächst die Vortragsvermittlung ausgebaut, die in den ersten drei Jahren ihres Bestandes Einzelvorträge, Vortragszyklen und Unterrichte in großer Zahl besorgt hat. Es wurden im Jahre 1908/09 1091, 1909/10 1357, 1910/11 1452 Einzelvorträge vermittelt. Die Zahlen für die Zyklenvorträge sind 321, 408 und 358. Die Zahl der Unterrichtsabende betrug 177, 1963 und 1856.

Die Themen der Einzelvorträge umfaßten in den beiden Berichtsjahren folgende Gebiete:

	Themen		Vorträge		Prozent aller Vorträge	
	1909/10	1910/11	1909/10	1910/11	1909/10	1910/11
Sozialismus, Wirtschaftsgeschichte, Arbeiterbewegung	47	38	268	314	21·2	23·4
Allgemeine Geschichte, Geschichte des Sozialismus	39	34	248	324	19·6	24·2
Politik und Sozialpolitik	21	23	164	126	12·9	9·4
Rechtswissenschaft	9	4	18	18	1·4	1·3
Naturwissenschaften	26	14	133	90	10·5	6·7
Religion und Philosophie	10	8	69	71	5·4	5·3
Gesundheitspflege	18	22	59	108	4·7	8·0
Antialkoholismus	5	3	22	9	1·8	0·6
Literatur, Kunst und Pädagogik	12	11	75	88	5·9	6·5
Rezitationen	.	.	211	197	16·6	14·6
Zusammen	187	157	1267	1345	100·0	100·0

Die bedeutendste Schöpfung ist die Wiener Arbeiterschule, in der in zwei Schuljahren zu je 120 auf 30 Wochen verteilten Unterrichtsstunden Nationalökonomie, Staats- und Gesellschaftslehre, Geschichte des Sozialismus und

Oesterreichisches Recht unterrichtet wird. Es finden stets zwei Kurse gleichzeitig statt. Im Jahre 1909/10 wurden in den ersten Kurs 137, in den zweiten 84 Teilnehmer aufgenommen. Im Jahre 1910/11 waren es 121, beziehungsweise 65.

Sonst sind unter den Bildungsveranstaltungen der Partei vor allem die Arbeitersinfoniekonzerte zu nennen, die sich eines besonderen Rufes erfreuen. Natürlich wurden auch die von bürgerlicher Seite gebotenen Bildungsmöglichkeiten benützt.

*

In Vortragszyklen wurden folgende Themen behandelt:

Thema	Zahl der Zyklen 1910/11	Zahl der Zyklen 1909/10	Zahl der Zyklenvorträge 1910/11	Zahl der Zyklenvorträge 1909/10
Unser Parteiprogramm	5	5	31	33
Die Gegenwartsforderungen der Sozialdemokratie	6	9	37	56
Sozialreform und Revolution	1	—	4	—
Theorie und Praxis der Gewerkschaften	6	5	35	34
Kapitalismus und Sozialismus	—	1	—	5
Gewerkschaften, Genossenschaften und Partei	3	—	12	—
Anarchismus und Sozialismus	1	1	3	3
Die Arbeiterbewegung in den europäischen Großstaaten	1	5	5	20
Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung	3	3	14	25
Geschichte des Sozialismus	4	4	23	17
Karl Marx	1	—	3	—
Frauenfrage	2	—	9	—
Sozialistische Kommunalpolitik	—	1	—	7
Aus der Geschichte der Revolutionen	8	3	35	12
Arbeiterrecht	1	2	6	15
Steuern und Staatshaushalt	1	1	9	7
Sozialversicherung	—	1	—	5
Oesterreichische Verfassung	2	1	10	6
Zoll- und Handelspolitik	2	2	8	10
Die Bedeutung des Verkehrs	1	—	6	—
Die Aufgaben des Landtags	1	—	4	—
Andere Themen	22	33	92	138
Zusammen	71	77	345	393

Während der Wiener Arbeiterschaft eine Fülle von Gelegenheiten gegeben ist, Bildung zu erwerben, gestalten sich die Dinge für die Provinz ungleich schwieriger. Die Intellektuellen sind überall im Lager des Gegners oder mindestens so gestimmt, daß sie mit den Arbeitern nicht in Berührung kommen wollen. Nur verschwindende Ausnahmen gibt es. So sind wir in der Provinz ganz auf unsere eigenen Kräfte angewiesen, die ohnedies mit Redaktions- und Parteiarbeiten überlastet sind.

Von Wien aus kann nur ein geringer Teil der Vorträge besorgt werden. Immerhin sind die Leistungen der Zentralstelle auch auf diesem Gebiete nicht gering. Es wurden 1908/09 92, 1909/10 131, 1910/11 105 Einzelvorträge vermittelt. Die Zahlen für die Zyklenvorträge sind 38, 97 und 90. Die Zahl der Unterrichtsabende betrug 1909/10 63 und 1910/11 46.

Die Einzelvorträge verteilten sich im Jahre 1909/10 auf 46 und im Jahre 1910/11 auf 50 Orte.

Von den Vortragszyklen entfielen auf Niederösterreich in beiden Berichtsjahren je 7, auf Böhmen im Jahre 1909/10 2, auf Mähren im Jahre 1910/11 5, auf Schlesien im Jahre 1909/10 3 und 1910/11 4, auf Steiermark im Jahre 1909/10 1 und 1910/11 5, auf Salzburg im Jahre 1909/10 2 und auf Triest im Jahre 1909/10 ebenfalls 1. Die Unterrichte beschränken sich auf Orte der Wiener Umgebung.

Die wichtigste Tat war die Schaffung der Parteischule, die im August 1910 in Bodenbach abgehalten wurde. Sie verdankt ihre Entstehung einer auf dem Reichenberger Parteitag gegebenen Anregung und soll alljährlich in einem anderen Orte der Monarchie stattfinden, um für einen Monat eine Anzahl von Vertrauensmännern zum Studium zu vereinen. An dem ersten Kursus in Bodenbach haben 36 Genossen und 2 Genossinnen teilgenommen. Unter den Schülern befanden sich 3 Redakteure von Parteiblättern, 4 Parteibeamte, 11 Gewerkschaftsbeamte, 5 Konsumvereinsangestellte, 5 Krankenkassenbeamte und 10 Arbeiter, die unmittelbar aus der Fabrik in die Schule geschickt wurden, und zwar 2 Textilarbeiter, 1 Bäcker, 1 Bergarbeiter, 1 chemischer, Arbeiter 1 Eisenbahner, 1 Maurer, 1 Porzellanarbeiter, 1 Tischler und 1 Transportarbeiter. Es standen 1 Schüler im Alter bis zu 20 Jahren, 10 Schüler zwischen dem 21. und 25. Jahre, 5 Schüler zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr, 13 Schüler zwischen dem 30. und 35. Jahre, 6 Schüler zwischen dem 35. und 40. Jahre und 3 im Alter von mehr als 40 Jahren. Die Kosten des Aufenthalts der Schüler in Bodenbach trugen die Organisationen, die die Schüler in die Parteischule entsendet hatten. Die politischen Organisationen hatten 20 Schüler entsendet (und zwar: Kreisorganisationen 12, Bezirksorganisationen 6, eine Landesorganisation 1 Schüler, das Frauenreichskomitee 1 Schülerin), gewerkschaftliche Organisationen 13 Schüler, eine genossenschaftliche Organisation 1 Schüler. Außerdem nahmen 4 Genossen auf eigene Kosten an dem Unterricht teil. Von den Schülern kamen 29 aus Deutschböhmen, 3 aus Niederösterreich, 3 aus Schlesien, je 1 aus Mähren, aus Oberösterreich und aus dem tschechischen Teil Böhmens.

Der Lehrplan der Schule ist dem der Wiener Arbeiterschule ähnlich, die Auswahl des Stoffes enger begrenzt; dagegen sind durch Einrichtung seminaristischer Uebungen die Teilnehmer zu intensiverer Mitarbeit herangezogen.

Die gute Wirkung der Schule zeigt sich nicht nur darin, daß die Teilnehmer selbst in der Beurteilung wirtschaftlicher und politischer Erscheinungen sicherer wurden, sondern auch darin, daß manche von ihnen als Lehrer ihrer Genossen selbst Ersprießliches zu leisten vermögen. So hat die Parteischule wahrhaft befruchtend gewirkt. Eine ganze Reihe von Kursen verdankt ihr das Entstehen, das Vortragswesen wurde stärker ausgebildet. (Heft 8 des 2. Jahrgangs der „Bildungsarbeit“ gibt eine detaillierte Uebersicht über die Leistungen der Parteischüler.)

Um allen bildungseifrigen Genossen und insbesondere den Vertrauensmännern zu helfen, läßt die Zentralstelle seit 1. September 1909 eine eigene Zeitschrift, die „Bildungsarbeit“, erscheinen. Sie hat rasch guten Anklang gefunden. Ihre Verbreitung ist ein guter Gradmesser für das Interesse, das der Erziehungsarbeit in der Partei entgegengebracht wird. Dem auf dem Gebiete des Bildungswesens Tätigen ist sie unentbehrlich geworden. Sie hat im ersten Jahre 2135 Abonnenten erreicht, im zweiten Jahre 2151, die sich auf die Länder wie folgt verteilen: Wien 726, Niederösterreich 175, Oberösterreich 38, Salzburg 36, Steiermark 170, Kärnten 31, Tirol 34, Vorarlberg 9, Krain 3, Görz 2, Istrien 3, Triest 7, Dalmatien 1, Böhmen 394, Mähren 72, Schlesien 48, Galizien 15, Bukowina 9, Deutschland 90, übriges Ausland 38, Volksbuchhandlung 250.

Die Ziffern zeigen, wieviel für die Verbreitung des Blattes und damit für die Hebung des Bildungswesens noch getan werden muß. Um die Vortragstätigkeit anzuregen, begann die Zentralstelle auch die Herausgabe einer „Sammlung von Unterrichtsanleitungen“, deren erstes Heft 15 Vortragsdispositionen über die Gewerkschaften enthält.

In der letzten Zeit der Berichtsperiode begannen die Arbeiten für die Einrichtung von Lichtbildervorträgen, die auch den kleinen Orten zugänglich gemacht werden sollen.

Auch auf dem Gebiete des Bibliothekswesens und der Jugendschriften gingen von der Zentralstelle vielerlei Anregungen aus, die allenthalben bereits verwirklicht wurden.

Was die von den Organisationen selbst geleistete Bildungsarbeit anlangt, sind die vorliegenden Berichte nicht so genau, als daß eine zahlenmäßig exakte Uebersicht gemacht werden könnte. Einige Landesparteitage, zum Beispiel die letzten in Böhmen und Mähren, zahlreiche Konferenzen haben sich mit der Frage des Bildungswesens beschäftigt. Ueberall sind bereits Ansätze zur Bildungsarbeit vorhanden, in manchen Gebieten freilich noch nicht mehr als solche. In anderen ist das Bildungswesen bereits ziemlich gut organisiert. Brünn, Linz und Graz besitzen Arbeiterschulen, in einigen böhmischen Orten, zum Beispiel in Komotau und Saaz, sind ähnliche Einrichtungen geschaffen worden. In Aussig und Teplitz, in Troppau, in Salzburg sind Vortragsvermittlungen eingerichtet worden. Die Bildungsausschüsse in Reichenberg und Bodenbach haben besonderes Gewicht auf die Abhaltung von Vortragszyklen und Kursen gelegt. Zu einer systematischen Arbeit ist es freilich fast noch nirgends gekommen, da Geld und vor allem Kräfte fehlen. Auch bei uns wird wohl in naher Zeit die Frage der Anstellun gvon *Wanderlehrern* akut werden.

Im allgemeinen dürfen wir mit den Ergebnissen der bisher geleisteten Arbeit zufrieden sein. Dabei verhehlen wir uns nicht, daß es das Parteiinteresse erheischt, daß noch weit mehr Bildungsarbeit geleistet werde als bisher. Je schärfer unsere Kämpfe werden, um so besser muß das Rüstzeug unserer Kämpfer werden. Aus den Besuchern unserer Versammlungen, aus den Parteimitgliedern müssen wirkliche Bekenner unseres Parteiprogramms werden. Zur Begeisterung muß sich die sozialistische Erkenntnis gesellen. Dann werden wir allen Gegnern standhalten können. So und nur so werden wir siegen.

Jugendorganisation. Ueber einen erfreulichen Fortschritt der Jugendorganisation können wir diesmal berichten. Die Organisation zählt auf Grund genauer Erhebungen 8558 ordentliche und 584 unterstützende (weibliche) Mitglieder, was aus folgender Tabelle zu ersehen ist:

Kronland	Mitglieder				Von den Mitgliedern sind				Mitglieder stehen im Alter von				
	ordentliche	unterstützende	Gewerkschaftsorganisation angehörend	im Jahre 1910 traten zur Gew. Org. über	Lehrlinge	Gehilfen	Hilfsarbeiter	Beruf unbekannt	14–16 Jahren	17–18 Jahren	19–21 Jahren	über 21 Jahren	Alter unbekannt
Niederösterreich	2563	.	434	243	1676	489	383	15	1243	746	382	105	87
Oberösterreich	225	.	14	1	187	33	5	.	124	93	6	1	1
Salzburg	70	.	6	.	47	.	23	.	39	31	.	.	.
Tirol	48	.	6	.	42	4	2	.	42	2	4	.	.
Steiermark	312	.	33	20	216	29	63	4	144	106	39	15	8
Kärnten	38	.	.	.	37	.	1	.	24	14	.	.	.
Böhmen	4659	584	942	311	1122	1125	2224	188	1307	1925	898	449	80
Mähren	219	.	29	24	174	31	11	3	156	32	18	13	.
Schlesien	225	.	70	30	133	69	18	5	108	54	31	28	4
Bukowina	199	.	13	8	162	17	20	.	97	89	10	3	.
Summe	8558	584	1517	637	3796	1797	2750	215	3284	3092	1388	614	180

Es sind somit 18 Prozent der Mitglieder gewerkschaftlich organisiert, 8 Prozent gehören der politischen Parteiorganisation an und 16 Prozent sind Mitglieder von Turnvereinen. Dem Berufe nach sind 46 Prozent Lehrlinge, 32 Prozent Hilfsarbeiter und 20 Prozent Gehilfen. Von 2 Prozent ist die Berufszugehörigkeit unbekannt. Von den Mitgliedern sind 39 Prozent 14 bis 16 Jahre, 37 Prozent 17 bis 18, 16 Prozent 19 bis 21 und 7 Prozent über 21 Jahre alt. Von 2 Prozent ist das Alter unbekannt.

Die Fluktuation der Mitglieder ist groß. Fast ein Drittel tritt mit dem zunehmenden Alter aus der Jugendorganisation aus und in die Gewerkschafts- und Parteiorganisation ein.

Die Zahl der Zweigvereine in Deutschösterreich hat sich gegenüber dem Jahre 1909 um 44 vermehrt. Die Entwicklung der Jugendorganisation in den einzelnen Kronländern erläutert nachstehende Zusammenstellung:

Kronland	Zahl der Ortsgruppen und Zahlstellen des Verbandes am End.							
	1903	1904	1905	1906	1. Oktober 1907	1908	1909	Ende 1910
Niederösterreich	13	16	17	20	27	23	29	37
Oberösterreich	.	1	1	.	.	1	2	2
Salzburg	.	.	.	1	1	1	2	2
Tirol	.	.	.	.	.	.	1	1
Steiermark	1	2	1	4	4	4	6	10
Kärnten	.	.	.	1	1	1	1	1
Krain	.	.	.	.	.	1	1	.
Küstenland	.	4	5	3	3	1	14	.
Böhmen	4	4	4	7	9	68	101	128
Mähren	1	2	3	3	7	4	4	4
Schlesien	.	1	1	1	2	2	3	6
Galizien	.	.	.	4	4	2	6	.
Bukowina	.	2	2	3	1	1	2	4
Summe	19	32	37	47	59	109	172	195

Aus den beiden Tabellen ersieht man, daß die größte Anzahl der Mitglieder in Böhmen und Niederösterreich ist. Es muß daher alles darangesetzt werden, daß auch in den übrigen Kronländern Jugendorganisationen geschaffen werden. In einigen Kronländern wurde schon von seiten der Parteiexekutiven im Einvernehmen mit der Jugendorganisation Vorsorge getroffen und für die Agitation unter der Arbeiterjugend Kräfte freigestellt. Dieselben versorgen die Stellen von Landes- oder Kreisvertrauensmännern. Gegenwärtig gibt es Landesvertrauensmänner in Niederösterreich, Böhmen und Steiermark. In Deutschböhmen wirken außerdem noch fünf Kreisvertrauensmänner mit dem Sitz in Karlsbad, Aussig, Bodenbach, Teplitz und Reichenberg.

Auch in den Kassenberichten der Zentrale drückt sich die Erstarkung der Organisation aus, aus denen wir bloß die Endsummen anführen. Es betrugen:

	Einnahmen	Ausgaben
	Kronen	
1907	6.288·78	6.227·14
1908	7.888·08	8.001·76
1909	17.278·70	16.815·49
1910	22.367·31	21.267·46
	53.822·87	52.311·85

Nicht nur die Organisation, sondern auch unsere Jugendzeitschrift „Der jugendliche Arbeiter“ hat in der Berichtsperiode schöne Fortschritte gemacht. Während im Jahre 1909 6500 Exemplare erschienen, erscheint jetzt eine Minimalauflage von 10.500 Exemplaren. Seit der Gründung sind 628.450 Exemplare erschienen.

Auf dem Gebiete der Bildungsarbeit hat die Organisation Erhebliches geleistet. Während zum Beispiel in Wien und Niederösterreich im Jahre 1909 273 Vorträge mit 4900 Besuchern abgehalten wurden, stieg die Zahl der Vorträge im Jahre 1910 auf 372 und die Zahl der Besucher auf 6364 Personen. In der Provinz, namentlich in Böhmen, sind die Kreisvertretungen gleichzeitig Bildungsausschüsse, die ebenfalls eine rührige Tätigkeit auf dem Gebiete des Bildungswesens entfalten.

Im Parlament wurden auf Veranlassung der Jugendorganisation eine Anzahl Interpellationen wegen der noch immer vorkommenden behördlichen Schikanen eingebracht. Bei den Budgetdebatten im Abgeordnetenhause vertraten die sozialdemokratischen Abgeordneten immer die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterjugend in wirkungsvoller Weise.

Außerdem wurden in allen Landtagen, wo sozialdemokratische Vertreter sind, Anträge wegen Verbesserung der Gewerbeschulgesetze eingebracht.

Die Agitatoren der Jugendorganisation hatten auch unter behördlichen Verfolgungen zu leiden. Es mußten wegen Uebertretung des § 23 des Preß-

gesetzes 152 Kr. gezahlt werden. Außerdem wurden wegen Uebertretung desselben Paragraphen und wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 428 Stunden Arreststrafen verhängt.

Alles daranzusetzen, daß auch in jenen Kronländern, wo noch keine oder sehr schwache Jugendorganisationen vorhanden sind, solche geschaffen werden, muß eines der ersten Aufgaben aller unserer Vertrauensmänner sein.

Gewerkschaftsbewegung. In das Gesamtbild der österreichischen Arbeiterbewegung gehört auch eine Darstellung der mit der politischen Organisation nicht unmittelbar verbundenen Gewerkschaftsorganisation. Ueber die Entwicklung der internationalen Gewerkschaften unterrichten die folgenden Angaben: Solange die Wirtschaftskrise wütete, hatten die österreichischen Gewerkschaften schwer zu kämpfen. Viele Gewerkschaftsmitglieder wurden arbeitslos und drückten nun auf den Arbeitsmarkt, wie sie anderseits die Gewerkschaftskassen stark belasteten. Die schwierige Lage der Gewerkschaften nützten die Unternehmer zu Vorstößen aus. Sie verfolgten in gehässiger Weise die gewerkschaftliche Organisation und provozierten Zusammenstöße, weil sie bei der durch die Krise geminderten gewerkschaftlichen Schlagfertigkeit auf leichte Siege glaubten rechnen zu können. Nicht zu vergessen schließlich die Versuche, das gelbe und deutschnationale Natterngezücht großzuziehn, um die Bewegung der klassenbewußten Arbeiterschaft zu schwächen.

Allen diesen Schwierigkeiten zum Trotz hat sich unsere Gewerkschaftsbewegung behauptet. Eine kleine Einbuße hat sie wohl erlitten, aber diese ist nicht auf das Konto der äußeren, sondern auf das der inneren Schwierigkeiten zu setzen. Der tschechoslawische Separatismus hat in Böhmen, Mähren und Schlesien zu Verlusten geführt, aber diesen Verlusten steht ein nicht unbeträchtlicher Gewinn in Wien gegenüber.

Im Jahre 1908 zählten die österreichischen Gewerkschaften, internationale Zentralverbände und tschechoslawische Verbände zusammen, 482.279 Mitglieder. Im Jahre 1909 zählten die internationalen Zentralverbände allein 415.256 Mitglieder; im Jahre 1910 sank diese Zahl auf **400.565.**

Die Auflage der Gewerkschaftsblätter übersteigt nach den Aufstellungen der Gewerkschaftskommission den Mitgliederstand sehr erheblich. Die einmalige Auflage aller Gewerkschaftsblätter Oesterreichs ist **450.111.** Davon hatten die deutschen Blätter eine Auflage von 322.300 Exemplaren. (Im Jahre 1907 zählte die Auflage der deutschen Gewerkschaftsblätter 321.550 Exemplare.) Von den deutschen Fachblättern erscheinen: 7 wöchentlich, 5 vierzehntägig, 3 dreimal im Monat, 20 zweimal im Monat und 16 einmal im Monat.

Die finanzielle Gebarung unserer Gewerkschaften läßt eine andauernde Festigung erkennen. Die Gesamteinnahmen unserer Zentralverbände betrugen im Jahre 1909 Kr. 8,497.626·05, im folgenden Jahr Kr. **8,604.176·84.** Die Gesamtausgaben waren im Jahre 1909 Kr. 8,235.068·39, im Jahre 1910 Kr. **8,023.738·92,** diese Summen stellen nur reine Vereinseinnahmen und -Ausgaben dar. Gelder für Widerstandsfonds, respektive Streikfonds werden durch die sogenannten freien Organisationen separat eingehoben und verwaltet. Der Vermögensstand der Zentralverbände hatte im Jahre 1908 Kr. 9,978.370·77 betragen. Im folgenden Jahre war keine Erhöhung des Vermögensstandes zu erzielen, er erhielt sich aber auf derselben Höhe. Einen großen Fortschritt brachte erst das Jahr 1910, in dem der Vermögensstand um mehr als eineinhalb Millionen stieg und eine Höhe von Kr. **11,377.349·99** erreichte.

Die unabhängig vom Vereinsvermögen verwalteten Widerstandsfonds weisen ebenfalls eine befriedigende Entwicklung auf. Mit Einschluß des Vermögensstandes des Jahres 1909 und der Einnahmen im Jahre 1910 erreichten die Widerstandsfonds die Höhe von Kr. 4,433.105·75. Die Ausgaben waren im Jahre 1910 geringer als in den Vorjahren, weil die wirtschaftlichen Kämpfe diesmal nicht so zahlreich und auch weniger lang andauernd waren. Es wurden für Gemaßregelte und Streikende insgesamt Kr. 902.669·39 ausgegeben, so daß am Ende des Jahres 1910 die Gesamtorganisation über

Kr. **3,530.436·36** verfügte, welche für den Wirtschaftskampf frei zur Verfügung standen. Außerdem verfügt noch die Reichsgewerkschaftskommission über einen Solidaritätsfonds, der zur Unterstützung in außergewöhnlich schwierigen Kämpfen bestimmt ist.

Die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen werden in Krisenjahren bekanntlich in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. In den Jahren 1908 und 1909 waren auch in der Tat die Unterstützungsausgaben außerordentlich groß, während im Jahre 1910 bereits eine kleine Erleichterung zu bemerken war. Im Jahre 1909 wurden insgesamt Kr. 3,691.802·72, im folgenden Jahre Kr. 3,386.893·81 an Unterstützungen ausbezahlt. Während im ersteren Jahre die Arbeitslosenunterstützung die größte Summe erforderte, wurde im letzteren Jahre die Kranken- und Invalidenunterstützung am meisten in Anspruch genommen.

Der betrübliche Streit um die Form der gewerkschaftlichen Organisation ist im Berichtsjahre nicht zum Stillstand gekommen, sondern hat sich eher noch verschärft. Wieder sind einige internationale Verbände national gespalten worden, während alle Versuche, eine Einigung zwischen den Anhängern der internationalen Gewerkschaften und den tschechoslawischen Separatisten herbeizuführen, mißglückt sind. Nun hat der nationale Streit auch auf das politische Gebiet übergegriffen. Damit erwächst für die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs die Pflicht, zu den nationalen Problemen neuerdings Stellung zu nehmen.

Genossenschaftsbewegung. Der „Zentralverband Oesterreichischer Konsumvereine" zählte im Jahre 1910 512 Genossenschaften (im Jahre 1909: 485) und zwar: deutsche 360 (335), tschechische 89 (92), polnische 30 (30), italienische 19 (17), slowenische 13 (10) und rumänische 1 (1). Von diesen Genossenschaften berichteten rechtzeitig 419 Konsumvereine und 34 Produktivgenossenschaften.

Diese 419 Konsumvereine hatten 249.690 Mitglieder; davon waren 49 Vereine in Niederösterreich mit 104.645 Mitgliedern, 11 Vereine in Oberösterreich mit 1677 Mitgliedern, 3 Vereine in Salzburg mit 1906 Mitgliedern, 10 Vereine in Tirol und Vorarlberg mit 3012 Mitgliedern 24 Vereine in den übrigen Alpenländern mit 25.257 Mitgliedern, 78 Vereine in Nordböhmen mit 28.458 Mitgliedern, 52 Vereine in Westböhmen mit 29.575 Mitglieder, 31 tschechische Vereine in Böhmen mit 5953 Mitgliedern, 45 tschechische Vereine in Mähren mit 12.293 Mitgliedern, 28 Vereine im polnischen Schlesien mit 8249 Mitgliedern, 72 deutsche Vereine in Mähren und Schlesien mit 21.870 Mitgliedern, 10 Vereine im Küstenland mit 4831 Mitglieder, 3 Vereine in Galizien mit 285 Mitgliedern und 3 Vereine in Krain mit 1679 Mitgliedern.

Der Umsatz betrug in den 419 Konsumvereinen Kr. 78,849.900·32, der Gewinnvortrag aus dem Vorjahre Kr. 58.230·69, Bruttoertrag an Waren Kr. 11,963.809·97, Einnahmen aus anderen Quellen Kr. 889.995·37, Gebarungsüberschuß Kr. 4,039.092·22, die gesamten Geschäftslasten Kr. 8,885.292·01. Von dem Gebarungsüberschuß wurden Kr. 59.381·60 als Zinsen für Geschäftsanteile und Kr. 3,307.044·76 als Dividenden den Mitgliedern rückersetzt. Dem Reservefonds wurden Kr. 430.684·83 zugewiesen und für gemeinnützige Zwecke Kr. 5627·12 gespendet.

Die 34 Produktivgenossenschaften, von denen die Berichte rechtzeitig einlangten, hatten 2434 Mitglieder. Ihr Umsatz betrug Kr. 4,700.324·64, der Reingewinn Kr. 129.115·55.

Auch bei den 5 Verbandsorganen ist mit Ausnahme „Potravní spolek" ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. „Der Konsumverein" erschien zu Ende des Jahres 1910 in einer Auflage von 4650 Exemplaren (im Vorjahre 4050), „Potravní spolek" 1350 Exemplaren (1600), „Der Pionier" 77.000 Exemplaren (63.000) „Naš rozvoj" 12.000 Exemplaren (10.000) und „Zespolenie" 2800 Exemplaren (2100).

Für seine Vereine und deren Mitglieder hat der „Zentralverband" eine eigene Versicherungsabteilung errichtet, die in allen Versicherungs-

arten unentgeltliche Auskünfte erteilt und für angegliederte Vereine und deren Mitglieder Versicherungen zu Vorzugsprämien abschließt, unentgeltlich Polizzen revidiert und bei Schadenfällen interveniert.

Im Jahre 1910 wurden nach den Ausweisen der statistischen Zentralkommission in Oesterreich insgesamt 16469 Genossenschaften gezählt. Der durchschnittliche Zuwachs im letzten Jahre betrug 10·8 Prozent. Von den vorerwähnten Genossenschaften sind 10.893 Vorschußkassen, 1357 Konsumvereine, 2884 landwirtschliche Genossenschaften, 943 gewerbliche Genossenschaften, 312 Bau- und Wohnungsgenossenschaften und 80 sonstige Genossenschaften.

Genossenschaftsverbände werden in Oesterreich 89 gezählt. Diese Daten zeigen die Größe der Genossenschaftsbewegung in Oesterreich. Sie beweisen aber zugleich, wieviel die Arbeiterschaft auf konsumgenossenschaftlichem Gebiete noch nachzuholen hat. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist in Oesterreich noch immer bei weitem voraus. Da gilt es alle Kräfte anzustrengen, um für die Industriebevölkerung und insbesondere für die Arbeiterschaft Größeres zu erreichen.

Internationale Beziehungen. In die Berichtszeit fällt der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen. Dieser Kongreß gewann für die österreichische und insbesondere auch für die deutsche Sozialdemokratie eine ganz besondere Bedeutung, weil die unsere Gewerkschaftsorganisation so tief berührende Frage der nationalen Trennung der Gewerkschaftsverbände zur Verhandlung kam. Mit großer Freude vernahmen die österreichischen Sozialdemokraten den in Kopenhagen gefaßten Beschluß der Internationale, den nächsten Kongreß im Jahre 1913 in Wien abzuhalten. Wir empfinden es als eine große Ehre, daß der Kongreß unsere Einladung angenommen hat, und es wird unser eifrigstes Bestreben sein, die Internationale in Wien würdig zu empfangen.

Die mit dem Gewerkschaftsstreit einerseits und den nationalpolitischen Schwierigkeiten anderseits zusammenhängenden Fragen des Verhältnisses der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs zur Gesamtpartei und den österreichischen Bruderparteien wird Gegenstand einer ausführlichen Behandlung am Parteitag sein, wobei insbesondere das Verhältnis zu dem Resultat des Konfliktes innerhalb der tschechischen Partei wird erörtert werden. Die Parteivertretung behält sich vor, dem Parteitag das diesen Gegenstand betreffende Material in einem besonderen Hefte vorzulegen.

Politische Verfolgungen. Es weht jetzt wieder ein schärferer Wind in Oesterreich. „Oben" sieht man es gerne, wenn Polizei und Staatsanwalt gegen die organisierte Arbeiterschaft mobil machen und unsere Behörden haben für derlei Wünsche ein feines Ohr. Also wird sinnlos konfisziert, mit polizeilichen Schikanen nicht gespart und auch das Gericht zu schnöden Klassenurteilen mißbraucht.

Die Zensurbehörden waren im abgelaufenen Jahre eifrig hinter den sozialdemokratischen Blättern her. In jedem Kronland gab es Konfiskationen und deren oft recht viele. Bei besonderen Anlässen, wie dem Kampf gegen das Herrenhaus, welches Arbeiterschutzgesetze zu verschleppen suchte, verfielen Dutzende sozialdemokratische Blätter der Konfiskation.

Zahlreicher als in früheren Jahren waren diesmal die Verurteilungen von Parteigenossen wegen politischer Delikte. Außer den vielen Verurteilungen wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes wurde uns von 427 Verurteilungen zu Geldstrafen und 58 Verurteilungen zu Arreststrafen berichtet. In diesen Zahlen sind natürlich die Urteile gegen die Demonstranten vom 17. September 1911, welche in die folgende Berichtsperiode fallen, noch nicht miteinbezogen. Aber auch ohne die letztgenannten Urteile ist die Zahl der Verurteilungen ungemein groß. Die österreichischen Arbeiter sind noch immer gezwungen, sich gegen behördliche Parteilichkeit wahren zu müssen, ihr jahrzehntelanger Kampf um gleiches Recht ist noch lange nicht beendet.

Maifeier. Die Maifeier war im vergangenen Jahre aus begreiflichen Ursachen nicht so allgemein wie im Jahre 1910. Im letztgenannten Jahre ist

der Maientag auf einen Sonntag gefallen, was seinen Charakter als proletarischen Fest- und Versammlungstag erhöhen mußte. Diesmal war der erste Mai ein Montag, der außerdem noch als Festtag dadurch beeinträchtigt wurde, daß wir gerade mitten in der Wahlschlacht standen. Nichtsdestoweniger war aber auch diesmal in vielen Orten — und vor allem in den großen, ausschlaggebenden Industriezentren — die Arbeitsruhe eine allgemeine. Wo die Genossen nicht imstande waren, den ersten Mai durch Arbeitsruhe zu begehen, hielten sie zumindest am Abend eine Festversammlung ab. Sehr oft schlossen sich mehrere Orte zur Veranstaltung einer einzigen Feier zusammen, um so eine imposantere Kundgebung zu erzielen.

Sekretariatstätigkeit. Dem auf mehreren Parteitagen geäußerten Wunsche auf Ausgestaltung des Zentralparteisekretariates konnte in dieser Berichtsperiode endlich Rechnung getragen werden. Durch die Zuziehung neuer Kräfte wurde es dem Sekretariat möglich, eine Reihe wichtiger Aufgaben zu übernehmen.

Das Sekretariat versuchte vor allem auf die Agitation belebend einzuwirken. Um dem Rednermangel, der sich bei den allgemeinen Aktionen der Partei fühlbar machte, etwas abzuhelfen, gab das Sekretariat Rededispositionen heraus. Diese bieten dem weniger geschulten Referenten das notwendige Material in übersichtlicher Form und ermöglichten so, daß neue Kräfte in den Dienst der Agitation gestellt werden können. Daneben ließ es sich das Sekretariat natürlich auch angelegen sein, für größere Versammlungen die geeigneten Referenten zu vermitteln.

Es wurden Versuche gemacht, die sozialdemokratische Flugblattliteratur zu heben, sie so auszugestalten, daß sie den an sie gestellten Anforderungen zu genügen vermag. Das Parteisekretariat hat bei aktuellen Anlässen und insbesondere auch bei den Wahlen Flugblätter fertiggestellt und den Organisationen zum Selbstkostenpreise überlassen.

Ein besonderes Augenmerk wurde dem Ausbau unserer Parteiorganisation gewidmet. Da galt es zuerst einen zuverlässigen Ueberblick über den Stand der Organisation zu gewinnen. Zu diesem Zwecke wurde eine bessere Statistik der politischen Organisation geschaffen. Jedes Jahr wird die Zahl der Parteimitglieder, die Versammlungstätigkeit u. s. w. möglichst genau erhoben und in einem Jahresberichte herausgegeben. Die Ziffern des Jahresberichtes dienen zur Grundlage für die weiteren organisatorischen Arbeiten.

Das Sekretariat hat sich auch damit befaßt, die Tätigkeit unserer Gegner mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen, um dort, wo es nötig erscheint, sofort mit den entsprechenden Gegenmaßnahmen eingreifen zu können. Wichtig ist hier insbesondere das Zurückweisen gegnerischer Angriffe, die Aufdeckung ihrer Verleumdungen und Lügen. Es ist notwendig, daß die Parteipresse fortlaufend mit Material zur Zurückweisung der Gegner versorgt wird, wie wir anderseits ein Interesse daran haben, daß unsere Blätter in den Stand gesetzt werden, eine gute und planmäßige Aufklärungsarbeit zu leisten. Diesen Erwägungen verdankt die Sozialdemokratische Zeitungskorrespondenz ihr Entstehen, welche mit dem Parteisekretariate in eine enge Verbindung gebracht worden ist.

Allen diesen neuen Aufgaben konnte das Parteisekretariat nur Genüge leisten, indem es auch nach innen eine entsprechende Ausgestaltung vornahm. Durch den Ausbau der Parteibibliothek und der Anlage eines umfassenden Archivs ist der Grund zu den vom Sekretariat gepflegten publizistischen und statistischen Arbeiten gelegt worden.

Todesfälle. Reiche Ernte hat der Tod in unseren Reihen gehalten. Eine Anzahl der besten Vertrauensmänner und wackersten Vorkämpfer der organisierten Arbeiterschaft mußten im vergangenen Jahre das Leben lassen.

Am 26. Mai 1910 starb der Abgeordnete des Gablonzer Landgemeindenbezirkes, Genosse Josef Barth. Viele Jahre wirkte er in den Reihen der Arbeiterschaft des Isergebirges, deren Vertrauen ihn schließlich in das Parlament entsandte.

Unsere mährischen Genossen erlitten einen schmerzlichen Verlust durch den Tod des Genossen Alois Pokorny, der viele Jahre in hervorragenden Funktionen der mährischen Parteiorganisation tätig war.

In Reichenberg starb am 28. Februar 1910 ein alter und verdienter Genosse, Josef Ulbrich. Seit den Siebziger Jahren wirkte er in der nordböhmischen Arbeiterbewegung. Er war einer unserer Bravsten und Tapfersten.

Am 10. November 1910 starb in Brünn ein verdienter Veteran der österreichischen Arbeiterbewegung, Genosse Eduard Zacharias. Als am Ende der Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts in Mähren die sozialistische Bewegung begann, stand er in den vordersten Reihen jener tapferen Männer, die in diesen schweren Zeiten für die Sache des Proletariats mit Hingebung fochten.

Am 2. Mai 1911 starb unser Reichenberger Parteisekretär Genosse Adolf Albrecht. Mit ihm verlor die nordböhmische Arbeiterbewegung einen treuen, bewährten Vorkämpfer. Seit dem Beginn der Siebzigerjahre wirkte Albrecht in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation Reichenbergs. Er war einer der Gründer des Parteiblattes „Arbeiterfreund", später Redakteur des „Freigeist" und schließlich Parteisekretär für das Reichenberger Agitationsgebiet.

Ein schwerer Verlust für die deutschböhmische Arbeiterbewegung war auch der Tod des Genossen Heinrich Dietl. Als Gewerkschafter war Dietl viele Jahre in der Organisation der Porzellanmaler tätig. Dann wurde er in die Redaktion der „Volkswacht" nach Aussig berufen, wo er mit unermüdlichem Fleiße tätig war. Dietl war Mitglied der deutschböhmischen Landesparteivertretung und wurde zu ihrem Kassier gewählt.

Die Wiener Arbeiterinnen haben den Tod der bekannten und geschätzten Genossin Maria Nowak-Krasa zu beklagen. Genossin Nowak-Krasa war eine der ersten Frauen Wiens, welche öffentlich für den Sozialismus eintraten. Sie wirkte viele Jahre mit Hingebung unter den Wiener Arbeiterinnen und hat durch ihre Agitation Hunderte für den proletarischen Befreiungskampf gewonnen.

Am 22. Juli 1911 starb der Inspektor des Verbandes der Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskassen Oesterreichs, Genosse Franz Auer. Er war in der gewerkschaftlichen Organisation der Buchbinder mit Eifer tätig. Auch in seinem Wirkungskreise als Kassenfunktionär hat er stille, beharrliche Arbeit für die Interessen des organisierten Proletariats geleistet.

So sehr wir den Verlust jene Braven beklagen, welche im engeren Verbande der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs gewirkt haben, fühlen wir nicht minder den Schmerz, den unsere Landesparteien durch Todesfälle erlitten. Die tschechoslawische Sozialdemokratie beklagt den Tod von Josef Schuster, des verantwortlichen Redakteurs des „Právo Lidu" und Mitgliedes der tschechoslawischen Parteileitung. Wir vereinen unsere Trauer mit der der tschechischen Genossen.

Von tiefstem Schmerze waren viele Tausende österreichischer Arbeiter erfüllt, als der Tod des Vorkämpfers der Sozialdemokratie Deutschlands, Paul Singer, gemeldet wurde. Weit über die Grenzen Deutschlands hinaus war Singers Name bekannt und geachtet. Die österreichischen Sozialdemokraten verehrten in ihm nicht allein den markigen Führer der großen deutschen Landespartei, sondern auch den warmen Freund des organisierten Proletariats Oesterreichs.

Neben den Wenigen, die wir genannt, sind viele brave Parteigenossen und Genossinen in das Grab gesunken, die an weniger hervorragender Stellung tätig waren; auch ihrer sei an dieser Stelle gedacht. Insbesondere müssen wir aber jener gedenken, welche als Opfer der blutigen Ereignisse am 17. September 1911 in Wien ihr Leben lassen mußten. Sie fielen im Kampfe gegen das furchtbare Gespenst der Teuerung. Unter den Streichen eines blindwütenden Militäraufgebotes hauchten die unglücklichen Opfer eines verzweiflungsvollen Kampfes ihr Leben aus. Die österreichische Arbeiterschaft wird ihr Andenken allezeit in Ehren halten.

Ferdinand Skaret, Parteisekretär.

Tabellarische Uebersicht.

1. Gesamtübersicht:

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter[1] (Wahlkörper)				Zahl der Orte mit Maifeier
	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I.	II.	III.	IV.	
Böhmen	563	155	95	128	390	26838	6916	6009	5243	20937	2334	7182	1352	316	9	18	75	863	.	157
Bukowina	1	5	.	4	1	46	423	.	199	40	15	117	158	1	.	.	1	5	.	4
Kärnten	94	.	6	1	22	4238	.	535	38	810	220	269	145	.	.	.	.	11	.	22
Mähren	161	14	14	4	?	5240	400	1288	219	?	?	?	?	?	?	.	2	54	4	?
Niederösterreich	75	81	29	19	146	7035	6814	1973	560	5993	349	1391	417	42	6	2	2	26	87	88
Wien	1	.	19[2]	18	109	39617	.	2746	2003	8998	967	1727	515	36	13	.	.	.	7	1
Oberösterreich	64	.	18	2	17	5461	.	932	225	1952	268	921	249	7	1	.	1	20	11	26
Salzburg	39	.	12	2	9	3415	.	657	70	452	168	115	93	3	9	.	3	3	.	20
Schlesien	66	.	15	6	21	3631	.	963	225	1823	206	432	182	2	1	.	5	32	.	17
Steiermark	86	.	27	10	46	14791	.	2015	312	2195	157	839	455	11	19	.	.	106	.	42
Tirol	6	21	5	1	16	2066	982	183	48	596	93	298	131	5	.	.	.	4	1	18
Vorarlberg	13	.	5		7	887	.	222	.	617	70	130	46	1	.	.	2	3	11	9
Zusammen 1911	1169	279	245	195	784	113265	15535	17823	9142	44413	4847	13721	3743	427	58	20	91	1127	119	404
Zusammen 1910	899	340	207	198	671	86166	15652	12198	9098	40704	4762	11998	2091	210	26	20	77	1021	117	675

[1] Darunter 10 sozialdemokratische Gemeindevorsteher. [2] Wiener Bezirke.

2. Länderberichte:

Name der Kreisorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter[1]				Zahl der Orte mit Maifeier
	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Wahlkörper I.	II.	III.	IV.	
Böhmen.																				
Trautenau	36	4	1	1	11	1279	160	100	25	514	145	186	69	22	.	.	.	21	.	11
Gablonz	34	3	8	14	38	1648	180	425	654	2025	225	299	100	2	.	.	1	29	.	11
Reichenberg	66	39	21	20	72	3115	1319	1139	1213	3949	161	1406	174	20	.	5	10[1]	195	.	25
Warnsdorf	26	.	2	2	21	2495	.	171	116	2244	99	411	146	27	5	.	.	20	.	12
Bodenbach	26	58	15	22	52	1617	3195	1240	983	2859	132	958	121	29	1	1	15	185	.	39
Aussig	79	.	10	9	22	3302	.	724	317	1117	467	549	113	30	.	.	.	15	.	4
Teplitz	133	.	26	17	84	4772	.	1201	394	2549	411	1229	218	44	1	.	11	92	.	16
Karlsbad	162	10	11	43	83	8410	412	954	1541	5148	670	1783	338	138	2	11	34	278	.	31
Südböhmen	1	40	1	.	6	200	1470	55	.	192	24	338	72	4	.	1	4	28	.	7
Prag	.	1	.	.	1	.	180	.	.	340	.	23	1	.	.	.	.	.	.	1
Zusammen 1911	563	155	95	128	390	26838	6916	6009	5243	20937	2334	7182	1352	316	9	18	75	863	.	157
Zusammen 1910	427	224	77	144	360	19109	10086	4157	6014	21304	1683	5487	688	90	13	14	61	740	.	328

[1] Darunter 10 sozialdemokratische Gemeindevorsteher

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I. Wahlkörper	II. Wahlkörper	III. Wahlkörper	IV. Wahlkörper	
I. Kreis: Trautenau.																				
Braunau	16	.	.	.	2	579	.	.	.	161	31	72	30	17	.	.	.	6	.	4
Grulich	.	1	.	1	.	.	160	.	25			22	7	.	.	.	.	4	.	2
Hohenelbe	1	.	.	.	1	40	.		.	20	7	4	2	.	.	.	.	2	.	.
Landskron	1	.	1	.	1	110	.	100	.	50	3	5	3	.	.	.	.	.	.	1
Trautenau	15	.	.	.	7	550	.	.	.	280	104	83	27	5	.	.	.	9	.	4
Zusammen 1911	36	1	1	1	11	1279	160	100	25	514	115	186	69	22	.	.	.	21	.	11
Zusammen 1910	11	1	.	.	12	1224	179	.	.	533	199	119	43	3	.	.	.	18	.	21
II. Kreis: Gablonz-Hohenelbe.																				
Gablonz	21	.	3	7	17	1051	.	161	271	789	129	165	25	2	.	.	.	5	.	5
Proschwitz	.	3	.	.	3	.	180	.	.	100	28	24	11	.	.	.	1	1	.	1
Rochlitz	.	.	.	1	.	.	.	.	38		.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Tannwald	13	.	5	6	18	597	.	264	345	1136	68	110	64	.	.	.	.	20	.	5
Zusammen 1911	34	3	8	11	38	1618	180	125	651	2025	225	299	100	2		.	1	29	.	11
Zusammen 1910	35	5	4	12	38	1621	112	233	611	2150	215	132	16	4	8	1	3	21		25

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I. Wahlkörper	II. Wahlkörper	III. Wahlkörper	IV. Wahlkörper	
III. Kreis: Reichenberg.																				
Deutsch-Gabel	1	11	.	.	5	30	164	.	.	174	5	112	1	1	.	.	1	22	.	1
Friedland	20		2	2	11	817	.	54	185	572	18	210	38	.	.	.	.	43	.	5
Kratzau	19	.	6	7	15	1002	.	312	418	938	4	384	37	14	.	.	6	43	.	7
Neustadt a. d. T.		11	1	1	4		362	50	36	148	.	94	16	.	.	.	.	20	.	3
Niemes	.	8	1	1	2	.	321	101	103	76	.	101	13	2	.	4	2	24	.	3
Reichenberg	25	.	10	8	29	1202	.	527	398	1613	100	371	16	2		1	1	32	.	3
Zwickau	1	9	1	1	6	64	472	95	73	428	4	104	23	1	.	.	.	11	.	3
Zusammen 1911	66	39	21	20	72	3115	1319	1139	1213	3949	161	1406	174	20	.	5	10	195	.	25
Zusammen 1910	2	84	26	17	60	64	3817	1103	962	3443	5	1085	117	9	.	.	6	182	.	33
IV. Kreis: Warnsdorf.																				
Rumburg	7	.	.	.	7	810	.	.	.	943	21	91	5	1	.	.	.	17	.	4
Schluckenau	14	.	2	1	9	839	.	171	56	701	42	110	38	1	.	.	.	3	.	7
Warnsdorf	5	.	.	1	5	846	.	.	60	600	36	210	103	25	5	.	.	.	.	1
Zusammen 1911	26	.	2	2	21	2495	.	171	116	2244	99	411	146	27	5		.	20	.	12
Zusammen 1910	26	.	2	5	24	1935	.	137	191	3183	95	229	30	6	1	.	.	17	.	19

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
V. Kreis: Bodenbach.																				
Bensen	15	.	4	7	6	820	.	275	265	155	5	133	12	6	1	.	6	40	.	5
Böhm.-Haida	.	13	.	4	5	.	507	.	261	461	.	167	27	3	.	.	.	30	.	11
Böhm.-Kamnitz	.	6	.	.	5	.	344	.	.	289		76	14	.	.	.	1	18	.	3
Böhm.-Leipa	10	.	1	1	6	417	.	43	73	200	37	9	16	10	.	.	.	7	.	.
Tetschen	1	37	10	9	28	286	2314	512	360	1754	80	561	50	10	.	1	8	90	.	18
Wernstadt	.	2		1	2	94	.	410	24	.	10	12	2	.	.	.		.	.	2
Zusammen 1911	26	58	15	22	52	1617	3195	1240	983	2859	132	958	121	29	1	1	15	185	.	39
Zusammen 1910	3	62	9	21	55	114	3751	577	1156	3341	125	717	70	3	.	.	14	172	.	51
VI. Kreis: Aussig.																				
Aussig Stadt	1	.	1	1	7	749	.	262	93	454	101	66	20	.	.	.	.	.	.	1
Aussig Land	53	.	8	5	11	1791	.	440	158	539	335	283	80	11	.	.	.	15	.	.
Leitmeritz	22	.	1	2	3	676	.	22	46	92	26	167	12	14	.	.		.	.	1
Lobositz	3	.	.	1	1	86	.	.	20	32	5	33	1	5		.	.			2
Zusammen 1911	79	.	10	.	22	3302	.	724	317	1117	467	549	113	30	.	.	.	15	.	4
Zusammen 1910	74	.	11	9	21	2995	.	836	380	1057	121	928	26	.	.	.	.	26	.	3

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
VII. Kreis: Teplitz-Saaz.																				
Brüx	8	.	1	3	2	348	.	43	50	18	17	31	7	6	.	.	.	.	.	1
Dux-Bilin	18	.	3	6	13	390	.	91	109	674	85	211	40	1	.	.	1	13	.	3
Görkau	9	.	2	.	6	211	.	37	.	227	.	86	8	.	.	.	.	.	.	2
Kaaden	13	.	1	.	7	457	.	70	.	364	92	60	15	15	.	.	.	6	.	1
Komotau	12	.	5	.	8	549	.	245	.	459	118	112	38	.	.	.	1	13	.	1
Luditz-Buchau	11	.		.		235	.	.	.	.	5	28	2	3	.	.	.	2	.	1
Oberleutensdorf	11	.	2	.	6	341	.	52	.	163	11	111	23	.	.	.	.	1	.	1
Podersam	8	.	.	.	9	245	.	.	.	237	19	67	36	.	.	.	1	4	.	2
Saaz	15	.	1	.	?	520	.	92	.	?	22	23	16	15	1	.	.	8	.	1
Teplitz	28		11	8	33	1476	.	571	235	377	12	500	33	1	.	.	2	45	.	3
Zusammen 1911	133	.	26	17	84	4772	.	1201	394	2549	411	1229	218	14	1	.	11	92	.	16
Zusammen 1910	121	.	18	21	66	4181	.	763	574	2780	452	779	139	26	.	.	6	57	.	46
VIII. Kreis: Karlsbad.																				
Asch	12	.	1	.	4	592	.	63	.	508	56	117	31	9	.	.	1	17	.	6
Eger	6	.	1	.	5	440	.	204	.	720	220	77	16	1	1	.	.	4	.	3
Fürtrag	18	.	2	.	9	1032	.	267	.	1228	276	194	47	10	1	.	1	21	.	9

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Uebertrag	18	.	2	.	9	1032	.	267	.	1228	276	191	17	10	1		1	21		9
Elbogen	31	.	2	9	16	2118	.	141	545	919	9	381	12	.	.	3	8	81		1
Falkenau a. d. E.	13	.	.	1	7	106	.	.	15	313	50	74	16	10	.	.	2	11	.	1
Graslitz	11	.	.	4	15	730	.	.	149	1107	42	161	36	.	.	2	2	25	.	5
Karlsbad	32	.	3	11	19	1889	.	291	486	912	119	282	95	78	.	1	3	27	.	1
Marienbad	.	7	.	.	.	.	220	.	.	.	24	103	17	5	.	.	.	.	.	1
Neudek	11	.	.	8	2	484	.	.	241	104	.	163	38	.	.	2	13	55	.	1
Petschau	5	.	.	2	.	163	.	.	21	.	.	74	11	.	.	1	3	9	.	1
Platten	5	.	.	1	4	237	.	.	78	148	17	76	15	.	.	.	.	.	.	1
Ronsperg	1	.	.	.	.	56	.	.	.	.	15	25	1	.	1	.	.	5	.	3
St. Joachimsthal	5	.	2	.	.	190	.	107	.	.	18	78	22	31	.	.	.	.	.	1
Staab	6	.	.	.	5	231	.	.	.	150	10	21	1	1	.	2	2	21	.	2
Tachau	10	.	.	.	1	323	.	.	.	12	10	66	5	.	.	.	.	13	.	1
Weipert	1	3	1	.	3	33	192	100	.	145	41	16	7	.	.	.	.	2	.	2
Wildstein	7	.	1	1	2	218	.	15	6	50	6	66	12	.	.	.	.	2	.	1
Zusammen 1911	162	10	11	13	83	8110	112	954	1511	5118	670	1783	338	138	2	11	34	278	.	31
Zusammen 1910	120	26	6	58	79	6682	627	153	2128	1397	145	1153	156	39	4	12	28	232	.	98

IX. Kreis: Südböhmen.

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Alt-Langendorf		6	.	.	2	.	340		.	10	.	10	19	2	.	1	2	1	.	3
Außergefild	.	2	.	.	.	.	119	.	.	.	.	22	1	.		.	.	5	.	
Fürtrag	.	8			2	.	159	.	.	10	.	62	23	2		1	2	9	.	3

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Uebertrag	.	8	.	.	2	.	459	.	.	40	.	62	23	2	.	1	2	9	.	3
Blauenschlag	.	2	.	.	.	.	59	.	.	.	.	6	3	.	.	.	.	3	.	.
Budweis	.	2	.	.	1	.	64	.	.	43	.	25	6	.	.	.	.	.	.	1
Deutsch-Beneschau	.	5	.	.	.	.	140	.	.	.	.	48	3	.	.	.	.	.	.	.
Kalsching	.	1	.	.	.	.	19	.	.	.	.	8	2	.	.	.	.	.	.	.
Kaplitz	.	1	.	.	.	.	37	.	.	.	.	9	2	.	.	.	.	.	.	.
Krumau	1	2	1	.	1	200	92	55	.	35	8	57	10	.	.	.	.	6	.	1
Neubistritz	.	2	.	.	.	.	42	.	.	.	.	7	1	.	.	.	.	3	.	.
Oberplan	.	7	.	.	2	.	163	.	.	74	.	74	4	.	.	.	.	2	.	2
Prachatitz	.	2	.	.	.	.	59	.	.	.	.	4	4	.	.	.	.	.	.	.
Simmersdorf	.	1	.	.	.	.	15	.	.	.	.	12	2	.	.	.	.	.	.	.
Wallern	.	6	.	.	.	.	259	.	.	.	10	19	7	.	.	.	2	5	.	.
Winterberg	.	1	.	.	.	.	62	.	.	.	6	7	5	2	.	.	.	.	.	.
Zusammen 1911	1	40	1	.	6	200	1470	55	.	192	24	338	72	4	.	1	4	28	.	7
Zusammen 1910	5	40	1	1	4	290	1140	55	12	120	17	331	59	.	.	1	4	15	.	31

Bezirksorganisation Prag.

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Prag 1911	.	1	.	.	1	.	180	.	.	340	.	23	1	.	.	.	.	.	.	1
Prag 1910	.	1	.	.	1	.	160	.	.	300	9	14	2	.	.	.	.	.	.	1

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier*
Bukowina.																				
Czernowitz	1	1	.	1	.	46	277	.	113	.	7	7	99	1	.	.	.	.	.	1
Radautz	.	1	.	1	1	.	50	.	42	40	.	30	14	.	.	.	.	1	.	.
Sereth	.	1	.	1	.	.	10	.	22	.	1	25	.	.	.	.	.	.	.	1
Suczawa	.	1	.	.	.	.	60	.	.	.	.	50	10	.	.	.	1	4	.	1
Wirnitz	.	1	.	1	.	.	26	.	22	.	4	5	5	.	.	.	.	.	.	1
Zusammen 1911	1	5	.	4	1	46	123	.	199	40	15	117	158	1	.	.	1	5		1
Zusammen 1910	2	1	.	3	2	146	347	.	125	74	87	173	76	4	.	.	1	4	.	4
Kärnten.																				
Ferlach	1	.	.	.	4	272	.	.	.	232	13	26	7	.	.	.	.	4	.	3
Klagenfurt Stadt	1	.	1	.	3	312	.	110	.	260	8	11	9	.	.	.	.	.	.	1
" Land	18	.	.	.	2	395	.	.	.	50	27	6	15	.	.	.	.	.	.	.
Spittal	14	.	1	.	3	678	.	62	.	60	21	34	17	.	.	.	.	.	.	5
Villach	24	.	1	1	10	1122	.	220	38	208	23	75	53	.	.	.	.	1	.	1
Völkermarkt	27	.	2	.	?	1186	.	73	.	?	82	68	39	.	.	.	.	1	.	9
Wolfsberg	6	.	1	.	.	273	.	70	.	.	46	46	5	.	.	.	.	2	.	3
Zusammen 1911	94	.	6	1	22	4238	.	535	38	810	220	269	145			.	.	11	.	22
Zusammen 1910	68	.	2	.	12	3860	.	62	.	560	79	206	70	11	.	.	.	16	.	34

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Wahlkörper I.	II.	III.	IV.	
Mähren.																				
Gau I: Brünn	28	.	.	1	.	1377	.	.	105	.	.	.	.	2	.	.	.	.	4	1
„ II: Mährisch-Schönberg	32	14	.	1	.	882	400	.	45	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
„ III: Sternberg	68	.	8	2	6	1463	.	228	69	?	103	151	87	.	.	.	2	52	.	20
„ IV: Neutitschein	22	.	.	.	.	1014	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
„ V: Lundenburg	4	.	.	.	.	176	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
„ VI: Mähr.-Ostrau	7	.	.	.	.	328	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Zusammen 1911	161	14	14	4	?	5240	400	1288	219	?	?	?	?	?	?	?	2	54	4	?
Zusammen 1910	81	14	25	4	27	4031	386	767	183	1652	365	675	159	7	.	.	1	50	4	39
Niederösterreich.																				
Amstetten	3	.	1	1	2	307	.	55	8	65	4	45	15	.	.	.	.	.	5	1
Baden-Ebreichsdorf	.	9	.	.	10	.	660	.	.	401	.	167	31	.	.	.	.	.	5	5
Fürtrag	3	9	1	1	12	307	660	55	8	466	4	212	46	.	.	.	.	.	10	6

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation			Zahl der		Mitgliederstand					Abgehaltene politische Versammlungen			Politische Verfolgungen		Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter				Zahl der Orte mit Maifeier
	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	I. Wahlkörper	II. Wahlkörper	III. Wahlkörper	IV. Wahlkörper	
Uebertrag	3	9	1	1	12	307	660	55	8	166	4	212	16	.	.	.	.	.	10	6
Gaming	5	.	.	.	3	230	.		.	73	18	47	14	.	.	.	.	3	.	3
Gmünd	1	16	3	.	17	28	638	139	.	1048	45	95	30	.	.	.	2	.	6	12
Hohenberg	7	.		.	13	959	.	.	.	526	1	141	23		.	.	.	5	5	4
Klosterneuburg [1]	4	.	.	1	2	144	.	.	39	50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1
Krems [1]	3	8	1	.	1	72	319	37	.	37	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3
Laa a. d. Thaya	1	.		.	.	36	.	.	.	.	8	12	2	.	.	.	.	.	2	1
Liesing	7	1	3	2	14	1665	40	130	18	625	24	176	16	.	.	.	.	.	16	5
Marchegg	1	.	.	1	1	56	.	.	27	30	7	5	5	.	.	.	.	5	.	1
Mistelbach [1]	2	.	1	.	2	232	.	43	.	65	.	.	.	.	.	.	.	.	2	2
Mödling	7	.	2	3	11	898	.	16	87	210	58	82	31	.	.	2	.	1	3	2
Neunkirchen	9	3	2	3	6	270	1104	251	48	377	61	178	21	23	.	.	.	2	7	5
Oberhollabrunn	1	.	.	.	.	15	.	.		.	6	12	.	.	.	.	.	.	.	1
Pottenstein [1]	1	7	.	.	10	20	186	.	.	176	.	.	.	.	.	.	.	3	7	5
Purkersdorf	5		.	.	2	231	.		.	18	14	18	11	.	.	.	.	.	2	2
St. Pölten	2	15	5	2	17	52	2327	318	96	507	3	189	77	6	6	.	.		16	17
Schwechat	10	.	5		7	1076	.	504		313	16	79	51	4	.	.	.	4	6	5
Stockerau	5	.	2	1	2	641	.	273	65	150	15	10	19	3	.	.		.	3	3
Waidhofen a. d. Thaya [1]	.	8	1	.	7		247	12	.	165	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4
Waidhofen a. d. Ybbs	.	1	2	.	1	.	279	95	.	128	.	38	13	6	.	.	.	.	.	3
Wiener-Neustadt	1	10	1	5	15	100	1014	40	142	969	39	97	55	.	.	.	.	3	2	3
Zistersdorf	.	.		.	.	.		.		.		.	.	.	.	.	.	.	.	.
Zusammen 1911	75	84	29	19	146	7035	6814	1973	560	5993	349	1391	117	42	6	2	2	26	87	88
Zusammen 1910	68	79	21	10	102	5264	1117	1540	383	1075	967	1404	267	28	7	1	2	29	116	96

[1]) Die Bezirksorganisationen Klosterneuburg, Krems, Mistelbach, Pottenstein und Waidhofen a. d. Th. haben nicht berichtet. Wir haben für diese Bezirksorganisationen die Mitgliederzahlen des Vorjahres eingesetzt.

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Wien.																				
I	1	.	1	.	2	93	.	23	.	50	6	.	13	.	.	.	.	.	.	.
II	1	.	1	1	4	1249	.	50	172	600	26	96	56	10	.	.	.	.	.	.
III	1	.	1	1	7	2252	.	180	142	430	28	11	58	.	.	.	.	.	.	.
IV	1	.	1	.	2	197	.	55	.	50	6	14	1	.	.	.	.	.	.	.
V	1	.	1	1	6	2433	.	124	91	450	52	440	10	.	.	.	.	.	1	.
VI	1	.	1	.	1	560	.	107	.	86	12	30	32	4	4	.	.	.	.	.
VII	1	.	.	1	1	421	.	.	85	77	32	4	12	.	.	.	.	.	.	.
VIII	1	.	.	.	1	380	.	.	.	170	31	12	31	.	.	.	.	.	.	.
IX	1	.	1	1	3	680	.	140	133	280	32	42	10	.	.	.	.	.	.	.
X	1	.	1	1	6	4567	.	347	226	857	318	24	11	3	5	.	.	.	1	.
XI	1	.	1	1	7	1160	.	120	45	300	63	15	12	.	.	.	.	.	.	.
XII	1	.	1	1	5	3158	.	200	73	617	112	29	11	.	.	.	.	.	1	.
XIII	1	.	1	1	8	2053	.	60	71	200	4	53	37	.	.	.	.	.	.	.
XIV	1	.	1	1	6	2226	.	101	105	667	26	82	13	13	.	.	.	.	1	.
XV	1	.	1	.	2	948	.	46	.	100	14	38	6	2	4	.	.	.	.	.
XVI	1	.	1	2	20	8854	.	229	305	2459	5	170	7	.	.	.	.	.	1	.
XVII	1	.	1	1	2	1236	.	34	149	85	17	41	55	.	.	.	.	.	.	.
XVIII	1	.	1	1	4	620	.	68	52	350	85	146	12	.	.	.	.	.	.	.
XIX	1	.	1	1	1	430	.	122	36	30	32	37	18	.	.	.	.	.	.	.
XX	1	.	1	1	4	2700	.	280	68	240	12	23	58	.	.	.	.	.	1	.
XXI	5	.	1	2	17	3400	.	460	250	900	54	420	52	4	.	.	.	.	1	.
Zusammen 1911	25	.	19	18	109	39617	.	2746	2003	8998	967	1727	515	36	13	.	.	.	7	1
Zusammen 1910	25	.	18	18	93	26151	.	2222	1758	7731	586	1654	149	51	5	.	.	.	7	1

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte: freie politische Organisationen	Orte: Frauenorganisationen	Zahl der Jugendorganisationen	Zahl der anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Oberösterreich.																				
Attnang	6	.	2	.	.	243	.	35	.	.	8	64	11	.	.	.	.	2	.	2
Braunau	3	.	.	.	.	104	.	.	.	.	9	24	8	.	.	.	.	.	.	2
Enns	1	.	.	.	1	36	.	.	.	12	3	16	4	.	.	.	.	.	.	1
Freistadt	1	.	.	.	.	10	.	.	.	.	1	3	2	.	.	.	.	.	.	.
Gmunden	3	.	2	.	.	246	.	67	.	.	5	59	6	.	.	.	.	.	.	1
Ischl	6	.	1	.	2	561	.	65	.	137	29	67	17	.	.	.	.	15	.	4
Linz	5	.	4	1	7	1842	.	407	163	1475	67	246	48	2	.	.	.	2	7	1
Mauthausen	6	.	.	.	1	153	.	.	.	86	30	61	16	.	.	.	.	.	.	2
Ried	2	.	1	.	.	82	.	15	.	.	.	26	12	4	1	.	.	.	.	1
Schärding	1	.	1	.	.	62	.	23	.	.	6	18	8	.	.	.	.	.	.	1
Scharnstein	3	.	.	.	.	57	.	.	.	.	5	29	4	.	.	.	.	.	.	.
Schwanenstadt	5	.	1	.	.	471	.	81	.	.	17	66	12	.	.	.	.	.	.	2
Steyr, Weyer, Kirchdorf	13	.	2	.	5	658	.	55	.	182	46	108	47	.	.	.	1	.	4	6
Traun	3	.	2	.	.	149	.	65	.	.	10	37	5	.	.	.	.	1	.	1
Urfahr	2	.	1	.	.	234	.	41	.	.	7	17	26	.	.	.	.	.	.	1
Wels	4	.	1	1	1	553	.	78	62	60	25	80	23	1	.	.	.	.	.	1
Zusammen 1911	64	.	18	2	17	5461	.	932	225	1952	268	921	249	7	1	.	1	20	11	26
Zusammen 1910	63	.	16	2	18	5377	.	693	76	1324	188	954	124	1	.	.	1	18	13	37

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Salzburg.																				
Flachgau	9	.	1	.	.	380	.	12	.	.	30	23	13	.	.	.	.	.	.	5
Hallein	4	.	3	1	.	707	.	321	34	.	26	17	6	.	.	.	.	.	.	1
Itzling-Marglan	11	.	3	.	2	731	.	139	.	33	36	107	21	.	3	.	.	.	.	.
Lungau	1	.	.	.	.	30	.	.	.	.	4	.	.	.	.	.	.	.	.	1
Pinzgau	6	.	2	.	1	452	.	83	.	45	11	68	16	1	.	.	3	.	.	5
Pongau	7	.	2	.	2	500	.	61	.	54	49	80	29	2	.	.	.	3	.	7
Salzburg	1	.	1	1	4	615	.	41	36	320	12	120	8	.	6	.	.	.	.	1
Zusammen 1911	39	.	12	2	9	3415	.	657	70	452	168	415	93	3	9	.	3	3	.	20
Zusammen 1910	39	.	10	3	4	3138	.	385	71	718	231	288	81	1	.	1	4	7	.	23
Schlesien.																				
Bielitz	6	.	.	1	4	771	.	.	25	709	35	22	13	.	.	.	.	9	.	1
Freiwaldau	22	.	3	1	2	811	.	97	15	60	21	98	42	2	1	.	4	7	.	3
Freudenthal	6	.	4	1	2	180	.	139	23	64	22	42	21	.	.	.	.	4	.	4
Jägerndorf	20	.	3	.	1	826	.	241	.	50	91	79	49	.	.	.	1	12	.	1
Odrau	3	.	3	1	6	463	.	374	49	710	.	88	15	.	.	.	.	.	.	3
Teschen	3	.	.	1	2	178	.	.	48	65	18	40	8	.	.	.	.	.	.	3
Troppau	6	.	2	1	4	402	.	112	65	165	19	63	34	.	.	.	.	.	.	2
Zusammen 1911	66	.	15	6	21	3631	.	963	225	1823	206	432	182	2	1	.	5	32	.	17
Zusammen 1910	68	.	12	3	20	3489	.	788	153	1324	330	279	143	6	.	3	4	41	.	28

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	freie politische Organisationen	Frauenorganisationen	Jugendorganisationen	andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	§ 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter (Wahlkörper): I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Steiermark.																				
Bruck a. d. Mur	6	.	1	.	6	1198		176	.	253	19	88	18	3	2	.	.	3	.	6
Cilli	3	.	.	1	1	189		.	15	30	5	40	13			.	.	1	.	1
Eisenerz	3	.	1	.		550	.	46	.	.	1	16	9			.	.	2	.	2
Fürstenfeld	6	.	1	1	.	222	.	102	22	.	2	17	8			.	.	.	.	2
Judenburg-Knittelfeld	12	.	6	.	8	1857	.	575	.	514	12	98	61			.	.	19	.	6
Graz und Umgebung	12	.	3	5	?	4537	.	322	188	?	13	119	107			.	.	23	.	5
Leoben	8	.	3	1	10	1153	.	372	39	598	12	84	31	8	1	.	.	16	.	1
Marburg	5	.	2	.	3	980	.	105	.	180	2	139	17			.	.	10	.	2
Mürzzuschlag	6	.	1	2	10	1910	.	120	48	117	14	85	38			.	.	21	.	5
Stainach	9	.	3	.	2	1035	.	197	.	48	17	80	56			.	.	2	.	5
Voitsberg	2	.	.	.	6	400	.	.	.	125	.	34	50		16	.	.	9	.	2
Weiz	9		.	.	.	277	.	.	.	.	.	10	9		.	.	.	.	.	1
Wies	5	.	.	.	.	203	.	.	.		.	29	8		.	.	.	.	.	1
Zusammen 1911	86		27	10	46	14791	.	2015	312	2195	157	839	455	11	19	.	.	106	.	42
Zusammen 1910	66	.	18	7	16	13053	.	980	257	1100	121	504	236	7	1	1	1	106	.	63
Tirol.																				
Bozen	4	.	1	.	3	161	.	36	.	105	18	18	11	3	.	.	.	.	.	1
Franzensfeste	.	3	.	.	.	.	97	.	.	.	.	20	1	1	.	.	.	.	.	2
Fürtrag	4	3	1	.	3	161	97	36	.	105	18	38	15	1	.	.	.	.	.	3

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Uebertrag	4	3	1	.	3	461	97	36	.	105	18	38	15	4	.	.	.	.	.	3
Innsbruck	1	6	1	1	5	1212	134	252	48	230	67	120	34	.	.	.	.	3	.	4
Landeck	.	1	.	.	.	.	30	.	.	.	.	12	12	.	.	.	.	.	.	.
Lienz	.	1	1	.	1		135	98	.	56	.	30	8	.	.	.	.	.	.	1
Meran	1	.		.	.	393	.	.	.	.	8	3	5	.	.	.	.	1	.	1
Schwaz	.	2		.	1	.	150	.	.	30	.	25	5	.	.	.	.	.	.	1
Wörgl	.	11	2	.	6	.	436	97	.	175	.	70	52	1	.	.	.	.	1	8
Zusammen 1911	6	24	5	1	16	2066	982	483	48	596	93	298	131	5	.	.	.	4	1	18
Zusammen 1910	4	19	5	1	8	2001	716	440	78	584	86	297	73	.	.	.	.	4	.	15

Vorarlberg.

Name der Bezirksorganisation	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: politische Vereine	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: freie politische Organisationen	Orte mit sozialdemokratischer Organisation: Frauenorganisationen	Zahl der: Jugendorganisationen	Zahl der: anderen Vereine (nicht Gewerkschaften)	Mitgliederstand: politische Vereine	Mitgliederstand: freie politische Organisationen	Mitgliederstand: Frauenorganisationen	Mitgliederstand: Jugendorganisationen	Mitgliederstand: andere Vereine (nicht Gewerkschaften)	Abgehaltene politische Versammlungen: Vereinsversammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: § 2- und Vertrauenspersonen-Versammlungen	Abgehaltene politische Versammlungen: Volksversammlungen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Geldstrafen	Politische Verfolgungen: Anzahl der Arreststrafen	Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, Wahlkörper: I.	II.	III.	IV.	Zahl der Orte mit Maifeier
Bludenz	2	.	1	.	1	73	.	37	.	163	.	42	10	.	.	.	.	.	2	1
Bregenz	3	.	1	.	4	324	.	49	.	410	15	19	15	.	.	.	1	2	4	3
Dornbirn	4	.	2	.	2	281	.	98	.	44	34	44	16	.	.	.	1	1	3	2
Feldkirch	4	.	1	.	.	209	.	38	.	.	21	25	5	4	.	.	.	.	2	3
Zusammen 1911	13	.	5	.	7	887	.	222	.	617	70	130	46	4	.	.	2	3	11	9
Zusammen 1910	12	.	5	.	9	839	.	164	.	258	39	77	25	1	.	.	2	3	7	7

Bericht des Parteikassiers.

Gebarungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1911

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Saldo vom 1. Juli 1909	50626·31		50626·31	
Agitationsfonds	173204·—	160237·38	12966·62	
Inhaftiertenfonds	162·60	3242·72		3080·12
Wahlfonds	248840·01	255864·71		7024·70
Maizeichen	12448·58	7150·13	5298·45	
Parteiinstitute	19311·84		19311·84	
Volkszünder	96·34		96·34	
Darlehen	20000·—	76132·73		56132·73
	524689·68	502627·67	88299·56	66237·55
Saldo vom 1. Juli 1911	22062·01		22062·01	

Der Parteikassier:

Dr. W. Ellenbogen.

Revidiert und richtig befunden:

Simon Abram, Heinrich Beer, Dr. Ludwig Czech, Matthias Elderſch, Robert Preußler, Hans Resel, Anton Schäfer, Josef Seliger, Julius Spielmann, Laurenz Widholz.

Die Einnahmen durch die neuen Parteimarken und durch die Reichsparteisteuer. Die neuen Parteimarken, die seit 1. Jänner 1910 in Umlauf sind, haben der Parteivertretung nach Abzug der auf das Frauenreichskomitee entfallenden Quote Kr. 53.747·59 eingebracht. So verhältnismäßig beträchtlich diese unter anderthalb Jahren eingelaufene Summe ist, so muß doch gesagt werden, daß sie den Erwartungen, die bei der Einführung der neuen Parteiorganisation gehegt worden sind, nicht ganz entspricht. Die Eingliederung der Gewerkschaftsmitglieder in die politische Parteiorganisation ist nicht in dem Tempo und noch lange nicht in dem Umfang vor sich gegangen, daß die Parteivertretung allein aus den Einnahmen der neuen politischen Organisation ihr Auslangen finden könnte.

Dies ergibt sich klar für jedermann aus folgender Zusammenstellung der Einnahmen, welche die Parteivertretung aus den verschiedenen Parteisteuern während der Berichtszeit erhalten hat.

Es liefen ein:

	Kronen
Durch die neuen Parteimarken	53747·59
„ „ alte Reichsparteisteuer	72044·48
„ „ Restzahlungen auf die 10 Prozent der Bezirksorganisationen	5541·23
Summe	131333·30

Die Einnahmen aus den Organisationen waren also, da für die letzte Berichtsperiode 1907 bis 1909 Kr. 101.820·44 eingekommen sind, wohl um fast 30.000 Kr. höher als das letztemal. Wenn man aber bedenkt, daß die Einnahmen aus den 10 Prozent der Bezirke nur mehr Restzahlungen waren, die in der nächsten Berichtsperiode überhaupt keine Rolle mehr spielen werden und daß ursprünglich der Plan bestand, die alte Reichsparteisteuer nach der Einführung der neuen Parteiorganisation aufzulassen, so daß dann als einzige reguläre Einnahme der Parteizentrale die Einnahmen aus den Marken übrigbleiben würden, so wird man wohl zugeben müssen, daß damit ein unmöglicher Zustand eintreten würde. Die Parteizentrale könnte mit den um über die Hälfte reduzierten Einnahmen überhaupt nicht arbeiten und es wird eine wichtige Aufgabe des Parteitages sein, der Parteivertretung die für ihre Funktion notwendigen Einkünfte sicherzustellen.

Die alte Reichsparteisteuer wurde in der Berichtszeit noch aus 323 Orten und 623 Organisationen abgeliefert, gegenüber 785 Orten und 1452 Organisationen in der Zeit von 1907 bis 1909. Da ihr Ertrag Kr. 72.044·48 gegenüber Kr. 88.246·41 in der vorletzten Berichtsperiode ausmachte, so hat sie diesmal einen Minderertrag von Kr. 16.201·93 gebracht.

Der Gesamtertrag der Reichsparteisteuer seit ihrer am 1. Juli 1898 erfolgten Einführung bis 30. Juni 1911 macht Kr. 336.445·96.

Zu den weiter unten wieder folgenden Tabellen ist anzumerken, daß in der Wiener Summe von Kr. 59.375·78 die Ablieferung von 19 Reichszentralisationen enthalten ist, die für ihre deutschen Mitglieder im ganzen Reich Kr. 33.408·43 abgeben.

Die zehnprozentigen Beiträge der Bezirksorganisationen an die Parteivertretung, für deren Restzahlungen während der Berichtsperiode Kr. 5.541·23 eingelaufen sind, haben für die ganze Zeit unter der sie bestanden, also für die Zeitperiode vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1909, Kr. 19.115·16 gebracht. Leider muß gesagt werden, daß viele Bezirksorganisationen, darunter auch sehr leistungsfähige, trotz aller Aufforderungen nicht zur Einhaltung des Parteitagsbeschlusses zu bringen waren. Im Anschluß an den Bericht über die Restzahlungen der zehn Prozent veröffentlichen wir jene Bezirksorganisationen, die entweder für diesen Zweck gar nichts geleistet haben oder trotz aller Mahnungen die Reste noch nicht bezahlten.

Wie immer sind auch diesmal nur die Beträge berücksichtigt worden, die bis Ende Juni dieses Jahres eingelaufen sind. Der Reihenfolge nach folgen nun erstens die Tabellen über die Parteimarken, zweitens über die Parteisteuer und drittens über die Restzahlungen der zehn Prozent.

Gesamteinlauf

für Parteimarken nach Kronländern:

Böhmen	Kr. 16.650·—
Bukowina	„ 150·—
Kärnten	„ 2.040·—
Mähren	„ 1.950·—
Niederösterreich	„ 23.560·99
Oberösterreich	„ 3.120·—
Salzburg	„ 1.323·—
Schlesien	„ 1.712·—
Steiermark	„ 7.740·—
Tirol	„ 1.104·—
Triest	„ 48·—
Vorarlberg	„ 618·—
Summe	Kr. 60.015·99

Von den Kr. 9402·60, die für Frauenmarken einliefen, wurden zwei Drittel, also Kr. 6268·40, an das Frauenreichskomitee abgeliefert, so daß die eigentliche Einnahme der Parteivertretung aus den Parteimarken Kronen 53.747·59 betrug.

Abrechnung der Parteimarken (nach Ländern und Monaten geordnet).

Hier sind nur die tatsächlich für Parteimarken bis einschließlich 30. Juni 1911 abgelieferten Beträge berücksichtigt.

a) Männermarken.

Postnummer	Land	1910 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1911 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe
		Kronen																		
1	Böhmen	2319·—	810·—	750·—	1050·—	750·—	300·—	750·—	150·—	840·—	300·—	1200·—	300·—	1050·—	1050·—	1050·—	1200·—	.	300·—	14.169·—
2	Bukowina	60·—	.	.	.	.	.	.	.	30·—	.	.	30·—	.	.	30·—	.	.	.	150·—
3	Kärnten	210·—	90·—	120·—	.	195·—	.	120·—	150·—	.	150·—	30·—	.	150·—	180·—	150·—	180·—	120·—	.	1.845·—
4	Mähren	237·—	90·—	90·—	90·—	150·—	.	90·—	90·—	90·—	90·—	90·—	90·—	90·—	90·—	90·—	.	90·—	.	1.557·—
5	Niederösterreich (ohne Wien)	660·—	182·10	225·—	285·—	120·—	120·—	330·—	.	300·—	240·—	210·—	192·—	345·—	375·—	135·—	330·—	192·—	43·50	4.284·60
6	Wien (Wochenmarken)	795·20	651·59	910·—	560·—	770·—	700·—	810·—	280·—	1120·—	840·—	190·—	910·—	1050·—	980·—	1435·—	560·—	1260·—	840·—	14.991·79
7	Oberösterreich	180·—	180·—	120·—	120·—	150·—	150·—	.	150·—	150·—	150·—	150·—	150·—	150·—	150·—	150·—	.	300·—	.	2.700·—
8	Salzburg	120·—	84·—	60·—	60·—	120·—	120·—	30·—	60·—	60·—	60·—	60·—	.	120·—	.	120·—	.	60·—	.	1.134·—
9	Schlesien	110·—	30·—	150·—	120·—	.	60·—	90·—	30·—	60·—	60·—	30·—	75·—	90·—	60·—	75·—	120·—	.	60·—	1.120·—
10	Steiermark	300·—	600·—	300·—	150·—	750·—	150·—	420·—	360·—	300·—	600·—	240·—	300·—	300·—	900·—	300·—	360·—	300·—	360·—	6.990·—
11	Tirol	150·—	60·—	60·—	60·—	.	150·—	.	.	84·—	.	120·—	60·—	60·—	.	120·—	120·—	.	.	1.044·—
12	Triest	9·—	.	9·—	.	.	.	6·—	.	6·—	.	.	.	9·—	.	.	9·—	.	.	48·—
13	Vorarlberg	120·—	.	.	150·—	.	.	.	.	.	.	.	60·—	.	.	60·—	.	.	90·—	480·—
																			Gesamtsumme . .	50.613·39

b) Frauenmarken.

Postnummer	Land	1910 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	1911 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe
1	Böhmen	501·—	180·—	.	300·—	.	.	.	150·—	60·—	120·—	210·—	150·—	180·—	.	300·—	300·—	.	.	2.181·—
2	Bukowina	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
3	Kärnten	15·—	15·—	.	.	15·—	.	.	30·—	.	30·—	.	.	.	30·—	30·—	.	30·—	.	195·—
4	Mähren	63·—	.	30·—	.	60·—	.	.	.	30·—	30·—	.	30·—	30·—	30·—	30·—	.	30·—	30·—	393·—
5	Niederösterreich m. Wien	660·—	182·10	225·—	285·—	120·—	120·—	330·—	.	300·—	240·—	210·—	192·—	345·—	375·—	135·—	330·—	192·—	43·50	1.284·60
6	Oberösterreich	60·—	.	30·—	.	30·—	.	30·—	30·—	.	30·—	30·—	.	80·—	30·—	30·—	.	60·—	30·—	120·—
7	Salzburg	21·—	6·—	.	21·—	15·—	15·—	30·—	.	.	15·—	.	.	15·—	.	48·—	.	.	.	189·—
8	Schlesien	60·—	30·—	30·—	30·—	.	30·—	30·—	.	30·—	12·—	30·—	15·—	30·—	30·—	45·—	30·—	30·—	30·—	492·—
9	Steiermark	60·—	.	30·—	30·—	30·—	30·—	90·—	.	60·—	.	60·—	30·—	.	90·—	60·—	60·—	60·—	60·—	750·—
10	Tirol	.	.	.	.	.	6·—	.	.	6·—	.	.	.	9·—	.	.	39·—	.	.	60·—
11	Triest	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
12	Vorarlberg	18·—	.	.	.	30·—	.	.	.	.	.	.	30·—	.	.	30·—	.	.	30·—	138·—
																			Gesamtsumme . . .	9.402·60

Ausgegeben

wurden seit Einführung der neuen Parteimarken in den Landesorganisationen:

Monat	Partei-legitimationen	Männer-marken	Wiener Wochenmarken	Frauenmarken
1910				
Jänner	119010	226166	113600	34100
Februar	13650	49870	93085	10700
März	8456	88500	130000	8800
April	4200	59500	80000	17000
Mai	4950	60500	110000	8000
Juni	4450	30000	100000	4200
Juli	4200	68200	120000	11500
August	1000	35800	60000	8200
September	3600	54200	140000	11000
Oktober	3100	47000	120000	11900
November	6200	83000	70000	15000
Dezember	4733	47900	130000	11800
Summe	177559	830636	1266685	152200
1911				
Jänner	5200	80800	150000	15600
Februar	7600	69500	140000	13300
März	11600	86000	205000	22000
April	7000	79300	80000	22500
Mai	7300	31400	180000	7600
Juni	800	20450	120000	5500
Summe	39500	367450	875000	86500

Im ganzen wurden also ausgegeben 217.059 Parteilegitimationen, 1,198.086 Männer-Monatsmarken, 2,141.685 Wiener Wochenmarken und 238.700 Frauenmarken.

Im Jahre 1910 wurden durchschnittlich per Monat 69.220 Männer- und 12.683 Frauenmarken und durchschnittlich per Woche 24.359 Wiener Wochenmarken ausgegeben.

Im ersten Halbjahr 1911 wurden durchschnittlich per Monat 61.241 Männer- und 14.416 Frauenmarken und durchschnittlich per Woche 33.653 Wiener Wochenmarken ausgegeben.

Ausweis

über die während der Berichtszeit eingelangten Restzahlungen der **zehnprozentigen Quote**, die von den politischen Bezirksorganisationen an die Parteivertretung vom 1. Jänner 1908 bis 31. Dezember 1909 abzuliefern war:

Böhmen.

	Kronen
Außergefield	4·06
Bensen	17·58
Braunau	25·56
Budweis	4·50
Deutsch-Beneschau	5·03
Elbogen	172·19
Falkenau	17·52
Gablonz a. d. N.-Hohenelbe	41·77
Graslitz	20·03
Karlsbad	81·24
Fürtrag	389·48
Uebertrag	389·48
Landskron	10·—
Oberplan	16·19
St. Joachimsthal	7·40
Tannwald	86·20
Tetschen	127·70
Wallern	4·28
Weipert	9·48
Winterberg	3·44
Summe	654·17

Kärnten.

	Kronen		Kronen
Ferlach	17·29	Uebertrag	58·45
Klagenfurt-Stadt	24·22	Spittal a. d. Drau	20·01
Klagenfurt-Land	16·94	Villach	44·76
Fürtrag	58·45	Summe	123·22

Mähren.

	Kronen
Lundenburg	8·80
Mährisch-Ostrau	2·40
Mährisch-Trübau	9·67
Summe	20·87

Niederösterreich.

Wien:	Kronen	Provinz:	Kronen
		Uebertrag	3430·62
III. Bezirk	292·—	Amstetten	16·18
IV. „	27·65	Gaming	20·94
V. „	215·46	Gmünd	19·09
VI. „	36·49	Krems	6·30
VII. „	28·07	Liesing	23·—
VIII. „	9·—	Lilienfeld	47·—
X. „	496·91	Marchegg	1·24
XI. „	90·35	Mistelbach	9·62
XII. „	244·10	Mödling	30·—
XIV. „	154·20	Pottenstein	10·70
XV. „	88·—	St. Pölten	164·—
XVI. „	891·13	Schwechat	30·86
XVII. „	202·35	Stockerau	124·57
XVIII. „	62·80	Waidhofen a. d. Ybbs	29·40
XX. „	209·64	Wiener-Neustadt	20·46
XXI. „	382·57		
Fürtrag	3430·62	Summe	3983·98

Oberösterreich.

	Kronen
Braunau am Inn	10·98

Salzburg.

	Kronen		Kronen
Hallein	41·70	Uebertrag	75·03
Hallein-Land	13·88	Pinzgau	10·50
Itzling	17·63	Pongau	13·90
Oberndorf-Mattsee	1·82	Salzburg-Stadt	17·35
Fürtrag	75·03	Summe	116·78

Schlesien.

	Kronen
Bielitz	30·42
Freiwaldau	3·30
Odrau	69·54
Troppau	5·12
Summe	108·38

Steiermark.

	Kronen		Kronen
Aussee	19·83	Uebertrag	325·34
Bruck a. d. Mur	26·93	Knittelfeld	14·91
Cilli	5·63	Leoben	50·84
Eisenerz	28·14	Marburg a. d. Drau	34·60
Fürstenfeld	10·52	Mitterdorf	4·—
Graz	234·29	Summe	429·69
Fürtrag	325·34		

Tirol.

	Kronen
Kitzbühel	5·62
Landeck	9·10
Lienz	16·—
Meran	32·—
Summe	62·72

Vorarlberg.

	Kronen
Bregenz	12·56
Dornbirn	13·—
Feldkirch	4·88
Summe	30·44

Es lieferten also während der Berichtszeit an zehnprozentigen Beiträgen ab:

	Kronen
Böhmen	650·17
Kärnten	123·22
Mähren	20·87
Niederösterreich	3983·98
Oberösterreich	10·98
Salzburg	116·78
Fürtrag	4906·—
Uebertrag	4906·—
Schlesien	108·38
Steiermark	429·69
Tirol	62·72
Vorarlberg	30·44
Gesamtsumme	5541·23

Da die zehnprozentigen Beiträge der politischen Bezirksorganisationen während der letzten Berichtsperiode Kr. 13.573·93 ergaben, brachten sie also bis auf die noch ausständigen Reste während der ganzen Zeit ihres Bestandes Kr. 19.115·16 ein.

Rückständig sind noch

trotz wiederholter Mahnung folgende Bezirksorganisationen:

Böhmen.

Bensen, Böhm.-Kamnitz, Böhm.-Leipa, Kaaden, Krumau, Landskron, Lobositz, Marienbad, Niemes, Petschau, Prag, Kreis Reichenberg[1]), Saaz, Staab, Tachau, Teplitz, Trautenau und Wallern.

Bukowina.

Czernowitz und Storozynetz.

Kärnten.

Feldkirchen und Wolfsberg.

Mähren.

Brünn, Mähr.-Ostrau, Mißlitz, Mistek und Sternberg.

Niederösterreich.

Wien: II. Bezirk, IV. Bezirk, IX. Bezirk, XIII. Bezirk, XIV. Bezirk, XVIII. Bezirk, XIX. Bezirk, Klosterneuburg, Marchegg, Mödling, Neunkirchen, Pottenstein und St. Pölten.

Oberösterreich.

Die Landesparteivertretung für alle oberösterreichischen Bezirke mit Ausnahme Braunau's das direkt bezahlt hat, für das ganze Jahr 1909.

[1]) Dazugehörig die Bezirke Friedland, Gabel, Kratzau-Grottau, Neustadt a. d. T., Zwickau.

Salzburg.

Hallein, Hallein-Land, Itzling, Oberndorf-Mattsee, Pinzgau, Pongau und Salzburg-Stadt.

Schlesien.

Bielitz und Freiwaldau.

Steiermark.

Aussee, Judenburg, Marburg a. d. Dr. und Rottenmann.

Tirol.

Innsbruck und Wörgl.

Gar nichts abgeliefert

während der ganzen Zeit, unter der die zehnprozentige Quote in Kraft war, haben folgende Bezirksorganisationen:

Böhmen.

Asch, Aussig-Stadt, Aussig-Karbitz (Land), Brüx, Dux-Bilin, Eger, Görkau, Kaplitz, Komotau, Leitmeritz, Lubitz-Buchau, Neudek, Oberleutensdorf, Platten, Podersam, Prachatitz, Rochlitz, Rumburg, Schluckenau, Steinschönau, Suchenthal, Unterreichenstein, Warnsdorf, Wildstein.

Bukowina.

Radautz, Suczawa.

Mähren.

Deutsch-Liebau, Göding, Haunsdorf, Iglau, Koziansau, Neutitschein, Nikolsburg, Schildberg, Wiesenberg, Znaim und Zwittau.

Niederösterreich.

Baden, Horn, Laa a. d. Th., Oberhollabrunn, Purkersdorf und Zistersdorf.

Schlesien.

Freudenthal, Jägerndorf und Teschen.

Steiermark.

Mürzzuschlag, Trifail und Voitsberg.

Tirol.

Bozen, Hall und Kufstein.

Vorarlberg.

Bludenz.

Uebersicht

über die während der Berichtszeit abgelieferte **Reichsparteisteuer** nach Orten geordnet.

1. Juli 1909 bis 30. Juni 1911.

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1909 2. Halbjahr	1910 1. Halbjahr	1910 2. Halbjahr	1911 1. Halbjahr	1911 Vorauszahlungen	Zahl der abliefernden Organ.	Summe K.	Summe H.
1	Admont	.	12·82	2·48	.	.	.	1	15	30
2	Aflenz	.	3·38	.	.	.	.	1	3	38
3	Aibl	2·40	2·40	3·24	3·24	.	.	1	11	28
4	Albrechtsdorf	1·20	1·20	.	.	.	.	1	2	40
5	Alexanderfeld	12·—	12·—	12·—	12·—	.	.	1	48	—
6	Altendorf bei Römerstadt	1·68	.	.	.	.	.	1	1	68
7	Althofen	1·—	1·	.	.	.	.	1	2	—
8	Alt-Langendorf	2·22	4·38	4·26	4·38	2·28	.	1	17	52
9	Alt-Nagelberg	6·—	11·—	.	.	.	.	1	17	—
10	Alt-Zedlisch		—·80	.	.	.	.	1	—	80
11	Amstetten	5·20	2·40	2·40	2·40	2·40	.	1	14	80
12	Antoniwald	36·—	12·—	.	.	.	.	1	48	—
13	Arnau a. d. Elbe	3·—	3·—	3·—	3·—	.	.	1	12	—
14	Atzgersdorf	30·35	41·35	20·40	18·—	.	.	3	110	10
15	Augenthal	2·40	2·40	2·40	2·40	.	.	1	9	60
16	Aussee	.	37·52	.	.	.	.	2	37	52
17	Außerfelden	2·89	2·97	3·83	3·84	2·04	.	1	15	57
18	Aussig	54·62	60·24	32·66	24·18	—·84	.	7	172	54
19	**Baden**	11·22	9·92	.	.	.	.	3	21	14
20	Barzdorf am Rollberg	.	—·60	—·72	—·72	.	.	1	2	04
21	Bautsch	20·—	.	.	.	.	.	1	20	—
22	Bensen	7·20	22·64	18·—	.	.	.	2	47	84
23	Biela	3·—	3·—	3·—	3·—	.	.	1	12	—
24	Bielitz	55·44	108·77	.	.	.	.	4	164	21
25	Blankersdorf	5·04	5·04	.	.	.	.	1	10	08
26	Bleiburg	.	1·—	.	.	.	.	1	1	—
27	Bludenz	—·72	3·63	.	.	.	.	1	4	35
28	Bodenbach	5·62	13·22	.	.	.	.	1	18	84
29	Bodenstadt	8·—	.	.	.	.	.	1	8	—
30	Böhmisch-Leipa	7·46	8·46	4·32	2·16	.	.	3	22	40
31	Braunau in Böhmen	14·46	8·—	20·—	.	.	.	1	42	46
32	Bregenz	3·88	17·11	.	.	.	.	1	20	99
33	Breitenlee		2·20	1·30	1·30	2·40	.	1	7	20
34	Brixen	1·44	1·46	1·44	1·46	.	.	1	5	80
35	Bruck a. d. Mur	5·42	48·48	.	.	.	.	1	53	90
36	Brünn	160·31	19·32	13·94	13·99	.	.	4	207	56
37	Brüsau	10·—	.	.	.	.	.	1	10	—
38	Brunnersdorf	1·44	.	.	.	.	.	1	1	44
39	Bürmoos	2·16	3·78	4·32	4·08	.	.	1	14	34
40	Bullendorf	4·38	.	.	.	.	.	1	4	38
41	Christiansau	3·84	.	.	.	.	.	1	3	84
42	Christofsgrund	1·08	6·32	5·04	5·52	3·—	.	1	20	96
43	Cilli	.	11·26	.	.	.	.	1	11	26
44	Czernowitz	23·40	.	.	.	2·04	.	2	25	44
45	Deutschhause	.	—·48	.	.	.	.	1	—	48
46	Deutsch-Landsberg	2·80	.	.	.	.	.	1	2	80
47	Dienten	—·30	—·62	.	.	.	.	1	—	92
48	Dimlach	1·88	14·54	.	.	.	.	1	16	42
49	Dittersbach bei Friedland	8·40	.	.	.	.	.	1	8	40
50	Dittersbach bei Braunau	.	4·40	54·72	36·58	8·22	.	1	103	92

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1909 2. Halbjahr	1910 1. Halbjahr	1910 2. Halbjahr	1911 1. Halbjahr	Vorauszahlungen	Zahl der abliefernden Organ.	Summe K	Summe h
51	Dörfel bei Reichenberg	6·—	12·	12·—	12·—	6·—	.	1	48	—
52	Dornbirn	5·52	32·18	.	.	.	.	2	38	—
53	Ebergassing	2·72	1·40	.	.	.	.	1	4	12
54	Eger	.	—·74	.	.	.	.	1	—	74
55	Eggenberg bei Graz	10·—	2·—	.	.	.	.	1	12	—
56	Einsiedel bei Reichenberg	1·—	4·	.	.	.	.	1	5	—
57	Eisenerz	.	56·28	.	.	.	.	1	56	28
58	Engelsberg	8·40	8·40	8·10	7·80	3·90	.	1	36	60
59	Enzesfeld	.	1·16		.	.	.	1	1	16
60	Eulau	.	4·32	.	.	.	.	1	4	32
61	Feldkirch	1·26	4·89	.	.	.	.	1	6	15
62	Feldkirchen	.	6·58	.	.	.	.	1	6	58
63	Ferlach	5·60	25·16	.	.	.	.	2	30	76
64	Fischamend	20·23	11·80	11·41	11·11	.	.	3	54	55
65	Fohnsdorf	4·—	40·56	.		.	.	1	44	56
66	Franzensfeste	3·06	5·48	.		.	.	1	8	54
67	Freiheit	2·74	2·76	.		.	.	1	5	50
68	Freiwaldau	11·24	5·64	.	.	.	.	1	16	88
69	Freudenthal bei Frankenmarkt	.	4·80	4·80	4·80	2·40	.	1	16	80
70	Freudenthal in Schlesien	34·56	.	.	.	.	.	1	34	56
71	Friedland i. B.	10·14	5·20	2·40	2·40	.	.	3	20	14
72	Friedrichshain	.	4·05	4·60	4·25	2·—	.	1	14	90
73	Friesach	.	1·18	.	.	.	.	1	1	18
74	Frohnleiten	.	3·52		.	.	.	1	3	52
75	Fürstenfeld		21·04		.	.	.	1	21	04
76	Gablonz a. d. Neiße	.	66·72	32·40	32·40	.	.	1	131	52
77	Gistei-Pintschei	6·	.	.	.	.	.	1	6	—
78	Gloggnitz	.	.	—·72	—·72	.	.	1	1	44
79	Gmünd	—·32	3·02	1·46	1·48	.	.	2	6	28
80	Gösting	6·08	32·54	.			.	1	38	62
81	Görtschitzthal	11·08	.		.		.	1	11	08
82	Goisern	.	8·40	.	.		.	1	8	40
83	Gosau	.	6·60		.	.	.	1	6	60
84	Graupen	13·—	3·—	3·—	3·	.	.	1	22	—
85	Graz	52·08	306·14	.	.	.	.	2	358	22
86	Gröbming	—·96	—·84	.	.	.	.	1	1	80
87	Großhirndorf	1·20	.			.	.	1	1	20
88	Großpriesen a. d. Elbe	2·42	.	.	.	.	.	1	2	42
89	Groß-Sieghart	1·56	2·50	1·92	1·92	—·96	.	1	8	86
90	Grottau	16·74	15·96	6·10	6·10	.	.	4	44	90
91	Grünbach	12·63	11·50	9·26	8·89	1·45	.	1	46	43
92	Grünwald bei Gablonz	3·—	3·—	2·64	2·64		.	1	11	28
93	Grulich	.	4·56	5·76	6·42	.	.	1	16	74
94	Grußbach	.	6·60	.	.	.	.	1	6	60
95	Gumpoldskirchen	2·10	2·10	.	.	.	.	1	4	20
96	Guntramsdorf	2·—	2·—	1·92	1·86	1·62	.	1	12	40
97	Gurthal-Greifenburg-Dellach	2·24	.	.	.	.		3	2	24
98	Habendorf	10·80	.	.	.	.	.	1	10	80
99	Häring i. T.	3·64	.	.	.	.	.	1	3	64
100	Hainburg	38·18	17·06	7·—	7·—	.	.	2	69	24
101	Haindorf	.	7·20	7·25	7·25	7·25	.	1	28	95
102	Hallein	12·30	5·34	7·36	7·36	4·26	.	2	36	62
103	Hallstatt	.	6·—	.	.	.	.	1	6	—
104	Hangenstein	—·54	2·16	.	.	.	.	1	2	70
105	Hanichen b. R.	2·—	6·—	6·—	6·—	.	.	1	20	—
106	Hard	—·54	3·30	.	.	.	.	1	3	84

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1909 2. Halbjahr	1910 1. Halbjahr	1910 2. Halbjahr	1911 1. Halbjahr	1911 Vorauszahlungen	Zahl der abliefernden Organ.	Summe Kr.	Summe H.
107	Haslau bei Eger	2·22	.	.	.	.	.	1	2	22
108	Heidenreichstein	.	2·76	2·76	2·76	1·40	.	1	9	68
109	Hermesdorf bei Mährisch-Schönberg	18·—	18·—	10·80	9·60	.	.	1	56	40
110	Hermsdorf bei Gabel	1·—	.	.	.	.	.	1	1	—
111	Himberg	—·30	2·56	.	.	.	.	2	2	86
112	Hirtenberg a. d. Tr.	.	3·68	.	.	.	.	1	3	68
113	Hötzelsdorf	3·42	7·—	6·62	6·84	.	.	1	23	88
114	Hohenberg	.	3·—	3·—	3·08	.	.	1	9	08
115	Hohenelbe	.	.	1·20	1·20	.	.	1	2	40
116	Hohenems	—·50	2·22	.	.	.	.	1	2	72
117	Hollenstein a. d. Th. und Göstling	2·20	.	.	1·64		.	2	3	84
118	Hombok bei Olmütz	1·20	.	.	.	.	.	1	1	20
119	Hüttenberg	.	—·52	.	.	.	.	1	—	52
120	Iglau	1·53	8·50	8·76	8·42	7·36	.	1	34	57
121	Innsbruck	21·16	115·79	95·80	98·10	52·50	.	8	383	35
122	Irmsdorf	1·92	1·92	.	.	.	.	1	3	84
123	Jägerndorf	7·04	147·04	91·46	92·10	76·—	.	6	413	64
124	Johannesthal	.	3·50	1·74	1·76	.	.	1	7	—
125	Johnsdorf	3·—	3·—	.	.	.	.	1	6	—
126	Kaaden	8·—	.	.	.	.	.	1	8	—
127	Kaltenleutgeben	3·14	3·78	2·60	1·48	—·72	.	1	11	72
128	Kamitz	10·22	3·74	.	.	.	.	1	13	96
129	Kapfenberg	8·24	33·24	.	.	.	.	1	41	48
130	Karlsbad	21·60	2·40	2·40	2·40	.	.	1	28	80
131	Karlswald	3·—	.	.	.	.	.	1	3	—
132	Karolinsfeld	2·—	.	.	.	.	.	1	2	—
133	Katharinberg	10·80	10·80	9·60	9·60	.	.	1	40	80
134	Ketten	.	4·10		.	.	.	1	4	10
135	Kirchbichl	.	2·10	2·60	1·20	.	.	1	6	20
136	Kitzbühel	2·—	1·02	.	.	.	.	1	3	02
137	Klagenfurt	13·83	86·—	28·90	10·—	.	.	5	138	73
138	Klagenfurt-Land	1·56	28·01	.	.	.	.	1	29	57
139	Kleinangezd	20·60	36·—	36·—	36·—	18·—	.	2	146	60
140	Klein-Mohrau	3·12	.	.	.	.	.	1	3	12
141	Klein-Neusiedl	.	19·40	27·10	.	.	.	1	46	50
142	Klein-St. Paul		1·20	.	.	.	.	1	1	20
143	Klein-Wöhlen	10·80	.	.	.	.	.	1	10	80
144	Klostergrab	—·72	4·—	.	.	.	.	1	4	72
145	Klosterneuburg	.	6·—	6·48	6·48	.	.	1	18	96
146	Knittelfeld	4·64	70·50	.	.	.	.	1	75	14
147	Köflach		11·68	.	.	.	.	1	11	68
148	Königsberg a. d. Eger	13·18	6·42	6·—	.	.	.	2	25	60
149	Königswald	3·—	3·—	3·14	3·14	.	.	1	12	28
150	Kohlhau	4·—	.	.	.	.	.	1	4	—
151	Kohlstatt	.	.	3·—	3·—	.	.	1	6	—
152	Komotau	.	.	185·70	.	.	.	1	185	70
153	Korneuburg	.	9·03	8·02	6·35	.	.	2	23	40
154	Kosolup	6·—	5·04	3·60	3·60	.	.	1	18	24
155	Kosten bei Teplitz	.	8·04	.	.	.	.	1	8	04
156	Krammel bei Aussig	2·30	5·75	.	.	.	.	1	8	05
157	Kratzau	15·20	29·08	29·80	29·80	.	.	4	103	88
158	Krems	.	3·14	.	.	.	.	1	3	14
159	Krieglach	3·66	11·84	.	.	.	.	1	15	50
160	Krochwitz	.	9·70	.	.	.	.	1	9	70
161	Krumau	4·92	17·40	1·44	1·86	.	.	3	25	62
162	Krummußbaum	15·08	60·78	56·72	62·36	36·39	.	2	231	33

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1909 2. Halbjahr	1910 1. Halbjahr	1910 2. Halbjahr	1911 1. Halbjahr	1911 Vorauszahlungen	Zahl der abliefernden Organ.	Summe K.	Summe h.
163	Kundl	1·20	.	.	.	.	.	1	1	20
164	Landeck	2·—	.	.	.	.	.	1	2	—
165	Landskron	10·—	.	.	.	.	.	1	10	—
166	Langenwang	10·28	5·78	.	.	.	.	1	16	06
167	Lanz	2·70	.	.	.	.	.	1	2	70
168	Leibnitz	.	5·20	.	.	.	.	1	5	20
169	Lellowa-Starosedl	1·51	.	.	.	.	.	1	1	51
170	Leoben	14·56	87·12	.	.	.	.	1	101	68
171	Lienz	6·—	6·—	.	.	.	.	1	12	—
172	Liesing	.	.	18·—	18·—	.	.	1	36	
173	Lilienfeld	3·94	3·94	.	.	.	.	1	7	88
174	Linz	118·92	137·22	63·54	83·22	5·90	.	10	408	80
175	Liwnik	12·10	15·20	15·20	.	.	.	1	42	50
176	Littitz	1·10	2·35	2·26	2·28	1·66	.	1	9	65
177	Lölling	1·62	—·76	.	.	.	.	1	2	38
178	Lundenburg	—·40	1·38	.	.	.	.	1	1	78
179	Lusdorf	1·92	1·92	.	.	.	.	1	3	84
180	Lustenau	—·36	1·83	.	.	.	.	1	2	19
181	Machendorf	8·75	17·75	15·70	14·—	9·—	.	2	65	20
182	Mährisch-Ostrau	.	24·—	.	.	.	.	1	24	—
183	Mährisch-Schönberg	104·57	133·60	3·60	3·60	.	.	2	245	37
184	Mährisch-Trübau	1·81	8·07	.	.	.	.	1	9	88
185	Märzdorf	1·84	1·82	5·40	7·08	1·18	.	1	17	32
186	Maffersdorf	3·20	3·20	3·20	.	.	.	1	9	60
187	Mannersdorf	2·64	3·04	.	.	.	.	1	5	68
188	Marburg a. d. Drau	.	68·54		.	.	.	1	68	54
189	Mauthausen	.	5·—		.	.	.	1	5	—
190	Meran	7·50	7·50	.	.	.	.	1	15	—
191	Mildenau	3·—	3·—		.	.	.	1	6	—
192	Mistelbach	6·60	11·55	.	.	.	.	1	18	15
193	Mitterdorf i. M.	.	13·54	.		.	.	1	13	54
194	Mödling	31·07	42·16	27·08	37·30	.	.	4	137	61
195	Molln-Leonstein	5·10	3·20	.	.	.	.	1	8	30
196	Moosbrunn	6·71	13·72	9·02	8·70	3·90	.	1	42	08
197	Mürzzuschlag	4·56	32·50	.	.	.	.	1	37	06
198	Murau	—·28	1·76	.	.	.	.	1	2	04
199	Neuberg a. d. M.	3·06	2·76	.		.	.	1	5	82
200	Neudek i. B.	10·—	.	.	.	.	.	1	10	—
201	Neukirchen bei Eger	1·—	.	.	.	.	.	1	1	—
202	Neumarkt i. St.	—·64	1·20		.	.	.	1	1	84
203	Neu-Nagelberg	.	7·—	10·—	.	.	.	1	17	—
204	Neustadt a. d. T.	12·—	.	6·—	6·—	.	.	1	24	—
205	Neuzug	8·—	2·—	.	.	.	.	1	10	—
206	Niedergrund	.	.	5·—	.	.	.	1	5	—
207	Niemes	16·40	17·20	17·20	17·20	.	.	2	68	—
208	Obergrafendorf	3·50	3·50	3·50	3·50	.	.	1	14	—
209	Oberwaltersdorf	10·—	10·—	5·—	.	.	.	1	25	—
210	Oberzeiring	1·92	1·92	.	.	.	.	1	3	82
211	Oderberg	2·40	4·60	.	.	.	.	1	7	—
212	Oderfurt	3·90	5·68	.	.	.	.	1	9	58
213	Oeblarn	2·66	1·52	.	.	.	.	1	4	18
214	Olmütz	1·72	.	.	.	.	.	1	1	72
215	Parchen-Schelten	16·80	.	.	.	.	.	1	16	80
216	Peggau	2·—	9·22	.	.	.	.	1	11	22
217	Pirkenhammer	3·—	.	.	.	.	.	1	3	—
218	Pöchlarn	1·20	16·80	16·80	16·80	.	.	2	51	60
219	Pöls	.	2·—	2·—	.	.	.	1	4	—
220	Pokau	.	6·—	7·20	7·20	.	.	1	20	40

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1909 2. Halbjahr	1910 1. Halbjahr	1910 2. Halbjahr	1911 1. Halbjahr	1911 Vorauszahlungen	Zahl der abliefernden Organ.	Summe K.	Summe h.
221	Pottendorf	.	3·70	3·—	3·—	.	.	1	9	70
222	Pottenstein	2·42	2·34	.	.	.	. .	1	4	76
223	Prödlitz bei Aussig . . .	2·22	13·42	.	.	.	.	1	15	64
224	Proschwitz	8·74	8·76	12·—	12·—	11·34	2·—	2	54	84
225	Puntigam	10·-	.	.	.	.	.	1	10	—
226	Purkersdorf	1·60	9·75	13·34	14·34	.	.	1	39	03
227	Pyhanken	7·—	7·—	.	.	.	.	1	14	
228	Radautz	2·47	2·47	.	.	.	.	1	4	94
229	Rankweil	—·30	1·—	.	.	.	.	1	1	30
230	Reichenau	2·76	14·69	13·10	13·62	4·96	.	1	49	13
231	Reichenberg	26·50	91·07	142·90	126·85	58·44	.	6	445	76
232	Reichenfels	.	—·28	.	.	.	.	1	—	28
233	Römerstadt	7·37	6·60	.	.	.	.	1	13	97
234	Roßbach	7·50	7·50	7·50	7·50	.	.	1	30	—
235	Rottenmann	1·—	2·18	.	.	.	.	1	3	18
236	Rudolfsthal	2·50	2·50	2·50	2·50	.	.	1	10	—
237	Ruppersdorf	2·40	2·40	2·40	2·40	.	.	1	9	60
238	Saaz	24·20	.	.	.	.	.	1	24	20
239	Salzburg	50·52	21·90	41·58	36·58	.	.	7	150	58
240	St. Georgen b. M. . . .	—·44	—·44	.	.	.	.	1	—	88
241	St. Georgen i. K. . . .	.	—·10	.	.	.	.	1	—	10
242	St. Lambrecht	.	3·78	—·80	.	.	.	1	4	58
243	St. Leonhard i. K. . . .	.	—·86	.	.	.	.	1	—	86
244	St. Michael	4·50	—·50	.	.	.	.	1	5	—
245	St. Pölten	46·14	12·52	.	.	.	.	4	58	66
246	St. Stefan i. L.	6·—	.	.	.	.	.	1	6	—
247	St. Veit a. d. Triesting .	2·84	2·52	.	.	.	.	2	5	31
248	St. Veit bei Mühlbach .	.	10·98	9·45	9·34	5·54	.	1	35	31
249	Schatzlar	6·—	.	.	.	.	.	1	6	—
250	Schladming	.	3·34	.	.	.	.	1	3	34
251	Schlaggenwald	5·02	.	.	.	.	.	1	5	02
252	Schnuken	1·80	.	.	.	.	.	1	1	80
253	Schneegattern	.	4·66	4·74	4·80	2·80	.	1	17	—
254	Schönbach bei Ringelshain	1·—	.	.	.	.	.	1	1	—
255	Schrems	.	10·—	4·30	4·32	.	.	1	18	62
256	Schwaz	.	2·10	1·80	1·80	1·80	.	1	7	50
257	Schwechat	1·84	40·80	18·—	18·—	3·—	.	2	81	64
258	Sedlnitz	3·—	2·—	.	.	.	.	1	5	—
259	Selzthal	.	8·04	.	.	.	.	1	8	04
260	Siebenhirten	24·—	11·40	10·80	10·80	5·40	.	1	62	40
261	Spittal a. d. Drau . . .	11·50	38·64	.	.	.	.	1	50	14
262	Spittelgrund	5·—	.	.	.	.	.	1	5	—
263	Statzersdorf	10·29	23·59	.	.	.	.	1	33	88
264	Steinbach	—·72	1·52	1·26	.	.	.	1	3	50
265	Sternberg	47·46	70·50	51·33	44·44	.	.	5	213	73
266	Steyr	10·46	58·42	62·10	53·70	27·56	.	4	212	24
267	Stockerau	56·40	34·45	25·82	20·18	3·54	.	5	140	39
268	Strobnitz bei Gratzen . .	.	1·40	.	.	.	.	1	1	40
269	Suchenthal	2·52	5·04	5·12	3·32	1·20	.	1	17	20
270	Tannwald	14·—	2·—	2·—	2·—	.	.	1	20	—
271	Taschwitz	.	6·54	6·21	3·09	.	.	1	15	84
272	Teplitz	9·—	3·—	3·—	3·—	.	.	1	18	—
273	Teschen	.	15·84	.	.	.	.	1	15	84
274	Tetschen a. d. Elbe . . .	12·20	10·20	7·20	7·20	3·60	.	2	40	40
275	Thomasroith	—·12	—·84	2·64	2·20	.	.	1	5	80
276	Tiefenbach	4·—	.	.	.	.	.	1	4	—
277	Traisen	7·08	5·72	7·60	4·60	.	.	2	25	—

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1909 2. Halbjahr	1910 1. Halbjahr	1910 2. Halbjahr	1911 1. Halbjahr	1911 Vorauszahlungen	Zahl der abliefernden Organ.	Summe Kr.	Summe h.
278	Trautenau	13·50	.	.	.	.	.	1	13	50
279	Trieben	.	6·62	.	.	.	.	1	6	62
280	Triest	.	9·—	.	.	.	.	1	9	—
281	Trofaiach	.	15·22	.	.	.	.	1	15	22
282	Troppau	4·30	28·30	33·40	33·10	12·—	.	4	111	40
283	Türmitz	12·—	15·60	14·64	14·64	.	.	2	56	88
284	Tulln	2·50	2·50	.	.	.	.	1	5	—
285	Turn	.	.	.	3·—	.	.	1	3	—
286	Uebelbach	.	6·87	.	.	.	.	1	6	87
287	Unterradlberg	2·50	3·50	6·50	6·50	6·—	.	1	25	
288	Unzmarkt	6·02	.	.	.	.	.	1	6	02
289	Veitsau	.	—·78	.	.	.	.	1	—	78
290	Viehofen	.	8·40	1·80	1·80	.	.	1	12	—
291	Villach	46·36	81·28	.	.	.	.	13	127	64
292	Völkermarkt	.	·42	.	.	.	.	1	—	42
293	Voitsberg	7·42	17·92	.	.	.	.	1	25	34
294	Vordernberg	.	29·54	.	.	.	.	1	29	54
295	Vorkloster	—·14	—·64	.	.	.	.	1	—	78
296	Wald-Kalwang	3·—	6·44	.	.	.	.	1	9	44
297	Wannow	.	3·60	.	.	.	.	1	3	60
298	Warnsdorf	167·—	.	3·—	3·—	3·—	3·—	2	179	—
299	Wattens	1·20	1·32	.	.	.	.	1	2	52
300	Weißkirchen bei Kratzau	.	9·60	.	.	.	.	1	9	60
301	Wels	7·43	20·84	3·94	2·50	.	.	3	34	71
302	Wernstadt	.	6·—	6·—	8·—	1·—	.	2	21	—
303	Wetzwalde	6·—	2·—	.	.	.	.	1	8	—
304	Weyer a. d. Enns	1·36	6·18	6·—	6·—	3·—	.	2	22	54
305	Wien	8698·51	16018·59	16126·74	15674·72	2855·42	1·80	172	59375	78
306	Wiener-Neustadt	84·58	142·71	126·48	253·40	82·68	.	2	689	85
307	Wies	.	21·26	.	.	.	.	1	21	26
308	Wiennau	3·56	.	.	.	.	.	1	3	56
309	Wiesenberg	.	11·62	9·68	9·02	5·08	.	1	35	40
310	Wigstadtl	25·—	25·—	25·—	25·—	.	.	1	100	—
311	Wilhelmsburg	27·15	23·15	12·—	12·—	.	.	3	74	30
312	Wimpassing	2·14	8·96	.	.	.	.	1	11	10
313	Wistritz	8·82	17·30	12·—	12·—	.	.	2	50	12
314	Wittig	.	3·60	.	.	.	.	1	3	60
315	Wörgl	2·10	8·68	.	.	.	.	2	10	78
316	Wolfsberg	22·54	—·84	.	.	.	.	4	23	38
317	Wolfschlinge	4·08	.	.	.	.	.	1	4	08
318	Würbenthal	9·08	9·08	.	.	.	.	1	18	16
319	Wustung	.	.	2·40	2·40	2·40	2·40	1	9	60
320	Zeltweg	.	28·18	.	.	.	.	1	28	18
321	Zettlitz	3·60	.	.	.	.	.	1	3	60
322	Zwittau	4·—	24·—	.	.	.	.	1	28	—
323	Deutschböhmische politische Landesorganisation:									
	Kreis Aussig	.	104·60	.	.	.	.	.	.	.
	„ Bodenbach	.	187·54	.	.	.	.	.	.	.
	„ Gablonz	.	255·08	.	.	.	.	.	.	.
	„ Karlsbad	.	540·—	.	.	.	.	.	.	.
	„ Krumau	.	87·08	.	.	.	.	.	.	.
	„ Reichenberg	.	320·40	.	.	.	.	.	.	.
	„ Teplitz	.	268·—	.	.	.	.	.	.	.
	„ Warnsdorf	.	130·22	.	.	.	.	1	1892	92

Bericht des Frauenreichskomitees.

So wie die Parteiorganisation im allgemeinen hat auch die Frauenorganisation im Berichtsjahre gute Fortschritte gemacht. Es war die grundlegende Arbeit, welche in diesen zwei Jahren verrichtet wurde; die nächsten Jahre werden dem Ausbau der Organisation gewidmet sein. Es bestehen nun 231 freie politische Frauenorganisationen in Oesterreich, die eine Mitgliederzahl von zusammen 17.823 aufzuweisen haben, gegen 88 Organisationen mit 6412 Mitgliedern im Jahre 1909*.

Die Form der Organisation ist für ganz Oesterreich einheitlich. Es bestehen mit Ausnahme des Arbeiterinnenbildungsvereines in Tirol überall freie politische Frauenorganisationen. Der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen, ebenso der Arbeiterinnenbildungsverein in Oberösterreich haben sich inzwischen umgewandelt. Ueberall wird die am Reichenberger Parteitag beschlossene Parteilegitimation und Quittungsmarke benützt. In acht Ländern bestehen Frauenlandeskomitees, die die Agitation in ihrem Kronlande zu leiten haben und mit dem Frauenreichskomitee in Verbindung stehen.

Die Einnahmen der Frauenkomitees sind nun nicht mehr wie früher Subventionen. Die Reichspartei überläßt von jeder durch weibliche Mitglieder bezogenen Marke 2 Heller dem Frauenreichskomitee. Ebenso verhält es sich mit den Landesorganisationen und den Landeskomitees. Dadurch ist es möglich geworden, daß jedes Land einen Teil der Agitationskosten selbst bestreiten kann. Es haben überall Landes- und Bezirkskonferenzen stattgefunden, um die Agitation planmäßig einrichten zu können. Ein Erfolg der Frauenorganisation ist auch, daß den Genossinnen in einzelnen Orten auch eine Vertretung in den Konsumvereinen und im Vorstand der Krankenkassen eingeräumt wurde.

Im Oktober 1910 berief das Frauenreichskomitee eine Sitzung der Landesvertrauenspersonen nach Wien ein. Es wurde dort eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. So wurde ein Flugblatt gegen die Lebensmittelteuerung beschlossen, das mit einer Beitrittserklärung versehen, zur Gewinnung neuer Mitglieder benützt wurde. Ein zweites, betreffend die Sozialversicherung konnte aber nicht mehr herausgegeben werden, da inzwischen die Agitation für den Frauentag beginnen mußte und später zur Gewißheit geworden war, daß das Parlament aufgelöst, die Vorlage also illusorisch wird.

Den wichtigsten Punkt der Beratung bildete jedoch der „Frauentag", der gemäß den Beschlüssen der internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen durchgeführt werden sollte. Die Vorarbeiten wurden bei dieser Sitzung der Landesvertrauenspersonen besprochen und, als die Abhaltung des Frauentages mit Deutschland zugleich für den 19. März 1911 beschlossen war, in allen Ländern mit Eifer und Begeisterung durchgeführt.

Zur Aufklärung über die Bedeutung des Frauentages wurde vom Frauenreichskomitee ein Flugblatt herausgegeben, das in 350.000 Exemplaren verbreitet wurde. In allen größeren Städten und Orten wurden am 19. März Frauenversammlungen veranstaltet, in denen die Forderung nach politischer Gleichberechtigung, hauptsächlich aber nach dem Frauenwahlrecht erhoben wurde. Die Versammlungen wiesen überall einen glänzenden Besuch auf, zum Teil wurden nach Schluß derselben Umzüge mit Fahnen und Standarten gemacht. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich diese Kundgebung in Wien, wo in den Gartenbausälen am Nachmittag eine Massenversammlung der Frauen stattfand. Die anschließende Demonstration über die Ringstraße war so groß, daß das Ende des Zuges erst bei einbrechender Dunkelheit auf dem Auflösungsplatze vor dem Rathause anlangte. Am Tage der Versammlung wurde überall die Festschrift verbreitet, die zur Erinnerung an den ersten österreichischen sozialdemokratischen Frauentag in einer Auflage von 35.000 Exemplaren zur Ausgabe gelangt war. Die Kundgebung war in ganz Oesterreich so großartig, daß wir damit vollkommen zufrieden sein können.

In der Berichtszeit wurde auch eine Reihe anderer Versammlungen abgehalten, die von größerer Bedeutung waren. So wegen der Einfuhr des argentinischen Fleisches, gegen den § 30 des Vereinsgesetzes, gegen die Zurückbehaltung der Reservisten nach der Annexion von Bosnien. Weiter gegen die Schließung des Parlaments und auch nach der Auflösung desselben. Selbstverständlich waren eine Reihe von Versammlungen gegen die allgemeine Lebensmittel- und Wohnungsteuerung und auch wegen der Aufhebung der Nachtarbeit der Frauen.

* Nach Ländern geordnet ist die Mitgliederzahl in der Tabelle auf Seite 24 dieses Berichtes.

An den Arbeiten zu den Reichsratswahlen im heurigen Jahre nahmen die Frauen allerorts regen Anteil. Es wurden auch da viele Versammlungen abgehalten. Ein für die Frauen geschriebenes Flugblatt wurde aber nur in geringer Anzahl verteilt, weil die Genossinnen selbst keine Mittel dazu aufbringen konnten. Desto mehr wurden die Werbeschriften, welche von der Partei herausgegeben waren, verbreitet. Darunter eine von Genossin Freundlich geschriebene: „Die Frauen und die Reichsratswahlen".

Das Frauenreichskomitee hat zu vielen Versammlungstouren und zu einer großen Zahl einzelner Versammlungen Referentinnen entsendet. An jeder Landeskonferenz nahm eine Delegierte des Reichskomitees teil. Drei Genossinnen waren zur internationalen Frauenkonferenz im August 1910 nach Kopenhagen entsendet worden, eine davon für die „Arbeiterinnen-Zeitung", eine von der Parteivertretung, eine für das Frauenreichskomitee.

Die „Korrespondenz" des Frauenreichskomitees für die Partei- und Gewerkschaftspresse erscheint wie immer 14tägig unter der Redaktion der Genossin Freundlich. Die Einnahmen aus derselben sind zum Teil für den Ankauf von Agitationsbroschüren verwendet worden.

An der Parteischule in Bodenbach im Juli 1910 nahm eine Genossin teil, wofür das Land Schlesien und das Frauenreichskomitee die Kosten aufbrachten.

In Wien wurde ein Redeunterricht für Genossinen eingerichtet, bei dem sich die meisten Teilnehmerinnen zu vortrefflichen Funktionärinnen, einige zu guten Referentinnen schulten. Auch in der Provinz haben sich einige Genossinnen zu tüchtigen Referentinnen entwickelt, welche bei der immer zunehmenden Organisations- und Agitationsarbeit tüchtig Hilfe leisten.

Um die Funktionärinnen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit so weit als nur möglich unterstützen zu können, wird nun jeden Monat einmal Vortragsmaterial, Anleitung zu Diskussionen u. s. w. an alle Organisationen ausgesendet. Die Redaktion hat Genossin Freundlich bereitwilligst übernommen. Mit Zuhilfenahme dieses Materials werden schon in vielen, auch ganz kleinen Orten, Lese- und Diskussionsabende abgehalten.

Für 102 Organisationen bezahlt das Reichskomitee die Hälfte des Abonnements für die „Bildungsarbeit", um den Genossinnen den Bezug dieses nützlichen Blattes zu ermöglichen.

Auch eine Anzahl von Broschüren wurden an jede Organisation gesendet: einerseits um Material für Referate und Vorträge zu schaffen, anderseits um durch das Lesen derselben die Genossinnen zur Verbreitung der Broschüren anzueifern.

Mit der Zunahme der Mitglieder innerhalb unserer Organisation steigt naturgemäß auch die Auflage unseres wichtigsten Agitationsmittels, der „Arbeiterinnen-Zeitung". Im Jahre 1909 wurde sie in 16.000 Exemplaren verkauft. Heute hat ihre Auflage die Höhe von 25.000 bereits erreicht. Das Blatt wurde auch im Jänner 1910 neuerlich verstärkt durch die Beilage „Freie Stunden", die nun abwechselnd mit der Beilage „Für die Jugend" erscheint.

Wir haben also alles in allem einen guten Erfolg aufzuweisen.

Anschließend bringen wir einen Bericht über den Stand der Organisation der Heimarbeiterinnen, die zum Teil die Pflichten einer Gewerkschaftsorganisation zu leisten hat — sie gibt verschiedene Unterstützungen — im übrigen aber mit den politischen Frauenorganisationen gemeinsam die Agitations- und Aufklärungsarbeit besorgt.

Der Mitgliederstand des Zentralvereines der Heimarbeiterinnen ist:

	Ortsgruppen	Mitgliederstand
Wien	9	594
Niederösterreich	1	212
Böhmen	1	52
Salzburg	1	120
Steiermark	9	393
Zusammen	27	1371

Zum Schluß legen wir den Kassenbericht vor. Der Fortschritt, der in unserer Organisation auch diesmal zu verzeichnen ist, konnte nur zustande kommen durch die tätige Mitarbeit aller Genossinnen. Hoffen wir, daß die diesjährige Frauenkonferenz wieder neue Anregungen bringt und recht viele Genossinnen zur Mitarbeit neu gewonnen werden können.

Kassenbericht des Frauenreichskomitees

für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1911.

Einnahmen	Kronen		Ausgaben	Kronen	
Beiträge à 2 H.	902·84		Subventionen	1380·—	
Parteivertretung, Subvention	300·—		Parteischule	170·—	
Niederösterreichischer Landesausschuß, Subvention	180·—		Kanzleierfordernisse	93·13	
Heimarbeiterinnen, Zentrale	120·—		Postporto	412·46	
Marken vom Parteisekretariat	4380·—		Aushilfsarbeit vor dem Frauentag	58·—	
Arbeiterinnen-Zeitung	800·—		Delegationskosten	1325·88	
Versammlungen, Rückvergütung	517·86		Versammlungskosten	1669·96	
Korrespondenz des Frauenreichskomitees	1488·—		Korrespondenz des Frauenreichskomitees	479·20	
Bildungsarbeit	133·—		Bildungsarbeit	277·—	
Broschüren	71·16		Broschüren	397·94	
Flugblätter	89·65		Drucksorten	1800·—	
Frauentag	1818·05		Frauentag	1383·10	
Postsparkassenzinsen	16·89		Postsparkasse, Manipulationsgebühr	54·08	
Diverses	25·—		Diverses	162·75	
Durchgangsposten	2144·70	12987·15	Durchgangsposten	2144·70	11808·20
Saldo am 1. Juli 1909		382·69	Saldo am 30. Juni 1911		1561·64
Zusammen		13369·84	Zusammen		13369·84

Gabriele Proft, Kassierin.

Für die Kontrolle:

Marie Jansky. Leopoldine Kadletz.

Materialien zu Punkt 3 der Tagesordnung.

I. Der Gewerkschaftsstreit 1905.

Erklärung der tschechischen Delegierten auf dem Gesamtparteitag 1905.

Auf dem Wiener Gesamtparteitag 1905 verlas vor Eintritt in die Tagesordnung Genosse Sonkup folgende

Erklärung:

Die Delegierten der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, versammelt auf dem Gesamtparteitag den 30. Oktober 1905 in Wien, erklären:

Daß sich im Hinblick auf den äußerst kritischen Moment seines Zusammentretens, wo das Signal zum gemeinsamen entscheidenden Angriff des Proletariats aller Nationalitäten in Oesterreich auf die Wahlprivilegien und zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht gegeben werden soll, im gegenwärtigen, von ihnen als historisch anerkannten Moment nur dieser Sache widmen wollen.

Im Hinblick auf den Beschluß der Gesamtparteivertretung, namentlich der polnischen, slowenischen und italienischen Genossen, welche eingehende Informationen fordern, verschieben sie die Verhandlungen über ihre Forderungen hinsichtlich der Frage der gewerkschaftlichen Organisationen auf eine der nächsten Sitzungen der Gesamtparteivertretung mit den Prager und Wiener Gewerkschaftskommissionen, eventuell auf einen außerordentlichen gemeinsamen Parteitag, der berufen wäre, sich mit dieser Frage zu befassen.

Sie fordern jedoch eindringlichst, daß diese Angelegenheit in kürzester Zeit erledigt werde, da wir ihre günstige und dem Nationalitätenprogramm der Gesamtpartei entsprechende Austragung für eine unerläßliche Bedingung des weiteren gemeinsamen Vorgehens und der Existenz der sozialdemokratischen Arbeiter-Gesamtpartei in Oesterreich halten.

An diesen Grundforderungen müssen sie schon deswegen festhalten, weil auch das gemeinsame Vorgehen und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Proletariat in Oesterreich, entsprechend den Intentionen der internationalen Sozialdemokratie, bedingt sind in der absoluten Gleichberechtigung und Gleichwertung der Arbeiterschaft aller Nationalitäten in Oesterreich.

Diese Erklärung wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

Die Brünner Konferenz der Kommissionen (am 14. Oktober 1905).

Forderungen der Prager Gewerkschaftskommission.

„Die tschechische Gewerkschaftskommission in Prag schlägt zur Beilegung der Differenzen zwischen der Gewerkschaftskommission in Wien und der Gewerkschaftskommission in Prag, zur Verhütung innerer Erschütterungen, Schädigungen und Kämpfe in den einzelnen Reichsorganisationen

sowie zur gegenseitigen Sicherung der Gleichberechtigung für die Angehörigen aller Nationalitäten folgendes vor:

I. a) Die Anerkennung und Gründung autonomer Gewerkschaftskommissionen mit dem Wirkungskreis für alle Angehörigen ihrer Nationalität.

b) Die Anerkennung einer internationalen Generalkommission der Gewerkschaften in Oesterreich, zusammengesetzt aus Vertretern der nationalen Gewerkschaftskommissionen, in deren Wirkungskreis alle den Rahmen der einzelnen nationalen Kommissionen überschreitenden Angelegenheiten gehören würden. Dieser Kommission würde namentlich die Erhaltung und Verbindung mit anderen Gewerkschaftsorganisationen außer Oesterreich sowie die Bestimmung der Vertreter zu den Kongressen und Konferenzen der Arbeiter im Ausland obliegen.

II. Die Vertreter der obenbezeichneten, in der tschechischen Gewerkschaftskommission vertretenen Organisationen erkennen unter nachfolgenden Bedingungen folgende Formen der Gewerkschaftsorganisation an:

1. Die Organisation nationaler Gewerkschaftsvereine und Verbände.
2. Die Organisation der Reichsunionen.
3. Die Organisation der Reichsverbände.
4. Die Organisation der Reichsvereine und internationaler Kartelle.

a) Die Leitungen der gewerkschaftlichen Reichsorganisationen werden in ihrer Tätigkeit und Presse vollständige nationale Gleichberechtigung — das Ziel der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich — beobachten.

Den einzelnen Nationalitäten wird nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl eine relative Vertretung in den Vorständen, an den Gewerkschaftskongressen und an den internationalen Konferenzen gewährleistet.

Die Zentralvorstände werden in ihren Jahresberichten und internationalen Publikationen die Statistik ihrer Mitglieder nach einzelnen Nationen führen.

b) Jeder Nationalität wird das Recht garantiert, sich ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen in dem Verbands- und Vereinsstatut ihre Agitations- und Lohnkomitees zu wählen. Diesen obliegt: die Verwaltung des Fachblattes, das in ihrer Muttersprache herausgegeben wird; die Wahl der Redakteure, Sekretäre und honorierten Vertrauensmänner; die Entscheidung über lokale Streiks, soweit sie sich auf Angehörige ihrer Nation beschränken und auf solche Betriebe, welche in anderen Ländern des Reiches ihre Haupt- oder Nebenbetriebe nicht haben.

c) Die Vorstände machen keine Hindernisse bei Errichtung nationaler Ortsgruppen, sobald sich in irgendeinem Ort oder Stadtbezirk, wo eine Ortsgruppe derselben Nationalität und Gewerkschaft nicht besteht, 30 Mitglieder anmelden, wenn den Zahlstellen, Ortsgruppen oder Lokalvereinen, die der Reichsorganisation angehören, freigestellt wird, welcher Gewerkschaftskommission sie die für die Kommissionen normierten Beiträge leisten wollen."

Antwort der Reichsgewerkschaftskommission.

„Die Reichsgewerkschaftskommission erklärt nach gründlicher Prüfung der von der Prager Kommission vorgelegten Vorschläge:

Die Reichsgewerkschaftskommission ist der selbstverständlichen Ansicht, daß es ihre und der Zentralorganisationen Aufgabe ist, den sprachlichen Bedürfnissen der Mitglieder in jeder Weise Rechnung zu tragen.

Sie erklärt weiter:

1. An den von den Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüssen, die Zentralisation der Gewerkschaftsbewegung durchzuführen, unbedingt festzuhalten.

2. Da sich der von der Prager Gewerkschaftskommission vorgelegte Organisationsentwurf auf Gründung selbständiger nationaler Gewerkschaften und Reichsorganisationen gegen die Zentralisation richtet und dessen Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Gewerkschaftsbewegung zur Folge haben müßte, sind die Zentralorganisationen zu veranlassen, diesen die Interessen der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nation schädigenden Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

3. In Konsequenz der Organisationsbestimmungen und der Bedürfnisse des gewerkschaftlichen Kampfes nach Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft sind alle jene Organisationen, die sich durch Gründung eigener Lokal-, Landes- oder Reichsvereine von der Zentralorganisation loslösten, als außerhalb des Rahmens der Gewerkschaften Oesterreichs stehend zu betrachten und sind mit diesen Organisationen keine Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen.

4. Den Bestrebungen der tschechischen Gewerkschaftskommission, ihre Tätigkeit über den tschechischen Teil Böhmens hinaus auszudehnen und sie zu einer tschechischen Reichsgewerkschaftskommission zu gestalten, ist mit allem Nachdruck entgegenzuwirken, da diese Bestrebungen nicht allein in Widerspruch mit den von den allgemeinen Gewerkschaftskongressen gefaßten Beschlüssen stehen, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung aller Berufe schädigen und den erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf arg beeinträchtigen.

5. Die Haltung des Vertreters der Reichskommission auf der internationalen Konferenz der Gewerkschaftssekretäre in Amsterdam gegen die Zulassung eines Vertreters der tschechischen Gewerkschaftskommission zu den internationalen Gewerkschaftskonferenzen ist durch die Entscheidungen der Stuttgarter und Dubliner Konferenz begründet und steht mit diesen Beschlüssen vollkommen im Einklang. Mit Rücksicht darauf billigt die in Brünn versammelte Reichsgewerkschaftskommission ausdrücklich die von ihrem Vertreter in Amsterdam eingenommene Haltung, die den Bedürfnissen der gewerkschaftlichen Taktik der Zentralorganisation entspricht."

Entscheidung des Gewerkschaftskongresses 1905.

Der außerordentliche allgemeine Gewerkschaftskongreß am 8. bis 10. Dezember 1905 lehnte das tschechische Gewerkschaftsprogramm ab mit folgender Stimmenzahl:

Für das Programm wurden abgegeben	2.364	Stimmen
Gegen das Programm wurden abgegeben . .	197.202	„
Der Abstimmung enthalten haben sich die Vertreter von	30.686	„
Abwesend waren die Vertreter von	8.640	„

II. Der Gewerkschaftsstreit 1910.

Resolution der tschechoslawischen Partei.

Die am 27. und 28. März 1910 im Volkspalais in Prag abgehaltene Konferenz der Vertretung der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärte in Hinblick auf den Streit über die Form der Gewerkschaftsorganisation im Wesen folgendes:

„. . . Sich stützend auf die Grundprinzipien der Internationale, die die absolute Gleichberechtigung, Eigenberechtigung und selbständiges Entscheiden sowohl des einzelnen als auch ganzer Völker überall und in allem propagiert, beharrt die tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei auf

ihrem durch nichts beschränkten Rechte, in allen ihren politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zu entscheiden, wobei sie erklärt, so wie bisher auch weiterhin die beim gemeinsamen Vorgehen in Klassenkämpfen notwendige Solidarität mit dem international organisierten Proletariat aller Volksstämme der ganzen Welt nicht aus dem Auge verlieren zu wollen.

Diese Verselbständigung der tschechischen Organisation in politischem Belange heischte auch als natürliche Konsequenz die Verselbständigung der gewerkschaftlichen Organisation. Die tschechische Sozialdemokratie, deren politische und gewerkschaftliche Bewegung wesentlich ein sich gegenseitig ergänzendes Ganzes bildet, konnte nicht in zwei Teile gespalten bleiben, von denen einen die tschechische Zentralstelle in Prag, den anderen die deutsche Zentrale in Wien leitet. Trotz aller programmatischer Einheitlichkeit gibt es eine so unterschiedliche Entwicklung und infolgedessen so unterschiedliche Notwendigkeiten zwischen dem tschechischen und deutschen Proletariat, daß daraus naturgemäß auch eine verschiedentliche organisatorische und administrative Technik und Taktik hervorgeht. Da es nicht möglich ist, diese widerstrebenden Interessen in vielsprachigen zentralisierenden Organisationsformen zu vereinigen, entstehen daraus unaufhörliche innere Streitigkeiten, welche gegenseitiges Mißtrauen hervorrufen, das dann die Schlagfertigkeit und die Kampfenergie des ganzen Proletariats lähmt ..."

Resolution der Zentralisten.

Die am 3. und 4. April 1910 in Brünn abgehaltene Konferenz der tschechischen sozialdemokratischen Angehörigen der zentralen Gewerkschaftsorganisationen in Oesterreich hat über die Ereignisse, die sich in der letzten Zeit in Mähren abspielten, beraten und erklärt:

1. Der oberste Grundsatz der Organisation des Kampfes des tschechischen Proletariats muß unbedingt der Grundsatz des Klassenkampfes und des Internationalismus sein.

Die Konferenz erklärt feierlich, sich mit aller Entschiedenheit immer und überall für die Wahrung proletarischer Solidarität der klassenbewußten, international fühlenden Arbeiterschaft einzusetzen.

In der Erweckung und in der Pflege des Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft, in der Aufklärung der Arbeiterschaft über ihre Stellung im Klassenstaat, in ihrer Stärkung für den Kampf um die Ersetzung der privatkapitalistischen Gesellschaft durch die sozialistische, für den gemeinsam mit den Proletariern aller Nationen geführten Kampf erblicken wir die erhabenste und die gemeinsame Aufgabe sowohl der gewerkschaftlichen als auch der politischen Organisationen des Proletariats. Darum haben wir dem Sozialismus, darum dem Internationalismus, darum der Klassensolidarität unser Leben geweiht und darum erklären wir von neuem, daß wir auf diesen Grundsätzen unerschütterlich verharren.

2. Im praktischen Vorgehen aber ist eine Teilung der Arbeit zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation unbedingt notwendig. Sollen beide Richtungen der proletarischen Aktion die Möglichkeit zu wirksamer und erfolgreicher Arbeit haben, so ist es nicht zulässig, daß einer von ihnen die Souveränität in der Entscheidung über ihre Aktionen eingeschränkt werde. Besonders der gewerkschaftliche Kampf verträgt keine Bevormundung, weil er ausschließlich durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Proletariats, denen er dient, und durch die Verhältnisse unter den Unternehmern bestimmt wird. Jede gewerkschaftliche Organisation, die sich in der Regelung ihrer Angelegenheiten von anderen Rücksichten leiten läßt, verliert die Beweglichkeit, wie die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Kampfe. So wie die Kraft der Unternehmer außer aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln, aus ihrer anarchischen Be-

nützung, aus dem besonderen Schutz durch den Staat und die Regierung auch und nicht zuletzt aus ihrer festen internationalen Organisation entspringt, in der über ein gemeinsames Vorgehen politische Gegner, ja durch Nation und Religion ganz verschiedenartige Elemente beraten: so fließt die Macht des Proletariats aus seinem Klassenbewußtsein und aus der Einheitlichkeit der Organisation. Der Konzentration des Kapitals stellen wir die Konzentration unserer Kraft entgegen, der Konzentration der Ausbeuter die Konzentration der Ausgebeuteten, der Konzentration der Ausbeuterbrutalität die Konzentration der proletarischen Opferwilligkeit und Begeisterung.

Nur durch eine wahrhaft internationale einheitliche Organisation ist es möglich, jene zwei Millionen Arbeiter in Oesterreich zu gewinnen, die, obzwar reif für die Organisation, für sie noch nicht gewonnen sind. Für den Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wie für die Agitation in diesem von den nationalen Streitigkeiten des Bürgertums verhetzten Staate ist eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation ein Lebensbedürfnis.

Separatistische Gewerkschaftsorganisationen, deren Grundgedanke die Teilung der Arbeiter nach ihrer nationalen Zugehörigkeit ist, gefährden die Einheit des Vorgehens und die internationale Solidarität und darum können wir von unserem internationalen und Klassenstandpunkt aus nicht für sie sein.

Wir grüßen unsere proletarischen Brüder der übrigen Nationen in Oesterreich und erklären ihnen, daß wir in dem gemeinsamen Kampfe, in dem gemeinsamen Vormarsch verbleiben und daß wir gemeinsam mit ihnen unter der Fahne der einheitlichen zentralen Organisationen des Proletariats aller Nationen Oesterreichs weitere Erfolge erringen wollen. Treue um Treue.

Prager Landeskonferenz der tschechischen Vertrauensmänner.

Bei Anwesenheit von 436 Vertrauensmännern der politischen Lokalorganisationen aus ganz Böhmen und den Vertretern der leitenden Institutionen der tschechischen Sozialdemokratie wurde mit allen gegen sieben Stimmen folgende

Erklärung

angenommen:

Die am 15. und 16. Mai 1910 in Prag abgehaltene Landeskonferenz der Vertrauensmänner der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Böhmen begrüßt und billigt vollauf den Beschluß der Parteivertretung, in dem der Wille und der Grundsatz ausgesprochen wurden, daß ein fester Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Bewegung mit der politischen Partei erzielt werden soll, wozu man um so sicherer gelangen kann, wenn sich die tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei auf ihre autonomen Gewerkschaftsorganisationen stützen wird, wie dies bei den Genossen anderer Nationen, Länder und Staaten der Fall ist.

Es ist ein Lebensbedürfnis für unsere Partei, daß dieser Grundsatz zum leitenden Losungswort unserer ganzen Partei und aller Parteigenossen werde und daß durch Taten verwirklicht werde, was für die Entwicklung und die Erfolge des tschechischen organisierten Proletariats höchst wünschenswert ist.

Die Landeskonferenz ist der Ueberzeugung, daß die Weltinternationale, an der die tschechoslawische Sozialdemokratie innig hängt, um so mehr gestärkt werden wird, je stärker ihre nationalen Bestandteile sein werden, und ebenso wird die Internationale in Oesterreich gestärkt werden, wenn sich

die Arbeiterschaft aller Nationen auf ihre selbständigen und geeinten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen stützen wird.

In diesem Sinne mögen die Genossen und Organisationen arbeiten, von diesem Geiste sei das ganze tschechische Proletariat beseelt!

III. Der Kopenhagener Beschluß.

Der Antrag der österreichischen Gewerkschaftskommission.

Am 28. August 1910 trat der Internationale sozialistische Kongreß in Kopenhagen zusammen. Die österreichische Gewerkschaftskommission hatte folgenden **Antrag** eingebracht:

„Das Internationale sozialistische Bureau wolle folgende Resolution auf die Tagesordnung stellen:

Der Internationale sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkt, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, international einheitliche Gewerkschaften in national separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht."

Die Stuttgarter Resolution.

„1. Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Wie die Aufgabe der sozialistischen Parteiorganisationen vorwiegend auf dem Gebiete des politischen Kampfes des Proletariats liegt, so liegt die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen vornehmlich auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampf des Proletariats gleichwertige Aufgaben zu erfüllen.

Jede der beiden Organisationen hat ein durch ihre Natur bestimmtes eigentümliches Gebiet, auf dem sie ihre Aktion vollständig selbständig zu bestimmen hat. Daneben aber gibt es ein stets wachsendes Gebiet des proletarischen Klassenkampfes, auf dem Erfolge nur erzielt werden können bei einmütigem Zusammenwirken zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation.

Der Kampf des Proletariats wird sich daher um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je inniger die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen sind, wobei die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation im Auge zu behalten ist.

Der Kongreß erklärt, es müsse die Arbeiterschaft dazu gelangen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihrem Kampfe sich bloß solcher Mittel zu bedienen, die dem Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampf der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen

vom sozialistischen Geiste leiten lassen. Der Partei obliegt die Pflicht, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nach Hebung und Besserung der sozialen Lage der Arbeiter zu fördern.

Der Kongreß erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, die wachsende Konzentration der Produktionskräfte, die wachsende Vereinigung der Unternehmer, die steigende Abhängigkeit der einzelnen Betriebe von der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammen müssen, wenn sie ausschließlich der Sorge für die Interessen der Berufsgenossenschaften auf der Grundlage des zünftigen Egoismus und der Theorie der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit aufgebaut sind.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu führen vermögen werden, je einheitlicher ihre Organisation, je kräftiger ihre im gewerkschaftlichen Kampfe unerläßlichen Fonds, je tiefer die Einsicht ihrer Angehörigen in den Zusammenhang der Bedingungen des ökonomischen Lebens und je höher ihre Opferwilligkeit und Begeisterung sind, die am kraftvollsten aus dem sozialistischen Ideal sprießen.

II. Der Kongreß richtet an alle Gewerkschaften der durch die Konferenz von Brüssel 1899 aufgestellten und durch den Pariser Kongreß von 1900 genehmigten Bestimmung entsprechend die Einladung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und mit dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel enge Verbindung zu halten. Er beauftragt das letztere, sich mit dem Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften zu Berlin behufs gegenseitiger Auskunftserteilung über die Organisation und die Agitation in Verbindung zu setzen.

III. Der Kongreß beauftragt das Internationale sozialistische Bureau, alle Urkunden zu sammeln, die das Studium über die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien aller Länder erleichtern können und hierüber dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten."

Der Kommission, die diese Resolution beantragte, gehörten an:

Beer, Seliger, Smitka und Hanusch (Oesterreich), Legien, Robert Schmidt, Kautsky und Pfannkuch (Deutschland), de Brouckère und Anseele (Belgien), Lindblad (Amerika), Olsen (Dänemark), Teszarsz (Ungarn), Němec (Böhmen).

Der Beschluß des Kopenhagener Kongresses.

Der Internationale sozialistische Kongreß zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkt, daß die Einheitlichkeit derGewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbar interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebnen, in einem Geiste der Verständigung und der sozialen Brüderlichkeit.

Der Beschluß wird gefaßt in nationsweiser Abstimmung. Alle Nationen mit 222 Stimmen stimmen dafür; darunter auch zwei

Stimmen der tschechischen Minorität. Dagegen werden nur die fünf Stimmen der tschechischen Mehrheit abgegeben. Der Abstimmung enthalten haben sich sieben Stimmen: fünf von Finnland (drei waren dafür abgegeben) und zwei von der Türkei und Armenien.

Aus der

Resolution über die Genossenschaftsfrage.

....In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größere sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen.....

Der Kongreß nimmt die Resolution mit allen gegen ganz wenige Stimmen an.

IV. Die tschechoslawische Partei und der Kopenhagener Beschluß.

Am 25. September 1910 fand in **Prag** eine

Konferenz

der tschechoslawischen Parteivertretung, der Abgeordneten und der Vertrauensmänner statt, die zu den Beschlüssen des Kopenhagener Kongresses in folgenden Resolutionen Stellung nahm:

Ueber den

internationalen Kongreß

referierte Abgeordneter Soukup, worauf Hofmann (Brünn) folgende Resolution beantragte:

Nach Anhörung des Berichtes der Delegierten der tschechischen Sozialdemokratie zum internationalen Kongreß in Kopenhagen beschließt die Konferenz der Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie mit den Wahlkreisvertrauensmännern aus Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich folgendes:

Mit Hinblick auf die Grundforderungen unseres gemeinsamen sozialdemokratischen Programms über absolute Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit und das Recht jedes Individuums und jeder Nation auf ungestörte Entwicklung in allen Richtungen;

mit Hinblick weiter auf das vom Gesamtparteitag in Brünn im Jahre 1899 beschlossene Nationalitätenprogramm, in dem feierlich das Recht jeder Nation auf nationale Existenz und nationale Entwicklung und Autonomie aller Völker proklamiert wird;

mit Hinblick weiter auf die Stuttgarter Resolution, deren wesentlicher Bestandteil allen sozialistischen Parteien einmütiges Zusammenwirken und solidarisches Vorgehen der politischen mit den gewerkschaftlichen Organisationen auferlegt;

mit Hinblick schließlich auf die Resolution über die Einheitlichkeit der Partei, mit der der Kopenhagener Kongreß neuerdings den Beschluß des Amsterdamer Kongresses vom Jahre 1904 bestätigte, mit dem dem Proletariat aller Nationen auferlegt wird, daß jede Sektion der Internationale eine einheitliche und zusammengeschlossene Gruppe bilden soll;

und unerschütterlich auf den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1907 beharrend, die festsetzten, daß die tschechische Gewerkschaftskommission die einzige Zentrale der tschechischen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist;

erklärt die Konferenz,

daß sie mit den Beschlüssen der Parteivertretung vom 27. und 28. März 1910 vollauf übereinstimmt und das Vorgehen der tschechischen Delegation beim Kopenhagener billigt, das mit dem allgemeinen sozialdemokratischen Programm wie auch mit den Statuten und Beschlüssen der Kongresse der sozialistischen Internationale und mit dem ganzen bisherigen Vorgehen der tschechischen Sozialdemokratie übereinstimmt.

Mit Nachdruck weist die Konferenz die durch die Herausgabe des Pamphlets „Proletář" bekundeten Bestrebungen zurück, mit dem unter Mithilfe der deutschen Genossen aus unserer Partei ausgeschlossene Leute auf die Spaltung unserer bisherigen einheitlichen Bewegung hinarbeiten.

Nicht weniger entschieden protestiert die Konferenz gegen die unzulässige Art, wie sich die Mitglieder der deutschen Sektion beim Kopenhagener Kongreß in innere Angelegenheiten der tschechischen Sektion eingemischt haben; besonders verwahrt sie sich gegen ihre Behauptung, daß sie im Namen von 118.000 tschechischen, in den zentralistischen Verbänden organisierten Arbeitern sprechen, da sie von niemand dazu ermächtigt wurden, wie jetzt die Proteste dieser Organisationen selbst beweisen. Indem sie der tschechischen Delegation Delegierte aufzwangen, die zum Kongreß ohne Wissen und Teilnahme der Partei entsendet wurden, haben sie ihnen zu unserer Schwächung in der Internationale für diesen Kongreß provisorisch zwei abgesplitterte Stimmen erwirkt.

Die Verantwortung dafür fällt auf alle die, die auf diese Weise die auf Untergrabung der bisherigen Einheitlichkeit der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, einer der festesten und verläßlichsten Sektionen der sozialistischen Internationale, gerichteten Bestrebungen unterstützt haben.

Ueber das

weitere Vorgehen der Partei

referierte Abgeordneter Němec, dessen Darlegung in folgender Resolution zusammengefaßt sind:

Die Konferenz beschließt nach reiflicher Ueberlegung:

Auf den Grundprinzipien des Sozialismus, auf den Statuten und Beschlüssen der internationalen Kongresse als auch auf den Beschlüssen der eigenen Parteitage fußend, erklärt die tschechische Sozialdemokratie feierlich, daß sie so wie bisher auch weiterhin unerschütterlich die Gebote der proletarischen Solidarität mit der klassenbewußten Arbeiterschaft aller Nationen hochhalten, mit ihr in einer Schlachtlinie kämpfen wird für die Befreiung aus der Lohnsklaverei, für die Eroberung der politischen Macht und für die Demokratisierung und Sozialisierung aller öffentlichen Einrichtungen. Dazu bedarf sie in erster Reihe unbedingt voller Freiheit der Entwicklung, voller Selbständigkeit und Einheitlichkeit des Vorgehens der politischen mit den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der gesamten tschechischen Arbeiterschaft. Indem die sozialistische Internationale die Arbeiterschaft aller Nationen für gleichberechtigt und gleichwertig anerkennt, verlangt sie zugleich, daß auch sie von der Arbeiterschaft aller Nationen als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt werde.

Wir wollen auch weiterhin mit den deutschen Genossen in einer Schlachtlinie vorgehen, aber nur als Gleiche neben Gleichen, als selbständige und eigenberechtigte Abteilung der großen sozialistischen internationalen Armee, mit Hinblick auf die Selbständigkeit und Einheitlichkeit unserer Bewegung und die unbedingt notwendige gemeinsame Aktion der politischen mit den gewerkschaftlichen Organisationen.

Unter welchen Umständen und Bedingungen das gegenseitige Zusammenwirken der tschechischen Gewerkschaften mit den Organisationen der anderen Nationen möglich ist, ist Sache der Verständigung unserer dazu berufenen gewerkschaftlichen Korporationen mit den zuständigen Korporationen der anderen Nationen. Die Verhältnisse der Sozialdemokratie in Oesterreich sind derart, daß sie im jetzigen Stadium der Entwicklung in keinem anderen Staate der Welt eine Analogie haben. Besonders seit der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für das Reichsparlament hat es sich bestätigt, daß hier nebeneinander und gemeinsam zwei Parteien arbeiten, die tschechische und die deutsche Sozialdemokratie, von denen jede zu den mächtigsten Sektionen der sozialistischen Internationale gehört, die beide gezwungen sind, in den schwierigsten Situationen und unter den beschwerlichsten Bedingungen zu arbeiten, in einem Staate, der sich in rascher Umbildung vom agrarischen zum Industriestaat befindet und in seinen Grundlagen erschüttert wird von inneren Streitigkeiten einiger Nationen entweder zum Schutze ihrer Existenz, ihrer Entwicklung oder im Kampfe um die Selbständigkeit gegen die Bourgeoisie eines Volkes, die die Erhaltung ihrer ausschließlichen, aber auf die Dauer unhaltbaren Macht im mehrsprachigen Staate anstrebt. Es ist selbstverständlich, daß das gegenseitige Zusammenleben und das gemeinsame Vorgehen beider Parteien, die Hunderttausende von tschechischen und deutschen Proletariern vertreten, unter solchen Umständen eine besonders sorgfältige Regelung heischen, damit das Vorgehen und die Entwicklung keines dieser beiden großen Zweige der Internationale erschwert oder gar unmöglich gemacht werden; aber daß doch jede Partei so viel Freiheit der Bewegung, der Selbständigkeit und der wirtschaftlichen Potenz habe, daß sie das Proletariat ihres Volkes nach und nach ganz auf das Gebiet des Klassenkampfes und des internationalen Sozialismus bringen könne. Diese Kompliziertheit der Dinge hat gewiß den Antrag der tschechischen Sektion begründet und auch ihre warnende Stimme, der internationale Kongreß möge über den heutigen Gewerkschaftsstreit nicht voreilig und übereilt ein Gutachten abgeben. Wenn aber der **internationale Kongreß** gegen alle bisherige Gepflogenheit sich in den internen organisatorischen Streit zweier Sektionen **eingemischt** und im vorhinein eine bestimmte These über die Form der Gewerkschaften ausgesprochen hat und dann das Internationale Sekretariat, das politische und das gewerkschaftliche, auffordert, ihre guten Dienste zur Erreichung einer Verständigung anzubieten, wenn er sich also **die Kompetenz arrogiert hat, im vorhinein in einer Sache zu entscheiden, über die erst entschieden werden sollte** nach vorhergegangener Verhandlung der beteiligten Parteien, so hat er ein geradezu **verkehrtes Vorgehen** gewählt und hat dem **Werke der Einigung in keiner Richtung gedient.**

Auf unserer Seite war gewiß nie Mangel an **Bereitwilligkeit zur Verständigung.** Aber es war nicht in unserer Macht, die Kurzsichtigkeit und verblendete Hartnäckigkeit zu überwinden dort, wo wir Verständnis, parteigenössisches Vertrauen und genügend sozialistische Solidarität erwarten konnten. Wir tschechischen Sozialdemokraten haben immer treu erfüllt, was uns die gemeinsame Sache des Sozialismus auferlegt. Das werden wir auch in aller Zukunft machen. Deswegen appellieren wir in der heutigen schweren Zeit an alle Anhänger der Partei, daß sie mit allen Kräften dazu arbeiten, daß unsere gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung möglichst fest vereinigt und verbunden sei mit unserer Partei, in der Ueberzeugung, daß je stärker und mächtiger unsere Partei in allen ihren Zweigen sein wird, im politischen sowie im gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen, wir um so eher das ganze tschechische Proletariat organisiert haben werden; um so

mehr werden wir seinen Klassenkampf stärken und um so mehr werden wir der Sozialdemokratie ganz Oesterreichs nützen und der sozialistischen Internationale der ganzen Welt.

Ueber die Resolution des internationalen Kongresses zur Frage der

Genossenschaftsbewegung

referierte Lustig, der folgende Resolution beantragte:

Die Konferenz wiederholt mit Nachdruck den Beschluß des Kongresses der tschechischen Sozialdemokratie vom Jahre 1907, womit allen genossenschaftlichen Unternehmungen, die Anspruch darauf erheben, als Glied der tschechischen Arbeiterbewegung anerkannt zu werden, die Zugehörigkeit zum Zentralverband der tschechischen Konsum-, Produktiv- und Wirtschaftsgenossenschaften in Prag zur Pflicht gemacht wird.

Dieser Beschluß möge im Interesse einer einheitlichen Bewegung der Wegweiser für alle die Genossen sein, die ein Interesse daran haben, daß alle Arbeiterkorporationen, politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche, ein einheitliches Ganzes in der Bewegung des tschechischen Proletariats zu seiner Entwicklung und Kräftigung im Kampfe gegen das System der privatkapitalistischen Produktion und gegen die gesellschaftlichen Einrichtungen seien.

V. Die Zentralorganisationen und der Kopenhagener Beschluß.

Beschluß des VI. ordentlichen Gewerkschaftskongresses.
Abgehalten zu Wien, November 1909.

Resolution.

Der Sechste ordentliche Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs begrüßt den Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, den er über die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisationen in allen Staaten als richtunggebend gefaßt hatte.

Die Weisung der Vertreter der Sozialdemokratie der Welt entspringt nicht nur der theoretischen Erkenntnis allein, sondern ist vielmehr aus den praktischen Erfahrungen aller Kämpfe, die das Proletariat um mehr Brot und Kultur in allen Staaten — in Oesterreich im besonderen — führen mußte, hervorgerufen worden.

Es ist durch diesen Beschluß festgestellt worden, daß die Organisationsform der Gewerkschaften kein leerer Rahmen sei, sondern einen wesentlichen und grundsätzlichen Inhalt: die Konzentration der Mittel und Kräfte, in sich trägt, die dem kämpfenden Proletariat den Erfolg für sich leichter zu erringen vermag als durch das getrennte Marschieren und vereinte Schlagen. — In einer Zeit der wachsenden Macht des international organisierten Unternehmertums, der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie, der Beherrschung der Industrie durch Trusts und Banken des In- und Auslandes wäre es ein verhängnisvolles Beginnen, wenn die Gewerkschaften Oesterreichs auf die einheitliche Führung des Kampfes der organisierten Arbeiterschaft, sowohl im Angriff als auch in der Abwehr, verzichten wollten, und deshalb verzichten wollten, weil nationale Wirrnisse sich dieser Einheitlichkeit entgegenstellen.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen, beschließt der Kongreß, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation und an der einheitlichen Füh-

rung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen.

Der Kongreß billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Beschickung der Einigungskommission, die von der Gesamtexekutive der Sozialdemokratie in Oesterreich in Vorschlag gebracht wurde, gab.

Die Reichskommission ließ sich bei der Beschlußfassung über die Beschickung der Einigungskommission von dem Grundsatz leiten, vor dem Gewerkschaftskongreß einer Pflicht der Internationale gegenüber und den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu entsprechen. Anders beurteilt die Prager Kommission die Wichtigkeit des Zusammentrittes dieser Einigungskommission, indem sie sich die Beschickung dieser Kommission — erst nach der Abhaltung des tschechoslawischen Kongresses — vorbehält. Die Hinausschiebung des Termins der unverbindlichen Aussprache über die prinzipiellsten Streitfragen, die für den Kongreß der Zentralverbände sowie für den Kongreß der tschechoslawischen Organisationen von größter Bedeutung sind, läßt eine Friedensstimmung bei den Separatisten leider nicht erwarten. Die willkürlichen Ausschließungen guter und im Dienst der Arbeiterschaft ergrauter Parteigenossen, die rücksichtslose, jeder Verantwortung bare Sprache der tschechischen Parteipresse in Böhmen und Mähren benimmt fast jede Aussicht, einen dauernden Frieden auf diesem Weg zu erreichen. Mit Rücksicht jedoch auf den Beschluß des Kopenhagener Internationalen Kongresses ermächtigt der Gewerkschaftskongreß die Reichsgewerkschaftskommission, falls die Prager Gewerkschaftskommission geeignete Verhandlungsvorschläge macht, in Unterhandlungen einzutreten.

Sollten diese Verhandlungen dann zu einer die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Zentralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufgezwungen werden. So schmerzlich dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Oesterreich durchgefochten werden. Der Kongreß richtet daher an alle Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Zentralisation der Organisation festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in der Gegenwart und Zukunft dem Proletariat in Oesterreich verbürgt. Es lebe die internationale Organisation des klassenbewußten Proletariats in Oesterreich!

VI. Der Einigungsversuch der Gesamtexekutive.

Beschluß der Gesamtexekutive.

Die Gesamtexekutive der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich hielt am 30. September 1910 in Wien eine Sitzung ab, die sich mit den Schwierigkeiten innerhalb der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen beschäftigte. Die Gesamtexekutive faßte nach ausführlicher Diskussion einstimmig folgende Beschlüsse:

I.

Zur Schlichtung des Gewerkschaftsstreites und zur Erstattung von Vorschlägen über eine den Gesamtinteressen und den Forderungen der einzelnen nationalen Organisationen entsprechende Gewerkschaftsorganisation sowie über ihre Beziehungen zur politischen Partei ist eine Kommission einzusetzen, die aus je drei Vertretern der Gewerkschaftskommissionen von Wien und von Prag, aus je zwei Vertretern der deutschen und der tschechischen politischen Organisation und aus je einem Vertreter der anderen nationalen Organisationen bestehen soll.

Die beiden Kommissionen sowie die Exekutiven der nationalen Organisationen sind zu befragen, ob sie die Einsetzung dieser Kommission für zweckmäßig halten und ob sie bereit sind, sie zu beschicken.

II.

Die Gesamtexekutive beschließt weiter: Im Falle des Zustandekommens wird die Gesamtexekutive eine Aufforderung an die beiden streitenden Teile richten, während der Dauer der Verhandlungen dieser Kommission alle gegenseitigen Angriffe zu unterlassen.

Einberufung der Einigungskonferenz.

Parteigenossen! Die Kommission zur Schlichtung des Gewerkschaftsstreites, die von der Gesamtexekutive vorgeschlagen wurde, wird, nachdem alle Instanzen ihre Zustimmung gegeben haben, am Sonntag den 13. November in Prag zusammentreten und ihre Arbeiten beginnen.

Dieser Versuch der Verständigung in einer Lebensfrage des österreichischen Proletariats soll mit allem Ernst und in aller Ruhe unternommen werden. Darum fordern wir in Durchführung eines einstimmigen Beschlusses der Gesamtexekutive alle Organisationen und Blätter beider streitenden Teile sowie alle einzelnen Genossen auf, sich bis auf weiteres der gegenseitigen Angriffe zu enthalten, um so für die Verhandlungen möglichst günstige Bedingungen zu schaffen.

Wien, 9. November 1910.

Für die Gesamtexekutive:
Adler, Němec, Diamand, Pittoni.

Erste Sitzung der Einigungskonferenz.

Abgehalten in Prag am 13. und 14. November 1910.

Es wurde folgender Bericht verlautbart:

Der Konferenz wurden im Verlauf der zweitägigen Debatte folgende zwei Anträge vorgelegt, welche hiermit zur Diskussion gestellt werden:

1. Antrag der Vertreter der tschechischen Gewerkschaftskommissionen.

Vom Kongreß und von der tschechischen Gewerkschaftskommission wie auch von der Parteiexekutive zu Verhandlungen bevollmächtigt, können wir nur konstatieren, daß wir die uns übertragene Aufgabe gern ausführen in der Hoffnung, daß es unter den gegebenen Verhältnissen, insofern man die praktischen Bedürfnisse der Gewerkschaftsbewegung im Auge behalten wird, gelingen werde, einen Weg zu der notwendigen Verständigung über die prinzipiellen Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens zu finden.

Mit Hinblick auf die gegebenen Organisationsverhältnisse empfehlen wir als Grundlage der Verhandlungen diese Grundsätze eines weiteren gegenseitigen Vorgehens:

I. Die gegenseitigen Angriffe, sei es durch die Presse, sei es durch das Wort, sollen eingestellt und es soll dahin gewirkt werden, daß zwischen den Mitgliedern der autonomen und der zentralen Organisationen ein freundschaftliches Verhältnis entstehe, wie es zwischen Angehörigen jeder Klassenorganisation beobachtet werden muß.

Eingestellt sollen auch alle Versuche werden, die gegen die Einheit der tschechischen sozialdemokratischen Partei gerichtet sind und den Beschlüssen ihrer Kongresse und ihrer verantwortlichen Instanzen widersprechen.

II. Es möge ein Gegenseitigkeitsverhältnis der autonomen und der zentralen Verbänden ermöglicht werden, wobei hauptsächlich im Auge zu behalten wäre:

a) ein einheitliches Vorgehen in Lohnbewegungen, bei Wahlen in Arbeiterkorporationen, seien es solche von Fabriken oder von öffentlichen Anstalten und Institutionen, wobei folgender Grundsatz zu beachten ist: Die Lohnbewegungen führt nach gegenseitiger Verständigung jene Organisation, die von der Mehrheit der klassenmäßig organisierten Arbeiter im Betrieb damit betraut wurde. Das bezieht sich besonders auf die Verhandlungen mit den Unternehmungen und ihren Organisationen. Die Streikkomitees sollen verhältnismäßig nach der Zahl der vertretenen Mitglieder zusammengesetzt werden. Ebenso soll bei Wahlen in Arbeiterinstitutionen auf eine verhältnismäßige Vertretung gesehen werden;

b) um die gegenseitigen Schädigungen oder Nötigungen zum Uebertritt in national gemischten Gebieten und Unternehmungen hintanzuhalten, ist der Grundsatz einzuhalten: Der tschechische Arbeiter gehört in die tschechische Organisation, der deutsche Arbeiter in die deutsche u. s. w. Niemand darf aber in seiner freien Entscheidung behindert werden;

c) es möge nicht verwehrt werden, daß die Verbände der gleichen Berufe nach ihrem Bedürfnis Gegenseitigkeitsverträge zur gegenseitigen Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen, Reisen und eventuell anderen gemeinsamen Interessen abschließen.

III. Den autonomen tschechischen Verbänden soll die Vertretung in internationalen Gewerkschaftsunionen, der tschechischen Gewerkschaftsorganisation die Vertretung auf den internationalen Gewerkschaftskonferenzen ermöglicht werden.

IV. Dafür, daß diese Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens eingehalten werden, sorgt ein gemeinsamer Ausschuß, der zu gleichen Teilen von der Wiener und der Prager Gewerkschaftskommission gewählt wird, der nach Bedarf zusammentritt und über die strittigen Fragen entscheidet sowie die vereinbarten Gegenseitigkeitsverträge genehmigt.

Zu diesem Antrag wurden im Laufe der Debatte zwei Amendements gestellt.

Das erste Amendement ist von Němec. Darnach soll im Punkt II b der Passus: „Der tschechische Arbeiter gehört in die tschechische Organisation, der deutsche Arbeiter in die deutsche", gestrichen werden.

Das zweite ist ein Zusatzantrag von Tayerle. Darnach soll es am Schluß der Resolution heißen:

Dieser gemeinsame Ausschuß hat nach Durchführung aller vorangeführten notwendigen Grundbedingungen des gegenseitigen Zusammenwirkens und den gewonnenen Erfahrungen entsprechend den zuständigen Kongressen der Prager und der Wiener Gewerkschaftskommission einen Antrag vorzulegen, welcher die gegenseitige finanzielle Hilfe bei großen Streiks und Aussperrungen in irgendeinem Gebiet der Kommission ausspricht, insoferne der Kampf über den Rahmen einer Branche und mehrerer Unternehmungen oder Industrien hinausgeht. Diesem Ausschuß obliegt gleichzeitig die Ausarbeitung eines Regulativs zum einheitlichen Vorgehen der Organisationen in wirtschaftlichen Kämpfen.

2. Antrag Dr. Adler:

Die Konferenz beschließt, ihre Beratungen bis Ende November zu vertagen und beiden Teilen als Vorbedingung des Friedensschlusses zur Diskussion zu stellen: die Herstellung von gemeinsamen organisatorischen Einrichtungen, die sowohl die Zentralverbände als auch die separatistischen Organisationen umfassen und die dauernde Gemeinsamkeit der Führung des gewerk-

schaftlichen Kampfes und die Gemeinsamkeit der dazu nötigen Mittel verbürgen.

Die Konferenz beschloß, sich bis Ende November zu vertagen und dann die Beratungen fortzusetzen.

Am Schluß der Verhandlungen konstatiert der Vorsitzende Genosse Diamand, daß von beiden Seiten die Einsicht in die Notwendigkeit des Friedens deutlich zum Ausdruck gekommen ist, und daß die Debatte von dem Wunsche erfüllt war, einen Weg zum Frieden zu finden. Der Vorsitzende spricht die Hoffnung aus, daß die weiteren Verhandlungen zum gewünschten Erfolg führen werden.

Zweite Sitzung der Einigungskonferenz, abgehalten in Wien am 15. Dezember 1910.

Von den Vertretern der Reichsgewerkschaftskommission wurden folgende Vorschläge zur Debatte gestellt:

Grundprinzipien, nach welchen die Vertreter der Reichskommission mit den Vertretern der Prager Kommission in Verhandlungen zur Herstellung des Friedens eingehen können.

I. Lohnbewegungen.

1. Die Lohnbewegungen im Angriff und in der Abwehr sowie Streiks, Boykotts und Aussperrungen sind organisatorisch einheitlich zu führen.

2. Zur Führung dieser gewerkschaftlichen Kampfesaktionen werden einheitliche Ausschüsse, die nach der Anzahl der vertretenen Mitglieder beider Organisationen bestimmt werden, zusammengesetzt; die einheitlich gebildeten Ausschüsse sind ständige Einrichtungen der Vorstände beider Organisationen und diesen auch verantwortlich. Zur Durchführung der Beschlüsse des einheitlichen Ausschusses wird ein Sekretär von der Reichsberufsorganisation beigestellt.

3. Sämtliche Mitglieder der autonomen Organisationen haben den obligaten Beitrag an den zentralen Widerstandsfonds durch ihre Zentralen an die Reichsberufsorganisationen abzuführen, der einheitlich für die gesamte Organisation im Reiche verwaltet und verwendet wird.

4. Die autonomen Organisationen können für den eigenen Gebrauch Lokalwiderstandsfonds einführen und verwalten, um kleinere Streiks im eigenen Wirkungskreis zu führen. Doch müssen solche Streiks der Leitung des einheitlichen Ausschusses vorher angemeldet und über dessen Verlauf und Ergebnis berichtet werden.

5. Bei Streiks und Aussperrungen, die die Kräfte der einzelnen Berufsorganisationen bereits erschöpft haben, kann die Hilfe der Reichskommission im Sinne des Streikreglements und der Bestimmungen über den Solidaritätsfonds in Anspruch genommen werden.

6. Die Reichskommission hat jedoch zu der entscheidenden Sitzung Vertreter der gemeinsamen Ausschüsse, respektive Vertreter der Prager Kommissionen einzuladen, sofern sich diese Hilfe auf den Wirkungskreis der Prager Kommission ausdehnt.

7. Die Entscheidung über die zu gewährende materielle Hilfe obliegt nur der Reichskommission.

II. Organisation.

8. Gegen derzeit noch bestehende Zentralorganisationen und zentrale Ortsgruppen dürfen keine auf Spaltung oder zum Uebertritt hinwirkende Agitationen eingeleitet werden.

9. Die autonomen Organisationen beschränken ihre Tätigkeit auf jene Orte in Böhmen, an welchen sie bereits Ortsgruppen oder Zahlstellen errichtet haben.

10. An Orten in Böhmen, wo bereits Ortsgruppen von Zentralverbänden bestehen, sind Neueinrichtungen autonomer Ortsgruppen oder Zahlstellen zu unterlassen.

11. In gemischtsprachigen Orten sind in Zukunft Ortsgruppen nur von Zentralorganisationen zu errichten.

III. Vertragsbestimmungen.

12. Die Ausarbeitung von Einzeldetails der Vertragsbestimmungen und Regulativs kann nur Sache der einzelnen Verbände mit den autonomen Organisationen sein.

13. Vereinbarungen der Zentralverbände mit den autonomen Organisationen dürfen aber die Grundprinzipien, die hier aufgestellt sind, nicht verletzen.

14. Alle Vereinbarungen, bevor sie gegenseitig abgeschlossen und unterfertigt werden, sollen vorher den beiden Kommissionen zur Begutachtung vorgelegt werden.

15. Beide Kommissionen sind berechtigt, einen Delegierten zu allen Verhandlungen, die mit den autonomen Organisationen gepflogen werden, zu entsenden.

16. Ein Zwang für die Zentralverbände, in ein engeres Verhältnis mit den autonomen Organisationen einzugehen, wie dies in den Grundprinzipien festgelegt wurde, besteht für sie nicht und es bleibt ihrem Ermessen freigestellt, ein solch engeres Verhältnis zu vereinbaren.

17. Sämtliche Vereinbarungen, die im obigen Sinne mit den autonomen Organisationen getroffen wurden, haben bis zu den nächsten Kongressen der Zentral- oder autonomen Organisationen Geltung.

18. Die Reichskommission ist berechtigt, in allen sprachlichen und national-kulturellen Angelegenheiten oder bei Fragen, die das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei berühren, Vertreter der betreffenden nationalen Parteiexekutiven der Beratung beizuziehen.

*

Nachdem über diese Vorschläge eine längere Diskussion geführt und die einzelnen Punkte erörtert worden waren, erklärten die tschechischen Vertreter, diese Vorschläge der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission und den autonomen Organisationen zur Erörterung vorlegen zu wollen. Es wurde sodann einstimmig beschlossen, daß die Beantwortung dieser Vorschläge durch den Vorsitzenden der Kommission, Diamand, den einzelnen Delegierten übermittelt und sodann eine weitere Sitzung einberufen werden soll.

Scheitern des Einigungsversuches.

Eine Plenarversammlung der tschechoslawischen Vertrauensmänner und der Prager Gewerkschaftskommission, abgehalten zu Prag am 2. März 1911, faßte den Beschluß, die gemachten Vorschläge durch folgende Anträge zu beantworten:

„Anträge der Vertreter der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission zur Regelung des gegenseitigen Verkehrs der tschechischen und österreichischen Gewerkschaftsverbände."

1. Lohnbewegungen und gemeinsame Aktionen.

Zur Erzielung und Stärkung des gegenseitigen Verhältnisses der selbständigen und zentralen Verbände ist hauptsächlichst folgendes zu beachten:

a) Einheitliches Vorgehen bei Lohnbewegungen, bei Wahlen in Arbeiterkorporationen, ob in Fabrik- oder öffentlichen Anstalten und Institutionen, wobei folgender Grundsatz zu gelten hat: Die Lohnbewegung führt nach gegenseitigem Einvernehmen jene Organisation, die von der

Majorität der im Betrieb befindlichen organisierten Arbeiter hierzu betraut wurde. Dies gilt besonders bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und ihren Organisationen. Die Streikausschüsse sind dem Verhältnis der vertretenen Mitglieder entsprechend zusammenzusetzen. Desgleichen ist bei Wahlen in Arbeiterinstitutionen auf eine paritätische Vertretung zu achten;

b) Lohnbewegungen, ob Angriff- oder Abwehrstreiks sowie alle Streiks und Aussperrungen sind dann gemeinsam zu führen, wenn in dem Betrieb oder in der hiervon betroffenen Fabrik beide Organisationen, autonome oder zentrale, vertreten sind, weiter wenn die Bewegung oder der Streik mehrere Betriebe oder Fabriken betrifft. In einem solchen Falle ist jene Organisation, die eine solche Bewegung unternehmen will oder von ihr betroffen wurde, verpflichtet, dies rechtzeitig der anderen Organisation anzumelden;

c) bei großen Streiks und Aussperrungen, die in mehrere Branchen eingreifen, leitet die Bewegung ein besonderer, aus je zwei Mitgliedern der beteiligten Branchen und je zwei Mitgliedern der beiden Kommissionen zusammengesetzter Ausschuß;

d) Verbände gleicher Branchen haben ihren Bedürfnissen entsprechend Gegenseitigkeitsverträge zur gegenseitigen Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen, zur Reiseunterstützung und zu allfälligen anderen gemeinsamen Interessen, denen diese allgemeinen Prinzipien als Grundlage dienen, abzuschließen.

II. Organisation.

a) In nationaleinheitlichen Gebieten hat die Arbeiterschaft der Organisation ihrer Nationalität anzugehören;

b) in nationalgemischten Gebieten und Betrieben ist niemand in seiner freien Entschließung zu behindern, um gegenseitige Schädigungen oder Nötigung zum Uebertritt hintanzuhalten. Als nationalgemischte Gebiete gelten jene, in welchen Arbeiter verschiedener Nationen beschäftigt sind;

c) den selbständigen tschechischen Verbänden ist eine Vertretung in den internationalen Gewerkschaftsverbänden zu ermöglichen, der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission eine Vertretung bei den internationalen Gewerkschaftskonferenzen.

III. Gemeinsamer Widerstandsfonds.

a) Für die Einhaltung der Bedingungen eines gemeinsamen Vorgehens sorgt der aus je drei Mitgliedern der Prager und der Wiener Gewerkschaftskommission gewählte gemeinsame Ausschuß, der nach Bedarf zusammentritt und über strittige Fragen entscheidet sowie die abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge bestätigt;

b) diesem gemeinsamen Ausschuß steht die Oberaufsicht über die Verwaltung des gemeinsamen Fonds zu, welcher aus den Beiträgen beider Kommissionen zu bilden und dessen Zweck die Unterstützung der Lohnkämpfe und Aktionen der Arbeiter ist, die den Wirkungskreis einer Kommission übertragen oder mehrere Branchen oder Länder berühren;

c) der obligate Beitrag zum Zentralwiderstandsfonds beträgt per Mitglied 1 H. wöchentlich und ist für alle Mitglieder der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission an die Gewerkschaftskommission in Prag, für die Mitglieder der Wiener Gewerkschaftskommission an die Gewerkschaftskommission in Wien abzuführen;

d) diesen Fonds verwaltet jede Kommission getrennt und beide haben behufs Uebersicht und Kontrolle gegenseitig dessen Ausweise auszutauschen und jährlich eine gemeinsame Bilanz auszuarbeiten;

e) Unterstützungen aus diesem Fonds gewährt nach Absatz b) der gemeinsame Ausschuß bei Streiks und Aussperrungen, welche die finanziellen Kräfte der einzelnen Organisationen erschöpften und wenn die Aushilfe aus den Kartell- oder Solidaritätsfonds ihrer Kommissionen nicht

mehr ausreicht, und wird in jenem Verhältnis gewährt, in dem die Beiträge der Kommission, zu welcher die ansuchende Organisation gehört, eingezahlt werden;

f) dieser gemeinsame Ausschuß ergreift auch weitere Maßregeln zur Beschaffung von Mitteln, wenn dieser Fonds erschöpft werden sollte.

IV. Schlußbestimmungen.

a) Zu allen Beratungen zwischen den autonomen und den zentralen Organisationen können beide Kommissionen ihre Delegierten entsenden;

b) keiner von den tschechischen oder den zentralen Verbänden ist zu einer diesen Grundsätzen zuwiderlaufenden Gegenseitigkeit verpflichtet;

c) allfällige besondere Vereinbarungen der einzelnen Verbände legt vor ihrer endgültigen Ratifizierung jede Organisation ihrer Gewerkschaftskommission zur Begutachtung und Bestätigung vor.

Hierauf fand am 17. März 1911 in Wien eine

Reichskonferenz der Zentralorganisationen

statt, die einstimmig folgenden Beschluß faßte:

Resolution.

Die Reichskonferenz der Zentralgewerkschaften Oesterreichs erklärt, daß im Streitfall um die einheitliche Organisationsform mit den Separatisten der ehrliche Wille zum Frieden durch die von der Reichsgewerkschaftskommission vorgelegten Einigungsanträge ernstlich bekundet wurde.

Die tschechischen Separatisten haben nun durch ihre Gegenanträge, die nur eine Umschreibung ihrer ersten Anträge bedeuten, und ihr Verhalten während der Verhandlungen bewiesen, daß sie den Frieden auf gewerkschaftlichem Gebiet nicht anstreben. Sie haben im schroffsten Gegensatz zur Zentralorganisation den Willen klar ausgesprochen, auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reiches unerschütterlich zu beharren. Bei Anerkennung dieser prinzipiellen Grundsätze wäre das Proletariat Oesterreichs, trotz aller gewährten Gegenseitigkeit, in den Fabriken und Werkstätten national zerklüftet und könnte es unmöglich organisatorisch erfaßt werden.

Die Ablehnung der von den Zentralisten angestrebten organisatorisch einheitlichen Streikführung und Ansammlung der hierzu erforderlichen Mittel bedeutet in ihrer Wirkung, auf den Kampf um die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse für das tschechische Proletariat zu verzichten und ihn für die gesamte Arbeiterklasse Oesterreichs zu erschweren. Die aus den separatistischen Gegenanträgen ersichtlichen Tendenzen hindern dauernd eine Beilegung des Konflikts; sie widersprechen den elementarsten Begriffen über die Gewerkschaften und deren Kämpfe; sie sind vielmehr Grundforderungen des schroffsten Nationalismus, Tendenzen, die das Proletariat nicht einigen, sondern gegenseitig entfremden und darum kulturell und sozial ernstlich bedrohen.

Die Reichskonferenz spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die verantwortlichen Faktoren der tschechoslawischen Gewerkschaften und Partei mit vollem Bewußtsein den nationalen Aspirationen näher stehen als den sozialen Bedürfnissen der tschechischen Arbeiterschaft.

Dadurch werden Gefahren nicht nur für das tschechische, sondern auch für das gesamte Proletariat Oesterreichs heraufbeschworen, die es im Kampfe gegen das mächtig emporstrebende Unternehmertum organisatorisch hemmen und schwächen.

Die Reichskonferenz billigt deshalb den Abbruch aller weiteren Verhandlungen mit den Separatisten durch die Reichsgewerkschaftskommission und macht es den Zentralverbänden zur Pflicht, mit den separatistischen Organisationen in kein Gegenseitigkeitsverhältnis einzu-

geben und die Einheit der Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.

Die Reichskonferenz setzt das vollste Vertrauen in ihre Gesamtvertretung, die Reichsgewerkschaftskommission, in der Ueberzeugung, daß sie die Sache der Zentralorganisationen mit Umsicht und entsprechender Energie so wie bisher auch weiter führt. Sie erwartet daher von der sozialistischen Internationale in Oesterreich im Interesse des gesamten Proletariats die vollste Unterstützung in dem den Zentralorganisationen aufgezwungenen Kampf, um die österreichische Arbeiterschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehr- und kampffähig zu erhalten.

VII. Der Brünner Konflikt.

Beschluß der Brünner Vertrauensmänner.

Am 21. Februar faßte eine Plenarversammlung, die von 387 Fabriksvertrauensmännern beschickt war, folgenden Beschluß:

Die Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei wird ersucht, die von ihr in Brünn eingesetzten Genossen Karl Vaněk und Vlastimil Tusar von ihren Posten abzuberufen.

Die Ausschließung der Zentralisten.

Die Brünner „Rovnost" veröffentlichte am 6. Oktober 1910 folgende Kundmachungen:

An die parteigenössische Oeffentlichkeit!

Unsere Genossen sind seit einigen Monaten Zeugen dessen, wie eine Reihe einzelner Personen in Brünn systematisch die Tätigkeit der Partei untergräbt und vorsätzlich gegen alle Organisationsstatuten und Parteibeschlüsse handelt.

In den letzten Tagen haben diese Leute in dem Pamphlet „Proletář" angekündigt, daß sie eine neue Partei gründen. Als sie aber merkten, daß ihr Plan auf den Widerstand der ganzen tschechischen Arbeiteröffentlichkeit stoße, versteckten sie sich wieder hinter Worte, daß sie — die Reinigung der Partei wollen; dabei ist sicher, daß sie in ihrer Minierarbeit fortfahren wollen, um im geeigneten Augenblick zur Gründung der geplanten neuen Partei zu schreiten, deren Schaffung die deutschen Wiener Genossen wünschen.

Die durch das Organisationsstatut zur Leitung der Partei berufene Korporationen haben nach der Maifeier die Maßregel getroffen, daß jene politischen Organisationen, die sich dem Beschluß der Partei entgegenstellen, als außerhalb der Partei stehend erklärt wurden. Die Genossen aus diesen Organisationen, die der Partei die Treue bewahren wollten, sind in Organisationen übergetreten, welche von der Partei anerkannt sind.

Eine andere Maßregel wollten die Exekutivausschüsse unserer Partei vorläufig nicht treffen, damit nicht fälschlich behauptet werde, daß wir mit einer Ausschließung aus der Partei die Angehörigen der Zentralorganisationen strafen wollen. Wir erklären auch heute, daß die Angehörigen der Zentralorganisation, insofern sie das Organisationsstatut und die Beschlüsse der Parteikongresse anerkennen wollen, die volle Möglichkeit haben, ordentliche Mitglieder der Partei zu sein, und daß sie niemand wegen der Zugehörigkeit zu den Zentralorganisationen aus der Partei ausschließen darf.

Anders verhält es sich aber mit den Leuten, die ausdrücklich erklären, daß für sie keine Parteireglements gelten und die öffentlich in Versammlungen und in der Presse die Partei angreifen und schmähen und eine Spaltung in die Arbeiterschaft tragen.

Gegenüber diesen Leuten ist es notwendig, unsere Stellung deutlich zu erklären, damit die Genossen wissen, wie sie sich zu ihnen verhalten sollen.

Wir erklären darum, daß folgende Bürger aus der tschechischen sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen sind und ohne Zustimmmung der unterfertigten Korporationen nirgends als Parteimitglieder aufgenommen werden können: Jura, Merta, Veska, Skolak, Chalups, Kresta, Kovanda, Zacharda, Kolesa, Vesely, Prochazka, Podrouzcka, Pavlik.

Diese Bürger haben sich durch ihre Tätigkeit, sowohl durch Zerschlagung der politischen Arbeiteraktionen wie dadurch, daß sie den Arbeitern bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen systematisch in den Rücken fallen, gegen das Parteiprogramm schwer vergangen und ihre Ausschließung ist darum vollkommen begründet.

Zur Information teilen wir den Genossen weiter mit, daß folgende ehemalige Lokalorganisationen vom 25. Mai dieses Jahres an mit der Partei in keiner Verbindung stehen und daß die Mitgliedschaft in ihnen keineswegs die Zugehörigkeit zur tschechischen Sozialdemokratie mit sich bringt. Es sind das in Brünn die Lokalorganisationen: Arbeiterheim, Franz Josefsstraße Nr. 1, Zaungasse, äußeres Dornich, Josefstadt, Wienstraße, Staffgasse, Zabrdowitz, ferner Schimitz IV Unter-Hussowitz und Labek. (Anmerkung des Uebersetzers: Das sind nur ungefähre Uebersetzungen von Brünner Ortsteilen und Vororten.) Die Errichtung einer besonderen Organisation Königsfeld II und Czernowitz wurde von den Exekutivausschüssen nicht bewilligt und wenn über den Kopf der Kreisexekutive hinweg diese Organisationen trotzdem errichtet wurden, stehen sie ebenfalls außerhalb der Partei.

Wir fordern alle Genossen und Genossinnen, die die Einheit der tschechischen sozialdemokratischen Bewegung wahren, auf, überall energisch die Angriffe, welche von verblendeten Leuten gegen unsere Partei unternommen werden, abzuwehren. Wir haben nun in der Partei Klarheit geschaffen. Man kann nun deutlich sehen, wer mit der Partei gehen will und wer gegen sie.

Unsere Aufgabe ist bloß: Alle an ihre Plätze in die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen! Gewinnt neue Mitglieder, verbreitet unsere Presse! Wir werden alle durch unermüdliche Arbeit und durch die Erfolge dieser Arbeit beweisen, daß die letzten Ereignisse in unserer Bewegung ihre Wiedergeburt bedeuten, ihre Stärkung auf dem weiten Wege für die Emanzipation des Proletariats!

Mit sozialdemokratischem Gruß:

Für die Landesexekutive:
Karl Vanek.

Für die Exekutive des ersten Kreises:
Vlastimil Tusar.

Für die Exekutive des 1., 2. und 11. Wahlkreises:
Anton Zouhar.

Erklärung.

Die Exekutive des 20. Wahlkreises mit dem Sitze in Olmütz hat in ihrer Sitzung vom 28. September über die rohen Angriffe verhandelt und über die Verfolgungen, welche gegen uns als Angehörige der tschechischen sozialdemokratischen Partei unternommen wurden, über die Minierarbeit gegen die Exekutive als Parteiinstitution, über die verderbliche, umstürzlerische Tätigkeit der zentralen Sekretäre und ihrer Helfer, und in Erwägung dessen, daß in der Olmützer politischen Organisation mehrmals direkte

Kundgebungen gegen die Exekutive, gegen die Landesexekutive und die Parteivertretung gemacht wurden; in Erwägung dessen, daß der Inhalt der Zuschriften beweist, daß die Leitung der politischen Organisation in Olmütz in durchaus unberufenen Händen ruht, daß ihre Arbeit durch ihre fanatischen und gegen die Partei gerichteten Reden und Kundgebungen einfach vereitelt wird, daß in der politischen Organisation in Olmütz Mitglieder der Herausgeberschaft des Pamphlets „Proletář" sind, daß Mitglieder der Organisation selbst den „Hlas Lidu" boykottierten, wiederholt Angehörige der Organisation zum Boykott aufforderten und nötigten, daß alle Sekretäre, die von Wien nach Olmütz zur Zerschlagung der Bewegung und der Partei kommandiert wurden, Hetzereien gegen die tschechische sozialdemokratische Arbeiterschaft veranstalten und maßlose und verdammenswerte Angriffe auf Abgeordnete richteten, hat die Exekutive folgenden Beschluß gefaßt:

Die Olmützer politische Organisation wird aufgelöst und in Konsequenz dessen wird sofort eine Aktion zur Errichtung einer neuen ordentlichen Organisation unternommen werden, für die eine beinahe dreimal so große Zahl von Mitgliedern gesichert ist. Die gewesenen Mitglieder der Organisation in Olmütz und zugleich auch der Partei Fr. Ostry, Fr. Madrhole, Josef Filka, J. Skuhrovsky, Josef Hlobil, Fr. Benes werden wegen grober Vergehungen gegen das Organisationsstatut aus der Partei ausgeschlossen und die Genossen werden aufgefordert, sich demgemäß gegen sie zu verhalten. Die Parteipresse ersuchen wir um Abdruck.

Die Exekutive des 20. Wahlkreises:
Josef Navratil, Bezirksvertrauensmann; Felix Casny, Stellvertreter;
Franz Vyvlecka, Schriftführer.

Bisher unerledigte Beschwerde der ausgeschlossenen Zentralisten an die Prager Exekutive.

An die
Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokratie
Prag.

Werte Genossen!

In Konsequenz des einmütigen Beschlusses des internationalen sozialistischen Kongresses in Kopenhagen ersuchen die Unterfertigten im Namen ihrer politischen Organisation, daß jene Beschlüsse einzelner Parteiinstanzen, durch welche langjährige Angehörige der tschechischen Sozialdemokratie und ebenso einzelne politischer Organisationen entweder namentlich oder indirekt aus der Partei ausgeschlossen wurden, und zwar ausgeschlossen wegen ausdauernder Verteidigung des Grundsatzes der Einheit der Gewerkschaftsorganisationen in Oesterreich, der von der ganzen Internationale feierlich als richtig erklärt wurde — annulliert werden.

Die Annullierung jener Beschlüsse glauben wir um so eher erwarten zu können, als schon auf dem Kongreß in Kopenhagen durch Beschluß des Internationalen Sozialistischen Bureaus unsere Vertreter in die tschechische Sektion aufgenommen und ihnen vom Sekretär der tschechischen Partei auch Kongreßlegitimationen ausgestellt wurden.

Brünn, am 20. Oktober 1910.

Memorandum der deutschen Genossen Brünns an den Innsbrucker Parteitag.

Brünn, 6. September 1911.

Seit einem Jahrzehnt wird die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei Brünns durch innere Zwistigkeiten gehemmt. Einige aus Böhmen eingewanderte Genossen, allen voran Tusar und Vaněk, haben seit Jahren mit den deutschen Genossen Streit gesucht und sind schließlich auch dazu

gelangt, durch ihre nationalistische Agitation das Rückgrat der Arbeiterbewegung, die zentralistische Gewerkschaftsorganisation in ihrem aufrechten Bestand erheblich zu schädigen. Zum Schlusse kam es vor Jahresfrist zur Spaltung der tschechoslawischen Partei.

Im Anfang dieser unheilvollen Periode ist es noch zur Not gelungen, durch Inanspruchnahme von Schiedsgerichten und durch eine weitgehende Nachgiebigkeit die Gegensätze zu überbrücken. Anläßlich der Gemeindewahlen im Jahre 1905 kam es aber zum offenen Bruch, der von den Autonomistenführern planmäßig vorbereitet wurde. Obwohl im Gebiet der Stadt Brünn die deutsche Parteiorganisation viel stärker war als die tschechische Parteiorganisation, obwohl nach der Volkszählung die Deutschen in Brünn mehr als 60 Prozent der Bevölkerung bilden, wurde von den deutschen Genossen allen Ernstes verlangt, daß sie sich mit vier Mandaten von den neun Mandaten des neugeschaffenen IV. Wahlkörpers des allgemeinen Wahlrechtes begnügen, den Autonomisten aber fünf Mandate überlassen sollen. Als die deutschen Genossen sich diesem ungebührlichen Verlangen widersetzten, wurden sie als Chauvinisten und stille Kompagnons der deutschen Gemeindeclique beschimpft.

Die Einführung des nationalen Katasters in Mähren hat die Entfremdung zwischen deutschen und tschechischen Genossen gesteigert. Das deutsche Bürgertum hat den nationalen Kataster mit Erfolg als Mittel zur politischen Vergewaltigung der deutschen Arbeiterschaft benützt. Die autonomistischen Führer sind aber dem Kampfe mit dem tschechischen Bürgertum ausgewichen. Sie zeigten immer mehr das Bestreben, eine Annäherung mit den bürgerlichen Klassen ihrer Nation zu suchen. Den Vorwand für diese Kampfgemeinschaft bildeten die kulturellen Interessen der tschechischen Nation. In der Frage der tschechischen Universität in Brünn und der sogenannten lex Perek, die den Eltern jedes Verfügungsrecht in Bezug auf die Wahl der Schule für ihre Kinder raubt, haben die autonomistischen Führer die extremste Haltung unter allen tschechischen Parteien angenommen.

Für die nationalistische Richtung der Autonomisten zeugt die Tatsache, daß der Abgeordnete Vaněk ein Blatt verlegte, in welchem das Prinzip des „Svůj k svému" propagiert wird, und als diese Tatsache in den Kreisen der Arbeiterschaft unliebsam vermerkt wurde, ließ er das Blatt in das Eigentum seiner Frau übergehen.

Viele tschechische Genossen haben gegen diese Vorgangsweise vergebens Einspruch erhoben. Sie wurden als nicht national verläßlich aus ihren Stellungen verdrängt und durch Leute ersetzt, die mit der Partei bisher auch nicht im losesten Zusammenhang gestanden haben. Diese Leute, die weder praktisch noch theoretisch in das Wesen des Sozialismus eingedrungen sind, wurden nun als Agitatoren und Organisatoren verwendet. Die wirtschaftlichen Forderungen der Partei wurden in den Hintergrund, die bürgerlich-nationalen Forderungen hingegen in den Vordergund gestellt.

Diese Taktik wurde nicht nur in politischen, sondern auch in gewerkschaftlichen Versammlungen beobachtet, viel zu spät wurde seitens der Gewerkschaftskommission eingegriffen. Die über ihre Anregung am 1. Jänner 1910 stattgehabte Konferenz hat in Anwesenheit des Abgeordneten Němec den Beschluß gefaßt, daß die autonomistischen gewerkschaftlichen Organisationen ihre Tätigkeit auf Böhmen beschränken sollen. Trotzdem wurde gerade nach dieser Konferenz seitens der Autonomisten in Mähren mit Hochdruck gearbeitet. Die Autonomisten griffen auf allen Fronten an. So wurde auch in einer Generalversammlung des Konsumvereines „Solidarität", in dessen Verwaltung die tschechischen Genossen durch zwei Drittel vertreten sind, der Versuch unternommen, die Verwaltung den Autonomisten in die Hände zu spielen. Als dieser Versuch mißglückte, wurde die Verwaltung des Konsumvereines in der niederträchtigsten Weise verleumdet und man gründete ganz einfach einen separatistischen Konsumverein. Die politischen Organisationen, die der zentralen gewerkschaftlichen Organisation treu

blieben, wurden aufgelöst. Bei den Wahlen in die Bezirkskrankenkasse wurden den Kandidaten der Partei von den Separatisten in Gemeinschaft mit tschechisch-bürgerlichen Parteien Gegenkandidaten aufgestellt. Die Verwaltung der Kasse wurde in der „Rovnost" und in Flugblättern in der infamsten Weise verleumdet. Gegen eine Vertrauensmännerversammlung der Zentralisten hat der Abgeordnete Vaněk Polizei herbeigerufen. Schließlich kam es zur Gründung der tschechischen sozialdemokratischen Partei.

Wir haben diese Tatsache nur kurz registriert, um der Parteiöffentlichkeit zu beweisen, daß die heutigen Zustände seit Jahren vorbereitet wurden. Die deutschen mährischen Genossen haben nichts getan, was die Autonomisten zu der Behauptung berechtigen könnte, daß sie die Spaltung der tschechoslawischen sozialdemokratischen Partei irgendwie gefördert hätten. Wir haben es mit Schmerz mit angesehen, als der Kampf um die Form der gewerkschaftlichen Organisation entbrannt ist, durch welchen auch die Schlagfertigkeit und das Prestige der Partei furchtbaren Schaden gelitten hat.

Die Stagnation der politischen Partei in Mähren ist hauptsächlich der separatistischen Agitation zuzuschreiben. Eine Besserung der Verhältnisse kann nicht dadurch herbeigeführt werden, daß man den Separatismus gewähren läßt, sondern nur dadurch, daß man den Separatismus als eine Bewegung bekämpft, die geeignet ist, die Arbeiterklasse in ihren wirtschaftlichen Kämpfen ebenso schwer zu schädigen wie jede andere Sonderorganisation. Der Separatismus dient nicht der Arbeiterschaft, er stellt die Arbeiter im Interesse der bürgerlichen Parteien in den Dienst der nationalen Agitation. Die Konferenz hält auch jeden Vorschlag, der dahin abzielt, eine neue Form des Separatismus zu erfinden, als einen verhängnisvollen Fehler, der geeignet ist, noch mehr Verwirrung unter der Arbeiterschaft anzurichten. Der territoriale und nationale Separatismus sind gleich schädlich. Der territoriale Separatismus hätte unvermeidlich zur Folge, daß der gegenwärtige Kampf in die einzelnen Territorien verlegt werden möchte. Der Frieden in den Gewerkschaften ist leider gegenwärtig um keinen Preis zu erkämpfen. Die Einigkeit der Arbeiterschaft wird nur durch wirtschaftliche Kämpfe herbeigeführt werden können. So sehr wir wünschen würden, daß gegen das sich immer enger zusammenschließende Kapital eine Einigung herbeigeführt werden möge, sind wir andererseits davon überzeugt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt hierfür am allerwenigsten geeignet ist.

Unsere Gewerkschaften dürfen sich nicht darauf beschränken, mit einer kräftigen Agitation unter den deutschen Arbeitern einzusetzen, ihre Agitations- und Organisationsarbeit muß sich auf alle Arbeiter eines Berufes erstrecken.

Wir verlangen vom Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei in Innsbruck, daß *die tschechische sozialdemokratische Partei als einzige berufene Vertreterin der international denkenden Arbeiterschaft anerkannt werde.* Mit den Autonomisten in Mähren ist aus prinzipiellen und persönlichen Gründen jedes Zusammenarbeiten ausgeschlossen. Zur endgültigen Beschlußfassung in der schwebenden Angelegenheit wolle ungesäumt der Gesamtparteitag einberufen werden.

VIII. Konstituierung der Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Zuschrift der deutschen Parteivertretung an die Einberufer des konstituierenden Parteitages.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat die Einladung zu der Brünner Tagung mit einer an den Einberufer Genossen Merta gerichteten Zuschrift folgenden Inhalts beantwortet:

Ihrer Einladung vom 22. April d. J. bedauert die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich nicht entsprechen zu können. So sehr wir mit Ihrer Haltung in der Frage der Gewerkschaftsorganisation solidarisch waren und sind, so wenig können wir eine Spaltung der tschechoslawischen Partei billigen und sind darum außerstande, an dem organisatorischen Vollzug derselben in irgendeiner Weise teilzunehmen. Wir beklagen auf das tiefste den Streit unter den tschechischen Genossen, der nicht nur die tschechischen Arbeiter, sondern im gleichen Maße das Proletariat aller anderen Nationen schädigt. Wir sind jedoch nach wie vor der Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie weder das Recht noch die Möglichkeit hat, sich in diesen Streit in irgendeiner Weise einzumischen. Aus diesen Gründen sind wir leider nicht in der Lage, zu Ihrer Versammlung einen Delegierten der Parteivertretung zu entsenden.

Prinzipienerklärung
der neukonstituierten tschechischen Sozialdemokratie.

1. Wir fühlen uns als ein Glied der Internationale der Welt und der österreichischen Internationale, in deren Kongressen wir unsere höchste Instanz sehen.

2. Wir betrachten als unsere vornehmste Pflicht, das Proletariat nach den Bedürfnissen des Klassenkampfes und in den Grundsätzen der internationalen Solidarität zu erziehen.

3. Nur die internationalen Gewerkschaftsorganisationen, deren Mitgliedschaft wir unseren Parteiangehörigen als Pflicht auferlegen, können als ein Ausdruck des lebendigen Internationalismus und als wirksames Instrument des wirtschaftlichen Kampfes angesehen werden.

4. Die nationale Frage im heutigen Staate ist in erster Reihe eine Verwaltungsfrage, an deren Lösung vor allem die besitzenden Klassen interessiert sind.

5. In der Frage, die jetzt im Vordergrund steht, der Frage der Minoritätsschulen, ist unter den gegebenen Umständen nach dem Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament vorzugehen, das heißt durch Subventionierung privater Minoritätsschulen aus einem besonderen vom Staate dotierten Fonds.

IX. Die nationalen Streitfragen.

Gelegentlich der im Jänner 1908 von der Regierung unternommenen tschechisch-deutschen „Verständigungskonferenzen" kam es zu wichtigen Erklärungen sowohl der tschechischen als der deutschen Sozialdemokratie Böhmens.

Erklärung der tschechoslawischen Parteiexekutive.

Resolution vom 12. Jänner 1908.

Wir haben den wärmsten Wunsch, daß es zwischen beiden Nationen zu einer Einigung und zu einer friedlichen Regelung der nationalen Verhältnisse komme, denn die beständigen nationalen Streitigkeiten stören und vereiteln jede nützliche Arbeit in dringenden kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen, wodurch beide Nationen geschädigt werden, am meisten allerdings das arbeitende Volk beider Nationen.

Die Parteileitung und der Klub der Abgeordneten blicken aber mit Mißtrauen auf die Vorbereitungen zu diesem Ausgleich, da sich auf keiner Seite, auch nicht bei der Regierung, der gute Wille zeigt, die hauptsächlichen Ursachen der Kämpfe und die hauptsächlichen Hindernisse des Ausgleichs zwischen den beiden Nationen zu beseitigen.

Vor allem verurteilen wir entschieden, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien der Reform des Landtagswahlrechtes auf Grund-

lage der vollständigen bürgerlichen Gleichberechtigung ausweichen und auch weiterhin die unmodernen und unwürdigen Wahlkurien und Privilegien erhalten wollen. Solange nicht das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Landtage und Gemeinden eingeführt wird, damit der wirkliche Wille der beiden Nationen zur Geltung kommen könne, werden nach den bisherigen Erfahrungen alle Ausgleichsversuche ohne Erfolg bleiben und die Sozialdemokratie wird auf sie blicken als auf Aktionen, die ausschließlich von den besitzenden Klassen gemacht werden und mit denen die Mehrheit des Volkes nichts gemein hat.

Die tschechisch-deutsche Frage kann übrigens nicht allein in Böhmen oder Mähren oder in den sogenannten Sudetenländern gelöst werden, wie es die Regierung im Sinne hat, sondern sie muß auf einmal in ihrem ganzen Umfang gelöst werden für das ganze tschechische Volk im ganzen Staate, auch in Nieder- und Oberösterreich, wie auch in der staatlichen Zentralverwaltung.

Jeder gerechten Lösung der Frage müßte — neben der Demokratisierung der Landes- und Gemeindewahlordnungen — eine geheime Zählung der Bevölkerung nach der Nation (nicht nach der Umgangssprache) vorausgehen, deren Richtigkeit durch ein strenges Gesetz geschützt werden müßte; eine weitere Bedingung ist ein Gesetz, das den nationalen Schutz der Minoritäten ohne Rücksicht auf nationale Kreise und Landesgrenzen vollauf gewährleistet, und eine Reform in der Justiz über die nationalen Streitigkeiten, so daß zum Beispiel in den obersten Berufungsinstanzen über die nationalen und sprachlichen Streitigkeiten nicht national voreingenommene Bureaukraten, sondern nationale Geschworne entscheiden, die aus Vertretern aller österreichischen Nationen bestehen. Wir betrachten die Lösung der tschechisch-deutschen Frage als Gegenstand eines kollektiven Vertrages einerseits zwischen der tschechischen und der deutschen Nation, anderseits zwischen beiden Nationen und dem Staat.

Solange aber durch einen solchen Vertrag die bisherigen gesetzlichen Verhältnisse nicht geändert werden, wird die Sozialdemokratie auf der Einheit und Unteilbarkeit der Landesverwaltung und auf der Zweisprachigkeit (oder Dreisprachigkeit) aller Landes- und Staatsbehörden in Böhmen, Mähren und Schlesien bestehen. Aus diesen Gründen sind wir in dem Sprachenstreit, den das Egerer Bezirksgericht mit der Abweisung tschechischer Eingaben hervorgerufen hat, gegen das Verhalten jener deutschen Gerichte, welche die im Lande geltenden Gesetze und Vorschriften ignorieren und verletzen. Die sozialdemokratische Partei wird sich jeder bureaukratischen Willkür widersetzen, denn sie darf nicht zulassen, daß in den Rechtsverhältnissen des Landes Unsicherheit und Verwirrung herrschen, die leicht von den sprachlichen Angelegenheiten auf soziale übertragen werden und auch die anderen staatsbürgerlichen Rechte des arbeitenden Volkes beider Nationen in Gefahr bringen könnten.

Resolution der Sozialdemokratie Deutschböhmens.

Am 30. Jänner 1908 hielt die Landesparteivertretung unserer deutschböhmischen Genossen gemeinsam mit den in Deutschböhmen gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten in Prag eine Sitzung ab, die sich mit der Frage der bevorstehenden Landtagswahlagitation befaßte. Hierbei wurde auch die Stellung der deutschböhmischen Sozialdemokratie zur Frage des nationalen Ausgleichs eingehend erörtert. In der Diskussion hierüber kam übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie nur sein kann, auch in dieser Frage das Interesse der Arbeiterklasse zu vertreten, das freilich in diesem Punkt wie in so vielen anderen kulturellen Fragen zusammenfällt mit dem Gesamtinteresse der Nation, daß aber jeder Versuch abgewiesen werden müsse, das Proletariat vor nationale Forderungen zu

spannen, die im Wesen Forderungen im einseitigen Interesse der Bourgeoisie oder Teilen von solchen sind. Es wurde hierauf einstimmig folgende

Resolution

beschlossen:

Da die nationalen Kämpfe jeden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Fortschritt der Arbeiterklasse erschweren, da sie den bürgerlichen Parteien Gelegenheit geben, ihre Klassenkämpfe und Konkurrenzkämpfe in das Gewand nationaler Kämpfe zu hüllen, um dadurch die breiten Massen des Volkes in den Dienst der Klasseninteressen der Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes zu stellen, ist die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Böhmen jederzeit bereit, an dem Werke der nationalen Verständigung mitzuarbeiten und ihre ganze Kraft für sein Gelingen einzusetzen.

Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei sieht die Lösung des nationalen Problems nur in der Durchführung der nationalen Autonomie, die allein allen Völkern Einheit und Selbstbestimmung sichern kann.

Die nationale Autonomie ist aber unmöglich, so lange die Landtage und Gemeindevertretungen von den Großgrundbesitzern und privilegierten kapitalistischen Cliquen beherrscht werden. Sie kann nur begründet werden, wenn die innere Verwaltung der volksfremden Bureaukratie abgenommen und den auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählten Selbstverwaltungskörpern in der Gemeinde, dem Bezirk und dem Kreise übertragen wird.

Wir fordern daher für das deutsche wie für das tschechische Volk in Böhmen volle Selbstregierung und volle Selbstverwaltung; wir lehnen den Grundsatz der Einheit und Unteilbarkeit der Landesverwaltung ab — die lebendigen Völker, nicht historische Grenzen haben die Regelung zu bestimmen. Für die deutsche Sozialdemokratie Böhmens gibt es kein „Kronland" und kein „Staats"-recht, sondern das lebendige Recht der beiden Nationen auf Selbstbestimmung.

Als beste Maßregel zur Vorbereitung der völligen nationalen Autonomie fordern wir:

1. die Beseitigung aller Wahlrechtsprivilegien, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Landtag, die Bezirks- und Gemeindevertretungen;

2. die Einteilung Böhmens in national abgegrenzte Kreise, die von einem auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählten Kreisrat zu verwalten sind.

Nicht um die bloße Regelung der Sprache der Aemter handelt es sich bei dem nationalen Ausgleich, sondern um das Recht jeder Nation auf unmittelbaren Einfluß auf die Besetzung aller Aemter. Jede Nation hat das Recht, sich durch Beamte der eigenen Nation verwalten zu lassen, von Richtern der eigenen Nation gerichtet zu werden. Wir fordern daher: deutsche Beamte für die Deutschen, tschechische Beamte für die Tschechen!

Die Doppelsprachigkeit der Beamten halten wir zum Teil für überflüssig, weil sie über das notwendige Bedürfnis bei kleinen Minderheiten hinausgeht, zum Teil aber für bedenklich, denn sie hat in der Geschichte Oesterreichs oft dazu gedient, das Tschechische durch deutsche Beamte niederzuhalten, falls sie nur Tschechisch sprachen, und umgekehrt. Die allgemeine Doppelsprachigkeit ist also kein Mittel nationaler Freiheit und Selbstherrlichkeit, sondern nationaler Bevormundung und Reizung.

Aus diesen Erwägungen fordern wir die deutsche innere Dienstsprache für alle Aemter der Deutschen Böhmens, die tschechische innere Dienstsprache für alle Aemter der Tschechen Böhmens.

Eine solche Regelung widerspricht keineswegs dem Anspruch der nationalen Minderheiten auf den Schutz ihrer Rechte. Bei jedem Amte, dem nationale Minderheiten unterstellt sind, muß nach Maßgabe der Größe der Minderheiten dafür Vorsorge getroffen werden, daß die Zugehörigen der nationalen Minderheit vor den Beamten und Richtern in ihrer Muttersprache ihre Rechte suchen können. Dieses Recht fordern wir für die deutschen Minderheiten im tschechischen Gebiete; es kommt aber auch den tschechischen Minderheiten in Deutschböhmen zu.

Diese Leitsätze wird die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschböhmens, ohne hiedurch den Beschlüssen des internationalen Parteitages vorzugreifen, der sich mit der Frage des nationalen Ausgleichs beschäftigen wird, gegenüber den bürgerlichen Parteien beider Nationalitäten in Böhmen in deren Kampfe um die nationale Herrschaft mit allem Nachdruck vertreten.

X. Die Fragen der Minoritätsschulen.

Die deutschen Sozialdemokraten und die Minoritätsschulen.

Die Erklärung, die in der Donnerstagsitzung (2. November 1909) des Abgeordnetenhauses Abgeordneter Genosse Schäfer namens des Deutschen sozialdemokratischen Klubs abgegeben hat, hat folgenden Wortlaut:

Der Deutsche sozialdemokratische Klub betrachtet die Frage der nationalen Minderheitsschulen als ein Problem, an dessen Lösung die deutsche Nation in Oesterreich das größte Interesse hat.

Keine Nation hat so viele und so große Minderheiten wie die deutsche. In den tschechischen Gemeinden Böhmens leben 95.548 Deutsche, in den tschechischen Gerichtsbezirken Mährens 176.098 Deutsche, in den tschechischen Gerichtsbezirken Schlesiens 52.022 Deutsche, im slowenischen Gebiet in Steiermark 25.095 Deutsche. Außerdem leben Hunderttausende deutscher Volksgenossen im italienischen und südslawischen Gebiet in den südlichen und im polnischen, ruthenischen und rumänischen Gebiet in den östlichen Kronländern. Ein sehr großer Teil der deutschen Minderheiten besteht aus Beamten, Handels- und Industrieangestellten, Eisenbahnern und qualifizierten Arbeitern. Im Interesse dieser Minderheiten fordert der Deutsche sozialdemokratische Klub die gesetzliche Regelung der Frage der nationalen Minderheitsschulen für das ganze Reich.

Aber auch an der Regelung der Frage der Minderheitsschulen für die nichtdeutschen Nationen hat die deutsche Arbeiterklasse das größte Interesse. Die Einwanderung von Proletariern aus den slawischen Agrargebieten in die deutschen Städte und Industrieorte ist eine Folgeerscheinung der kapitalistischen Entwicklung. Die deutsche Kapitalistenklasse hat sehr oft die aus kulturell rückständigen Gebieten herangezogenen slawischen Arbeiter als Lohndrücker und Streikbrecher mißbraucht. Die deutsche Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, auch die nichtdeutschen Arbeiter in die große Armee des internationalen Proletariats einzureihen und Schulter an Schulter mit ihnen den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung zu führen. Dieses Ziel zu erreichen erschweren uns die erbitterten Kämpfe um Minderheitsschulen, die von den Gegnern der Arbeiterklasse dazu mißbraucht werden, das Proletariat zu spalten und es von dem Kampfe um seine wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Ziele abzulenken. Diesen der Arbeiterklasse schädlichen Kämpfen kann nur die Lösung dieser Frage durch das Gesetz ein Ende setzen.

Der Deutsche sozialdemokratische Klub erhebt gegen das deutsche Bürgertum die Anklage, daß es unterlassen hat, diese Frage zu lösen, als es noch die Herrschaft in diesem Staate besaß. Infolge dieser schweren Unterlassungssünde der nationalen Bourgeoisie muß sich die Sozialdemokratie auch in diesem Falle wie in vielen anderen mit einer Frage beschäftigen, deren Lösung die geschichtliche Aufgabe der Bourgeoisie gewesen wäre.

Der Deutsche sozialdemokratische Klub lehnt es ab, die Lösung dieser Frage den Landtagen zu überlassen, welche Instrumente der sozialen wie der nationalen Fremdherrschaft sind. Die Landtage sind gerade in denjenigen Ländern, in denen die meisten und größten deutschen Minderheiten leben, in der Hand des nationalen Gegners, in allen Ländern aber in der Hand des sozialen Gegners des deutschen Proletariats.

Der Deutsche sozialdemokratische Klub lehnt es aber auch ab, die Lösung dieser Frage dem Diktat der volksfremden Bureaukratie zu überlassen, die aus den nationalen Kämpfen, deren Gegenstand die Minderheitsschulen sind, den Mut schöpft, das Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu erniedrigen und zur Seite zu schieben.

Der Deutsche sozialdemokratische Klub fordert daher die Lösung dieser Frage durch ein Reichsgesetz und für das ganze Reich — durch ein Gesetz, dessen Grundlage zwischen den Nationen vereinbart werde und das ein wichtiger Bestandteil des großen nationalen Friedenswerkes sein muß. Wir halten eine isolierte Lösung dieser Frage für unmöglich — ihre Regelung wird und muß ein integrierender Bestandteil einer grundsätzlichen Neuordnung des Zusammenlebens der Völker sein. Wir halten es für aussichtslos, aus dem Komplex dieser Fragen einzelne herauszulösen — alle Sonderfragen können ihre Lösung nur auf Grund allgemeiner Rechtsgrundsätze finden; nur auf diese Weise ist eine einvernehmliche Lösung möglich; nur auf diese Weise ist es denkbar, daß jede Nation für die Zugeständnisse, die sie den Minderheiten der anderen Völker gewährt, das gesicherte Recht der eigenen Minderheiten eintauscht. Diese Aufgabe zu lösen, ist nur das Parlament des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes berufen. Es muß sie lösen, wenn es nicht, immer wieder durch den nationalen Streit geschwächt und bedroht, zum Opfer der herrschsüchtigen Bureaukratie werden will.

Wir halten es für notwendig, daß diese Frage endlich einer geordneten, nüchternen und sachlichen Erörterung in einem Ausschuß des Hauses zugeführt werde, damit das Parlament, auf das die Völker Oesterreichs so große Hoffnungen gesetzt haben, endlich Zeit finde, die große, von allen Nationen ersehnte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Reformarbeit zu beginnen.

Obwohl wir überzeugt sind, daß die endgültige Regelung der Frage der Minderheitsschulen nur im Rahmen eines großen nationalen Ausgleichs möglich ist, halten wir es nicht für ratsam, auch diese Angelegenheit dem jüngst eingesetzten Nationalitätenausschuß zuzuweisen. Die Frage der Minderheitsschulen kann nur gelöst werden, wenn sie sachlich, also als pädagogische Frage, als Schulfrage behandelt wird. Darum wünschen wir die Zuweisung dieser Angelegenheit an den Unterrichtsausschuß und halten weder die Zuweisung an den Nationalitätenausschuß noch die Wahl eines besonderen Ausschusses für diesen Zweck als zweckmäßig.

Aus diesem Grunde wird der Deutsche sozialdemokratische Klub gegen die Anträge der Abgeordneten Dürich und Kalina, aber für die sofortige Verhandlung des Antrages Tomaschek und für diesen Antrag selbst stimmen.

Wir behalten uns vor, im Ausschuß weitere konkrete Anträge zur Regelung dieser Frage zu stellen, und erklären uns bereit, an der Verständigung der Nationen über die Lösung dieser Frage mit dem Einsatz unserer Erfahrung, unseres Wissens und unserer Kraft mitzuwirken.

Die Abstimmung über die Resolution Staneк.

Erklärung des Klubs der deutschen Sozialdemokraten über die Abstimmung im Ausschuß.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten hatte sich am 9. Juni mit den Angriffen beschäftigt, die gegen ihn von der tschechischen sozialdemokratischen Presse erhoben worden sind, weil seine Vertreter im Budgetausschuß gegen den Antrag des Abgeordneten Stanek, die Regierung möge dem Komensky-Verein zur Erhaltung der tschechischen Privatschulen in Wien Staatssubventionen gewähren, gestimmt haben.

Der Klub beschloß, seine Stellung zu diesem Antrag in folgender Erklärung zu begründen:

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten erkennt das Recht jeder Nation an, ihre Kinder in ihrer Sprache zu erziehen. Wir waren stets bereit und werden stets bereit sein, dieses Recht, das wir für die deutschen Minderheiten in nichtdeutschen Sprachengebieten in Anspruch nehmen, auch den nichtdeutschen Minderheiten im deutschen Sprachengebiet zuzugestehen. Wir sind bereit, alle zweckdienlichen Mittel zur Sicherung dieses Rechtes anzuwenden, zumal da diese Minderheiten überwiegend aus Arbeitern bestehen.

Als ein zweckdienliches Mittel können wir jedoch die Resolution des Abgeordneten Stanek nicht ansehen.

Jedermann, der die politische Entwicklung Oesterreichs seit den Badenischen Sprachenverordnungen kennt, weiß, daß wichtige Aenderungen des nationalen Rechtes nicht mehr einseitig durch einen Akt der Regierung oder einen Beschluß der Parlamentsmehrheit herbeigeführt werden können. Jeder Sachkundige weiß, daß Resolutionsanträge über nationale Angelegenheiten bei den heutigen Machtverhältnissen keine Aenderungen des nationalen Rechtes zu bewirken vermögen. Solche Resolutionen sind wertlos. Sie ändern an dem nationalen Besitzstand nichts, mögen sie nun angenommen oder abgelehnt werden. Solche Resolutionen sind aber auch gefährlich: sie verschärfen im Parlament und in den Wählermassen den nationalen Streit, der das größte Hemmnis der sozialen und wirtschaftlichen Reformarbeit ist. Weil wir überzeugt sind, daß durch solche Resolutionen keiner Nation ein Recht erworben werden kann, allen Nationen aber durch solche fruchtlose Kämpfe der politische und soziale Fortschritt gefährdet wird, haben wir gegen den Resolutionsantrag Stanek gestimmt.

Eine wirkliche Aenderung der nationalen Verhältnisse kann nicht auf diesem nicht mehr gangbaren Wege, kann nur durch einen nationalen Ausgleich, durch eine Verständigung der Nationen über die gesetzliche Regelung der nationalen Probleme herbeigeführt werden. Nur im Rahmen eines solchen Ausgleichs können die Rechte der nationalen Minderheiten gesichert werden: jede Nation wird den fremden Minderheiten ihr Recht gewähren, wenn sie dafür die Sicherung der Rechte der eigenen Minderheiten eintauschen kann. Indem die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten ihre ganze Kraft daransetzen, die Vorbedingungen für ein solches nationales Verständigungswerk zu schaffen, arbeiten sie in der einzig wirksamen, einzig erfolgversprechenden Weise daran, den nationalen Minderheiten aller Nationen ihr Recht zu schaffen.

Diese Auffassung der nationalen Probleme ist vom Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, dem die Vertreter der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und ruthenischen Arbeiter angehören, stets festgehalten worden. Im Jänner 1909 haben im Auftrag des Verbandes die Abgeordneten Seliger und Soukup einen Antrag eingebracht, der die Einsetzung eines Nationalitätenausschusses zur Vorberatung der gesetzlichen Regelung der nationalen Probleme forderte. Dieser Antrag wurde ausdrücklich damit begründet, „daß alle Anträge, die nur eine Einzelfrage aus dem Komplex des nationalen Pro-

blems herauslösen, unfruchtbar bleiben müssen und das Parlament nur seinen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben entziehen". Im November 1909 haben die Abgeordneten Tomaschek und Seitz einen Antrag eingebracht, in dem die Schaffung von Gesetzen über die Errichtung, die Organisation, den Lehrplan der Minderheitsschulen und über die Deckung des Aufwandes für diese Schulen gefordert wurde. Dieser Haltung des internationalen Verbandes ist der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten treu geblieben, indem er sich bemüht, eine einvernehmliche Lösung des Minoritätenproblems auf dem Wege des Gesetzes zu fördern, dagegen alle einseitigen Resolutionsanträge, die nur der chauvinistischen Hetze auf beiden Seiten dienen, ablehnt.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten benützt diese Gelegenheit, um wiederholt zu erklären, daß er alle Gewalttaten gegen die nationalen Minderheiten verurteilt. Ebenso entschieden, wie wir die Gewalttaten gegen die deutschen Minderheiten in Prag und Laibach verurteilt haben, verurteilen wir auch die deutschnationalen Kundgebungen gegen die tschechischen Minderheiten in Wien und anderen deutschen Städten und Industriegebieten. Wir verurteilen besonders den brutalen Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Unternehmer, der Hausbesitzer und der Gemeinden, durch die der Arbeiterschaft ihre staatsbürgerlichen Rechte geschmälert werden sollen. Wir fordern die deutsche Arbeiterschaft auf, ihre tschechischen Klassengenossen im Kampfe gegen solche kapitalistischen Gewalttaten in brüderlicher Solidarität zu unterstützen und jedem Versuch, den nationalen Haß in die Arbeiterschaft zu tragen, tatkräftig entgegenzutreten.

Der Antrag des Verbandes.

Der Sozialdemokratische Verband hat beschlossen, dem Hause folgende Resolution vorzulegen, die im Auftrag des Verbandes von Adler eingebracht und begründet wurde.

Resolution Adler:

Die Regierung wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das folgende Grundsätze durchzuführen hat:

I. Bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Errichtung, der Organisation und des Lehrplanes der nationalen Minderheitsschulen, der Aufsicht über diese Schulen und der Deckung ihres Aufwandes gewährt der Staat in jedem Jahre einen Betrag von drei Millionen Kronen für folgende Zwecke:

1. für die Unterstützung der Gemeinden, die durch die gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung und Erhaltung der Minderheitsschulen belastet werden;

2. für die Unterstützung der Vereine, die nach ihrem Statut die Aufgabe haben, Minderheitsschulen ausschließlich für die Angehörigen ihrer Nation zu errichten.

Dieser Betrag ist in den Voranschlag des Ministeriums für Kultus und Unterricht einzustellen.

II. Dieser Betrag wird auf die acht Nationen des Reiches im Verhältnis ihrer Volkszahl verteilt. Dieses Verhältnis wird von der Statistischen Zentralkommission, und zwar nach jeder Volkszählung von neuem festgestellt und vom Minister für Kultus und Unterricht verlautbart.

III. Die Vertreter jeder Nation im Abgeordnetenhaus entscheiden über die Verwendung der Quote dieses Betrages, die ihrer Nation zugefallen ist. Die nationalen Abteilungen des Abgeordnetenhauses, die zu diesem Zwecke gebildet werden, haben

ihren Beschluß vor dem Beginn des Budgetjahres zu fassen und dem Minister für Kultus und Unterricht mitzuteilen. Der Minister hat die Beschlüsse dieser Abteilungen zu vollziehen, sofern sie den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechen. Bleibt ein Teil der der Nation zugewiesenen Quote unverwendet, so kann die nationale Abteilung im folgenden Jahre seine Verwendung nach den Bestimmungen dieses Gesetzes anordnen.

IV. Zur Durchführung dieses Gesetzes wird das Abgeordnetenhaus in acht nationale Abteilungen geteilt, und zwar: eine deutsche, eine tschechische, eine polnische, eine ruthenische, eine slowenische, eine italienische eine serbokroatische und eine rumänische Abteilung. Jeder Abgeordnete ist vom Präsidenten des Hauses in die Abteilung seiner Nation einzureihen. Besteht ein Zweifel über die Nationalität eines Abgeordneten oder gehört er keiner dieser acht Nationen an, dann ist er in die Abteilung derjenigen Nation einzureihen, der die Mehrheit der Bewohner seines Wahlbezirkes angehört. Die Zweitgewählten (§ 34 der Reichsratswahlordnung) der national gemischten Wahlbezirke Galiziens, die zwei Abgeordnete zu wählen haben, sind in diesen Fällen in die Abteilung derjenigen Nation einzureihen, der die Minderheit der Bewohner ihres Wahlbezirkes angehört.

Die Abteilungen setzen in jeder Wahlperiode durch Mehrheitsbeschluß ihre Geschäftsordnung fest.

Erklärung des Klubs der tschechischen Sozialdemokraten nach der Abstimmung im Plenum.

Der Klub der tschechischen Sozialdemokraten hat in seiner heutigen Klubsitzung über die gestrige Abstimmung des Sozialdemokratischen Verbandes verhandelt. In einer eingehenden Debatte wurde mit Bedauern darauf verwiesen, daß es zu einer entgegengesetzten Abstimmung der tschechischen und der deutschen Sozialdemokraten bei Resolutionen kam, welche selbstverständlich nationalkulturelle und dem vom Programm der Sozialdemokratie verkündeten Prinzip des gleichen Rechtes der Nationen entsprechend sprachliche Forderungen enthielten.

Vor allem wurde der Vorwurf erhoben, daß die Genossen der anderen nationalen Klubs gegen die sprachliche Gleichberechtigung auf den Bahnen in Böhmen, ferner gegen die Unterstützung der tschechischen Minderheitsschulen durch den Staat gestimmt haben, obzwar in den betreffenden Resolutionen nur verlangt wurde, daß ihnen mit demselben Maße gemessen werde wie den deutschen Minderheitsschulen in Südtirol und im Küstenland.

Erstaunen hat es auch hervorgerufen, daß die italienischen und die polnischen Genossen teils durch Absentierung, teils durch Dagegenstimmen zu deren Ablehnung und so zum Triumph des deutschnationalen Chauvinismus verhalfen.

Das Verhalten der polnischen Genossen, die direkt gegen die nationale Gleichberechtigung auf den Bahnen in Böhmen stimmten, ist um so auffallender, als die polnischen Bürgerlichen sich in diesem Falle national gerechter verhielten.

Ebenso überraschte auch die Stellung der italienischen Genossen, die so wenig Verständnis für die Bedrückung der tschechischen Minoritäten und des tschechischen Schulwesens zeigten, gerade in einer Zeit, wo sie selbst für die Beseitigung des an ihnen begangenen kulturellen Unrechtes kämpfen.

Der Klub spricht mit Rücksicht auf diese Erscheinungen sein Bedauern darüber aus, daß auf solche Weise sogar an den Grundlagen der internationalen Solidarität gerüttelt wird.

In seiner weiteren Debatte beriet der Klub über die parlamentarische Situation, wobei mehrere Anträge angenommen wurden. Bezüglich der italienischen Fakultät wurde die Entscheidung auf eine der kommenden Sitzungen vertagt.

Erklärung des Polnischen sozialdemokratischen Klubs.

Der Polnische sozialdemokratische Klub hielt am 1. d. M. eine Sitzung ab, in der er unter anderem gegenüber den Vorwürfen der tschechischen Genossen Stellung nahm. Der Polnische sozialdemokratische Klub konnte sich über die Vorwürfe der tschechischen Genossen nur aus der Parteipresse informieren. Er beschloß einstimmig, auf diese Vorwürfe folgendes zu antworten:

Die polnischen Sozialdemokraten nehmen den Standpunkt der internationalen Solidarität der Nationen in Oesterreich ein. Sie erkennen in der Frage der Errichtung und Erhaltung der Minoritätsschulen die gemeinsame Resolution des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten als einzige Grundlage für alle sozialdemokratischen Klubs an als einzig mögliche Stellungnahme gegenüber den demagogischen Anträgen der bürgerlichen Nationalisten aller Schattierungen.

Wir hätten daher gegen die Resolution des Abgeordneten Stanek stimmen können. Da aber diese Resolution, die eine Dotierung für die tschechischen Schulen in Wien betrifft, zu Meinungsverschiedenheiten zwischen deutschen und tschechischen Genossen Anlaß gegeben hatte, wollten wir mit unseren Stimmen keine Entscheidung herbeiführen und enthielten uns der Abstimmung.

Nachher haben wir solidarisch mit dem gesamten Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten für alle Resolutionen, die nationale Gleichberechtigung forderten, und gegen einseitige Resolutionen der tschechischen Nationalisten gestimmt.

Wie sich dabei die polnischen bürgerlichen Parteien verhalten haben, ist uns völlig gleichgültig; wir wollen uns keineswegs an die nationalistische Politik unserer Bourgeoisie anpassen.

Die Vorwürfe der tschechischen Genossen sind daher grundlos und tatsächlich unberechtigt. In formeller Hinsicht sind sie aber die Außerachtlassung der Autonomie, die jedem sozialdemokratischen Klub in nationalen Angelegenheiten zusteht.

Wir heben dieses formelle Bedenken auch aus dem Grunde hervor, weil wir sehr oft mit der Taktik der tschechischen Genossen unzufrieden waren, ohne aber dieser Unzufriedenheit einen offiziellen Ausdruck zu geben, da wir eher alles fördern wollen, was uns näher bringt, und nicht, was uns entzweit und trennt.

Wien, 1. Juli 1910.

A. Moraczewski, Schriftführer. I. Daszynski, Obmann.

XI. Konstituierung des Klubs der deutschen Sozialdemokraten.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat in ihrer Sitzung vom 27. Juni 1911 nachfolgenden Beschluß gefaßt:

Die Parteivertretung empfiehlt ihren Abgeordneten, sich im künftigen Parlament als Klub der deutschen Sozialdemokraten zu konstituieren.

So dringend das österreichische Proletariat einer möglichst einheitlichen Vertretung und Aktion bedarf, so sicher ist es, daß im bisherigen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten diese Aufgabe nicht voll erfüllt werden konnte. Es scheint darum derzeit geboten, den Vorstand des Klubs zu beauftragen, mit den sozialdemokratischen Klubs anderer Nationen in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen möglichst enge Fühlung und Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten.

XII. Gesamtorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

Beschlossen am VI. Parteitag zu Wien 1897 (geändert am Gesamtparteitag zu Brünn 1899).

I. Gesamtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesamtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte und, wo organisierte Frauen sind, auch eine Frau als Delegierte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegierte zu schicken. Allen politischen sowie Fachblättern ist durch je einen Delegierten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesamtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesamtparteitag vorbehalten. Im übrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesamtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesamtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesamtparteitages erfolgt durch die Gesamtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Tätigkeit der Gesamtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesamtparteitag zu erstattenden Berichte die Tätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesamtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitag zu veröffentlichen.

II. Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesamtvertretung bestimmt der Gesamtparteitag. Die Gesamtvertretung setzt sich aus den Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslawischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivkomitees ihren Sitz nicht am Sitz der Gesamtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegierte geschehen, die am Sitz der Gesamtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesamtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivkomitees auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivkomitees zu betrachten.

Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen. Sie ist dem Gesamtparteitag verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomitees teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrolle.

Der Gesamtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrolle aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesamtvertretung befindet. Genossen, die in der

verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend notwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landes-, Wahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zu Punkt 2. Alinea a, der Tagesordnung: „Bericht der Parteivertretung".

1. Antrag der Parteivertretung auf Schaffung eines Wahlfonds.

Jedes Parteimitglied ist verpflichtet, vierteljährlich einen Beitrag von mindestens 20 H. für den Wahlfonds zu leisten. Die Hälfte dieses Beitrages ist an die Reichsparteivertretung zur Schaffung eines Zentralwahlfonds abzuliefern, die andere Hälfte verbleibt den Bezirks-, respektive Landesorganisationen zur Anlegung eigener Wahlfonds. Die Vereinbarungen über die Verteilung haben die Landesparteivertretungen mit den Bezirksorganisationen zu treffen.

Die Quittierung des Wahlfondsbeitrages erfolgt durch eine einheitliche Marke. Diese Marke wird von der Reichsparteivertretung gegen Erlag des Betrages an die Landesorganisationen abgegeben, die dann mit den ihnen unterstehenden Organisationen in der gleichen Weise, wie das im § 17 über die Parteibeiträge näher ausgeführt ist, verrechnen.

2. Antrag der Parteivertretung.

§ 27 unseres Organisationsstatuts soll in Hinkunft wie folgt lauten:

Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich findet in jedem Jahre statt und wird von der Reichsparteivertretung einberufen.

3. Antrag der Bezirksorganisation Aussig-Stadt und Aussig-Land.

Der Parteitag macht es den Kreis- und Bezirksorganisationen zur Pflicht, jedem neubeitretenden Mitglied mit der Parteilegitimation die Broschüre: „Das sozialdemokratische Programm" von Robert Danneberg einzuhändigen. Die dadurch erwachsenden Kosten sind zum Teil vom Mitglied durch Erhöhung der Beitrittsgebühr, zum Teil von der Bezirksorganisation zu tragen.

Die Parteivertretung wird ersucht, zu veranlassen, daß die Broschüre zu diesem Zweck bei gleicher Ausstattung im Preise herabgesetzt wird.

4. Antrag der Kreisorganisation Tetschen-Bodenbach.

Die sozialdemokratischen Werbeschriften sind nicht nur zur Zeit der Reichsratswahlen, sondern auch in der Zwischenzeit herauszugeben.

Die Parteivertretung hat bei wichtigen parlamentarischen Vorkommnissen durch Ausgabe entsprechender billiger Flug- und Werbeschriften Sorge zu tragen, daß die Kenntnis davon in die breitesten Massen der Bevölkerung dringen kann.

5. Antrag des Genossen Ernst Steiner in Wien.

Der Parteitag beschließt die Einführung von einheitlichen Parteiabzeichen (Nadeln) und beauftragt die Parteivertretung mit der Durchführung dieses Antrages bis längstens 31. Dezember 1911.

6. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Alsergrund.

Der erste Absatz des § 27 des Organisationsstatuts wird abgeändert und hat nun zu lauten: Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

in Oesterreich wird jährlich einmal von der Reichsparteivertretung einberufen. Nur in den Jahren, in welchen ein internationaler Sozialistenkongreß oder ein österreichischer Gesamtparteitag stattfindet, fällt der Parteitag aus.

7. Antrag der Lokalorganisation Zwittau.

Zu jedem Wahlkreis ist für die Anstellung eines Vertrauensmannes, welchem die Durchführung der Agitations- und Organisationsarbeit übertragen werden soll, Sorge zu tragen.

8. Antrag der Bezirksorganisation Elbogen.

Da seit dem Bestand der neuen Organisationsform, welche auf dem Parteitag in Reichenberg im Jahre 1909 geschaffen wurde, den politisch organisierten Mitgliedern ein Rechtsschutz nicht zugesichert erscheint, so wolle der diesjährige Parteitag die Schaffung einer Rechtsversicherung beraten und beschließen.

9. Antrag der Bezirksorganisation Liesing.

Der Parteitag beschließt, die Reichsparteivertretung aufzufordern, die bei der ersten Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Reichenberg gefaßten Beschlüsse baldigst zur Durchführung zu bringen.

Er erachtet ganz besonders die Herausgabe einer Monatsschrift, welche für die Interessen der in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen wirken soll, für unumgänglich notwendig.

Ebenso wichtig und unbedingt notwendig erscheint die Einsetzung einer Zentralstelle für Gemeindeangelegenheiten.

Die Landesorganisationen werden aufgefordert, die von der Reichskonferenz anempfohlenen Gemeindevertreterkonferenzen tatsächlich abhalten zu wollen.

Zu Punkt 2. Alinea c, der Tagesordnung: „Ueber die Parlamentstätigkeit".

10. Antrag der Bezirksorganisation Freiwaldau.

Der Parteitag erkennt an, daß der Kampf um das Landtags- und Gemeindewahlrecht als notwendige Ergänzung und Sicherung des allgemeinen Reichsratswahlrechtes in allen Formen mit größter Entschiedenheit geführt werden muß, und beauftragt deshalb die Parteivertretung, für einen gegebenen Zeitpunkt eine Aktion, an der sich alle Orte, in denen Lokalorganisationen bestehen, zu beteiligen haben, vorzubereiten.

Außer den zu diesem Zweck zu veranstaltenden Versammlungen und Kritiken in der Presse soll in allen Gemeinden durch eine entsprechende Eingabe eine Abhandlung über die Frage der Erweiterung des Gemeinde- und Landtagswahlrechtes provoziert werden.

Die sozialdemokratische Reichsratsfraktion wird aufgefordert, in dieser wichtigen Frage ebenfalls sofort die geeigneten Schritte zu unternehmen.

11. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Wieden.

Der in Innsbruck tagende Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich beauftragt den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, in selbstverständlicher Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen, unbekümmert um das Schicksal des bereits in dieser Sache eingebrachten Dringlichkeitsantrages, mit dem größten Nachdruck und mit eiserner Beharrlichkeit gegen die von der Regierung mit Umgehung der Gesetzgebung durchgeführte, gerade in dieser Zeit der wahnsinnigen Teuerung aller Bedarfs- und Genußmittel von der Arbeiterschaft dreifach hart empfundene Erhöhung der Tabak- und Zigarrenpreise Stellung zu nehmen und kein Mittel unversucht zu lassen, daß diese Preiserhöhung wenigstens bei den billigen, von der Arbeiterschaft konsumierten Tabak-, Zigarren- und Zigarettensorten rückgängig gemacht werde. Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wird gleichzeitig beauftragt, die Haltung der bürgerlichen Parteien in dieser Frage auf das schärfste zu kontrollieren und durch Provozierung namentlicher Abstimmungen jene verräterischen Volksvertreter, die in ihrer Eigenschaft als Regie-

rungssöldlinge entweder auskneifen oder gar durch ihre Abstimmung der Regierung zu Hilfe kommen wollten, öffentlich an den Pranger zu stellen.

12. Antrag der Lokalorganisation Zwittau.

1. Die Ergebnisse von Abstimmungen im Parlament, welche namentlich erfolgen und durch welche wichtige Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung berührt werden, sind durch Herausgabe geeigneter Flugblätter den weitesten Kreisen der Bevölkerung bekanntzugeben.

2. Die Aufstellung von Kandidaten für politische Wahlen soll in einem Zeitpunkt erfolgen, welcher es jedem Bewerber ermöglicht, die Verhältnisse des Wahlkreises genau kennen zu lernen und mit den Wählern in Fühlung zu treten. Dem Kandidaten soll Gelegenheit geboten werden, etwa notwendige organisatorische Vorarbeiten zu veranlassen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Oesterreich“.

13. Antrag der Bezirksorganisation Brünn.

Wir verlangen vom Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Partei in Innsbruck, daß die tschechische sozialdemokratische Partei als einzig berufene Vertreterin der international denkenden Arbeiterschaft anerkannt werde. Mit den Autonomisten in Mähren ist aus prinzipiellen und persönlichen Gründen jedes Zusammenarbeiten ausgeschlossen. Zur endgültigen Beschlußfassung in der schwebenden Angelegenheit wolle ungesäumt der Gesamtparteitag einberufen werden.

14. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Währing.

In einer Zeit, wo sich die Unternehmer ganz Oesterreichs ohne Unterschied der Nation vereinigen, um die Arbeiterschaft in ihren wirtschaftlichen Kämpfen niederzuringen, hat es den tschechischen Genossen gefallen, die Gewerkschaften zu sprengen und nationale, separatistische zu gründen.

Dieses Unternehmen ist speziell in einer Zeit, wo durch die enorme Lebensmittel- sowie Wohnungszinsteuerung die Lohnkrone entwertet und dadurch die Notlage der Arbeiterschaft eine immer dringendere wurde, und sich hierdurch die Notwendigkeit der Führung wirtschaftlicher Kämpfe ergibt, eine direkte Schädigung der international organisierten Arbeiterschaft.

Wir beantragen daher, der Parteitag beschließe die Anerkennung der tschechischen Zentralisten als alleinige Vertreter der tschechischen Arbeiterschaft im Sinne der Beschlüsse des internationalen Sozialistenkongresses.

Weiter beantragen wir zur endgültigen Austragung dieser Angelegenheit die sofortige Einberufung des Gesamtparteitages.

15. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Meidling.

Der Parteitag bedauert auf das tiefste den unseligen Konflikt in den Reihen des tschechischen Proletariats und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es den vereinten Bemühungen der Genossen aller Nationen schließlich doch gelingen werde, den Frieden wieder herzustellen.

Der Parteitag ist indes der Ueberzeugung, daß diejenigen, die infolge des Gewerkschaftsstreites aus der tschechoslawischen Sozialdemokratie hinausgedrängt und dadurch gezwungen wurden, eine neue Partei zu gründen, von der Internationale des österreichischen Proletariats nicht als Fremdlinge betrachtet werden dürfen.

Deshalb beschließt der Parteitag:

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs erkennt die neugegründete „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ als proletarische Bruderpartei an.

Sie verlangt von der internationalen Gesamtexekutive der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs die Aufnahme der „Tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“.

16. Antrag der Landesorganisation Salzburg.

Der Landesparteitag der Sozialdemokraten Salzburgs verurteilt die separatistische Bewegung der tschechoslawischen Sozialdemokratie, die sich gegen die Einheit

der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Gesamtpartei richtet, als eine Schädigung des österreichischen Proletariats und als einzig dastehende Verhöhnung des internationalen Sozialistenkongresses. Um eine weitere Zersetzung in unseren Organisationen hintanzuhalten, ist es notwendig, den Gesamtparteitag einzuberufen und alles daranzusetzen, um die tschechoslawischen Sozialdemokraten zur Erfüllung ihrer internationalen Solidarität zurückzuführen. Der Parteitag kann der Ansicht, daß man die separatistische Bewegung nicht berennen kann, sondern sie an ihrer eigenen Unmöglichkeit zugrundegehen lassen muß, nicht beipflichten, da ein Zuwarten weit höhere Gefahren bringen muß als eine zeitweilige Scheidung. Schließlich erklärt sich der Parteitag für die Anerkennung der neuen, durch die Zentralisten gegründeten tschechischen sozialdemokratischen Partei.

17. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg.

Der Antrag lautet: „Der Parteitag in Innsbruck beschließt, die von den tschechischen Zentralisten gegründete neue tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei wird als Bruderpartei anerkannt. Sie steht auf dem Boden der Beschlüsse der internationalen Sozialistenkongresse von Stuttgart und Kopenhagen und erfüllt so alle Bedingungen, die an eine sozialdemokratische Partei gestellt werden müssen."

18. Bezirksorganisation Wien-Wieden.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß proletarische Einigkeit niemals dringender not tut als in Zeiten der Explosion der Klassengegensätze, und von der Ueberzeugung erfüllt, daß sich kein klassenbewußter Parteigenosse in Oesterreich auch jetzt noch gegen einen unter ehrenvollen Bedingungen zu schließenden Frieden stemmen kann, beschließt der Parteitag:

1. Die Parteivertretung wird beauftragt, mit den Vorständen der sozialdemokratischen Parteien aller anderen Nationen in Oesterreich in Fühlung zu treten, um die baldmöglichste Einberufung eines Gesamtparteitages zu erwirken. Die Parteivertretung hat sich dafür einzusetzen, daß die tschechische sozialdemokratische Partei (zentralistischer Richtung) dem Gesamtparteitag als vollwertig beigezogen werde.

2. Der Zweck des Gesamtparteitages soll sein, der tschechoslawischen Sozialdemokratie Gelegenheit zu geben, zu erklären, ob sie sich als Glied der Gesamtpartei fühlt und betätigen will, in sachlicher Auseinandersetzung die bestehenden Gegensätze zu mildern und die Grundlagen für ein so notwendiges Bündnis zu schaffen.

3. Die Parteivertretung wird beauftragt, auf dem Gesamtparteitag dahin zu wirken, daß sich die Parteien zur Anerkennung eines internationalen Schiedsgerichtes und zur Unterwerfung unter dessen Urteil verpflichten, um dessen Einberufung das Internationale Sekretariat in Brüssel anzugehen wäre, wenn wohl Friedensgeneigtheit herrscht, auf dem Gesamtparteitag selbst jedoch eine Einigung über strittige prinzipielle Fragen nicht zu erzielen sein sollte.

4. Sollte die Einigung am Gesamtparteitag selbst durch unakzeptable Bedingungen seitens der tschechoslawischen Sozialdemokratie scheitern oder an der Nichtunterwerfung unter den Schiedsspruch des eventuell zusammengetretenen internationalen Schiedsgerichtes trotz vorheriger Erklärung zur Anerkennung desselben, so sind offiziell alle Verbindungen zur tschechoslawischen Sozialdemokratie abzubrechen, ist die tschechische sozialdemokratische Partei (zentralistischer Richtung) ausschließlich als Repräsentantin des klassenbewußten tschechischen Proletariats anzuerkennen und haben die Delegierten der Parteivertretung am nächsten internationalen Kongreß die Pflicht, motiviert zu beantragen, daß die tschechoslawische Sozialdemokratie aus der Internationale ausgeschlossen werde.

Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß im Interesse der Arbeiterklasse in Oesterreich und im Interesse des endlichen Sieges der völkerbefreienden Sozialdemokratie das durch die separatistische Agitation leider getrübte Verhältnis zur tschechoslawischen Sozialdemokratie baldigst wieder ein so inniges und brüderliches werde wie einst, und erklärt, daß das klassenbewußte Proletariat deutscher Zunge ehrlich bestrebt ist, den Frieden herbeizuführen und dauernd zu erhalten.

19. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Margarethen.

Mit Hinweis darauf, daß die tschechoslawische Parteiorganisation durch die Propagierung des nationalen Separatismus offenkundig die Prinzipien der sozial-

demokratischen Internationale verleugnet, sich durch ihre Erklärungen programmatisch zum schroffsten Nationalismus bekannt hat und im Sinne ihres Bekenntnisses die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation zertrümmert und dadurch die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse geschwächt und lahmgelegt hat, im ferneren Hinweis darauf, daß die tschechoslawische Parteiorganisation für eine nationale Interessengemeinschaft mit den Klassengegnern der Arbeiterschaft plädiert und wirkt und damit das Klassenbewußtwerden der tschechischen Arbeiter und die internationale Klassensolidarität behindert, spricht der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie aus:

Die tschechoslawische Parteiorganisation hat den Boden der internationalen proletarischen Klassenkampfgemeinschaft verlassen. Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, den Ausschluß der tschechoslawischen Partei aus der sozialdemokratischen Internationale beim Internationalen sozialistischen Bureau zu beantragen.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Innsbruck erklärt ferner, die neugegründete tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei als eine auf dem Boden des internationalen Klassenkampfes stehende anzuerkennen.

Schließlich fordert der Parteitag alle österreichischen Bruderparteien auf, solidarisch gegen die separatistischen Bestrebungen der tschechoslawischen Partei Stellung zu nehmen, und beauftragt die Parteileitung, mit den Exekutiven der österreichischen Bruderparteien die Einberufung eines Gesamtparteitages ehestens vorzubereiten.

20. Antrag der Kreisorganisation Reichenberg.

1. Der Parteitag erkennt als Vertretung des klassenbewußten tschechischen Proletariats nur die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei an. Die sogenannte tschechoslawische Sozialdemokratie hat sich durch die nationalistische Demagogie vom proletarischen Standpunkt abdrängen lassen, so daß sie als Repräsentanz der klassenbewußten tschechischen Arbeiter nicht mehr angesehen werden kann. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei bricht darum alle Beziehungen zu dieser Partei, auch die durch die Gesamtexekutive vermittelten, ab.

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, sich sofort mit den Vertretungen unserer österreichischen Bruderparteien in Verbindung zu setzen, damit ehestens die Voraussetzungen geschaffen werden, unter denen die Bildung einer neuen Gesamtpartei möglich ist.

2. Der Parteitag erklärt: Die Zugehörigkeit zu einem nationalen Verein ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei.

21. Antrag der Bezirksorganisation Mährisch-Ostrau.

Der Parteitag beschließt, die neugegründete tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei als einzige berufene Vertreterin der auf internationalem Boden stehenden klassenbewußten tschechischen Arbeiterschaft anzuerkennen und alle Beziehungen zur tschechoslawischen sozialdemokratischen Parteiorganisation, welche sich durch ihr Vorgehen außerhalb der internationalen proletarischen Klassenkampfgemeinschaft gestellt hat, abzubrechen.

22. Antrag der Bezirksorganisation Innsbruck.

Der Parteitag beschließt: Die Exekutive ist aufzufordern, innerhalb eines Jahres den Gesamtparteitag einzuberufen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Parteipresse“.

23. Antrag der Parteivertretung.

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, dafür zu sorgen, daß noch im Dezember dieses Jahres ein vorläufig 14tägig erscheinendes Agitationsblatt herausgegeben werde.

Der Preis des Blattes wird mit 2 H. per Exemplar festgesetzt.

Die Aufgabe dieses Blattes soll sein: Die Werbearbeit für die Partei und die Aufklärung über die sozialdemokratischen Grundsätze in den breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung zu unterstützen.

24. Antrag der Bezirksorganisation Schwechat.

Der Parteitag erklärt, daß mit der tschechoslawischen Partei, die die Prinzipien der Internationale wiederholt gröblich verletzt hat, alle Beziehungen abgebrochen werden.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich wird aufgefordert, beim Internationalen sozialistischen Bureau den Ausschluß dieser unheilvoll wirkenden Partei aus der Internationale zu beantragen.

25. Antrag der Bezirksorganisation Freiwaldau.

Um eine bedenkliche Lücke in der Unterhaltungslektüre unserer Parteipresse endlich auszufüllen, wird beantragt, möglichst mit 1. Jänner 1912 im Parteiverlag eine für alle Parteiblätter bestimmte Unterhaltungsbeilage, ähnlich wie die „Neue Welt" in Deutschland, erscheinen zu lassen. Zur Abnahme derselben sollen alle Parteiblätter verpflichtet werden.

26. Antrag der Bezirksorganisation Dornbirn.

Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, umgehend an die Herausgabe eines wöchentlich erscheinenden illustrierten Unterhaltungsblattes zu schreiten, damit den Lesern unserer Parteiblätter eine gute sozialistische Unterhaltungslektüre geboten werden kann.

Dieses Unterhaltungsblatt ist an alle Parteiblätter, die es beziehen wollen, zum Selbstkostenpreis abzugeben.

27. Antrag des Reichsvereines der Gewerbetreibenden und Kaufleute Oesterreichs in Wien.

Der Parteitag beschließe:

Das offizielle Organ des Reichsvereines der Gewerbetreibenden und Kaufleute Oesterreichs in Wien wird als Parteiblatt anerkannt.

28. Antrag des Arbeiter-Schachklubs in Wien.

Das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die „Arbeiter-Zeitung", soll dahin ausgestaltet werden, daß die Sonntagsausgabe mit einer Sonderbeilage versehen erscheine, die nicht nur Romane und dergleichen enthält, sondern in der unter anderem auch eine Schachrubrik Aufnahme finden könnte.

29. Antrag des Verbandes der Arbeiterradfahrvereine Oesterreichs.

Unser Blatt: „Reichsorgan der Arbeiterradfahrer Oesterreichs" ist als Parteiorgan anzuerkennen und mit den gleichen Pflichten und Rechten auszustatten, wie sie ähnliche Fachblätter besitzen.

30. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Mariahilf.

1. Der Parteipresse wird nahegelegt, genauer über die Reichsrats- sowie Landtagssitzungen zu berichten.

2. Der Parteipresse wird nahegelegt, bei Aufnahme von Firmeninseraten vorsichtiger zu sein.

31. Antrag des Genossen Robert Ascher.

1. Die Parteivertretung wird beauftragt, ehestens ein vom Redaktionsstab der „Arbeiter-Zeitung" zu redigierendes Tagblatt zum Preise von 4 H. (ähnlich der seinerzeitigen „Volkswacht") herauszugeben.

2. Die von den Parteimitgliedern zu entrichtende Parteisteuer wird ab 1. Jänner 1912 in ganz Oesterreich um 2 H. per Woche erhöht. Diese 2 H. dienen ausschließlich zur Speisung eines von der Reichsparteivertretung zu verwaltenden Preßfonds, der bezweckt, ein durch die Herausgabe des neu zu gründenden billigen Tagblattes etwa erwachsendes Defizit zu decken.

32. Antrag der Bezirksorganisation Falkenau a. E.

Der Parteitag wolle beschließen, daß die „Arbeiter-Zeitung" an die Lokal- und Bezirksvertrauensmänner zu einem billigen Preise abzugeben ist.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Eventuelles“.

33. Antrag der Bezirksorganisation Wien-Neubau.

Um einer Aemterkumulierung, wie sie bei den bürgerlichen Parteien vorkommt, in unserer Partei vorzubeugen, beschließe der Parteitag folgendes:

In der Erwägung, daß die Kumulierung mehrerer öffentlichen Funktionen in den Händen einzelner Personen die völlige Erfüllung der mit diesen Stellungen verbundenen Pflichten unmöglich macht; in weiterer Erwägung, daß ein mehrfacher Mandatsträger die Möglichkeit nicht besitzt, organisatorisch und agitatorisch unter den Massen selbst zu wirken, und in endlicher Erwägung, daß dadurch mannigfache Nachteile der Arbeiterbewegung erwachsen könnten, spricht der Parteitag aus, daß die Anhäufung mehrerer öffentlichen Funktionen in den Händen einzelner ohne zwingende Notwendigkeit nicht zu erfolgen hat.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge:

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Berichte“.

34. Antrag Karl Hecht, Wien.

Der Parteitag erkennt das Organ des Vereines der Gewerberichter „Der Gewerberichter“ als Parteiorgan.

35. Antrag Witzmann, Wien.

Der Parteitag beschließt, den Genossen in Erinnerung zu bringen, daß durch einen auf Antrag Ellenbogen-Schuhmeier gefaßten Beschluß des Linzer Parteitages den Genossen zur Pflicht gemacht wurde, von allen Parteiblättern, Flugschriften, Broschüren je ein Exemplar für das Parteiarchiv an das Parteisekretariat abzuliefern.

36. Antrag Reismann, Wien.

Der Parteivorstand wird beauftragt: Zur Förderung der theoretischen Kenntnisse unter den Parteigenossen in der Sonntagnummer der „Arbeiter-Zeitung“ eine Beilage zu schaffen, die populärwissenschaftliche Aufsätze über die Grundfragen unserer Partei enthält.

Wenn es technisch durchführbar ist, so soll die Beilage den Provinzblättern zum Selbstkostenpreis abgegeben werden.

Sollte die Beschaffung einer Beilage große Schwierigkeiten machen, so empfiehlt der Parteitag, die „Arbeiter-Zeitung“ möge mehr als bisher Artikel über die theoretischen Grundlagen des Sozialismus bringen.

37. Antrag Staret.

Nachdem das Organisationsstatut der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs sich in den einzelnen Bestimmungen als abänderungsbedürftig erwiesen hat, so beschließt der Parteitag:

Die Parteivertretung wird beauftragt, eine Kommission zur Aenderung des Organisationsstatuts einzusetzen und den geänderten Entwurf vor dem nächsten Parteitag den Parteigenossen rechtzeitig zur Diskussion vorzulegen.

38. Antrag Weber und Wilhelm.

Der Parteitag anerkennt den in Kruman erscheinenden „Böhmerwald-Volksboten“ als Parteiorgan.

39. Antrag Jenschik, Wien.

Der Parteitag fordert im Sinne des § 24 des Parteistatuts alle Organisationen auf, der Frage der Jugendbewegung besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

40. Antrag Danneberg, Wien.

Alle Parteiorganisationen sind zu intensiver Pflege der sozialistischen Erziehungsarbeit verpflichtet. Die Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen sollen hiefür entsprechend Vorsorge treffen und zur Durchführung der Arbeiten im Ein-

vernehmen mit den Gewerkschaften, eventuell eigene Bildungsausschüsse einsetzen. Um das Bildungswesen tatkräftigst zu fördern, soll das von der Zentralstelle für das Bildungswesen herausgegebene Organ „Bildungsarbeit“ verbreitet werden. Die Bezirksorganisationen sollen darauf achten, daß jedem Parteiort wenigstens ein Exemplar der Zeitschrift zur Verfügung steht.

Der Zentralstelle für das Bildungswesen, deren Rat die Organisationen in allen das Bildungswesen betreffenden Fragen jederzeit einholen können, ist alljährlich ein Bericht über die geleistete Arbeit zu erstatten.

41. Antrag Saringer, Voitsberg.

Die „Bildungsarbeit“ soll monatlich erscheinen.

42. Antrag Pölsl, Liesing.

Zur leichteren Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“, auch in der Provinz, nicht nur in Wien, beauftragt der heutige Parteitag die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“, darüber nachzudenken, ob nicht eine Rubrik „Aus den Nachbarorten“ eingeführt werden kann.

43. Antrag Janeček, Wien.

In der Erwägung, daß die heutige Schule ein Machtfaktor der herrschenden Klasse ist, ferner daß die Reaktion mit Hilfe staatlicher Faktoren alles daransetzt, die Jugend auch außerhalb der Schule in ihrem Sinn zu erziehen, verweist der Parteitag auf die Notwendigkeit, diesen Bestrebungen entgegenzuwirken. Der Parteitag anerkennt daher die Bemühungen der nach modernen pädagogischen Grundsätzen geleiteten Arbeiter-Elternvereine und fordert die Parteivertretung auf, der Förderung und Weiterentwicklung dieser Organisationen ihr Augenmerk zuzuwenden.

44. Antrag des Frauenreichskomitees.

Der Parteitag weist der Parteivertretung folgende Resolution der Dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz zu:

Mit freudiger Genugtuung stellt die Frauenreichskonferenz fest, daß sich die auf der Dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz zu Ostern 1908 beschlossene Organisationsform für die Frauen auf das beste bewährt hat. Die Frauenkonferenz hebt hervor, daß die erzielten Erfolge alle Erwartungen übertroffen haben. Trotz der vereinsgesetzlichen Hindernisse, trotz des § 30 ist es dem Opfermut und der Begeisterung der Genossinnen gelungen, eine große Zahl von politischen Frauenorganisationen zu gründen und diesen 17.000 Frauen und Mädchen als Mitglieder zuzuführen.

Obwohl trotz der vereinsgesetzlichen Hindernisse diese schönen Erfolge erzielt wurden, erhebt die Frauenreichskonferenz nachdrücklichst die Forderung nach Aufhebung des § 30, um die politische Gleichberechtigung der Frauen zur Anerkennung zu bringen.

In Erwartung, daß diese Forderung ehebaldigst erfüllt werde, beschließt die Vierte Frauenreichskonferenz der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich: Dem Parteitag ist der Antrag zu unterbreiten, daß nach Beseitigung des § 30 die weiblichen Parteimitglieder den *politischen Wahlvereinen anzuschließen* sind, um den Grundsatz zur Durchführung zu bringen, daß die Frauen den gleichen Organisationen anzugehören haben, wie die Männer. Um aber den *speziellen* Organisations- und Agitationsbedürfnissen des weiblichen Proletariats Rechnung zu tragen, soll der weiblichen Mitgliedschaft entsprechend ihrer Stärke *eine Vertretung* in den Vorständen der politischen Vereine eingeräumt werden. Mindestens eine Genossin soll in jedem Vorstand vertreten sein. Zur Durchführung der Agitation unter dem weiblichen Proletariat ist aus der weiblichen Mitgliedschaft jedes Ortes ein *Agitationskomitee* zu wählen, dessen Leitung den *weiblichen Vorstandsmitgliedern* der politischen Organisationen zu übertragen ist. Die Tätigkeit der weiblichen Mitgliedschaft hat im Einvernehmen mit dem Gesamtvorstand vor sich zu gehen.

Das *Frauenreichs-* und die *Frauenlandeskomitees* bleiben bestehen und unterstehen der Reichs-, respektive den Landesparteivertretungen.

Die Reichs-, beziehungsweise Frauenlandeskonferenzen finden nach Bedarf und in der Regel vor dem Parteitag statt.

In Berücksichtigung, daß an den erfreulichen Resultaten der Frauenorganisation die „Arbeiterinnen-Zeitung“ hervorragenden Anteil hat, beschließt die Konferenz: Dem Parteitag ist der weitere Antrag zu unterbreiten, daß die „*Arbeite-*

rinnen=Zeitung“ auch dann Obligatorium bleibt, wenn die Frauen den politischen Vereinen angeschlossen sind.

Die Beiträge für die weiblichen Mitglieder nach Anschluß an die politischen Vereine werden mit Berücksichtigung der Beschlüsse des Reichsparteitages von den Landes=, respektive Bezirksorganisationen festgesetzt.

Als Uebergangsstadium bis zur Beschlußfassung beim nächsten Parteitag empfiehlt die Frauenkonferenz die Beibehaltung der bisherigen Form der Beitragsüberweisung an das Frauenreichskomitee und an die Frauenlandeskomitees.

45. Antrag Skaret.

Der Beschluß des Aussiger Parteitages, dem Genossen Wilhelm Jenischek das Recht, Parteifunktionen zu bekleiden, abzuerkennen, wird aufgehoben.

46. Antrag Fritz Austerlitz, Wien.

Der Parteitag ersucht den Genossen Dr. Viktor Adler, seine Memoiren zu schreiben. Zugleich fordert er die niederösterreichische Landesparteivertretung auf, eine Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung herauszugeben.

47. Antrag der Antragprüfungskommission.

1. Zum Zwecke der Schaffung eines Wahlfonds sind obligatorisch einzuheben:

a) von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisationen 2 H. wöchentlich;

b) von denen aller anderen Organisationen 8 H. monatlich.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern. Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation. Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der bisherigen Wochen= und Monatsmarke quittiert. Dieser Beschluß tritt spätestens mit 1. Juli 1912 in Kraft.

2. Durch den vorstehenden Beschluß werden etwaige in den Bezirken oder Ländern bereits eingeführte Wahlfondsbeiträge nicht aufgehoben. Desgleichen haben die Länder= und Bezirksorganisationen das Recht, wo es die Verhältnisse erfordern, auch einen höheren Wahlfondsbeitrag einzuheben.

3. Die Beitragsleistung der weiblichen Mitglieder soll vom Frauenreichskomitee im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung und den einzelnen Landesorganisationen in analoger Weise geregelt werden.

48. Antrag Schlager, Leoben.

Der Parteitag beschließt: Die Landesparteivertretungen werden beauftragt, die Wahlfondssteuer zu diskutieren, sich für deren Durchführung einzusetzen und durch die Reichsparteivertretung dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Oesterreich“.

49. Antrag Viktor Adler, Wien.

Die internationale Geschlossenheit der sozialdemokratischen Gesamtpartei in Oesterreich hat sich in den schwersten Kämpfen gegen den gemeinsamen Gegner der Arbeiterklasse glänzend bewährt und hat die Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg geführt; sie war und ist die stärkste und unentbehrlichste Waffe gegen die Verlockungen sowohl wie gegen die Bedrohungen durch die bürgerliche nationalistische Demagogie; sie ist der selbständigen Entwicklung der national gegliederten proletarischen Parteien niemals und nirgends ein Hemmnis gewesen, vielmehr hat sie immer und überall ihrer Aktion Kraft und Zusammenhang, Nachdruck und Würde gegeben.

Diese internationale Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Oesterreich ist nun in beklagenswerter Weise schwer gefährdet. Indem die tschechoslawische Sozialdemokratie den gewerkschaftlichen Separatismus im Gegensatz zu der deutlich ausgesprochenen Ueberzeugung der Vertrauensmänner der gesamten Weltinternationale als prinzipielle Richtschnur ihrer Parteipolitik und als Grundlage ihrer

Parteiorganisation proklamierte, hat sie sich mit der schweren Verantwortung dafür belastet, daß die gewerkschaftliche Organisation und damit die wirtschaftliche Kampffähigkeit des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, nicht zum mindesten die des tschechischen Proletariats selbst empfindlich geschwächt wurde, daß das Bewußtsein der internationalen Interessengemeinschaft und Solidarität der Arbeiterschaft in Oesterreich getrübt und gestört, ja die Gefahr der Einschleppung nationalistischer Feindseligkeit in proletarische Organisationen heraufbeschworen wurde, sowie daß schließlich und vor allem das internationale Einvernehmen sowie die Geschlossenheit der Aktion der österreichischen Gesamtpartei in bedenklicher Weise beeinträchtigt wurde.

Angesichts dieser Tatsachen erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Wir wissen uns eins mit der gesamten Internationale, deren einstimmigem Votum die tschechoslawische Partei beklagenswerterweise demonstrative Mißachtung entgegengesetzt hat; wir wissen uns eins mit allen anderen der österreichischen Gesamtpartei angehörenden nationalen Parteien, die von diesen Ereignissen nicht minder schwer berührt werden als das deutsche Proletariat, wenn wir den Separatismus als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widersprechend **prinzipiell ablehnen**; wir stützen uns auf traurigste Erfahrungen in letzter Zeit und am eigenen Leibe des Proletariats aller Zungen in Oesterreich, wenn wir den gewerkschaftlichen Separatismus und die durch ihn bewirkte Zerschlagung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen für **praktisch verderblich** erklären.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der täglich deutlicher und mächtiger werdende internationale Zusammenschluß des Unternehmertums zwingender denn je die internationale geschlossene Zentralisation unserer Gewerkschaftsorganisation zur ersten Bedingung erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampfes macht, deren Preisgabe die Lebenshaltung des organisierten Proletariats schwer schädigen muß.

Der Separatismus widerspricht also nicht nur den Grundgedanken der sozialistischen Internationale, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die deutsche Sozialdemokratie muß die Verantwortung für diese Erscheinungen der tschechoslawischen Sozialdemokratie überlassen. Umsomehr hat sie die Pflicht, ihren eigenen Boden, ihre eigene politische Entwicklung und Aktion vor den Folgen des separatistischen Irrweges zu schützen.

Der Parteitag billigt es darum, daß die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sich im Parlament als **selbständiger Klub** konstituiert haben, und erwartet, daß sie sich nach wie vor in möglichst enger Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen echt proletarische Politik im Parlament machen werden.

Der Parteitag billigt es, daß die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sich niemals den demagogischen Bedürfnissen und dem Gebote der deutschbürgerlichen Nationalisten, aber ebensowenig der tschechisch-bürgerlichen Nationalisten gebeugt haben, und erwartet, daß der Deutsche sozialdemokratische Klub nach wie vor das Recht und die Interessen des deutschen Proletariats zu vertreten sowie dem Gebot der internationalen Vernunft zu folgen wissen werde.

Die deutsche Sozialdemokratie wird alles, was in ihrer Macht steht, tun, um den traurigen Zustand zu beseitigen, der durch den tschechoslawischen Separatismus herbeigeführt wurde, zunächst aber seine verhängnisvollen Folgen möglichst einzuschränken suchen. Die Partei wird daher die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in dem ihnen aufgezwungenen Abwehrkampf gegen die separatistische Zerschlagungstaktik mit ihrem ganzen Einfluß und aller Energie unterstützen.

Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen zu sein glaubten, sich zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen. So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale unbeirrt treu geblieben ist, und erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich“ als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß er ihren Anspruch, in die Gesamtpartei als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.

Der Parteitag wünscht dringend, die Hoffnung möge nicht vergebens sein, daß auch in der Masse der tschechoslawischen Partei das Bewußtsein wieder erwachen werde, daß die Rückkehr zu ihrer ruhmvollen internationalen Tradition das wichtigste Gebot der Selbsterhaltung für das tschechische Proletariat und eine Grundbedingung des Klassenkampfes für das Proletariat aller Zungen in Oesterreich ist.

Diese Entwicklung zu beschleunigen und den Weg zum Frieden in zäher Geduld offenzuhalten, ist die unverbrüchliche Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Da gegenwärtig die Einberufung eines Gesamtparteitages kaum möglich und sicher nicht erfolgreich wäre, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung zu beauftragen, zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit die Initiative zur Einberufung einer außerordentlichen Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich zu ergreifen, der es obliegen soll, die internationale Organisation der sozialdemokratischen Gesamtpartei wieder aufzurichten und den gegenwärtig gegebenen politischen Bedingungen anzupassen.

Anträge Doktor Ludo Hartmann, Wien.

50. Nach dem dritten Absatz ist einzufügen:

Wir erkennen jedem Volksstamm das selbstverständliche Recht zu, für seine kulturellen Bedürfnisse zu kämpfen, und haben es unserseits von jeher für unsere Pflicht gehalten, die Kultur des deutschen Volkes zu vertiefen und zu erweitern.

Aber wir können Eroberungstendenzen, die sich gegen einen fremden Volksstamm richten, nur auf das energischeste verurteilen.

51. Im ersten Absatz der zweiten Spalte nach dem Wort „Nation" in der 6. Zeile einzufügen:

„Auch mit den tschechischen, insofern sie sich wieder auf den Boden des Internationalismus begeben."

52. Im letzten Absatz statt der Worte „zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit" (Zeile 4) zu setzen: „wenn die politischen Vorbedingungen für eine internationale Verständigung auf nationalem Gebiet gegeben sind."

53. Zum Schlusse anzufügen:

„Derzeit aber möge die Internationale angerufen werden, um zu entscheiden, ob die tschechoslawische Partei noch als sozialdemokratische Partei zu betrachten ist."

Anträge Schneidmadl, St. Pölten, und Klein, Wien.

54. An den 5. Absatz der 1. Spalte ist anzuschließen: ... „schädigen muß, daß daher auch auf politischem Gebiet die einheitliche internationale Aktion des gesamten österreichischen Proletariats eine unerläßliche Voraussetzung für die wirksame Führung des proletarischen Klassenkampfes in Oesterreich darstellt."

55. An den letzten Absatz der 1. Spalte ist anzuschließen: ... „zu schützen und vor der nationalistischen Vergiftung zu bewahren."

56. An den 1. Absatz der 2. Spalte ist anzufügen: „Ausdrücklich aber bedauert der Parteitag, daß infolge des tschechischen Separatismus ein einheitlicher sozialdemokratischer Verband vorläufig nicht möglich ist."

57. Antrag Heinrich Möller, Wien

zur Abänderung der Resolution, 2. Kolonne, 3. Absatz von unten, auf folgenden Wortlaut:

... „daß die Rückkehr zur ruhmvollen internationalen Organisation" ... u. s. w.

58. Antrag der Kommission.

Die vom Referenten Adler vorgeschlagene, dem Parteitag gedruckt vorliegende Resolution bleibt im allgemeinen unverändert, nur der Absatz 4 der Spalte 2 soll nun heißen:

„Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen waren, sich entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen.

So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale unbeirrt treu geblieben ist. Der Parteitag erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete „Tschechisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich" als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß sie ihren Anspruch, in die Gesamtpartei und in die Internationale als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Die Lebensmittelteuerung und die Wohnungsnot".

59. Antrag Otto Bauer, Wien.

I.

Die Teuerung ist **eine Wirkung der kapitalistischen, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise.** Der Kapitalismus ist nicht denkbar ohne Perioden der Teuerung, wie er nicht denkbar ist ohne Ausbeutung, ohne Arbeitslosigkeit, ohne die Zerstörung des Handwerks durch das Kapital, ohne die Verschuldung der Bauern, ohne das Verbrechen und ohne die Prostitution. Die Teuerung kann nicht beseitigt werden, ohne daß ihre Ursache beseitigt wird. Die Aufhebung des Massenelends setzt also voraus: **die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Expropriation der Expropriateure, die Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise.**

II.

Die Teuerung wird verschärft durch die **Schutzzölle und Einfuhrverbote.** Der Zolltarif vom Jahre 1906 beruht auf einem Kompromiß des industriellen Kapitals und des die Industrie beherrschenden Finanzkapitals mit den Großgrundbesitzern und den Großbauern. Er ist beschlossen worden von allen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Er ist festgelegt bis zum Jahre 1917 durch die Verträge mit Ungarn. Die Linderung der Teuerung setzt daher die **vollständige Revision des ganzen Zollsystems** voraus, die nur im Klassenkampf gegen die an den Kartellschutzzöllen und an den Agrarschutzzöllen interessierten Klassen durchgesetzt werden kann.

III.

Die Teuerung wird weiter verschärft durch die hohen **indirekten Steuern.** Dieses Steuersystem ist das Produkt: erstens der traurigen Geschichte Oesterreichs, die den Volksmassen eine ungeheure Staatsschuld aufgebürdet hat in dem vergeblichen Bestreben, der Dynastie die Vorherrschaft in Deutschland, in Italien und auf der Balkanhalbinsel zu erhalten; zweitens der wachsenden Ansprüche des Militarismus und des Marinismus; drittens der Herrschaft der besitzenden Klassen, die den größten Teil der Steuerlast auf die Volksmassen abgewälzt haben. Die Linderung der Not setzt also voraus: **die Befreiung des Staates von dem Tribut an das Finanzkapital; die Befreiung der Völker von den Lasten des Militarismus, des Marinismus und der Großmachtpolitik; die Befreiung des Gemeinwesens von der Herrschaft der besitzenden Klassen.**

IV.

Auch innerhalb des bestehenden Zoll- und Steuersystems gibt es Mittel zur Linderung der Teuerung. Zur sofortigen Abwehr der Lebensmittelteuerung fordern wir insbesondere: die unbeschränkte **Zulassung der Einfuhr überseeischen Fleisches;** die Abschließung von Handelsverträgen, die die Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch nach Oesterreich zulassen; die **zeitweilige Suspension der Zölle auf Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel;** die Ermäßigung der **Frachtgebühren** für Milch und die Errichtung großer **Milchwirtschaftsbetriebe** durch den Staat und die Gemeinden; die Entziehung aller den **Kartellen** vom Staate gewährten Begünstigungen; die Vorbereitung der Enteignung der **Kohlenbergwerke;** die Schaffung eines zeitgemäßen Genossenschaftsgesetzes und die Befreiung der **Konsumvereine** von der Erwerbsteuer. Zur Abwehr der Wohnungsteuerung fordern wir insbesondere: ein **Enteignungsgesetz,** das die Gemeinden ermächtigt, Grund und Boden den Krallen der Bodenspekulation zu entziehen; **Erbauung von Volkswohnungen durch die Gemeinden;** Abschaffung der Gebäudesteuer für Neubauten; wirksame **Besteuerung der städtischen Grundrente** (Wertzuwachssteuer); die Ausgestaltung des **Wohnungsfürsorgefonds;**

die Umgestaltung des Mietrechtes und die vollständige Trennung des Mietvertrages **vom Arbeitsvertrag.**

Der Parteitag verpflichtet die Vertreter der Partei im Abgeordnetenhaus und in den Gemeindestuben, den Kampf für diese Forderungen mit aller Tatkraft fortzusetzen.

V.

Der Anwendung dieser Mittel zur Abwehr der Teuerung widersetzen sich die Nutznießer der Teuerung, die durch die Hofkamarilla, durch das Herrenhaus, durch die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses, durch das Privilegienwahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen die ganze Gesetzgebung und Verwaltung beherrschen. Die Teuerung ist also in den politischen Machtverhältnissen begründet. Jede Linderung der Teuerung setzt große **Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen** voraus.

Die Arbeiterklasse muß den politischen Kampf gegen die Ursachen der Teuerung und ihre Nutznießer in der Erkenntnis führen, daß sie in diesem Kampfe auf den erbittertsten Widerstand der ihre Profite verteidigenden herrschenden Klassen stößt und stoßen muß. Diese Erkenntnis darf die Arbeiterklasse nicht entmutigen; die Kraft des Widerstandes der Klassen, die die Nutznießer der Teuerung sind, muß vielmehr die Arbeiterklasse anspornen, ihre Bemühungen zu verdoppeln, **ihre politischen Organisationen zu kräftigen, die sozialistische Erkenntnis in den Volksmassen zu verbreiten und in dieser Weise den Umsturz der die Teuerung verursachenden politischen Machtverhältnisse vorzubereiten.**

VI.

Solange die Kraft der Arbeiterklasse nicht zureicht, die in den politischen Machtverhältnissen gelegenen Ursachen der Teuerung auszurotten, kann sie ihre Lage nur durch die Kräftigung ihrer **wirtschaftlichen Organisation** verbessern. Die Arbeiterklasse muß die **Konsumgenossenschaften** stärken, damit ihr Einfluß auf die Warenpreise wachse. Die Arbeiterklasse muß ihre **Gewerkschaften** kräftigen, damit sie stark genug werden, **die Höhe der Arbeitslöhne der verringerten Kaufkraft des Geldes anzupassen.** In den Lohnkämpfen, zu denen die Teuerung unvermeidlich führen muß, wird die Arbeiterklasse auf den erbitterten Widerstand des in den **Unternehmerverbänden** organisierten Kapitals stoßen. Nur starke Organisationen des Proletariats werden die Kraft des organisierten Kapitals zu brechen vermögen. Der Parteitag verpflichtet daher alle Organe und alle Organisationen der Partei, **ihre ganze Kraft und alle Mittel ihrer Propaganda in den Dienst der Ausdehnung und Kräftigung der Gewerkschaften zu stellen.**

60. Antrag Dr. Renner-Dr. Karpeles, Wien.

Der Absatz VI der von Dr. Bauer vorgelegten Resolution soll lauten:

Aber wenn heute die Kraft der Arbeiterklasse noch nicht zureicht, die in den politischen Machtverhältnissen gelegenen Ursachen der Teuerung auszurotten und durch ihre parlamentarische Aktion die Staatshilfe in den Dienst der Volksernährung zu stellen, so kann sie durch organisierte wirtschaftliche Selbsthilfe den Verelendungstendenzen des Kapitalismus wirksam entgegenarbeiten und die Arbeiterschaft kampffähig erhalten und immer kampffähiger machen.

Diese Selbsthilfe der Klasse ist eine doppelte.

Ihre Gewerkschaften müssen stark genug werden, um auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes maßgebenden Einfluß zu erlangen und zu behaupten, insbesondere die Lohnhöhe der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen und durch die Stärke und Geschlossenheit der Organisation den Widerstand der Unternehmerverbände zu brechen.

Diese gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen auf der anderen Seite die Kaufkraft ihrer gesamten Klasse organisieren und den Lohn in ebenso planmäßiger sozialer Gemeinschaft aufwenden, wie sie ihn gewerkschaftlich erobert haben und dadurch bestimmenden Einfluß auf den Warenmarkt zu gewinnen suchen. Sie müssen durch den lokalen Konsumverein den Ring der Detailhändler durchbrechen, durch den zentralen Einkauf im großen den Zwischengewinn der Großhändler, und schließlich durch Eigenproduktion, vor allem in den durch Kartelle beherrschten Industrien, den Profit der privatkapitalistischen Produzenten auszuschalten streben.

Der Parteitag verpflichtet daher alle Organe und Organisationen der Partei, ihre ganze Kraft und alle Mittel ihrer Propaganda in den Dienst der Gewerkschaften sowohl wie der Genossenschaften zu stellen.

61. Antrag Da Rin.

Der Parteitag beschließt, daß die Parteivertretung als nächste Massenbroschüre einen Auszug des Referates des Genossen Dr. Bauer, im darstellenden Zusammenhang der Partei-, Gewerkschafts- und der Konsumentenorganisation, herauszugeben beauftragt wird.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: „Wehrreform“.

62. Antrag Hugo Schulz, Wien.

Die Sozialdemokratie verhält sich gegen alle Forderungen des Militarismus prinzipiell ablehnend und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es gegenüber einem Wehrsystem, das lediglich als ein Machtinstrument der herrschenden Klassen funktioniert und in seiner Abhängigkeit von dynastischen und imperialistischen Einflüssen eine stete Gefahr für den Weltfrieden bildet, keine andere Politik geben kann als die der unversöhnlichsten, jeden Mann und jeden Groschen verweigernden Opposition.

Eine parlamentarische Mitarbeit an Heeresreformen kann es daher für eine sozialdemokratische Fraktion nur in dem Sinne geben, als die Möglichkeit besteht, einerseits die Militärlasten der Bevölkerung zu erleichtern und anderseits die Vorbedingungen für eine allmähliche Umwandlung des stehenden militaristischen Heeres in eine demokratische Wehrgenossenschaft, in eine Volksmiliz zu schaffen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat demgemäß mit aller Energie für eine ausgiebige und für alle in gleicher Weise geltende Abkürzung der Aktivdienstzeit — zunächst auf zwei Jahre, im weiteren Verlauf auf vierzehn Monate — bei gleichzeitiger Aufhebung aller Begünstigungen, mit Ausnahme derer, die besitzlosen Familienerhaltern zugute kommen, wie auch für die gesetzliche Gleichstellung der Soldaten mit den anderen Staatsbürgern unter Abschaffung jeder Sondergerichtsbarkeit einzutreten.

In Erwägung, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zur Reform des Wehrgesetzes eine ungeheure Mehrbelastung der Bevölkerung anstrebt;

in fernerer Erwägung, daß der statt der einheitlichen zweijährigen Dienstzeit gebotene trügerische Schein einer Dienstzeitverkürzung nicht nur keinerlei Kompensationen bietet, sondern bloß einen Zustand schaffen würde, der die Härten der Militärdienstpflicht, zumal für die Arbeiterklasse, noch unerträglicher machen müßte;

in weiterer Erwägung, daß diese Reformvorlagen auch schwere finanzielle Mehrbelastungen vorsehen, die ohne Rücksicht auf die akute wirtschaftliche Bedrängnis der Bevölkerung aufgebürdet werden sollen;

in weiterer Erwägung, daß diese Vorlagen bei noch größerer Berücksichtigung der Interessen des Bürgertums jede soziale Einsicht gegenüber dem Proletariat vermissen lassen;

in schließlicher Erwägung, daß demnach die von der Regierung beabsichtigte Reform der Heeresorganisation in jeder Hinsicht einen Rückschritt darstellt, erklärt der Parteitag, daß diese Vorlagen in der entschiedensten Weise zu bekämpfen sind, daß aber zugleich mit nicht geringerer Entschiedenheit der Kampf um die bedingungslose Verkürzung der Aktivdienstzeit auf zwei Jahre ohne Vergrößerung des Friedenspräsenzstandes zu führen ist.

Der Parteitag fordert nachdrücklich die Abschaffung der gesonderten Militärgerichtsbarkeit und die Unterstellung aller Staatsbürger, ob sie Soldaten sind oder nicht, unter dasselbe Recht und unter dieselben Gerichte. Er verurteilt den von der Regierung vorgelegten Entwurf einer neuen Militärstrafprozeßordnung, um so mehr als er ein Hohn auf die Grundsätze der Unabhängigkeit der Gerichte und der Oeffentlichkeit des Verfahrens ist und sogar eine von der Gunst der Regierung unabhängige Verteidigung ausschließt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Eventuelles“.

63. Antrag Seliger.

Die Parteivertretung wird aufgefordert, Vertreter aus den Kreisen der Kleinhäusler und der landwirtschaftlichen Arbeiter in den verschiedenen Ländern zu Beratungen über den Aufbau der Organisation für diese Bevölkerungsschichten einzuberufen und in ihrem Einvernehmen die Grundsätze zu bestimmen, nach denen die Organisierung dieser Schichten zu erfolgen hat.

Die Parteivertretung wird ferner aufgefordert, dafür zu sorgen, daß in dem vom Parteitag beschlossenen Agitationsblatt „Das Volk" insolange auf die Verhältnisse der Kleinhäusler und landwirtschaftlichen Arbeiter nach Tunlichkeit Rücksicht genommen wird, bis für diese Zwecke ein eigenes Organ geschaffen wird, und daß für die Agitation unter diesen Kreisen entsprechende Werbeschriften herausgegeben werden.

64. Antrag Zipfinger, Wien, und Rösch, Stockerau.

In Erwägung, daß die Arbeiterradfahrer nicht nur in Kampf- und Wahlzeiten, sondern auch in Zeiten der friedlichen Agitation der Partei hervorragende Dienste geleistet und zu leisten in der Lage sind, sowie in Berücksichtigung des Umstandes, daß manche Bezirks- und Lokalorganisationen noch der engeren Fühlungnahme mit den Arbeiterradfahrern entbehren, empfiehlt der Parteitag:

Die Parteivertretungen mögen überall dort, wo ein innigeres Zusammenarbeiten mit den Arbeiterradfahrern noch nicht besteht, ein solches anbahnen, deren Tätigkeit mehr in den Dienst der Partei ziehen und die Entwicklung ihrer Organisationen im parteigenössischen Sinne beeinflussen und fördern.

65. Antrag August Lindner, Graz.

Beim nächsten Parteitag ist der Punkt „Agitation, Organisation und Taktik" auf die Tagesordnung zu stellen.

66. Antrag De Witte, Hillebrand, Karlsbad.

Der Parteitag beschließe: Der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs findet in Karlsbad statt.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner zehn Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Verhandlungen des Parteitages.

Eröffnungsversammlung. — 29. Oktober.

Um ½5 Uhr treten die Mitglieder der Innsbrucker Gesangvereine „Typographia", „Eintracht", „Liederfreiheit" und der Gesangsektion der Bäcker auf das Podium und, dirigiert von ihrem Chormeister Kurt Linsmayer, singen sie den befeuernden Uthmannschen Chor „Märzsturm". Der glänzende Vortrag des Kampfliedes löst einen Sturm von Beifall aus. Kaum ist er verhallt, erscheint der älteste der lebenden Kämpfer der Partei in Tirol, Genosse Holzhammer, auf der Tribüne; es folgen

die Eröffnungsreden.

Holzhammer: Sehr geehrte Delegierte, Genossen und Genossinnen! Mit großer Freude erfülle ich die mir zuteil gewordene Aufgabe, Sie alle, die Sie gekommen sind von nah und fern, an den ernsten Beratungen, die uns bevorstehen, teilzunehmen, im Namen der Genossen von Tirol auf das allerherzlichste zu begrüßen. Es gereicht uns zur Freude und zur Ehre, daß nun endlich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs auch in Innsbruck tagt. Denn dadurch wird geschichtlich festgestellt, daß die hehren Prinzipien des Sozialismus auch im finsteren Land Tirol Eingang gefunden haben und daß selbst das Heer der Finsterlinge nicht mehr imstande ist, das Licht der Freiheit in unseren Bergen abzuwehren. Wir haben in unserem Lande zwar keine besonders epochalen geschichtlichen Kämpfe um den Fortschritt aufzuweisen. Das Land Tirol ist ja nicht der klassische Boden, auf dem die entscheidenden Kämpfe zwischen der alten und der neuen Welt ausgefochten werden; aber wenn man bedenkt, daß noch vor einem Menschenalter hierzulande tiefe Finsternis über der Arbeiterschaft lag und man damals mit allem Erfolg noch den frommen Betrug predigen konnte:

> Es ist euer Los, hier zu dulden und zu darben,
> In der anderen Welt reifen eure Garben,

wenn man bedenkt, daß nun dieser Wahn unserer Aufklärungsarbeit gewichen ist, so läßt sich nicht verkennen, daß mittlerweile eine große Arbeit auf dem Gebiet des Geisteslebens vollzogen wurde. Ja, nun sind selbst die Finstermänner gezwungen, den Arbeitern das Recht auf ein glücklicheres Dasein und das Recht auf die Früchte ihres Schweißes, auf die Früchte ihres Fleißes anzuerkennen. Und wie die Aufklärungsarbeit auf dem Gebiet des Geistes von gutem Erfolg gekrönt war, so steht es fest, daß auch auf wirtschaftlichem, auf materiellem Gebiet große Erfolge erzielt wurden, wovon die Parteiberichte ein beredtes Zeugnis ablegen.

Wir halten uns, besonders im gegenwärtigen Moment, für verpflichtet, von dieser Stelle aus hervorzuheben, daß wir in der Zeit, wo wir im Lande Tirol auf uns allein gestellt waren, nur langsam, langsam einen Fortschritt zu erringen vermochten, daß die großen Erfolge erst begannen

und erst möglich waren im engen Anschluß an die Reichsorganisation, durch ihre werktätige und hilfsbereite Mitwirkung und oft auch durch ihre materielle Unterstützung. Wir danken von dieser Stelle aus allen denjenigen, die zu dem großen Werke beigetragen haben. Die Aera der Verfolgungen der Partei durch Kerker und Landesverweisungen ist zwar hinter uns — sie wurde durch die machtvolle Entfaltung der Parteiorganisation wenigstens eingedämmt, vielleicht für immer —, aber nun versuchen es die Feinde unserer Sache, mit den giftigen Waffen der Lüge und der Verleumdung den Aufstieg der Arbeiterklasse und das Vorwärtsdringen der Partei zu behindern. Neue und ungeahnte Hemmnisse stellen sich in den Weg. Doch wir sind überzeugt, daß wir alle diese Schwierigkeiten überwinden werden. Sie sind, meine verehrtesten wackeren Vertrauensmänner, aus dem ganzen Reiche zusammengekommen, um über die Mittel und Wege zu beraten, wie das am besten geschehen könnte. So wünschen wir, die Parteigenossen Tirols, dieser ernsten Arbeit einen vollen Erfolg.

Möge auch der Parteitag in Innsbruck wie seine Vorgänger wieder den Beweis erbringen, daß die Sozialdemokratie vermöge der hehren Prinzipien, die sie vertritt, unüberwindbar ist, möge er die Arbeiterschaft wieder mit neuem Geist beseelen, mit neuem Mut beleben zum neuen Kampf, eingedenk stets unserer alten bewährten Devise: Für Wahrheit und Gerechtigkeit! Um gleiches Recht für alle! (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Adler** (mit einem Beifallssturm begrüßt):

Werte Genossinnen und Genossen! Im Namen der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie begrüße ich Sie. Vor allem spreche ich unseren Innsbrucker Genossen, die uns durch den Mund unseres alten Freundes Holzhammer so warm begrüßt haben, den herzlichsten Dank aus. (Lebhafter Beifall.) Unseren alten Holzhammer hier in Innsbruck einen sozialdemokratischen Parteitag begrüßen zu hören, das ist für uns wirklich eine große Freude und ein großes Ereignis. Wer die Geschichte der Sozialdemokratie in ganz Oesterreich kennt, wer weiß, mit welchen Hindernissen und Schwierigkeiten wir gerade auf diesem Punkte hier zu kämpfen gehabt haben, dem erscheint es heute noch, ich möchte sagen, als ein Wunder, daß mitten in diesem Tirol, im Herzen der politisch rückständigsten und leider auch wirtschaftlich noch wenig entwickelten Bezirke, daß hier, wo das Wort Demokrat, geschweige das Wort Sozialdemokrat vor noch nicht gar langer Zeit eigentlich die Verfemung mit sich gebracht hat, eines Mannes, der eigentlich mit dem Teufel auf viel besserem Fuße steht, als es sein soll (Heiterkeit) — wer das bedenkt, daß also hier ein sozialdemokratischer Parteitag abgehalten werden kann, der wird den Fortschritt der Entwicklung der Sozialdemokratie in Tirol als eines der wichtigsten Merkmale ansehen dürfen dafür, wie sich die Bewegung entwickelt hat und wie die Sozialdemokratie und das Klassenbewußtsein alle Teile des Proletariats ergriffen haben, auch dort, wo die Verhältnisse dafür am wenigsten günstig sind.

Freilich heißt es, auf den Bergen wohnt die Freiheit; aber die Freiheit, die wir brauchen, die müssen wir erst in die Berge hineintragen, die Freiheit und die Gedanken, die Ideen, deren Träger wir sind, wachsen nicht wild und sind nicht Naturprodukte, sondern sind das Ergebnis des langen und mühsamen Kampfes, der langen und schwierigen Entwicklung der Menschheit selbst.

Parteigenossen, wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich kommen hier zusammen in einer harten Zeit. Wir stehen kurz nach den Wahlen, die einen Gradmesser gebildet haben für unsere Kraft und Entwicklung, Wahlen, deren Ausfall gezeigt hat, daß wir vorwärts gehen, trotzdem der Weg schwieriger wird. Schwieriger, weil die Entwicklung der Klassengegensätze es mit sich bringt, weil das Erwachen des politischen Lebens in Oesterreich und nicht zuletzt das allgemeine Wahlrecht zur Folge haben, daß nicht

nur wir stärker werden, sondern daß auch unsere Klassen- und unsere politischen Gegner wehrhafter werden. Wir haben politische Schulung in das Proletariat getragen, aber wir müssen anerkennen, daß die Methode, zu kämpfen, nicht nur das Proletariat von uns gelernt hat, sondern auch die Gegner, und wir müssen anerkennen, daß, während bei den ersten Wahlen auf Seite der Gegner wenige Anfänge der Organisation, wenige Anfänge eines wirklich überlegten Widerstandes zu sehen waren, wir bei diesen Wahlen bereits einen organisierten Widerstand, und zwar einen sehr intensiven zu bekämpfen hatten. Allerdings, so wie das Bürgertum alle unsere Ideen verdirbt und verzerrt, so hat es auch die Methoden des Kampfes, die Methode der Organisation, die es zum großen Teil von uns übernommen hat, verzerrt, verdorben und korrumpiert. Wir sind gegenübergestanden nicht nur loyaler Gegnerschaft und loyaler Organisation, sondern einem Zwange, einem Terrorismus, einer Verfälschung, einem Verleumdungsfeldzug, den wir selbst kaum für möglich gehalten haben.

Aber lassen wir uns durch die äußeren Formen dieses Kampfes nicht beirren, über sie kann das Urteil nicht schwankend sein; lassen wir uns darüber nicht täuschen, daß etwa bloß die Mängel an politischer Moral schuld sind, daß wir einen härteren Kampf haben! Im Gegenteil, seien wir uns vollständig bewußt, daß unsere Gegner, daß die Gegner der Arbeiterklasse immer mehr anfangen zu spüren auch in Oesterreich, was die Sozialdemokratie für sie bedeutet. Sie fangen an, es immer mehr zu verspüren, daß es sich hier um Gegensätze und einen Kampf handelt, der ihnen an das Leben geht, und weil sie das so lebhaft empfinden, setzen sie sich ganz anders zur Wehr, als das früher war. Das ist der Grund, warum wir neben großen Erfolgen Niederlagen erlitten haben.

Ich bin nicht der Ansicht, daß wir uns das verbergen sollen, und daß wir darüber hinweggehen sollen und uns selbst darüber täuschen. Das Wahlglück entscheidet oft nach Zufälligkeiten und ein paar Stimmen können mitunter das Schicksal eines Wahlkreises entscheiden. Nicht das ist entscheidend, ob wir einen Bezirk verloren und einen anderen gewonnen haben. Sicher ist, daß wir es bei dieser Wahl mit der geschlossenen und entschlossenen vereinigten Kraft aller Klassen gegen das Proletariat zu tun hatten. Und bei künftigen Wahlen wird es erst recht der Fall sein. Nun ist kein Zweifel, daß nicht nur die Angriffe der Gegner, sondern gewiß unsere eigenen Mängel, unsere eigenen Fehler und unsere eigenen Unterlassungen und Schwächen auch dazu beigetragen haben, das Resultat so zu gestalten, eben wie es gekommen ist, ebenso wie auf der anderen Seite unsere Kraft, unser Eifer, unsere Opferwilligkeit den Sieg herbeigeführt haben.

Es ist kein Zweifel, daß unsere Partei nicht imstande gewesen ist — das wollen wir heute, wo wir eine politische Arbeit beginnen, offen bekennen — in der kurzen Zeit von der Beendigung des Wahlkampfes bis heute den Boden, der aufgerissen und aufgepflügt war, überall entsprechend durchzuarbeiten, agitatorisch, erzieherisch, vor allem aber organisatorisch. Parteigenossen! Wir wollen uns darüber klar sein, daß es die wichtigste Aufgabe dieses Parteitages ist, sich über diese Mängel und Lücken Rechenschaft zu geben und, wo es möglich ist, zu helfen und zu bessern.

Parteigenossen! Ich würde meiner Aufgabe schlecht entsprechen, wenn ich nicht kurz streife, daß wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich einer österreichischen Internationale angehören und daß diese österreichische Internationale im Begriff ist, eine schwere Krise durchzumachen. Es wird Gegenstand und Aufgabe dieses Parteitages sein, die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie innerhalb dieser Krisis festzustellen und uns den Weg vorzuzeichnen, den wir für die Zukunft zu gehen haben.

Parteigenossen, diese Schwierigkeiten treffen uns in einer Zeit, die mehr als gewöhnlich ernst ist und die an die Kaltblütigkeit und Entschlossenheit der Sozialdemokratie in der nächsten Zukunft große Anforderungen stellen wird. Ich will nur kurz darauf verweisen, daß die allgemeine Weltlage so ist, daß wir nicht wissen, was uns in der allerkürzesten Zeit an äußerer Entwicklung bevorsteht und welche innere Schwierigkeiten auch für uns dadurch entstehen. Aber sicher ist, daß wir heute einem Aufbäumen der besitzenden Klassen gegenüberstehen, das gegen uns gerichtet ist, und daß wir einer Regierung gegenüberstehen, die zwar ratlos ist in allen Fragen, die zu lösen ihre eigentliche Aufgabe ist, die aber gerade darum glaubt, als einzigen Rettungsanker, als einzigen Punkt, in dem sie ihre Macht und ihre Weisheit zeigen kann, proklamieren zu müssen den Krieg gegen die Sozialdemokratie.

Auf welcher Grundlage diese letzten Dinge aufgewachsen sind, wissen wir. Wir leben in einer Zeit, die der ganzen Bevölkerung, weit über die Arbeiterschaft hinaus, die schwere Not des Tages drückend macht. Es sind nicht nur die Hungerlöhne des Proletariats, die überall sind, die empfindlicher sind, als sie es waren, und die hoffentlich von Tag zu Tag mehr im Proletariat den Widerstand auslösen werden; darüber hinaus sind weiter darüber gelagerte Mittelschichten geplagt durch die Teuerung aller Lebensmittel, durch die Wohnungsnot, und nun macht sich ein Widerstand geltend und es beginnen nach und nach nicht die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sondern darüber hinaus weite Schichten uns zu glauben, daß die Not neben der Wurzel, die sich nicht durch augenblickliche Politik beseitigen läßt, neben der kapitalistischen Ordnung auch noch eine andere Wurzel hat, den Egoismus, die schrankenlos gewaltige Aktion der agrarischen und industriellen, miteinander verbündeten, ausbeutenden Klassen, daß die Gesetzgebung es ist, die ein Mittel der Ausbeutung geworden ist, weit über den Rahmen der Notwendigkeit. Nun sehen wir die Teuerung als ein neues Moment der Erregung. Wir Sozialdemokraten haben im Parlament und außerhalb des Parlaments das Recht auf Ernährung geltend gemacht, dieses Recht, das eingeschränkt wird durch den Agrarismus. Heute hat sich der Kampf zugespitzt auf die Frage, ob man unsere Ernährung durch Einfuhr von Fleisch verbessern könnte. Wir sehen einen Minister, der erklärt — vorgestern erst — er bleibe dabei, daß Oesterreichs Ernährung abhängig gemacht wird von Ungarn, das heißt von den Agrariern diesseits und jenseits.

Wir sehen einen Minister, der den Beamten und Eisenbahnern, die in Oesterreich eine noch größere Rolle spielen als in vielen anderen Staaten, ihrer Unruhe und ihren Forderungen gegenüber zu sagen wagt: „Ihr habt zu schweigen!" Die größte Energie will er anwenden, um ihren Widerstand zu brechen. Nun fragen wir: was bedeutet das, wenn der Ministerpräsident Gautsch eine Rede hält, in der jedes Wort eine Provokation ist? Eine Provokation gegen die Arbeiterklasse, der er sagt: „Ihr beklagt euch, daß es euch schlecht geht. Eure Lebenshaltung ist eben zu schnell gewachsen!" Eine Provokation gegenüber den Beamten, denen er sagt: „Man kann doch nicht alle paar Jahre mit Forderungen kommen!" Eine Provokation schließlich gegen die Eisenbahner am allermeisten, denen er jeden Widerstand direkt als Verbrechen anrechnet. Parteigenossen, ich möchte auf diesen Umstand Ihre Aufmerksamkeit lenken, als ein Symptom dessen, wovor wir stehen. Die Regierung, für die Herr Gautsch spricht, sieht dem Kampf der Eisenbahner offenbar — das spricht aus jedem seiner Worte — mit einer wahren Sehnsucht entgegen. Er provoziert, weil er den Kampf will. Die Regierung drängt darauf, zu zeigen, wie stark sie ist. Wir wissen es ja genau, die Einberufungskarten zum Militär liegen längst bereit, die Armbinden für die Unterkommandanten liegen bereit und bereit liegen die Zirkulare, wer im

Moment des Kampfes verhaftet oder mindestens gemaßregelt werden soll. Das alles ist prachtvoll vorbereitet. Die Regierung hat in diesem Moment keinen anderen Wunsch, als den, wenn der Kampf eintritt, ihn nicht etwa so wenig empfindlich für die anderen unbeteiligten Klassen der Bevölkerung zu machen, sondern im Gegenteil, ihn so empfindlich zu machen als es möglich ist, weil Herr Gautsch das Bedürfnis hat, da er doch nichts anderes zu retten vermag, mindestens als Ordnungsretter zu erscheinen. Das ist eine Lehre nicht nur für die Eisenbahner.

Sie erinnern sich an jene Sitzung, die unterbrochen wurde durch die Schüsse jenes armen Menschen, der gewiß nicht gewußt hat, was er tat. Sie erinnern sich, wie sofort die ganze Meute, die Regierung an der Spitze, aufschäumte gegen uns, und, als ob diese Schüsse von ihnen bestellt worden wären, gegen uns losgegangen ist, gegen uns, die Terroristen. Das ist das Schlagwort, unter dem man gegen uns kämpft. Vom Ministerpräsidenten bis zum letzten kleinen Mitglied des Nationalverbandes möchten sie alle die Scharfmacher gegen uns spielen. Sie wissen doch nicht, die Armen im Geiste, daß sie mit dieser Taktik, verblendet wie sie sind, uns Schichten zutreiben, die es wahrhaftig noch lange nicht notwendig hätten, Sozialdemokraten zu sein. (Lebhafter Beifall.) Sie begreifen nicht, daß, wenn sie aus Oesterreich eine Art Preußen machen wollen, man mit großen Worten noch lange nicht preußische Regierung spielen kann. Die starke Hand draußen, die hat etwas als Gegengewicht, ein bißchen Ordnung und Akkuratesse. Bei uns: starke Hand und Schlamperei wie bisher, das geht nicht. (Heiterkeit.) Für den starken Mann der Ordnung in Oesterreich, für Streiche aller Art, Staatsstreiche, kluge Streiche und dumme Streiche fehlt hier alles. Wenn Herr Gautsch meint, er könne den ganzen bureaukratischen Apparat — was hat er denn schließlich? Schießen kann man doch nicht alle Tage — gegen uns anwenden, wenn er die ausgebeuteten Instrumente der Ausbeutung, die unterdrückten Instrumente dieser Unterdrückung, alle die Räder der bureaukratischen Maschinerie in demselben Moment, da er sie niedertrampeln, beleidigen, provozieren will, gegen uns in Bewegung setzen will, so ist das eine Torheit.

Wir können uns aber an der geringen Einsicht unserer Gegner nicht begnügen lassen. So erwünscht es ist, daß wir keine gescheiteren Gegner haben, so sehr wir entschlossen sind, jeden Fehler, den diese Leute machen, auf das äußerste auszunützen, so wenig können wir uns darauf verlassen. Parteigenossen, wir müssen das Bewußtsein haben, daß wir einer Zeit entgegengehen, die doppelte Anforderungen an uns stellen wird in jeder Beziehung: Anforderungen an Tapferkeit — ich spreche vielleicht manchen von Ihnen aus dem Herzen: wenn es noch einmal kommen soll, wir provozieren ja nicht, aber weil es einmal kommen soll und die den Kampf wollen, so wie man sich vor zehn, zwanzig und dreißig Jahren mit der ganzen Person einsetzen mußte (Stürmischer Beifall und Händeklatschen), wohlan, sie sollen nur kommen! (Neuerlicher stürmischer Beifall.) Sie sollen nur kommen! Ich sehe eine ganze Menge junger Leute da, die gar nicht wissen, wie ein Landesgericht innen aussieht. (Heiterkeit.) Ich glaube zwar nicht, daß dies ein Mangel der Erziehung ist (Heiterkeit), der um jeden Preis gutgemacht werden muß, aber wenn es sein muß: wir werden nicht diejenigen sein, die weichen. Wenn man, wie es gewisse Stellen in den Aeußerungen des Ministerpräsidenten andeuten, es wagen sollte, unsere Organisation anzutasten, dann kann man sich gefaßt machen, daß man sich an diesem Granit die Zähne ausbeißen wird. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Parteigenossen, gewiß brauchen wir Mut, aber, um es gleich zu sagen, wir brauchen auch Selbstzucht, Selbstbeherrschung, Besonnenheit, mehr als je. Je mehr es wahrscheinlich wird und je mehr die Gefahr besteht, daß Opfer zu bringen sein werden, um so notwendiger ist es, sparsam zu sein mit solchen Opfern und nur dann die Gelegenheit dazu zu

geben, wenn es unbedingt notwendig ist. Da möchte ich schon sagen, daß wir in dieser Zeit doppelten Grund haben, das Bewußtsein der Disziplin in unserer Partei zu stärken, daß wir Grund haben, die Vertrauensmänner aufzufordern, ihre Verantwortung bei jedem Schritt doppelt zu prüfen. Wir fürchten uns nicht. Herr Baron Gautsch hat gesagt, er habe die Gefahr erkannt und habe sofort die nötigen Vorkehrungen mit aller Energie getroffen. Was hat er zu tun gewußt nach dem 17. September? Er hat seine Richter gegen die armen Opfer gehetzt, das ist alles. Parteigenossen, es werden aber auch andere Methoden angewendet. Da ist es unsere Pflicht, fest und unerschrocken unsere Arbeit zu verrichten. Wir könnten, wenn wir bloß den Blick zurücklenken auf die Geschichte unserer Partei in Oesterreich, wirklich stolz sein, wir könnten uns vom Gefühl der Befriedigung durchdringen lassen, daß der Aufstieg des Proletariats in Oesterreich in einem solchen Sprung sich vollzog, wie nicht bald in einem anderen Staate. Aber lassen wir uns nicht dadurch zum Glauben verleiten, daß wir auch weiterhin immer so schnelle Erfolge haben werden, daß wir alle Früchte so rasch pflücken werden. Seien wir im Gegenteil darauf gefaßt, daß die Sozialdemokratie allerdings der Anwalt des arbeitenden Volkes ist, daß sie aber angewiesen ist, die bewegende Kraft und das Mittel darzustellen, wodurch sich das Proletariat Geltung verschafft. Seien wir uns bewußt, daß, welche Erfolge wir auch in anderen Schichten von Zeit zu Zeit erzielen mögen, der Kern und die Wurzel, die eigentliche Kraft der Partei das klassenbewußte Proletariat ist, und dieses allein. Indem wir dies aussprechen, versagen wir unser Interesse und unsere Hilfe keinem großen Gedanken und keiner großen Not, mag dieser Gedanke Träger haben wo immer und mag diese Not empfunden werden von wem immer. Je getreuer die Sozialdemokratie ihrem politischen Programm und ihrem Klassenstandpunkt ist, je getreuer sie der innersten Notwendigkeit ist, aus der sie ihre Berechtigung zieht, je mehr sie das ist, um so mehr wirkt sie für die Zukunft nicht allein des Proletariats, sondern auch des ganzen Volkes.

Wir gehen nun an die Arbeit!

Möge unser Parteitag zur Verfolgung unseres Zieles beitragen, mögen die Beschlüsse, die hier gefaßt werden, einzig und allein getragen werden von der kühlen Erwägung der Notwendigkeiten der Partei, von der besonnenen Ueberlegung dessen, was das Proletariat braucht. Mögen diese Beschlüsse erwünschte Früchte bringen. Bleiben wir uns selbst getreu, denn nur von uns kann eine Gefahr kommen, Gefahren von draußen, die fürchten wir nicht. Je mehr, je besser! Wir sind im Kampfe geboren, wir wachsen im Kampfe und wollen groß werden im Kampfe. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne, hoffe ich, werden Sie Ihre Verhandlungen führen. Damit erkläre ich den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie für eröffnet. (Großer Beifall.)

Skaret: Ich beantrage, folgende Genossen in das Präsidium zu wählen: Vorsitzende: Pernerstorfer (Wien), Abram (Innsbruck), Tomschik (Wien); Schriftführer: De Witte (Karlsbad), Menz (Meran), Paul Richter (Wien) und Genossin Proft (Wien).

Die Wahl wird diesem Vorschlag gemäß vorgenommen und Pernerstorfer übernimmt den Vorsitz.

Pernerstorfer: Im Namen der Gewählten erkläre ich, daß wir die Wahl annehmen und Ihnen für Ihr Vertrauen danken. Es obliegt mir die traurige Pflicht, jener zu gedenken, die seit der Abhaltung des letzten Parteitages in Reichenberg gestorben sind. (Die Delegierten erheben sich von den Sitzen.) Es sind das der Genosse Josef Barth, der als Reichsratsabgeordneter verschieden ist, den ein langes, man kann sagen, sein ganzes Leben währendes Leiden nicht abgehalten hat, seine Pflicht als Parteigenosse zu erfüllen; weiter der Genosse Alois Pokorny, dessen sich die Aelteren wohl alle erinnern werden; dann des Genossen Josef Ulbrich

in Reichenberg, der Genossen Eduard *Zacharias*, Adolf *Albrecht*, Heinrich *Dietl*, der Genossin *Novak-Krasa*, der Genossen Franz *Auer* und Josef *Schuster*. Das sind die Genossen, die wir in unserem Bericht erwähnen und deren Tod wir aufrichtig beklagen. Sie alle, Aeltere oder Jüngere, haben in der Bewegung ihre Rolle gespielt und haben durch ihr ganzes Leben hindurch der Sache der Sozialdemokratie ihre Dienste geweiht. Lassen Sie mich aber auch eines Toten gedenken, der nicht unserem Lande, der der Sozialdemokratie Deutschlands angehörte und den wir dieses Jahr begraben haben: Lassen Sie mich Paul *Singers* gedenken, jenes unermüdlichen Vorkämpfers unserer großen Sache, der vielen Genossen ja persönlich bekannt war, den wir bei internationalen Kongressen mit immer gleicher Frische, mit immer derselben Bereitschaft präsidieren haben sehen, der eines der wertvollsten Glieder der Sozialdemokratie war. Wenn wir die Verstorbenen bei ihren Namen nannten, lassen Sie uns aber auch aller gedenken, die wir nicht mit Namen anführen konnten und deren gewiß eine große Zahl ist, die in diesen Jahren dahingegangen sind. Es sind sicherlich unter ihnen *viele aufopferungsvolle Genossen*, die der Sache des Sozialismus ihre Dienste gewidmet haben. Wir werden ihr Angedenken immer in Ehren halten.

Nun lassen Sie mich aber auch ein Wort der Erinnerung besonders jenen weihen, die am 17. September d. J. *Opfer der brutalen Polizei- und Militärgewalt* geworden sind. Ich darf hier wohl sagen: *unschuldige Opfer*. Ich meine nicht allein die drei, die ihre Beteiligung an den Vorgängen des 17. September — eine Beteiligung, die wahrhaftig nur eine zufällige war — mit dem Tode haben bezahlen müssen. Lassen Sie mich auch derer gedenken, die richterlichen Urteilen zum Opfer gefallen sind, die ebenfalls zu nichts anderem führen werden als zu einer neuen *Stärkung unserer Reihen*. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist eine ernste Zeit, die uns in Innsbruck zusammenführt zu ernsten und würdigen Beratungen. *Tirol* war immer ein Land der Reaktion; hieher, so dachte man, dringt das Licht nicht, die Berge versperren ihm die Wege. Aber zur gleichen Zeit, da in ganz Oesterreich die Arbeiterbewegung erwachte, konnte es nicht fehlen, daß sich in einem, wenn auch kleinen Kreise auch hier Männer zusammengefunden haben, die für die Sozialdemokratie zu kämpfen begonnen haben. Es sind schon mehr als 40 Jahre, daß die Arbeiterbewegung hier eine Stätte gefunden hat. Gestatten Sie, daß ich auch die Freude darüber ausdrücke, daß unser alter *Holzhammer* uns begrüßt hat. Hier in diesem schönen Lande, wo die herrschende Macht gedacht hat, ihre Herrschaft zu stabilisieren, ist es nicht gelungen, der Sozialdemokratie den Eintritt zu verwehren. Wenn auch die Sozialdemokratie hier nicht stark ist — es fehlt die industrielle Entwicklung — wir wissen, *daß die Tiroler Genossen zu unseren besten gehören*; wenn es auch langsam dahingekommen ist: heute haben wir blühende Organisationen im Lande.

Erlauben Sie, daß ich an *ein persönliches Erlebnis* anknüpfe: Im Jahre 1896 habe ich zum erstenmal in Tirol gesprochen, hier in diesem Saale. Für den nächsten Tag veranstalteten einige herzhafte Männer — ich erinnere mich an den vor kurzem gestorbenen Eisenbahner Paul *Singer* — eine Versammlung in *Landeck*. Auf der Fahrt sah ich von den Bergen überall große Scharen Menschen herabgehen. Ich mußte nicht lange warten, um zu erfahren, was das für Menschen waren. Die Versammlung war in einem großen Gasthausgarten. Als meine zwei Freunde und ich hinkamen, strömten von allen Seiten die Bauern herbei, an ihrer Spitze die Kapläne, und wir drei Sozialisten sahen uns 1000 Bauern und 30 geistlichen Herren gegenüber. Sie können sich denken, es wurde ein erinnerungsreicher Tag für mich. (Heiterkeit.) Natürlich wählte die Versammlung einen klerikalen Vorsitzenden. Sie wollten mich hören und haben mir das Wort erteilt. Ich habe auch eine Zeitlang gesprochen, bis ich auf den

Sozialismus und auf Jesus Christus zu sprechen kam. Das schien den geistlichen Herren eine Gewerbestörung zu sein und sie setzten durch, daß mir das Wort entzogen wurde. Dann kamen die Klerikalen zum Worte. Sie können sich denken, was wir alles zu hören bekamen. (Heiterkeit.) Aber mitgehangen, mitgefangen, dachte ich. (Heiterkeit.) Nach jedem Redner meldete ich mich zum Worte. Ich bekam es aber kein einzigesmal und geschlossen wurde diese Versammlung mit dem Herz Jesu-Liede — es war das einzigemal, daß ich das in einer Versammlung mitgemacht habe. Nun erzählen mir die Genossen, daß jetzt sehr häufig dort Versammlungen stattfinden und daß sich die Klerikalen nicht mehr hinzukommen trauen; mit anderen Worten: daß diese Burg des Klerikalismus heute ein sicherer Sitz unserer Partei ist. Es hat sich eine kleine Industrie dort entwickelt und jetzt sitzen wir dort fest. Das ist eines der vielen Beispiele, wie wir mehr und mehr eindringen. Auch in diesem Lande haben wir Fuß gefaßt und sind nicht mehr zu vertreiben; in alle Täler kommen wir und unsere wackeren Genossen geben sich alle Mühe, vorwärtszuschreiten. Das, was ich hier erlebt habe, ist ein Bild unserer Bestrebungen überhaupt. (Beifall.)

Die Schwierigkeiten, auch die, mit denen wir uns auf diesem Parteitag zu beschäftigen haben werden, sind groß, aber wir werden sie überwinden. Wir sind in der glücklichen Lage des Steinklopferhans: „Uns kann nichts g'schehn!" (Beifall.) Mögen sie machen, was sie wollen, oben oder unten: wir gehen vorwärts. Meere verbinden, Berge trennen, heißt es; aber auch die Berge trennen uns nicht — wir haben sogar auf einem dieser Berge ein sozialistisches Schutzhaus gebaut — (Heiterkeit), für uns gibt es kein Hindernis, kein Hemmnis. So wie wir in das klerikale Tirol gekommen sind, so in alle Länder der Welt. Und überall bewegt es sich ganz seltsam. Selbst die Länder, von denen man glaubte, sie seien der Hort ewigen und unbesieglichen Stillstandes, werden von unseren Ideen erobert. Und weil wir vom Geiste des ewigen Fortschritts beseelt sind, können uns widrige Hindernisse zwar für einen Augenblick betrüben, aber sie können uns nicht den Mut, nicht die Zuversicht, nicht die Zukunft rauben. Wir wissen: die Welt ist unser, der Sieg ist unser, die Zukunft ist unser! (Beifallssturm.) Nun habe ich die sehr angenehme Pflicht, unsere Gäste, die Delegierten fremder Parteien, zu begrüßen. Von der deutschen sozialdemokratischen Partei, deren Erfolge uns immer so freuen wie unsere eigenen, sind erschienen die Mitglieder des Parteivorstandes Genosse Müller und Genossin Zietz. (Lebhafter Beifall.) Es macht mir eine besondere Freude, dem Parteitag mitteilen zu können, daß auch unser alter österreichischer Genosse Kautsky auf dem Parteitag anwesend ist. (Lebhafter Beifall.) Als Vertreter der russischen sozialdemokratischen Partei begrüße ich Genossen Trotzky, als Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie Genossen Dr. Kunfi. Von unseren österreichischen Bruderparteien sind erschienen als Vertreter der italienischen Sozialdemokratie die Genossen Pittoni und Oliva, als Vertreter der ruthenischen Sozialdemokratie Genosse Wityk, als Vertreter der slowenischen Sozialdemokratie Genosse Kristan. Ich darf wohl im Namen des Parteitages erklären, daß wir durch den Besuch dieser hochverehrten Gäste sehr erfreut sind und sie alle herzlich willkommen heißen. (Lebhafter Beifall.)

Müller (Berlin): Verehrte Genossen und Genossinnen! Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat mich beauftragt, Ihnen die herzlichsten Grüße der deutschen Sozialdemokratie zu übermitteln. Ich brauche eigentlich nicht zu versichern, wie gern ich diese angenehme Pflicht in dem schönen Innsbruck erfülle. Die deutsche sozialdemokratische Partei hat von jeher die Vorgänge in den ausländischen

Bruderparteien mit dem größten Interesse verfolgt. Die deutsche Partei war ja von der Stunde der Geburt an eine ausgesprochen internationale Partei. Die deutsche Partei hat niemals den Internationalismus nur als Dekoration betrachtet (Lebhafter Beifall), sie war mit ganzem Herzen und mit ganzer Seele dabei. Sie hat den Internationalismus auch niemals als eine besonders geistreiche Erfindung betrachtet, die man im gegebenen Fall zum Zwecke besserer Erfolge durch ein noch schöneres Patent ersetzen kann, sie ist immer auf dem Standpunkt gestanden, daß der Internationalismus eine Lebensnotwendigkeit für das klassenbewußte Proletariat aller Länder ist und unserer ganzen Auffassung der Notwendigkeiten des Klassenkampfes entspricht. Nicht nur aus diesen theoretischen Erwägungen heraus haben wir uns um die Vorgänge im Ausland gekümmert, auch praktische Gründe veranlassen uns dazu. Sie wissen, das Deutsche Reich ist in Europa das Reich der Mitte (Heiterkeit), es ist von einer ganzen Reihe von Ländern umgeben, zu denen es in engen wirtschaftlichen Beziehungen steht. Das zwingt uns, immer wieder den Blick über die Landesgrenzen hinaus zu richten und unseren Brüdern jenseits der Grenze die Hände zu reichen. Unter allen Grenznachbarn haben wir immer das meiste Interesse für die deutschösterreichische Partei gehabt, mit der wir durch die Sprache und durch eine reiche Literatur verbunden sind. Wir haben Ihnen gewiß viel gegeben im Laufe der Jahrzehnte, aber auch viel herübergenommen. In den letzten Jahren hat die österreichische Partei besonders befruchtend auf die deutschen Verhältnisse gewirkt. Ich erinnere an die Zeit, da wir im größten und reaktionärsten Bundesstaat, in Preußen, darangegangen sind, uns mit der Wahlrechtsfrage zu befassen. Da war es der Kampf, den Sie in Oesterreich jahrelang durchgefochten haben, der unserem Kampf gegen einen starken Gegner neue Kampfmethoden lieferte. Da haben wir Ihre Kräfte kennen gelernt und bewundert und aus dem Erfolg Ihrer Kämpfe die Hoffnung gezogen, daß es auch uns in nicht zu langer Zeit noch in der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung gelingen wird, das Bollwerk der Reaktion niederzuringen und dem freien Wahlrecht zum Siege zu verhelfen, wie Sie in Oesterreich es durchgesetzt haben.

Sie wissen, daß uns das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag vom Bismarck geschenkt worden ist, daß wir den Kampf nicht zu kämpfen hatten, den Sie in Oesterreich führen mußten. Wir haben mit größtem Interesse verfolgt, welche Erfolge Sie mit dem Wahlrecht errangen. Wir waren mit ganzem Herzen dabei, als Sie im Jahre 1907 den glänzenden Sieg davontrugen und wir haben heuer mit großer Spannung auf die Ergebnisse Ihrer Wahlen gewartet. Wir wußten, daß es zum zweitenmal schon schwieriger sein würde, einen solchen Sieg zu erfechten wie das erstemal, nachdem auch der Gegner das Terrain besser erprobt und sich besser gerüstet hatte. Wir wissen auch, wie schwer es ist, solch einen zweiten Sieg zu erringen und alle die festzuhalten, die das erstemal als Mitläufer dabei waren. Es gibt Leute, die glauben, daß mit einem solchen Sieg eine Weltenwende beginnt, daß die Brot- und Fleischpreise fallen bei achtzig oder neunzig Sozialdemokraten in einem Parlament. Wir wissen, wie viele Enttäuschte es da gibt, die sich sagen: „Jetzt haben wir sozialdemokratisch gewählt und es hat auch nichts genützt!" Um so mehr hat es uns gefreut, daß es Ihnen gelungen ist, auch Ihren zweiten Waffengang unter dem gleichen Wahlrecht so glänzend zu gestalten. Besondere Freude hat es uns gemacht, daß es Ihnen möglich war, der Demagogie par excellence, dem Klerikalismus in Wien, die große Niederlage zu bereiten. Das hatte seine Wirkung bis über die Grenze, tief ins Deutsche Reich hinein. Auch bei uns spielt der Klerikalismus eine große Rolle und er hat noch feste Wurzeln in den rückständigen ländlichen Bezirken. Auch bei uns haben aber die Klerikalen besonders Wert darauf gelegt, auch in den katholischen Großstädten Erfolge zu haben, in Aachen,

Köln, Breslau, Düsseldorf. In Düsseldorf ist es gelungen, ihnen das Mandat abzunehmen. Wir hoffen, daß noch mancher Bezirk uns anheimfällt und daß sich der Klerikalismus noch manche Schlappe holt. Wir wissen, daß dieser Kampf schwer ist und auch bei uns mit genau denselben Mitteln geführt wird, wie sie Adler bezeichnet hat. Ja sogar die Tatsachen, die die Oesterreicher zunächst betreffen, werden in unserem Wahlkampf eine größere Rolle spielen. Wir haben gesehen, wie die deutschen Vertreter der grünen Internationale, die Agrarier, eine wahre Freude empfanden über die Teuerungskrawalle vom 17. September — bei Ihnen ist ja die Teuerung noch schlimmer in Erscheinung getreten als bei uns — und wenn es nach unseren Gegnern ginge, besonders nach den agrarischen, müßten wir am 12. Jänner die Fensterscheiben mitbezahlen, die in Ottakring eingeschlagen worden sind. (Heiterkeit.) Aber ich glaube, diesmal werden sich die Gegner fein schneiden. Die Teuerung hat die Schichten aufgerüttelt, die früher nicht daran dachten, mit der Sozialdemokratie in Berührung zu kommen. Bei einer Beratung über indirekte Steuern hat Bismarck gesagt, daß Bier, Zigarren und Tabak Luxusartikel der breiten Massen seien. Heute sind Brot und Milch Luxusartikel der breiten Massen. (Beifall.) Es wäre sonderbar, wenn die Demonstrationsvorträge über die Teuerung, die man jeden Tag in jedem Haushalt vernimmt, bei den Wahlen keine Wirkung hätten. (Sehr richtig!)

Nicht nur die Teuerungskrawalle werden in diesem Wahlkampf eine Rolle spielen, sondern auch der kleine arme Dalmatiner, der in Ihrem Parlament geschossen hat, wird aufmarschieren als eine Art Nationalheiliger. In den früheren Wahlkämpfen mußten immer Hödel und Dr. Nobiling gegen uns herhalten. Sie sind ein bißchen abgegriffen infolge der starken Benützung. (Heiterkeit.) Unsere Gegner sehnen sich nach etwas Neuem, und sie glauben, daß dieser Njegusch ein neuer Dr. Nobiling im Westentaschenformat ist, den sie uns anhängen können. Aber das wird ihnen nicht gelingen. Wir haben zwar Austauschprofessoren, aber Austauschattentäter, so weit wollen wir es auch im Wilhelminischen Zeitalter nicht treiben. (Heiterkeit.)

Möge unser Wahlkampf auch so glänzend wie möglich ausgehen, wir sind überzeugt, daß wir in den Schlachten, die mit dem Stimmzettel ausgefochten werden, aus der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine sozialistische nicht machen können. Wir wissen, wie ernst diese Zeiten des Imperialismus sind, Zeiten, auf die wie noch niemals vorher das Wort des Mephisto Anwendung findet:

> Krieg, Handel und Piraterie,
> Dreieinig sind sie, nicht zu trennen.

(Heiterkeit.) Wir wissen, wie es in diesen Zeiten des Imperialismus ankommt auf die Organisierung, auf die Aufklärung, auf die Disziplinierung und auf die Erziehung zur Tapferkeit der breiten Massen, die zu uns gehören. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir Ihren Bericht verfolgen, finden wir, daß Sie auf diesem Gebiet Vorzügliches geleistet haben. Adler ist zwar nicht ganz zufrieden, er ist ein echter und rechter Sozialdemokrat, der auf diesem Gebiet nie genug bekommen kann. Wir waren aber mit Ihnen zufrieden, und wir wünschen, daß auch dieser Parteitag dazu beitrage, daß die Organisations- und Aufklärungsarbeit auch weiter so schöne Fortschritte mache. Wir wissen, daß dies gelingen wird und daß Sie nach wie vor einer der blühendsten Zweige am Baume der Internationale sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Es erhält nun, mit einem Beifallssturm begrüßt, das Wort. **Kautsky:** Werte Genossen! Ich bin in einiger Verlegenheit, wenn ich sagen soll, im

Namen welcher Nation ich spreche. Denn, Genossen, ich habe den eigenartigen Vorzug, gar keiner anzugehören. Pernerstorfer war so freundlich, meiner als alten Oesterreichers zu gedenken. Ich bin Oesterreicher, auch alt dazu, aber ebenso bin ich Reichsdeutscher. Im Namen der deutschen Sozialdemokraten Sie zu begrüßen, ist aber nicht nötig, weil es Müller schon getan hat. Ich bin immer noch Oesterreicher insofern, als ich mich mit euch inniger vereinigt fühle als bloß durch die Bande der Internationalität; ich kenne auch die österreichische Misere und weiß, welche Schwierigkeiten hier zu überwinden sind; ich war aber lange genug im Ausland, so daß ich auch weiß, welche Kluft Oesterreich davon trennt, ein moderner Kulturstaat zu sein. Ich bin aber auch Tscheche und Deutscher. Wenn die nationale Separation streng durchgeführt würde, müßte ich mich in zwei Teile schneiden und ich wage nicht zu sagen, auf welche Seite meine schönere Hälfte fiele. (Heiterkeit.) Ich stamme von einem tschechischen Vater und einer deutschen Mutter und ich bin bis zu meinem siebzehnten Lebensjahr ein fanatischer tschechischer Nationalist gewesen, der in jedem Deutschen den Erbfeind sah, und kannte keine schwerere Sünde, als Deutscher zu sein. Ich habe noch den ganzen Unverstand des Nationalismus am eigenen Leibe erfahren, ebenso habe ich aber auch das Zaubermittel erfahren, das den Nationalismus überwindet, und deshalb spreche ich zu Ihnen von diesen persönlichen Dingen. Ich war Nationalist, als die Tschechen rebellisch waren. Ich träumte damals von einer taboritischen tschechischen Republik. Als die Pariser Arbeiter rebellierten, interessierte ich mich dafür und so lernte ich das Ideal des Sozialismus kennen. Da verschwand vor diesem großen, herrlichen Ideal die ganze nationalistische Beschränktheit. Ich sah, wie klein das nationalistische und wie groß und erhaben das sozialistische Ideal ist. Je mehr Sie, Genossen, dieses Ideal pflegen, nicht bloß in der Gestalt alltäglicher Realpolitik, sondern im Ziele, im Endziel, im Sinne des wirklich revolutionären Sozialismus, um so leichter werden Sie mit dem Nationalismus fertig werden.

Den Kampf gegen den Nationalismus führt das österreichische Proletariat seit seinem Beginn. Er ist zwar eine österreichische Angelegenheit, zugleich aber ein Interesse der Proletarier aller Länder. Wenn ihr euch hier besonders mit der Frage der Internationalität beschäftigen werdet, werdet ihr auch im Interesse des gesamten Proletariats aller Länder handeln. Jetzt wird der Nationalismus von der Bourgeoisie immer in den Vordergrund gestellt. Man sucht das Proletariat immer mehr mit Nationalismus zu infizieren, indem man sagt, die Proletarier sollen den Proletariern der anderen Nationen nicht trauen, das seien Konkurrenten, ihre Feinde und nicht ihre Brüder. Die Bourgeoisie ist in das Zeitalter des Imperialismus eingetreten, da sie nur mit diesem den Kapitalismus fortführen kann, der aber sicher früher oder später zum Weltkrieg führen muß. Die kapitalistische Entwicklung führt dahin, daß die Bourgeoisie vor der Frage steht: Sozialismus oder Weltkrieg! Aber das Proletariat ist heute eine gewaltige Macht. Einen Krieg gegen den Willen des Proletariats zu führen, bedeutet eine schwere Verantwortung. Darum sehen wir, daß die Kapitalisten überall das Proletariat nationalistisch zu verhetzen suchen und darum ist eben der Internationalismus eine der wichtigsten praktischen Aufgaben, die wir uns zu setzen haben. (Beifall.)

Die Internationalität ist ein Gebäude, aus dem man nicht willkürlich einen Stein herausreißen kann, ohne die Gefahr eines Zusammensturzes heraufzubeschwören. Wenn sich die Proletarier einer Nation dem nationalen Gedanken ergeben, liegt die Gefahr nahe, daß die der umgebenden Länder davon angesteckt werden und daß die Seuche kein Ende nimmt. Indem wir hier den nationalistischen Gedanken bekämpfen, führen wir einen Kampf im Interesse aller.

Wenn ich auch nicht im Namen einer Nation sprechen kann, kann ich Sie doch mit gutem Wissen versichern, daß die gesamte Internationale Ihre Arbeit mit großem Interesse verfolgt, einmütig auf eurer Seite steht, einmütig eure Beschlüsse gutheißen wird, von denen wir überzeugt sind, daß sie, wie immer sie ausfallen, jedenfalls im Sinne der Internationale gehalten sein werden.

Man hat sich sehr oft gefragt, woher kommt es, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich so stark ist, trotzdem Oesterreich ein vorwiegend agrarisches Land ist und nicht so industriell entwickelt ist wie andere Länder, wo die Sozialdemokratie keineswegs eine solch gewaltige Machtstellung einnimmt. Die Antwort muß dahin gehen, daß hier alle bürgerlichen Parteien bisher national gespalten waren, während die sozialistische Partei einig war, eine Phalanx gegen alle bildete und darum eine Machtstellung einnehmen konnte, die den ökonomischen Zustand des Reiches überragt. Leider scheint es jetzt anders werden zu wollen. Auf einer Seite sehen wir, daß die Gegner, von unserem Fortschritt angetrieben, sich eng aneinander schließen, daß sich die bürgerlichen Parteien aller Nationen zu einer einigen Phalanx zusammenschließen, daß aber wir umgekehrt anfangen, in nationale Parteien auseinanderzufallen. Wenn dieser Prozeß weiterschreitet, wird das ein ungeheurer Nachteil sein. Er muß das Proletariat schwächen, seine Machtstellung erheblich degradieren. Das wäre gerade jetzt ein ungeheurer Schaden; denn schon die nächsten Monate werden die gesamtinternationale Sozialdemokratie vor die schwierigsten Aufgaben stellen. Wir wissen, wie die Teuerung zunimmt und die Kriegsgefahr steigt, wie alles beiträgt, die Klassengegensätze zu verschärfen und die Gegensätze auf das schärfste zu gestalten. Die deutschen Reichstagswahlen werden dazu noch beitragen.

Wir wissen wohl noch nicht, wie die Wahlen im Deutschen Reiche ausfallen werden. Man verbreitet gar oft die phantastischesten Berechnungen. Man darf das nicht ernsthaft nehmen. Man darf nichts Unmögliches verlangen; aber sicher ist, daß die Sozialdemokratie Deutschlands bei den nächsten Wahlen einen gewaltigen Schritt vorwärts machen wird und daß dieser Schritt die bereits nervösen Gegner ganz aus dem Häuschen bringen wird. Eine Aera der Verfolgungen kann daraus hervorgehen. Mein Freund Viktor Adler hat schon darauf hingewiesen, welcher Gefahr wir entgegengehen, wobei jeder einzelne auf seinem Posten wird stehen müssen. Jeder einzelne kann aber nur dann seine Pflicht erfüllen, wenn er sicher ist, daß die gesamte Macht des Proletariats hinter ihm steht. Ich wünsche Ihnen also, daß Ihre Arbeiten nicht nur für die deutsche Sozialdemokratie von Oesterreich von Vorteil sind, sondern daß sie auch ein Schritt weiter sein werden in dem Sinne, daß sie den Wiederzusammenschluß der verschiedenen sozialistischen Parteien Oesterreichs zu einer einheitlichen ehernen Phalanx des Proletariats herbeiführen. Es ist wieder die Zeit gekommen, wo wir mehr als je das Machtwort beherzigen müssen, mit dem Marx und Engels die Revolution von 1848 einleiteten: „Proletarier aller Länder" — oder wie man hier sagen muß: — „Proletarier aller Nationen vereinigt euch!" Wir müssen unsere Reihen schließen, müssen einig vorgehen, dann werden wir nicht nur kämpfen, sondern auch siegen. (Lebhafter Beifall.)

Trotzky: Ich bin vom Auslandsbureau unserer Partei beauftragt, Sie auf diesem Parteitag herzlich zu begrüßen und den Arbeiten Ihres Parteitages, deren Bedeutung und deren Schwierigkeit auch wir zu kennen glauben, den besten Erfolg zu wünschen. Auch in Rußland haben wir die Schwierigkeiten, die Sie in Oesterreich überwunden haben oder noch zu überwinden haben, einigermaßen im Keime. Ob uns die Geschichte erlauben wird, diese Schwierigkeiten im Keime zu ersticken, das wissen wir noch nicht. Jedenfalls sind Ihre Geschichte, Ihre Arbeit, Ihre Schwierigkeiten für uns

eine große Quelle der Belehrung, und unser Interesse für Ihre Partei ist nicht nur das allgemeine Interesse eines Mitgliedes der Internationale für das andere, es ist ein eminentes praktisches Interesse, ich möchte sagen kein platonisches, sondern ein egoistisches. Wenn manche Schwierigkeiten, die Sie hier haben, bei uns noch im Keime sind, sind umgekehrt die Schwierigkeiten, die Sie in den Sechziger- bis Achtzigerjahren zu überwinden hatten, bei uns jetzt in solcher Schärfe wie nirgends anders in der ganzen Internationale.

Wir haben jetzt die schlimmste Epoche hoffentlich hinter uns, die Epoche der auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens siegreichen Konterrevolution, und es ist eine merkwürdige Symbolistik der Geschichte, daß diese Epoche mit dem Tode des Mannes abschließt, der ihr Leiter war, des zarischen Ministerpräsidenten Stolypin. Er war von der Geschichte vollkommen abgenützt, er stand da als absoluter politischer Bankerotteur, und da hat ihn ein dienstbeflissener Schuß eines ihm unterstehenden Lockspitzels von der politischen Bühne beseitigt.

Sie wissen, daß wir russischen Sozialdemokraten, wie übrigens die gesamte Sozialdemokratie immer gegen die terroristische Methode des Kampfes auftraten, weil sie unzweckmäßig ist, weil die Verwirrung, die sie in unseren eigenen Reihen hineinbringt, viel schlimmer ist als die Verwirrung, die sie in die Reihen des Feindes hineinbringt. (Beifall.) Aber Sie werden mich schon verstehen, wenn ich sage, daß wir keinen Grund haben, den Feind, den wir verloren haben, mit bitteren Tränen zu beweinen. Ich muß das hier vor dem Forum der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs konstatieren, weil auch die österreichische sogenannte liberale Presse immer in einem Tone der Ehrerbietung von Stolypin als von einem Gentleman zu sprechen pflegte. Ich muß Ihnen nur mit einigen Zahlen zeigen, was das russische Volk unter diesem Gentleman durchzumachen hatte. Nach den unvollkommenen Zeitungsangaben wurden in Rußland in den Jahren 1905 und 1906 26.183 Menschen massakriert, niedergemetzelt, 31.117 verwundet, 37.348 fielen als Opfer des Pogroms. Die zarischen Gerichte, von Stolypin inspiriert, haben in diesen fünf Jahren 37.620 politische „Verbrecher" verurteilt, darunter 31.000 zu schwerem Kerker oder zur Katorga. Auf dem Wege der administrativen Willkür wurden Hunderttausende verbannt, in ihrer ganzen Existenz ruiniert, nach Sibirien verschickt. Die durchschnittliche Zahl der politischen Verbannten in Sibirien und in den wüsten Nordgouvernements des europäischen Rußland hat in jedem der letzten Jahre nicht weniger als 25.000 betragen und 6992 wurden durch die Kriegsgerichte Stolypins zum Tode verurteilt und 3741 auch wirklich getötet, von ihnen 3015 politische Verbrecher. Das macht ungefähr, wenn ich nicht irre, zwei österreichische Regimenter aus, und es waren nicht die schlechtesten Regimenter. Wenn sich ein Paläontologe nach ein paar Knochen, die er auffindet, den ganzen Typus eines Tieres vorstellen kann, so können Sie sich nach den paar Zahlen, die ich Ihnen angegeben habe — und diese Zahlen stellen auch menschliche Knochen dar — die ganze politische Atmosphäre vorstellen, in der das russische Proletariat zu leben und zu kämpfen, zu atmen oder zu ersticken verdammt ist. Eine unzählige Masse von Zeitungen und Zeitschriften, von Organisationen, politischen und gewerkschaftlichen, legalen und illegalen, wurde in dieser Zeit unterdrückt, durch Schikanen ruiniert oder durch Verhaftungen vernichtet. Die Zahl der Geheimdruckereien allein, die in diesen fünf Jahren von der Polizei unterdrückt wurden, beläuft sich auf zweihundertzweiundfünfzig. Wenn man sich vorstellt, welche Selbstaufopferung es kostet, eine Geheimdruckerei in Rußland einzurichten, so gibt diese Zahl die Vorstellung von der Energie, von der Ausdauer der russischen Arbeiter.

Nun wird ein politischer Skeptiker sagen: „Was hat denn eine Revolution für einen Wert, die zu keinem Resultat führt?" Nun, Genossen, ist

es nicht richtig, daß kein Resultat da wäre. Das Rußland, das wir jetzt vor uns sehen, ist ein ganz anderes Rußland als das vor der Revolution. Wir leben nicht mehr in dem politischen Dunkel, die Klassen haben für sich Parteien gebildet, die Parteien kämpfen um politischen Einfluß vor den Augen der Masse, und was das für eine Quelle der politischen Aufklärung für das Proletariat bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu erzählen. Wir sind selbstverständlich nicht zufrieden mit dem Resultat. Aber die Mutter Geschichte, die wir manchmal auch Stiefmutter nennen können, ist einmal so, daß sie uns nicht die freie Wahl läßt. Wir wurden von der Geschichte auf die Bahn der Revolution hingewiesen, wir haben mit Begeisterung diesen Weg beschritten und wir beklagen uns nicht. Stünden wir in diesem Kampfe wie in einem Zweikampf ehrlich Brust an Brust der Regierung gegenüber, so würde der Kampf für uns besser stehen. Aber hinter dem Rücken der zarischen Regierung steht die konzentrierte kapitalistische Reaktion ganz Europas. War es denn nicht das französische Ministerium des gewesenen rabiaten Ministerstürzers Clemenceau, das im Jahre 1906 der zarischen Regierung eine direkte Kriegsanleihe gegen das russische Volk bewilligte, war es nicht die englische liberale Regierung, die 1907 die sogenannte asiatische Vereinbarung mit der zarischen Regierung getroffen hat, die dieser die Möglichkeit gab, das aufstrebende verjüngte persische Volk auf die infamste Weise niederzutreten? Und war es nicht die Potsdamer Zusammenkunft, die die letzte Phase der zarischen Politik in Persien einleitete, die das Selbstbewußtsein des Zarismus hob? Darum fühlen wir uns im Kampfe mit dem Zarismus als ein unabtrennbarer Teil der ganzen Internationale, weil unser Feind auch ihr intimster Feind, die brutale Verkörperung der internationalen Reaktion ist.

Deshalb legen wir um so größeres Gewicht auf die Pflege der internationalen proletarischen Solidarität, und die ideale wie die materielle Unterstützung, die uns von dieser Internationale zuteil wurde, ist für uns immer von der größten Bedeutung. Die russischen Arbeiter werden nie vergessen, daß die österreichische Arbeiterschaft ihnen zu Hilfe kam, nicht nur in den Zeiten der Revolution, wo wir sozusagen als Günstlinge der Geschichte in den Strahlen der Revolution dastanden, sondern auch in den schwierigen, düstersten Zeiten der Konterrevolution. Die russischen Arbeiter haben mit Begeisterung besonders von zwei Reden vernommen, von der machtvollen Anklagerede des Genossen Adler im ersten österreichischen Parlament des allgemeinen Wahlrechtes wegen der Verurteilung unserer zweiten Dumafraktion und von der flammenden Rede des Genossen Ellenbogen in der Delegation wegen der Folterungen der politischen Häftlinge. In Dankbarkeit bringe ich diese zwei Reden in Erinnerung.

Die schwerste Zeit ist hoffentlich hinter uns, und wir können konstatieren, daß die russische Arbeiterklasse diese schwerste Prüfung ehrlich bestanden hat. In die zweite Duma schickte das russische Proletariat ungeachtet des Zensus etwa sechzig Abgeordnete. Ungeachtet dessen, daß Stolypin das Wahlrecht durch einen infamen Staatsstreich geraubt und ein neues Wahlrecht oktroyiert hat, im Vergleich zu dem Ihr altes Kurienparlament seligen Andenkens sich als eine Burg der Demokratie ausnehmen konnte, ungeachtet dessen, daß die zwei früheren Fraktionen ihre Laufbahn auf der Katorga, in Sibirien oder in der Emigration endeten, ungeachtet dessen, daß sämtliche Parteiführer, die zentralen wie die lokalen, eingesperrt oder ausgewiesen wurden, ungeachtet dessen, daß das russische Proletariat keine Versammlungs-, keine Preßfreiheit besaß, hatte es in die Staatsstreichduma aus eigener Kraft ohne jede Organisation fünfzehn Delegierte gewählt. Das waren für unsere Organisation neue Leute. Sie haben sich aber als wirkliche Repräsentanten der Sozialdemokratie erwiesen und ließen ihre revolutionäre Fahne nicht fallen. Wir haben im nächsten Jahre die Wahl zur vierten Duma und das Proletariat wird hoffentlich seinen Mann stellen, aber der große Kampf wird nicht innerhalb der Mauern des Parla-

ments durchgeführt werden. Die Gegensätze sind so verschärft wie vor der Revolution und die Regierung tut alles, die Gegensätze weiter zu verschärfen. Dumm, niederträchtig, wie die zarische Regierung ist, wendet sie sich mit ihrem ganzen Hasse gegen die Fremden, die Finnländer, die Juden, die Polen, das littauische Volk, die Kaukasier. Sie reizt große Schichten des Volkes auf wie das Bauerntum.

Das Aufleben des Selbstbewußtseins des Volkes, das wir jetzt beobachten, ist zugleich eine Verschärfung der politischen Gegensätze, die Vorbereitung der Revolution. Die Revolution können wir nicht künstlich hervorrufen, wir können sie nur voraussehen und uns vorbereiten. Was wir machen können, ist Aufklärung, Sammlung der Kräfte; aber diese vorbereitende Arbeit vollzieht sich unter dem Losungswort, daß die Revolution nicht für immer tot ist. In unserem Kampfe fühlen wir uns als Ihre Beauftragten, weil er auch Sie von einem drückenden Alp befreien wird, und so ist unser Wunsch: Es lebe die internationale, es lebe die deutschösterreichische Sozialdemokratie! (Anhaltender Beifall.)

Dr. Kunfi (Budapest): Mir wurde der ehrenvolle Auftrag, Sie im Namen der ungarischen Sozialdemokratie herzlich zu begrüßen. Die ungarische klassenbewußte Arbeiterklasse begleitet alle Vorgänge in Oesterreich mit großem Interesse und nimmt lebhaften Anteil an den großen Kämpfen, die sich hier abspielen. Bei der hohen Entwicklung des Verkehrs, des internationalen Warenaustausches und bei der internationalen Organisierung der Unternehmer und Grundbesitzer verlieren große soziale und wirtschaftliche Kämpfe sehr bald ihren nationalen Charakter und entwickeln sich zu Angelegenheiten der ganzen arbeitenden Menschheit. Es ist nur selbstverständlich, daß die Arbeiterklasse, deren Lebensbedingungen, die materiellen und geistigen, von dem Gange dieser Entwicklung am meisten berührt werden, das internationale Denken stets hochhält und die Pflege der internationalen Solidarität zu einer ihrer wichtigsten Aufgaben macht. Daraus entwickelt sich der Brauch, daß bei den großen Heerschauen der Arbeiter eines Landes auch die Arbeiter der anderen Länder sich vertreten lassen. Es gibt kein Land, es möge das kleinste und unentwickeltste sein, dessen Leben nicht von den Vorgängen der übrigen Welt berührt würde.

Wir Sozialdemokraten Ungarns haben aber noch andere Gründe, alles, was das österreichische Proletariat berührt, mit besonderem Interesse zu begleiten. Trotz der Fiktion der staatlichen Selbständigkeit beider Staaten bilden Oesterreich und Ungarn ein gemeinsames Staatsgebilde. Die Selbständigkeit ist in den Paragraphen und in den Gesetzen begründet, die Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit in den ehernen Tatsachen des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Was bedeutet die papierene Fiktion der Selbständigkeit dort, wo die wichtigsten Zweige des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens, Zollpolitik, Steuern, auswärtige und Militärpolitik gemeinsame Angelegenheiten sind? Kasernen werden in Oesterreich und in Ungarn nach demselben Plane gebaut, Schulen werden in Oesterreich und in Ungarn nach demselben Plane nicht gebaut. Die österreichischen Steuerzahler werden nach derselben Methode ausgeplündert wie die ungarischen. Die Monopole, die Steuern und die Kartelle sind gemeinsame Gründungen und gemeinsame Institutionen. Die österreichisch-ungarische Politik der jüngsten Vergangenheit zeigt, daß die vitalsten Interessen der Bevölkerung beider Staaten einer Hausmachtspolitik geopfert werden, die nur eine schlecht gelungene Karikatur des Imperalismus der westlichen Mächte ist.

Es heißt, der Verkehr zwischen Oesterreich und Ungarn ist frei und ungehindert, Zollschranken trennen die Länder nicht, die österreichischen Waren können ungehindert in das ungarische Land. Nur einer Ware stehen unsichtbare, aber starke Mauern entgegen: die demokratischen Aspirationen, die den österreichischen Völkern das Recht der Selbstbestimmung gegeben haben. Die Demokratie und das allgemeine Wahlrecht dürfen nicht über die

Grenze. Was davon trotzdem eingeschleppt wird, wird mit brutaler Gewalt niedergetreten. Rücksichtslosigkeit, Unverschämtheit und von aller Kultur unberührte Gewalttätigkeit östlicher Feudalherren sind das, was die Herren Ungarn charakterisiert. Darunter leidet nicht nur das arbeitende Volk Ungarns, auch das in Oesterreich hat die Wirkungen dieser Politik zu tragen. Es ist dieselbe Macht, die dem eigenen Volke das politische Recht verweigert und die das österreichische aushungern will.

Wem staatsrechtliche Haarspaltereien den Blick nicht trüben, der muß sehen, daß in einer Hälfte der Monarchie der politische Belagerungszustand herrscht, daß dort mit Ausnahmsgesetzen regiert wird, und daß, obwohl die Pflichten und Lasten dieselben sind, die politischen Rechte, die man in Oesterreich genießt, noch immer nicht vorhanden sind. Das ist ein Zustand, der nicht nur die Völker Ungarns, sondern auch Sie schädigt. Das heutige ungarische Parlament, in dem die großen Viehzüchter, die Lebensmittelwucherer, die Getreidelieferanten sitzen, besorgt auch die Geschäfte der österreichischen Agrarier. Durch den Bestand dieses Parlaments ist die österreichische Regierung enthoben, ihre wahren Ansichten und ihre wahre Gesinnung einzubekennen. Sie kann sich hinter das ungarische Parlament und die ungarische Regierung verkriechen und diese die volksfeindliche Politik machen lassen. Der Reichsritter v. Hohenblum hat offen erklärt, daß das heutige ungarische Abgeordnetenhaus die Stütze der agrarischen Politik in Oesterreich und in Ungarn ist. Der österreichische Konsument möge wissen, daß er billiges Fleisch und billiges Brot erstens nicht bekommt, weil seine eigene Regierung feig ist, und dann, weil das ungarische Volk geknechtet und unterdrückt ist.

Heute bildet das ungarische Parlament den sichersten Hort der österreichisch-ungarischen Reaktion. Die Klagen der unterdrückten Völker, der ausgebeuteten Arbeiter dringen manchmal zu Ihnen, aber Sie hatten nur ein schwaches Bild von dem, wie in Ungarn regiert wird. Im sechzehnten Jahrhundert haben sich deutsche Kolonisten in Ungarn angesiedelt; sie hielten es nicht lange aus. Als sie nun in die Heimat zurückkehrten, ließen sie eine Denkschrift verfassen unter dem Titel: „Was die ungarischen Rechte vermögen!" Jetzt wissen auch die österreichischen Völker, was die ungarischen Rechte vermögen und wie sie gehandhabt werden. Es ist also keine Ueberhebung, wenn ich sage, die ungarische Sozialdemokratie kämpft nicht nur für sich, sondern auch für die arbeitende Bevölkerung Oesterreichs. Die Existenz des Privilegienparlaments in Budapest paralysiert in gewissem Maße die Wirksamkeit Ihrer eigenen Demokratie. Es steht gegenüber dem österreichischen so da, wie das preußische Dreiklassenhaus gegenüber dem deutschen Reichstag. Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß der Sieg des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn für Oesterreich so notwendig ist, wie ein demokratisches Wahlrecht in Preußen für die Entwicklung der süddeutschen Staaten.

Seit Jahren stehen wir in einem schweren Kampfe für das allgemeine Wahlrecht. Der Widerstand der herrschenden Klasse, die einig und politisch begabt ist, ist groß, das Proletariat ist schwächer, wie es in anderen Ländern war, als es den Wahlrechtskampf begonnen hat. Wir hoffen trotzdem, daß es nur eine Frage der Zeit ist, daß die Sozialdemokratie in Ungarn den Sieg davontragen werde, daß die Zeit nicht fern liegt, wo die Agonie der Junkerherrschaft Früchte bringen wird und die Vertreter des Volkes auch im Budapester Parlament ihre Stimme für die Volksnotwendigkeit erheben können. (Bravo!)

Nun gestatten Sie mir ein einziges Wort über die Krise der Sozialdemokratie in Oesterreich, für deren Entwicklung die Beratungen dieses Parlaments von der größten Wichtigkeit sein werden. Es ziemt sich nicht, daß sich der Angehörige einer kleinen auswärtigen Partei mit Ratschlägen oder Wünschen an Sie dränge. Das ist auch nicht meine Absicht. Aber jeder

Sozialdemokrat hat meiner Ansicht nach das Recht, den schweren moralischen Schaden zu beklagen, der verursacht wurde dadurch, daß der nationale *Hader* auch in den Reihen der Arbeiter hineingetragen wurde. Er hat das Recht, die Schädlichkeit einer Handlungsweise festzustellen, die an Stelle der Klassenzusammengehörigkeit die nationale Zusammengehörigkeit, die die Nation über die Klasse, die das nationale Interesse über das Klasseninteresse setzen will. Das ist eine Handlungsweise, die die Sozialdemokraten aller Länder schädigt, und ich denke, wir Sozialdemokraten aller Zungen haben das Recht, zu wünschen, daß die schwere Krise, mit der sich jetzt die österreichische Sozialdemokratie beschäftigt, in einer Weise gelöst werde, daß sich die einigende Kraft des internationalen Klassenkampfes und der internationalen Sozialdemokratie allen kundgibt und den Sieg über alle Fährnisse hinweg davonträgt. (Lauter Beifall.)

Abgeordneter **Pittoni** (Triest): Indem ich Ihnen den herzlichen Gruß und die Glückwünsche der internationalen italienischen Sozialdemokratie überbringe, darf ich Ihnen wohl sagen, daß die italienischen Arbeiter in Oesterreich mit berechtigter Gespanntheit auf die Debatten und die Beschlüsse dieses wichtigen Parteitages warten. Es ist leider in Oesterreich so weit gekommen, daß Sie sich gezwungen gesehen haben, auf die Tagesordnung dieses Parteitages das Verhältnis zwischen den Bruderparteien in Oesterreich zu stellen. Sie wissen alle, wie es gekommen, daß es Ihrer Parteivertretung berechtigterweise nicht möglich erschien, über das Verhältnis auf einem gemeinsamen Parteitag in brüderlicher Auseinandersetzung zu sprechen. Es werden wohl, davon sind wir alle überzeugt, die Wünsche der Gegner nicht in Erfüllung gehen. Deshalb wird die Sozialdemokratie nicht sinken und sich nicht aufhalten lassen. Aber wir können doch nicht umhin, mit Schmerz hervorzuheben, *daß unser Stolz*, der eigenste Stolz der österreichischen Sozialdemokratie, ihre *internationale Geschlossenheit im Kampfe*, heute leider, ich will sagen: vorläufig, nicht mehr besteht. Welche Mühe und Aufklärungsarbeit hat uns diese Geschlossenheit gekostet und wie groß wird der Schaden sein, daß sie vorläufig aufhört! Wieviel Arbeit werden wir noch leisten müssen, um sie wieder zu erringen, und wieviel Zeit wird bis dahin vergehen? Das wissen wir leider heute noch nicht.

Darf man überhaupt von einer Wiedererringung dessen sprechen, was bestanden hat und was unseren Stolz ausgemacht hat vor der Internationale? Ich antworte: Ja. Das Proletariat aller Nationen wird doch einsehen müssen, daß ihm nicht frommen kann, was der Wunsch seiner Gegner ist: die Spaltung und Schwächung. Ein feiges und gedankenloses Bürgertum überläßt in Oesterreich die Verteidigung der eigenen Klasseninteressen dem Nationalismus, der verlogensten aller politischen Erfindungen, und rechnet selbstverständlich auf die Schwäche seiner Gegner, auf unsere Schwäche. Wir werden mit diesem tückischen Feind, der sich hinter das nationale Ideal versteckt, nicht fertig werden, wenn wir nicht fortfahren, dem Proletariat zu predigen, daß seine Kraft nur steckt in der Tiefe seines Klassenbewußtseins und in der Festigkeit seiner Klassensolidarität. Das politische Leben ist in Oesterreich mehr wie anderswo verwickelt, die Entwicklungsstufe ist nicht bei allen Völkern gleich. Man kann zugeben, daß es manchmal scheinbar oder wirklich notwendige nationale Interessensolidarität geben kann; aber für einen Sozialdemokraten muß gewiß das eine gelten, daß, wenn auch für die kulturellen Fragen eine gewisse nationale Solidarität zugegeben werden kann, diese *nationale Solidarität ihre natürliche Grenze findet an der Klassensolidarität*. Wo die Klassensolidarität beginnt, wird eine nationale Solidarität der Klassen aufhören müssen. Hier ist ihre Grenze. Wir wissen heute nicht, ob wir wieder zu besseren Verhältnissen in Oesterreich kommen werden aus eigener Kraft, aus der inneren Entwicklung der Sozialdemokratie, oder ob wir dazu kommen werden durch den Druck von außen, der sich zu

zeigen anfängt. Aber wir verzweifeln nicht, und bis dahin wollen wir treu bleiben den Beschlüssen der internationalen Parteitage, wollen wir wie früher in treuer Kampfbrüderschaft mit der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich stehen. Wir werden fortfahren, als unseren schärfsten Kampfruf gegen die internationale Kapitalistenklasse den Ruf zu betrachten: Hoch die Internationale (Beifall.)

Abgeordneter **Witnk**: Im Namen der ukrainischen sozialdemokratischen Partei habe ich die Ehre, Sie auf das herzlichste zu begrüßen. Das ist nicht bloße Etikette. Nicht nur wir ukrainischen Sozialdemokraten, auch unsere schwache Nation hat von Ihnen, von Ihrer Organisation, von der deutschen Sozialdemokratie vieles schon erhalten, was ihr zu ihrem Leben nötig war. Es hat Zeiten gegeben, wo Pernerstorfer der einzige im Parlament war, und da wurde sein Wort gehört auch bei uns im Osten, da hat er unsere Schlachzizenwirtschaft in brennenden Worten gebrandmarkt. Sie haben nicht nur uns, die Sozialdemokraten, Sie haben auch die bürgerliche ruthenische Partei bei fast allen ihren Anträgen kräftig unterstützt. Ich erinnere nur an die Universitätsfrage, wo Genosse Seitz mit mir und dem Genossen Ostapczuk an den Minister eine Frage gerichtet hat; ich erinnere nur, wie unlängst sich unsere bürgerlichen Parteien an den Verband wendeten und Adler und Seitz ihnen viel geholfen haben. Das hat sich zwar gerächt, denn diese Ruthenen sind gegen uns in furchtbarer Weise aufgetreten. Aber die deutschen Genossen haben sich immer vom Gefühl der Gerechtigkeit leiten lassen und unsere Wünsche immer kräftig erfüllt. Deshalb brauche ich nicht zu erwähnen, daß wir sehr viel mit Hilfe Ihrer Organisation und Ihrer Presse vorwärtsgekommen sind.

Ich freue mich, daß ich als der einzige ruthenische Sozialdemokrat in Ihrem Verband als Hospitant aufgenommen wurde und Ihre Unterstützung und Ihren Rat bekommen habe. Wir wissen, daß Ihr Erfolg unser Sieg ist, Ihre Erfolge auch unsere. Deshalb wünschen wir, daß Ihre Beschlüsse so seien, daß die internationale Sozialdemokratie gekräftigt werde. (Lebhafter Beifall.)

Kristan (Laibach): Wenn ein Vertreter der südslawischen Sozialdemokratie zu Ihrem Parteitag kommt, beseelt von hohen Gefühlen, so kann er sich doch dabei nicht einer gewissen Melancholie enthalten bei dem Gedanken, daß man als Vertreter einer schwachen zu einer starken, als Vertreter einer Partei, die förmlich noch in den Kinderschuhen schreitet, zu einer sieggewohnten Partei geht. Aber glauben Sie nicht, daß diese kleine Portion von Melancholie imstande ist, den Kampfesmut der südslawischen Genossen zu brechen oder zu lähmen. Wenn man die Lage im Parlament betrachtet, sind wir eine armselige Partei. Wenn sich Witnk mit einer gewissen Wehmut als einzigen Vertreter der ukrainischen Sozialdemokratie bezeichnet, so können wir überhaupt keinen Vertreter unser Eigen nennen. Es wäre aber immerhin ein falscher Maßstab, wenn man die Entwicklung der Sozialdemokratie bei uns nach dieser Sachlage beurteilen wollte. Es geht mit der Sozialdemokratie überall vorwärts, auch bei uns. (Bravo!) Wir haben niemand im Parlament, niemand im Landtag, aber die Arbeit bei den verschiedenen erfolglosen Wahlen hat doch Früchte getragen, durch Stärkung unserer Organisation, durch Stärkung unserer Presse, und nach außen sichtbar sind unsere Erfolge bei den verschiedenen Gemeinderatswahlen. Wir haben heuer im Küstenlande, in Krain, in der südlichen Steiermark Eingang gefunden in einer ganz ansehnlichen Reihe von Gemeindevertretungen. In Idria haben wir einen sozialdemokratischen Bürgermeister und wir hoffen auch bei einer Reihe bevorstehender Wahlen weitere Erfolge zu erzielen. Unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gewinnen Mitglieder und, was vielleicht noch wichtiger ist, unsere Mitglieder werden von Tag zu Tag fester und verläßlicher. Es wäre auch ein Irrtum, zu glauben,

daß die südslawische Partei nur Njegusche erzieht. (Heiterkeit.) Ich würde der Würde der Partei, die ich zu vertreten habe, Abbruch tun, wenn ich mich auf den Standpunkt stellte, wir wollen mit dem unglücklichen Mann nichts zu schaffen haben. *Njegusch* war Mitglied unserer Partei und es ist kein Grund, es zu verheimlichen. Aber wenn Gautsch nach dem so unsinnigen Attentat versuchen will, einen Anlauf gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen, ist sein Scharfblick sehr gering. Wenn aus einem dalmatinischen Ort jemand nach Wien fährt, ohne sich klar zu sein über seine Handlungsweise, aber von dem Instinkt geleitet wird, daß nur Waffen helfen können, hätten sich Gautsch und seine Regierung nach den Gründen fragen müssen, die solche Erscheinungen zeitigen können, und sie hätten gefunden, daß sie anderswo zu finden sind als in der Rede eines Genossen oder in der „Hetze" der sozialdemokratischen Partei. (Lebhafte Zustimmung.)

Gautsch wußte ganz gut, zu welchem Zweck ihm jener Schuß willkommen ist. Vor wenigen Tagen haben wir aus seinem Munde erfahren, daß er die Lage in diesem Staate vom Standpunkt der kapitalistischen Klasse, der er dient, ziemlich gut zu beurteilen versteht. Als seine Appelle an alle bürgerlichen Parteien zu versagen drohten und versagten, trat er als der richtige Kapitalistendiener vor sie hin und rief sie zusammen, nicht zum Schutze irgendwelcher Kulturfaktoren, sondern zum Kampfe gegen die Arbeiterschaft dieses Staates. Angesichts dieser Dinge ist es begreiflich, daß wir diesem Parteitag mit noch größerem Interesse entgegensehen als den früheren, welche wir mit großem Interesse verfolgt haben und von denen wir immer lernen konnten.

Sie haben auf der Tagesordnung Ihr Verhältnis zu den österreichischen Bruderparteien. Schließlich sind auch wir eine solche Bruderpartei. Es muß uns interessieren, nicht nur, wie Sie sich das Verhältnis zu uns vorstellen, sondern in weiterer Folge das Verhältnis unserer Partei zu allen übrigen und wie schließlich das Verhältnis aller untereinander sein soll. Wir haben, abgesehen von allen Gründen, die für jedes Proletariat bestehen, unsere *egoistischen Gründe dafür, eine starke Internationale zu wünschen.* Wenn Sie in der glücklichen Lage sind, auch im Parlament zu Wort zu kommen, wir sind es nicht. Aber es ist wohl kein Teil des österreichischen Proletariats so gut gebettet, daß er nicht die Notwendigkeit verspüren würde, eine österreichische Sozialdemokratie zu haben. Man ist da in einer merkwürdigen Zwickmühle, wenn es in Oesterreich eine Reihe sozialdemokratischer Fraktionen, aber keine österreichische sozialdemokratische Fraktion gibt, an welche sich zu wenden man ein Recht hat. (Heiterkeit.)

Freilich kann dieses sehr untergeordnete Interesse nicht jene Rolle spielen, wie die Notwendigkeit des gesamten Proletariats, sich angesichts der bevorstehenden Kämpfe zusammenzuschließen. Wenn es wahr ist, daß das Proletariat der gesamten Erde die Aufgabe hat, eine neue Welt zu schaffen, dann muß auch das Proletariat dieses Staates imstande sein, sich so zusammenzuschließen, daß es eine geeinigte Macht gegenüber dem geeinigten Gegner darstellen kann. Es kann nicht meine Sache sein, Ihren Beratungen vorzugreifen, und es kann nicht meine Sache sein, als Richter aufzutreten. Aber ich spreche im Namen unserer ganzen Partei den Wunsch aus, daß Ihre Beratungen, die ja gewiß die notwendige Nüchternheit nicht vermissen lassen werden, jenen Erfolg zeitigen, jene Grundlage schaffen mögen, auf welcher der Zusammenschluß, der geschichtlich notwendig ist, zur Tatsache werden wird. *Wir haben die Notwendigkeit des internationalen Vorgehens niemals verkannt.* Sie wissen ja, wir haben selbst da unten bei uns solche Fragen. Wir sind, wie ich es schon auf einem Ihrer Parteitage erwähnt habe, eine Nation, die noch keine Nation ist, eine Nation, die nicht weiß, aus wieviel Teilen sie besteht. Aber all diese häuslichen untergeordneten Dinge können einem Sozialdemokraten

den Blick nicht trüben, daß er nicht verstünde, daß das gemeinsame Handeln wichtiger ist als alles übrige. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß es Nationen gibt und daß es nationale Interessen gibt. Aber um hundert Grade höher als diese Interessen muß für einen klassenbewußten Sozialdemokraten das Gesamtinteresse der Arbeiter, das Interesse der Internationale stehen. In diesem Sinne haben wir bisher gehandelt und wollen auch weiter handeln, und wir wollen dankbar sein, wenn der Parteitag eine Grundlage schafft, die diese Verhandlungen fördert und sie beschleunigt. (Beifall.)

Skaret: Bevor die Eröffnungsversammlung geschlossen wird, haben wir noch einige geschäftliche Dinge zu erledigen und ich erlaube mir, Ihnen folgende Vorschläge zu machen: Die von der Parteileitung vorgeschlagene Tagesordnung kann wohl vom Parteitag akzeptiert werden; nur möge bestimmt werden, daß bei dem zweiten Punkt, Berichte, nacheinander die Referate, und zwar der Parteibericht und Kassenbericht, dann der Bericht der Parteipresse, sowie der Bericht der Kontrolle, erstattet werden sollen; dann der Bericht über die Frauenbewegung, über die Jugendorganisation und über die Bildungsarbeit. Ueber alle diese Berichte soll eine gemeinsame Debatte abgeführt werden. Dann soll der parlamentarische Bericht folgen, über den eine besondere Debatte abgeführt wird. Der Punkt Parteipresse würde dann als abgesonderter Punkt entfallen.

Als Arbeitszeit des Parteitages schlage ich Ihnen die Stunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags vor.

Für die Mandatprüfungskommission empfehle ich Ihnen die Wahl folgender Genossen: Für Wien Forstner, für Oberösterreich Lahner, für Salzburg Breitenfelder, für Steiermark Regner, für Kärnten Schatzmayr, für Tirol Müllner, für Vorarlberg Ertl, für Böhmen Schäfer, für Mähren Kohn, für Schlesien Tuppy.

Der Vorsitzende Pernerstorfer bringt die Anträge des Genossen Skaret zur Abstimmung und konstatiert deren einstimmige Annahme.

Skaret: Es ist mir eine angenehme Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß eine große Anzahl Begrüßungen eingelangt sind, und zwar haben bisnun solche gesendet:

Das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel, die englische unabhängige Arbeiterpartei in London, das Zentralbureau ausländischer Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands in Paris, die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Paris (Dubreuilh, Sekretär), die russisch-sozialdemokratische Zeitung „Prawda", die sozialdemokratische Partei für Bosnien und die Herzegowina, Sarajevo, die Tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei, Prag, das Zentralkomitee der P. P. S. in Russisch-Polen, die Polnische sozialdemokratische Partei, Krakau, die Reichsexekutive der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei, Brünn, Dr. Battisti namens des Trientiner Proletariats, die Redaktion des „Proletář", Brünn, die im Brünner Arbeiterheim bei der Konstituierung der Generalversammlung internationaler Arbeiter-Turnvereine versammelte tschechische Arbeiterjugend, Brünn, die Redaktion des „Naturfreund", Wien, die Parteiexekutive der tschechischen Sozialdemokratie in Proßnitz, die Kreisexekutive der tschechischen Sozialdemokratie in Mährisch-Ostrau, die Organisation der tschechischen sozialdemokratischen Partei in Trebitsch, die Zentralorganisation der Fassader Wiens, tschechische Anhänger der Internationale für die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Prag, die Textilarbeiter in Stattersdorf-Harland, die Bergarbeiterrevierkonferenz in Nürschau, die Genossen vom Eröffnungsfest des Arbeiterheims in Riva. (Beifall.)

Von der tschechoslawischen Sozialdemokratie ging uns ein Schreiben zu:

Werte Genossen!

Die Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat in ihrer letzten Sitzung über die freundschaftliche Einladung vom 9. d. M. zu dem bedeutungsvollen Kongreß der deutschen Bruderpartei beraten und hat mich damit betraut, Sie zu bitten, gefälligst für diesmal die Abwesenheit von Delegierten unserer Partei auf Ihrem Kongreß entschuldigen zu wollen.

Die Parteiexekutive begreift vollauf die Bedeutung der Verhandlungen des Innsbrucker Kongresses, soweit sie in dem dritten Punkt der Tagesordnung ausgedrückt sind, und sie will auch nicht im geringsten den Kongreß beeinflussen und will insbesondere nicht, daß der Kongreß und die auf dem Kongreß abzuführende Debatte infolge der Anwesenheit unserer Delegierten durch die gesellschaftlichen Rücksichten gebunden wären, wie sie bisher immer auf den Kongressen aller Bruderparteien gegenüber den Delegierten als geladenen Gästen ängstlich beobachtet wurden. Deshalb hat mir die Exekutive aufgetragen, an Sie die obenerwähnte parteigenössische Bitte zu richten, die Sie uns, wie wir glauben, nicht abschlagen werden, und Sie werden Ihren Kongreß versichern, daß die Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich Ihrem Kongreß und seinen Beschlüssen vollen Erfolg wünscht.

Gemäß dem Beschluß der Exekutive der tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

mit Parteigruß

Anton Bruha, Sekretär.

Kohrauer ladet dann zum Besuch der Schutzhütte des Vereines „Naturfreunde" ein.

Abgeordneter Abram ladet die Genossen für den Abend zu dem tirolischen Volksfest in der Festhalle, wo sie eine landlerische fidele Lustigkeit erleben werden. (Heiterkeit.)

Damit ist die konstituierende Sitzung beendet.

Erster Verhandlungstag. — 30. Oktober:

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt Tomschik. Er läßt vor Eingang in die Tagesordnung die Mandatprüfungskommission ihren Bericht erstatten.

Bericht der Mandatsprüfungkommission.

Abgeordneter Schäfer: Die Kommission hat festgestellt, daß 261 Teilnehmer auf Grund der Mandate und Anmeldungen anwesend sind. Es sind vertreten 91 Bezirksorganisationen durch 131 Delegierte, 11 Kreisorganisationen durch 12 Delegierte, ebenso 11 Landesorganisationen durch 15 Delegierte, 29 Gewerkschaftsverbände durch 29 Delegierte, 18 Redaktionen durch 19, das Reichskomitee der Frauen durch 2, die Volksbuchhandlung, die Gewerkschaftskommission, die Preßkommission, die Jugendlichen durch je 1, die Parteivertretung durch 10, die Parteikontrolle durch 8 Delegierte. Abgeordnete, die kein besonderes Mandat haben, sind 31 anwesend. Von den Delegierten der Bezirksorganisationen sind 25 weibliche, unter denen der Redaktionen 1, so daß mit den 2 Delegierten des Frauenreichskomitees zusammen 28 Frauen anwesend sind. Von den Delegierten der Bezirksorganisationen entfallen 29 auf Böhmen, 6 auf Mähren, 1 auf Schlesien, 48 auf Niederösterreich, 4 auf Oberösterreich, 4 auf Salzburg, 16 auf Tirol, 10 auf Vorarlberg, 8 auf Steiermark, 3 auf Kärnten. Außerdem sind die Landesorganisationen und auch Kreisorganisationen aus allen diesen Ländern vertreten. Die Mandate zweier Delegierten konnten von der Kommission vorläufig nicht anerkannt werden, nämlich die Mandate der Ver-

treter der Redaktionen der „Gewerberichter“ und des Radfahrerfachblattes. Die Anerkennung der Mandate kann erst erfolgen, sobald diese Zeitungen als Parteiorgane anerkannt sind. (Anmerkung: Beide Organe und Mandate wurden noch am gleichen Tage anerkannt.)

Der Parteitag erklärte alle Mandate für gültig.

Bericht der Parteivertretung.

Referent Skaret: Sie haben alle den gedruckten Bericht über die Tätigkeit der Partei vor sich; ich kann mich darum ziffermäßigen Angaben so weit als möglich enthalten. Es wird den meisten Delegierten noch in lebhafter Erinnerung sein, mit welchem Pessimismus auf dem Reichenberger Parteitag die Umwandlung der damaligen losen Organisation in die festgefügte politische Vereinsorganisation aufgenommen wurde. Wir hatten auf dem Parteitag selbst nicht wenig Schwierigkeiten, um diesen Pessimismus zurückzudämmen. Ich glaube aber, heute sind alle Delegierten mit uns der Meinung, daß die Umwandlung der Organisation nicht nur kein Nachteil, vielmehr ein großer Vorteil für unsere Organisation war. Das können wir konstatieren, obwohl unser Bericht nur eine Spanne von anderthalb Jahren umfaßt. Die neue Organisationsform ist am 1. Jänner 1910 ins Leben getreten; aber schon Ende Juni 1910 hatten wir in den politischen Vereinen 86.466 Mitglieder vereinigt und Ende Juni 1911 schon 117.265. Ein noch erfreulicheres Wachsen konnten wir bei der Frauenorganisation feststellen, die von 12.198 im Jahre 1910 auf 17.823 Mitglieder gestiegen ist. Aber unsere Organisation ist nicht nur stärker an Mitgliedern geworden, sie ist auch besser und schlagfertiger geworden, gerade durch die enge Geschlossenheit, die die Vereinsorganisation mit sich bringt. Aber was trotz aller und der größten Bemühungen und einer ganzen Reihe von Parteiorganisationsbezirken nicht gelingen will, das ist, mehr Parteileben, mehr und lebhaftere Bewegung in unsere Organisation zu bringen.

Es ist nicht möglich, mit einer Organisation Fortschritte zu machen, wenn der Impuls der Fortentwicklung dem Parteileben mangelt. In Erkenntnis dessen hat das Parteisekretariat seit länger als einem Jahr gegen diesen Uebelstand dadurch angekämpft, daß wir für alle aktuellen Fragen, wie sie auftauchen, für die Frage der Steuern, des Militarismus, der Teuerung ꝛc., Leitfaden oder, wenn Sie wollen, Rededispositionen verfaßten, in denen das wichtigste Material, wie die Ziffern, die sehr oft den Bezirks- oder Lokalvertrauensmännern unzugänglich sind, enthalten waren. Diese Rededispositionen wurden an die Bezirks- und Lokalorganisationen hinausgesendet, damit die Vertrauensmänner dort an der Hand dieses Materials Parteimitgliederversammlungen abhalten und so das Parteileben reger gestalten als bisher. Diese Leitfaden wurden mit sehr viel Zustimmung aufgenommen und ich glaube, sie haben ihren Zweck erfüllt. Ich wünsche nur, daß, wenn wir solche Leitfaden herausgeben, das Interesse und die Nachfrage der Bezirksorganisationen im Interesse der örtlichen Organisationen noch reger werde. Wir sind gern bereit, diese Behelfe, was doch auch nicht unwichtig ist, kostenlos beizustellen.

Der Bukowinaer Delegierte hat mich aufgefordert, eine Bemerkung vorzubringen. Unser statistischer Bericht weist durchwegs Fortschritte auf, nur in der Bukowina ist die Ziffer kleiner. Das bedeutet aber keinen Rückgang, sondern ist darauf zurückzuführen, daß dort früher die Organisation der Angehörigen aller Nationen gemeinsam war, so daß auch Rumänen und Ruthenen mitgezählt wurden. Jetzt ist die Organisation in nationale Gruppen geteilt und so erscheint in dem Bericht nur die Zahl der deutschen Organisationen allein, die jedoch nicht gesunken ist.

Mitten in unserer organisatorischen Arbeit hat uns heuer im Frühjahr die vorzeitige Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung der Wahlen getroffen. Wir waren nicht einmal in allen unseren

Organisationsgebieten so recht mit der Durchführung der neuen Organisation fertig. Wir mußten nun die Organisationsarbeit unterbrechen und uns der Organisierung der Wahlbezirke und der Wahlarbeit zuwenden. Es ist ja richtig, daß uns dabei die bisherige Organisation sehr zustatten gekommen ist, aber anderseits haben wir in Oesterreich das Malheur, daß wir in den Wahlbezirken und in den Organisationsbezirken so durcheinander gewürfelt sind, daß wir, wenn es zu Wahlen kommt, eine neue Organisationsform konstituieren müssen, die eigens auf den Wahlkampf zugeschnitten werden muß. Das stört vielfach unsere Arbeit bei den Wahlen; aber trotz der Schwierigkeiten infolge der verschiedenen Gestaltung der Wahl- und Organisationsbezirke — einheitlich können sie bei der Trennung der Wahlbezirke nach Stadt und Land nicht sein — haben wir mit außerordentlich schönen Erfolgen abgeschnitten. An Mandaten haben wir gewiß verloren, dafür haben wir aber an Stimmenzahl zugenommen. Trotz des Verlustes von 8308 Stimmen in drei Ländern haben wir noch immer gegenüber 1907 einen, man kann sagen: Reingewinn von 28.770 Stimmen.

Was den Wahlkampf selbst betrifft, so werden sich die Genossen diesmal nicht darüber beschweren können, daß sie vom Parteisekretariat mit nicht genug Material versorgt worden seien. Wir haben nicht nur eine Auskunftsstelle für alle politischen und parlamentarischen Vorkommnisse eingerichtet, wir haben auch eine Menge von Flugblättern ausgearbeitet, die den Ansprüchen der verschiedensten Teile des Landes gerecht zu werden vermochten. Wir haben dann große Massen von Werbeschriften herausgegeben, die, wie ich glaube, ihrem Zweck sehr gut gedient haben. Wir haben die Referentenvermittlung für eine große Reihe von Wahlkreisen besorgt und wir haben auch das Material verschafft, um den unterschiedlichen Wahllügen und Verleumdungen der Gegner entgegenzutreten. Diese Dinge sind den einzelnen Wahlbezirken gewiß sehr zustatten gekommen. Wir haben nicht bloß die viele und große Arbeit der Durchführung der neuen Organisation gehabt, nicht nur die Wahlkampagne, wir hatten auch den jedes Jahr wiederkehrenden Kampf gegen die Lebensmittelteuerung zu führen. Das Sekretariat hat auch hier die notwendigen Arbeiten gemacht, um die Referenten mit dem nötigen Agitationsmaterial zu versorgen. Es sind auch hier Flugblätter hinausgegangen sowie Resolutionen und Rededispositionen.

Diese immer mehr zunehmenden Arbeiten des Sekretariats waren nur durchzuführen, indem wir im Parteisekretariat eine gründliche Reform vorgenommen haben. Um all die Arbeit zu bewältigen, mußten wir ein Archiv anlegen, wo die Schriftstücke über jedes einzelne Vorkommnis auf parteipolitischem oder parlamentarischem Gebiet hinterlegt werden. Um den Ansprüchen, die dadurch entstanden, gerecht zu werden, mußten naturnotwendig neue Kräfte herangezogen werden. Ich leugne nicht, daß das Parteisekretariat noch immer nicht auf der Höhe aller Anforderungen steht und daß wir vielleicht noch weit mehr zu leisten vermöchten, als wir geleistet haben. Aber wir können die uns gezogenen finanziellen Grenzlinien nicht überschreiten, würden es sehr gern sehen, wenn durch die weitere Ausgestaltung des Parteisekretariats die Möglichkeit geschaffen werden könnte, auch mehr Leben in unsere Parteibewegung zu bringen. Wir haben aber nicht nur das Parteisekretariat ausgestaltet, wir haben auch das Frauensekretariat durch die Anstellung einer Sekretärin mit errichtet, wir haben den Bildungsausschuß, das Bildungssekretariat eingerichtet und wir haben in jüngster Zeit auch ein Jugendsekretariat eingerichtet, so daß sich alle diese Sekretäre dem speziellen Teil der Bewegung ganz widmen können. Doch darüber wird ja noch berichtet werden.

Ich will mich nun mit jenen Anträgen beschäftigen, die vom Reichenberger Parteitag uns überwiesen wurden. Es wird zwar immer gesagt, eine solche Zuweisung bedeute ein Begräbnis erster Klasse; aber ich muß dieser Anschauung einmal ganz ernstlich widersprechen und will Ihnen beweisen,

daß wir da alles darangesetzt haben, die uns überwiesenen Anträge nach Möglichkeit durchzuführen. Vor allem wurde uns in Reichenberg ein Antrag zugewiesen, daß Wanderkurse in der Provinz abgehalten werden sollen. Es ist ein großes Verdienst der von der Parteivertretung errichteten Bildungszentrale, daß diese Wanderkurse in den zwei Jahren bereits eingerichtet wurden und sich allenthalben des besten Besuches erfreuen. Wir haben aber noch mehr getan. Wir haben die Parteischule geschaffen, eine Einrichtung, wie sie ja in Deutschland in großem Maßstab schon lange besteht. Sie hat im vorigen Jahr zumerstenmal in Bodenbach getagt und war außerordentlich gut besucht. Sie hätte heuer wieder abgehalten werden sollen, sie mußte mit Rücksicht auf den Wahlkampf im letzten Moment abgesagt werden. Es ist aber ganz sicher, daß im nächsten Jahr die Parteischule wieder fortgesetzt wird. Weiter haben wir den auf den Parteitagen wiederholt geäußerten Wunsch auf Herausgabe einer Parteikorrespondenz erfüllt. Die Korrespondenz besteht bereits und erweist sich, jetzt mehr denn je, als eine Notwendigkeit, als eine Einrichtung, die wir gar nicht mehr entbehren können. Dann wurde immer verlangt, daß in der „Arbeiter-Zeitung" regelmäßig Marktpreise veröffentlicht werden. Auch das ist geschehen. Nicht durchgeführt konnten werden die Wünsche nach Schaffung einer Unterhaltungsbeilage, Wünsche, die immer wiederkehren. Nicht erfüllt wurde die Forderung nach Schaffung eines Monatsorgans für die Kommunalpolitik, nicht durchgeführt wurde die Forderung nach Herausgabe von Reichsfondswahlmarken. Ueber die Unterhaltungsbeilage werden die Berichterstatter über die Presse wohl sprechen. Was das Monatsorgan für die Kommunalpolitik betrifft, so ist die Unterlassung nicht etwa auf unsere Einsichtslosigkeit zurückzuführen, sondern auf unsere notorische Mittellosigkeit. Vielleicht wenn das in Reichenberg eingesetzte Komitee für Kommunalpolitik etwas mehr Initiative gehabt, wenn es nach Mitteln und Wegen gesucht hätte, wie man ein solches Organ billig herausgeben kann, vielleicht wäre es möglich gewesen, auch dieser Forderung Rechnung zu tragen. (Winarsky: Vielleicht hätten wir das Geld beisteuern sollen?) Was die Reichswahlfondsmarken betrifft, so haben wir mit allen derartigen Einrichtungen ja schon unsere Erfahrungen gemacht. Ich erinnere nur an die Briefverschlußmarken, die heute nicht nur jedes Kronland, sondern fast jede Kreisorganisation eingeführt hat, deren Ergebnis im Anfang ganz nett war, bei denen aber nach einiger Zeit das Interesse aufgehört hat. Ebenso ist es auch uns seinerzeit mit den Wahlfondsblocks gegangen und ebenso geht es mit allen Dingen, die nicht obligatorisch eingeführt sind. Wir haben mit allen diesen fakultativen Einrichtungen, mit Blocks wie mit Marken, die schlechteste Erfahrung gemacht und wir glaubten darum, uns für ein solches System der Sammlung für den Wahlfonds nicht erwärmen zu können. Allerdings wollen wir nicht weniger machen, als jener Olmützer Antrag wünschte.

Deshalb beantragen wir Ihnen die Einführung eines obligatorischen Wahlfonds. Es ist ja wahr, daß wir unsere Parteibeiträge eben erst in Ordnung gebracht haben, aber trotzdem müssen wir konstatieren, daß die Mittel, die der Parteizentrale aus diesen Beiträgen zufließen, die Parteivertretung nicht in die Lage versetzen, auch nur die laufenden Ausgaben bestreiten zu können, geschweige denn die Ausgaben für die diversen Ersatz- und Nachwahlen. Der Antrag 1, den wir Ihnen vorlegen, will, daß jedes Parteimitglied vierteljährlich mindestens 20 H. für den Wahlfonds leistet, von denen die Hälfte dem Zentralwahlfonds, die andere Hälfte der Bezirksorganisation verbleibe, die über die Verteilung sich mit den Landesorganisationen zu verständigen hat. Mit diesem Wahlfonds würden wir imstande sein, bei Wahlen über die nötigen Mittel zu verfügen, die man mindestens im ersten Augenblick braucht. Diese Quittierung soll durch Marken erfolgen, die vom Parteisekretariat ausgegeben und ebenso verrechnet werden wie die übrigen Parteimarken. Nun möchte ich Ihnen vor-

schlagen, in der Debatte sich vorläufig mit diesem Antrag weniger zu befassen, sondern für diesen Antrag eine Kommission einzusetzen, die aus Vertretern aller Kronländer, selbstverständlich auch Wiens, bestehen und diesen Antrag zunächst im engeren Kreise einer Beratung unterziehen soll. Erst über das Ergebnis der Kommissionsberatung wäre dann die Debatte abzuführen.

Der Antrag 2 der Parteivertretung schlägt Ihnen vor, daß der Parteitag fortan alljährlich stattfinde. Wir hatten bis jetzt nur alle zwei Jahre einen Parteitag. Wir glauben aber, daß unsere Organisationsgeschäfte und die möglicherweise nach diesem Parteitag eintretenden Parteiverhältnisse es wünschenswert machen, daß wir nicht immer zwei Jahre auf einen Parteitag warten müssen.

Der Antrag 3 (Aussig) wünscht, daß die Kreis- und Bezirksorganisationen jedem neu beitretenden Mitglied mit der Parteilegitimation die Broschüre des Genossen Danneberg über das sozialdemokratische Programm einhändigen. Wir als Parteivertretung sind ja ohneweiters bereit, zu diesem Zweck die Broschüre zum Selbstkostenpreis abzugeben. Aber bei dem Umfang dieser Broschüre wird auch dann der Preis für eine obligatorische Abgabe an neue Mitglieder zu hoch sein. Ich glaube auch, daß wir einen solchen Beschluß hier nicht fassen können, sondern es den verschiedenen Bezirksorganisationen überlassen müssen, was sie da für notwendig halten. Was in der einen Bezirksorganisation leicht durchzuführen ist, stößt in den anderen auf Hindernisse. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesen Antrag der Parteivertretung zur Durchführung zuzuweisen.

Zum Antrag der Kreisorganisation Tetschen-Bodenbach kann ich erklären, daß wir mit ihm übereinstimmen, daß die Werbeschriften nicht nur zur Zeit der Wahl herausgegeben werden, sondern daß für billige Flug- und Werbeschriften Sorge getragen wird. Aber wenn Sie uns auf dem Parteitag solche Aufträge geben, dann müssen wieder wir Sie bitten, daß Sie es durch die regste Kolportage ermöglichen, eine tunlichst hohe Auflage zu erzielen, damit die Herstellungskosten und infolgedessen der Preis des Exemplars möglichst niedrig seien. Wir müssen bei einer ganzen Reihe von Agitationsbroschüren höhere Preise ansetzen, als uns lieb ist, weil die Auflagen zu klein sind. Wenn wir 20.000 bis 30.000 Auflage absetzen können, können wir natürlich niedrigere Preise machen. In Bezug auf Flugschriften finden Sie beim Punkt Presse einen Antrag der Parteivertretung, der den Intentionen der Tetschen-Bodenbacher Genossen vollauf Rechnung tragen wird. Wir wollen ein solches Flugblatt herausgeben, das periodisch erscheinen und um den Preis von 2 H. abgegeben werden soll, so daß es in den weitesten Massen der arbeitenden Bevölkerung Verbreitung finden kann.

Den Antrag des Genossen Ernst Steiner in Wien wegen Einführung von einheitlichen Parteiabzeichen bitte ich der Parteivertretung zuzuweisen. Es gibt darüber verschiedene Meinungen. Wir wollen uns später mit der Sache beschäftigen und, wenn es opportun erscheinen wird, sie auch durchführen.

Der Antrag Wien-Alsergrund über das jährliche Stattfinden des Parteitages deckt sich mit dem der Parteivertretung; nur will der Antrag, daß in den Jahren, wo ein internationaler Sozialistenkongreß oder ein Gesamtparteitag stattfindet, der deutsche Parteitag ausfallen soll. Ich bitte, es ruhig der Parteivertretung zu überlassen, ob sie in den Jahren, in die ein anderer Kongreß fällt, es für zweckmäßig hält, auch einen deutschen Parteitag einzuberufen. Es wäre aber unzweckmäßig, hier zu beschließen, daß das nicht sein soll.

Im Antrag 7 will die Lokalorganisation Zwittau, daß in jedem Wahlkreis ein Vertrauensmann aufgestellt werde. Das ist gewiß eine außerordentlich schöne Sache und es wäre niemand angenehmer als uns, wenn wir heute schon so weit wären, auch nur in allen Industrie-

bezirken einen unabhängigen Vertrauensmann zu besitzen. Wie so viele andere Dinge ist auch das nur eine Frage der Mittel, und Sie wissen, wie schwer es ist, für die allerdringendsten Posten die allernotwendigsten Mittel aufzubringen. Soweit es in unseren Kräften liegt, werden wir alles tun, um den Wünschen nach Anstellung unabhängiger Vertrauensmänner Rechnung zu tragen; aber wenn Sie solche Dinge verlangen, müssen Sie erst für die notwendigen Geldmittel vorsorgen. Bei unserem gegenwärtigen Einnahmswesen werden wir in der nächsten Zeit nicht sonderlich viel machen können. Ich sage das mit dem größten Bedauern.

Der Antrag 8 der Bezirksorganisation Elbogen betrifft den Rechtsschutz. Es ist heute schon der Rechtsschutz in politischen Angelegenheiten innerhalb der einzelnen Länder und Kreisorganisationen zentralisiert, aber für die Zentralisierung des Rechtsschutzes durch eine Reichszentrale können wir uns nicht erwärmen. Die Gewährung des Rechtsschutzes erfordert häufig Raschheit im Handeln, die bei der Zentralisierung nicht zu erzielen wäre. Ich empfehle daher die Ablehnung des Antrages.

Zum Antrag 9 der Bezirksorganisation Liesing, der ganz besonderes Gewicht auf die Einsetzung einer Zentralstelle für Gemeindeangelegenheiten legt, ist zu bemerken, daß eine solche bereits besteht. Sie bildet eine Abteilung unseres Parteisekretariats und die Delegierten, die kommunale Funktionäre sind, werden bezeugen können, daß sie sich in kommunalen Angelegenheiten wiederholt an uns gewendet und immer Auskunft erhalten haben.

Soweit der Antrag die Schaffung einer Monatsschrift für kommunale Angelegenheiten betrifft, bitte ich, ihn der Parteivertretung zu überweisen.

Ich habe noch einen Antrag zu empfehlen. Genosse Wilhelm Jenischek im XIX. Bezirk Wiens ist mit dem Bildungsverein, dem er angehörte, vor Jahren in Konflikt geraten. Er war der Meinung, daß er von der Organisation sein Recht nicht bekommen könne, und da sie ihn ausgeschlossen hat, hat er sich zur vermeintlichen Wahrung der Organisationsstatuten an die — Polizei gewendet. Darauf hat ihn die Bezirksorganisation XIX aus der Partei ausgeschlossen. Er hat im Jahre 1902 an den Aussiger Parteitag appelliert. Dieser hat erklärt, daß er sich wohl einer groben Verfehlung schuldig gemacht habe, daß sie aber nicht so weit reiche, daß man ihn aus der Partei ausschließen könne. Es wurde nun beschlossen, daß er in keine Vertrauensstelle zuzulassen sei. Jenischek wendete sich nun an den Parteitag mit der Bitte, diesen Beschluß aufzuheben. Er ist jetzt 65 Jahre alt und erklärt, daß er nicht mehr die Absicht habe, eine Funktion anzustreben, daß er aber nur wünsche, daß von ihm das Odium genommen werde, er sei ein Parteigenosse zweiter Güte. Nachdem ich mich mit der Bezirksorganisation XIX ins Einvernehmen gesetzt habe und diese erklärt hat, daß sie nichts einwende, beantrage ich, daß die vom Aussiger Parteitag beschlossene Beschränkung wieder aufgehoben werde.

Schließlich bitte ich die Genossen der einzelnen Landesorganisationen, daß sie zur Prüfung unseres Antrages über den Wahlfonds Vertreter für eine Antragsprüfungskommission namhaft machen.

Vorsitzender Tomschik: Da gegen diesen Antrag eine Einwendung nicht erhoben wird, ist er angenommen. Da sich die Delegierten erst besprechen wollen, werde ich die Wahl zu Beginn der Nachmittagssitzung vornehmen lassen. Entsprechend einer Anregung Neumanns ist es wohl selbstverständlich, daß sowohl der Parteikassier als auch der Parteisekretär der Kommission angehören.

Den

Kassenbericht

erstattet

Dr. Ellenbogen: Ich werde um so kürzer sein können, als sich schon Skaret in ziemlich ausführlicher Weise mit den Finanzen der Partei

beschäftigt hat. Durch die Einführung der neuen Parteisteuer in Reichenberg sind der Parteivertretung innerhalb der letzten Berichtsperiode größere Mittel zugeflossen, was Sie aus dem Vergleich der Einnahmen des Agitationsfonds ersehen, der in der vorletzten Berichtsperiode rund 107.000 Kr., in der gegenwärtigen rund 173.000 Kr. ausweist. Diese größere Summe ist entsprechend dem Anwachsen der Partei von der Parteivertretung auch verwendet worden. Eine ganze Reihe von Aufgaben ist neu zugewachsen. Sie erkennen die Tätigkeit der Parteivertretung aus den Zahlen, und die lehren Sie, daß wir wirklich nicht in der Lage sind, Reichtümer zu sammeln. Die Zahlen werden Ihnen auch die Grundlagen für die Beratungen geben, ob wir neue Fonds nötig haben. Bei Betrachtung der Ziffern müssen Sie daran denken, daß sie die ganze Berichtsperiode von zwei Jahren umfassen, daß Sie also, wenn Sie mit Jahressummen rechnen wollen, jede Ziffer durch zwei dividieren müssen.

Ich will die Ausgaben spezifizieren. Für Gehalte wurden ausgegeben 31.031 Kr., für Dienerlöhne 3640 Kr., für Miete 5111 Kr., für Kanzleikosten 5222 Kr., für Drucksorten 3665 Kr., für Bibliothek und Archiv 1997 Kr., an den Verein „Gewerkschaft“ 675 Kr.; die Uebersiedlungs- und Einrichtungskosten im neuen Hause betrugen 12.828 Kr. Sie wissen, daß wir vor einem Jahre in unser eigenes Parteihaus übergesiedelt sind, ein Umstand, der große Kosten verursachte, da dabei eine Neueinrichtung des Sekretariats unvermeidlich war.

An Subventionen haben wir 28.177 Kr., für Agitation 9257 Kr., für Delegationen 7060 Kr., für Unterstützungen 3041 Kr., für Prozeßkosten 1574 Kr. ausgegeben. Bei dieser Post habe ich zu bemerken, daß wir eine große Aktion zugunsten der Zinspächter des Fürsten Schwarzenberg eingeleitet haben. Es ist das ein Prozeß, der mehr als hundert Jahre währt und den wir für diese armen Leute neu aufgenommen haben. Der Prozeß läuft noch fort und kostet eine größere Summe Geldes.

Wir haben es auch für unsere Pflicht gehalten, die Frauenorganisation in größerem Maße zu unterstützen, und haben eine Sekretärin aus Parteimitteln angestellt. Außerdem haben wir den Beschluß des Reichenberger Parteitages, daß zwei Drittel der Einnahmen aus den Frauenmarken für die Frauenorganisation verwendet werden, durchgeführt. Die Kosten der Organisation und Agitation unter den Frauen erforderten 8662 Kr. In größerem Maße haben wir ferner das Bildungswesen und die Jugendorganisation unterstützt, was 9490 Kr. erfordert hat. An die Gesamtexekutive haben wir 3190 Kr., an das Internationale Bureau 1514 Kr. abgeführt. Die Kosten des letzten Parteitages betrugen 3665 Kr.

Ich habe von den Subventionen an die Kronländer gesprochen. Wir unterstützen gegenwärtig 27 Sekretariate, 10 in Böhmen, 2 in Mähren, 4 in Schlesien, 3 in Wien und Niederösterreich, 1 in Oberösterreich, 1 in Salzburg, 2 in Tirol, 1 in Vorarlberg, 1 in der Bukowina und 1 in der Schweiz. In der Schweiz sind es die deutschösterreichischen Genossen, denen wir zu Hilfe kommen müssen.

Die Kosten für Subvention, Agitation, Unterstützung, Delegationen und Prozesse verteilen sich auf die Kronländer folgendermaßen: Böhmen 17.780 Kr., Mähren 1714 Kr., Schlesien 2764 Kr., Niederösterreich 4817 Kr., Oberösterreich 676 Kr., Salzburg 1059 Kr., Tirol 2482 Kr., Vorarlberg 1244 Kr., Steiermark 311 Kr., Küstenland 96 Kr., Bukowina 1860 Kr., Schweiz 180 Kr. Den polnischen Genossen haben wir 2707 Kr., den ruthenischen 200 Kr., den slowenischen 340 Kr. und den Genossen im Ausland 5342 Kr. zugeführt. Außerdem haben wir Darlehen an Sekretariate, Organisationen und Parteiblätter gewährt.

Es wird Sie nun interessieren, wie sich die Ausgaben des Wahlfonds geteilt haben. Im allgemeinen war wie immer der leitende Gesichtspunkt der, daß wir die bedrohtesten Punkte in der stärksten Weise zu

unterstützen und die Unterstützung aussichtsloser Bezirke gänzlich zu unterlassen haben. Das letztere ist freilich nicht durchwegs gelungen. (Heiterkeit.) Die stürmischen Anforderungen der Genossen in den Bezirken, wo nichts zu holen war, war zu groß. Sie kennen ja den Optimismus der Genossen, die sich so gern über die Aussichten täuschen, so daß wir nicht in der Lage sind, alle derartigen Ansuchen abzulehnen.

Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Ausgaben des Wahlfonds folgendermaßen: Böhmen 78.470 Kr., Mähren 8845 Kr., Schlesien 11.782 Kronen, Niederösterreich 91.056 Kr. Bei dieser Ziffer fällt mir ein, wie lächerlich gering die Summen sind, mit denen wir unsere Wahlkosten zu bestreiten pflegen. Ein einziger bürgerlicher Kandidat hat, wie ich mir sagen ließ, 100.000 Kr. ausgegeben. Mit einer weit geringeren Summe haben wir 26 Mandate in Niederösterreich errungen. — Oberösterreich bekam 2029 Kr., Salzburg 4053 Kr., Tirol 4000 Kr., Vorarlberg 1000 Kr., Steiermark 7200 Kr., Kärnten 4000 Kr., Bukovina 3000 Kr., den Polen gaben wir 11.000 Kr., den Italienern 8500 Kr., den Ruthenen 9600 Kr., den Slowenen 3600 Kr. Die allgemeinen Ausgaben für Drucksorten, Flugschriften u. s. w. waren 7827 Kr., so daß die gesamten Wahlausgaben 255.864 Kr. betrugen. Wie Sie aber aus dem Bericht ersehen, resultiert ein Defizit von 7024 Kr. Das war der Stand am Schluß der Berichtsperiode, wir haben aber noch eine Menge Nachzahlungen zu leisten gehabt. Abgesehen von Wahlkreisen, die noch etwas zu fordern haben, sind noch die Ausgaben für Drucksorten u. s. w. in der Höhe von 14.000 Kr. dazu gekommen. Das Defizit beträgt somit mehr als 21.000 Kr. und Sie erkennen daran, daß wir Umschau halten müssen, wie dieses Defizit gedeckt werden könnte. Wenn fortwährend die Ausgaben die Einnahmen überschreiten, können Sie sich ausrechnen, wohin das führen muß.

Ich bemerke, daß wir den Kronländern nicht nur mit der Unterstützung der Sekretariate, sondern auch bei der Errichtung von neuen Sekretariaten helfen, daß wir Parteiblättern mit verhältnismäßig großen Summen, wenn auch in Darlehensform, zu Hilfe kommen müssen. Auch Organisationen in allen Formen müssen wir von Zeit zu Zeit auf diese Weise unterstützen; aber ob Darlehen oder Geschenk, ist gleichgültig, wenn das Geld nicht da ist. So ergibt sich die Notwendigkeit der Ausgestaltung unseres Einnahmenwesens. Der Reichenberger Parteitag hat allerdings die Parteisteuer auf eine neue Basis gestellt und außerdem wurde beschlossen, daß, da die neue Form noch nicht eingeführt ist, die alte weiter zu bestehen habe, bis ein gegenteiliger Beschluß gefaßt wird. Aus dem Parteibericht erkennen Sie, daß die alte Parteisteuer in der vorletzten Berichtsperiode 88.246 Kr. betragen hat, aber trotz ihrem Fortbestand in der letzten Periode nur 72.044 Kr. ergeben hat. Die neue machte 60.015 Kr. aus. Da aber 9402 Kr. für Frauenmarken eingelaufen waren, von denen zwei Drittel dem Frauenreichskomitee abgeliefert werden mußten, so betrug die Einnahme der Parteivertretung 53.747 Kr. Wenn noch die Restzahlungen aus den zehnprozentigen Beiträgen der Einnahmen der Bezirksorganisation mit 5477 Kr. dazugerechnet werden, so haben wir in den zwei Jahren als Parteisteuer 130.000 Kr. eingenommen. Stellen Sie sich nun vor, daß jetzt die alte Parteisteuer aufhören wird, die zehnprozentigen Restbeträge werden natürlich auch entfallen, da würden wir glücklich auf eine Einnahme von 53.000 Kr. für den Zeitraum von zwei Jahren kommen. Nehmen Sie dazu das Defizit des Wahlfonds, die größeren Ausgaben durch das Wachsen unserer Partei und Sie sehen klar vor sich, daß das ein unmöglicher Zustand wäre. Die Parteiarbeit kann nicht aufhören und sie kann auch nicht eingeschränkt werden. Im Gegenteil, es werden uns in der nächsten Zeit neue, größere, gewaltigere Aufgaben erwachsen. Die Angriffe aus dem Lager der Gelben aller Parteien werden mit großer Entschiedenheit abgewehrt werden müssen. Das alles erfordert umfangreiche und kostspielige Arbeit und es ist daher nicht möglich, in den alten Formen fortzufahren.

Nun denkt die Parteivertretung nicht daran, die alte Parteisteuer aufrechtzuerhalten, denn dagegen sprechen verschiedene Gründe und das würde auch einen gewissen, den Eingeweihten verständlichen Widerspruch entfesseln. Nichtsdestoweniger mußte aber die Parteivertretung dafür Sorge tragen, daß ihr die ihr aus der alten Form zugeflossenen Beiträge nicht ganz entgehen, daß sie ihr, wenn auch beträchtlich reduziert, doch zukommen. Freilich kann das bedeuten, daß aus einer Einnahme von 12.000 bis 13.000 Kronen eine von 5000 Kr. wird. Aber die alte Form ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Dieser Erkenntnis ist der von Genossen Skaret besprochene Antrag der Parteivertretung entsprungen, daß jedes Parteimitglied vierteljährlich mindestens 20 H. für den Wahlfonds zu leisten habe. Die Parteikasse wird in Bezug auf den Wahlfonds sehr stiefmütterlich behandelt: nämlich im umgekehrten Verhältnis zu den Ansprüchen, die die Wahlkreise stellen und der Natur der Sache nach stellen müssen. Vergessen Sie auch nicht, daß die Zeit zwischen den Parteitagen mit Nachwahlen so gut wie ausgefüllt ist. Der Bericht an den Reichenberger Parteitag umfaßte eine friedliche Zeit und trotzdem haben wir damals 20.000 Kr. Wahlkosten gehabt. Auch in den letzten zwei Jahren hatten wir Nachwahlen und in einem einzigen Wahlkreis haben wir etwa 10.000 Kr. ausgeben müssen. Für diese Ausgaben ist in keiner Weise vorgesorgt und sie müssen den Geldern entnommen werden, die für alle anderen so wichtigen Dinge bestimmt sind. Sollen wir den aus Wahlen entstehenden Anforderungen gerecht werden, müßten wir die anderen ebenso wichtigen Ausgaben einschränken.

Es hat sich aber noch folgendes gezeigt: Wenn das Fieber der Wahlbewegung die Genossen schüttelt, vergessen sie, daß sie die regelmäßige Parteisteuer zu zahlen haben. Während der Wahlbewegung ist die Parteisteuer stellenweise vollständig versiegt, selbst aus den bestorganisierten Kreisen ist nichts mehr eingekommen. Die Genossen hatten den Kopf mit anderen Dingen voll, ihr ganzer Sinn war auf die Wahlbewegung gerichtet, und darum haben sie die Pflicht, für die Parteikasse zu sorgen, fast vollständig vergessen. Daß aber durch die Wahlen die Parteiarbeiten in allen anderen Richtungen geschädigt werden, das geht absolut nicht an! So folgert auch daraus, daß man durch b e s o n d e r e E i n n a h m e n die Ausgaben des Wahlfonds deckt. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir, wenn eine Wahl kommt, dem Nichts gegenüberstehen. Bei der Ausschreibung der Wahl haben wir nicht einen Heller. Nun muß sofort in der intensivsten Weise gesammelt werden, damit wir das Geld für die erste Arbeit, die schon recht kostspielig ist, bekommen. Solchen Ueberraschungen stehen wir aber auch in der nächsten Zeit gegenüber. Wir sind durchaus nicht dessen sicher, daß sich, bei dem Schwanken der politischen Zustände, die nächste Zukunft so gestaltet, daß wir vor Neuwahlen bewahrt bleiben. Niemand wird dafür bürgen, daß die gegenwärtige Legislaturperiode ihr natürliches Ende finden werde. Es ist also möglich, daß wir in kurzer Zeit wieder vor Wahlen stehen. Bedenken Sie, was das für uns bedeutet, da unsere Arbeiterschaft finanziell schwach ist und einen Vergleich etwa mit Deutschland nicht zuläßt, wo die Organisationen Milliardäre im Vergleich zu uns sind. (Heiterkeit.) Wir müßten also die durch den letzten Wahlkampf erschöpften Kräfte neuerdings anspannen, und dem ist nur zu begegnen durch Einführung einer r e g e l m ä ß i g e n S t e u e r, die bestimmt ist, a n g e s a m m e l t zu werden, damit man gerüstet dastehe, wenn es nötig ist. Die Opferwilligkeit der Genossen in allen Ehren, sie ist gewiß lobens- und bewundernswert. Aber wir kommen doch nicht aus, und wir kommen ihnen geradezu zu Hilfe, indem wir unseren Antrag stellen. Nicht nur die Parteivertretung hat den Wahlfonds nötig, auch die Bezirke brauchen ihn, auch dort, wo keine Aussicht auf den Mandatserfolg besteht, wo aber trotzdem im Interesse der Partei während und zwischen Wahlen die Agitation betrieben werden muß. Wir befinden uns

noch aus einem anderen Grunde gegenwärtig in einer üblen Situation. Auch in Reichenberg mußte ich mitteilen, daß wir ein Defizit haben, daß wir es aber glücklicherweise durch Einnahmen aus den Parteiinstituten decken konnten. Diese haben damals 41.000 Kr. betragen. In der gegenwärtigen Berichtsperiode sind sie aus einer ganzen Reihe von Gründen sehr stark gesunken. So hat die Errichtung des Parteihauses ihre ganze Kraft in Anspruch genommen. Dieser Zufluß wird auch noch längere Zeit fehlen und wir können mit einem Entgang von mindestens 30.000 Kr. rechnen.

Wohlwollende Genossen haben uns den Rat gegeben, wir sollen wieder die alte zehnprozentige Steuer der Bezirke einführen. Da muß ich aufmerksam machen, daß bei der ganzen Geschichte etwas über 20.000 Kr. herausschauen, und das ist zu wenig. Die zehnprozentige Steuer war ein Mittel für nachlässige Organisationen, sich ihrer Verpflichtung zu entziehen. Die Hälfte hat die Steuern nicht abgeführt oder ist sie schuldig geblieben. Die Parteivertretung hat auch gar kein Mittel der Kontrolle. Ich kann doch nicht in alle Bezirke hinausfahren und kontrollieren! Alle Achtung vor der Vertrauenswürdigkeit der Genossen, aber daß sie alle Einnahmen aus Festen oder anderen Gelegenheiten so genau berechnen würden, möchte ich doch bezweifeln. Der Bezirkskassier denkt sich, es ist besser, ich führe das meinem Bezirkswahlfonds zu, als es „in den unergründlichen Rachen der Parteivertretung zu werfen". (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist die Philosophie des Bezirkskassiers. Sie ist natürlich falsch (Heiterkeit), denn wenn die Parteikasse nichts hat, kann sie im Falle der Gefahr den Bezirk auch nicht unterstützen. Mit dieser Steuer können wir nichts anfangen, denn sie stellt unsichere und ungenügende Einnahmen vor. So glaube ich, daß nichts übrig bleiben werde, als in den sauren Apfel der Wahlfondssteuer zu beißen. Es ist uns nicht leicht geworden, den Antrag zu stellen, und ich sage nicht, daß er unbedingt in der vorgeschlagenen Form angenommen werden muß. In der Kommission werden wir darüber noch reden können. Aber das eine lehnen wir ab, daß Sie eine spätere Zeit beantragen, denn wir schwimmen im Defizit. Sie werden mir einwenden, es seien jetzt schwere Zeiten. Aber das ist seit jeher unser Schicksal gewesen. Je drückender der ganze politische und wirtschaftliche Mechanismus der kapitalistischen Ordnung auf uns gelastet hat, desto opferwilliger und opferbereiter mußten wir sein. Je schwerer die Pflichten waren, um so nötiger war es, sie zu erfüllen. Die Parteivertretung wünscht, in den kommenden schweren Kämpfen die Partei gerüstet zu finden. Helfen Sie der Parteivertretung, indem Sie den nötigen Kriegsfonds bereitstellen.

Ueber die

Presse

kommt zuerst zu Wort

Referent Friedrich Austerlitz: Indem der Parteitag die Berichterstattung über die Parteipresse unter die unmittelbaren Angelegenheiten der Partei gerückt hat, hat er wohl zu erkennen gegeben, von welchem Gesichtspunkt aus er die Prüfung dieses wichtigen Zweiges der Parteitätigkeit diesmal vornehmen will. Wir wollen hier weniger sprechen von der Verwaltung der einzelnen Parteiorgane, sondern diese vornehmlich betrachten unter dem politischen Gesichtspunkt: unter dem Gesichtspunkt, wie sich dieser bedeutsame, wichtige und unerläßliche Zweig unserer Parteitätigkeit entwickelt und ob er jenen Stand erreicht hat, der ihn befähigt, die agitatorischen Aufgaben der Partei voll zu erfüllen.

Wir haben es in den Wahlen dieses Jahres kennen gelernt und erfahren, was die Presse für die Partei bedeutet. Ueber die Bedeutung der Presse waren wir uns nie im unklaren und die Erörterung dieser Bedeutung gehört zu den ständigen Verhandlungsgegenständen der Parteitage, wie sie auch ein regelmäßiges Vortragsthema in unserem Parteileben ist. Aber man verstand darunter bisher vornehmlich, daß durch das gedruckte

Wort die sozialdemokratische Erkenntnis des einzelnen Genossen geweckt und gehoben wird, aus indifferenten, schwankenden, wankelmütigen Arbeitern bewußte Sozialdemokraten gemacht werden. Darüber sind wir uns nun längst im klaren. Was immer neu ins Bewußtsein gerufen und als unverlierbare Wahrheit eingeschärft werden muß, ist die Tatsache, daß ohne eine zulängliche, also schlagfähige und verbreitete Parteipresse ein normales und aussichtsreiches Funktionieren der Partei schlechthin unmöglich ist. Hätten wir eine ausreichende Verbreitung der Parteipresse im gesamten Parteikörper, die eine genügende Zahl von Genossen zum unmittelbaren Erleben der Partei anregt und darin erhält, ständen wir nicht vor jeder Wahl davor, ungeheure Wählermassen von neuem in Bewegung bringen zu müssen: so könnte sich die Arbeit bei den Wahlen, die Werbung von Mitgliedern auf einen kleineren Kreis beschränken, auf den, der eben noch nicht vollständig gewonnen ist. Je größer der Kreis der organisierten Genossen ist und je stärker er mit der Partei verknüpft ist, je mehr Genossen sozialdemokratische Zeitungen lesen, je mehr sie durch die ununterbrochene sozialdemokratische Lektüre mit der ganzen Tätigkeit der Partei verflochten und vereinigt werden, desto kleiner wird der Kreis, der neu einzuverleiben ist. Wobei zu erwägen ist, daß man in den organisierten Lesern der Partei einen Fonds von Agitationskräften zuführt, der sich bei Wahlen außerordentlich erprobt.

Die Parteipresse ist also für das normale Funktionieren des Parteilebens ein unerläßliches Instrument. Wir dürfen nicht übersehen, daß sich das politische Leben in Oesterreich seit einigen Jahren für uns völlig geändert hat. Nicht bloß vor Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der Gestalt der fünften Kurie, sondern auch lange darnach war ein Angriff gegen die Sozialdemokratie in einer bürgerlichen Zeitung eine Seltenheit. Wir sind nicht das unmittelbare Objekt des Kampfes der bürgerlichen Gegner gewesen, weil die bürgerlichen Gegner in ihren Kurien wohlverschanzt waren, den Ansturm der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht fürchten mußten und also eigentlich mehr oder weniger die Sozialdemokratie ignoriert haben, wenn damals nicht gar eine gewisse Sympathie mit der kämpfenden Arbeiterschaft auch in den bürgerlichen Schichten bemerkbar war. Das hat sich vollständig geändert. Wer bürgerliche Blätter, wie namentlich die „Schriftleiter“-Zeitungen der Provinz, regelmäßig liest, der weiß, daß ihre Angriffe nur ein einziges Objekt haben: die Sozialdemokratie, daß sich ihr ganzer, ihr konzentrierter Angriff ausschließlich gegen die Sozialdemokraten wendet, daß diese Blätter von nichts anderem leben als vom Kriege gegen die Sozialdemokratie, den sie in einer Manier führen, die von Kultur und von moralischer Verantwortlichkeit weltenweit entfernt ist. Es ist unzweifelhaft, daß unser Apparat und unser Organismus diesem konzentrierten Kampf der Gegner nicht gewachsen war; und unter den Gründen, die die schmerzhafte Niederlage in den Sudetenländern verschuldet haben, steht für mich obenan die Unzulänglichkeit unserer Presse. Man kann es auch den Wahlergebnissen ablesen, daß an den Punkten in Böhmen, wo die Parteipresse eine größere Verbreitung hat, wo sie dadurch auch schlagfertiger und wirksamer war, der Ansturm der Gegner abgeschlagen ward, und daß wir überall dort, wo wir unterlegen sind, wir vornehmlich deshalb unterlegen sind, weil die Parteipresse in ihrer Ausgestaltung, in ihrer Schlagfertigkeit, in ihrer Verbreitung dem Anprall der Gegner nicht gewachsen war. Die gegnerische Provinzpresse, mit der wir da kämpfen, ist sicherlich keine Presse von Geist oder gesteigerter journalistischer Bedeutung. Aber ist das Städtchen noch so klein, ein Schriftleiter muß drinnen sein (Heiterkeit); und gerade diese kleine Presse ist es, mit der die Genossen in den Sudetenländern die bittersten Erfahrungen gemacht haben, diese Presse mit dem unaufhörlichen, zentralisiert erzeugten Verleumdungsfeldzug gegen uns, diese Presse ist eine der stärksten Waffen der Bürgerlichen im Kampfe gegen uns.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird es jeder Genosse als einen bemerkenswerten Fortschritt, als eine besonders erfreuliche Entwicklung gebucht haben, daß die Rückständigkeit unserer Presse den Parteigenossen allmählich zum Bewußtsein gekommen ist und daß wir infolgedessen seit Reichenberg diese Rückständigkeit zu überwinden beginnen. Wir hatten bis Reichenberg bloß zwei Tagblätter, die „Arbeiter-Zeitung" in Wien und den „Arbeiterwillen" in Graz. Sie wissen ja, mit welchen Mühen Vorbereitungen getroffen wurden, um ein Tagblatt für Deutschböhmen zu schaffen; aber es hat sich auch hier gezeigt, daß ein Gran Tat mehr ist als ein Pfund Ueberlegung und die drängende Not der Zeit hat aus dem einen Tagblatt, das wir in Reichenberg ins Auge gefaßt hatten, vier Tagblätter gemacht. Wir verzeichnen in diesen zwei Jahren die Umwandlung der Parteiorgane in Linz, in Salzburg, in unserer lieben Gaststadt Innsbruck und in Reichenberg in Tagblätter, und es kann mit Befriedigung berichtet werden, daß sich alle diese Blätter auf dem Wege der guten Entwicklung befinden.

Ich will in die finanziellen Geheimnisse dieser jungen Gründungen nicht hineinleuchten (Heiterkeit), sie werden ja überall ihre Sorgen und Schwierigkeiten haben, aber erfreulich ist es, zu sehen, wie diese Blätter, die doch nicht in großen Städten erscheinen, denen der Apparat, den eine große Stadt an journalistischen Behelfen erzeugt, nicht zur Verfügung steht, sich alle geistig entwickeln, und als ganz besonders erfreulich möchte ich es bezeichnen, daß jedes dieser Blätter ein anderes, sein eigenes Gesicht hat, daß jedes wirklich ein Blatt von Originalität und selbständiger Schöpferkraft darstellt. Es sind keine Zeitungen, die gleichsam auf mechanischem Wege erzeugt werden, sondern jedes ist ein eigenes Blatt, das Produkt bestimmter Verhältnisse. Und es wird den geistigen Reichtum unserer Partei nur mehren, daß sich jedes seine eigentümliche Aufgabe setzt, die ihre Färbung von der betreffenden Stadt, dem betreffenden Gebiet empfängt.

Nun ist die Frage: Wie können wir auf diesem Wege fortschreiten? Denn es ist unzweifelhaft, daß sich der Typus der Wochenblätter auch in der österreichischen Sozialdemokratie zu überleben beginnt. Wir müssen das Problem der Entwicklung und Verbreitung unserer Parteipresse so auffassen, daß wir für die bewußten Genossen, für die organisierte Oberschicht, für die Arbeiter, die den Vorgängen der Zeit, den Vorgängen des politischen und wirtschaftlichen Lebens ein größeres Interesse entgegenbringen, eine tägliche Berichterstattung brauchen, daß diese also für ein Tagblatt durchaus reif und empfänglich sind. Wir müssen aber damit rechnen, daß wir unter dieser Oberschicht eine ungeheure Anzahl von Arbeitern haben, die nicht einmal Leser unserer Wochenblätter sind. Nehmen Sie die Zahl der Wähler, die bei den Wahlen für unsere Kandidaten gestimmt haben. Man kann diesmal nicht einwenden, daß diese Wähler in einem irgendwie erheblichen Maße nicht Sozialdemokraten wären, denn in Böhmen, in Mähren und Schlesien dürften diesmal für uns nur Arbeiter, nur bewußte Sozialdemokraten gestimmt haben. (Zustimmung.) Die Fehlerquelle ist demnach diesmal auf das geringste Maß reduziert und wir können diesmal sogar annehmen, daß unsere Wähler, namentlich in dem deutschböhmischen Gebiet, mit Sozialdemokraten identisch sind. Wir haben bei den Wahlen in Böhmen 165.515 Stimmen bekommen. Der Parteibericht verzeichnet die Abnehmerzahl unserer böhmischen Provinzpresse nicht, und auch wenn er sie verzeichnete, müßte man diese Zahl einigermaßen erhöhen, um zu dem richtigen Vergleich zu kommen, weil jeder Arbeiter nur einmal abstimmen kann, aber eine Zeitung sehr oft zwei Arbeiter lesen. Aber wenn Sie die Zahl der Leser unserer deutschböhmischen Presse doppelt so hoch annehmen wie die Zahl ihrer Abnehmer, so werden Sie trotzdem finden, daß diese Zahl noch nicht die Hälfte aller Wähler erreicht. Wir müssen also mit dem Umstand rechnen — und das gilt, vielleicht noch in viel schärferem Maße, auch für Mähren und Schlesien — daß eine ungeheure Anzahl von sozialdemokratischen Arbeitern von der

Wochenblattpresse nicht erreicht wird, daß ungeheure Massen von Arbeitern also wirklich das ganze Jahr dahinleben, ohne daß anders als durch einen Zufall ein sozialdemokratisches Wort an sie herankommen würde. Das muß nun zur Folge haben, daß sich von einer Wahl zur anderen eine gewisse Erstarrung und Versteinerung der großen Masse der Parteigenossen bemächtigt und daß das Problem der Wahlagitation alle sechs Jahre von neuem in vollem Ausmaß einsetzt, das Problem, die große Masse der Wähler für uns zu gewinnen. Nach jeder Wahl fangen die Kräfte, die wir bei der Wahl in Bewegung gebracht haben, abzuflauen an, und dieser allmählichen Ermattung wirkt nichts entgegen. Wir brauchen also für die bewußte, für die interessierte, für die von dem Parteileben und den politischen Vorgängen ganz ergriffene Schicht der Arbeiter tägliche Blätter, und für die breiten Massen unserer Wähler, die wir auch mit den Wochenblättern nicht erreicht haben, brauchen wir eine andere Form der Parteipresse.

Wir müssen also damit rechnen, daß wir mit unseren sechs Tagesblättern noch lange nicht an der Grenze unserer nächsten Entwicklung angelangt sind, und hier fasse ich vor allem das große Industriegebiet von Teplitz und Aussig ins Auge. Ich meine, es ist unerläßlich, daß in diesem Industriegebiet die zwei Wochenblätter, die dort bestehen, zu einem Tagblatt verschmolzen werden, es ist unerläßlich, daß den gehäuften und gehässigen Angriffen der bürgerlichen Parteipresse, die besonders in diesem Gebiet eine ganz außerordentliche Heftigkeit erreicht haben, die Gegenwehr in einer täglich erscheinenden Zeitung entgegengestellt wird. Wer das Leben unserer Partei betrachtet, der nimmt wahr, daß eine der größten Schwierigkeiten unserer Entwicklung der Mangel der städtischen Entwicklung in Oesterreich ist. Wäre Deutschböhmen wirklich ein organisch zusammengewachsenes Verwaltungsgebiet und hätte es seine Hauptstadt, aus der strahlenförmig das ganze Land befruchtet und beeinflußt werden kann, dann wäre die Ausmerzung der vielfachen Mängel, die aus der Dezentralisation unserer Parteitätigkeit entspringen, nicht schwer. Gilt das für die gesamte Parteientwicklung, so gilt es ganz besonders für die Zeitung. Denn eine Zeitung braucht fast naturnotwendig eine größere Bevölkerung, in der sich die geistig und politisch regsamen, die wirtschaftlichen Kräfte sammeln, sie braucht mit einem Wort eine größere und große Stadt. Vergegenwärtigen Sie sich nur die Gründung der vier Tagblätter.

Wir haben in Oberösterreich im ganzen 23.000 Wähler, in Salzburg rund 9000, in Tirol auch nur 9000, und dennoch war das Problem, in diesen drei Gebieten Tagblätter zu errichten, wenn es auch seine Schwierigkeiten hatte, leichter zu bewältigen gegenüber dem Problem, in den Zentren des industriellen Lebens in Böhmen ein tägliches Blatt zu gründen. Eines der stärksten Industriegebiete, das wir haben, ist Mähren und Schlesien. Wir haben in Mähren 38.000, in Schlesien 22.000 Wähler. Unter 60.000 Wählern gibt es natürlich auch eine nicht kleine Oberschicht von politisch interessierten Menschen, die ich als zur Gründung eines Blattes nötig bezeichnet habe. Aber hier ein Tagblatt zu schaffen ist schwerer als für die 9000 Wähler von Salzburg, weil es einesteils kein einheitliches Gebiet und anderenteils kein Gebiet ist, das eine große sozialdemokratische Stadt erzeugt hat. Trotzdem muß nach meiner Ueberzeugung als das nächste Ziel der Ausgestaltung unserer Parteipresse ein Tagblatt für das Industrieland von Teplitz und Aussig und ein Tagblatt für Mähren und Schlesien ins Auge gefaßt werden. Ich will keine Aspirationen wecken, die Sache ist nicht leicht; aber auch die Genossen in Mähren und Schlesien werden auf die Dauer ohne Tagblatt nicht bestehen können.

Aber nicht minder wichtig als das tägliche Blatt für die intellektuell regsame und wirtschaftlich besser gestellte Schicht ist die Versorgung der breiten Massen mit sozialdemokratischer Lektüre. Wollen wir es verhüten, daß sich breite und große Schichten unserer Anhänger in den sechs Jahren, die zwischen den großen Wahlagitationen liegen, wo immer der ganze Boden durchackert

wird, der Partei entfremden, dann müssen wir dafür sorgen, daß sie durch eine regelmäßige Lektüre im Bannkreis der Partei festgehalten werden. Wir beschwören sonst die Gefahr herauf, daß sie sich, wenn ihnen die sozialdemokratische Aufklärung versagt bleibt, wenn ihnen die Sozialdemokratie keine Waffe zur Verfügung stellt, allmählich an Lügen und Verleumdungen der Gegner gewöhnen und ihnen zu glauben beginnen. Denn dieses Lügengeschäft wird nicht bloß durch die Zeitungen betrieben, die ja der indifferente Arbeiter gar nicht liest. Aber die Genossen kommen ununterbrochen mit bürgerlichen Leuten zusammen, die diese bürgerlichen Blätter lesen, die dieses Gift aufsaugen und es bereitwillig weitertragen. Es gibt leider auch Arbeiter, die den Deutschgelben oder den Christlichsozialen anhängen, die ihre Lügenzeitungen lesen, und der sozialdemokratische Arbeiter ist dann in der Werkstätte, ist am Wirtshaustisch den verleumderischen Behauptungen der Gegner wehrlos ausgeliefert, wenn ihm die Partei das Mittel der ununterbrochenen Aufklärung nicht beistellt. Das Mittel für diese Schichten kann weder das Tagblatt sein, wo es besteht, noch auch die Wochenblätter, deren Verbreitung ja ebenfalls begrenzt ist, das kann nur ein M a s s e n b l a t t sein, wie es Ihnen in dem Antrag der Parteivertretung vorgeschlagen wird. Ein Probeexemplar dieser Zeitung, die wir da „Das Volk" genannt haben, ist bereits in Ihren Händen. Dieses Blatt kann und wird unserer alten Presse nicht schaden. Jemand, der sich gewöhnt hat, eines unserer Wochenblätter zu lesen, die ja ganz ausgewachsene politische Blätter sind, wird sich nicht plötzlich bescheiden, ein vierzehntägiges Blatt, das viel schwächer ist und viel weniger enthält, als Austausch zu nehmen. Sondern ganz im Gegenteil, das „Volk" wird erst das Erdreich urbar machen für die größeren Parteiblätter; die Leute, die sich gewöhnen, alle vierzehn Tage ein solches Blatt zu lesen, werden dadurch Interesse, einen Reiz zum Lesen bekommen und begierig werden, mehr zu lesen. Das Massenblatt wird die beste Agitation für unsere größere und große Presse sein. Nach meiner Meinung kann die Entwicklung mit einem vierzehntägigen Blatte gar nicht abgeschlossen sein. Wenn dieses Blatt in den großen Massen Wurzel faßt, so wird wohl aus ihm auch einmal ein achttägiges Blatt werden. Mit dem Massenblatt werden wir die Massenaktion, die jetzt in der Hauptsache nur in der jeweiligen Wahlagitation besteht, ununterbrochen fortgesetzt haben.

Ich möchte nun ein Wort über die P a r t e i k o r r e s p o n d e n z sagen, die zwar nicht eine Angelegenheit der Parteigenossen im allgemeinen, sondern mehr und eigentlich eine Angelegenheit unserer Redakteure ist. Die Korrespondenz bezweckt durchaus nicht, eine Schematisierung oder Schablonisierung unserer Parteizeitungen herbeizuführen, sie hat ausschließlich den Zweck, den Redakteuren das Material zu vermitteln, das übersichtlich geprüft und gewertet nur am Zentralpunkt des politischen Lebens werden kann. Aber ich würde den Parteigenossen in der Provinz nahelegen, diese Korrespondenz nicht bloß als eine Sache zu betrachten, die von Wien an sie geht, sondern auch als eine Sache, die von der Provinz nach Wien gehen soll. Man kann von den Genossen in Wien nicht erwarten, daß sie alles wissen, erfahren, voraussehen, was in der Provinz gebraucht wird und was von der Provinz vom Parteisekretariat oder von der Fraktion oder von der Korrespondenz selbst erwartet wird. Insbesondere läßt sich die dauernde Beaufsichtigung der gegnerischen Presse nicht mehr von Wien aus allein besorgen. Sie werden ja in der Wahlbewegung und schon vorher wahrgenommen haben, daß wir die Mühe nicht scheuten und den Versuch machten, alle diese Zeitungen zu lesen, die Verleumdungen zu verfolgen und soweit als möglich mit der Waffe des § 19 zurückzuweisen. Aber die Aufgabe, diese Zeitungen zu lesen, einem einzigen Individuum aufzuwälzen, wäre Menschenquälerei, denn diese Presse steht, geringe und darum anerkennenswerte Ausnahmen abgerechnet, auf dem tiefsten moralischen und auf einem sehr tiefen intellektuellen Niveau, und es ist auch von einem einzigen Menschen nicht zu erwarten, daß er plötzlich für alle Nester unseres lieben Vaterlandes ein so liebevolles Interesse haben soll, welches nötig wäre, um

diese Lokalblätter mit ihrer schmerzhaften Langweile durchzustudieren. (Heiterkeit.) Das wäre eine um so größere Pein, als die Verleumdung, die gegen uns betrieben wird, von förmlichen Zentralstellen aus besorgt wird. Sie werden ja in der Provinzpresse manchmal schon diese Korrespondenzen gesehen haben, die mit D. K. oder ähnlich gezeichnet sind. *Das sind Korrespondenzen, die ausschließlich vom Dispositionsfonds erhalten werden....* (Dr. *Bauer*: Oder vom Braß!) Das ist wohl dasselbe, der Dispositionsfonds der Regierung und der Dispositionsfonds der Fabrikanten hat nur verschiedene Kassen, aber nicht verschiedenen Ursprung. Ich will Ihnen darüber eine Geschichte erzählen. Vielleicht haben Sie davon gehört, daß eines Tages, wie der Bienerth schon gegangen war, plötzlich zwei jüdische Fabrikanten, deren Namen kaum jemand vorher gekannt hat, „in den Adelsstand erhoben wurden“. Dieser „Adelsstand“ ist nun ein Nachzügler der Wahlen gewesen. Diese zwei Herren Israeliten haben nämlich dem Bienerth einige hunderttausend Kronen „zur Verfügung gestellt“, das ist ja gewöhnlich die Taxe für die *Adelsmacherei* — und mit denen ist dann die Begeisterung des deutschen Volkes erzeugt worden. (Lebhafte Heiterkeit.) Das klingt bizarr, drollig, aber es ist wirklich so. Die Aufpulverung und Aufpeitschung des deutschen und auch des christlichen Volkes, die Erweckung seiner Leidenschaften gegen uns braucht natürlich eine Anregung, einen motorischen Antrieb, braucht Agitatoren, braucht also immer auch Geld. Es gehört wirklich zu den kostbarsten Ironien unserer Politik, daß die Dampfkraft, die diese Erhitzung des deutschen Volkes in Oesterreich erzeugt hat, gerade von zwei israelitischen Herren ausgegangen ist, die wirklich an den Wahlen kein anderes Interesse hatten, als daß sie „gerittert“ werden. (Heiterkeit.) Solcher Zentralstellen zur Verleumdung der Sozialdemokraten gibt es in Wien etliche. Da ist vor allem die Deutsche Korrespondenz, meiner Ueberzeugung nach ein ausgesprochenes Unternehmen der Regierung. Sie dürfen nicht glauben, daß es dabei, wenn ein Blatt „gegen die Sozialdemokratie“ gegründet wird — und solche Blätter werden in Wien ununterbrochen gegründet, das Gründen von antisozialdemokratischen Zeitungen ist etwa so ein Geschäft wie Automatenbuffets und Kinematographen (Lebhafte Heiterkeit) — nach der altmodischen Weise zugeht. Auch die Korruption ist modernisiert worden und der „Bekämpfer der Sozialdemokratie“ muß nicht gerade Geld kriegen. Er kann sich damit begnügen, daß die Regierung seine „Korrespondenz“ „zur Information“ aller Behörden abonniere. Das hat schon ein Abgeordneter erzählt, daß von einer solchen Korrespondenz im Ministerium des Innern zwanzig Exemplare „abonniert“ sind — man kann die Behörden nicht genug informieren. (Heiterkeit.) Insbesondere die Deutsche Korrespondenz, deren Ableger Sie auch in der bürgerlichen Presse von Innsbruck finden, wird von allen Konsularämtern gehalten (Hört! Hört!); denn wenn die nicht wüßten, wie die Sozialdemokraten bei diesem oder jenem Antrag „das deutsche Volk verraten haben“, so wären sie natürlich nicht ausreichend informiert. (Heiterkeit.) Diese Korrespondenz ist also ein unmittelbares Werk des Dispositionsfonds. Es gibt aber auch andere derartige Einrichtungen!

Jener Herr Braß, auf den Genosse Bauer hingewiesen hat, ist ein Herr, der zwei Tätigkeiten ausübt: die Ausbeutung der Arbeiter und die Hebung des deutschen Volkes. (Heiterkeit.) Er hat zwar auch deutsche Arbeiter; aber diese sind die einzigen Deutschen, die er von seinem Rettungsbedürfnis ausnimmt. Dieser Braß hat nun in Wien die sogenannte *Deutschnationale Geschäftsstelle* errichtet. Diese Geschäftsstelle hält sozusagen alle Verleumdungen auf Lager. Ich meine es wirklich, man kann das telegraphisch bestellen: Schicken Sie mir Verleumdungen gegen A, Verleumdungen gegen seine Frau, geben Sie auf sein Privatleben acht u. s. w., ist er einmal mit einem Auto gefahren, hat er einmal Champagner getrunken? (Heiterkeit.) Alle die Methoden, die man in Deutschland

unter dem Namen „Reichslügenverband“ zusammenfaßt, sind in Oesterreich längst heimisch, obwohl man hier nicht die Unvernunft gehabt hat wie in Deutschland, sich als Verein äußerlich zu etikettieren, und sie werden in Oesterreich noch verschärft durch den Mangel an Kultur, der unser ganzes Leben auszeichnet.

Nun noch etwas anderes. Der sozialdemokratische Journalist, der sozialdemokratische Abgeordnete oder Vertrauensmann ist den Verleumdungen der gegnerischen Presse wehrlos ausgeliefert. Sie wissen, wir haben ein Preßgesetz, das die Geschwornen zu Richtern über Preßbeleidigungen macht. Das war einmal eine große freiheitliche Errungenschaft und wird noch heute vielfach als solche gewertet. Wenn Sie aber unsere öffentlich wirkenden Parteigenossen fragen, was sie davon halten, sich vor bürgerliche Geschworne als Richter ihrer Ehre zu stellen, wird jeder das als unmöglich erklären. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist selbstverständlich. So ein Schriftleiter in der Provinz braucht sich absolut nicht zu fürchten. Wir haben ja eine große Immunität der Abgeordneten, aber mit der Immunität der Schriftleiter kann sie keinen Vergleich aufnehmen. Einem Abgeordneten kann es doch noch passieren, daß einmal aufgelöst wird, und daß man ihn zwischen zwei Wahlen erwischt; es kann sogar der ganz ungewöhnliche Fall eintreten, daß er rechtzeitig ausgeliefert wird. Objektiv ist es also möglich, daß er angeklagt und verurteilt wird. Aber ein Schriftleiter wird vor einem deutschböhmischen Schwurgericht, wenn auch die Beleidigung offenkundig ist, nicht etwa nur freigesprochen, nein, er wird mit Enthusiasmus freigesprochen. Es ist also jeder Sozialdemokrat den Verleumdungen seiner Gegner, die sich ja ausschließlich in persönlicher Sphäre bewegen, einfach ausgeliefert. Also bangen vor der Anklage braucht den Schriftleitern nicht, und daß sie durch moralisches Verantwortlichkeitsgefühl davon abgehalten würden, über uns zu lügen, darauf ist schon lange nicht zu hoffen. Aber unsere Gegner fangen auch zu erkennen an, daß sie die Institution der Schwurgerichte noch weiter zu ihren Gunsten ausnützen können. Denn sie wissen, daß nicht bloß sie freigesprochen, sie wissen auch, daß die Sozialdemokraten immer verurteilt werden, und jeder sozialdemokratische verantwortliche Redakteur steht heute bei der Schärfe des Klassenkampfes unter dem Fallbeil auch der persönlichen Anklage und Verurteilung.

Wir sehen also, daß sich das idyllische Bild früherer Zeiten ganz beträchtlich geändert hat, daß wir mit einem systematischen Kampf unserer Gegner auf allen Punkten rechnen müssen; wir sehen auch, daß unsere Gegner eine großartige Organisation aufgebaut haben. Diese Organisation ist natürlich keine Organisation politischer Ideen, es ist eine Organisation, die von dem Gedanken ausgeht, daß man den Sinn des Volkes am besten verwirren kann, wenn man den Gegner persönlich verunglimpft und seinen Charakter in den Kot zerrt. Denn das schlichte Volk sagt sich ganz richtig, daß das Wichtigste in der Politik der Charakter der Menschen ist, daß es nicht das Entscheidende ist, ob jemand gescheit ist und den höchsten Grad der intellektuellen Klarheit erreicht hat, sondern daß es in erster Reihe darauf ankommt, ob der Mann, dem man die Obhut seiner Interessen anvertraut, ein Mensch von Charakter, von Treue und Zuverlässigkeit ist. Diesen Sinn des Volkes beuten die Gegner aus und ihre stärkste Waffe gegen die Sozialdemokratie ist es nun, den Charakter aller unserer Vertrauensmänner, aller unserer Kandidaten und Abgeordneten bedenkenlos zu verunglimpfen. Deswegen ist der Ausbau der Parteipresse, der uns instand setzt, diese Verleumdungen zu zertreten und unschädlich zu machen, eines der eminentesten Erfordernisse der Partei.

Nun einige Worte über den „Kampf“. Der „Kampf“ zeigt wohl keinen Rückgang, aber er zeigt auch nicht jene Entwicklung, die notwendig ist — nicht für den „Kampf“, dem geht es ja nicht schlecht — sondern notwendig für die Partei. Es muß auf jedem Parteitag gesagt werden, daß wir in dem „Kampf“ eine ganz ungewöhnliche geistige Ausrüstung bekommen

haben. Ich kann mir gar nicht vorstellen, was wir heute, wo sich die nationale Auseinandersetzung mit ihrem ganzen Schwergewicht an die Partei herandrängt — eine Auseinandersetzung, die ein täglich erscheinendes Blatt nicht in jenem Umfang und mit jener Intensität pflegen kann, die diese Frage erfordert — ohne den „Kampf“ anfangen würden. Ich kann sagen, der „Kampf“ vereinigt die Solidität der deutschen Wissenschaft mit dem Bedürfnis nach Lebhaftigkeit, das doch in Oesterreich mehr lebt als anderswo. Er kritisiert, ohne zu nörgeln, und er vertieft die geistigen Anschauungen der Parteigenossen, ohne zu langweilen. Es wird im Parteibericht geklagt, daß noch nicht alle Parteiorganisationen und nicht alle Parteibibliotheken den „Kampf“ halten. Ich kann da nichts anderes sagen, als daß, wenn es wahr ist, es — verzeihen Sie das Wort — eine Schande für die betreffende Organisation ist, weil sie dadurch zu erkennen gibt, daß sie für die Vertiefung der Partei nicht das nötige Interesse besitzt. Man hat mir sogar versichert, aber das kann ich nicht glauben, daß es Abgeordnete gibt, die den „Kampf“ nicht lesen. (Heiterkeit.) Abgeordnete, die den „Kampf“ nicht halten, das wäre eine ökonomische Unmoral (Heiterkeit), aber wenn sie ihn nicht l e s e n, so wäre es ein intellektuelles Armutszeugnis. Da die Abgeordneten, wie Sie in einem witzigen Artikel der „Bildungsarbeit“ lesen können, „heute im Brennpunkt alles Interesses stehen“ (Heiterkeit), so fürchte ich, die Zuhörer konnten es schon merken, daß der Abgeordnete den „Kampf“ nicht gelesen hat. (Heiterkeit.)

Nun gestatten Sie, daß ich von zwei Anträgen spreche, die zu dem Punkt Presse eingebracht wurden. Der erste ist der Antrag 31 des Genossen Ascher, der wünscht, daß wieder ein Z w e i k r e u z e r b l a t t herausgegeben werde wie seinerzeit die „Volkswacht“. Der Genosse Ascher sieht sogar schon voraus, daß das Blatt ein Defizit haben werde, und er will zur Deckung des Defizits eine allgemeine Parteisteuer ausschreiben. Nun könnte ein solches Blatt naturgemäß nur ein Wiener Lokalblatt sein und man kann da mit Recht fragen, wie die Parteigenossen von ganz Oesterreich dazu kämen, für das Lesebedürfnis der Wiener eine Steuer zu zahlen. So ein Blatt ist unmöglich. Wir hatten die „Volkswacht“, die sozusagen aus dem Teig der „Arbeiter-Zeitung“ gemacht war. Es wurden die Rosinen herausgeklaubt, nur das Interessante, Aufregende, das Reizsame herausgenommen, aber es ist uns trotzdem nicht gelungen, mit dem Blatt einen durchschlagenden Erfolg zu erzielen, obwohl es sich wirklich vom Blut der „Arbeiter-Zeitung“ genährt hat. Hat es sich doch sogar herausgestellt, daß gut die Hälfte der Abonnenten, als sie nicht ein Blatt um zwei Kreuzer bekamen, die „Arbeiter-Zeitung“ abonnierten — weil ihnen das sozialdemokratische Blatt eben ein unentbehrliches Bedürfnis war. Es hat trotzdem keine Massenverbreitung gewinnen können, obwohl wir wissen, daß die anderen Zweikreuzerblätter sich — man kann nicht anders sagen — wie die Pest verbreiten. In diesem Antrag ist das ganze Problem des sozialdemokratischen Blattes aufgerollt. Wir können eben ein Blatt, das nur von den Lesern ausgeht, nur an sie denkt, nicht machen; weil uns, um es kurz zu sagen, unsere sozialdemokratischen Verpflichtungen daran hindern. Ich glaube schon, daß bei vielen Genossen die Meinung herrschen dürfte, es sei nur die Unzulänglichkeit der Redakteure daran schuld. Gewiß, wenn die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ so scharfsinnige und intelligente Journalisten, so begabte und wissensreiche Publizisten wären wie die von der „Kronen-Zeitung“, würde es gehen (Lebhafte Heiterkeit); aber so begreiflich es sein mag, bei den Genossen die schlechteste Meinung von der Zulänglichkeit der Redakteure zu finden (Heiterkeit), so kann ich Ihnen doch versichern, es ist nicht so. Ein sozialdemokratisches Blatt geht in der Hauptsache doch von den B e d ü r f n i s s e n d e r P a r t e i aus und kann die Bedürfnisse der Leser, so sehr es auch darauf Rücksicht nehmen muß, doch immer nur, wenn auch als wichtige, als eine Tatsache zweiter Reihe ins Auge fassen. Was aber nun die lieben Leser betrifft, so habe ich darüber

meine eigene Meinung. Es ist leider nicht so, daß die große Masse, namentlich in der Großstadt, ihre Leidenschaft den hohen Fragen zuwendet, wo um der Menschheit große Güter gerungen wird. Sie interessiert sich vor allem und vorzugsweise für die Dinge, die ihre gemeine Neugier in Bewegung bringen. Ein Blatt, das zuerst diese Anforderungen ins Auge faßt und ihnen entspricht, kann die Sozialdemokratie nicht herausbringen. Es gibt zwar große Massen, die die „Arbeiter-Zeitung" lesen; aber daß alle Arbeiter derart wären, daß sie kein anderes Blatt vertragen würden, daß ihr Intellekt so gereift, ihre seelische Empfindung so geläutert, ihr Geschmack so gereinigt wäre, um den illustrierten und textlichen Dreck jener Schmierblätter von sich abzuweisen — so weit sind wir leider noch nicht. Die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" wird wohl gehindert durch ihren Preis, das leugne ich nicht, aber weit mehr durch die Schwere des Inhalts, durch die Dichtigkeit des Stoffes, durch seine Komprimierung, mit einem Wort dadurch, daß sie eben ein Organ der Sozialdemokratie ist, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei in der Hauptstadt, und nicht bloß auf Befriedigung der Sinnenreize der Leser ausgehen kann. Nicht der hohe Preis, sondern die mangelnde Kongruenz zwischen den Neigungen der großen Massen in der Partei und der Verpflichtung, die ein Parteiorgan namentlich in Wien zu erfüllen hat, ist das Hindernis ihrer Verbreitung. Das mußte anläßlich jenes Antrages gesagt werden.

Was den anderen Antrag, den der Bezirksorganisation Mariahilf, betrifft: „daß genauer über die Reichsrats- sowie über die Landtagssitzungen berichtet werde", so weiß ich nicht recht, was sich die geschätzte Bezirksorganisation damit erhoffen will. Ich glaube nicht, daß die Bezirksorganisation so aufmerksam die ganze Parteipresse verfolgt; ich glaube, sie hat gar nicht nachgeforscht, ob andere Zeitungen als die „Arbeiter-Zeitung" dieses sträfliche Versäumnis begehen. Es heißt dort: Landtagssitzungen. Ich bin nun verpflichtet, den Intentionen dieses Antrages genauer nachzugehen, aber ich hoffe, daß die Antragsteller nicht vergessen haben, und daß ihr Wunsch nicht etwa dahin geht, daß über sie alle in der „Arbeiter-Zeitung" „genauer" berichtet werde. Ich glaube nicht, daß die Bezirksorganisation Mariahilf so extreme Weisungen ausgeben will, und sie wird vielleicht erstaunt sein, daß sie mit dem Antrag, bei dem sie sich vielleicht nicht so viel, vielleicht auch gar nichts gedacht hat (Heiterkeit), solche Konsequenzen heraufbeschwört. Nehmen Sie den „Vorwärts", der berichtet außer über den Reichstag nur über das preußische Abgeordnetenhaus. Dabei sind die Landtage draußen eine ganz andere Sache, haben souveräne Gewalt, gelten für ein großes Territorium und sind vor allem Körperschaften, wo fast überall Sozialdemokraten sitzen und eine bedeutende Wirksamkeit entfalten. Aber man würde sich draußen verwahren, wenn dem „Vorwärts" zugemutet würde, über sämtliche Landtage ausführlich oder nur regelmäßig zu berichten. Er bringt Berichte, wenn große Ereignisse vorkommen; aber daß er alle Reden veröffentlichen würde, die in dem bayrischen, in dem sächsischen Landtag, um nur die größten zu nennen, gehalten werden, ist natürlich ausgeschlossen. Ich nehme den Antrag zum Anlaß, um wieder auf das alte Problem zu kommen, über das ich immer nachdenke und das dem richtigen Journalisten eigentlich jeder Tag von neuem stellt: in welcher Quantität man Arbeitern den sozialdemokratischen Stoff zumessen darf, wenn man wünscht, daß er in seinen Bestimmungsort, nämlich in ihr Gehirn, gelange.

Daß über die Reden von Sozialdemokraten nicht ausführlich genug berichtet wird, werden immer viele meinen, denn es gibt ja viele Redner. (Lebhafte Heiterkeit.) Im besten Glauben, denn keiner wird jemals eine Rede halten, von der er nicht überzeugt ist, daß sie für die Entwicklung der Dinge von maßgebendem Einfluß ist, sonst würde er sie doch unterlassen. (Lebhafte Heiterkeit.) Nehmen Sie nun das Parlament. Das Haus produziert an Reden, Anträgen, Interpellationen, Regierungsvor-

lagen, Ausschußverhandlungen &c. täglich ein Material, über das zu berichten — nicht etwa es abzudrucken, da könnte ich Ihnen ja die Protokolle vorzeigen und davor würde auch die Bezirksorganisation Mariahilf schaudernd die Flucht ergreifen — sechs bis sieben enggedruckte Seiten der „Arbeiter-Zeitung“ in Anspruch nehmen würde. Wenn Sie diese ungeheure Produktion sehen würden, würden Sie finden, daß man ein ganzes Bureau einrichten müßte, um es nur zu lesen. Man kann sich auch nicht damit abfinden, daß man sagt, man könne es auf den nächsten Tag verschieben, denn an dem nächsten Tage kommt mit unheimlicher Sicherheit ein neues ebenso umfängliches „Material“ dazu. Die Berichterstattung über das Parlament ist also wirklich ein schwieriges journalistisches und politisches Problem. Denn was nützen die Reden, wenn sie niemand liest! Man wundert sich manchmal, daß sie gehalten werden. (Heiterkeit.) Zuhören tut, mit geringen Ausnahmen, niemand, in die Zeitungen kommen sie, mit geringen Ausnahmen, auch nicht, und wenn sie kämen, würden sie ohne Ausnahme nicht gelesen werden. Wie soll man da dann berichten, wenn man die Aufgabe ernst nimmt, wirklich b e r i c h t e n will? Es genügt nicht, daß man die Rede manchmal streicht oder sie etwa so verstümmelt, daß der Leser davon nichts hat, das wäre nicht die Bewältigung des Problems. Eine Rede zu lesen kann natürlich ein ganz besonderer Genuß sein, denn der Gedankenentwicklung eines bedeutenden Menschen nachzugehen ist ein Genuß von erlesener Art. Aber lauter Demosthenesse sind nicht im Parlament. Reden zu lesen ist also eine geistige Anstrengung, und wer mit sich aufrichtig zu Rate geht, wird vielleicht zugestehen, daß er einen Leitartikel leichter liest, als eine Rede, wobei ich ganz selbstverständlich weiß, daß jede Rede eine größere Tat ist als welcher Leitartikel immer. (Heiterkeit.) Sie müssen auch noch erwägen, daß das politische Leben in Oesterreich einem völligen Stillstand verfallen ist. Hier bleibt alles auf dem alten Fleck und beharrt; von der italienischen Fakultät haben schon unsere Vorfahren gehört und unsere Enkel werden noch immer davon hören (Heiterkeit), selbst wenn das Gesetz zustande kommt, es gilt doch nur für vier Jahre. Als ich vor dreißig Jahren in Tirol lebte, war die wichtigste Frage des Landes die Vitschgaubahn und sie ist es noch heute. Aber nicht nur die lokalen Dinge bleiben immer dieselben, in der Politik ist es nicht anders. Seit einem Menschenalter ist sie beherrscht von dem Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen oder Polen und Ruthenen, und die nächsten dreißig Jahre wird es immer so sein; nicht ein Detail wird sich geändert haben. Es ist also kein so großer Genuß, von dieser Politik ausführlich zu hören, sie ist immer nur die Reproduktion des vorigen Tages, des vorigen Monats, des vorigen Jahres, des vorigen Dezenniums. Das macht nun, daß die Reden, von denen man in Mariahilf nicht genug haben kann, doch oft recht alt und uninteressant sind.

Unser politisches Leben ist auch nicht einheitlich. Der Bewohner in Straßburg interessiert sich auch dafür, was in Königsberg vorgeht, trotz großer Entfernung, trotzdem es ein anderes Land ist; beide sind vom selben Stamm, von derselben Nation, derselben Sprache. Bei uns in Oesterreich ist das anders, der Gemeinsamkeiten sind wenig und der Gegensätze zu viele, man kann sich auch nicht für jedes Detail des Lebens und der Kämpfe einer anderen Nation interessieren. Auch ist keine Ordnung im Parlament. Im deutschen Reichstag spricht man von den Angelegenheiten des Reiches, im österreichischen Reichsrat spricht man von den Dingen der Länder, der Gemeinden, Ungarns; immer ist es eine politische Rede über das Thema: Oesterreich oder, wenn Sie wollen, über den Jammer Oesterreichs. Es ist immer dieselbe Rede; sie kann bei einer Steuervorlage ebenso gehalten werden wie bei der Geschäftsordnung. (Heiterkeit.) Oesterreich und seine unnatürliche Form steht eben immer auf der Tagesordnung. (Heiterkeit.) Deshalb ist es eine der schwierigsten Aufgaben, die jeder Tag von neuem aufwirft: über das Parlament zu referieren in einem Umfang

und in einer Herrichtung, daß die Leser es vertragen und es wirklich lesen. Und über das Geraunze, daß man über die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten zu wenig berichtet, will ich einmal ein offenes Wort sagen. Die einzigen Abgeordneten, die sicher sind, daß ihre Reden das Ohr der Leser in einer guten Fassung und in einem entsprechenden Umfang erreichen, sind nur die Sozialdemokraten. Betrachten Sie ein bürgerliches Blatt, das jeden Tag in achtzehn bis zwanzig Seiten erscheint und auch für die Politik viel Platz verwendet. Annehmbar wiedergegeben sind hier höchstens die Reden der Minister, alles andere ist sinnlos verstümmelt, einfach unlesbar und hält einen Vergleich mit der Berichterstattung der „Arbeiter-Zeitung“ nicht aus. Wenn man jeden Tag zwei bis drei Seiten dem Parlament widmet, so hat man schon viel Arbeit gehabt, damit auszukommen. Was nützen auch vier Seiten? Vor der Fülle der vier enggedruckten Seiten würde der gewissenhafteste Leser davonlaufen. Man muß ihn doch überlisten, damit er sich in das Lesen dieser Berichte vertieft. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß die Genossen aus dem niederösterreichischen Landtag zugeben werden, daß die Berichte über diesen Landtag allen billigen Forderungen entsprechen. Die stetigen Beschwerden über die Parlamentsberichterstattung übersehen — und deshalb bin ich darauf ausführlicher eingegangen — eben ganz die Eigenschaften des österreichischen politischen Lebens.

Der Genosse Reismann und viele andere schlagen eine Sonntagsbeilage vor. Davon wird nun seit Jahren geredet; man wünscht sie — einmal zur Unterhaltung, ein andermal zur Vertiefung, bald soll sie dem Schachspiel, bald dem Sozialismus dienen. Uebersehen Sie aber nicht, was die „Arbeiter-Zeitung“ ohnedies bringt! Jeden Sonntag hat sie fünfzehn Seiten Text, das ist so viel, daß ein normaler Sonntag damit belegt ist; wenn der Leser das alles liest, ist er belehrt und unterhalten worden, ist er vollständig befriedigt. Nun meint Genosse Reismann, wenn die Vertiefung nicht in einer eigenen Beilage vor sich geht, so soll wenigstens der „Arbeiter-Zeitung“ aufgetragen werden, „mehr als bisher Artikel über die theoretischen Grundlagen unserer Partei zu bringen“. Jeder Antrag auf Reform ist auch ein Urteil über den bisherigen Zustand. Darum ist auch dieser Antrag ungerecht. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat sich sehr gewandelt. Während sie früher ein stark politisches Blatt war, was vielleicht bedingt war durch den Kampf um die Wahlreform, und darum andere Seiten vernachlässigen mußte, ist sie in den letzten Jahren ein Blatt geworden, das sich weit mehr mit ökonomischen und sozialen Dingen beschäftigt als mit der „reinen“ Politik. Das auch darum, weil diese reine Politik immer mehr verschwindet und alle Politik wirtschaftliche und soziale Politik ist. Wenn man aber das so meint, daß sich ein Artikel wie ein Ausrufer ankündigen möge: „Jetzt werde ich euch eine Vorlesung über Sozialismus halten,“ so muß man sich sagen, damit gewinnt man nicht Leser und nicht Sozialdemokraten. Der Sozialismus muß exemplifiziert werden an dem, was die Leser selbst sehen. Nicht von der Theorie aus kann man an sie herankommen, sondern von ihrem eigenen Leben muß man ausgehen, von dem, was sie selbst sehen, begreifen, erleben, und in dieser Weise demonstriert die „Arbeiter-Zeitung“ ununterbrochen den Sozialismus, nicht bloß im einzelnen Leitartikel, sondern im ganzen Stoff, in allen Rubriken, weil sie eben so vom Sozialismus durchtränkt, durchdrungen ist, daß jeder Stoff, vom Theater womöglich angefangen bis zur Politik, ihr zu einer Erklärung und Darstellung des Sozialismus wird.

Gestatten Sie nun, daß ich einen Wunsch ausspreche. Sie werden alle mit Vergnügen die Memoiren von August Bebel gelesen haben. Es ist nun wohl nicht möglich, einen Antrag zu stellen, daß auch unsere Vorkämpfer ihre Erinnerungen schreiben sollen. Wenn ich aber sage, daß es uns eine Freude, eine Belehrung und ein großes Erlebnis wäre, wenn sich auch unser Adler entschließen würde, seine Memoiren zu schreiben (Lebhafte

Zustimmung), aus denen wir so viel erführen über das Erstehen und Werden der Partei, so habe ich einen Wunsch ausgesprochen, den jeder wirkliche Genosse seit langem heiß empfindet. (Lebhafter Beifall.) Oesterreich ist kein so großes Land und wir haben vielleicht nicht so weltgeschichtliche heroische Kämpfe gehabt wie in Deutschland, aber in seiner Art ist auch das Problem der Begründung unserer Partei und ihrer Vertiefung ein weltgeschichtliches Phänomen, daß, wenn sich Adler, der allerdings zu sehr eine Kampfnatur ist, um Muße zum Erinnern zu finden, entschließen würde, seine Erlebnisse niederzuschreiben, es uns die größte Freude machen würde, die wir erleben können. (Lebhafter Beifall.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch an einen Parteitagsbeschluß erinnern, daß die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu schreiben sei. Wenn es auch nicht leicht sein wird, diese Geschichte zu schreiben, weil sie sich so stark mit der der anderen Nationen kreuzt, so sollen wenigstens die Wiener Genossen die Geschichte der Wiener Parteibewegung schreiben lassen. Der Landesausschuß wäre dazu kompetent und er könnte das gemeinsam mit der Parteivertretung und mit anderen Genossen in die Wege leiten. Die alten Zeugen gehen dahin und die alten Erinnerungen verblassen, das Material wird immer schwerer zu beschaffen und dadurch die Aufgabe nicht leichter. Das gehört eigentlich nicht zu diesem Punkte, aber da es etwas Gedrucktes betrifft (Heiterkeit), habe ich geglaubt, es berühren zu dürfen.

Damit bin ich mit der etwas zusammenhanglosen, aber erschöpfenden Revue über die Aufgaben der Presse zu Ende und möchte nun zum Abschluß ein politisches Wort sagen. Es leidet keinen Zweifel, daß wir ganz anderen Kämpfen entgegengehen, als wir sie bisher hatten. Wir waren durch ein ganzes Dezennium und länger so etwas, wie man es mit einem Worte zwar schreiben, aber noch bezeichnender sagen kann, wie eine Staatspartei. Trotz unseres revolutionären Ursprungs und unserer entschiedensten Opposition gegen jede bürgerliche Regierung hielten wir uns doch immer auch das große Staatsproblem vor Augen und haben unseren ganzen Witz und Scharfsinn für die Lösung staatlicher Aufgaben mobilisiert; auf unseren Parteitagen waren staatliche Probleme, die Probleme dieses Oesterreich, ein ständiges Thema. Wir haben dem Staat durch die Wahlreform die Möglichkeit der staatlichen Entwicklung gegeben. Aber auch durch die internationale Form der Bindung unserer Tätigkeit im Parlament waren wir so oft gezwungen, für die Chauvinisten von rechts und links die Formel der Mitte zu suchen. Dieses ermüdende Suchen einer Form für den bürgerlichen Staat, dieses ewige Mühen, dem bürgerlichen Staat auf die Füße zu helfen, damit er ein Staat von normaler Funktion werden könne, das hat uns nicht immer genützt. Es hat uns, möchte ich sagen, ältlicher erscheinen lassen, als wir waren. Damit hat eine gewisse Auffassung des Staates korrespondiert, der wohl in der Sozialdemokratie eine „unliebsame Erscheinung" gesehen hat, aber doch auch eine staatliche Notwendigkeit. Dieses Verhältnis zwischen dem österreichischen Staat und der Sozialdemokratie als das Verhältnis der auf die Entwicklung des Staates gerichteten Kräfte ist, meiner innersten Ueberzeugung nach, vorbei. Nun wird es werden wie überall. Früher sind die Herrschenden gern von den Sozialdemokraten ausgegangen und haben uns den bürgerlichen Parteien als Exempel vorgeführt, jetzt haben sie sich den Bürgerlichen überliefert und wollen ihre Preisfechter gegen uns sein. Was haben denn die Bürgerlichen für Beschwerden? Der Adel ist hier heute viel machtloser als anderwärts, und der Kampf gegen den Klerikalismus hat für die bürgerliche Ideologie jeden Reiz verloren. Was aber jeden bürgerlichen Abgeordneten gleichermaßen berührt, ist der Ansturm des Proletariats, sind der Fortschritt und die Entwicklung unserer Partei. Deshalb werden wir vielleicht nicht schnell, vielleicht nicht unmittelbar und vielleicht nicht offen brutal, werden aber sicher einer anderen Entwicklung zugeführt, einer Entwicklung, für die Deutschland das Vorbild abgibt, obwohl sie dort vielleicht eher überwunden ist. Zu einer Politik des Staates gegen uns und zu einer anderen Politik von uns gegen

den Staat — wohl nicht in anderen Taten, aber in einem anderen Tempo, in einer anderen Intensität, einem anderen Temperament, zu der Politik des absoluten Gegensatzes zwischen dem kapitalistischen Staate und der revolutionären Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) In einem solchen Augenblick, wo wir jeden Tag gewärtigen müssen, daß alle diese Kräfte und Tendenzen gegen uns den sichtbaren Ausdruck empfangen, daß zu ihnen der bewußte Wille einer großen Macht tritt, da tritt an uns mit der deutlichsten Bestimmtheit die Pflicht heran, uns zu rüsten und zu waffnen, und in dieser Rüstung der Partei hat die Parteipresse mit den allerersten Platz. Bauen wir sie aus, und wir bauen vor. (Lebhafter Beifall.)

Referent Emmerling: Ich kann mich in meinem Geschäftsbericht um so kürzer fassen, als Ihnen ein gedruckter Bericht über die Gebarung der der Parteivertretung unterstehenden Blätter vorliegt und Sie dadurch selbst in der Lage sind, die einzelnen Ziffern zu untersuchen. Sie werden jedenfalls konstatiert haben, daß alle Parteiunternehmungen, besonders die Zeitungen, über die ich zu berichten habe, einen außerordentlichen Aufschwung erfahren haben. Vor allem ist es die „Arbeiter-Zeitung", die heuer über bedeutende Mehreinnahmen berichten kann. Die sind wesentlich darauf zurückzuführen, daß wir Ende 1910 eine große Aktion für das Blatt unternommen haben und daß sich das Interesse für den Wahlkampf auch im Absatz der „Arbeiter-Zeitung" ausdrückt. An Mehreinnahmen aus Abonnements und dem Verschleiß in Wien verzeichnen wir Kronen 62.587·74, während die Einnahmen aus dem Provinzabonnement um einige hundert Kronen gefallen sind, was wesentlich auf die Gründung der Tagblätter in Linz, Reichenberg, Salzburg und Innsbruck zurückzuführen ist. Wenn wir auch jetzt in Böhmen mehr Abonnenten haben, so stammt der Zuwachs aus Westböhmen und aus Nordwestböhmen, so daß der Ausfall in Nordböhmen, der durch das Erscheinen des Tagblattes in Reichenberg entstanden ist, wettgemacht wurde. Deshalb brauchen wir uns aber nicht zu fürchten. Die Genossen, deren materielle Lage es erlaubt, werden wir auch weiter als Abonnenten erhalten.

Die Inserate ergeben eine Mehreinnahme von fast 20.000 Kr. und die Gesamteinnahmen aus Inseraten betrugen im letzten Rechnungsjahr 237.515 Kr. Sie werden zugeben, daß das eine bedeutende Post ist, mit der wir zu rechnen haben. Es gibt nun verschiedene Meinungen über das Inseratenwesen, und einzelne Genossen sagen, es wäre am besten, wenn die Parteipresse keine Inserate hätte. Wir glauben aber mit Recht behaupten zu können, daß die Inserate zu den Bestandteilen eines Blattes gehören, weil die weiten Schichten, die ein Tagblatt zu erobern hat, mit weniger Interesse an dieses heranträten, wenn es nicht auch äußerlich dem entspräche, was die Leute in einer Zeitung zu sehen gewohnt sind. Sie werden auch nicht übersehen, daß gerade die Inserateneinnahmen uns in die Lage versetzt haben, eine wesentliche Ausgestaltung des Blattes vorzunehmen. Es liegen Anträge auf weitere Ausgestaltung vor, und die Kosten, die daraus entstünden, könnte man natürlich nicht durch eine Erhöhung der Auflage kompensieren. Hätten wir die Inserateneinnahmen nicht, so wäre jede bisherige Vergrößerung des Blattes unmöglich gewesen.

Allerdings finden wir bei den Inseraten nicht die Unterstützung der Genossen. Wenn Sie Beschwerde führen, daß Inserate erscheinen, die die Zeitung nicht enthalten soll, so vergessen Sie, daß die Inserateneinnahmen, die wir von den Organisationen haben, im Vergleich zu der Viertelmillion nichtssagend sind. Von Beschwerden über die Inserate haben wir wenig gehört, und wenn Verstöße vorkommen, so ist das leider bis zu einem gewissen Grad in einem so großen Betrieb unvermeidlich. Wenn ich den Organisationen den Vorwurf mache, daß sie so wenig inserieren, so muß ich ihn auch begründen. Im Rechnungsjahr 1906/07 hatten wir noch Einnahmen von den Organisationen von 15.000 bis 16.000 Kr. Als wir durch die Erhöhung der Auflage gezwungen waren, den Inseratentarif zu erhöhen, sind

diese Einnahmen zum großen Teil weggefallen. Im folgenden Jahr bekamen wir nur 8000 Kr. und im letzten Jahr sind die Leistungen der Organisationen für Inserate gar auf 6775 Kr. gesunken. Sie werden zugeben, daß bei dieser Tatsache wir Ursache haben, Klage zu führen. Nehmen Sie sich die Mühe, die Inserate des Berliner „Vorwärts“ auf das Verhältnis der Gewerkschaftsinserate zu den geschäftlichen Anzeigen zu prüfen, so werden Sie sehen, wie stiefmütterlich die gewerkschaftlichen Organisationen Oesterreichs und Wiens das Zentralorgan behandeln. Der Vereinsanzeiger brachte früher 4000 Kr., im vorletzten Jahr 3200 Kronen und im letzten Jahr nur mehr 540 Kr. Dieser große Ausfall kommt daher, daß wir neue Rubriken geschaffen haben: „Parteinachrichten“ und „Parteiangelegenheiten“, und die Genossen sind aus der bezahlten Rubrik „Vereinsanzeiger“ freudig in die kostenlose übersiedelt. (Heiterkeit.) Das ist ebenfalls ein Ausfall, der uns schwer trifft, weil die Mehrausgaben infolge Blattvergrößerungen steigen.

Die Druckkosten des letzten Jahres betrugen 492.192 Kr. und die Steigerung von 19.000 Kr. beruht nicht nur auf dem Wachsen der Auflage, sondern auch auf der Vergrößerung des Umfanges des Blattes. Sie werden sich erinnern, daß das Blatt früher zehn und zwölf Seiten hatte, daß wir aber, seitdem wir im neuen Haus sind, sehr oft 14 Seiten erscheinen lassen. Das war nur möglich durch die Steigerung der Inserateneinnahmen.

Die Redaktionskosten sind im letzten Jahr um 11.000 Kr. gestiegen. Im nächsten Jahr wird eine solche Steigerung nicht zu verzeichnen sein, weil einige Posten entfallen. Die Berichterstattung über den Kopenhagener Kongreß ist so ausgezeichnet gewesen, weil die große Entfernung mit Geld überwunden wurde, so daß der Leser einen ausführlichen Bericht so rasch hatte, als wäre der Kongreß in Wien oder in unmittelbarer Nähe gewesen. Auch die Wahlbewegung hat Mehrausgaben der Redaktion verursacht, und schließlich sind die Mehrausgaben auch durch die Uebersiedlungskosten bedingt.

Die Expeditionskosten sind ganz enorm gestiegen und die Kosten der Redaktion und Administration machen noch lange nicht so viel aus wie die Kosten für die Expedition. Das ist darauf zurückzuführen, daß wir trachten, allen Beschwerden über die Zustellung des Blattes abzuhelfen, die Expedition klaglos zu gestalten. Mit Aufwendung großer Geldmittel sorgen wir dafür, daß wir das Blatt rechtzeitig hinausbringen. Dabei bestehen mannigfache große Schwierigkeiten. Da kommt vor allem die Vermehrung des Textes in Betracht, dann, daß es Ereignisse gibt, die es unmöglich machen, die Redaktion früher zu schließen, und die sogar noch mehr Ausgaben verursachen, da man bis zur letzten Minute warten muß. Und schließlich und hauptsächlich leiden wir darunter, daß unsere Leser das Blatt frühzeitig haben müssen. Dieser Anforderung können wir nur mit der größten Anstrengung entsprechen. Zu einer Zeit, wo die anderen Blätter noch nicht in das Haus der Abonnenten getragen werden dürfen, ist unseren Lesern die Zustellung schon zu spät, weil sie früh in die Fabrik gehen müssen und oft einen weiten Weg zurückzulegen haben. In der letzten Zeit haben wir nicht allzuviel Klagen über die Zustellung vernommen. Wenn sie vorkommen, sind sie dadurch verursacht, daß wir an den äußersten Grenzen der Stadt größere Austrägerrayons haben müssen, die Zahl der Abonnenten aber eine geringe ist.

Die übrigen Posten entsprechen dem natürlichen Wachstum des Unternehmens und wenn der Gebarungsüberschuß des letzten Jahres geringer ist als der des vorhergegangenen, ist das darauf zurückzuführen, daß wir eben in diesem Jahre ganz außerordentlich hohe Ausgaben hatten. Mit Unterstützung unserer Vertrauensmänner und, wie ich gern feststelle, unseres Austrägerpersonals werden wir in den nächsten Monaten hoffentlich einen weiteren Aufschwung verzeichnen können. Wir müssen für die Verbreitung unseres Blattes eine unablässige Agitation betreiben.

Eine der wichtigsten Aufgaben eines Parteiblattes ist es, die Fluktuation zu unterbinden. Aus der Abonnententabelle im Bericht ersehen Sie, daß wir in zwei Jahren 26.000 Abonnenten gewonnen haben; leider haben wir auch mit vielen Einstellungen zu rechnen. Wir haben für das nächste Jahr die Hoffnung, daß sich die finanzielle Gebarung weiter bessern wird, da wir seit der Wahl einen steten Aufschwung zu verzeichnen haben und besonders seit dem 17. September machen wir einen großen Ruck nach vorwärts. Wir hatten schon Auflagen von mehr als 137.000 und aus der Woche nach dem 17. September ist trotz der hohen Auflage nicht ein Exemplar mehr zu haben. Der Einzelverkauf und das Abonnement sind gestiegen und alle Ziffern der früheren Jahre haben wir weit überholt.

Während der Wahlbewegung ist an die Verwaltung der „Arbeiter-Zeitung" eine große Anzahl von Ansuchen gekommen, die Zeitung während der Wahlbewegung dem Bezirks- oder Lokalvertrauensmann gratis zu überlassen. Soweit wir in der Lage waren, haben wir den Ansuchen Rechnung getragen. Wir haben Hunderte Exemplare gratis abgegeben, in der Hoffnung, daß das Interesse auch nach der Wahl nicht schwinden und die Organisation das Blatt abonnieren werde. Mit wenigen Ausnahmen ist das auch geschehen.

Es liegt nun der Antrag 32 der Bezirksorganisation Falkenau vor, daß die „Arbeiter-Zeitung" an die Bezirksvertrauensmänner zu einem billigen Preis abgegeben werde 'Einen Beschluß zu fassen, daß das Jahresabonnement dieser Vertrauensmänner auf etwa 20 Kronen jährlich ermäßigt werde, ist heute darum nicht möglich, weil der Ausfall zu groß wäre, wenn nicht auch die Abonnentenzahl stiege. Wenn wir für die 456 Organisationen, die das Blatt abonniert haben, den Preis ermäßigen sollen, so müssen wir auch eine große Zahl neuer Organisationen gewinnen, damit der Ausfall gedeckt werde. Erst dann ist die Ermäßigung möglich.

Wir bitten um Unterstützung, wenn wir neuerdings an Sie herantreten, eine Aktion für die „Arbeiter-Zeitung" und gegen die Schund- und Schandpresse zu unternehmen. Wir haben in Wien und Umgebung außerordentlich unter dem Einfluß dieser Blätter zu leiden, und wenn es auch in den letzten Monaten besser geworden ist, dürfen Sie doch nicht übersehen, daß sich diese Schlammwelle bis in die letzten Winkel des Reiches ergießt und die sogenannten Zeitungen auch in die entferntesten Provinzen dringen.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat eine ganz besondere Erhöhung der Auflage erfahren. Von 16.000 vom Jahre 1908 bis 1909 ist sie im nächsten Jahr auf 20.000 gestiegen und am 30. Juni 1911 betrug die Auflage 25.000. Daß der Ertrag im letzten Jahr geringer ist als im vorletzten, beruht darauf, daß dem Wahlfonds 1000 Kr. und dem Frauenreichskomitee 500 Kr. überwiesen wurden. Die Ausgaben sind sehr gestiegen, da das Blatt neuerdings vergrößert wurde. Es ist aber zu hoffen, daß es im nächsten Jahr einen bedeutend größeren Gewinn abwerfen wird. Ueber das Verbreitungsgebiet der „Arbeiterinnen-Zeitung" bringen wir Ihnen einige interessante Daten. Wir haben mit Absicht alle Orte angeführt, wo sie Absatz findet, und bitten Sie, wo die Arbeit bisher mangelhaft war, eine entsprechende Agitation einzuleiten. Es ist selbstverständlich, daß wir mit allem Material: Gratisblättern, Flugblättern. Bestellkarten, Ihnen sehr gern zur Verfügung stehen.

Der „Kampf" weist in finanzieller Beziehung nahezu den gleichen Stand auf wie im vorigen Jahr. Der Reinertrag betrug 1121 Kr. und davon wurden 1000 Kr. dem Wahlfonds abgetreten, 121 Kr. an die Parteivertretung abgeliefert. Der „Kampf" hat vom ersten Augenblick an einen Ueberschuß gehabt. Wir waren in der glücklichen Lage, das Kapital, das uns die Parteivertretung zur Verfügung gestellt hat, nicht benützen zu müssen, sondern wir konnten vielmehr noch Geld an die Partei abführen. Auch hier verweisen wir Sie darauf, daß in manchen Gebieten der Absatz viel zu

wünschen übrig läßt. Wir bitten Sie, insbesondere Ihre Bibliotheken zu revidieren, ob sich dort der „Kampf“ befindet. Der „Kampf“ hat gegenüber dem Vorjahr eine kleine Einbuße an Abonnenten erlitten. Wir haben um vierundsiebzig Exemplare weniger; aber wir hoffen, daß die Maßnahmen, die nun nach dem Parteitag sicherlich in den Lokal- und Bezirksorganisationen getroffen werden, dem wissenschaftlichen Organ einen großen Zuwachs bringen werden.

Die Druckerei „Vorwärts“, über deren Gebarung ich zu berichten habe, ist, wie Sie wissen, endlich in ihr eigenes Heim übergesiedelt. Wenn wir während der Wahl über die Herstellung von Wahldrucksorten und sonstigen Behelfen keine Klagen hatten, so ist das wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Druckerei im neuen Heim auf das zweckmäßigste ausgestattet ist. Das letzte Jahr hat uns eine Steigerung des Umsatzes von 200.000 Kr. gebracht. Wir hatten im Jahre 1910 einen Umsatz von 1,190.000 Kronen und diesmal einen Umsatz von 1,393.000 Kr. In dieser Steigerung sind mehr als 120.000 Kr. an Wahlkosten, und ich muß gleich hier erklären, daß dieses Wahlgeschäft nicht zu den ertragreichen Geschäften der Druckerei gehört, weil es mit ganz außerordentlichen Ausgaben verbunden ist. Trotzdem haben wir es für unsere Pflicht gehalten, gerade hier klaglos zu arbeiten. Wenn ich hier die Bitte an jene Organisationen richte, die ihre Schulden aus der Zeit der Wahl noch nicht beglichen haben, so werde ich keine Namen nennen in der Hoffnung auf Zahlung, wollen Sie das nicht so auffassen, als ob wir Sie gerade vor diesem Forum anklagen wollen, nein, nur zur Kenntnis bringen wir, daß von den 124.000 Kr. noch mehr als 40.000 Kr. ausständig sind, und wenn ich Sie darauf aufmerksam mache, daß das große Unternehmen, das Sie heute haben, zum großen Teil noch mit fremdem Geld arbeiten muß, so werden die Genossen hoffentlich die Lehre daraus ziehen, daß man Drucksorten auch bezahlen muß. Die Bilanz der Druckerei wurde auch durch die Uebersiedlung wesentlich beeinflußt. Die Kosten der Uebersiedlung betrugen weit über 60.000 Kr. Wir hoffen aber, daß im neuen Haus der Betrieb einen großen Aufschwung nehmen wird.

Nun zu den Anträgen: Den Antrag 23 auf Herausgabe des Zweihellerblattes hat Genosse Austerlitz schon besprochen. Ich muß aber trotzdem noch einiges hinzufügen. Meine persönliche Meinung ist die, daß dieses Blatt nur dann Erfolg haben kann, wenn es nicht vierzehntägig, sondern wöchentlich erscheint. Es heißt ja in dem Antrag auch nur, daß es „vorläufig“ vierzehntägig erscheinen soll, und wir werden, wenn es notwendig und möglich ist, mit dem wöchentlichen Erscheinen beginnen. Das Blatt wird 2 H. kosten, wir liefern es aber bei Abnahme von mindestens sechs Exemplaren um 1½ H. netto in alle Bezugsstellen, die uns genannt werden. Einzelabonnements können wir nicht annehmen und Bestellungen unter zehn Exemplaren nur dann, wenn sie vorausbezahlt werden. In dem Antrag heißt es, daß das Blatt noch im Dezember herausgegeben wird. Eine Probenummer liegt schon vor und wird noch im November in Massen zur Agitation unentgeltlich verbreitet werden. Auch die zweite Nummer, die im Dezember erscheinen wird, wollen wir unentgeltlich hinausgeben, aber wir bitten Sie, sich dann schon an die zu erwartende Absatzzahl zu halten. Erst vom Jänner an soll das Blatt regelmäßig herauskommen. Wir werden also einige hunderttausend Exemplare des Blattes zum Zweck der Agitation hinausgeben und wir hoffen, daß die Organisationen für die Verbreitung Sorge tragen werden, auch in solchen Orten, wo es nur wenige Genossen gibt. Insbesondere hoffen wir aber, daß Sie unsere Bestellkarten in Massen verbreiten werden. Wir bitten Sie auch, uns auch Adressen der Lokalvertrauensmänner, der Kolporteure und der Fabriksvertrauensmänner, die sich in den Dienst der Sache stellen können, mitzuteilen. Ich füge noch hinzu, daß wir bei sechs Exemplaren einen Verlust haben, daß der Gewinn bei zehn Exemplaren nahezu Null ist; aber wir rechnen damit, daß, wenn wir auch nur 5000 Expeditionen unter zehn Exemplaren haben, der Verlust dadurch

aufgewogen wird, daß die Partei eines der besten Bindemittel hat, und daß wir hoffen können, durch den übrigen Absatz den Ausfall an Gewinn decken zu können.

Der Antrag 25 (Freiwaldau) wünscht eine Unterhaltungsbeilage für alle Parteiblätter, und er deckt sich darin mit dem Antrag 26 (Dornbirn). Aber in dem Antrag vermisse ich ein Wort. Es heißt darin: „Zur Abnahme sollen alle Parteiblätter verpflichtet werden", aber diese Verpflichtung müßte sich auch auf die Bezahlung erstrecken. (Heiterkeit.) Wir haben schon einmal über eine solche Unterhaltungsbeilage eingehend beraten, aber leider sind wir zu dem Resultat gekommen, daß die Auflage unserer ganzen Provinzpresse — mit Ausnahme der „Volkstribüne" — zu klein ist, so daß wir das Blatt nicht unter 1 H. liefern könnten, denn wenn wir ein Unterhaltungsblatt machen, muß es auch etwas darstellen. Weisen Sie den Antrag der Parteivertretung zu.

Den Antrag 31 des Genossen Ascher hat schon Genosse Austerlitz besprochen. Ich muß da zunächst eine kleine Richtigstellung vornehmen. Wir hatten bei der „Volkswacht" eine Auflage von 5600 Exemplaren und wir hatten wöchentlich ein Defizit von 800 Kr., so daß wir, als das Blatt eingestellt wurde, ein Defizit von 50.000 Kr. für die „Arbeiter-Zeitung" übernehmen mußten. Als wir die „Volkswacht" aufließen, haben wir in sechs Wochen sämtliche „Volkswacht"-Abonnenten für die „Arbeiter-Zeitung" gewonnen und anstatt Defizit einen Reingewinn gehabt. Das ist ein Beweis, daß die „Volkswacht" von Arbeitern gekauft wurde, die in der Lage waren, auch die 20 H. mehr in der Woche für die „Arbeiter-Zeitung" zu zahlen. Wenn die „Arbeiter-Zeitung" eine Auflage von 100.000 Exemplaren haben wird, dann werde ich selbst der Meinung sein, daß der Kreis derjenigen erschöpft ist, die wöchentlich 50 H. für ihr Blatt ausgeben können. Das ist heute noch nicht der Fall. Wir wissen, daß zahlreiche Arbeiter die Schundblätter kaufen, für die sie wöchentlich 30 H. zahlen. Die Differenz gegenüber der doppelt so starken „Arbeiter-Zeitung" — von der Qualität gar nicht zu reden — beträgt also bloß 20 H. die Woche, so daß es wirklich nicht dafür steht, sich in ein solches Experiment zu stürzen.

Vom Antrag 30 (Mariahilf) brauche ich bloß den zweiten Teil zu besprechen, der der Parteipresse nahelegt, bei Aufnahme von Firmeninseraten vorsichtiger zu sein. Ich hoffe, daß die Genossen diesen Antrag zurückziehen werden, da er so allgemein gehalten ist, daß es ebenso schwer ist, den Antrag anzunehmen wie ihn abzulehnen. Ich glaube, daß Sie das um so leichter können, wenn ich die Erklärung abgebe, daß wir und die Verwaltungen der übrigen Blätter bemüht sind, alle Inserate auszuschalten, die irgendwie für die Abnehmer Schaden bringen könnten.

Der Antrag 28 des Arbeiterschachklubs bringt mich in Verlegenheit, weil ich selbst Schachspieler bin und also gern auch eine Schachrubrik im Blatte hätte. Aber schließlich muß die Verwaltung mit ihren Mitteln haushalten. Weisen Sie den Antrag der Verwaltung der „Arbeiter-Zeitung" zu.

Der Antrag 32 (Falkenau), daß die „Arbeiter-Zeitung" an die Lokal- und Bezirksvertrauensmänner billiger abzugeben sei, könnte nur unter der Voraussetzung angenommen werden, daß der größte Teil der Vertrauensmänner das Blatt bezieht. Wir haben heute 456 Organisationen, die das Blatt beziehen, und es kämen also noch 1000 in Betracht. Wir könnten nur dann bei den 456 den Preis herabsetzen, was einen Ausfall von etwa 5000 Kronen ausmacht, wenn wir die anderen als Abonnenten gewinnen.

Der Antrag Witzmann, daß dem Parteiarchiv alle Drucksorten geschickt werden, wird wohl allgemeine Unterstützung finden.

Der Antrag Reismann wegen einer Sonntagsbeilage, in der wissenschaftliche Artikel gebracht werden sollen, ist wohl überflüssig, da wir den „Kampf" und die „Bildungsarbeit" haben.

Nun sind noch einige Anträge auf Anerkennung von Parteiblättern gestellt worden. Im Auftrag der Parteivertretung kann ich nur mitteilen, daß wir dem Antrag 27 auf Anerkennung des Organs der Gewerbetreibenden, dem Antrag 29 auf Anerkennung des Organs der Arbeiterradfahrer und dem Antrag Hecht über die Anerkennung des „Gewerberichter" zustimmen.

Es haben schon die Genossen Adler und Austerlitz auf die Kämpfe verwiesen, die uns bevorstehen. So sehr auch unsere Organisation Fortschritte gemacht hat, so wurde doch vieles versäumt, und ich appelliere an Sie, die nächste Zeit auszunützen, um das Versäumte nachzuholen. Die Auflagen unserer Blätter sind gestiegen. Aber noch immer steht die Zahl unserer Abonnenten in einem krassen Mißverhältnis nicht nur zur Zahl der Wähler, sondern auch zur Zahl der Parteimitglieder. Vergessen wir nicht, daß es eine der wichtigsten Aufgaben unserer Vertrauensmänner ist, für die Parteipresse zu agitieren. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Tomschik**: Es sind noch folgende Anträge eingelaufen:

Antrag Weber:

Der Parteitag erkennt den in Krumau erscheinenden „Böhmerwald-Volksboten" als Parteiorgan an.

Antrag Skaret:

Nachdem das Organisationsstatut der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs sich in den einzelnen Bestimmungen als abänderungsbedürftig erwiesen hat, so beschließt der Parteitag:

Die Parteivertretung wird beauftragt, eine Kommission zur Aenderung des Organisationsstatuts einzusetzen und den geänderten Entwurf den Parteigenossen rechtzeitig zur Diskussion vorzulegen.

Ferner teile ich mit, daß in die Antragprüfungskommission gewählt wurden: Lindner, Kollinger, Cermak, Zeplichal, Dr. Czech, Tuppy, David, Hackenberg, Riese, Ertl, Snoy, Reichenfelder und für die Parteivertretung Skaret, Winarsky und Dr. Ellenbogen.

Bericht der Volksbuchhandlung.

Heydtmann: In Reichenberg wurde uns der Auftrag zuteil, die „Glühlichter" inhaltlich und illustrativ besser auszugestalten. Ich glaube wohl sagen zu können, daß wir diesen Auftrag erfüllt und den verschiedenen Beschwerden, die in den zwei Jahren namentlich in Wien auftauchten, so ziemlich Rechnung getragen haben. Als wir seinerzeit dazu übergingen, die „Glühlichter" in der Druckerei „Vorwärts" in Buchdruck herzustellen, konnten wir erwarten, daß das Blatt nicht nur in Wien, sondern auch in den Kronländern größeren Absatz finden werde. Die Auflage der „Glühlichter" ist aber nur von 17.000 auf 18.000 gestiegen, was deshalb zu wenig ist, weil die Herstellungskosten im Buchdruck viel höher sind, als seinerzeit in der Lithographie. Eine wichtige Frage für die Volksbuchhandlung wie auch für die Partei ist die Frage der Kolportage. Sie wissen, daß in den Organisationen diese Arbeit meist nur als Nebenarbeit geleistet, also sehr vernachlässigt wird. Solange wir nicht besondere Parteikolporteure haben, die in der Organisation keine andere Aufgabe haben als die Kolportage, so lange wird es nicht besser werden. Ich möchte Ihnen die herzliche Bitte auf den Weg mitgeben, der Kolportage größeres Interesse entgegenzubringen als bisher. Die Volksbuchhandlung hat sich in den letzten zwei Jahren alle Mühe gegeben, vorwärts zu kommen. Es sind ja weit über 700 Kolporteure in Oesterreich für uns tätig, aber von diesen sind höchstens 250 bis 300, die sich der Kolportage allein widmen können, während alle übrigen noch für andere Parteiarbeiten Sorge tragen müssen.

Wenn der Bericht der Volksbuchhandlung ein halbwegs erfreulicher genannt werden kann, so ist das in erster Linie dem Genossen Dr. Braun als dem von der Parteivertretung uns beigestellten literarischen Beirat und dem Genossen Dr. Danneberg als Herausgeber der „Bildungsarbeit" zu danken, die beide in aufopferungsvoller Tätigkeit sich für die Volksbuchhandlung eingesetzt haben.

Der Vorredner hat schon über ein Uebel der Parteiunternehmungen gesprochen. Es wurde uns seinerzeit der Rat gegeben, im Kreditgeben nicht gar zu engherzig zu sein. Nun zeigt es sich aber, daß unser Kredit wieder zu sehr in Anspruch genommen wird. Es liegt mir fern, etwa die Meinung auszusprechen, daß mit den Werbeschriften ein gutes Geschäft zu machen gewesen wäre, wenn sie bezahlt worden wären. Darüber werde ich mich schriftlich mit den Genossen auseinandersetzen und werde nicht ermangeln, die Genossen immer wieder an ihre Pflichten zu erinnern.

In dem gedruckten Bericht ist Ihnen auseinandergesetzt, wie groß die Auflage der Broschüren des eigenen Verlages ist. Die Werbeschriften allein wurden in einer Auflage von einer Million gedruckt, von denen 850.000 Exemplare auch abgesetzt wurden. Ueber die Neugründung unserer Filiale in Graz, die voriges Jahr ins Leben gerufen wurde, kann ich heute noch keinen definitiven Bericht erstatten, weil die Filiale erst vor vier Wochen in die belebteste Straße von Graz übergesiedelt ist und weil wir da erst sehen wollen, wie sich das Unternehmen weiter gestalten wird. Ich will aber nicht unterlassen, die Genossen, namentlich in den größeren Städten, darauf aufmerksam zu machen, von Neugründungen solcher Filialen abzusehen, denn die Volksbuchhandlung in Wien wird es für die Dauer nicht aushalten, so viel Geld als notwendig ist, in die Filialen hineinzustecken. Ich möchte zum Schluß noch die Klage vorbringen, daß ein großer Teil der Wiener Genossen den Bedarf noch in bürgerlichen Buchhandlungen deckt.

Den

Bericht der Parteikontrolle

erstattet

Dr. Czech: Die Revisionstätigkeit der Parteikontrolle hat sich in der letzten Berichtsperiode sehr umfangreich gestaltet, da die Parteigeschäfte infolge des Aufschwunges der Organisation an Umfang zugenommen haben. Dieser Aufschwung hat auch den Ausbau der bestehenden Parteieinrichtungen notwendig gemacht, insbesondere die Ausgestaltung des Parteisekretariats, der Presse, der Parteidruckerei, worüber Ihnen ja bereits ausführlich berichtet wurde. Das hat natürlich auch eine Vermehrung der Kassengeschäfte der Partei zur Folge gehabt. Die Parteikontrolle, die in der Berichtsperiode siebenmal zusammengetreten ist, hat sich nicht darauf beschränkt, die Kassengebarung und die Buchführung zu prüfen, sondern sie hat ihr Augenmerk auch der Gesamtführung der Parteiunternehmungen zugewendet und sie hat auch in gemeinsamen Sitzungen mit der Parteivertretung über allgemeine organisatorische, taktische und politische Fragen Beratungen gepflogen. Als Beschwerdeinstanz ist die Kontrolle diesmal nicht zusammengetreten; ein Beweis für die klaglose Führung und Abwicklung der Geschäfte durch die Parteivertretung. Dagegen wurde sie einmal als Schiedsgericht angerufen in der Affäre Kunze-Schuhmeier und sie hat gegen Kunze entschieden.

Der Bericht der Kontrolle geht dahin, daß die leitenden Funktionäre der Parteiunternehmungen bei der Abwicklung der Geschäfte und die Parteivertretung bei der Leitung und Ueberwachung der Parteiunternehmungen vollauf ihre Pflicht erfüllt haben und daß die Gesamtverwaltung der Partei in allen Zweigen und allen Betrieben als durchaus einwandfrei befunden wurde. Wir beantragen daher für die Parteivertretung das Absolutorium.

Bericht der Preßkontrolle.

Referent Witzmann: In Verhinderung des Genossen Kütt, des Obmannes der Preßkontrolle, habe ich Ihnen mitzuteilen, daß wir, wenn wir auch durch die Arbeiten, die mit der Uebersiedlung der „Arbeiter-Zeitung" verbunden waren, einigermaßen in unseren Arbeiten behindert waren, doch Gelegenheit hatten, die Bücher zu revidieren und die Belege zu prüfen, und daß wir nichts auszusetzen fanden. Im Gegenteil müssen wir konstatieren, daß wir alles in der musterhaftesten Ordnung befunden haben, so daß auch ich beantragen kann, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bericht über die Frauenbewegung.

Referentin Proft: Wie Sie aus dem gedruckten Bericht ersehen haben, hat unsere Organisation in der Berichtsperiode wesentliche Fortschritte gemacht. Wir haben in Reichenberg berichtet, daß wir 88 Organisationen mit nicht ganz 7000 Mitgliedern hatten. Wir haben dann auf Grund des geänderten Parteistatuts unsere Organisationen eingerichtet und haben nun mehr als 200 Frauenorganisationen in Oesterreich mit nahezu 18.000 Mitgliedern. Die weiblichen Mitglieder bilden jetzt also ungefähr ein Achtel der ganzen Parteiorganisation. Wir haben die zwei Jahre ausgenützt, um die Vorarbeiten für die Frauenorganisation zu erledigen, und die nächste Zeit wird ausgenützt werden, um diese Organisation auszubauen. Allerdings konnten wir in den vergangenen zwei Jahren nicht unsere ganze Kraft der Organisation widmen und es waren vor allem die Wahlen, die ja auch an die Frauenorganisation außergewöhnliche Ansprüche gestellt haben. Wir haben jetzt in acht Kronländern Frauenlandesorganisationen, wir haben überall eine Landesvertrauensperson, die vom Frauenreichskomitee auch materiell unterstützt wird, so daß es möglich geworden ist, daß die Genossinnen etwas mehr Zeit und Kräfte für die Organisation aufwenden können. Es sind nur noch zwei Kronländer, wo keine Landesorganisation besteht; aber das wird wohl bis zum nächsten Parteitag nachgeholt werden. Wir waren auch in der Lage, in der Berichtsperiode mehr Mittel für den Ausbau der Organisation verwenden zu können als früher. Während früher unsere Ausgaben bloß von Subventionen bestritten werden mußten, die uns die verschiedenen Körperschaften zukommen ließen, haben wir jetzt unsere eigenen Einnahmen. Das Frauenreichskomitee bezieht von jeder Parteimarke, die für weibliche Mitglieder verkauft wird, von der Reichsparteivertretung zwei Heller und ungefähr ebenso ist es bei den Landesorganisationen. So wurde es uns möglich, daß wir unsere Aufgaben mit Erfolg erfüllen konnten und besonders auch eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Veranstaltung des auf der internationalen Konferenz beschlossenen Frauentages, der der Propaganda für das Frauenwahlrecht gewidmet war.

Der Frauentag ist in ganz Oesterreich mit großem Erfolg veranstaltet worden, in den meisten Orten hat sich auch eine Demonstration darangeschlossen. Die eindrucksvollste Kundgebung an diesem Tage war wohl der Wiener Frauentag, der alle Erwartungen, die wir daran geknüpft hatten, bei weitem übertroffen hat. Wir haben natürlich, um den Organisationen behilflich zu sein in der Werbung von Mitgliedern, ihnen nach jeder Richtung hin Unterstützung geboten. Soweit es unsere Mittel zuließen, wurden an die Frauenorganisationen Behelfe hinausgegeben. Dies geschah auf Grund der Beschlüsse einer Konferenz der Landesvertrauenspersonen, wonach aus dem Reinerträgnis der „Frauenkorrespondenz", deren Redakteurin die Genossin Freundlich ist, an die Orte in ganz Oesterreich, wo wir Frauenorganisationen haben, Broschüren und Vortragsmaterial hinausgegeben werden sollen. Es wurde auch eine große Anzahl von Broschüren abgesetzt. An der Parteischule in Bodenbach haben zwei Genossinnen teilgenommen, die eine allerdings auf Kosten ihrer Organi-

sation, die andere zum Teil auf Kosten des Frauenreichskomitees, zum kleineren Teil auf Kosten des Landeskomitees. Wir haben auch einen Redeunterricht veranstaltet, der von mehreren Genossinnen mit Erfolg absolviert wurde, so daß wir in Zukunft den Anforderungen, Referentinnen in die Provinz zu schicken, leichter werden Rechnung tragen können. Für den Frauentag wurde ein Flugblatt herausgegeben, um die große Masse der Frauen auf die Bedeutung dieses Tages aufmerksam zu machen, und es sind fast 350.000 Exemplare dieser Flugschrift hinausgegangen. Außerdem haben wir eine Festschrift zur Erinnerung an diesen Tag herausgegeben, die in 35.000 Exemplaren hergestellt und auch so ziemlich verkauft wurde.

Nun möchte ich noch einige Aufklärungen über den Kassenbericht geben, der an den Bericht des Frauenreichskomitees angeschlossen ist. Es ist hier ein Eingang von 4380 Kr. für Marken. In dem Bericht des Parteikassiers sind aber mehr Marken ausgewiesen, was darauf zurückzuführen ist, daß ja nicht alle Marken, die bezogen werden, gleich bezahlt werden. Als ersten Punkt bei den Einnahmen finden Sie noch die Beiträge von zwei Heller, das sind die früheren Beiträge, außerdem die Subvention des niederösterreichischen Landesausschusses, die wir früher bekommen haben, solange kein niederösterreichisches Frauenlandeskomitee existiert hat. Seitdem wir aber dieses haben, fließt diese Subvention dem Landeskomitee zu. Ebenso war es mit der Subvention von den Heimarbeiterinnen, die auch, solange sie keine Gelegenheit hatten, Parteimitglieder zu sein, ihrer Pflicht als Parteigenossinnen durch eine monatliche Subvention Genüge getan haben. Bei den Ausgaben finden Sie alle Rückvergütungen, die wir für Versammlungen, Subventionen bekommen haben; oben eine Post von 1380 Kr., das ist die Subvention, die wir, wenn auch nur in geringem Maße, so doch regelmäßig monatlich den Landesvertrauenspersonen geben. Unter „Diverses" ist eine Post, die schon wegen ihrer Eigentümlichkeit wert wäre, besonders eingestellt zu werden. Es sind 30 Kr., die die Vorsitzende unserer politischen Frauenorganisation in St. Pölten als Strafe zahlen mußte, weil die Behörde in St. Pölten die politische Frauenorganisation nicht dulden will. Wir haben mehr als 200 politische Frauenorganisationen in Oesterreich, aber bloß in St. Pölten ist die hohe Behörde damit nicht einverstanden und hat unsere Vorsitzende dreimal mit Strafen von je zehn Kronen bedacht. Auch anderswo wurden wir mit Geldbußen belegt, weil wir uns erlaubt haben, während der Wahlbewegung Frauenversammlungen zu veranstalten; aber die Strafen, die uns dafür auferlegt wurden, wurden von den Ländern gedeckt.

Ich habe Ihnen auch noch den Beschluß der Frauenreichskonferenz mitzuteilen, der sich auf den Anschluß der Frauen an die bestehenden politischen Parteiorganisationen bezieht. Wenn auch der § 30 des Vereinsgesetzes in nächster Zeit vielleicht noch nicht beseitigt werden wird, so haben wir es doch für nötig gehalten, eine Aussprache darüber herbeizuführen, und wir sind übereingekommen, die Sache auf allen künftigen Landeskonferenzen zur Sprache zu bringen. Der Beschluß unserer Konferenz geht dahin, daß wir für den Fall der Aenderung des § 30 den bestehenden politischen Vereinen beitreten werden. (Lebhafter Beifall.) Außerdem ist auf der Konferenz auch beraten worden, welche Vorschläge wir machen sollen, damit die Kommission, die gewählt werden soll, eine Richtschnur hat und sich die Genossen und die Genossinnen einig werden, in welcher Form der Zusammenschluß geschehen soll. Wir haben schon mit der Parteivertretung gesprochen und vereinbart, daß, wenn die Frage aktuell werden wird, wir uns zusammensetzen werden, um auf Grund der Vorschläge der Frauenkonferenz über den Anschluß der Frauen zu beraten. Wir haben beschlossen, nicht eigene politische Frauenvereine zu gründen, sondern zu tun, was die logische Folge der heutigen Organisationsbestimmungen ist: der politischen Organisation beizutreten. (Beifall.)

Bericht über die Jugendorganisation.

Referent Jenschik: An die erfreulichen Berichte, die Sie gehört haben, kann ich einen ebenso erfreulichen anreihen. Die Jugendorganisation hatte Ende 1910 9142 Mitglieder, die in 195 Ortsgruppen und Zahlstellen organisiert waren. Seither hat sich diese Zahl erhöht; wir haben heute 254 Zweigorganisationen, was also für die zehn Monate des heurigen Jahres einen schönen Fortschritt bedeutet. Er zeigt sich auch in der Auflage des Verbandsorgans. Während das Blatt vor zehn Jahren in 4000 Exemplaren gedruckt wurde, die unter den Jugendlichen und zuweilen Nichtjugendlichen kolportiert wurden, ist die heutige Auflage 12.000 und davon werden nicht ganz 500 durch Kolportage abgegeben. Fast die ganze Auflage hat ihre fixen Abnehmer unter den Jugendlichen selbst. Im Verhältnis zu früher können wir zufrieden sein und auch die Partei kann es. Aber trotzdem steht die Zahl der Jugendorganisationen in keinem Verhältnis zur Stärke der Partei. Wir haben in Oesterreich 1448 tätige deutsche sozialdemokratische Parteiorganisationen; wenn nur in jeder dritten Lokalorganisation auch eine der Jugendlichen wäre, so müßten wir 500 haben; es entfällt aber erst auf jede sechste eine Jugendorganisation. Unser Fortschritt datiert auf das Jahr 1907 zurück, als der Parteitag es den Genossen zur Pflicht machte, Jugendorganisationen zu gründen.

Es ist freilich schwer, Jugendorganisationen zu gründen und aufrechtzuerhalten; aber wo es auch nicht möglich ist, eine Jugendorganisation zu gründen, sollten die Genossen wenigstens durch Verbreitung des „Jugendlichen Arbeiters“ die Idee des Sozialismus und der Arbeiterorganisation zu den Jugendlichen tragen. Daß die Jugendorganisation Bedeutung für die Partei hat, erkennt man heute leicht. Seitdem die Sozialdemokratie das allgemeine Wahlrecht erobert hat, sehen wir die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen am Werke, die Arbeiterjugend für sich zu erobern. Seither ist der Nachwuchs der Arbeiter ein politischer Machtfaktor geworden und um dem Treiben der bürgerlichen Parteien ein Paroli zu bieten, sollen Jugendorganisationen geschaffen und das Jugendorgan verbreitet werden. Es kann der Partei nicht gleichgültig sein, wohin sich die Jugend schlägt. Die nationalen Jungmannschaften haben heuer bei den Wahlen in Böhmen eine sehr große Rolle gespielt und in manchen Orten hat leider eine machtvolle Jungmannenorganisation die Tätigkeit unserer Partei unterbunden und mancher Verlust ist darauf zurückzuführen. Dort, wo wir eine starke Jugendorganisation haben, in Westböhmen, haben wir keinen Verlust erlitten. Diese Jungmannenorganisationen werden gehätschelt von den deutschnationalen Vereinen; der Deutsche Schulverein, die Nordmark, der Bund der Deutschen in Böhmen und der in Mähren stellen ihnen nicht nur Geld, sondern auch eine Reihe von Agitatoren zur Verfügung, die für den nationalen Chauvinismus unter der Jugend agitieren.

Dann haben wir die christlichsozialen Jugendorganisationen; sie werden künstlich gezüchtet mit dem Gelde des Katholischen Volksbundes. Auch eine hohe Dame läßt reichlich Geld für diese Organisation fließen und sie geht auch sogar in die Jugendversammlungen und hält Agitationsreden, um dort für die klerikale Jugendorganisation zu werben.

Zu diesen zwei Gegnern gesellt sich in der letzten Zeit ein dritter, der uns gefährlicher werden kann als die nationalen Jungmannen und die christlichsozialen Jünglingsvereine. Das ist die österreichische Regierung. Sie hat vor einiger Zeit im Arbeitenministerium eine eigene Jugendfürsorgestelle geschaffen und einen Inspektor dafür bestellt, der in einer Broschüre sein Programm entwickelt hat. Er will mit Unterstützung der Gemeinden, der Länder und einer großen Unterstützung des Staates Jugend- und Lehrlingshorte gründen. Das will man Preußen nachmachen, das vor einiger Zeit diesem Zwecke eine Million gewidmet hat. Die öster-

reichische Regierung hat 75.000 Kr. hergegeben. Vor kurzem war eine Versammlung der Kleingewerbetreibenden in Waidhofen an der Ybbs; dort hat man furchtbar über die „verhetzende" Tätigkeit unserer Jugendorganisation gewettert und gesagt, daß 75.000 Kr. zu wenig seien, man müsse 200.000 Kr. verlangen. Dem Inspektor sind auch 200.000 Kr. zu wenig, um der roten Jugendorganisation entgegenzutreten; er verlangt, der Staat soll mindestens zwei Millionen Kronen jährlich dafür ausgeben, um die Arbeiterjugend im Sinne des Patriotismus zu erziehen. Sie fangen auch schon an. In der Zentralfortbildungsschule, die in Wien errichtet wurde, werden die Lehrlinge auf Plakaten aufgefordert, in die Jugendhorte zu gehen. Es wird ihnen nicht nur gesellige Unterhaltung, sondern auch eine Jause versprochen. Man spekuliert dabei auf den Hunger der armen Jugendlichen. Die ganze Woche will man sie ausbeuten und am Sonntag will man ihre traurige Lage mit ein Paar Würsteln oder einer „Savaladi" aus der Welt schaffen. Diesen Dingen muß die Jugendorganisation, unterstützt von der Partei, entgegentreten.

Ich brauche nicht zu sagen, daß wir für staatliche Jugendfürsorge sind. Aber wir stellen uns darunter etwas anderes vor als die Absicht, die Hirne mit Würsteln zu nähren. Der Staat soll Jugendschutzgesetze machen, die Arbeitszeit der Lehrlinge verkürzen, eine moderne Unterrichtszeit einführen, ihnen eine 36stündige Sonntagsruhe gewähren. Das wäre richtige staatliche Jugendfürsorge! Und wenn er Geld für die Jugendlichen hat, soll er Lehrlingsinspektoren bestellen, die kontrollieren, ob die Jugendschutzbestimmungen eingehalten werden. Das würden wir begrüßen; aber die Sonntagsjause ist keine Jugendfürsorge.

So sehr ich glaube, daß Sie mit unserem Bericht zufrieden sein werden, will ich Sie doch daran erinnern, daß Sie verpflichtet sind, Jugendorganisationen zu gründen.

Ich empfehle Ihnen folgenden Antrag:

> Der Parteitag fordert im Sinne des § 24 des Parteistatuts alle Organisationen auf, der Frage der Jugendorganisation besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Erinnern Sie sich unserer bisherigen bescheidenen Tätigkeit und Ihre Anerkennung wird die Jugend anspornen zu neuem Tun und wir hoffen, Ihnen nächstens einen noch erfreulicheren Bericht bringen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Bericht über die Bildungsarbeit.

Referent Dr. **Danneberg:** Das Gebiet der Parteitätigkeit, über das ich zu berichten habe, ist ein neues. Dieser Parteitag ist der erste, dem ein Bericht über systematische Bildungsarbeit vorgelegt werden kann. Bildungs- und Erziehungsarbeit ist ja alles, was die Partei leistet, das ist schon eine Folge des Parteiprogramms. Aber die allgemeine Tätigkeit kann nicht genügen. Je größer die Partei wird, um so wichtiger wird es, den speziellen Erziehungs- und Bildungsaufgaben Aufmerksamkeit zu widmen und eigene Institutionen zu schaffen, die sich nur damit beschäftigen. Sie wissen, daß nach dem Reichenberger Parteitag eine Zentralstelle für das Bildungswesen eingesetzt wurde, der diese Aufgabe übertragen wurde. Was wir geleistet haben, ersehen Sie aus dem Bericht.

Ich möchte nur kurz bemerken, daß wir in Wien, das etwa ein Drittel der deutschen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich umfaßt, anknüpfend an das, was von früher vorhanden war, eine ganze Reihe nützlicher Dinge geschaffen haben. Die Zahl der von uns beigestellten Vortragenden war sehr groß, und außer den Einzelvorträgen haben wir auch Zyklen geboten, eine große Anzahl von Unterrichten versehen und auch die Wiener Arbeiterschule fortgeführt, die gewissermaßen die Krönung des Wiener Arbeiterbildungswesens darstellt.

Wir haben auch die Genossen darauf verwiesen, daß sie die sehr nützlichen Einrichtungen benützen, die von bürgerlicher Seite geschaffen worden sind: das Volksheim, den Volksbildungsverein, die volkstümlichen Universitätskurse, die „Urania" und eine ganze Reihe anderer Schöpfungen, die von den Wiener Arbeitern benützt werden sollen und auch benützt werden. In der Provinz steht es freilich mit dem Bildungswesen schlechter. Das ist begreiflich, denn eine Reihe von Voraussetzungen ist in der Provinz nicht gegeben. Die Zentralstelle hat allerdings auch für die Provinz getan, was in ihren Kräften gestanden hat; sie hat Vorträge vermittelt und hauptsächlich angeregt, mit den eigenen Kräften in der Provinz Bildungsarbeit zu leisten. Wir haben einige Gegenden — ich will nur Reichenberg und Bodenbach nennen — die auf diesem Gebiet ganz Erkleckliches geleistet haben.

Dann hat die Zentralstelle die Parteischule eingerichtet, die einer Anregung auf dem Reichenberger Parteitag ihr Entstehen verdankt. Sie bedeutet außerordentlich viel für das Bildungswesen in der Provinz, besonders in Deutschböhmen. Sie stellt auch einen ungeheuren Fortschritt dar. Daß es auch bei uns zur Wirklichkeit werden könnte, einigen Dutzend Vertrauensmännern vier Wochen freie Zeit zu gewähren, die sie mit Studium verbringen, hätte man noch vor drei oder vier Jahren für gänzlich unmöglich gehalten. Das ist schon erfreulich und ebenso ist es der unmittelbare Erfolg der Schule. Von ihr sind Anregungen in reichem Maße ausgegangen, und das Bildungswesen ist hauptsächlich in Deutschböhmen sehr gefördert worden. Von Wien aus kann, was Vortragskräfte betrifft, für die Provinz unmittelbar nicht allzu viel geschehen. Was die Zentralstelle vor allem zu tun hat, ist, Anregungen zu geben. Um das in hohem Maße tun zu können, haben wir ein eigenes Organ, die „Bildungsarbeit", und wir haben gleich beim Erscheinen Anklang gefunden. Das Blatt konnte sich, was in Oesterreich ein großer Erfolg ist, vom Anfang an gleich selbst erhalten. Dieser Erfolg befriedigt uns aber nicht. Wir haben nicht die Zeitung, damit sie Erträge abwirft, sondern damit das Bildungswesen befruchtet werde. Wenn das Blatt seine Aufgabe erfüllen soll, muß es viel stärker verbreitet sein. Wir haben im ganzen 2200 Abonnenten, im Vergleich zu der großen Zahl von gewerkschaftlichen und lokalen Organisationen und im Verhältnis zur großen Zahl der Vertrauensmänner ist das außerordentlich wenig. Wenn man die Dinge im Detail ansieht, erkennt man erst recht deutlich, wie viel die Verbreitung zu wünschen übrig läßt. Wir haben in Deutschböhmen 718 Orte mit sozialdemokratischen Lokalorganisationen. Es gehen aber im ganzen nur 391 Exemplare nach Deutschböhmen. Da in manche Orte eine größere Zahl kommt, gibt es also dort mindestens 400 Parteiorte, in welche die „Bildungsarbeit" nicht in einem einzigen Exemplar hindringt. Bei jeder Gelegenheit, bei der Vertrauensmänner zusammenkommen, verlangen sie, daß Bildungsarbeit geleistet werde. Wenn sie aber den primitivsten und so leicht zugänglichen Behelf nicht in die Hand bekommen, kann man nicht erwarten, daß etwas geschieht.

Wenn man sonst den Zentralstellen vorwirft, daß sie zu wenig Anregungen geben, uns können sie den Vorwurf nicht machen. Im Gegenteil, wir müssen uns beschweren, daß unsere Anregungen so wenig beachtet werden, daß so vieles, was durchgeführt werden könnte, unterbleibt. Was die „Bildungsarbeit" vorschlägt und anrät, ist außerordentlich viel. Würde nur ein kleiner Teil in Taten umgesetzt werden, könnten wir sehr zufrieden sein.

Trotz des reichen Inhalts der „Bildungsarbeit" haben wir den Genossen noch eine Reihe von Publikationen zur Verfügung gestellt, die wertvolle Anregungen enthalten. So die Sammlung von Unterrichtsanleitungen, als deren erstes Heft eine Sammlung von Vortragsdispositionen über Gewerkschaftsfragen erschienen ist. Die Parteipresse hat die Broschüre freudig begrüßt, der größte Teil der Auflage ist aber in Deutschland ver-

kauft worden. Der Verband deutscher Pflasterergehilfen hat mehr Exemplare bezogen als die größte Gewerkschaft in Oesterreich. Wir haben auch eine zweite Broschüre erscheinen lassen, die eine Anleitung zum Studium der österreichischen Geschichte und Politik gibt. In einigen Wochen wird eine neue mit Dispositionen über die Frauenfrage erscheinen, die also auf einem sehr wichtigen Gebiet Anleitungen zur Agitation gibt. Wir wollen die Sammlung fortsetzen und Ihnen mit Anregungen und Materialien zur Verfügung stehen. Aber das soll nicht auf dem Papier bleiben. In weiten Kreisen der Partei fehlt leider heute noch das Verständnis für die Wichtigkeit dieser Arbeit. Es gibt Genossen, die meinen, wenn wir agitieren und organisieren, Volksversammlungen abhalten und Mitglieder werben, einen günstigen Kassenstand ausweisen, sei die Parteitätigkeit schon erschöpft. Dem gegenüber muß immer gesagt werden, daß **ohne Bildungsarbeit alle Parteiarbeit nur halbe Arbeit ist.** Diejenigen, die wir als Beitragszahler gewinnen, müssen zu klassenbewußten Sozialdemokraten, zu wirklichen Parteigenossen erzogen werden. Bildungsarbeit ist kein Sonntagsaufputz, nicht etwas, was man macht, weil es in der Mode ist, sondern sie gehört zu den Lebensaufgaben der Partei.

Unsere Gegner stehen nicht müßig. Wiederholt ist heute schon gesagt worden, wie sich die Kämpfe verschärfen, daß wir Gegnern gegenüberstehen, die weit entschlossener sind im Kampfe gegen die Sozialdemokratie als in früheren Jahren. Wir dürfen nicht übersehen, daß sie heute mit ganz anderen Mitteln arbeiten. Man hat früher die Arbeiter drangsaliert, ihren Widerstand ersticken wollen durch Verfolgungen oder aber auch mit sozialen Gesetzen: Zuckerbrot oder Peitsche! Zu diesen Methoden ist nun eine dritte gekommen. Da man einsieht, daß man die Arbeiterbewegung nicht gewaltsam niedertrampeln kann, was ebenso die Scharfmacher wie die Reaktionäre wissen, und da auch die schlauesten bürgerlichen Diplomaten der Politik erkennen, daß ihre sozialen Gesetze die Arbeiter nicht einlullen können, haben sie ein anderes Mittel gefunden. Daß sich der Arbeiter für die Politik interessiert, kann man nicht mehr hindern. Darum versuchen sie mit allen Machtmitteln, die Arbeiter im antisozialistischen Sinne zu beeinflussen. Wir können Erscheinungen beobachten, die unsere größte Aufmerksamkeit erfordern. Daß es heute so viele nationale Arbeiterparteien gibt, daß die christlichsozialen Arbeiter noch einen Faktor darstellen, der von hoher Stelle aufgepäppelt wird, hat seine guten Gründe: man will den Arbeiter, da er an der Politik teilnehmen will, zu einem tätigen Menschen gegen die Arbeiterpolitik machen. Dem Staate und den bürgerlichen Parteien stehen reiche Mittel zur Verfügung. Angefangen von den Kinderasylen der Nationalen und Klerikalen, von der Volksschule und den Jugendhorten über die Kaserne bis zu den Veteranenvereinen — das ist eine große Kette von Unternehmungen, die aufgerichtet worden sind, um das Denken der Arbeiter zu beeinflussen, sie der sozialistischen Lehre abspenstig zu machen. Wir unterschätzen vielfach die Gefahr, die uns von diesen Seiten droht. Es gibt heute viele tausend Arbeiter, die im gegnerischen Lager stehen, Tausende jugendlicher Arbeiter, die dem Einfluß der Gegner unterworfen sind und die dabei nicht in den Sozialismus hineinwachsen, wie auf einem deutschen Parteitag gesagt wurde, sondern die aufwachsen als gehässige Feinde der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Dem können wir nicht bloß durch politische Tätigkeit begegnen, um so weniger, als in Oesterreich der Nationalismus eine große Rolle spielt und das Denken weiter Schichten beeinflußt, so daß die Politik der Sozialdemokratie sie nicht als eine ideale Partei erscheinen läßt. Die politischen Zustände sind bei uns auch so eigenartig, daß die Sozialdemokratie nicht als die radikalste Partei erscheint, daß es bürgerliche Parteien gibt, von denen der unaufgeklärte Arbeiter annimmt, daß sie seine Interessen besser vertreten oder mindestens eine Methode anwenden, die die Sozialdemokratie anwenden sollte. Weil die Tätigkeit unserer parlamentarischen Fraktion nicht immer im sozialistischen

Sinne erzieherisch sein und aus den Vorgängen im Parlament der Arbeiter nicht immer Belehrung schöpfen kann, brauchen wir die Erziehungsarbeit.

Wir wissen, daß die Vertrauensmänner in der Provinz, die fähig wären, diese Arbeit zu verrichten, so beschäftigt sind, daß sie nicht dazu kommen, denn leider ist der Gedanke noch immer maßgebend, daß die Bildungsarbeit das allerletzte ist. Erst agitieren, dann organisieren und wenn dann noch Zeit bleibt, denkt man an das andere. Ein Genosse, der sich nur mit Bildungsarbeit beschäftigt, erscheint heute noch vielen Parteigenossen als ein Mensch, der spielt, der keine unumgänglich notwendige Arbeit vollbringt. Man muß aber sagen, daß die Genossen, die sich mit Bildungsarbeit abmühen, unseren Dank in demselben Maße verdienen wie die in der Organisation und Agitation Tätigen. Wenn mit Recht die Kleinarbeit gerühmt wird, dann muß man bekennen, daß die Bildungsarbeit auch Kleinarbeit ist, vielleicht noch schwieriger als die kleine Agitations- und Organisationsarbeit, die mit so viel Hingebung von so vielen Tausenden geleistet wird.

Wir werden trachten müssen, daß wir auch Wanderredner zur Verfügung stellen, wie es in Deutschland ist, daß Genossen freigestellt werden, die keine andere Aufgaben haben, als von Ort zu Ort zu ziehen und nicht Versammlungen, sondern wissenschaftliche Vorträge über Sozialismus zu halten. Unsere Gegner in Oesterreich haben auch solche Wanderredner. Es gibt heute keine deutschnationale Organisation, die nicht angestellte Wanderlehrer hätte.

Viel zu leisten haben wir auch noch auf dem Gebiet des Bibliothekswesens. Wir haben noch viele Organisationen, in denen die Presse wenig verbreitet ist und sozialdemokratische Bücher noch fehlen. Wenn die Genossen das ganze Jahr nicht in die Lage kommen, sozialdemokratische Literatur zu lesen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Verleumdungen solche Erfolge haben, und wenn uns Arbeiter abspenstig gemacht werden. Genossen waren das freilich nicht, weil ihnen eben die sozialdemokratische Erkenntnis ferne war. Weil wir nicht genugsam in der Lage sind, sozialdemokratische Erkenntnis zu verbreiten, kommt es vor, daß die in den letzten Jahren Gewonnenen gar nicht wissen, was Sozialismus ist. Mir ist es schon vorgekommen, daß mir nach einem Vortrag, in dem ich nichts als die elementarsten Begriffe über den Sozialismus auseinandergesetzt habe, Genossen, darunter Vertrauensmänner, gesagt haben: „So was haben wir noch nicht gehört!" Ein solches Lob ist für die Partei ein schlechtes Zeichen. Wenn es Vertrauensmänner gibt, die von unserem Endziel, von der Lehre des Klassenkampfes nichts gehört haben, ist das ein Beweis dafür, daß Erziehungs- und Bildungsarbeit in sehr geringem Maße geleistet wird.

Adler und andere haben heute gesagt, daß unsere Kämpfe andere Formen anzunehmen drohen, daß die staatliche Gewalt wieder mobil gemacht werden wird gegen uns. Adler hat darauf verwiesen, daß sich hier dieselbe Entwicklung vollzieht wie in Deutschland, und daß wir Zeiten entgegengehen, in denen die langsame friedliche Entwicklung abgelöst werden wird von einer anderen, die wieder große Anforderungen an den persönlichen Mut der Genossen stellen wird. Aber einen entschlossenen Kampf durchfechten kann man nur, wenn man weiß, warum und wofür man kämpft.

Unsere Armee beruht ja nicht auf einer Zwangsdisziplin, sondern wir sind eine Armee von Freiwilligen, und freiwillig kämpfen wird nur, wer die Kampfmethoden und das große Ziel kennt. Darüber müssen wir die Proletarier so intensiv als möglich aufklären. Wir müssen damit rechnen, daß nur zu bald Zeiten kommen werden, in denen man von den Genossen noch etwas anderes verlangen wird, als daß sie den Namen eines Kandidaten auf den Stimmzettel schreiben und ihn zusammengefaltet in die Urne werfen. Dazu gehört selten große Tapferkeit; aber in den entscheidenden Kämpfen werden nur die ausharren, die überzeugte Sozialisten

sind, die nicht bloß in den Mitgliederlisten stehen, sondern die das sind, was wir wirkliche Genossen nennen. Daß wir nun solche Genossen in größerem Maße erziehen, unsere Bildungsarbeit intensiver gestalten, das ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei. Wie das geschehen soll, kann im Rahmen dieser Debatte nicht besprochen werden. Ich erlaube mir deshalb, im Namen der Zentralstelle folgenden Antrag zu unterbreiten, der, da er für ganz Oesterreich gelten soll, nur allgemein gehalten sein kann.

Alle Parteiorganisationen sind zu intensivster Pflege der sozialistischen Erziehungsarbeit verpflichtet. Die Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen sollen hiefür entsprechend Vorsorge treffen und zur Durchführung der Arbeiten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eventuell eigene Bildungsausschüsse einsetzen. Um das Bildungswesen tatkräftig zu fördern, soll das von der Zentralstelle für das Bildungswesen herausgegebene Organ „Bildungsarbeit" verbreitet werden. Die Bezirksorganisationen sollen darauf achten, daß jedem Parteiort wenigstens ein Exemplar der Zeitschrift zur Verfügung steht.

Der Zentralstelle für das Bildungswesen, deren Rat die Organisationen in allen das Bildungswesen betreffenden Fragen jederzeit einholen können, ist alljährlich ein Bericht über die geleistete Arbeit zu erstatten.

Diesen Antrag bitte ich Sie anzunehmen und nach Kräften durchzuführen, damit unsere Bewegung nicht breit und groß werde, sondern auch in die Tiefe gehe. Wir müssen Bildungsarbeit leisten, nicht um Gegensätze zu überbrücken, sondern um die Arbeiter zur Todfeindschaft gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erziehen und die Arbeiter zu lehren, wie sie diese Gesellschaftsordnung bekämpfen müssen. Nur klassenbewußte Arbeiter sind wirkliche Feinde des Kapitalismus und nur sie werden den Kampf so führen, daß er mit dem Siege des Proletariats enden wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte.

Witzmann (Wien): Ich habe kurz folgenden Antrag zu empfehlen:

Der Parteitag beschließt, den Genossen in Erinnerung zu bringen, daß durch einen auf Antrag Ellenbogen-Schuhmeier gefaßten Beschluß des Linzer Parteitages den Genossen zur Pflicht gemacht wurde, von allen Parteiblättern, Flugschriften, Broschüren je ein Exemplar für das Parteiarchiv an das Parteisekretariat abzuliefern.

Da die Genossen diesen Beschluß vergessen zu haben scheinen, ist es notwendig, ihn wieder in Erinnerung zu rufen.

Beim Antrag, jährlich einen Parteitag abzuhalten, ist die Frage aufzuwerfen, ob die Mittel dazu vorhanden sind. Wir gehen daran, einen Wahlfonds anzulegen, und trotzdem der geforderte Beitrag gering ist, werden wir bei der Durchführung die Erfahrung machen, daß viele Genossen ungehalten sein werden. Es erscheint mir schon deshalb nicht angemessen, das jährliche Stattfinden des Parteitages zu beschließen, weil man durch das Drängen der Genossen veranlaßt werden könnte, doch auch wieder Gesamtparteitage einzuberufen. Mit den Landesparteitagen könnte das in einem Jahre drei Parteitage ergeben, und da würde man hören: „Man kommt da nicht heraus, die Kosten für die Parteitage aufzubringen." Daß in Wien im nächsten Jahre Gemeinderatswahlen sein werden, die viel Geld kosten werden, ist ebenfalls ein Moment, das uns bestimmen sollte, heuer noch von diesem Beschluß abzusehen. Wenn ein Parteitag nötig ist, hat die Parteivertretung noch immer das Recht, ihn einzuberufen. Aber festzulegen, daß er jährlich stattfinden soll, dazu kann ich mich nicht entschließen. Man sagt, es werde beantragt werden, den Parteitag immer in Wien abzuhalten. In diesem Falle haben eben die Provinzgenossen das Opfer zu bringen. Ich meine, daß man es sich unter solchen Umständen überlegen sollte, diesen Antrag anzunehmen.

Eisinger (Wien): Es ist für uns alle klar, daß die „Arbeiter-Zeitung" so großartig, so glänzend und hervorragend geschrieben ist, daß wir im allgemeinen nichts gegen sie einzuwenden haben. Einzelne Ausstellungen werden immer gemacht werden. Ich will auf folgendes aufmerksam machen: Unsere Zeitung heißt heute noch „Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie". Heute sind wir nun eine national gegliederte Partei und die Partei jeder Nation besitzt ein eigenes Zentralorgan, nur wir Deutschen haben keines, weil das Zentralorgan der deutschen Genossen das österreichische ist. Ein Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie ist also ein Widerspruch in sich selbst und war es schon, bevor wir so zerrissen waren, wie wir es heute sind. Wir erkennen, daß es gemeinsame wirtschaftliche Notwendigkeiten gibt, die die gesamte österreichische Arbeiterschaft zusammenführen müssen, aber wir haben gesehen, daß es auch Gegensätze in kulturellen Fragen geben kann, und wenn eine solche Verschiedenheit auftritt, müßte das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie die Interessen aller vertreten. Der Titel erscheint darum als eine Anomalie. Auf einem tschechischen Parteitag wurde schon der Beschluß gefaßt, zu ersuchen, daß er beseitigt werde. Nicht diesem Beschluß folgend, sondern weil wir deutsche Arbeiter ein Interesse haben, daß wir auch ein Zentralorgan besitzen, und weil wir eine solche Einheit nicht mehr sein werden, daß die „Arbeiter-Zeitung" die Meinung der gesamten österreichischen Partei kundgeben könnte, soll der Untertitel geändert werden. Es soll nicht das Wort deutsch eingefügt werden, aber das Wort österreichisch soll gestrichen werden.

Die „Arbeiter-Zeitung" leidet an Platzmangel. Was tut sie nun? Sie läßt das Feuilleton weg und kürzt den Theaterzettel. Die Genossen, die aber so geschult sind, die „Arbeiter-Zeitung" zu lesen, die also auf einem hohen geistigen Niveau stehen, interessieren sich auch für Literatur und Kunst. Sie wollen also das Feuilleton nicht entbehren und sie sollen auch nicht genötigt werden, ein anderes Blatt oder den Theaterzettel zu kaufen. Dem Platzmangel könnte abgeholfen werden durch eine Beilage oder durch Vermehrung des Umfanges. Der Stand der Zeitung ist so gut, daß die Zeitung diese Belastung ertragen könnte. Man kann die Zeitung durch Vermehrung um zwei Seiten so ausgestalten, daß alle zufrieden sein können.

Es wird geklagt, daß die „Bildungsarbeit" nicht eine größere Verbreitung finde. Bei der großen Masse kann sie sie nicht finden, weil sie auf einen begrenzten Kreis beschränkt ist. Wenn gesagt wird, daß wir auch die Vortragsdispositionen in Broschüren haben, so muß ich erklären, so gut auch diese Dispositionen sind, so sind sie nur eine Erweiterung des in der „Bildungsarbeit" enthalten Gewesenen. Wenn die Genossen die „Arbeiter-Zeitung", die „Bildungsarbeit", den „Kampf", die „Volkstribüne" halten, so können sie nicht auch noch diese Broschüren kaufen.

Was das neue Blatt betrifft, so nehme ich an, daß es nicht bestimmt ist, die Agitation in Wien zu besorgen. Da müßte ich befürchten, daß die „Volkstribüne" darunter leidet. Man sagt, vorläufig soll das Blatt nur vierzehntägig erscheinen. Es dünkt mich aber, daß diese Zeitung die Ausbreitung der örtlichen Presse hindern könnte. Das soll vermieden werden.

Meine Worte bezwecken nicht, auszudrücken, daß wir mit unserer Presse nicht zufrieden sein können. Meine Kritik betrifft nur untergeordnete Dinge, die ich vorbringen zu sollen glaubte.

Abgeordneter Seliger: Ich will Ihre Aufmerksamkeit auf eine Frage lenken, die in der nächsten Zeit zu der wichtigsten werden wird: die Finanzfrage der Partei. Sie finden in dem Bericht des Kassiers einen Hinweis darauf, daß die alte, auf dem Linzer Parteitag beschlossene Reichsparteisteuer in ihren Ergebnissen zurückgeht, und es ist angedeutet, daß, wenn der Parteitag nicht irgendwelche Aenderungen beschließt, die Gesamtpartei einem Zustand entgegengeht, der als katastrophal bezeichnet werden müßte. Der Bericht erweist, daß die alte Steuer einen Minderertrag von 16.200 Kr. gehabt hat. Wenn wir bedenken, daß die Ausgaben wachsen, weil die An-

forderungen immer größer werden, bedeutet das Zurückgehen dieser Einnahme einen sehr schmerzlichen Verlust. Es findet sich im Bericht des Kassiers ein Satz, der die Auffassung der Parteivertretung über die neue Parteisteuer in einem merkwürdigen Licht erscheinen läßt, wenn die Parteivertretung diesen Satz vertritt. Es weckt den Eindruck, als ob sie mit der neuen Steuer nicht recht zufrieden wäre. Es heißt da: „So verhältnismäßig beträchtlich diese in anderthalb Jahren eingelaufene Summe ist, so muß doch gesagt werden, daß sie den Erwartungen, die bei der Einführung der neuen Parteiorganisation gehegt worden sind, nicht ganz entspricht.“ Nun hatte aber der Beschluß des Reichenberger Parteitages Ordnung in das Finanzwesen der Partei nur insoweit zu bringen, als es sich um die Einhebung des Parteibeitrages handelt, die durch die Lokalorganisation geschieht. Ich muß sagen, daß ich von dem Ergebnis der neuen Steuer überrascht bin und daß es außerordentlich gut ist, denn mit der neuen Form der Einhebung des Parteibeitrages sollte ja nicht die Möglichkeit geschaffen werden, eine Erweiterung des Kreises der Beitragleistenden auf Personen zu bewerkstelligen, die bisher außerhalb der Organisation gestanden sind. Der Beschluß hatte nur den Zweck, eine reelle Abfuhr des Parteibeitrages zu erzwingen. Wenn Sie nun die Einhebung nach dem neuen Modus mit den Eingängen vergleichen, die früher von den politischen Organisationen kamen, müssen Sie bekennen, daß wir geradezu einen grandiosen Fortschritt zu verzeichnen haben. Wir haben durch den neuen Modus erzwungen, daß von jedem Beitrag der entsprechende Teil an die Parteivertretung abgeführt werden muß und daß keine Organisation, selbst wenn sie wollte, imstande ist, auch nur einen Heller schuldig zu bleiben. Die Frage, ob die Partei mit der Summe das Auslangen findet, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Nun ist die Frage: Was hat die Parteivertretung getan, um den Ausfall infolge des Rückganges der alten Steuer auszugleichen? Seien wir uns darüber klar, daß die alte Steuer eine Form der Beitragsleistung ist, die allmählich abstirbt. Wir haben nicht die Macht, dem Einhalt zu tun, und wir müssen damit rechnen, daß die Leistung in dieser Form, ich weiß nicht wann, aufhören wird. Ich glaube, es gibt nur eine Möglichkeit, das auszugleichen, und das ist die, daß die Parteivertretung im Einvernehmen mit den kompetenten Organen es so einrichtet, daß diejenigen, die bisher in anderer Form von der Steuerleistung erfaßt wurden, nun durch die neue Form erfaßt werden. Ich glaube, es ist das eine ernste Frage, und wenn wir uns auch heute mit ihr mehr im Vorübergehen beschäftigen, ich bin gewiß, daß ein Parteitag kommen wird, wo wir sehr eingehend über diese Sache sprechen müssen, weil wir sonst vor der finanziellen Katastrophe stehen. Wenn Ellenbogen sagte, daß der Plan bestand, die alte Steuer aufzulassen, so daß nur die Einnahmen aus den Marken übrig bleiben, so muß ich erwidern: Ich weiß nicht, wo dieser Plan bestanden hat. Es ist niemandes Absicht, die Steuer aufzulassen. Tatsache aber ist, daß sie abstirbt. Wenn man nun davorsteht, ist es dringende Pflicht zu sagen, daß der Beitrag auf einem anderen Weg geleistet werden muß. Das kann nur im Einvernehmen festgesetzt werden.

Reismann (Wien): Es ist kein angenehmes Gefühl, meinen Antrag, nachdem er von Genossen Austerlitz glänzend abgeschlachtet worden ist, zu verteidigen. Aber ich habe dennoch den Mut, meine Auffassung bekanntzugeben. Austerlitz hat darauf hingewiesen, daß die „Arbeiter-Zeitung“ ohnehin ununterbrochen sozialistische Propaganda treibt. Gewiß stehen die Leitartikel auf dem Standpunkt der sozialistischen proletarischen Weltanschauung. Aber ich finde dennoch, daß allgemein-theoretische Darlegungen mangeln. Danneberg hat erwähnt, daß in unseren Kreisen Mangel an theoretischer Klarheit anzutreffen ist. Ich meine, das kommt daher, daß die allgemeinen Fragen zu wenig behandelt werden, und wenn es geschieht, nur im Zusammenhang mit der Tagespolitik oder den aktuellen Ereignissen. Es gibt aber noch andere Fragen, Probleme der Gewerkschafts-

bewegung, sozialpolitische Fragen. All das kommt zu kurz und wird im rückwärtigen Teil behandelt. Würden solche Artikel veröffentlicht werden, wären sie Anregung, über diese Probleme zu diskutieren. Die zu geringe Verbreitung theoretischer Bildung hat üble Rückwirkung auf das ganze Parteileben. Es würde mehr über Sozialismus gesprochen werden, wenn die „Arbeiter-Zeitung" die Anregung gäbe. Bei uns fehlen auch die Diskussionen, die im „Vorwärts" und in der „Leipziger Volkszeitung" geführt werden. Der „Kampf" kommt nur einem beschränkten Leserkreis zugute. In Deutschland werden trotz der „Neuen Zeit" und den „Sozialistischen Monatsheften" in den Tagesblättern diese Parteifragen diskutiert. Da ich aber sehe, daß mein Antrag auf Herausgabe einer Beilage nicht aufrechtzuerhalten ist, ziehe ich ihn zurück, denn ich habe Konkurrenz bekommen: Eisinger will auch eine Beilage. Ich halte aber den zweiten Absatz meines Antrages aufrecht, der dahingeht, daß die „Arbeiter-Zeitung" mehr über theoretische Fragen enthalten und die Parteipresse mehr sozialistische Agitation betreiben soll.

Janeček (Wien): Der Referent über die Jugendorganisation hat auf die Schwierigkeiten verwiesen, die die nationalen und klerikalen Vereine bereiten. Unsere Jugendorganisation ist ja ein taugliches Gegenmittel. Wenn wir aber sehen, daß auch die Schulkinder dem Gegner ausgeliefert werden, muß man sagen, daß es nötig ist, daß sich auch die Parteivertretung ein wenig damit beschäftige, um den Einfluß der Gegner auf die Kinder zu schwächen. Wir haben nun die Möglichkeit, außerhalb der Schule etwas zu unternehmen, und zwar durch die Arbeiterelternvereine, die bereits in manchen Bezirken bestehen. Wir wollen die Kinder natürlich nicht der Politik zuführen und wir verurteilen es, daß es die Gegner tun. Wir sollen es aber auch verhindern. Die Arbeiterelternvereine wirken in der Richtung, daß die Kinder außerhalb der Schule nicht den Einwirkungen der Gegner ausgesetzt sind. Von der Parteivertretung ist dieser Sache noch keine Aufmerksamkeit geschenkt worden. Es wäre gut, dort, wo solche Vereine noch nicht bestehen, den Anstoß dazu zu geben. Wenn in die Schulkinder Keime gelegt werden, die ihrer Zukunft abträglich sind, bringt man sie später nur mit vieler Mühe heraus und bei einem großen Teil gar nicht. Ich stelle deshalb folgenden Antrag:

> In der Erwägung, daß die heutige Schule ein Machtfaktor der herrschenden Klasse ist, ferner, daß die Reaktion mit Hilfe staatlicher Faktoren alles daransetzt, die Jugend auch außerhalb der Schule in ihrem Sinne zu erziehen, verweist der Parteitag auf die Notwendigkeit, diesen Bestrebungen entgegenzuwirken. Der Parteitag erkennt daher die Bemühungen der nach modernen, pädagogischen Grundsätzen geleiteten Arbeiterelternvereine an und fordert die Parteivertretung auf, der Förderung und Weiterentwicklung dieser Organisationen ihr Augenmerk zuzuwenden.

Witternigg (Salzburg): Seliger hat eine wichtige Frage angeschnitten und Austerlitz hat in seinem Referat über die Presse klargelegt, was wir für die Zukunft brauchen. Es fehlt uns aber an den finanziellen Mitteln, all die Arbeit zu leisten, deren unsere Organisation bedarf. Der derzeitige Parteibeitrag kann uns absolut nicht die Mittel für unsere Agitation liefern. Wir können unseren Willen nicht in die Tat umsetzen. In den Alpenländern liegt ein weites Feld brach, das wir nicht bearbeiten können, weil uns hierzu die Mittel fehlen. 20 H. als Mindestbeitrag, von dem die Reichspartei, die Landespartei, die Bezirks-, Lokal- und die Landesorganisationen gespeist werden sollen, heißt: überall ein Tröpferl, davon aber alle mitsammen nicht leben können. In Deutschland ist der Mindestbeitrag 30 Pf. Das macht einen Unterschied von 16 H. Schon dieser Unterschied belehrt uns, warum sich draußen alles so kolossal entwickelt, daß dort der Parteivorstand mehr Geld für Bildungsbestrebungen opfern kann, als unsere ganze Parteisteuer einbringt. Wenn wir schießen wollen, müssen wir Pulver haben. Unsere Einnahmen reichen nicht einmal zur Erhaltung des administrativen Apparats, der Landesparteisekretariate,

und dabei können viele Länder keine Sekretäre anstellen, weil sie kein Geld haben. Die Gewerkschaften sind überall bemüht, Bezirksvertrauensmänner anzustellen. In Salzburg haben wir davon drei. Die Gewerkschaften wissen, wo der Hebel anzusetzen ist; nur in der politischen Organisation ist das Augenmerk noch nicht darauf gerichtet. Ich bitte die Parteivertretung, sich damit zu beschäftigen, damit der nächste Parteitag einen sachgemäßen Antrag vorfindet. Es nützt nichts, Anträge über theoretische Fragen anzunehmen; die Grundlage ist die Organisation. Fehlen ihr die Mittel, dann kann das Nötige nicht geschehen.

In unserem Broschürenvertrieb ist es seit Reichenberg etwas besser geworden, aber wir können in gewerkschaftliche und politische Versammlungen kommen und werden nur selten jemand finden, der als Kolporteur agitiert. Vor fünfzehn Jahren wurde weit mehr Gewicht darauf gelegt. Abhilfe ist zu schaffen durch zielbewußtes Eingreifen der Funktionäre und durch Aufstellung von Kolporteuren in allen Organisationen. Ist die Parteiorganisation finanziell saniert, ausgebaut und gekräftigt, dann braucht uns vor dem bevorstehenden Kampf nicht bange zu sein. (Beifall.)

Pülsl (Liesing): Die unbedingte Notwendigkeit des Antrages 9 erkenne man am deutlichsten dadurch, wenn man die erste sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz liest, welche anschließend an den Parteitag in Reichenberg stattfand. Wir bringen jetzt sehr viele Genossen in die Gemeindevertretungen, vergessen aber, ihnen Gelegenheit zu geben, sich Wissen zu verschaffen. Es müssen demnach die schönen Beschlüsse von Reichenberg auch tatsächlich zur Durchführung kommen. Genosse Skaret hat in seinem Bericht als Parteisekretär erwähnt, daß auch in der Beziehung schon viel gemacht wurde und daß recht viele Genossen sich schon persönlich und schriftlich Aufklärungen in diesem Sinne verschafften. Richtig ist, daß die Genossen, die in der Nähe von Wien sind, die Möglichkeit haben, sich Auskünfte zu holen. Den entfernter Wohnenden ist das aber nicht so leicht möglich. Darum ist die Herausgabe eines monatlich erscheinenden kommunalen Blattes unbedingt notwendig. Auch die niederösterreichische Gemeindevertreterkonferenz, die anschließend an den niederösterreichischen Landesparteitag stattfand, hat sich mit der Frage eingehend beschäftigt, aber durchgeführt wurde noch nichts. Ich bitte deshalb, meinem Antrag zuzustimmen und nicht dem Antrag des Genossen Skaret, welcher die Zuweisung an die Parteivertretung verlangt.

Bei aller Anerkennung der vorzüglichen Ausführungen der Genossen Austerlitz und Emmerling muß ich doch über die „Arbeiter-Zeitung" Beschwerde führen. Der Provinzorte vergißt die „Arbeiter-Zeitung", wenn auch nicht gänzlich, so doch in erheblichem Maße. Wenn die Genossen aus der Provinz etwas einschicken, so erscheint es zu spät oder es heißt, es sei nicht richtig stilisiert, oder es unterbleibt die Veröffentlichung. (Austerlitz: Was haben Sie schon eingeschickt, das nicht erschienen ist?) Durch meine wiederholten Beschwerden ist es mir gelungen, die Genossen der „Arbeiter-Zeitung" zu überzeugen, daß auch für die Provinz, hauptsächlich für die Vororte von Wien, mehr geschrieben werden müsse, wenn die „Arbeiter-Zeitung" wirksam verbreitet werden soll. Es wurde mir auch von der Redaktion bereits eine Abhilfe zugesichert. Damit dies aber endgültig beschlossen werde, stelle ich folgenden Antrag:

> Zur leichteren Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" auch in der Provinz beauftragt der Parteitag die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung", darüber nachzudenken, ob nicht eine Rubrik „Aus den Nachbarorten" eingeführt werden kann.

Schleifer (Wien): Wir haben unseren Antrag deshalb eingebracht, weil die Partei — und das ist ja auch in den Referaten, welche am Parteitag bisher erstattet wurden, besonders betont worden — vor schwierigen Aufgaben stehen wird, und weil wir eine Zeit vor uns haben, die die Partei in überaus gefährliche Situationen bringen kann. Aber auch der dritte Punkt

der Tagesordnung, „Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien", wird uns darüber belehren, daß wir vielleicht noch lange nicht zu einem Gesamtparteitag in Oesterreich kommen, und die deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs werden — ich will hoffen, nur vorläufig — immer mehr und mehr in ihren Aktionen und in ihrer Politik auf sich selbst angewiesen sein. Unter solchen Verhältnissen ist es aber denn doch notwendig, daß die deutschen sozialdemokratischen Vertrauensmänner nicht zwei Jahre warten müssen, ehe sie zur Politik, Taktik und zu den Aktionen der Partei Stellung nehmen können, und es liegt gewiß auch im Interesse der leitenden Personen der Partei, daß sie die Stimmung, Verhältnisse und Wünsche aus Deutschösterreich früher als von zwei zu zwei Jahren kennen lernen und daß sie dadurch von einem Teil ihrer Verantwortung entlastet werden. Aber noch ein Umstand kommt für unseren Antrag in Betracht. Es wird immer darüber Klage geführt, daß der Ausbau unserer Organisation und die Verbreitung der Parteipresse nur sehr langsam fortschreitet und daß die Partei betreffende Diskussionen in unseren Parteiorganisationen in viel zu geringem Maße Eingang finden. Ich bin nun der Meinung, daß gerade unsere Parteitage ein Anlaß zu interessanten, das Parteileben belebenden Diskussionen sind, daß sie also, kurz gesagt, dazu beitragen, die Partei zu beleben. Skaret hat Sie nun aufgefordert, nicht für unseren Antrag zu stimmen, daß der deutsche Parteitag alljährlich abgehalten werden soll, ausgenommen in den Jahren, in denen der Gesamtparteitag oder der internationale Kongreß stattfindet, sondern für den Antrag der Parteivertretung, der einfach feststellt, daß der Parteitag alljährlich stattfinden soll. Aber wenn die Parteivertretung diesen präzisen Antrag stellt und dann der Referent erklärt, es müsse der Parteivertretung trotzdem überlassen bleiben, auch einen Parteitag ausfallen zu lassen, so hat die Präzisierung absolut keinen Wert. Auch mit Rücksicht darauf, daß nicht allzu große Kosten entstehen, haben wir gemeint, daß in den Jahren, in welchen ein Gesamtparteitag oder ein internationaler Kongreß stattfindet, der deutsche Parteitag entfallen soll. Ich möchte Sie daher ersuchen, nicht den Antrag der Parteivertretung, sondern unseren Antrag anzunehmen.

Genosse Tanneberg hat in einem instruktiven Referat die Notwendigkeit des Ausbaues der Unterrichtsorganisation dargelegt. Ich glaube aber, daß es auch notwendig wäre, den Appell an die Gewerkschaften zu richten, denn wir können unser Material für die Unterrichtsorganisationen schließlich doch nur aus den Gewerkschaften herausholen. Trotz aller Mühen will es aber nicht gelingen, die gewerkschaftlichen Gruppen zum Anschluß an die Bezirksunterrichtsorganisationen zu gewinnen. Es ist aber auch die Unterstützung der Bezirksunterrichtsorganisationen von seiten der Gewerkschaften in materieller Hinsicht erforderlich, denn bekanntlich kann eine Bezirksunterrichtsorganisation um so leistungsfähiger sein, je mehr Mittel ihr zur Verfügung gestellt werden. In dieser Beziehung wird noch sehr viel geschehen müssen. Sicher ist das eine: Die Unterrichtsorganisation ist eine wichtige und überaus nützliche Institution für die Gesamtorganisation, sie kann viel zur Belehrung und Aufklärung unserer Genossen und Genossinnen beitragen, sicher ist aber auch, daß sie von der politischen Organisation allein nicht erhalten werden kann und unter solchen Verhältnissen ihren Zweck gar nicht erfüllen könnte. Deshalb wird es notwendig sein, abermals an die Gewerkschaften heranzutreten, daß sie nicht nur die Zentrale für das Bildungswesen unterstützen, sondern auch ihre Gruppen veranlassen, sich an den Bezirksunterrichtsorganisationen zu beteiligen.

Wir möchten Ihnen auch den Antrag über die Pflege der Jugendorganisation besonders empfehlen. Die Jugendorganisation hat in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen, sie hat sich trotz aller Anfeindungen der Gegner stets entwickelt und es sind für die Partei aus ihr heraus tüchtige und bewährte Mitkämpfer hervorgegangen. Schließlich möchte ich Ihnen auch noch empfehlen, daß wir frühzeitig mit

der Arbeit beginnen, was am besten in den Organisationen der Kinderfreunde geschieht. Dadurch ist es uns schon mehrfach gelungen, die Eltern, deren Kinder wir da aufgenommen hatten, für die Partei zu interessieren. (Beifall.)

Wintler (Innsbruck): Es wurden wegen des Antrages auf Herausgabe eines Kreuzerblattes Befürchtungen geäußert, die ich nicht teilen kann. Es ist doch ein wesentlicher Unterschied zwischen diesem Blatt und einem Lokalblatt, schon deshalb, weil es nicht durch das Abonnement, sondern nur durch Kolportage verbreitet werden soll. Was den Beitrag zum Wahlfonds betrifft, so wäre mir eine einfache Erhöhung des Parteibeitrages schon mit Rücksicht auf die bequemere Einhebung sympathischer. Ich habe mich aber wesentlich deshalb zum Worte gemeldet, um dafür einzutreten, daß man mehr mit graphischen Darstellungen arbeite. Eines der besten Wahlflugblätter war das, auf dem das Steigen der Zuckerpreise, der Militärlasten und der Belastung der Bauern graphisch dargestellt war. Dieses Flugblatt hat viel mehr gewirkt, als langatmige Erörterungen und viele Ziffern. Vielleicht könnte die Parteivertretung oder der Bildungsausschuß Plakate herausgeben, die die Referate illustrieren und dem Referenten es erleichtern würden, seine Ausführungen recht verständlich zu machen. Sie glauben gar nicht, welche Wirkung das haben kann. Wir sehen das insbesondere bei den zwölf Agitationsblättern, die vom Bund der Abstinenten herausgegeben wurden. Ich habe in einer Versammlung gesehen, wie ein Referent, der über die steigenden Militär- und Marinelasten referierte, die größte Wirkung erzielte, indem er ein Blatt Papier in die Höhe hob, in welchem ein Loch war von der Größe, wie es ein modernes Schlachtschiffgeschütz in die Panzerplatten schlägt. Von der immensen Größe dieses Loches ausgehend, demonstrierte er die Größe des Projektils, des Geschützes, der Dreadnoughts u. s. w. Wir können oft ein Referat mit solchen einfachen Mitteln eindrucksvoll machen; weit mehr als durch allegorische Darstellungen, die auf den Verstand wirken. Vielleicht wird es möglich sein, in Zukunft bei wichtigeren Anlässen solche Plakate hinauszugeben. (Beifall.)

Saringer (Voitsberg): In dem schriftlichen Bericht wird erwähnt, daß einige Bezirksorganisationen den 10prozentigen Beitrag überhaupt nicht abgeführt haben. Aber es handelt sich da um Organisationen, die erst seit dem Parteitag von Reichenberg bestehen, das heißt über eigene Einnahmen verfügen. Was die Erhöhung der Parteibeiträge anlangt, und insbesondere den Vorschlag, einen separaten Wahlfonds zu gründen, so befürchte ich, daß uns das, da wir ja erst vor kurzem die Beiträge erhöht haben, in der Agitation sehr behindern wird. Ich habe den Antrag gestellt, daß die „Bildungsarbeit" monatlich erscheine, da man heute, wo sie acht- bis zehnmal im Jahr erscheint, eigentlich nie weiß, wann man das Blatt zu bekommen hat. Es kann sich ja auch in der Zeit, wo jetzt das Blatt nicht erscheint, etwas ereignen, wo es notwendig ist, den Vertrauensmännern Aufklärungen zu geben.

Pattermann (Wien): Genosse Seliger hat erklärt, daß die alten Parteieinnahmen auf Grund des Linzer Beschlusses von selbst absterben werden. Der Grund liegt in dem gegenwärtigen Verhältnis. Da werden Sie verstehen, warum die Genossen sich wehren, daß von ihnen auf solche Art eine Parteisteuer eingehoben wird. Auch ist es begreiflich, daß sie nicht zweimal belastet werden wollen. Unsere Aufgabe ist es, alle Arbeiter der politischen Organisation zuzuführen. Daß das schwer möglich ist, hat seinen Grund darin, daß vielfach die Meinung besteht, die Parteiorganisation sei eine bloße Wahlorganisation. Deshalb wird es notwendig sein, den Genossen in Zukunft mehr als bisher die Aufgaben der Organisation klarzulegen. Das soll kein Vorwurf sein, sondern die Konstatierung einer Tatsache. Die Presse hat dieser Frage zu wenig Beachtung geschenkt. Die nationale Presse hetzt die Arbeiter fortwährend gegen die Parteibeiträge, und

das wirkt unter den Arbeitern, weil sie nicht wissen, wofür die Beiträge verwendet werden. Ich könnte Ihnen eine ganze Menge von Lokalorganisationen nennen, die nach dem Wahlkampfe Hunderte von Kronen in der Kasse hatten und sich dann noch weigerten, irgendwelche Ausgaben, die im Interesse der Wahlen gemacht worden waren, zu bezahlen. Sie sitzen auf dem Gelde und wollen nichts ausgeben. Es ist also wirklich dringend notwendig, die Genossen über die Aufgaben der politischen Organisation zu unterrichten, damit sie es begreifen, daß man ohne Geld keinen politischen Kampf führen kann. Der Antrag über die Rechtsschutzversicherung ist gewiß unannehmbar, aber in Böhmen ist es während des Wahlkampfes zu geradezu skandalösen Anklagen gekommen. Gegen mich zum Beispiel haben drei Verhandlungen stattgefunden und zum Schluß bin ich freigesprochen worden. Aber viele andere Genossen wurden verurteilt. Deshalb wünschen die Genossen, daß auf irgendeine Weise für Rechtsschutz gesorgt werde.

Abstimmung.

Vorsitzender Tomschik: Da die Kommission, die über den Antrag 1 betreffend den Wahlfonds zu entscheiden hat, noch nicht fertig ist, wird dieser Antrag jetzt ausgeschaltet, und wenn er morgen vorliegt, wird über ihn selbstverständlich die Debatte eröffnet werden.

Es wird nun abgestimmt.

Antrag 2 (daß der Parteitag in jedem Jahre stattfindet) wird angenommen.

Antrag 3 (die Ausgabe der Programmbroschüre an die neu beitretenden Mitglieder) wird mit der Aenderung angenommen, daß es nun heißt: Der Parteitag empfiehlt den Kreis- und Bezirksorganisationen (statt: macht es zur Pflicht.)

Antrag 4 (Ausgabe der Werbeschriften) wird angenommen.

Antrag 5 (Einführung von Parteiabzeichen) wird der Parteivertretung zugewiesen.

Antrag 6 entfällt infolge der Annahme des Antrages 2. Antrag 7 (Anstellung von Wahlkreisvertrauensmännern) wird der Parteivertretung zugewiesen, Antrag 8 (Schaffung einer Rechtsversicherung) wird abgelehnt, Antrag 9 (Durchführung der Beschlüsse der Gemeindevertreterkonferenz) wird der Parteivertretung zugewiesen.

Antrag 23 der Parteivertretung (Herausgabe des Agitationsblattes) wird angenommen und gemäß dem Antrag Skaret beschlossen, daß das Blatt den Titel „Das Volk" führen soll.

Die Anträge 25 und 26 (betreffend die Unterhaltungsbeilage), der Antrag 28 (Aufnahme einer Schachrubrik) und Antrag 32 (billige Abgabe der „Arbeiter-Zeitung" an die Vertrauensmänner) werden der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag 27 (Anerkennung des Organs der Gewerbetreibenden) und Antrag 29 (Anerkennung des Organs für Radfahrer) werden angenommen.

Antrag 30 wird von der Bezirksorganisation Mariahilf mit Rücksicht auf die Ausführungen der Referenten zurückgezogen.

Antrag 31 (Herausgabe eines Tagblattes zum Preise von 1 H.) wird abgelehnt.

Der Antrag auf Anerkennung des Organs der Gewerberichter sowie der Antrag auf Anerkennung des „Böhmerwald-Volksboten" werden angenommen.

Der Antrag Witzmann (Ablieferung je eines Exemplars der Flugschriften und Broschüren an das Parteiarchiv) wird angenommen.

Der Antrag Reismann wird nach Zurückziehung des ersten Teiles in der Form angenommen: Der Parteitag empfiehlt, die „Arbeiter-Zeitung" möge mehr als bisher Artikel über die theoretischen Grundlagen des Sozialismus bringen.

Der Antrag Skaret (Einsetzung einer Kommission zur Aenderung des Organisationsstatuts) wird angenommen.

Der Antrag Jenschik (Pflege der Jugendorganisation) wird angenommen, ebenso der Antrag Danneberg (Pflege des Bildungswesens).

Der Antrag Saringer (monatliches Erscheinen der „Bildungsarbeit") sowie der Antrag Pölzl (Schaffung einer Rubrik „Aus den Nachbarorten") werden der Parteivertretung zugewiesen.

Die Resolution der Frauenkonferenz wird der Kommission zur Aenderung des Parteistatuts zugewiesen.

Der Antrag Austerlitz, Dr. Adler aufzufordern, seine Memoiren zu schreiben, und den Landesausschuß aufzufordern, eine Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung herauszugeben, wird angenommen.

Die Resolution Janeček auf Förderung der Arbeiterelternvereine wird angenommen.

Schließlich wird noch der Antrag auf Erteilung des Absolutoriums einstimmig angenommen.

Abgeordneter **Skaret**: Die Kommission, die zur Beratung über den Antrag auf Einführung des Wahlfonds eingesetzt wurde, hat sich auf einen Vorschlag geeinigt. Wir wünschen aber, daß dieser Vorschlag heute den Delegierten der einzelnen Länder zur Diskussion unterbreitet werde.

Zweiter Verhandlungstag. — 31. Oktober.

Den Vorsitz führt Abram.

Vorsitzender **Abram**: Indem ich die heutige Sitzung eröffne, begrüße ich die Genossen Daszynski und Diamand, die als Vertreter des polnischen Proletariats hier erschienen sind, und gebe unser aller Freude Ausdruck, sie hier willkommen heißen zu können.

Demetrowitsch (Agram): Ich überbringe Ihnen die Grüße der kroatischen sozialdemokratischen Partei. Die kroatisch-serbischen Sozialdemokraten betrachten Sie als ihre Lehrer in der sozialdemokratischen Arbeit, ja noch mehr, wir fühlen uns als einen Teil der Arbeiterbewegung Oesterreichs. Nun müssen wir aber mit einiger Bangigkeit auf die Verhältnisse in Oesterreich schauen. Die Krise, die hier ist, nennt man die Krise des Internationalismus. Das ist gewiß falsch, denn eine Krise des Internationalismus ist unmöglich. Der Internationalismus ist das Kardinalprinzip der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt. Ich glaube vielmehr, die gegenwärtige Krise ist eine Krise Oesterreichs. Das Problem Oesterreichs ist in eine neue Phase getreten und das, was jetzt geschieht, ist eine Erscheinung der akuten Krankheit des widersinnigen Dualismus. Die Tendenz des Regierens in Oesterreich-Ungarn ist feudal-zentralistisch, die Nationen aber wollen frei sein und sich frei entwickeln. Mit der Demokratisierung ist auch der Drang nach Freiheit und freier Entwicklung überall größer geworden. Anstatt sich fester zusammenzuschließen und den Kampf gegen die reaktionären Mächte zu führen, trennt man sich. Das alles mußte ich sagen, um die Bedeutung der österreichischen Krise für uns Südslawen zu zeigen.

Oesterreich-Ungarn ist dem Wahne des Imperialismus verfallen, die serbische Nation zahlt aber die Zeche davon. Wir sind unter einer infamen Kolonialherrschaft, haben aber nicht die Möglichkeit, unseren Kampf als Nation selbständig zu Ende zu führen.

Was geschieht also? Die Folgen der imperialistischen Unterdrückungspolitik zeigen sich auch in den Attentaten. In Sarajevo haben wir das auf Varešanin gesehen und in Wien das des Njegusch aus Dalmatien. Das ist der nationale Kampf, den wir nur als Teil des proletarischen Klassenkampfes führen wollen. Es ist anders gekommen. Der nationale Kampf

absorbiert alle Kräfte und jetzt heißt es, alle Kräfte zusammenzufassen. Wehe, wenn die Machthaber ihre Macht noch weiter steigern! Die Kolonialpolitik führt sie weiter auf dem Balkan, das bedeutet Vernichtung, Krieg, der schon jetzt die Nationen bedroht. Das ist nicht nur eine Gefahr für eine Nation, es ist eine Gefahr für alle österreichisch-ungarischen Nationen, es ist eine internationale Gefahr. Nicht die Zersplitterung der Kräfte brauchen wir, sondern ihre Zusammenfassung, sie ist eine Lebensnotwendigkeit der Südslawen und nur die gesamte Solidarität der österreichisch-ungarischen Völker kann Freiheit und Fortschritt bringen. Wir Südslawen spüren, wie furchtbar die nationalen und die absolutistischen Unterdrückungsmaßregeln sind. Bei uns ist es etwas Gewöhnliches, unterdrückt zu werden; aber es wird immer ärger. Wir gehen einer äußerst kritischen Zeit entgegen, wie mir scheint, auch in Oesterreich-Ungarn. Das ist die andere Seite des österreichisch-ungarischen Absolutismus. In einer solchen Zeit wäre es ein Verbrechen, die Kräfte der Arbeiterklasse zu zersplittern. Wir wünschen darum, daß sich die Sozialdemokraten aller Nationen je früher finden, international, geeinigt und stark.

Abgeordneter **Daszynski**: Werte Genossen und liebe Freunde! Ich bin vom Exekutivkomitee der polnischen sozialdemokratischen Partei mit meinem Freunde und Genossen Diamand hierher gesendet worden, um euch hier zu begrüßen und die besten Erfolge zu wünschen. Unsere ganze Partei verfolgt mit der größten Spannung eure Beratungen. Wir sind uns dessen wohl bewußt, daß hier über eine der größten Schwierigkeiten der österreichischen Internationale gesprochen und beschlossen werden muß. Wir wissen, daß diese Beschlußfassung nur einseitig ausfallen kann; nicht einseitig in dem Sinne, daß sie bloß für die deutschen Genossen entsprechen und gerecht sein soll, für die anderen nicht, aber formell einseitig, da hier nur ein Teil der österreichischen Internationale versammelt ist und dieser Teil nicht imstande sein wird, hier über die Gesamtheit zu beschließen. Wir wissen aber auch, daß dieser Teil der größte Teil des österreichischen Sozialismus ist, daß er die größte Macht ist in unserer internationalen Familie, daß er die Zahl, das Wissen und die Geschichte der Sozialdemokratie in Oesterreich ist.

Wenn wir zu Ihrem Kongreß kommen, um mit Ihnen über die Frage zu beraten, so tun wir es in dem Bewußtsein, daß die Schwierigkeit eine solche ist, daß sie verlockend wirkt auf die, die zu entscheiden und zu beschließen haben, ohne die anderen vorerst gehört zu haben. Es ist ein unangenehmes Empfinden, daß es einmal zu einem Kongreß kommen mußte, auf welchem unsere tschechischen Genossen und Freunde nicht vertreten sind, obwohl sie gastfreundschaftlich eingeladen worden sind. Daß sie nicht gekommen sind, ist der äußere Ausdruck der Schwierigkeit der Frage. Sie sind nicht gekommen, obwohl sie in den heurigen Wahlen an vierhunderttausend Stimmen erhalten haben. Sie konnten sich absentieren, obwohl sie ein großes Gebiet Oesterreichs durch ihre organisatorische, agitatorische, politische und kulturelle Arbeit bereichern. Sie konnten sich absentieren, obwohl sie wußten, daß hier über eine Frage verhandelt wird, die auch für sie die Lebensfrage ist und sein muß. In dieser Absentierung liegt das Anormale, das Unnatürliche, das Schwierige und Betrübende unserer jetzigen Lage.

Es wird hier viel über die nationalen Kämpfe, die nationale Verführung, die nationale Demoralisierung gesprochen werden. Ich will nicht in diesen Chorus miteinstimmen. Wir haben in den zwanzig Jahren, seitdem wir zum erstenmal als Partei an gemeinsamen Beratungen auf dem Wiener Parteitag vom Jahre 1891 teilgenommen haben, uns bekannt als die wärmsten Verteidiger der nationalen Rechte, der nationalen Selbständigkeit und des nationalen Selbstbestimmungrechtes. Aber wir konnten mit euch diese einundzwanzig Jahre doch arbeiten, ohne den Sozialismus und auch ohne unsere Nation jemals verraten zu haben, und

es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, daß bloß die deutschen Genossen die schwere Last der internationalen Pflichten auf sich genommen haben, während die anderen Nationen in Nationalismus schwelgten. Wir haben auch die Last der Internationalität gern auf uns genommen, weil wir wußten, daß dieser Pflicht ein Recht entspricht, daß diese Pflichten auch Rechte geben, daß nur sie die Möglichkeit des Sozialismus in Oesterreich geben, ihr entsprechen müssen und wirklich entsprechen. Was wären wir denn heute, wenn wir nicht zwanzig Jahre zusammengehalten hätten? Welche zersprengten Ueberreste von Nationen wären wir, gefärbt von außen mit sozialdemokratischer roter Farbe, wenn wir nicht Arm in Arm, Schulter an Schulter in Oesterreich zwei Jahrzehnte lang gearbeitet, gekämpft und mitberaten hätten? Das empfindet jeder von uns und das ist keine Verneinung der Nationen, keine Vernachlässigung, keine Geringschätzung, kein Beiseitelassen der Pflicht, die wir der Nation gegenüber noch immer zu erfüllen haben. Denn jeder von uns kennt doch das Abc der politischen österreichischen Weisheit, daß Oesterreich, was die Nationen anlangt, bis nun gar nicht konstituiert wurde, daß wir in einem solchen Zustand leben, daß die kleinsten nationalen Fragen durch kein Gesetz geregelt wurden, daß die Nation als die Trägerin der Macht, als die Trägerin eines Rechtes und einer Pflicht in den österreichischen Gesetzen gar nicht vorhanden ist. Wir befinden uns und werden uns immer befinden bis zu einer gewissen Zeit in dem Zustand der Gärung. Wir aber waren diejenigen, die in der Frage der Minoritätsschulen mit kühner Hand diesen Prozeß der Konstituierung vornehmen wollten. Da wurden wir von den Nationalisten im Stiche gelassen. Da haben uns auch die tschechischen Genossen verlassen, da die tschechische Presse sie verleugnet und beschimpft hatte als die Verräter an der nationalen Sache. Aber trotzdem wissen wir, daß dieser erste Versuch, der von uns unternommen wurde, symbolisch wirken muß, denn wenn wir als Sozialdemokraten die nationalen Streitigkeiten irgendwie lösen wollen, so werden wir dieses nationale Recht konstituieren müssen im Staate, aber vorerst in unserem eigenen Staate, in unserer Partei. Denn auch diese ist nicht konstituiert worden, auch diese Schwierigkeiten wurden nicht gelöst. Es war die Schuld von uns allen, nicht nur die der Tschechen, und auch die Deutschen und die Polen sind daran mitschuldig, mitschuldig und eigentlich nicht mitschuldig, denn das politische Leben in Oesterreich in dem letzten Jahrzehnt, das gewiß bei normalen Zeitläuften die Zeit der Konstituierung der Gesamtpartei gewesen wäre, war ein Leben voll des Kampfes, ein Leben voll des Ringens, voll der Bestrebungen, die alle anderen Arbeiten unmöglich machten. Das war ein Leben im Feuer des Kampfes, und als wir endlich in den letzten vier Jahren uns zusammenfanden, da war es zu spät. Denn unterdessen wurden die Parteien in den einzelnen Nationen ausgestaltet für die Zwecke dieser Kämpfe, um die Genossen fähig zu machen, an diesen Kämpfen teilzunehmen, in ihnen zu siegen; ausgestaltet, ohne voneinander gewußt zu haben, abgesondert voneinander, und die Schwierigkeiten des gemeinsamen Seins, die Schwierigkeiten der Konstituierung einer Gesamtpartei haben sich in dem neuen Parlament als größer erwiesen, als sie früher waren. Aber mögen sie noch so groß sein, wir müssen uns an die Arbeit machen, die Partei als Gesamtpartei zu konstituieren. Diese Arbeit muß gemacht werden und Ihr Kongreß ist der Anfang dieser Arbeit. Sie sind dazu gezwungen worden, Sie sind durch Drohungen, durch gewisse Erscheinungen unliebsamster Art gezwungen worden, aber Sie machen sich jetzt an diese Arbeit.

Deswegen begrüßen wir Sie bei der Arbeit, deswegen wollen wir zugegen sein, wollen wir zuhören, wie Sie die Gesamtpartei, ihr Wesen, ihre Rechte und ihre Pflichten, ihre Gliederung auffassen. Und noch eines zum Schluß. Es droht Ihnen dabei eine große Gefahr. Sie sind mächtig, Sie haben große Organisationen, Sie haben eine einflußreiche Presse;

was Wunder, daß sich Genossen Ihnen nähern, die die Pflicht auf sich nehmen, eine gegebene Nation bei Ihnen zu repräsentieren. Ich meine nicht die tschechischen Genossen, die sich als tschechische sozialdemokratische Partei konstituiert haben, sondern ich meine die Gefahr für euch, umschmeichelt zu werden, falsch informiert zu werden über die Begebenheiten in den einzelnen nationalen Lagern. Wir haben Derartiges mit tiefer Trauer in Berlin beobachtet; wir haben gesehen, daß die deutschen Genossen durch die Geschichte dazu gezwungen wurden, gewisse Personen als die Vertreter einzelner Nationen anzusehen und zu behandeln, die das Recht dieser Vertretung schon längst in ihrer eigenen Nation verwirkt haben. Das war das Betrübende für uns, und es war auch in dem internationalen Zusammenleben von großem Schaden. Diese Gefahr ist in Oesterreich viel kleiner. Diese Residenten, die Könige im Exil, die an eurem Hoflager aufgenommen werden könnten, sind nicht so gefährlich, man kann sich leichter informieren, man hat Informationen aus der ersten Hand. Aber doch darf man diese Gefahren nicht übersehen, wenn man zwei Erscheinungen vor sich hat. Da gibt es Leute, die sagen, es gibt keine Schwierigkeiten, die Nationalität, der Unterschied der Nationen, die Mängel der Nationen werden in der leichtesten Weise überwunden werden durch das einigende rote Band, und es gibt andere Leute, die immer die Schwierigkeiten sehen, die immer Opposition machen, die immer nur Steine auf den Weg werfen. Aber ich baue fest und mit großer Zuversicht auf den politischen Takt, auf die politischen Fähigkeiten und auf die große Klugheit der deutschen Genossen, die diese schwierigen Fragen in ihre Hand nehmen werden, nicht um zu dekretieren, sondern um die Konstituierung der Gesamtpartei möglich zu machen. In diesem Sinne begrüße ich Ihre Arbeiten und in diesem Sinne erachte ich diese Arbeiten als die wichtigsten für unsere Zukunft in Oesterreich. (Lebhafter Beifall.)

Wahlkommission.

Skaret: Ich schlage vor, eine Kommission für die Wahl der Parteivertretung zu wählen.

Für diese Kommission wurden uns von den einzelnen Landesorganisationen folgende Genossen vorgeschlagen: Bretschneider (Wien), Schneidmadl (Niederösterreich), Gruber (Oberösterreich), Witternigg (Salzburg), Lindner (Steiermark), Eich (Kärnten), Rapoldi (Tirol), Leibfried (Vorarlberg), Cermak (Böhmen), Pival (Mähren), Kofl (Schlesien).

Die vorgeschlagenen Genossen werden einstimmig in die Kommission gewählt.

Bericht über die Parlamentstätigkeit.

Referent Abgeordneter **Seitz:** Die Berichte des Klubs der deutschen Abgeordneten liegen dem Parteitag vor. Sie werden es mir daher erlassen, auf die Einzelheiten der parlamentarischen Tätigkeit einzugehen. Wenn ich über unsere Tätigkeit seit Reichenberg zu berichten habe, so muß ich diese Periode in zwei Teile zerlegen: in die Zeit bis zur Auflösung des Parlaments und in die Zeit vom Wiederzusammentritt bis heute oder, kurz, in die Aera Bienerth und in die Aera Gautsch.

Es ist ganz falsch, von einem „System Bienerth" zu sprechen. Man hat dieses sogenannte System als wohldurchdachtes politisches Aktionsprogramm hingestellt, das Bienerth entworfen hatte und zu dessen Durchführung er nach konstitutionellem Gebrauch berufen wurde. Wer Herrn v. Bienerth kennt und wer ihn im Laufe seiner Regierung beobachtet hat, der weiß, daß er sein Amt ganz frei von vorgefaßten Meinungen und Grundsätzen oder, wie er selbst so oft sagte, ganz unbefangen angetreten hat. Es wäre also eine Geschichtslüge, in diesem Sinne von einem System Bienerth zu sprechen. Herr v. Bienerth, als Beamter und Hofminister zur Führung der laufenden

Geschäfte berufen, hatte ursprünglich — man erinnere sich nur an jene berühmte Konferenz, die bis zum frühen Morgen tagte — gewiß die Absicht, eine Koalition zu bilden, wie sie unter seinem Vorgänger Beck bestanden hatte. Als er sich dazu als unfähig erwies, aber doch nicht wieder sofort weggeschickt werden konnte, führte er sein Amt, wie es seine Fähigkeiten gestatteten und wie es seinem Temperament angemessen war, das heißt er überließ das Abgeordnetenhaus einfach sich selbst, er unterließ jede Initiative, er nahm für jede Abstimmung die Majorität, wo er sie fand und wie sie sich fand, wie er sie im letzten Augenblick zusammenstoppeln konnte. Diese Majorität bestand in der Regel aus Deutschbürgerlichen, Christlichsozialen, Polen und Italienern, entgegen stand ihr eine Opposition der Sozialdemokraten, der Tschechen und der Südslawen. Dieses Zufallsresultat der Unfähigkeit und Indolenz, dieses Fortfretten ohne Ziel und ohne Absicht nannten die Lobredner des Herrn v. Bienerth ein System, ein deutsches System, das System der Aushungerung der Tschechen.

Für die Völker, für den Staat und insbesondere für die Arbeiterklasse war dieses System ganz unfruchtbar. Es war unendlich schwer, in dieser Zeit auch nur kleine wirtschaftliche, politische oder gar sozialpolitische Reformen durchzusetzen. Unsere ganze Arbeit, schwere Mühe und viel Sorge, unausgesetzte Wachsamkeit des Verbandes waren notwendig, um das Unerläßlichste durchzudrücken und Angriffe auf die Rechte und die Interessen der Arbeiterschaft abzuwehren. Herr v. Bienerth aber gefiel sich in seiner Rolle, und je mehr ihm eine liebedienerische Presse Loblieder sang, um so besser gefiel er sich. Es war ganz naheliegend, daß er auf die Idee kam, für dieses „System“, das immerhin den Mangel und die Unbequemlichkeit hatte, daß es gewöhnlich nur eine Majorität von fünf bis fünfzehn Stimmen aufbrachte, eine größere Majorität zu gewinnen. Diese aber konnte er nicht im bestehenden Parlament gewinnen, sondern nur durch Neuwahlen. Also benützte er den nächstbesten Anlaß, eine ganz geringfügige formale Schwierigkeit im Budgetausschuß, um das Parlament am 31. März aufzulösen.

Was wir in jener Bienerth-Zeit gearbeitet, was wir trotz der Ungunst der Verhältnisse erreicht haben, wie wir uns zu diesem Ministerium stellten, welche Mittel wir anwendeten, um einerseits dieses System zu brechen, anderseits die falsche, das System durchaus nicht gefährdende, sondern eher fördernde Obstruktionstaktik der Slawischen Union abzuwehren, das finden Sie alles ausführlich erzählt in den vorliegenden Berichten.

Das Parlament war also aufgelöst und wir gingen in die Neuwahlen. Alles, was es an Arbeiterfeinden gab, vereinigte sich gegen uns. Die bürgerlichen Parteien zeigten, daß sie sich in den letzten Jahren für die Wahlen vorbereitet hatten, daß sie es verstanden hatten, uns die Methoden der Wahlarbeit abzulauschen, daß sie innerlich konsolidierter, gefestigter geworden waren. Wir gingen in Neuwahlen, bei denen wir einer geschlossenen, festgefügten Organisation der Gegner gegenüberstanden. Wir haben aber in diesen Wahlen eine ganz tüchtige Arbeit geleistet. Unser Sekretariat hat neue Methoden gefunden. Ich erinnere an die Korrespondenz, die damals gegründet wurde, ich erinnere an die große Zahl von sehr guten Wahlbroschüren, an die Ausgestaltung unserer Presse, kurz, wir haben unser möglichstes getan, um die Wahlen mit Erfolg durchzuführen.

Das Resultat dieser Wahlen war allerdings, daß wir — und es wäre ganz töricht, es zu leugnen und davor die Augen zu schließen — eine nicht geringe Einbuße und schmerzliche Verluste erlitten, schmerzlich besonders deshalb, weil es Proletarierbezirke waren, die wir verloren, und schmerzlich, weil wir sie auf jenem Boden erlitten, wo sich die wichtigsten politischen Kämpfe Oesterreichs abspielen: in Böhmen. Nichtsdestoweniger können wir sagen: Trotzdem wir eine Einbuße an Mandaten erlitten, haben wir eine wesentliche Steigerung unserer Stimmenzahl bewirkt, also gezeigt, daß die Massen des Proletariats nach wie vor hinter uns stehen, daß die Gegner nur Augenblickserfolge haben und es

uns gelingen wird, diese Mandate über kurz oder lang zurückzuerobern. Wir haben überdies in anderen Gebieten Erfolge erzielt, die die Verluste wenigstens ziffermäßig wettgemacht haben, Erfolge in Wien, die durchaus nicht ohne Bedeutung sind. Daß die Arbeiterschaft Wiens der Grundstock und der eigentliche Träger der Opposition gegen die Christlichsozialen war, und daß es nur ein Verdienst der Arbeiterschaft ist, wenn es gelang, die Christlichsozialen in Wien fast gänzlich auszurotten, ist zweifellos. Für Bienerth war dieses Ergebnis niederschmetternd. Wenn man das Resultat dieser Wahl mit dem vergleicht, was er als Ziel der Wahlbewegung hingestellt hatte und was er als Vertreter der staatlichen Autorität wollen mußte, so muß man sagen: eine solche Niederlage hat selten ein Minister erlitten. Bienerths Ziel war und mußte sein, den Nationalismus, der das Parlament bedrohte, einzudämmen und eine starke, die Regierungsinteressen fördernde konservative Partei zu schaffen. Er hat mit der Auflösung das gerade Gegenteil erreicht. Die Wahl brachte nicht die Eindämmung des Nationalismus in Böhmen, sondern die Schwächung der Partei, die in Böhmen in den heftigen nationalen Kämpfen das vermittelnde, besonnene, ruhige Element darstellt. Die Wahl brachte aber auch nicht die Stärkung der Wiener konservativen Partei, sondern ihre Vernichtung, und sie setzte an ihre Stelle zum größten Teil Sozialdemokraten und zum geringeren Teil Bürgerliche, die aber keinesfalls als ein konservatives Element zu betrachten sind. Bienerth konnte also aus der Wahl nur eine Konsequenz ziehen: noch bevor das Haus zusammentrat, zu demissionieren.

Wir wurden nun mit Baron Gautsch gesegnet. Wir standen diesem Minister damals ganz anders gegenüber als heute. Wir waren gegen ihn durchaus nicht voreingenommen; wußten wir doch, daß er zwar unser Gegner sei und nicht nur Gegner der Sozialdemokratie, sondern Gegner jedes politischen und wirtschaftlichen Fortschrittes, ein wirklicher Reaktionär, daß aber anderseits seine Gegnerschaft keine so lederne sein werde wie jene Bienerths; wußten wir doch aus der Erfahrung des Jahres 1905, daß wir gerade dem impulsiven Wesen des Herrn v. Gautsch sehr viel zu danken hatten. Er war es ja, der uns im Jahre 1905 durch seine impulsive Aeußerung über das Wahlrecht in Ungarn geradezu veranlaßt hatte, die Wahlrechtsbewegung von neuem aufzunehmen und den Kampf mit größter Energie zu führen. Wir waren gegen Gautsch unvoreingenommen. Wir erinnerten uns, daß er damals, da sich die Wahlrechtsbewegung als unaufhaltsam erwiesen hatte, und da er als Beamter den Auftrag erhalten hatte, die legislatorischen Vorarbeiten zu machen, der Erfüllung seiner Beamtenpflicht nicht bornierten Widerstand oder bockbeiniges Festhalten an seinem Vorurteil entgegengesetzt hatte. Wir erinnerten uns, daß er sich nicht als unfähig erwiesen hatte, neuen Ideen zu dienen, sondern daß er seiner Beamtenpflicht trotz seinem Wesen, das dieser Reform widersprach, sich willig unterworfen hatte und so als der Initiator einer großen politischen Reform erschienen war. Aus allen diesen Gründen waren wir nicht voreingenommen gegen Gautsch. Wir verhehlten uns auch nicht, daß er mit dem sogenannten System Bienerth, dem Regieren gegen ganze Völker, brechen werde, weil er als Vertreter der Idee einer politischen Koalition galt. Wir wußten, daß er ein Regieren ohne eine der zwei großen Nationen für nicht möglich halte und daß er eine vernünftige Politik des Zusammenschlusses der polnischen, tschechischen und deutschen Bürgerlichen, zu denen man ja heute auch die Christlichsozialen zählen muß, anstreben wird. Wir setzten schließlich voraus, daß er sich bewußt sei, daß man eine solche Koalition und eine Koalitionsregierung nur bilden kann, wenn man auch den Bedürfnissen der kleineren Nation gerecht zu werden sucht und insbesondere den Bedürfnissen der Arbeiter aller Nationen.

Am 17. Juli wurde das Parlament eröffnet. Jetzt galt es zunächst, eine innere Parteifrage zu lösen, die Frage, wie sich die Partei

im neuen Hause zu konstituieren habe. Früher hatten wir einen Verband aller Abgeordneten gebildet, der sich in einzelne nationale Klubs teilte. Wir deutschen Sozialdemokraten mußten uns nun fragen, ob dieser Verband wieder möglich sei. Die Antwort war — und ich glaube, daß dem jeder Genosse zugestimmt hat — die Gründung eines Gesamtverbandes sei unmöglich. Nicht daß wir der Ansicht gewesen wären, es ließe sich nicht ein gutes Verhältnis zu jenen Bruderparteien herstellen, die auf dem Boden der Internationalität stehen. Wir waren, so wie wir es heute sind, in den besten Beziehungen zu allen Bruderparteien, die die Internationalität anerkennen und sich als internationale Sozialdemokraten bewährt haben. Aber das eine war für uns von Anfang an klar, daß wir mit jenen Abgeordneten und den Abgeordneten jener Organisationen, die sich in der Gewerkschaftsbewegung von den Grundsätzen der Internationale abgewendet haben, einen gemeinsamen Verband nicht bilden können, kurz, wir waren uns darüber klar, daß wir den alten Verband inklusive dem tschechischen sozialdemokratischen Klub nicht mehr herstellen können. Ich will der Debatte über den nächsten Punkt nicht vorgreifen; aber das eine muß ich sagen, wir konnten nicht zusammengehen mit jenen, die uns in unseren Wahlkreisen Gegenkandidaten gegenübergestellt hatten, nicht einen Verband bilden mit jenen, die sich durch diese Gegenkandidaturen mit den Vorbedingungen einer vernünftigen Auseinandersetzung der Nationen in Widerspruch gestellt hatten: dem Prinzip der nationalen Abgrenzung der Wahlbezirke, das wir im schwersten Kampfe den nationalistischen Parteien aller Nationen abgerungen hatten. Es wäre geradezu unverantwortlich gewesen, einen gemeinsamen Verband bilden zu wollen mit Männern, die nicht nur die berüchtigten Artikel der „Rovnost" geschrieben hatten, sondern auch alle diese Preßprodukte, die Ihnen in der letzten Zeit in Uebersetzung zugänglich gemacht wurden.

Es wäre sogar eine Heuchelei gewesen, einen solchen Verband auch nur zu versuchen. Wir mußten uns klar darüber sein, daß der alte Verband durch den Separatismus und die nationalistischen Allüren der tschechischen Genossen zerschlagen war und den deutschen Sozialdemokraten nichts übrig blieb, als ihr eigenes Haus zu bestellen, einen Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten mit voller Selbständigkeit zu gründen.

Es war aber anderseits selbstverständlich, daß wir uns bemühten, mit jenen sozialdemokratischen Abgeordneten, die auf dem Boden der Internationale stehen, in freundschaftliche Beziehung zu treten, daß wir sie nach Möglichkeit herstellten mit den italienischen und den ruthenischen Genossen und mit dem Klub der polnischen Sozialdemokraten.

Die Tatsache, daß wir gesonderte Klubs hatten, mußte für den ersten Augenblick eine große Befürchtung hervorrufen, nämlich die, daß unsere Vertretung im Parlament geschwächt sein wird. Wenn wir bisher als ein einiger, geschlossener Körper von 87 bis 89 Mann aufgetreten waren, so standen wir jetzt als Klub mit 44, und wenn wir die Hospitanten einrechnen, von 48 Mann da. Wir mußten also befürchten, eine wesentliche Schwächung unserer Stellung zu erleiden. Diese Befürchtung hat sich zum Glück als nicht gerechtfertigt erwiesen. Ich will nicht sagen, daß es uns nicht lieber wäre, in einer größeren Zahl im Parlament zu stehen. Wir können unser niemals genug sein. Wir wollen immer mehr Abgeordnete, und wenn wir nicht das Bedenken hätten, daß unsere Organisationen draußen dadurch blutlos werden, daß durch die Bindung einer großen Zahl unserer Vertrauensmänner an das Parlament und an Wien unsere Organisationen draußen Schaden erleiden, daß unsere gewerkschaftlichen, unsere Konsumenten- und politischen Organisationen draußen die tüchtigsten Männer verlieren, so müßten wir wünschen, daß wir um 50 Mandate mehr erobert hätten. Aber unsere Macht im Parlament hängt durchaus nicht allein von unserer Zahl ab. Sie hängt erstens davon ab, ob wir die Möglichkeit haben, im Rahmen der Geschäftsordnung selbständige parlamentarische Aktionen durchzuführen. Dazu ge-

nügen nach der geltenden Geschäftsordnung und den Gebräuchen des Hauses 30 bis 35 Abgeordnete. Unsere Macht hängt zweitens davon ab, ob wir durch eine, wenn auch kleine Zahl tüchtiger Fachleute eingehende Kritik üben können an den Vorlagen der Regierung, an der Verwaltung und an der Haltung der bürgerlichen Parteien, und unsere Macht hängt drittens davon ab, ob wir in der Lage sind, wenn auch durch eine kleine Zahl tüchtiger geschulter Parlamentarier das organisierte Proletariat angemessen zu repräsentieren. Um diese Machtstellung zu erhalten, brauchen wir ungefähr 30 bis 35 Männer, unter denen tüchtige Fachleute und geschulte Parlamentarier sein müssen. Haben wir mehr, so ist das natürlich sehr angenehm und nützlich, aber es ist zum Leben nicht unbedingt erforderlich. Wenn wir mehr haben, werden wir uns bemühen, die Abgeordneten nicht unausgesetzt an Wien zu fesseln, sondern uns vor Augen halten, daß wir tüchtige Kräfte auch draußen brauchen. An dem *Wesen* der parlamentarischen Vertretung ändert sich unter den heutigen Verhältnissen nichts, ob wir zehn Abgeordnete mehr oder weniger haben, wenn nur die genannte Grundzahl erreicht ist.

Wie richtig das ist, hat sich auch sehr bald an unserer parlamentarischen Arbeit gezeigt. Wir haben unsere Forderungen an den Staat nicht mit weniger Nachdruck vertreten als früher, wir haben unsere Stellung im Parlament durchaus nicht geändert, und wenn Herr v. Gautsch vor kurzem versucht hat, die bürgerlichen Parteien dadurch aufzuhetzen, daß er erklärte, die Sozialdemokraten maßen sich die Führung im Hause an, so erkennen Sie daran, *daß wir unsere alte Machtposition im Parlament auch bei geringerer Zahl behauptet haben.* Das zeigt sich auch in der allerdings nicht bedeutenden Aeußerlichkeit, daß wir abermals unsere Vertreter im Präsidium haben, den Vizepräsidenten und die entsprechende Zahl von Schriftführern. *Die Machtposition der deutschen Sozialdemokraten im Parlament ist heute nach den Wahlen und nach der neuen Organisation im selbständigen deutschen Klub nicht um das geringste anders als im alten Parlament.* (Lebhafter Beifall.)

Nun hätte ich zu berichten über die Verhandlungen des Hauses in der Zeit vom 17. bis 31. Juli und vom 5. bis 28. Oktober. Sie sind Ihnen aber allen in so frischer Erinnerung, daß es unnütz wäre, sie abermals in breiter Schilderung darzustellen. Wir haben erstens die Anträge, die unsere prinzipielle Stellung kennzeichnen und unsere programmatischen Forderungen darstellen, wieder eingebracht. Wir haben weiter die bürgerlichen Parteien gezwungen, in die Verhandlungen der aktuellen Fragen einzutreten. Es war unsere Hauptaufgabe, das Parlament zu zwingen, daß es Maßnahmen treffe gegen die Teuerung und gegen die Wirkung der Teuerung auf die Eisenbahner, auf die Staatsarbeiter und auf die anderen Staatsangestellten. Wir hatten die Aufgabe, das große Problem der Teuerung zur Diskussion zu stellen. Wir haben das getan, indem wir vor allem die raschste Einberufung des Parlaments verlangten. Das Präsidium hat dann jene denkwürdige Obmännerkonferenz in den Ferien veranlaßt, die zu bestimmen hatte, wann das Parlament zusammentreten soll.

In dieser Konferenz lernten wir zum erstenmal Herrn v. Gautsch in seiner neuen Gestalt kennen. Das war der Moment, wo er zu zeigen hatte, ob er den neuen Verhältnissen gewachsen sei, ob er verstehe, ihnen gerecht zu werden, wo er zeigen mußte, ob er die Jahre der Ruhe im Obersten Rechnungshof verbracht hatte, um zu *lernen*, ob er die Entwicklung der letzten Jahre und des Parlaments der letzten Jahre versteht, oder ob sich sein geistiges und politisches Rüstzeug auf jene Requisiten beschränke, die für das Privilegienparlament genügt hatten. Er hatte die Probe zu bestehen, ob er persönlich die Entwicklung Oesterreichs im letzten Jahrzehnt mitgemacht hat, ob er das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes versteht. *Herr v. Gautsch hat diese Prüfung nicht bestanden.* (Lebhafter Beifall.) In jener Konferenz hat er schon gezeigt,

daß er keine Ahnung hat von dem, was die großen Massen bewegt, keine Ahnung hat von den Ideen, die ihr politisches Leben beherrschen, keine Idee von den Machtverhältnissen der Klassen in den einzelnen Nationen, keine Idee von den schweren Sorgen der großen Massen des Volkes, keine von den Bedingungen, unter denen die Parteien arbeiten, und daß er insbesondere auch davon nichts versteht, unter welchen Bedingungen die bürgerlichen Parteien heute politisch wirken müssen. Er hat mit einem Worte gezeigt, daß er die letzten Jahre verschlafen hat. Mit einem einzigen Worte hat er das dargetan, mit dem Worte von der „arrangierten" Teuerungsbewegung. Der eine Satz: „Wir wissen schon, wie solche Bewegungen arrangiert werden," hat jedem von uns wie unter Blitzlicht gezeigt, wie er über Massenbewegungen denkt und welche Methoden der Regierungskunst ihm eigen sind. Der 17. September mit dem Blute und den Leichen in den Straßen Wiens, die Bluturteile der Gerichte, die ihm gefolgt sind, und das Verhalten des Ministerpräsidenten in der Sitzung, in der das traurige Ereignis geschah, das Attentat des armen wahnsinnigen Njegusch, haben uns bestätigt, was wir von jenem Augenblick an wußten, da er das Wort „arrangieren" sprach: daß er unfähig ist, Massenbewegungen zu verstehen, unfähig, ihnen gerecht zu werden, unfähig, seine Regierung und seine Verwaltung den neuen Verhältnissen anzupassen.

Aber Herr v. Gautsch ließ sich nicht irremachen. Er hat jetzt abermals eine Rede gehalten, in der er den Massen des Volkes, den arbeitenden Massen, nicht ihrer politischen Form, der Sozialdemokratie, sondern den Massen schlechthin, öffentlich Fehde ankündigt. Er kündigt den Krieg an gegen alle, die im Lohnverhältnis stehen, die bei schwerer Arbeit ein mühseliges Dasein führen; er kündigt an den Krieg gegen alle, die als Staatsangestellte oder Eisenbahner ihr Brot verdienen. Er sagt es ganz offen, daß er unter dem Diktat der Gegner der arbeitenden Klassen, unter dem Diktat der Agrarier und der ungarischen Magnaten steht, daß ihre Wünsche Richtschnur sind für seine ganze Politik. Er kündigt an, daß er für diejenigen, die sich dem Diktat der Agrarier nicht unterwerfen, die der wahnsinnigen Hunger- und Teuerungspolitik Widerstand leisten, nichts hat als rohe Gewalt.

Wie weit Herr v. Gautsch mit dieser Politik kommen wird, werden wir in der nächsten Zeit sehen und wir können ruhig darauf warten. W e n n z w e i W ö r t e r a u s u n s e r e m S p r a ch s ch a tz g e s t r i ch e n s i n d, d a n n h e i ß e n s i e: B a n g i g k e i t u n d F u r ch t. Wir wissen, wovon unsere politische Existenz, wovon unsere parlamentarische Macht abhängt, wir wissen, was die Macht des Proletariats fördert und was seine Machtentwicklung hemmen kann. Und darum wissen wir, daß die Politik des Herrn v. Gautsch oder eines anderen uns nicht aufzuhalten vermag. Sie kann uns fördern, wenn sie ganz dumm und roh ist, sie kann uns aber niemals hemmen, ob sie nun weise oder dumm ist. Wir gedeihen langsam, aber wir entwickeln uns sicher vorwärts, und eine Sozialdemokratie wird bestehen, wenn von Gautsch und seinen weisen Taten niemand mehr Kunde geben wird. Die Sozialdemokratie ist schon mit größeren Männern fertig geworden als mit Herrn Gautsch, und was einem Bismarck nicht gelungen ist, wird auch Herrn Gautsch nicht gelingen. Wenn wir die Holzinger und Frankl ertragen haben, werden wir auch Hochenburger und seine Richter überdauern. Die Politik, die Herr v. Gautsch macht, wird uns nicht um Haaresbreite abführen von dem Wege, den wir pflichtgemäß und im Interesse der Arbeiterklasse innerhalb und außerhalb des Parlaments zu gehen haben. (Beifall.)

Herr v. Gautsch will jetzt eine K o a l i t i o n s p o l i t i k machen. Bisher hat man geglaubt, daß eine solche Politik nur zu machen ist auf Grund eines wirtschaftlichen, politischen, besonders sozialpolitischen Programms; daß man die Tschechen, die Deutschen, die Polen, die Christlichsozialen einigen kann auf ein gemeinsames Arbeits- oder Aktionsprogramm für

eine gewisse Frist, um große, sei es im vermeintlichen Staatsinteresse oder im Volksinteresse gelegene Reformen durchzuführen. Bisher war es allgemeine Ansicht, daß man eine Koalition nur bilden kann auf Grund eines Aktionsprogramms, an dessen Durchführung alle koalierten Parteien interessiert sind. Bisher glaubte man, daß man die bürgerlichen Parteien nur einigen, das Haus nur zusammenfassen könne, wenn man auch den Bedürfnissen der von der Koalition nicht erfaßten Nationen und Klassen wenigstens einigermaßen gerecht wird. Herr v. Gautsch ist anderer Meinung: er meint, man müsse nur einen Konzentrationsmittelpunkt wählen: den Haß gegen die Sozialdemokratie, den Haß gegen die Arbeiter. Ob das eine produktive Politik ist, ob das die Vorbedingung zu einer Aktion für die Wehr- oder Finanzreform sein kann, wird sich erweisen. Uns kann es nur angenehm sein, denn wir fühlen uns niemals wohler, als wenn wir von einer geschlossenen Masse der Feinde der Arbeiterklasse umgeben sind, wenn sich alles, was uns haßt: Bürgerliche, Tschechen, Deutsche, Polen, Christ und Jud, sammelt zum Kampfe gegen uns. Das war unsere schönste Zeit, als wir noch nicht im Parlament waren, das ist unsere schönste Zeit auch jetzt. Herr v. Gautsch möge also diese Politik ruhig fortführen, er möge es nur versuchen, seine Wehr- oder Finanzreform zu beginnen mit einer Provokation der Sozialdemokratie. Wir wünschen ihm viel Glück auf den Weg. Und wenn er noch ein übriges tut und nicht nur gegen die Arbeiter, gegen die Sozialdemokraten losgeht, sondern auch aufreizende Reden hält gegen seine eigenen Beamten; wenn er das Prinzip umkehrt, das heute noch viele für das Normale halten, nämlich daß die Regierung fordert und das Parlament gewährt; wenn er als der berufene Hüter der Interessen seiner Beamten, dessen Sorge es sein sollte, Not und Elend aus den Familien seiner Beamten zu bannen, lieber gegen sie hetzt, wenn er ihnen das bißchen Brot verwehrt, das sie brauchen; wenn Herr v. Gautsch überdies noch den Kampf proklamiert gegen die Eisenbahner, weil sie sagen, man möge endlich ihre Forderungen verwirklichen, deren Erfüllung man ihnen vor fünf Jahren fast eidlich versprochen hat, wenn Herr v. Gautsch gegen seine natürlichen Stützen, gegen seine eigenen Beamten hetzt, die die Träger seiner Verwaltung sind, wenn er gegen alle arbeitenden Menschen hetzt und ihnen als Vertreter der Grund- und Bodenwucherer den Krieg ankündigt, ausnahmslos gegen alle, die von der Arbeit leben: wir wünschen ihm viel Glück dazu. Er wird ja sehen, ob er sich halten kann, wenn er seine Politik einzig und allein auf die Klasseninteressen des agrarischen Klüngels aufbaut und das Schwert gebrauchen wird gegen die, die diese Politik bekämpfen. Wir nehmen die Fehde mit Vergnügen auf. Wir sind Kämpfe gewohnt, uns tun sie gut, und wir wissen, daß wir siegen werden. (Stürmischer Beifall.)

Es liegt eine Anzahl von Anträgen vor, die ich besprechen muß. Der Antrag 10 der Bezirksorganisation Freiwaldau gehört eigentlich nicht zur parlamentarischen Tätigkeit. Nur der dritte Absatz enthält eine Aufforderung an die Fraktion. Sie soll im Kampf um das Landtags- und Gemeindewahlrecht die geeigneten Schritte unternehmen. Wir werden diesen Kampf fortsetzen, sobald Aussicht auf einen Erfolg ist. Da der Antrag nur Selbverständliches will, bitte ich, ihn anzunehmen.

Der Antrag 11 der Bezirksorganisation Wien-Wieden verlangt den Kampf gegen die Erhöhung der Tabak- und Zigarrenpreise, also etwas, was wir bereits mit allem Nachdruck besorgt haben. Wenn es nicht gelungen ist, unseren Antrag zur Aufnahme zu bringen, wissen Sie auch die Gründe dafür. Die weitere Forderung dieses Antrages nach Kontrolle der Haltung der bürgerlichen Parteien ist sehr berechtigt. Wir wissen sehr gut, daß für uns nicht nur wirken kann die Propaganda unserer Idee, nicht nur das Gegenüberstellen der Programme der Gegner und unserer Partei, sondern daß es außerordentlich wirkt, wenn man der Bevölkerung immer wieder das Wort aus dem Evangelium sagt: „An ihren Werken sollt ihr sie erkennen."

Man wirkt am besten, wenn man sagen kann: So redet der Mann und so hat er gestimmt. Deshalb betrachten wir es auch für eine wichtige Aufgabe, die Abstimmungen der Abgeordneten festzuhalten. Wir haben dafür einen eigenen Apparat in einer Verbindung der Fraktion mit dem Parteisekretariat. Sogar die Abstimmungen in den Ausschüssen und Subkomitees verfolgen wir. Wir sorgen bei wichtigen Abstimmungen auch für namentliche Abstimmungen. Die Evidenz ist bis ins kleinste Detail organisiert und hat sich im letzten Wahlkampf bewährt. Wir haben oft nur unter großen Schwierigkeiten Auskünfte erteilen können und unsere Sekretäre haben oft mit dem Suchen tagelang Arbeit gehabt. Der Antrag fordert also etwas Selbstverständliches und kann angenommen werden.

Der Antrag 12 der Lokalorganisation Zwittau ist zum Teil mit dieser Erklärung erledigt. Was den Wunsch nach Flugblättern betrifft, so haben wir gestern beschlossen, periodisch ein Zweihellerflugblatt herauszugeben. Darin wird gewiß über solche Vorkommnisse beständig berichtet und es werden wichtige Abstimmungen stets beachtet werden.

Den zweiten Teil des Antrages Zwittau, der die rechtzeitige Aufstellung von Kandidaten fordert, empfehle ich nicht nur anzunehmen, sondern ich teile Ihnen auch mit, daß die Parteivertretung beschlossen hat, von nun an nach deutschem Muster vorzugehen und die Aufstellung schon sofort nach den Wahlen vorzunehmen. Wir meinen, daß es nicht angeht, erst einige Wochen vor der Wahl die Kandidaten aufzustellen, so daß sie ihre Bezirke unter Umständen nicht genügend kennen. Wir waren nur bisher gehindert, dies durchzuführen. Es wird eine der ersten Aufgaben der neuen Parteivertretung sein, an die Aufstellung zu gehen. Wir bitten Sie, eventuelle Wünsche bekanntzugeben. Wir hoffen, daß wir in kürzester Zeit wissen werden, wer im Falle der Auflösung der Kandidat ist. Er hat dann auch die Versammlungstätigkeit in seinem Bezirk zu besorgen und den Boden zu ebnen für einen günstigen Ausfall der Wahl. Ich beantrage also die Annahme dieser Anträge und bitte um die Kenntnisnahme des Berichtes der Fraktion. (Lebhafter Beifall.)

Preußler (Salzburg): Wenn wir den Bericht der parlamentarischen Fraktion ohne Bemerkung hinnehmen würden, wäre das durchaus keine Schmeichelei, sondern würde aussehen, als ob gegenüber der parlamentarischen Tätigkeit Gleichgültigkeit Platz gegriffen hätte, die unserer Sache nicht vorteilhaft ist. Es muß hervorgehoben werden, daß sich das ganze österreichische Elend im Parlament in potenzierter Form vorfindet und daher unsere Fraktion eine ganz besondere Stellung einzunehmen hat, die ganz anders ist als die der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen in anderen Staaten; daß sie mit einer Unmasse von Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die in anderen Ländern völlig unbekannt sind. Wenn nun bei diesen Schwierigkeiten unter den Arbeitern hie und da eine Stimmung entstanden ist, die geeignet erscheint, den Parlamentarismus zu verekeln, ist es gut, von öffentlicher Tribüne aus zu konstatieren: Die Arbeiter haben, was die Tätigkeit unserer Abgeordneten im Parlament und ihr Ergebnis betrifft, keineswegs Anlaß und Recht, unserer Fraktion gegenüber Gleichgültigkeit an den Tag zu legen und zu sagen: „Die Dinge im Parlament haben für die Arbeiterschaft immer weniger Interesse, es ist besser, daß wir die Stellung beziehen, die wir früher eingenommen haben: dem ganzen Parlamentarismus ist nicht mehr jene Bedeutung beizumessen wie früher im Kugelregen des Wahlrechtskampfes!" Es muß hervorgehoben werden, daß unsere Fraktion trotz den größten Schwierigkeiten eine ganze Reihe praktischer Resultate nach Hause gebracht hat, die sich wohl sehen lassen können.

Allerdings ist es zu rechtfertigen, daß man sagt, es müsse ein größerer Kontakt zwischen den Abgeordneten und der Arbeiterschaft hergestellt werden als bisher, an dieser Klage sind unsere Abgeordneten nicht ganz schuldlos. Unsere Fraktion ist uns ein liebes Kind geworden, aber wir wären schlechte Väter,

wenn wir die Unarten dieses Kindes nicht beobachten würden. Austerlitz hat gesagt, daß wir gezwungen waren, in den letzten Jahren zu staatsmännisch zu sein. Wir haben eine Reihe von Jahren die Staatspartei vorgestellt, und Daszynski hat einmal im Kurienparlament den bürgerlichen Parteien mit Recht gesagt: „Die einzige staatserhaltende Partei sind wir, ihr zerreißt alles, ihr Ordnungsparteien habt euch bemüht, die Unordnung zu mehren, während wir eine erhaltende Macht in diesem Staatsbetrieb darstellen, weil wir den Boden des Landes, in dem wir zu leben gezwungen sind, von den unnatürlichen Erschütterungen befreien müssen!" Die Besorgnis unserer Fraktion, das Parlament unter allen Umständen beisammen zu halten gegen die Regierung und die bürgerlichen Parteien, hat nach und nach bei der Arbeiterschaft die Empfindung ausgelöst, daß zu viel staatsmännische und manchmal zu wenig Arbeiterpolitik betrieben wird. Es wäre falsch, dieser Meinung voll beizupflichten, aber die Politik war manchmal nicht auf den Ton gestimmt, den die Arbeiterschaft braucht. Wenn Ereignisse kommen, die uns auch im Parlament auf andere Grundlagen stellen, die uns zwingen, kräftige Klassenpolitik zu machen und nicht unter allen Umständen für die Erhaltung des Parlaments zu sorgen, wenn man dem Proletariat diesen Staat noch weiter verekelt, müssen unsere Genossen im Parlament auch ohne weitere Rücksicht auf dessen Weiterbestand die allerschärfste Stellung beziehen: das ist die Stimmung, die schon allgemein herrscht. Keine weitere Sorge und Rücksicht mehr, denn die Gefahr des Vorwurfes, daß wir das Parlament zerschlagen, kann nicht mehr so groß sein.

Wir haben uns während der ganzen Wahlen mit dem Vorwurf beschäftigen müssen, die Sozialdemokraten hätten die Obstruktion unterstützt und seien schuld an der Zerschlagung des ersten Volksparlaments. Alle diese überlegende, besonnene Politik hat uns nichts genützt und hat uns vor dem Vorwurf keineswegs geschützt. Dabei möchte ich hervorheben, daß es im Parlament sehr oft Debatten gab, wo die Chauvinisten sich in Sozialpolitik versucht haben, bei Streiks, Aussperrungen, wenn draußen in einzelnen Gebieten die Erregung der Arbeiterschaft so groß war, wenn die Gelben ihre Position zu befestigen sich bemühten. Da haben jene Parteien ihre Vorstöße im Parlament unternommen und da haben wir oft das Gefühl gehabt, daß unsere Fraktion diesen Dingen eigentlich eine viel zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt hat. Wir zum Beispiel in Salzburg hatten die Aussperrung der Maurer, gewiß kein weltgeschichtliches Ereignis, das die gesamten Interessen Oesterreichs besonders berührt hätte. Aber damals hatten wir das Gefühl, daß die Fraktion unwissenden Schreiern, wie einem Stransky und einem Stölzel, das Feld fast allein überlassen hat. Wir müssen die bürgerlichen Parteien bei ihrem Schwindelhandwerk stören, denn wenn sie sich mit Arbeiterpolitik beschäftigen, so wollen sie in Wirklichkeit Kapitalistenpolitik der ordinärsten Art machen.

Das mußte ich sagen. Im übrigen glaube ich, im Sinne des Parteitages zu sprechen, wenn ich erkläre, wir sind der Fraktion dankbar, daß sie allen Schwierigkeiten zum Trotz die Interessen der Arbeiterschaft gewahrt hat. Es ist heute nicht leicht, Abgeordneter zu sein. Ich habe das Gefühl, daß die Abgeordneten während der Parlamentswirren recht beschämt herumgehen, daß sie eine Art Paria darstellen (Dr. Ellenbogen: So ist es nicht!), und daß die Ehre, Mitglied des Parlaments zu sein, eine reduzierte Ehre sein mag. Das mag darin liegen, daß die Arbeiterschaft zu wenig im Kontakt stand mit den Abgeordneten. Ich sehe von der Ergebnislosigkeit der großen Debatten, besonders über die Teuerung, ab. Ich glaube, die Arbeiterschaft hat in dieser Sache jede Hoffnung auf das Parlament verloren. Wir trauen der Regierung zu, daß, wenn auch das Parlament, gedrängt durch die Notwendigkeiten der Bevölkerung, sich auf ein Kompromiß einigt und über die Fleischeinfuhr einen Beschluß faßt, Gautsch ihn nicht durchführen wird, zumal er weiß, daß es den bürgerlichen Parteien nie besonders ernst war, einen entscheidenden Schritt zu tun, und sie nur ihre Demagogie offenbaren. Es wird

nichts geschehen, und wenn nicht das Proletariat außerhalb des Parlaments einen Druck ausübt, werden wir auf dem trockenen sitzen bleiben. Die Regierung wird sagen: Wenn auch das Parlament eine bestimmte Stellung eingenommen hat, ich werde mich nicht fügen.

Mir liegt nun das Konstitutionelle so im Blute, daß ich den Herrschenden an die Gurgel fahren möchte, wenn sie sagen: „Wenn ihr nicht aufpaßt, werden wir die Verfassung sistieren!" Das tischt uns jede Regierung auf, wenn sie mit ihrem A B C fertig ist. Jetzt wird das verschärft. Unter Bienerth hat man gedroht, das Parlament nach Hause zu schicken und dasselbe nicht mehr einzuberufen, und Gautsch unterstreicht diese Drohung noch schärfer. Dagegen muß sich der Parteitag auf das entschiedenste aussprechen, und es muß gesagt werden, wenn die Regierung damit ernst machen wollte, daß wir da nicht nur der Regierung gegenüberständen, sondern den ganzen herrschenden Machtfaktoren unsere Macht entgegenstellen würden. Das Volk läßt mit sich nicht spielen! Das Parlament ist eine Lebensbedingung des Staates geworden und darf dem Volke nicht mehr entrissen werden. Unsere Abgeordneten sollen der Regierung und den bürgerlichen Parteien mehr konstitutionelles Gewissen beibringen.

Pölzl (Liesing): Ich stelle an den Genossen Seitz als Berichterstatter die Anfrage, wie es zur Aufteilung der Referate im Legitimationsausschuß gekommen ist. Diese Aufteilung der Referate der protestierten Wahlen erweckt bei den Genossen den Anschein, als wenn das mit den Bürgerlichen so abgemacht wurde, also einer Packelei gleiche. Ich ersuche demnach Genossen Seitz, uns hierüber Aufklärung geben zu wollen. Ich habe noch eine Sache zu besprechen, die zwar nicht zu diesem Punkte der Tagesordnung gehört, aber ich wurde beauftragt, an den Genossen Pernerstorfer das Ersuchen zu richten, er möge uns aufklären, wieso er immer dazukommt, an den Deutschen Schulverein bei allen Anlässen Begrüßungsschreiben zu richten. Dieser Verein ist eine Organisation, die uns feindlich gegenübersteht. Das wird von unseren Genossen übel aufgenommen, und es wäre gut, wenn Genosse Pernerstorfer das einmal aufklären würde.

Wildner (Mödling): Ich möchte bloß zu dem Antrag Stellung nehmen, der besagt, daß die Aufstellung der Kandidaten rechtzeitig erfolgen soll. Genosse Preußler war nicht sehr dafür und meinte, daß die Gegner etwas dahinter vermuten würden. Was die Gegner vermuten, ist uns gleichgültig; wir sind der Ansicht, daß es unbedingt notwendig ist, daß die Wahlkreise nicht immer erst ein paar Wochen vor der Wahl bearbeitet werden, sondern daß unsere Wahlorganisation immer in Ordnung und schlagfertig sein muß. Es geht nicht, daß die Kandidaten, wenn sie durchgefallen sind, sich um den Wahlkreis nicht mehr kümmern, daß die Organisation dann wieder verschlampt und bei neuen Wahlen immer erst von neuem aufgebaut werden muß. Es wird nur im Interesse der Partei liegen, wenn der Kandidat sofort aufgestellt wird.

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Ich habe gedacht, daß die Frage des Schulvereines erst zur Besprechung kommen werde bei Beratung des Antrages Reichenberg. Die Genossen wissen, daß ich dem Verein seit seiner Gründung angehört habe und daß ich, obgleich in den letzten Jahren wiederholt Anzeichen dafür vorhanden waren, daß dieser Verein außer seinen eigentlichen nationalen Aufgaben sich auch in politische Dinge hineinmische, Mitglied geblieben bin. Ich habe mich, so oft solche Vorwürfe erhoben wurden, als Mitglied des Vereines wiederholt an den Obmann Dr. Groß gewendet. Er suchte die Dinge immer so darzustellen, als handle es sich nicht um die Tätigkeit des Vereines, sondern um die einzelner Mitglieder, für die der Verein nicht verantwortlich gemacht werden könne. Sie werden begreifen, daß es psychologisch nicht ganz unverständlich war, daß ich solchen Versicherungen Glauben schenkte. Auf der Jahresversammlung des Deutschen Schulvereines in Teplitz aber hat der Verein offiziell in nicht mehr wegzuleugnender Weise einen politischen Akt gesetzt, indem er einen Be-

schluß gegen die italienische Universität faßte. Das ist durchaus gegen die Traditionen der Gründer dieses Vereines. Ich habe, da ich zu den Jahresversammlungen immer persönlich geladen wurde, in der Regel auch ein Telegramm geschickt. Es ist Ihnen wohl auch nicht unbekannt, daß ich an der Wiege dieses Vereines gestanden habe, ja daß ich in gewissem Sinne der Gründer dieses Vereines bin. Es ist also dieser Verein sozusagen ein Kind von mir. Nun haben mir meine Freunde immer gesagt, es sei ein mißratenes Kind. (Heiterkeit.) Aber die Tatsache, daß ein Kind mißraten sei, wird ein Vater nicht gleich einbekennen wollen. (Heiterkeit.) Daher habe ich dieses Kind so lange nicht verleugnet, als es nicht absolut notwendig war, das heißt als dieses Kind nicht durch seine Handlungen bewies, daß es von dem ursprünglichen Wege abgewichen ist. Nach der Teplitzer Versammlung habe ich an den Verein ein langes Schreiben gerichtet, worin ich den Ausschuß des Vereines bat, den beiden Ortsgruppen, denen ich angehört habe, mitzuteilen, daß ich aus dem Verein austrete, weil der Verein in Teplitz wirklich einen politischen Akt gesetzt hat, den ich als Sozialdemokrat nicht billigen kann. (Beifall.) Es ist selbstverständlich, daß ich mir niemals das Recht nehmen lassen werde, meinen nationalen Empfindungen gerecht zu werden, das heißt meinen deutschen Volksgenossen dort, wo sie in Bedrängnis sind, insbesondere in Bezug auf die Schule, alle Hilfe angedeihen zu lassen, die in meiner Macht steht. Ich habe dem Verein in jenem Briefe auch mitgeteilt, daß der Betrag, den ich bisher an die beiden Ortsgruppen gesendet habe, von mir fortan persönlich an einen bestimmten Ort gesendet werden wird, um einem deutschen Arbeiterkind zu ermöglichen, statt einer magyarischen Schule eine deutsche Schule zu besuchen. Es hätte mich also niemals irgend etwas veranlassen können, diesem Verein den Rücken zu kehren, wenn er in den Grenzen jener Betätigung geblieben wäre, die von seinen Gründern beabsichtigt war. Die Genossen aus Deutschböhmen hatten ja schon vorher wiederholt behauptet, der Verein habe durch seine entschiedene Anteilnahme an nationalpolitischen Bestrebungen diese Grenzen schon früher überschritten. Nun ist es um so notwendiger gewesen, diesen Schritt zu tun, weil der Schulverein in der Tat an vielen Orten und in manchen Ländern sich als nationalpolitische Sammelstätte geoffenbart hat. Dazu kam, daß der Verein in Teplitz jene, ich kann es nicht anders sagen, komplette politische Blödsinnigkeit begangen hat, sein Programm so weit zu verleugnen, daß er nicht etwa positiv für die Erhaltung des deutschen Wesens eingetreten, sondern sogar negativ gegen andere Nationen aufgetreten ist als ein Störer ihrer kulturellen Bestrebungen. Als internationaler Sozialdemokrat, der ich bin und bleibe, hat mich meine nationale Gesinnung geradezu dazu getrieben, jenen Schritt zu tun. Es ist nach meinen nationalen Empfindungen völlig undeutsch und widerspricht den großen Traditionen unserer klassischen Periode, die doch das wertvollste Besitztum des deutschen Volkes sind, daß sich das deutsche Volk kulturellen Bestrebungen anderer Völker hemmend in den Weg stellt. Der Sozialismus hat die Aufgabe, die Rechte und Freiheiten aller Völker zu verteidigen, und indem ich ein aufrichtiger und ehrlicher Deutscher bin, bin ich zugleich ein warmer Freund aller anderen Völker, ihrer Bestrebungen und ihrer Entwicklung. Ich glaube, diese Erklärung wird hinreichen, um die Dinge, um die es sich hier handelt, wenigstens in Bezug auf meine Person und den Schulverein zu klären und sie aus der Debatte auszuschalten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Tomschik: Es hat sich nun der Genosse W i e s e r gemeldet der mir aber erklärt, daß er ebenfalls über diese Sache sprechen will. Ich bin der Ansicht, daß diese Frage des Deutschen Schulvereins mit dem parlamentarischen Bericht nichts zu tun hat. Ich habe dem Genossen Pernerstorfer das Wort erteilt, weil von ihm verlangt wurde, daß er darüber Aufklärung gebe. Ich bin auch der Ansicht, daß der zweite Punkt des Antrages 20 der Kreisorganisation Reichenberg, daß die Zugehörigkeit zu

einem nationalen Verein unvereinbar sei mit der Zugehörigkeit zur Partei, zum Punkt Organisation gehört und nicht zu Punkt 3, zu dem er irrtümlich gestellt wurde. Ich glaube, wir tun am besten, wenn wir diesen Antrag dann zur Debatte stellen, wenn die zur Beratung des Antrages 1 betreffend die Schaffung eines Wahlfonds eingesetzte Kommission ihren Bericht erstattet. Einstweilen überweisen wir den Antrag dieser Kommission. Nachdem gegen diesen Vorschlag keine Einwendung erhoben wird, ist derselbe zur Kenntnis genommen. Es ist nun niemand mehr zum Worte gemeldet.

Referent Abgeordneter **Seitz** (Schlußwort): Wenn ich mich auch kurz fassen will, so muß ich doch auf einzelne Bemerkungen, die in der Debatte gemacht wurden, eingehen. Genosse Preußler hat vor allem den Wunsch ausgesprochen, wir sollen im Parlament eine kräftige Klassenpolitik treiben, uns aber nicht immer um das Parlament sorgen. Das schaut so aus, als wenn die beiden Dinge in einem kontradiktorischen Gegensatz zueinander stünden. Das ist aber nicht der Fall. Gewiß, wir sorgen für das Parlament, wir bemühen uns, das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes zu erhalten, aus tausend Gründen. Aber das steht doch nicht einer kräftigen Klassenpolitik entgegen, sondern gerade um eine kräftige Klassenpolitik zu treiben, bedürfen wir unter anderem auch dieses Instruments, des Parlaments. Ich glaube, wir sind auch über den Vorwurf erhaben, daß wir es je daran fehlen ließen, eine kräftige Klassenpolitik zu betreiben.

Genosse Preußler macht uns ferner den Vorwurf, daß wir bei einzelnen Streiks im Parlament zu wenig getan hätten, und verweist dabei auf den Streik in Salzburg, bei dem wir zu wenig in Kontakt mit den Massen gewesen wären. Nun glaube ich, daß wir im allgemeinen in einem sehr innigen Kontakt mit den Massen sind. Wenn man so die Präsenzliste anschaut, wie ich sie immer führe, und in der verzeichnet ist, aus welchem Grunde die einzelnen Abgeordneten nicht im Parlament anwesend sind, so sieht man schon, wie viel sie draußen unausgesetzt in den Wahlkreisen, in Volksversammlungen, in Konferenzen, in Fabriksbesprechungen sogar, beschäftigt sind, wie sehr sie also unausgesetzt mit den Massen in Kontakt stehen. Was den speziellen Fall betrifft, so kann ich momentan nicht genau feststellen, wie innig damals der Kontakt mit den Salzburger Genossen war. Sollte aber der Kontakt nicht innig gewesen sein, dann trifft der Vorwurf einzig und allein die Organisation von Salzburg, insbesondere also den Genossen Preußler als den politischen Vertreter dieser Organisation und jene Genossen, die dort Streikleiter waren. Deren Pflicht wäre es gewesen, uns auf das genaueste über die einzelnen Phasen zu informieren. Wir stehen den Genossen jederzeit zur Verfügung. (Neumann: Der Abgeordnete Löw war doch mehrmals dort!) Ich bin unausgesetzt in Wien und wenn Sie mir einen ausführlichen Bericht schicken und eine parlamentarische Aktion verlangen oder wenn nach unserem eigenen Ermessen eine solche notwendig ist, werden wir sie gewiß nicht unterlassen, gerade in solch wichtigen Fällen. Ueberdies habe ich zu konstatieren, daß wir ja in unserem Klub selbst einen der ersten Vertreter der Bauarbeiter haben, den Genossen Löw, daß dieser wiederholt in Salzburg war und sich dort informiert hat, und ich kann mich auch sehr genau erinnern, daß Genosse Löw damals im Parlament eine ausführliche Rede über den Streik gehalten hat, in der er die gelbe Streikbrecherorganisation und die Stransky und Stölzel auf das schärfste gebrandmarkt hat und daß sich an diese Rede eine lebhafte Debatte geknüpft hat. Es ist also alles geschehen, was geschehen konnte. Wenn Sie noch innigeren Kontakt wünschen, Genosse Preußler, so stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Nun hat Genosse Preußler noch gemeint, man habe jetzt in der Frage der Teuerung fast schon jede Hoffnung auf das Parlament verloren, man befürchte, daß das Parlament versagt und man sei daher überhaupt nicht gut auf das Parlament zu sprechen. Daß das letztere nicht richtig ist,

beweist Genosse Preußler selbst, denn der lebhafteste Teil seiner Rede war der, wo er den Herrschenden drohte, falls sie es wagen sollten, das Parlament und die Konstitution anzutasten. Sie würden dem allerschärfsten Widerstand begegnen. Aber wenn Genosse Preußler sagt, daß das Parlament in der Frage der Teuerung versagt hat, so weise ich ihn auf die Referate, die sich morgen mit der Frage der Teuerung ausführlich befassen werden und die wohl dem Genossen Preußler die Bedingtheiten unserer Aktionen im Parlament nachweisen werden, die auch zeigen werden, wie die Teuerung im Wesen des Kapitalismus bedingt ist, wie sie begründet ist in Verhältnissen, auf die das Parlament keinen Einfluß hat, so daß also das Parlament wirklich nur mit Palliativmitteln helfen kann. Nun leugne ich nicht, daß dieses Parlament und seine Mehrheit oft versagt. Daraus kann man aber doch **uns** keinen Vorwurf machen. Das ist doch in allen Fragen so. Wir können doch nichts tun, als unsere Forderungen stellen und die bürgerlichen Parteien durch die Erweckung der Furcht vor den Wählern zwingen, auf unsere Anträge einzugehen. Gewiß ist der Erfolg der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratischen Fraktion in einem Parlament, das doch nur ein bürgerliches Parlament ist, gering, und die positiven Erfolge unserer Arbeit sind immer nur in dem Maße zu erwarten, als die Macht der Arbeiterklasse im Staate reicht. Wenn wir mit unseren Anträgen nicht durchdringen, müssen wir eben warten, bis es besser wird. Das ist überall so. Können unsere Gewerkschaften alles durchsetzen, was sie wollen? Wie oft müssen sie sich begnügen, bloß abzuwehren! Und ebenso ist es bei unseren Konsumentenorganisationen. Das sind eben die Bedingtheiten unseres ganzen Kampfes im Parlament.

Genosse **Pölzl** hat an mich eine Anfrage wegen der Vorgänge im Legitimationsausschuß gerichtet. Es ist gewiß sonderbar, daß der Ausschuß, der doch vornehmlich eine richterliche Tätigkeit zu entfalten hat, die Referate immer der Partei des protestierten Abgeordneten zuweist. Der politische Takt fordert, daß man sie eher dem Gegner zuweise, um so eine gründliche Prüfung durchzuführen. Wir Sozialdemokraten haben diesen Standpunkt im Ausschuß immer vertreten. Wir haben es im alten Hause getan und sind damals nur insoweit durchgedrungen, als es sich um Proteste gegen die Wahl von Sozialdemokraten gehandelt hat, während man die Proteste gegen die Wahl der bürgerlichen Abgeordneten den Angehörigen derselben Partei zugewiesen hat. Wir haben dieses Vorgehen jetzt wiederum im Legitimationsausschuß gebrandmarkt, sind aber nicht durchgedrungen, weil wir auch im Legitimationsausschuß leider nicht die Majorität sind. Da haben wir uns eben damit begnügen müssen, daß jede Partei ihre eigenen Wahlen untersucht. Ueber die Frage der Zugehörigkeit zu nationalen Vereinen hat Genosse Pernerstorfer ausführlich gesprochen. Ich bitte also, unseren Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Punkt 3 der Tagesordnung: Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Oesterreich.

Referent Dr. **Adler**.

Adler: Parteigenossen und -Genossinnen! Ich verhehle Ihnen nicht, daß ich mit einiger Befangenheit an das Referat gehe. In dem Begrüßungsartikel eines unserer Parteiblätter, der „Gewerkschaft“, ist ausgesprochen: „Es ist doch eine traurige Sache, daß wir zu einer Zeit, wo das österreichische Proletariat in den heftigsten politischen und wirtschaftlichen Kämpfen steht; in einer Zeit, wo jeder von uns weiß, daß uns noch heftige Kämpfe bevorstehen, wir über Dinge wie Nationalismus und Separatismus und was damit zusammenhängt, uns auseinandersetzen müssen.“ Wahr ist es, daß es eine schwere Aufgabe ist, mitten im Kampfe über die wichtigsten inneren Angelegenheiten zu entscheiden, die Lebensfragen für das Proletariat sind. Aber das ist uns nicht neu. Die Tatsache, daß in Oesterreich neben der ökonomischen die nationale Verschiedenheit eine Rolle

spielt; die Tatsache, daß die Existenz der Nationen nebeneinander in Oesterreich für unser ganzes Leben und wie für das Leben aller Klassen auch für die Arbeiterschaft von der größten Wichtigkeit ist: diese Tatsache verfolgt und beschäftigt uns, seitdem es eine Sozialdemokratie in Oesterreich gibt. Gewiß, wenn man zurückblickt auf die Anfänge der Partei, so wird der Einfluß dieser nationalen Verschiedenheiten nicht so klar und deutlich erscheinen. Aber nur darum nicht, weil eben zu jener Zeit die Entwicklung des Proletariats noch nicht so weit war, vor allem nicht die Entwicklung der nichtdeutschen Proletariate. Aber es ist kein Zweifel, daß, indem man, als die Industrialisierung über den deutschen Sprachboden hinausgegangen ist und nun den slawischen Sprachboden ergriffen hat, die Frage der nationalen Verschiedenheit im Proletariat in wachsendem Maße die größte Schwierigkeit für uns gebildet hat. Wir stehen heute vor einer schweren Krise. Wir stehen heute davor, daß die Einheit der Gesamtpartei beeinträchtigt wird, beeinträchtigt bis zu einem Grade, der ihre Aktion fast lähmt, ihre Funktion fast unmöglich macht, beeinträchtigt und geschädigt wird durch die Entwicklung des Separatismus in der tschechoslawischen Partei. Aber diese Tatsache ist keine isolierte, und diejenigen von uns, die die Meinung aussprechen und mit großem Scharfsinn beweisen wollen, der Fehler sei eben auf dem Wimberger-Parteitag gemacht worden, wo man es zugelassen habe, daß sich die Sozialdemokratie national gegliedert habe und von wo aus der Separatismus beginne und sich konsequent entwickle, was ein taktischer und organisatorischer Fehler gewesen sei — diejenigen von uns, die das meinen, sind, meiner Ansicht nach, schlechte Marxisten, weil sie jene falsche Methode oberflächlicher Geschichtsforschung anwenden, die wirklich meint, große historische Ereignisse und Entwicklungen hängen von den guten oder schlechten Ideen einzelner Personen ab. Daß sich die österreichische Sozialdemokratie national gliedern mußte, ist das Resultat einer Tatsache, die man wegwünschen kann — auch ich wünsche, sie wäre nicht da — die aber feststeht, der Tatsache nämlich, daß wir in Oesterreich nebeneinander Nationen haben, die auf einem historischen Boden in historischen Kämpfen stehen, daß wir in Oesterreich einen Boden von Völkerverschiebungen haben, deren Folgen sich auch das Proletariat nicht entziehen kann. Diese Tatsachen sind es, denen sich die sozialdemokratische Organisation damals anbequemen mußte. Ich glaube, ruhig sagen zu können, daß, wenn wir im Jahre 1897 nicht zu dieser Gliederung der Partei gekommen wären, die Sprengung der Partei damals zur Tatsache geworden wäre. Die Einheit der Sozialdemokratie, die Einheit der Aktion der Partei zu verbinden mit der Selbständigkeit der nationalen Organisationen der Partei, den höchsten Grad von praktischer Einheit und Schlagfertigkeit gemeinsam zu entwickeln und zugleich den höchsten Grad von Bewegungsfreiheit, den jedes nationale Proletariat für sich braucht, das ist das Problem, an dem wir uns abmühen seit zwanzig Jahren und an dem wir uns voraussichtlich noch einige Zeit werden abmühen müssen. Internationale Geschlossenheit neben der nationalen Selbständigkeit, das war der Grundsatz, der uns von Anfang an begleitet hat, und ich halte es nicht für überflüssig, Ihnen jenen Beschluß ins Gedächtnis zurückzurufen, der sich unmittelbar an die Reform der Organisation geknüpft hat, der eine nationale Gliederung, zugleich aber eine internationale Zusammenfassung der nationalen Parteien feststellt. Wir haben damals einstimmig beschlossen:

> Die vom Prager Parteitag angebahnte und vom sechsten Parteitag durchgeführte Organisation der österreichischen Sozialdemokratie nach selbständigen nationalen Gruppen hat den Zweck, für die Arbeit der Organisation des vielsprachigen Proletariats in Oesterreich die besten praktischen Bedingungen zu bieten, die praktischen Schwierigkeiten der Sprachenverschiedenheit zu überwinden. Indem wir so die Nützlichkeit der vollen Selbständigkeit für die Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkennen und ihr Rechnung tragen,

schaffen wir zugleich in dem Gesamtparteitag und der Gesamtexekutive die Einrichtungen, die geeignet sind, noch mehr als bisher die feste und schlagfertige Zusammenfassung aller einzelnen Organisationen zum gemeinsamen Kampf zu sichern. Nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit sind das Grundprinzip unserer Organisation.

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um im vorhinein jede Interessensolidarität mit den nationalen und chauvinistischen Parteiungen und Kämpfen der besitzenden Klassen auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir haben das Bewußtsein, daß die Klassengegensätze stärker und tiefer trennen als nationale Verschiedenheit, und wir erklären, daß diese Organisation ausschließlich bestimmt ist, die wirksamste Form zu schaffen, in der die international geeinten und brüderlich verbundenen Sozialdemokraten aller Zungen den Kampf führten gegen die Ausbeuterklasse in ihrer eigenen Nation und gegen die Ausbeuterklasse aller Nationen.

Nicht um die nationalen chauvinistischen Bestrebungen der besitzenden Klassen zu unterstützen, ist diese unsere Organisation geschaffen, sondern sie hat zum Ziele, sie um so schärfer, rücksichtsloser und wirksamer bekämpfen zu können.

Das war der Gedanke, das war der Geist, in dem wir damals unsere Organisation beschlossen und aufgefaßt haben. Parteigenossen! Wir müssen uns ja gerade heute sagen: Die Gesamtpartei, von der man heute gern sagt, daß sie tot ist — was aber nicht meine Meinung ist — die Gesamtpartei hat als Vereinigung aller nationalen Parteien in Oesterreich dem Proletariat in Oesterreich die größten Dienste geleistet. Wir hatten eine Zeit, wo wir den schwersten Kämpfen aller Völker gegen alle ausgesetzt waren, wo wir in den Anfängen waren, wir Deutschen, und erst recht die anderen. Unsere Verbindung, die Tatsache, daß wir eine Partei bildeten, hat uns die Kraft gegeben, uns Deutschen sowohl wie Tschechen, Polen und Slowenen gegen die chauvinistische Demagogie Widerstand zu leisten, sie hat uns vor allem auch die Kraft gegeben, im Proletariat zu wirken, sie hat uns geholfen, dem Proletariat das internationale Ideal in eine bewußt wirksame Idee und Ueberzeugung zu verwandeln. Die Gesamtpartei hat uns aber darüber hinaus geholfen, nach außen stolz darauf hinweisen zu können, daß, während das Bürgertum keine einzige seiner Aufgaben wegen der nationalen Zersplitterung erfüllen kann, die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ihre inneren Schwierigkeiten zu besiegen vermag, die aus den nationalen Verschiedenheiten kommen, und darum auch mit größter Kraft im Parlament und außerhalb des Parlaments aufzutreten vermag.

Daß wir nationale Schwierigkeiten gehabt haben, immer gehabt haben, darüber ist ja gar kein Zweifel. Das haben wir nie verborgen, nie verhüllt. Allerdings haben sie zu verschiedenen Zeiten verschiedene Formen angenommen. Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit — und die Aelteren von Ihnen werden sich auch daran erinnern — wie das in jeder Diskussion hervortrat; und da handelte es sich lediglich um die Tschechen und die Deutschen, nicht weil die Deutschen schlechter sind oder die Tschechen schlechter sind als andere, sondern weil das die meist entwickelten Proletariate sind, die die meisten Berührungspunkte und Reibungsflächen haben; wir kommen mit Polen und Italienern viel besser aus, nicht wegen ihrer guten Eigenschaften, die ich ja nicht bezweifeln will, sondern vor allem darum, weil wir von ihnen territorial so getrennt sind, so daß keine technischen Schwierigkeiten entstehen. Wäre dies bei den Tschechen auch der Fall, so würde sich binnen kurzer Zeit jene Intimität jene wirklich wolkenlose internationale Solidarität und Freundschaft herausstellen, wie sie ja heute, sagen wir, zwischen uns und den Franzosen besteht. Aber die Sache ist anders. Wir haben nicht nur die Prinzipien und Programme zu teilen — die Gemeinsamkeit des Programms ist nie von irgendeiner Seite angezweifelt worden — sondern wir haben die Organisation zu teilen, die praktische Arbeit zu teilen, und da hat es na

türlich immer Reibungen gegeben. Es mußte auch politische Schwierigkeiten geben, weil allgemeine politische Grundsätze, wie sie ein Programm gibt, für die konkreten Erfordernisse des Tages von Tag zu Tag nicht ausreichen, weil es sich hier um die praktischen Gestaltungen in sehr unbeträchtlichen Fragen handelt, die aber lokal und temporär von sehr großer Bedeutung sind. Nun komme ich auf das, woran ich die älteren Genossen erinnern will.

Immer bei dem Austragen solcher Fragen ist uns, die wir von Natur aus nicht aus Herrschsucht, sondern aus der Funktion der deutschen Arbeiterschaft Oesterreichs heraus naturgemäß für Einigkeit der Führung des Amtes und der Organisation sind, von den Tschechen gesagt worden: Das „praktische Bedürfnis" soll entscheiden. Unter dem Motto des praktischen Bedürfnisses sowohl in der politischen als auch in der gewerkschaftlichen Organisation pflegte eine steigende Rücksichtnahme, dann Föderalismus, schließlich ein höherer Grad von Autonomie gefordert zu werden. Immer das praktische Bedürfnis für die Organisation, das praktische Bedürfnis für den einzelnen Proletarier und die ganze proletarische Gruppe. Aber ich frage Sie, wie weit sind wir von den idyllischen Zeiten entfernt, wo die praktischen Bedürfnisse des Proletariats und des proletarischen Kampfes in nationalen Dingen überhaupt etwas gegolten haben? Ja mehr noch. Wir sind bereits so weit, daß von seiten der tschechoslawischen Partei aus berufenem Munde ausgesprochen wurde: O, es handelt sich nicht um praktische Dinge allein oder auch nur in erster Linie, es handelt sich nicht etwa nur darum, in welcher Sprache die Zeitungen erscheinen, die Listen geführt werden 2c., sondern es handelt sich um eine prinzipielle Sache: die Anpassung nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisation an die Idee, an den Leib der tschechischen Nation. Das praktische Bedürfnis, das an der Wiege aller dieser Bestrebungen gestanden ist, ist heute in dem größten Konflikt mit dem, was verlangt wird, was mit allen Mitteln angestrebt wird. Wir sind mitgegangen, soweit es möglich war, und es ist nicht gelungen, auch nur ein Beispiel zu finden, daß man irgendeinem praktischen Bedürfnis in der politischen Organisation und schon gar nicht in der Gewerkschaftsorganisation jemals die Erfüllung versagt hätte. Es hat aber diesem Gedankengang die Erfüllung dieser Richtung nicht genügt, um nicht über diesen Rahmen hinauszutreiben, um zu ganz anderen Dingen zu kommen.

Parteigenossen! Wir haben unsere Gesamtpartei eingerichtet, und sie hat eine ganze Zeitlang sehr gut nach außen, mit einigen Schwierigkeiten nach innen, funktioniert. Aber ich möchte konstatieren, daß bis in die allerletzte Zeit die Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten, die zwischen den einzelnen nationalen Gruppen in Oesterreich bestanden haben, nicht größer waren als jene Verschiedenheiten, die selbstverständlich innerhalb der Organisationsgruppe einer und derselben Nation fortwährend bestehen. Ohne Streit und ohne Diskussion geht es ja, Gott sei Dank, nirgends zu. Aber niemals, bis vor kurzer Zeit, ist es zu einem wirklichen ernsten, das Leben bedrohenden Konflikt gekommen. Das ist anders geworden – langsam — anders geworden mit dem Wachstum insbesondere der tschechoslawischen Partei. Ich will auf die psychologischen Ursachen und die historischen Ursachen dieses Gedankenganges, den wir kurz den separatistischen nennen, hier nicht eingehen, weil wir genug damit zu tun haben, unsere eigenen Gedankengänge richtig zu führen, und es nicht notwendig ist, historisch zu untersuchen, wie die Gedankengänge der anderen geworden sind. Gewiß ist auch der tschechische Separatismus nicht die Erfindung eines Mannes, gewiß hat er in der historischen Entwicklung auch seine Begründung und läßt sich ökonomisch, politisch und kulturell erklären. Aber nicht alles, was erklärt werden kann, und nicht alles, was wir verstehen, nicht alles das billigen wir, und die Frage ist nicht, ob wir den Separatismus verstehen, sondern ob wir seine Erscheinungen noch einreihen

können unter die Erscheinungen der sozialdemokratischen Politik. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe über das Verhältnis zwischen den Bruderparteien in Oesterreich zu sprechen. Ich werde mit allen Bruderparteien bald fertig werden, indem ich hier bloß erkläre — und ich glaube nicht, daß mir einer der Genossen widersprechen wird — daß unsere Beziehungen zu der polnischen, italienischen, slowenischen, ruthenischen Partei einfach musterhaft sind. (Beifall.) Das will durchaus nicht sagen, daß wir in jeder Einzelheit ihrer Taktik mit ihnen einverstanden sind, so wenig sagen will, daß sie mit uns in allen Einzelheiten einer Meinung sind. Das hat aber das Bewußtsein unserer Solidarität, das Bewußtsein der Notwendigkeit der Einheit der Aktion und das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur österreichischen Gesamtpartei weder bei ihnen noch bei uns jemals getrübt. Die Grundfrage, um die es sich dabei handelt, ist: Sind wir deutschen Sozialdemokraten eine deutsche Sektion in der sozialdemokratischen Internationale oder sind wir eine sozialdemokratische Sektion innerhalb der deutschen Parteien in Oesterreich? Diese Frage gilt auch für die anderen Nationen. Sie ist für die tschechischen Genossen heute schon akut geworden und sie kann, wenn diese Tendenzen fortschreiten, für jedes andere nationale Proletariat akut werden. Die Frage ist: Fühlen sich die tschechischen Sozialdemokraten heute als die tschechische Gruppe der Internationale oder sind sie die sozialdemokratische Gruppe innerhalb der tschechischen Parteien?

Parteigenossen! Indem ich diese Frage an die Spitze meiner Betrachtungen stelle, verhehle ich es mir nicht, wie schwer es ist, solche Unterscheidungen sozusagen am grünen Tische zu machen, mit einer Formel solche Dinge abzutun. Das weiß ich schon, daß es eine Menge Uebergänge gibt, und das reichgestaltete Leben, das leider Gottes nirgends so reich gestaltet ist wie in Oesterreich, läßt sich schwer in Formeln zwängen, nach Formeln entscheiden. Ich weiß, daß das Bewußtsein des nationalen Separatismus im tschechischen Proletariat nicht durch einen theoretischen Entschluß entstanden ist, ich weiß, wie es gewachsen ist, wie es bedingt ist. Aber, Parteigenossen, wir stehen heute vor einer Tatsache, über die wir uns ein Urteil bilden, der gegenüber wir unsere Entschlüsse fassen müssen, vor einer Tatsache, die nicht mehr eine Sache der Tschechen allein ist, sondern Sache des österreichischen Proletariats überhaupt.

Da gestatten Sie mir, daß ich hier mein Bedauern darüber ausspreche, daß wir nicht in der Lage sind, offizielle Vertreter der tschechoslawischen Partei hier zu sehen. Ich bedaure dies darum, weil es uns gewisse Rücksichten auferlegt, die ich nicht in dem Maße empfinden würde, wenn die Vertreter dieser Richtung anwesend wären. Aber das kann uns der Verpflichtung nicht entziehen, offen zu sprechen. Wir sprechen ja nicht für diese Gruppe, für diesen Tag allein, sondern wir sprechen für die gesamte Oeffentlichkeit, auch zur tschechoslawischen Partei, die, ob sie nun hier vertreten ist oder nicht, in Kenntnis dessen zu kommen in der Lage ist, was wir hier gesprochen haben.

Wie sich von jener Gliederung der Sozialdemokratie aus die einzelnen Parteien gebildet haben, wissen Sie. Damals war ja die Gewerkschaftsbewegung ebenso in ihren Anfängen wie die Partei. Nun wird heute die Frage aufgeworfen und als das eigentliche Problem hingestellt: Wie konnte in der nationalen Gliederung der Partei eine zentrale Gewerkschaftsbewegung entsprechen? In Oesterreich, wo wir das Glück haben, daß Partei und Gewerkschaft so eng in Fühlung sind, sei es doppelt notwendig und natürlich, daß jede nationale Partei auch ihre Gewerkschaftsbewegung und Wirtschaftsorganisationen habe. Darauf muß die Antwort gegeben werden: Der national gegliederten Partei entspricht nicht und kann nicht entsprechen eine national gegliederte Gewerkschaft. Der vereinigten Gesamtpartei entspricht die vereinigte internationale Gewerkschaft.

Das ist die einzige Lösung, und wenn alle anderen Gründe, die für die internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften sprechen, nicht existierten, die einzige Notwendigkeit allein schon, daß der wirtschaftliche Kampf international und gemeinschaftlich geführt werden muß, zwingt zum Zusammenschluß in den Gewerkschaften.

Nun ist es ja hier gar nicht so schlimm gegangen in der ersten Zeit. Wir können nicht sagen, daß wir jemals ein so bequemes Leben hatten wie in anderen Ländern. Aber wir haben keine ernsteren Konflikte gehabt. Da sind, lange noch vor dem letzten Gesamtparteitag, die Forderungen der tschechischen Genossen auf gewerkschaftlichem Gebiet mehr präzisiert worden. Sie sind konkreter geworden und damit unerfüllbar. Auf gewerkschaftlichem Gebiet handelte es sich schon damals nicht nur um die Anerkennung der Prager Gewerkschaftskommission und um die Angliederung aller tschechische Arbeiter enthaltenden Gewerkschaften, sondern es handelte sich schon damals um die Preisgabe der einheitlichen Führung des gewerkschaftlichen Kampfes. Sie erinnern sich, daß im Jahre 1905, als wir unseren letzten Gesamtparteitag hatten, diese Frage so akut geworden war, daß die tschechische Delegation auf dem Parteitag, wie sie sich genannt hat — ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir uns nie die deutsche Delegation genannt haben (Sehr richtig!) — erklärte, daß sie nur darum auf die Erledigung ihrer gewerkschaftlichen Forderungen auf diesem Parteitag verzichte, weil wir mitten im Wahlrechtskampf stehen, der ja tatsächlich während des Parteitages selbst seinen Kulminationspunkt erreichte. Kurze Zeit darauf ist der Gewerkschaftskongreß zusammengetreten, der zum erstenmal das Kräfteverhältnis zwischen zentralistischer Gewerkschaft und jener Gruppe, die die tschechischen Anträge unterstützte, aufgezeigt hat. Die große Majorität stand auf dem zentralistischen Standpunkt.

Aber es wäre natürlich ganz falsch, wenn man meinte, daß die gewerkschaftlichen Fragen allein es waren, welche uns Schwierigkeiten gebracht haben. Wir müssen in Oesterreich an Probleme herantreten, die wir allein nicht lösen können. Wir haben ein Nationalitätenprogramm auf unserem Brünner Parteitag aufgestellt, welches die allgemeinen Grundlagen gibt, die wir uns für ein auf demokratische Grundlage gestelltes Oesterreich denken, für ein Oesterreich auf Grundlage der nationalen Autonomie. Sie wissen, daß dieses Programm, von allen nationalen Gruppen anerkannt, ein vortrefflicher Rahmen war für unsere politische Betätigung und es noch heute ist. Aber innerhalb dieses Programms gibt es selbstverständlich sehr verschiedene Auffassungen. Wir sind nicht dazugekommen, die einzelnen Punkte dieses Programms konkret auszuarbeiten. Dieser Mangel wurde ja in unserer Praxis empfunden und zuletzt noch auf dem Reichenberger Parteitag von uns Deutschen; auf dem Prager Parteitag wurde er von den tschechischen Genossen aufgezeigt, es wurden Aufträge gegeben, diese Mängel durch Verhandlungen zu beheben. Diese Verhandlungen haben begonnen, aber sie haben zu keinem Resultat geführt. Sie konnten zu keinem Resultat führen, weil wir nicht mehr in der Verfassung waren, miteinander zu einem gemeinsamen Resultat zu kommen, das wir entschlossen waren, gegen alle zu verteidigen. Wir waren — und das ist eine der Hauptbeschwerden gegen die tschechoslawische Partei — eben damals nicht mehr in der Verfassung, unabhängig von den Stimmungen der bürgerlichen Parteien und unbeeinflußt von nationalen Strömungen außerhalb unserer Partei, miteinander zu einem gemeinsamen Programm zu kommen, das mehr als die allgemeinen Grundsätze feststellt.

Aber, Parteigenossen, damit ist nach meiner Ueberzeugung die Einheit der Partei nicht tangiert. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Differenzierung der Partei sich nicht auf Oesterreich beschränkt, sondern daß die Differenzierung der politischen Arbeiten der Sozialdemokratie ein selbstverständliches Ergebnis ihrer Entwicklung auch in national einheitlichen Ländern ist. Wir sehen sie, von Frankreich und England nicht zu sprechen, auch in

dem Lande der stärksten einheitlichen Partei, in Deutschland, und die Meinungsverschiedenheiten, die über einzelne Fragen bestehen und die auch nicht der Willkür einzelner entspringen, sondern verschiedene Entwicklungsstadien der einzelnen Teile der Partei in den einzelnen Teilen Deutschlands darstellen, müssen durchaus nicht notwendig zu einer Entfremdung oder gar zu einer Spaltung der Partei führen. Es ist der Sozialdemokratie unter den schwierigsten Verhältnissen immer wieder gelungen, während wir im Parlament als Sozialdemokratischer Verband gewirkt haben, einheitlich in allen entscheidenden Fragen aufzutreten, und ich glaube, daß diese Einheit dadurch durchaus nicht gefährdet ist, daß wir bei Fragen untergeordneter Natur gegeneinander stimmen, bei Fragen, die nur der für prinzipiell halten wird, der eben jede nationale Querele und jede nationale Phrase so kolossal überschätzt. Mit Ausnahme der Sozialdemokratie in Deutschland gibt es kein Land, wo die Sozialdemokraten immer einheitlich gestimmt hätten. Es ist nur eine österreichische Krankheit, daß man die Aufschriften auf den Bahnhöfen für eine prinzipielle Frage ersten Ranges hält. In den entscheidenden politischen und auch nationalen Fragen haben wir immer einheitlich stimmen können, so lange, bis unser Verhältnis und das gegenseitige Vertrauen untergraben und schwer gestört wurden durch den Separatismus.

Aber auf politischem Gebiet können wir immerhin sehr weit gehen in der selbständigen Bewegung, ohne die Einheit zu gefährden. In dem Moment aber, wo die Einheit der Gewerkschaften angetastet wird, gefährden wir den Lebensnerv des politischen Kampfes, und die Wirkung davon ist, daß auch zwischen den politischen Organisationen mit einem Schlag eine andere Stimmung, ein anderes Verhältnis sich herausgebildet hat. Um was handelt es sich in aller Politik? Wesentlich doch nur um Meinungen, für die man kämpft. Man kommt zu einem Kompromiß oder man kommt nicht dazu. Aber in allen wichtigen Dingen sind wir zu einem Kompromiß gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Meinungsverschiedenheiten, wenn nicht heute, so doch morgen zu einer Uebereinstimmung führen. Um was handelt es sich aber in der Gewerkschaft? Da handelt es sich nicht allein um Meinungsverschiedenheiten, die nur in den Gehirnen einen Unterschied bilden, bei den Gewerkschaften drückt sich der separatistische Gedankengang nicht allein in Meinungen aus, sondern er greift sofort die Organisationen selbst an, er schafft Tatsachen im eigenen Leben des Proletariats.

Darum allein schon ist der Unterschied so kolossal.... Es kommt aber noch etwas anderes dazu. Wenn es bei den nationalen Gegensätzen schon schwer ist — und je weiter die Entwicklung geht, um so schwerer wird — auf politischem Gebiet zu einer gemeinsamen Organisation zu kommen und sie zu bewahren, so ist das auf gewerkschaftlichem Gebiet einfach das Existenzminimum. Auch wenn wir politisch keine Gemeinsamkeit erhalten könnten, wäre sie gewerkschaftlich eine eiserne Notwendigkeit. Darum ist das Antasten dieses Grundsatzes, ich sage es ruhig, der Kriegsfall für alle jene, die es mit dem politischen Kampf in Oesterreich ernst meinen. Ich habe früher gesagt, daß es die Entwicklung der politischen Organisation in allen Ländern mit sich bringt, daß sich die Organisationen differenzieren. Je mehr sich die Sozialdemokratie des politischen Lebens bemächtigt, um so mehr Aufgaben erwachsen ihr. Diese Aufgaben hängen von lokalen, nationalen, regionalen Bedingungen ab. Der natürliche Entwicklungsgang der politischen Partei ist bei allem Festhalten der Einheit eine fortschreitende Differenzierung und Individualisierung ihrer einzelnen Aufgaben und ihrer lokalen und regionalen Organisation. Das ist der natürliche Entwicklungsgang, der durch ihre Probleme gegeben ist. Der natürliche Entwicklungsgang der Gewerkschaften in allen Ländern ist genau der gegenteilige: überall ist die fortschreitende Zentralisierung, die fortschreitende Zusammenfassung, die Notwendigkeit, die uns auferlegt wird, wieder nicht durch unseren Willen,

sondern durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und durch die Gestalt, die der Klassenkampf auf wirtschaftlichem Boden überall und in allen Ländern annimmt. Die tschechischen Separatisten erklären immer wieder: „Was wollt ihr? Es gibt doch auch in anderen Ländern gespaltene Parteien und verschiedene Gewerkschaftsorganisationen! Die Einheit der Partei und der gewerkschaftlichen Organisation, die ihr für Oesterreich verlangt, die besteht nicht in England, besteht nicht in Frankreich!" Aber nicht, daß diese selbständigen Organisationen bestehen, ist es, was den Nerv unserer Bewegung trifft, sondern daß bestehende einheitliche Organisationen zerrissen werden. Während in allen Ländern der naturgemäße Gang der Entwicklung der ist, daß getrennte Gewerkschaftsorganisationen, die entstanden sind in Anpassung an lokale und staatliche Verschiedenheiten, zusammengefaßt werden, während selbst in England mit seinem fanatischen Hang für Differenzierung und Autonomie und Individualisierung die Entwicklung in steigendem Maße zur Zentralisation hingeht, stehen wir hier, die wir zentrale Organisationen haben, einer Bewegung gegenüber, die rückläufig, im eigentlichsten Sinne reaktionär ist, die die Vereinigung aufgibt. (Stürmischer Beifall.) Das ist nicht mehr zu verstehen aus den Geboten der praktischen Notwendigkeit. Ich bin ja ein Krüppel, ich kann nicht Tschechisch (Heiterkeit) und muß mich mit den Krücken der Uebersetzungen fortfretten, so gut ich kann. Aber wenn ich die einschlägige Literatur überblicke, so sind die Klagen der Tschechen gegen unsere zentralen Organisationen darauf zusammengeschrumpft, daß irgendein Redakteur eines tschechischen Fachblattes nicht ein richtiges Tschechisch schreibt. Das ist möglich; aber wir haben sehr gute Redakteure gewerkschaftlicher Blätter, die kein fehlerfreies Deutsch schreiben und — um nicht etwa eines Unrechts gegen unsere politischen Redakteure schuldig zu werden — ich muß sagen, es kommt auch auf dem Gebiet der Politik so etwas vor. (Heiterkeit.) Aus diesen Vorwürfen, die ja in den Anklagen in den höchsten Tönen gehalten sind, wofür ich aber unfähig bin, Ihnen irgendeinen sachlichen Grund vorzuführen, bestehen die Anklagen.

Als am Anfang des Jahres 1910 eine zentrale Organisation nach der anderen gesprengt wurde und als man noch meinte, daß die tschechische Parteiöffentlichkeit und die tschechoslawischen Vertrauensmänner das Bewußtsein der Verantwortlichkeit vor der Internationale insoweit haben, daß das Urteil dieser Internationale für sie noch ein Gewicht hat, versuchte man es, die Sache dem Internationalen sozialistischen Kongreß in Kopenhagen zu unterbreiten. Ich konstatiere, daß sowohl in der Beschwerdeschrift der Reichsgewerkschaftskommission an den Kongreß als auch insbesondere während der Verhandlungen des Kongresses von kompetenter Seite, also von jenen Genossen, die im Namen der Gewerkschaftskommission und der Zentralorganisationen sowie im Namen der deutschen sozialdemokratischen Partei dort zu sprechen hatten, nicht ein einziges verletzendes Wort gegen die tschechoslawische Partei und gegen den Separatismus gefallen ist. Es ist Kritik geübt worden, es ist der Behauptung, daß der Separatismus mit dem durch den internationalen Kongreß anerkannten Prinzip der Internationalität und Einheit der Gewerkschaften im Widerspruch stehe, begründet worden. Es ist aber nicht mit einem Wort, nicht mit einer Miene eine Verletzung der Ehre und des Ansehens der tschechoslawischen Partei erfolgt. Ich konstatiere noch mehr: In dem Antrage, der dem Kongreß vorgelegt wurde, ist der Name der tschechoslawischen Partei gar nicht genannt. Es wurde bloß festgestellt, daß Bestrebungen, die einheitlichen Zentralgewerkschaftsorganisationen in nationale Teile zu zerschlagen, im Widerspruch mit der Auffassung der Resolution stehen, die der Stuttgarter Kongreß zu der seinigen gemacht hat. Man kann nicht objektiver, ich möchte sagen: man kann nicht abstrakter sprechen. Wir haben geglaubt, durch diese Haltung den tschechischen Genossen die psychologische Möglichkeit geben zu können, ohne ihrer Ehre und ihrem Ansehen im geringsten etwas zu vergeben, nicht einem Macht-

gebot unserer österreichischen Partei, sondern der in brüderlicher Form ausgesprochenen Wohlmeinung der gesamten Internationale willig Folge zu leisten, das Votum der Internationale zu achten, was man von jedem, der sich seiner internationalen Pflichten bewußt ist, erwarten kann. Wir haben uns darin geirrt.

Das Schlimmste aber, was uns passiert ist, das, was uns am meisten stutzig machen muß und was am wenigsten ermutigend für die Zukunft ist, das ist die Behandlung, die die Internationale nach dem Kopenhagener Kongreß nicht nur in der tschechoslawischen Presse, sondern auch in den offiziellen Bekundungen und Betätigungen der tschechoslawischen Partei erfahren hat. Man kann ja über die Autorität internationaler Kongresse verschiedener Meinung sein; man kann insbesondere verschiedener Meinung darüber sein, inwiefern es möglich ist, auf die internen Verhältnisse eines Landes einen maßgebenden und sofortigen Einfluß zu üben. Aber ich muß schon sagen, die Erfahrungen, die die sozialdemokratische Internationale in dieser Beziehung gemacht hat, sind in vielen Punkten geradezu überraschend erfreulich gewesen; und ich erinnere vor allem daran, daß es ein geradezu musterhaftes Vorgehen war, als nach dem Kongreß von Amsterdam die Franzosen zur Vereinheitlichung ihrer Partei geschritten sind, obwohl dort die Gegensätze vorher recht scharf gewesen waren. Aber selbst wenn man nicht glaubt, sein Urteil dem der Internationale unterordnen zu können, so scheint es mir doch von symptomatischer Bedeutung — ich führe keinen Ehrenbeleidigungsprozeß im Namen der Internationale — daß man unmittelbar nach Kopenhagen gemeint hat, man müsse das Ansehen der Internationale und aller ihrer Mitglieder im tschechischen Proletariat systematisch herabsetzen. (Beifall.) Das sieht aus, als ob es eine Nebensächlichkeit wäre, es ist aber eine sehr ernste Sache und es hängt damit zusammen, daß wir mit den tschechoslawischen Genossen einen sehr ungleichen Kampf führen. Wir deutschen Sozialdemokraten — ich werde auch auf dieses Kapitel zurückkommen müssen, bevor die anderen auf dieses Kapitel kommen werden (Heiterkeit) — wir deutschen Sozialdemokraten glauben, bei aller Klarheit unserer Ueberzeugung in unseren Ausdrücken und in der Form unserer Polemik mit der größten Vorsicht zu Werke gehen zu müssen, weil uns daran liegt, nicht nur das Ansehen der eigenen Partei, sondern auch das Ansehen jener Partei und jener Genossen, gegen die wir polemisieren, nicht zu erschüttern. Wir nehmen immer Rücksicht auf das Ganze — nach der Meinung mancher Genossen zu viel (Sehr richtig) — gut, aber vielleicht könnte man auch meinen, lieber diesen Fehler, als den entgegengesetzten. Wir haben hier in Oesterreich, wo alles so explosiv ist, wo der Boden belegt ist mit Pulverfässern, wo wir jeden Tag auf die gefährlichsten, widerwärtigsten, jeder Vernunft widersprechenden Explosionen der nationalistischen Instinkte gefaßt sein müssen, uns gehütet, den Provokationen zu folgen, die von tschechoslawischer Seite schon vor Kopenhagen, aber verstärkt nach Kopenhagen fortwährend gegen uns ausgeübt wurden. Denn nicht an die internationale Ueberzeugung, nicht an die Klugheit hat man sich gewendet, sondern man hat an die primitivsten nationalistischen Instinkte appelliert. (Stürmische Zustimmung.) Freilich ist es damit leichter, äußere Erfolge zu erzielen als mit dem Gegenteil. Wer den Nationalisten auch nur im Tone, wenn auch gar nicht in der Sache Konzessionen macht, der kann selbstverständlich eine ganze Menge Widerstände beseitigen, die sonst seiner politischen Betätigung im Wege stehen, und der Weg von einer vernünftigen, klaren Vertretung der Interessen des deutschen Proletariats in Oesterreich zu einer nationalistisch gefärbten Art der Agitation ist leicht gefunden. Die Uebergänge sind bald gemacht, Sie alle empfinden das, vor allem in Wien, daß wir gerade in Oesterreich so sehr nötig haben, uns vor diesem Fehler zu bewahren. Ich bin der letzte, der es mit den Interessen des deutschen Proletariats als deutsches Proletariat irgendwie leicht nimmt, aber leichter können wir es

tragen, wenn zu wenig geschieht, als wenn zu viel geschieht in der Konzession an nationale Strömungen, die gerade bei den heutigen Konflikten zu unserem Entsetzen — und ich fürchte auch, zu dem Entsetzen der tschechischen Arbeiter — umschlagen können in jene Psychologie des deutschen Proletariats und des tschechischen Proletariats, von der wir nur in langjähriger Tätigkeit das Proletariat freigemacht haben. (Stürmischer Beifall.) Das ist der Punkt, wo die gewerkschaftliche Technik umschlägt und ihre Wirkung auf ein viel größeres, ich will nicht einmal sagen: auf ein viel wichtigeres Gebiet sich erstreckt. (Sehr richtig!)

Es ist eine Torheit und eine Unbegreiflichkeit, wenn man glaubt, gewerkschaftliche Kämpfe führen zu können in zwei oder drei nationalen Organisationen, in einem und demselben Betrieb oder in einem und demselben Industriezentrum. Das ist eine Torheit, und darüber auf diesem Parteitag zu reden, ist nicht notwendig. Wir sind alle gewerkschaftlich gebildet, gewerkschaftlich geschult, wie wir politisch geschult sind. Als ich von Prag nach zwei Tagen der Verständnisverhandlungen mit den tschechischen Genossen zurückgekommen bin, da dachte ich mir: Nicht daß die Tschechen vom Nationalismus so infiziert sind, ist das Entscheidende, sondern daß sie von den gewerkschaftlichen Dingen so wenig verstehen (Lebhafter Beifall); das wird sich ja gewiß ändern und darauf beruht ja meine Hoffnung. Aber es ist schwer, über gewerkschaftliche Dinge ernsthaft zu sprechen, wenn man nicht anerkennt, daß eine Gemeinsamkeit in der Führung, der Entscheidung und der Bereitstellung der Mittel im gewerkschaftlichen Kampf unbedingt notwendig ist. Wer das nicht anerkennt, wer meint, daß diese Gemeinsamkeit von Fall zu Fall hergestellt werden soll, nicht nur in jedem Industriebezirk, sondern in jedem Betrieb, wer das meint, der hat von der modernen Entwicklung der Industrie und von ihrer Wirkung auf die Gewerkschaftsorganisation keinen richtigen Begriff und dem kann man es auch nicht in Worten beibringen, sondern man muß warten, bis er es erkennt.

Was geschah nun nach Kopenhagen? Die erste Tat war, daß vierzehn Tage nach dem Kongreß eine Konferenz in Prag stattgefunden hat, die erklärte: Kopenhagen war eine Torheit. Und weitere vierzehn Tage darauf, am 12. Oktober, kam die offizielle und gewaltsame Sprengung der Zentralorganisation der Bergarbeiter — unmittelbar als Antwort auf Kopenhagen. Und zwischen jener prinzipiellen Erklärung in Prag und der praktischen Zerreißung der Bergarbeiterorganisation liegt der Angriff auf die Reichskommission der Krankenkassen, welche auch separatistisch behandelt und gegliedert wurde. Gewerkschaft, Wirtschaftsgenossenschaft, Krankenkasse. Eines nach dem anderen. Bei den Krankenkassen ist das zum Glück nicht so gefährlich, aber es ist bezeichnend für den Geist und dafür, wie das ganze Gehirn der Separatisten von diesem taktischen Gedanken erfüllt ist.

Am längsten hat der Separatismus gezögert, auf unser größtes Industriegebiet in Oesterreich, auf Wien, überzugreifen. Hier hat er gezögert, und zwar aus guten Gründen. Nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil hier naturgemäß der stärkste Widerstand eingetreten wäre — nicht nur von den deutschen Genossen, die haben dabei gar nichts dreinzureden — sondern von den eigenen tschechischen Sozialdemokraten. Weil sie wußten, daß Wien der gefährlichste Boden ist für jeden separatistischen Angriff: gefährlich für die Angreifer, gefährlich für die Angegriffenen, gefährlich für die Partei und verhängnisvoll in seinen Folgen auf Jahrzehnte. Die Leistungen der Separatisten sind ja alle betrübend genug; aber etwas ganz anderes noch ist die Einführung des Separatismus in Wien, etwas ganz anderes ist es noch, hier in die deutsche Arbeiterschaft in Wien den Gedanken gewaltsam hineinzupressen: „Das ist ein Tscheche!" oder — wie sie sagen werden: „Das ist ein Böhm', der mit dir nicht in der gewerkschaftlichen Organisation leben will, das ist einer, der einer Organisation angehört, welcher deiner Organisation, von der deine ganze wirtschaftliche Existenz,

deine Zukunft abhängt, nicht angehören will, und durch Feindseligkeit ihre Entwicklung hemmt!" Wir haben die deutschen Arbeiter in Wien und Niederösterreich in musterhafter Weise zum Internationalismus erzogen; aber wenn die schlimmsten Instinkte, die durch die sozialistische Erziehung zurückgedrängt wurden, auf diese Weise, wie es hier geschieht, künstlich gereizt werden, dann, Parteigenossen, werden wir uns aber sehr zunehmen müssen, um das internationale Bewußtsein auch in den deutschen Arbeitern in Wien und Niederösterreich zu erhalten. (Stürmischer Beifall.) Es fällt mir nicht ein — wir werden trotzdem dessen beschuldigt werden — mit Repressalien zu drohen. Ich sage das ausdrücklich, denn unsere ganze Arbeit wird dem dienen müssen, eben den Hang zu Repressalien in den Arbeitern nicht aufkommen zu lassen, weil das ihre Seele auf Jahrzehnte nationalistisch vergiften würde. (Stürmischer Beifall.) Das ist es, was die tschechoslawischen Separatisten, wie mir scheint, absolut nicht mehr begreifen.

Sie sind so verwöhnt, möchte ich sagen, durch unsere Langmut, und ich sage das ohne alle Ueberhebung, durch das höhere internationale Niveau, das wir Deutschen besitzen. (Beifall.) Sie sind verwöhnt dadurch, daß wir — das war die einzige Art von Hochmut, die wir hatten — daß wir uns sehr häufig für die Gescheiteren gehalten haben, die darum nachgeben müssen. Der einzige Gebrauch, den wir von der stärkeren Entwicklung, die wir besitzen, gemacht haben, war der, nicht etwa die Tschechen „tributpflichtig" zu machen (Heiterkeit), sie unter das „Joch zu beugen" (Neuerliche Heiterkeit), sondern war der, jeder Nation nach Kräften beizustehen; den Tschechen gegenüber aber, weil wir auf sie am meisten angewiesen sind, so lange nachzugeben, als es irgendwie sachlich möglich und mit dem Ziel und der Entwicklung unserer Partei verträglich ist. Nun bin ich auf den Vorwurf gefaßt, daß man mir sagt: das war ja eben der Fehler; ich bin gefaßt auf den Vorwurf, der kommen wird, und ich will niemand abschrecken, ihn zu erheben: „Ja, die Parteivertretung ist doch an allem schuld!" Die Parteivertretung, natürlich auch ihr Organ, die „Arbeiter-Zeitung", und ein bißchen auch ich. (Heiterkeit.)

Man wirft uns vor, daß wir der Entwicklung des Separatismus nicht früher in scharfer, energischer Weise entgegengetreten sind, und der größte Vorwurf ist, daß wir den deutschen Parteigenossen den Genuß entzogen, die Dokumente des Separatismus schon früher zu lesen als heute. Alles hängt da natürlich von der Gesamtauffassung ab, die man von den Verhältnissen hat und die man hat von der Funktion der Parteivertretung und des Zentralorgans — Zentralorgan natürlich der deutschen Sozialdemokratie, längst nicht mehr der gesamten österreichischen Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Wenn man die Auffassung hat, daß man, um die Widerstände zu ersticken, nur den Kampf zu entwickeln braucht, um die Strömung zu beseitigen, dann ist es natürlich gut, je früher, je besser das aufzudecken, je früher, je besser den Kampf auf die Spitze zu treiben. Aber diese Auffassung war die unsere nicht. Es war die unsere nicht, und ich sage es offen, sie ist es für meine Person noch heute nicht. Ich bin noch heute der Ansicht, daß es nicht gut ist, daß die deutschen Arbeiter so viel vom Separatismus erfahren; ich bin noch heute der Ansicht, daß man das Uebel möglichst begrenzen muß. Ich weiß, viele von Ihnen sind nicht der Ansicht: aber ich bin der Ansicht noch heute, daß es nicht notwendig ist, daß jeder journalistische oder rhetorische Exzeß der Separatisten nicht nur die tschechischen Arbeiter reizen, sondern auch die deutschen Arbeiter reizen soll. Ich bin der Ansicht, daß es die Pflicht der Parteivertretung und die Pflicht ihres Blattes ist, möglichste Zurückhaltung zu üben, möglichst wenig Oel in das Feuer zu gießen und zu versuchen, ob wir nicht diese separatistische Welle übertauchen können, ohne daß sie größere Verwüstungen nicht nur bei den Tschechen, sondern in dem Gedankenleben, in der Stimmung und in dem Intellekt der deutschen Arbeiterschaft anrichtet. Ich möchte, daß wir den Separatismus übertauchen, ohne daß es dazu kommt, daß die deutschen Arbeiter aufschreien: Jetzt haben

wir genug! Hinaus mit den Böhmen! Das fürchte ich, das ist das Gespenst, das ich vor mir sehe, weil ich weiß, wie gefährlich es gerade in unserem Oesterreich ist, wo die Luft imprägniert ist mit nationalistischen Keimen, wo wir keinen Atemzug tun können, ohne diese Keime einzuatmen. Wenn einmal solche leidenschaftliche Instinkte geweckt sind, wie schwer ist es, sie wieder zu beruhigen und sie zu bändigen; wie schwer ist es, die internationale Ideologie wiederherzustellen in den Köpfen der Arbeiter, wenn man sie mit frevlen Untergrabungen zugrunde gerichtet hat. Mögen die tschechischen Genossen verantworten, daß sie das den tschechischen Arbeitern gegenüber getan haben, wir wollen unsere Hände rein behalten, so gut wir können, und wollen uns auch in der Abwehr auf das Allernotwendigste beschränken. Nicht nur ich, sondern auch viele andere Genossen haben geglaubt, daß wir in der Lage sein werden, ein Einlenken der Separatisten abwarten zu können, ohne daß das Gebiet der politischen Aktion betreten würde. Lange haben wir das geglaubt; noch zu der Zeit, wo in Brünn die Leidenschaften aufgeflammt waren und wo man bereits mit der Ausschließung gedroht hat, hat die „Arbeiter-Zeitung" geschrieben, sie glaube dem Frieden am besten zu dienen, wenn sie auf die Einzelheiten des Zwistes nicht eingehe, der sich ausschließlich zwischen tschechischen Genossen und aus wirtschaftlichen Gründen abspielt.

Ich lese Ihnen das vor, um denjenigen, die die Haltung der „Arbeiter-Zeitung" und der Parteivertretung kritisieren wollen, alle Behelfe dazu zur Verfügung zu stellen. (Heiterkeit.) Sie können an diesem Beispiel sehen, wie zurückhaltend, wie vorsichtig, wie wenig aggressiv wir waren, wie wir alles darangesetzt haben, um den Kampf zu lokalisieren, um ihn vom politischen Gebiet abzuwenden, bis zu einem Moment, wo die tschechische Sozialdemokratie entgegen ihrem wiederholt ausgesprochenen Prinzip erklärt hat: Nein, der gewerkschaftliche Separatismus ist ein Gebot und eine Notwendigkeit für die politische Partei. Sie sind damals noch nicht so weit gegangen, jeden einzelnen, der der Zentralorganisation angehört, zu b o y k o t t i e r e n, jeden aus der Partei hinauszuweisen. Sie haben wiederholt das Gegenteil erklärt. Praktisch aber waren diejenigen, die den Gedanken der zentralistischen Gewerkschaft vertreten haben, bereits als Auswürflinge in der Partei angesehen und wurden bald darauf — wenigstens ein großer Teil — auch praktisch ausgeschlossen. Ich muß hier, wenn ich vom Brünner Streik rede, auf eine Merkwürdigkeit zurückkommen, ohne deren Kenntnis man eigentlich die ganze Sache nicht recht versteht. Es ist bekannt, daß, nachdem Reibungen verschiedener Art stattgefunden haben, am 1. Jänner 1910 unter Intervention des Genossen N ě m e c in Brünn eine Einigungsformel gefunden wurde. Die Reibungen haben sich trotzdem fortgesetzt und nun kam es zu dem bekannten Beschluß der Vertrauensmänner, die tschechoslawische Parteivertretung zu ersuchen, sie möge die beiden Parteibeamten, die von der Partei hingesetzt wurden, V a n ě k u n d T u s a r, z u r ü c k z i e h e n und von Brünn weg versetzen. Ich bin auch ein altes Mitglied der Parteivertretung und weiß ja, was da alles vorkommen kann. Wenn uns irgendeine Organisation schreiben würde, dieser oder jener Vertrauensmann taugt für sie nicht, man möge ihr einen anderen schicken, würden wir sagen: wenn dort ein solcher Beschluß möglich war, so paßt der Mann dort nicht hin, und wenn er gar nichts angestellt und wenn er recht hat und die anderen unrecht, wir würden normalerweise einen solchen Fingerzeig als einen sehr deutlichen, sehr entschiedenen Wegweiser betrachten und den Mann, der dort seine Funktion aus irgendwelchen Gründen, die nicht von ihm abhängen, nicht ausführen kann, anderswohin versetzen, wo er brauchbar ist. Nach diesen Beschlüssen ging der m ä h r i s c h e K r i e g los. Die beiden Vertrauensmänner wurden aber von der Prager Zentrale nicht versetzt, sondern im Gegenteil, die, die darum ersucht hatten, wurden ausgeschlossen, und zwar ausgeschlossen zunächst von denen, deren Entfernung sie verlangt hatten. Ich habe mir das ganze Statut der tschechoslawischen Partei übersetzen lassen und habe es durchgesehen. Ich fand keine genauen Bestimmungen

darüber, welche das Ausschließungsverfahren regeln; aber das weiß ich, daß in der ganzen Welt, wenn eine lokale Parteibehörde ein Dekret erläßt, ein Appell an eine höhere Parteibehörde und schließlich an den Parteitag möglich ist. Aber als die Brünner Ausgeschlossenen nach Prag rekurrierten, ist diese Appellation einfach in den Papierkorb gegangen. Das muß man wissen, um Milderungsgründe für den Akt zu finden, den die tschechischen Zentralisten in Mähren gesetzt haben: für die Loslösung von der tschechoslawischen Sozialdemokratie und die Gründung einer eigenen Partei. Ich sage ausdrücklich Milderungsgründe, Erklärungsgründe, und ich spreche in diesem Punkte, wie mir wohl bewußt ist, als Person zu einer großen Anzahl von Genossen, die in diesem Punkte nicht meiner Meinung sind; aber ich kann mich von meiner Geschichte nicht befreien, ich kann mich von meiner ganzen Parteiexistenz nicht losmachen, für mich ist zuletzt derjenige, der der Einheit der Partei entgegentritt, ein Angeklagter, der sehr viele Gründe beibringen muß, bevor ich ihn freispreche. Ich bin heute noch der Meinung, daß es trotz den von mir mit voller Offenheit dargelegten Verhältnissen möglich gewesen wäre, daß die tschechischen Zentralisten innerhalb der Partei zur Geltung gekommen wären und daß sie den Krieg für den Zentralismus innerhalb der Partei hätten führen können. Aber ich gebe zu, daß wenn jemals eine Rebellion gegen die Einheit der Partei, wenn jemals eine Spaltung zu entschuldigen und zu begreifen war, so ist es diese. Und ich gebe weiter zu, daß wir in einer sehr eigentümlichen Lage vor dieser Erscheinung sind. Wir müssen — und jetzt spreche ich wohl wieder im Namen aller — wir müssen wohl alle für die Einheit der Partei sein, nicht allein, weil sie von dem internationalen sozialistischen Kongreß ebenso sanktioniert ist wie die Einheit der Gewerkschaft, wir müssen — und das ist das Entscheidende in diesem Konflikt, wo in das tschechische Proletariat Meinungen und Grundsätze hineingetragen werden, die mit der internationalen Ueberzeugung in direktem Widerspruch stehen — die Tatsache begrüßen, daß es einen Teil des tschechischen Proletariats gibt, sei er klein oder groß, der die Internationale nicht im Stich läßt, der den Kampf führt, und wir können nicht anders, als uns dessen freuen. (Lebhafter Beifall.)

So schlimm die Spaltung ist und so sehr ich sie noch heute nicht verwinden kann in meinem Parteigewissen, so muß ich doch sagen: Noch schlimmer wäre es, wenn die separatistische Bewegung im tschechischen Proletariat vor sich gegangen und sich durchgesetzt hätte, ohne jeden Widerstand. (Stürmischer Beifall.) Neben dem vielen, was ich in der tschechoslawischen Partei nicht begreife, begreife ich wohl, daß sie sich gegen die Gründung dieser neuen Partei wehren und ihr das Leben absprechen. Ich sehe ein, daß sie große Machtmittel in Händen haben gegenüber dieser Partei. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob es klug war von den mährischen Zentralisten, diese Gründung gerade vor den Wahlen vorzunehmen, wenn sie schon sein mußte, was ich immer wieder bestreite; ob es insbesondere zweckdienlich war, eigene Kandidaten aufzustellen und auf diese Weise einen großen Vorwurf gegen sich zu erwecken, und zugleich eine Zählung zu veranstalten, die wie jeder vorhersehen konnte, absolut nicht zugunsten dieser neuen Partei ausfallen konnte. Ich lasse dies dahingestellt, ob das richtig oder nicht richtig gehandelt war, wie es überhaupt meine Aufgabe hier nicht ist, zwischen beiden zu entscheiden. Wir haben genug zu tun mit unseren eigenen Sachen. Eines aber ist sicher: die Tatsache, daß die neue Partei in den Wahlkampf eingeschritten ist, hat der tschechoslawischen Sozialdemokratie Gelegenheit und Anlaß gegeben, das Unglaublichste zu leisten im Kampfe gegen uns. So wie ich heute über die zentralistische Parteigründung und den zentralistischen Widerstand gegen die offizielle Partei spreche, so habe nicht nur ich, sondern haben auch andere Genossen — Hueber ist hier, er soll darüber reden, wenn er will — gesprochen, bevor sich das vollzogen hat. Wir haben abgeraten. Ich habe das in scharfer Weise öffentlich

getan in Reden und Artikeln. Das hat nicht gehindert, daß die tschechoslawische Partei und ihre Organe die tschechische Sozialdemokratie als ein Produkt, als ein Werkzeug, als eine Schöpfung der Wiener hingestellt haben, und es ist sehr bezeichnend in dem ganzen Kampfe, daß es in der tschechischen Sprache keine größere Beschimpfung, keine wirksamere Brandmarkung gibt, als wenn man von jemand sagt, er sei ein Werkzeug von „Wien". Das ist nicht das einzige Erbstück, das wir von der glorreichen österreichischen Geschichte auf uns lasten haben. Wenn in Oesterreich Unrecht geschehen ist, ist es vollzogen worden von Werkzeugen, die sich der deutschen Sprache, freilich oft ziemlich ungeschickt und mitunter mit deutlichem slawischen Akzent bedient haben. (Heiterkeit.) Es war die Staatssprache, in der dies geschehen, und wir sind heute noch damit belastet. Uns, die wir für die Einheit der Gewerkschaftsorganisation, für die Geschlossenheit der Partei als Kampfmittel des Proletariats für seine Existenz und gegen diesen Staat wirken, uns stellt man hin als die Vertreter des österreichischen Staatsgedankens. (Gelächter.) So viel und so wenig das auch sagen mag, wir werden belastet mit allen Sünden der Vergangenheit unserer Gegner aus gar keinem anderen Grund — wenn man es auf die einfache Wahrheit reduziert, als daß wir Sozialdemokraten ein Interesse daran haben, daß auf diesem Boden, wo diese Völker zusammen leben, sie leben können, und daß auch der österreichische Staat ein Interesse daran hat, daß die Völker hier leben. Natürlich sind die Vorstellungen, wie sie hier leben sollen, beim österreichischen Staat und bei uns erheblich verschieden. Es sind auch die Mittel, die wir anwenden und die der österreichische Staat anwendet, erheblich verschieden; die Zwecke, denen wir dienen, sind auch verschieden, die Formen, deren wir uns bedienen, sind ganz andere, die Art, wie wir die Völker behandeln, mit denen wir leben, sind ganz andere. Aber trotzdem: so oft sie den Mund aufmachen, ist es Wien. Die tschechoslawischen Separatisten bringen es so weit, daß Wien und dem österreichischen Staatsgedanken das sehr unverdiente Kompliment gemacht wird, daß man sie identifiziert mit dem Internationalismus der Sozialdemokratie. (Heiterkeit.)

Man hat also alles getan, um diese mährischen Zentralisten unterzukriegen sowie alle Angestellten der Zentralorganisationen, gegen die man Krieg geführt hat, dem öffentlichen Haß und der Verachtung auszusetzen. Da gibt es ein einfaches Mittel: „Wien!" Der ganze mährische Zentralismus ist eine Wiener Erfindung, die Zentralorganisationen sind eine Wiener Erfindung. Es tut mir leid, daß mein Freund Hueber dieses Avancement bekommen hat, daß er als der eigentliche Ausüber aller dieser Schandtaten in der separatistischen Legende figuriert. Es ist eine Legende und es ist kein Wort davon wahr. Aber, Parteigenossen, so viel ist sicher, daß in der tschechischen Oeffentlichkeit diese Legende geglaubt wird, und zwar nicht nur in der Parteiöffentlichkeit.

Die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse unter den Tschechen tun mit. Sie sind ganz anders disponiert als bei den Deutschen. Wenn wir etwas sagen, so ist die ganze gegnerische Meute der deutschen nationalistischen Presse über uns her. Sie liebt uns nicht, sie höhnt uns. Bei den Tschechen ist das etwas anderes. Sie sind eben zur Gänze unterdrücktes Volk in Oesterreich, ob sie Minister haben oder nicht. (Heiterkeit.) Da wird nationale Solidarität geübt, nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern beinahe ebenso stark von der bürgerlichen Presse. Und die hetzt und die verbreitet die Nachrichten auch in der Arbeiterschaft. Denn unsere tschechische Presse ist zwar sehr groß, aber es hat auch die bürgerliche Presse großen Einfluß auf die Arbeiterschaft, und diese bestätigt: Die internationale Sozialdemokratie ist Wien, das ist die Tyrannei des Hueber, gegen die der Kampf geführt wird. Die bürgerliche Presse hilft, sie verschärft, sie verdichtet noch alles, was von dieser Seite gesagt wurde. Und die Waffe dazu, daß in die tschechische Arbeiterschaft diese Meinung getragen wird, daß die Zentralisten als Hoch-

verräter hingestellt werden, diese Waffe liefert unsere tschechoslawische separatistische Presse. So ist der Kampf dort geführt worden.

Man ist in die Wahlen gegangen. Die Zentralisten haben Gegenkandidaten aufgestellt und was war die Folge? Die Folge war, daß diese als Vorwand dazu benützt wurden, daß man in Böhmen in drei Bezirken gegen die deutschen sozialdemokratischen Kandidaten Gegenkandidaten aufgestellt hat. Ich sage, es war die „Folge" davon, indem ich mich dabei der Argumentation der tschechoslawischen Parteipresse bediene. Denn daß es davon ganz unabhängig war, das wissen wir alle. Als wir uns nach Prag um Aufklärung über diese Gegenkandidaturen wendeten, bekamen wir als Antwort: Diese Gegenkandidaturen sind von der Partei unabhängig, werden von ihr nicht moralisch unterstützt, aber verantwortlich ist die deutsche Partei, weil sie die mährische Gegenkandidaturen veranlaßt hat. Dieselbe tschechoslawische Parteivertretung, die erklärt, sie sei nicht in der Lage, ihre eigenen Leute und ihre eigenen Organisationen davon abzuhalten, daß sie Kandidaten aufstellen, die beschuldigt uns Deutsche, daß wir die tschechischen Arbeiter nicht abgehalten haben, Kandidaten aufzustellen! Also ein Widerspruch, den ich nur darum anführe, um Ihnen wieder an einem Beispiel zu zeigen, wie tief die Tschechen sich in diesen Streit verbohrt haben.

Nun haben wir die Wahlen gehabt, und wenn Wahlen nichts anderes bedeuten, so sind sie ein Mittel, zu zählen. Wenn wir uns ein Bild machen wollen über das Verhältnis zwischen Zentralisten und Separatisten innerhalb der tschechischen Partei, so haben wir die Zahlen dieser Wahlen zur Verfügung. Ich muß gestehen, ich bedaure, daß sie existieren. Denn diese Zahlen müssen naturgemäß ein falsches Bild geben, aus hundert Gründen, und sie werden fortwährend mißbraucht. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die tschechoslawische Partei 350.000 Stimmen vereinigt hat. Die Zentralisten zwischen 10.000 und 20.000, je nachdem, ob man den halbpolnischen Bezirk des Genossen Cingr dazu rechnet oder nicht. Ich führe das darum an, um der Meinung zu widersprechen, daß darin das wirkliche Kräfteverhältnis innerhalb des tschechischen Proletariats ausgesprochen wäre. Jeder, der die Verhältnisse kennt, wird zugeben, daß der separatistische Gedankengang auf dem Boden der tschechoslawischen Partei die große Majorität in seinem Banne hat, daß die zentralistisch denkenden Arbeiter eine Minorität darstellen. Aber ich warne davor, und zwar nach beiden Richtungen. Die Zentralisten haben ihre Partei gegründet mitten im Wahlkampf. Wenn sie es für die Partei machen mußten — gut. Aber für die Wahlen konnte kein unglücklicheres Datum gewählt werden. Sie sind ausgezogen ohne Mittel und ohne Möglichkeit, zu agitieren, und sie haben, was ich als sehr wichtig ansehe, nicht die Möglichkeit gehabt, dem persönlichen Einfluß und dem persönlichen Ansehen der separatistischen Kandidaten irgendwie einflußreiche Männer mit Erfolg entgegenzustellen. Was die 350.000 Stimmen der tschechoslawischen Partei anlangt, so sind sie ein erfreulicher Beweis dafür, wie sich die tschechoslawische Sozialdemokratie in den Massen entwickelt hat und welche Macht im Proletariat sie besitzt. Nach meiner Ueberzeugung wäre es aber falsch, diese Ziffer auch für die separatistischen Grundüberzeugungen in Anspruch zu nehmen. Während man sagen muß: Es muß einer schon sehr zentralistisch gesinnt gewesen sein, wenn er in Mähren für einen der Kandidaten der neuen Parteien stimmen sollte — es ist ihm sauer genug geworden —, und es hat dies keiner getan, der nicht dreimal seine Ueberzeugung gefestet gehabt hat, so war es bei den Separatisten umgekehrt. Ich spreche nicht etwa von den Mitläufern, die gibt es bei jeder Wahl, und es fällt mir nicht ein, die statistischen Ziffern daraufhin zu untersuchen. Worum es sich mir handelt, ist etwas anderes. Ich behaupte, daß die Tatsache, daß 350.000 Stimmen für die tschechoslawische Partei abgegeben wurden, noch lange nicht sagen soll, daß sie für den gewerkschaftlichen Separatismus und gegen die internationale Auffassung, die wir haben, abgegeben wurden. (Beifall.) Dies ist

mir die wichtigste Tatsache, an die jede Hoffnung auf Möglichkeit des Erfolges anknüpfen muß.

Ich kann natürlich dieses unerschöpfliche Thema nicht ausschöpfen und es wäre vielleicht besser gewesen, wenn ich mich mehr beschränkt hätte. Aber ich muß nun doch zu der Frage kommen: Was sollen wir nun eigentlich tun?

Was sollen wir nun eigentlich tun? Die deutsche Sozialdemokratie ist in der merkwürdigen Lage, daß sie heute eine Entscheidung treffen muß, die fortwirkend sein wird, daß sie ihren Rahmen neu formen und daß sie ihre Entscheidung treffen muß, unabhängig und auf sich selbst gestellt und ohne Möglichkeit, das Einverständnis der anderen Beteiligten herbeizuführen. Parteigenossen! Wir haben nun zu sorgen für das deutsche Proletariat in erster Linie, und diese Sorge verpflichtet mich, mit der größten Deutlichkeit auszusprechen: Wir brauchen als deutsche Sozialdemokraten eine lebendige, gemeinsame Partei, wir als deutsche Sozialdemokraten brauchen eine *wirksame Gesamtpartei*, wir brauchen sie nicht nur für alle, wir brauchen sie auch für uns.

Mit dem Worte „Gesamtpartei" ist allerdings in der letzten Zeit ein bißchen Unfug getrieben worden. Man hat sich bemüht, sie totzusagen, oder sie wieder lebendig zu machen, man hat schon Sektionen vorgenommen; aber sie können Formeln aussprechen, wie sie wollen, sie können hundertmal sagen, die Gesamtpartei ist tot und existiert nicht mehr; indem sie das aussprechen, sagen sie selbst schon, daß die Partei lebt. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und die Notwendigkeit gemeinsamer Funktion aller Proletarier in Oesterreich ist unausrottbar und ist nicht tot! Ich behaupte, es ist sogar in einem großen Teil des tschechischen Proletariats lebendig, vielleicht eingeschläfert, vielleicht in das Unterbewußtsein gesunken, es kommt zum Teil in Formen zum Ausdruck, die nicht nützlich sind für das Erhalten der Freundschaft, aber die Notwendigkeit und das Bewußtsein, *daß wir alle eine proletarische Partei sind und zusammengehören, ist nicht gestorben.* Wenn die tschechoslawische Partei ihre Taktik so eingerichtet hat, daß sie mehr und mehr die Funktion der Gesamtpartei unmöglich machte, wenn sie durch ihre Taktik die Gesamtpartei lahmlegte, so werden ihre Vertrauensmänner mit dem tschechischen Proletariat über kurz oder lang in Konflikt kommen. Dabei rechne ich nicht ausschließlich, ja nicht einmal in erster Linie auf die tschechische Sozialdemokratie, die sich jetzt begründet hat und neu entwickelt. Sie wird gewiß auf die größten Hindernisse ihrer Tätigkeit stoßen. In erster Linie rechne ich darauf, daß der Separatismus an den politischen und wirtschaftlichen Tatsachen bankerott werden muß und daß dieser Bankerott dem tschechischen Proletariat zum Bewußtsein kommen wird.

Was können nun wir dazu tun, um diesen Prozeß zu beschleunigen? Sehr wenig, und das wissen die Separatisten. Sie sind stolz darauf, sie höhnen uns und sagen: Kopenhagen hat uns beiden gut angeschlagen; beide können zufrieden sein, ihr habt die Resolution und wir die autonomen Gewerkschaften. Sie höhnen sich aber selbst, sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Wir wissen, eine Organisation zu stören, das ist nicht schwer; eine Organisation zu vernichten, an der blutige Arbeit von Tausenden klebt, ist sehr leicht; eine Ideologie, die in dem Seelenleben der Arbeiter festgelegt ist, zu zerreißen, zu entstellen, das kann gelingen. Aber ob sie mit ihren autonomen Organisationen wirklich so zufrieden sind, das erscheint mir denn doch sehr zweifelhaft. Und wenn die tschechoslawische Partei nicht allein fragt, was der Befriedigung ihres Ehrgeizes und ihrer Rechthaberei entspricht, sondern nach dem Erfolg des Separatismus und der Proletarier, auch der tschechischen allein, dann fällt die Bilanz anders aus: denn auf unserer Seite ist die Vernunft, die Arbeit, das Recht, das Interesse des Proletariats aller Nationen. Auf ihrer Seite die Zertrümmerung, die Beeinträchtigung der Möglichkeit des Kampfes des Proletariats.

Aber wir brauchen doch eine Gesamtpartei. Wie sollen wir zu ihr kommen? Wenn wir, wie es verlangt wird — es ist das der einfachste Plan und in einer ganzen Reihe von Artikeln niedergelegt —, wenn wir also, wie man sich kurz ausdrückt, die Konsequenz ziehen und sagen wollten: Die tschechischen Zentralisten stimmen mit uns überein in jeder Beziehung, im gewerkschaftlichen Kampfe, in der Auffassung der nationalen Dinge, sie werden als Partei anerkannt, die tschechoslawische Partei hat sich aber vom gemeinsamen internationalen Boden entfernt, die Beschlüsse von Kopenhagen nicht respektiert, darum, das wird in verschiedenen Variationen gesagt, werden die Beziehungen mit ihr abgebrochen, ihr die Anerkennung entzogen oder es wird der Vorschlag an die Weltinternationale gemacht, sie auszuschließen. Ja, wenn ich hoffen könnte, daß man durch Ausschließungen, Abbruch von Beziehungen zur Gesamtpartei kommt, würde ich mich auch entschließen, diesen Weg zu betreten. Die allgemeine Erfahrung geht aber nicht dahin. Ich habe noch nicht gesehen, daß man zum Zusammenschluß kommt, indem man Beziehungen abbricht. Das ist etwas Neues. Es ist meines Erachtens eine ganz falsche Auffassung, wenn man meint, daß dem Bedürfnis nach dem lebendigen Zusammenhang mit dem tschechischen Proletariat dadurch genützt wird, daß man die große Mehrheit des tschechischen Proletariats vom Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung ausschließt.

Ich weiß, daß ich hier einen schweren Stand habe und daß es viele Genossen gibt, die anderer Meinung sind. Sie meinen es redlich, aber ich glaube, sie irren und verwechseln immer eines: sie verwechseln in zu hohem Grade das Interesse der Partei, den Körper der Partei, die Funktionen der Partei mit dem Interesse des Gesamtproletariats. Ich glaube, wir sollen es uns täglich sagen: auch die Partei und die Gewerkschaft sind nicht Selbstzwecke, sondern bloß Instrumente des proletarischen Kampfes und der proletarischen Organisation. Ich weiß, wieviel ich damit sage und einen wie weiten Kreis ich damit ziehe. Aber ich glaube, wir sind verpflichtet, in Oesterreich überall alles zu betonen, was geeignet ist, den Zusammenhang zwischen dem Proletariat aufrechtzuerhalten und nichts von unserer Seite zu tun, was dem entgegensteht. Wir können die separatistische Taktik, das separatistische Prinzip, die separatistische Aktion nicht billigen, wir müssen sie verurteilen. Wir können aber nicht ausschalten aus allen unseren Beziehungen das tschechische Proletariat, das zu seinem großen Teil heute als Mittler die tschechoslawische Sozialdemokratie hat, einen schlechten Mittler, aber den einzigen, den es gegenwärtig neben der kleinen zentralistischen Partei gibt. Ich bin von der Richtigkeit unserer Anschauung so durchdrungen, daß ich überzeugt bin, es bleibt nicht jeder Separatist, der es geworden. Ich halte diese Krankheit für schwer, verderblich, aber nicht für inkurabel. Ich meine, daß schwere, eingreifende Reformen nötig sein werden; aber ich bin überzeugt, daß nicht wir Deutschen allein den Vorzug haben, den internationalen Gedanken in seiner ganzen Bedeutung und in seinen Konsequenzen aufzufassen, sondern die Entwicklung, die uns dazugeführt hat, wird auch für die anderen dienlich sein und die Tschechen sind nicht die letzten, für die das gilt — auch ihnen wird die Internationalität durch die wirtschaftliche Notwendigkeit eingepaukt werden.

Darum kann ich den Anträgen, die für die Ausschließung irgendeiner Art sind, meine Zustimmung nicht geben. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, das Abbrechen der Beziehungen hat keine so große Wichtigkeit, wie Sie sich vielleicht vorstellen. Beziehungen werden nicht vermittelt durch Ausschließung aus der Gesamtexekutive. Diese funktioniert selbstverständlich in diesen schweren Zeiten nicht sehr häufig. Die Beziehungen werden immer wieder hergestellt, so oft es nötig ist. Wir haben ferner die parlamentarischen Beziehungen, die dadurch gegeben sind, daß der deutsche Klub mit Polen und Italienern in engster Fühlung steht, aber auch mit den tschechischen Sozialdemokraten sich einigen muß, wenn

ein Gegenstand, der das reine Arbeiterinteresse in Anspruch nimmt, auf der Tagesordnung steht. Es ist ja selbstverständlich, daß die Natur und Intensität dieser Beziehungen ganz abhängt von dem augenblicklichen Bedürfnis. Aber ich glaube, wir haben keinen Grund, den Faden zu durchschneiden, dessen Existenz immerhin eine Hoffnung und eine Möglichkeit für die Zukunft bietet. Abgeschnitten ist ja sehr bald, wiederhergestellt sehr schwer. Ich meine, wir sollen sehr sorgfältig darauf achten, daß kein Weg, der zum Frieden führt, verlegt werde. Wir sollen ihn nicht verlegen.

Allerdings, im heutigen Zustand kann die Gesamtpartei auf die Dauer nicht fortbestehen. Schon aus einem rein praktischen Grund. Als die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie im Begriff waren, die Partei zu konstituieren, und mir mitgeteilt haben, daß sie in die österreichische Gesamtpartei aufgenommen zu werden wünscht, habe ich gesagt, daß sie die Aufnahme in dem Moment fordert, wo sie die Gesamtpartei durch die Konstituierung auf das schwerste gefährdet hat. Es ist selbstverständlich, daß die Spaltung innerhalb des tschechischen Proletariats eine starke Schwierigkeit für die Gesamtpartei bildet. Nun schlägt man vor, es möge ein Gesamtparteitag einberufen werden. Ich brauche darüber heute nicht viel Worte zu verlieren. Es genügt, wenn ich daran erinnere, daß ein Gesamtparteitag nur einen Zweck hat, wenn er die Aussicht gibt, bestehende Gegensätze zu überbrücken. Daß wir aber zusammentreten sollen und sagen: Wir sind dieser Ansicht, die tschechoslawische Partei der anderen; darum gehen sie fort und wir gehen fort — dazu brauchen wir keinen Gesamtparteitag und wegen der anderen nationalen Organisation ist in dieser Frage ein Gesamtparteitag nicht nötig. Ja er könnte mit Ausschaltung des größten Teiles des tschechischen Proletariats kaum funktionieren.

Wir schlagen Ihnen einen anderen Weg vor. Gegenwärtig ist der Gesamtparteitag nicht möglich, aber es müssen neue organisatorische Bestimmungen getroffen werden. Die österreichische Gesamtpartei ist nach meiner Ueberzeugung so wenig tot, daß sie vielmehr eine große Zukunft vor sich hat. Ich weiß nur nicht, wann diese Zukunft anfangen wird. (Heiterkeit.) Das ist die Schwierigkeit. Wir meinen, daß wir alles tun sollten, Vorkehrungen zu treffen, um diese Neuaufrichtung zu beschleunigen und zu ermöglichen. Darum wollen wir die Parteivertretung beauftragen, die Exekutiven aller Parteien einzuberufen in dem Moment, wo ein Einverständnis möglich ist.

Parteigenossen! Wenn ich nunmehr hier einiges über diesen Gegenstand gesagt habe — lange genug werden Sie denken —, so habe ich ihn natürlich in keiner Weise erschöpft. Aber ich möchte einen Punkt immer wieder hervorheben: Gehen wir nicht hinweg über die Tatsache, von der unsere ganze Politik, unsere Taktik beherrscht werden muß; glauben Sie nicht, mit der Festlegung allgemeiner Sätze irgendwo etwas in der Welt geändert zu haben. Machen Sie praktische Politik in dem Sinne, daß wir nichts beschließen, was nicht durchzusetzen, was wir werktätig zu unterstützen nicht die Kraft und Möglichkeit haben. Wir haben die Möglichkeit, gegen den Separatismus auf dem Boden der Gewerkschaften einen Widerstand nicht nur zu leisten, sondern durch die Partei zu unterstützen, heute mehr als früher. Das darum, weil jede Hoffnung abgeschnitten ist, durch Neutralität und Enthaltung den Streit zu bekämpfen. Wir können unbesorgt sein, weil die Empfindung für die Notwendigkeit der internationalen Idee in der gewerkschaftlichen und in der politischen Organisation bei den deutschen Arbeitern so wach bleibt, wie es war, und wir können wünschen, daß der internationale Sinn bei dem tschechischen Arbeiter, der unter dem Einfluß des Separatisten steht, nicht ganz aussterbe. Wir können und wollen vor allem dafür sorgen, daß wir als deutsche Sozialdemokraten, deren Parteitag hier stattfindet und dessen Sorge unsere eigene Organisation ist wir können und wollen gerade in diesen schweren Zeiten unsere Organi-

sation kräftigen und stärken, ausbauen und funktionsfähig machen wie nur möglich und alles redlich tun, daß die Gesamtpartei, die nicht allein unser Bedürfnis ist, — wenn es einen Grad gibt für die Erkenntnis der Notwendigkeit für die internationale Organisation sind wir die ersten — diese Gesamtpartei wieder aufgebaut werde.

Dieser Teil unserer Arbeit wird allerdings der schwerste sein. Aber auf diesem Gebiet werden wir immer Geduld haben müssen, und **die Geduld ist nebst der Tapferkeit die schönste sozialdemokratische Tugend.** Wir werden Geduld haben müssen, aber ich bin überzeugt, wir werden dazukommen. Ich habe es schon zum Ueberdruß wiederholt, und noch einmal sage ich es, auch das tschechische Proletariat kann auf die Dauer den Separatismus nicht ertragen, es wird sich von ihm befreien müssen und wird bei uns offene Türen finden.

Ich lege nun eine Resolution vor, die zusammenfassen soll, wie der Parteitag sich zu dieser Frage zu stellen hat. Die Resolution lautet:

Die internationale Geschlossenheit der sozialdemokratischen Gesamtpartei Oesterreichs hat sich in den schwersten Kämpfen gegen den gemeinsamen Gegner der Arbeiterklasse glänzend bewährt und hat die Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg geführt; sie war und ist die stärkste und unentbehrlichste Waffe gegen die Verlockungen sowohl wie gegen die Bedrohungen durch die bürgerliche nationalistische Demagogie; sie ist der selbständigen Entwicklung der national gegliederten proletarischen Parteien niemals und nirgends ein Hemmnis gewesen, vielmehr hat sie immer und überall ihren Aktionen Kraft und Zusammenhang, Nachdruck und Würde gegeben.

Diese internationale Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Oesterreich ist nun in beklagenswerter Weise schwer gefährdet. Indem die tschechoslawische Sozialdemokratie den gewerkschaftlichen Separatismus im Gegensatz zu der deutlich ausgesprochenen Ueberzeugung der Vertrauensmänner der gesamten Weltinternationale als prinzipielle Richtschnur ihrer Parteipolitik und als Grundlage ihrer Parteiorganisation proklamierte, hat sie sich mit der schweren Verantwortung dafür belastet, daß die gewerkschaftliche Organisation und damit die wirtschaftliche Kampffähigkeit des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, nicht zum mindesten die des tschechischen Proletariats selbst empfindlich geschwächt wurden, daß das Bewußtsein der internationalen Interessengemeinschaft und Solidarität der Arbeiterschaft in Oesterreich getrübt und gestört, ja die Gefahr der Einschleppung nationalistischer Feindseligkeiten in proletarische Organisationen heraufbeschworen wurde, sowie daß schließlich vor allem das internationale Einvernehmen sowie die Geschlossenheit der Aktion der österreichischen Gesamtpartei in bedenklicher Weise beeinträchtigt wurden.

Angesichts dieser Tatsachen erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Wir wissen uns eins mit der gesamten Internationale, deren einstimmigem Votum die tschechoslawische Partei beklagenswerterweise demonstrative Mißachtung entgegengesetzt hat; wir wissen uns eins mit allen anderen der österreichischen Gesamtpartei angehörenden nationalen Parteien, die von diesen Ereignissen nicht minder schwer berührt werden als das deutsche Proletariat, wenn wir den Separatismus, als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widersprechend, prinzipiell ablehnen.

Wir stützen uns auf traurigste Erfahrungen in letzter Zeit und am eigenen Leib des Proletariats aller Zungen in Oesterreich, wenn wir den gewerkschaftlichen Separatismus und die durch ihn bewirkte Zerschlagung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen für praktisch verderblich erklären.

Wir sind der Ueberzeugung, daß der täglich deutlicher und mächtiger werdende internationale Zusammenschluß des Unternehmertums zwingender denn je die international geschlossene Zentralisation unserer Gewerkschaftsorganisation zur ersten Bedingung erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampfes macht, deren Preisgabe die Lebenshaltung des organisierten Proletariats schwer gefährden muß.

Der Separatismus widerspricht also nicht nur dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die deutsche Sozialdemokratie muß die Verantwortung für diese Erscheinungen der tschechoslawischen Sozialdemokratie überlassen; um so mehr hat sie die Pflicht, ihren eigenen Boden, ihre eigene politische Entwicklung und Aktion vor den Folgen des separatistischen Irrweges zu schützen.

Der Parteitag billigt es darum, daß sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament als selbständiger Klub konstituiert haben, und erwartet, daß sie nach wie vor in möglichst enger Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen echt proletarische Politik im Parlament machen werden.

Der Parteitag billigt es, daß sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten niemals den demagogischen Bedürfnissen und dem Gebot der deutschbürgerlichen Nationalisten, aber ebensowenig der tschechischbürgerlichen Nationalisten gebeugt haben, und er erwartet, daß der deutsche sozialdemokratische Klub nach wie vor das Recht und die Interessen des deutschen Proletariats zu vertreten sowie dem Gebot der internationalen Vernunft zu folgen wissen werde.

Die deutsche Sozialdemokratie wird alles, was in ihrer Macht steht, tun, um den traurigen Zustand zu beseitigen, der durch den tschechoslawischen Separatismus herbeigeführt wurde, zunächst aber seine verhängnisvollen Folgen möglichst einzuschränken suchen. Die Partei wird darum die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in dem ihnen aufgezwungenen Abwehrkampf gegen die separatistische Zerschlagungstaktik mit ihrem ganzen Einfluß und aller Energie unterstützen.

Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen zu sein glaubten, sich zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen. So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale unbeirrt treu geblieben ist, und erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich" als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß er ihren Anspruch, in die Gesamtpartei als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.

Der Parteitag wünscht dringend, die Hoffnung möge nicht vergebens sein, daß auch in der Masse der tschechoslawischen Partei das Bewußtsein wieder erwachen werde, daß die Rückkehr zu ihrer ruhmvollen internationalen Tradition das wichtigste Gebot der Selbsterhaltung für das tschechische Proletariat und eine Grundbedingung des Klassenkampfes für das Proletariat aller Zungen in Oesterreich ist.

Diese Entwicklung zu beschleunigen und den Weg zum Frieden in zäher Geduld offen zu halten, ist die unverbrüchliche Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Da gegenwärtig die Einberufung eines Gesamtparteitages kaum möglich und sicher nicht erfolgreich wäre, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung zu beauftragen, zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit die Initiative zur Einberufung einer außerordentlichen Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich zu ergreifen, der es obliegen soll, die internationale Organisation der sozialdemokratischen Gesamtpartei wieder aufzurichten und den gegenwärtig gegebenen politischen Bedingungen anzupassen.

Das ist die Resolution, von der ich glaube, daß sie ausspricht, was wir sagen können, sagen müssen, über das, was im Interesse des deutschen Proletariats geschehen muß.

Der Gegenstand, den wir behandeln, ist gewiß nicht geeignet, uns zu erheben, uns stolz zu machen, es ist traurig, daß wir solche Schwierigkeiten zu beseitigen haben. Aber Genossen, noch einmal lassen Sie sich sagen: Mit diesen Schwierigkeiten müssen wir in Oesterreich rechnen, und wer sich der schweren Arbeit nicht unterziehen wollte, der müßte auswandern. Wir täten es ja alle ganz gern. (Heiterkeit.) Lassen Sie mich noch einmal sagen: Beschließen Sie nur, was den Tatsachen entspricht, und glauben Sie nicht, daß sich die Entwicklung der Partei vollzieht durch For-

meln und Schablonen. Nur das kann als wirkliches Resultat nach Hause gebracht werden, was aus der Wirklichkeit hervorgegangen ist. Die Wirklichkeit in Oesterreich ist aber der Bestand und der Gegensatz der Nationen, der bis in das Proletariat hinein fühlbar ist. Es sollte kein Gegensatz innerhalb dieses Proletariats sein; aber er besteht — und Tatsache ist das Bedürfnis der Partei, auf politischem Gebiet Selbständigkeit der Organisation bis zu einem sehr hohen Grad zu besitzen. Je notwendiger der Zentralismus auf gewerkschaftlichem Gebiet ist, je näher er da mit aller Schärfe festgehalten werden muß, um so mehr möglich und notwendig ist es, auf dem politischen Gebiet autonomistischer Gestaltung Platz zu lassen. Wer glaubt, heute in der Gestaltung unserer Parteiorganisation hinter das Jahr 1896 und den Wimberger-Parteitag gehen zu können, würde uns nichts anderes auferlegen, als denselben schweren Weg noch einmal vom Anfang an durchzumachen. Nicht willkürlich sind die Gestaltungen unserer Partei geworden; sie sind erarbeitet in beständiger Anpassung an die Dinge. Nicht immer mit Erfolg. Wir haben auf den ersten Griff nicht immer das Richtige gefunden und nicht immer sofort die Hindernisse übertaucht. Sicher ist, daß der einzige Weg trotz allem der ist: Nationale Selbständigkeit für alle, auch für uns! Internationale Geschlossenheit, internationale sozialdemokratische Ueberzeugung! (Stürmischer Beifall.)

Dritter Verhandlungstag. — 1. November.

Den Vorsitz führt Pernerstorfer.

Hueber beantragt, daß jeder Redner statt zehn Minuten, zwanzig Minuten Redezeit erhält. Bei diesem Punkt sei eine Redezeit von zehn Minuten zu kurz. Der Antrag wird angenommen.

Straßer (Reichenberg): Die Kreisorganisation Reichenberg, deren Antrag ich vertrete, hat sich, als sie diesen Antrag beriet, keinerlei übertriebenen Hoffnungen hingegeben. Wir haben von vornherein mit der Möglichkeit gerechnet, daß er nicht ganz einstimmig angenommen werden wird. (Heiterkeit.) Wir haben es aber für nötig gehalten, ihn trotzdem einzubringen, erstens weil wir auf dem Parteitag die Anschauung der Reichenberger Arbeiterschaft über den Separatismus möglichst klar zum Ausdruck bringen wollten, und zweitens hatten wir die kleine Nebenabsicht, die Parteivertretung mit sanfter Gewalt etwas vorwärts zu treiben, und das ist uns, wie die Resolution der Parteivertretung und ihre Begründung durch den Genossen Adler zeigen, gelungen, und wir hoffen, daß es uns gelingen wird, noch weitere Erfolge zu erzielen. Es fehlt uns nicht an Ausdauer, denn die Reichenberger Arbeiterschaft entspricht vollkommen dem Ideal des Genossen Adler: sie ist nicht nur sehr tapfer, sondern auch sehr geduldig.

Die Resolution ist in der vorliegenden Fassung meines Erachtens auch für jene Genossen unannehmbar, die nicht so weit gehen wollen wie die Reichenberger oder die Brünner. Immerhin bedeutet sie einen Fortschritt. Wir wissen jetzt nämlich endlich, welchen Standpunkt die Parteivertretung einnimmt. Das haben wir die längste Zeit nicht gewußt. Das ist kein Zufall, sondern die Folge einer bestimmten Taktik. Nicht die Fichte-Lassallesche Regel: „Aussprechen, was ist" hat in Oesterreich Gültigkeit, bei uns gilt eine andere Regel: „Beschweigen, was ist". Dr. Adler hat ja ausdrücklich gesagt, daß es das Bestreben der Parteivertretung war, daß die deutschen Arbeiter vom Separatismus nicht allzu viel erfahren, und so ist es dazugekommen, daß man über den Separatismus nicht so viel gesprochen hat, wie es unseres Er-

achtens notwendig gewesen wäre, und daß die „Arbeiter-Zeitung" erst in den letzten Tagen vor dem Parteitag sich mit der Frage zu beschäftigen angefangen hat, was man denn in Innsbruck eigentlich beschließen soll, ein Vorgang, der in anderen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, nicht üblich ist. Nun zeigt aber die gestrige Rede des Genossen Adler, daß man von dieser Taktik jetzt doch einigermaßen abgehen und gegenüber den Separatisten eine schärfere Tonart anschlagen will. Das begrüßen wir mit Freude. Wir sind der Meinung, daß der jetzige Zustand, in den der Separatismus nicht nur die tschechische, sondern die ganze Arbeiterschaft versetzt hat, unerträglich ist, und daß endlich etwas geschehen muß, damit wir aus diesem Zustand herauskommen. Wir in Reichenberg haben folgende Auffassung von der Sache: Wir sind der Meinung, daß die Gesamtpartei nicht mehr existiert. Genosse Dr. Adler hat allerdings gestern gesagt, nach seiner Meinung sei die Gesamtpartei noch nicht tot. Ich will darüber keine Debatte anfangen, weil das nur ein Streit um Worte wäre. In dem einen Punkt, auf den es jetzt ankommt, sind wir nämlich mit Dr. Adler einig; wir meinen, daß ein Gesamtparteitag gegenwärtig ein Ding der Unmöglichkeit ist und, wenn er möglich wäre, der Aufgabe, die er zu lösen hätte, nicht gewachsen wäre. Es ist also notwendig, daß wir aus der Lage, in der wir uns befinden, auf andere Art hinauskommen: daß wir unser Verhältnis zu anderen Arbeiterparteien selbständig regeln.

Da ist in erster Linie die Anerkennung der Zentralisten notwendig. Darüber ausführlich zu sprechen, ist ja überflüssig, da heute sogar die Genossen, die sich bis zum letzten Augenblick gegenüber den Zentralisten ablehnend verhalten haben, von der Notwendigkeit ihrer Anerkennung überzeugt sind. Wohl aber muß über die Form, in der die Resolution der Parteivertretung diese Anerkennung aussprechen will, gesprochen werden. Die betreffenden Sätze in der Resolution sind in einen Wortlaut gekleidet, und insbesondere auch die betreffende Stelle der Rede des Genossen Adler hat einen Wortlaut, der aus der Anerkennung der Zentralisten eine Pardonierung macht. Es wird auf mildernde Umstände für die Zentralisten plädiert. Das geht denn doch nicht. Die Zentralisten haben keineswegs einen Fehler gemacht, wenn sie sich als selbständige Partei konstituiert haben; sie haben nur ihre ganz selbstverständliche sozialdemokratische Pflicht erfüllt, als sie das taten. (Beifall.) Die Dinge stehen so, daß aus der tschechischen Sozialdemokratie die wirklichen Sozialdemokraten hinausgeworfen worden sind, und es ist nicht einzusehen, warum die Genossen bloß deswegen, um die formale Einheit des tschechischen Proletariats nicht zu stören, keine eigene Partei gründen sollten. Wir haben den Zentralisten nicht Pardon zu geben; es gebührt ihnen die vorbehaltlose Anerkennung der deutschen Genossen. (Beifall.) In diesem Sinne müssen auch die betreffenden Sätze der Resolution geändert werden.

Die Anerkennung der Zentralisten bedeutet in jedem Falle einen ungeheuren Fortschritt gegenüber dem heutigen Zustand. Erstens ist die Anerkennung des Zentralismus ein großer moralischer Erfolg für die zentralistischen Genossen, der sich zweifellos in der kürzesten Zeit in politische und organisatorische Erfolge umsetzen wird; zweitens aber werden durch die Anerkennung des Zentralismus die Separatisten in eine sehr fatale Situation gedrängt. Denn was immer sie jetzt tun, ob sie nun ihre Drohungen, daß sie die Beziehungen mit uns abbrechen werden, wenn wir die Zentralisten anerkennen, ausführen oder ob sie auf die Ausführung dieser Drohungen verzichten, in jedem Falle befinden sie sich in einer außerordentlich schwierigen Situation. Im ersten Falle wird aus ihrer Selbständigkeit eine Isolierung, die für sie nur die allerunangenehmsten Folgen haben kann; im zweiten Falle aber zeigen sie, daß sie sich nicht so stark fühlen und daß sie auf das tschechische Proletariat nicht jenen Einfluß haben, wie sie in ihren Zeitungen immer behaupten. Nun sind die Reichenberger aber der Meinung, daß es nicht genügt, die Anerkennung der Zentralisten auszusprechen, sondern daß der Parteitag

auch ausdrücklich aussprechen soll, daß wir mit den Separatisten nichts mehr gemein haben. Vor allem deswegen, weil wir die Separatisten ja eigentlich nicht mehr als Sozialdemokraten anerkennen können. Die Separatisten bilden heute eine Partei, die sich vollständig in der Abhängigkeit von den bürgerlichen Nationalisten befindet. Es ist gestern die Auffassung ausgesprochen worden, daß sich noch immer gewisse Berührungspunkte ergeben. Es wäre zum Beispiel in wirtschaftlichen Fragen ein Zusammengehen möglich. Es zeigt sich aber, daß der Separatismus nicht bloß eine politische Richtung ist, sondern daß er auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet seine Wirkungen hat. Der Separatismus hat sich auf wirtschaftlichem Gebiet von der sozialdemokratischen Auffassung weit entfernt und macht ungefähr die Politik, die wir bei den Gelben sehen. Ich meine, schon deshalb hätten wir allen Grund, auch formal alle Beziehungen zu den Separatisten abzubrechen.

Es kommt aber noch etwas dazu. Wir müssen uns doch in die Seele des sogenannten einfachen Arbeiters versetzen. Wie soll der es verstehen, daß wir die Zentralisten anerkennen und auch die Separatisten weiter anerkennen? Wie soll er es verstehen, daß er den Separatisten als Gewerkschafter wie einen Gelben bekämpfen, im politischen Kampf aber als ebenbürtigen Parteigenossen betrachten soll? Das muß die deutschen Arbeiter in einen Zustand der Verwirrung bringen, der entschieden geeignet ist, demoralisierend einzuwirken. Wir meinen, es ist nötig, hier Klarheit zu schaffen und es nicht den Separatisten zu überlassen, ob sie mit uns verkehren wollen oder nicht. Wir müssen erklären, daß wir mit ihnen nichts mehr gemein haben wollen.

Es kommt weiter dazu, daß, wenn wir den Bruch mit den Separatisten nicht vollziehen, es aber doch zu diesem kommt, weil sie mit uns nicht mehr verkehren wollen, unsere Position sich verschlechtert sowohl im Kampfe mit den Separatisten als auch im Kampfe mit den Deutschnationalen. Wenn wir die Beziehungen zu den Separatisten nicht abbrechen, können sie uns entgegenhalten: Ihr seid bis zum letzten Augenblick bereit gewesen, uns als gute oder wenigstens erträgliche Sozialdemokraten gelten zu lassen, und wir wären noch eure Parteigenossen, wenn wir uns nicht von euch losgesagt hätten. Und auch unsere Position gegenüber den Deutschnationalen wird verschlechtert, wenn wir uns nicht von den Separatisten lossagen. Wenn die Schriftleiterpresse nicht gar so vertrottelt und unwissend wäre, hätte sie aus der Taktik, die wir gegenüber den Separatisten befolgt haben, ungeheures Kapital schlagen können, und sie wird es erst recht können, wenn wir es ablehnen, ein klares Verhältnis zu den Separatisten zu schaffen.

Wir meinen also, daß die Anerkennung der Zentralisten nicht genügt; es ist notwendig, sie durch den Abbruch der Beziehungen zu den Separatisten zu ergänzen. Selbstverständlich wollen wir uns auch nicht damit zufriedengeben, daß die Gesamtpartei einfach als erledigt betrachtet wird. Wir können uns nicht mit dem Gedanken befreunden, daß die Partei in Gruppen zerfallen soll, die selbständig agieren und nur in einem losen Zusammenhang miteinander stehen. Die Bildung einer neuen Gesamtpartei kann ja in der Weise, die die Resolution vorschlägt, eingeleitet werden. Wir meinen also: Anerkennung der Zentralisten, Abbruch der Beziehungen zu den Separatisten und Einleitung von Verhandlungen mit den Bruderparteien sind notwendig, wenn wir aus der gegenwärtigen Situation hinauskommen sollen. Nun scheint es, daß ein großer Teil der Genossen sich mit der Anerkennung der Zentralisten zufriedengeben will. Trotzdem meinen wir, daß die Reichenberger Politik nicht ganz vergeblich war und daß die Anerkennung der Zentralisten zum Teil auch ein Verdienst der Reichenberger ist.

Malý (Wien): In der großen Rede des Genossen Adler hat eines überrascht. Sie hat den Anschein erweckt, als ob die Dialektik der Separatisten auch seinen Gedankengang in irgendeinem Sinne beeinflußt hätte. Er hat so gesprochen, wie wenn er die Separatisten als eine geschichtliche Erscheinung, als eine Notwendigkeit, die sich aus der natürlichen Entwicklung herausgebildet hat, betrachtete; etwas, was meines Erachtens nach eine

irrtümliche Auffassung ist. Man muß die Anfänge der Bewegung mitgemacht haben, um zu wissen, welche Ideen es waren, die einzelne Wenige – nicht die Masse – bewogen haben, mit den Zentralverbänden unzufrieden zu sein und eine andere Führung zu verlangen. Da steht man vor der Tatsache, daß es nur einige unzufriedene Leute waren, die mit der damaligen Leitung der tschechoslawischen Partei nicht zufrieden waren. Es sind aus den verschiedenen zertrümmerten tschechischen Parteien, den Omladinisten, den Fortschrittlern Leute überflüssig geworden; sie konnten sich dort nicht weiter entwickeln, fanden aber auch nicht, was sie dort gesucht haben. Sie haben sich langsam der sozialdemokratischen Partei angeschlossen, und nachdem damals, noch vor dem Amsterdamer Konflikt, die streng marxistische Richtung, die bezeichnenderweise von dem größten Schreier der Separatisten, von Anton Němec, geleitet wurde, am Ruder war, konnten sie nicht die Machtstellung erreichen, die sie angestrebt haben. Diesem Umstand ist eigentlich der Separatismus entsprungen. Er ist keine geschichtliche Notwendigkeit, die aus den wirtschaftlichen Zuständen erflossen wäre. In der separatistischen Bewegung hat die Masse die allerletzte Rolle gespielt. Das ist ausschlaggebend dafür, wie wir den Separatismus hätten behandeln sollen. Ich bin überzeugt, wenn wir ihnen nicht immerwährend nachgegeben hätten, wären wir heute nicht in der unangenehmen Lage, entscheiden zu müssen, ob wir mit ihnen weiterarbeiten sollen oder nicht. Es wurden in die tschechische Arbeiterschaft Gedankengänge der verschiedensten Gesellschaftsklassen, den Intellektuellen und den Gewerbetreibenden, hineingetragen; wäre man dem am Anfang entgegengetreten, dann würde das tschechische Proletariat schon früher daraufgekommen sein, wie schlecht es beraten wird. Es war die sehr nachgiebige Haltung der deutschen Parteivertretung und der „Arbeiter-Zeitung", die diesen Leuten immer neuen Mut eingeflößt hat. Man hat diese Haltung nicht so aufgefaßt, wie sie Adler geschildert hat. Die Beweggründe mögen sehr edel gewesen sein, aber die Separatisten sind nicht jene edlen Leute, die edle Motive würdigen. Sie dachten sich: „Man hat Furcht, daß wir eine Macht werden", und so ist ihr Uebermut immer mehr gestiegen.

Wenn der Separatismus eine Notwendigkeit wäre, so hätten ja seine geistigen Leiter und Propagatoren nicht solange gewartet, dann hätten sie nicht, um beim letzten Verband anzugelangen, sechs Jahre gebraucht, sondern sie hätten die Verbände mit einem Schlage zertrümmert, wenn sie hätten zugeben können, daß mit dem Zerschlagen dem Proletariat ein so großer Dienst erwiesen wird, wie sie immer behauptet haben. Eben weil sie ihrer Sache nicht ganz sicher waren, sind sie nur so sukzessive vorgegangen und haben dabei immer nach Wien geschaut: „Was werden die dazu sagen?" und sich gefragt: „Werden sie uns den goldenen Präsentierteller reichen?" Da das nicht geschehen ist, ist man immer weiter geschritten und die Eisenbahner hat man sich zur guten Letzt gelassen, weil man weiß, daß man sich mit der Zertrümmerung dieses Verbandes ins eigene Fleisch schneidet.

Deshalb glaube ich, daß wir nicht von der irrigen Anschauung ausgehen sollten, diese Bewegung als eine Notwendigkeit zu beurteilen, sondern als eine, die buchstäblich aus dem Boden gestampft wurde. Ich glaube im Jahre 1896 war es, da Klofáč erklärt hatte, er müsse einen neuen Typus des Sozialismus schaffen. Er sprach davon, er müsse eine starke nationalsoziale Arbeiterbewegung aus dem Boden stampfen. Es ist ihm aber nicht gelungen, ein Beweis dafür, daß der Boden für derartige Dinge in der tschechischen Arbeiterschaft nicht vorhanden war. Hätte die geschichtliche Notwendigkeit bestanden, so hätte Klofáč' Werk gelingen müssen. Das eine ist aber richtig, daß die separatistische Ideologie aus diesen Anschauungen befruchtet wurde und daß Ueberläufer, die von dieser Partei zur Sozialdemokratie gekommen sind, viel dazu beigetragen haben, daß der Separatismus dort angelangt ist, wo wir ihn heute finden. Wenn Adler gesagt

hat, daß die Forderungen angefangen haben bei dem Verlangen nach richtig tschechisch geschriebenen Statutenbücheln, nach mit unverfälschtem Prager Tschechisch geschriebenen Fachblättern, und wenn sich das dahin gesteigert hat, daß man heute mit den Bürgerlichen zusammen einen sogenannten mährischen Landtag bildet und sich auf den Standpunkt stellt, eher mit den tschechischen Bürgerlichen gemeinsame Sache zu machen als mit der deutschen Sozialdemokratie, dann werden Sie zugeben, daß das nicht eine natürliche, sondern eine unnatürliche Entwicklung war.

Den Begründern dieser Richtung selbst hat die Sache nicht gut bekommen und man weiß, daß die intellektuellen Urheber der Bewegung keine Ahnung hatten, welche Dimensionen und Formen sie annehmen wird, und daß sie auch dem Separatismus bereits erlegen sind. Die Separatisten sind schon daran, ihren orthodoxen eifrigen Urheber Modráček zu bekämpfen. Man hat sich eben die Sache anders vorgestellt und nur die Elemente aus dem Kreise der Intellektuellen und Gewerbetreibenden haben ihr die Form gegeben, die sie schließlich erlangt hat. Ich bin überzeugt, nicht zu irren, wenn ich erkläre: der Höhepunkt ist bereits überschritten und die Bewegung flaut wieder ab.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß sich die deutsche Parteivertretung entschlossen hat, die vorliegende Resolution zu unterbreiten. Es wäre verlockend gewesen, bevor Adler gesprochen und wir die Resolution gesehen haben, sich für die verschiedenen Anträge der schärferen Tonart auszusprechen. Die tschechischen Zentralisten haben als arme Leute bisher nur mit Wasser gekocht, bekommen aber mit dieser Resolution ein hübsches Stück Fleisch in den Topf, und wenn sie noch in einigen Punkten abgeändert wird, kann tatsächlich eine Armee für die neubegründete zentralistische Partei gewonnen werden. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich erkläre, daß gerade die alten Sozialdemokraten, die noch durch die Lehren Lassalles, Marx' und Engels' gewonnen wurden, nur auf den Augenblick warten, sich einer offiziell anerkannten Partei anschließen zu können. Man findet solche Leute noch unter den Separatisten, aber sie sind mißvergnügt, unzufrieden und arbeiten nicht mit. Geben Sie ihnen dazu Gelegenheit, und diese Resolution tut es, und Sie werden einen Zufluß zur anerkannten neuen Partei wahrnehmen, daß Sie sich werden sagen müssen, daß eine solche Wendung in der Beurteilung schon früher nötig gewesen wäre. Dann wäre es nicht notwendig gewesen, daß wir uns hier mit der Sache so ausführlich befassen, wie es nun geschehen muß.

Aber noch eines kann Sie überzeugen, daß die Separatisten etappenweise vorgegangen sind. Adler hat darauf verwiesen, daß die Aufstellung von Gegenkandidaten in drei Bezirken das Moment war, das die deutsche Partei bewogen hat, die Stellung gegenüber der tschechoslawischen Partei zu ändern. Aber schon im Jahre 1907 haben sie einen tschechischen Kandidaten in einem deutschen Wahlbezirk, und zwar in Mies aufgestellt; da das ein agrarischer Bezirk ist, wo für den deutschen Kandidaten 800, für den tschechischen 400 oder 500 Stimmen abgegeben wurden, hat man diesem Umstand keinen Wert beigelegt. So sind sie übermütig geworden und haben immer weitere Schandtaten unternommen, um die deutsche Partei zu zwingen, ihnen immer weiter entgegenzukommen.

Ich begrüße den Fortschritt, den die Resolution bedeutet, bitte Sie aber, den Schlußpassus zu ändern, in dem gesagt wird, daß ein Gesamtparteitag augenblicklich kaum möglich und sicher nicht erfolgreich wäre. Das wäre eine zu pessimistische Anschauung, wo wir einer hoffnungsvollen Zukunft entgegenzugehen glauben. Diese Stelle soll entfallen, so daß der letzte Absatz mit den Worten beginnt: „Der Parteitag beschließt", worauf folgt, daß „die Parteivertretung beauftragt werde, die Initiative zur Einberufung einer Reichskonferenz zu ergreifen". Wenn Sie diesen Antrag

annehmen, werden die pessimistischen Erwägungen schwinden und wir werden mit neuer Hoffnung der Kräftigung der Internationale entgegensehen können.

Arbeitel (Bielitz): Es ist als ein ganz bedeutender Fortschritt zu bezeichnen, daß man heute gegen die Separatisten eine Sprache führt, wie man sie bisher weder auf Verbandstagen noch auf Gewerkschaftskongressen zu hören Gelegenheit hatte. Am erfreulichsten ist es, daß sie gerade Adler geführt hat. Aber in seiner Rede, die ein großes Werk taktischer oder strategischer Kunst war, kommt doch die Halbheit zum Vorschein, mit der die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften den Separatismus behandeln. Ich führe das vor allem darauf zurück, daß in den Reihen der Zentralisten und der deutschen Genossen eine große Meinungsverschiedenheit in der Beurteilung des Separatismus als solchem vorherrscht. Wir haben da zwei Richtungen, die voneinander durch eine große Kluft geschieden sind. Die einen erklären: der Separatismus ist eine Abwendung vom Wege des internationalen Prinzips, und die anderen, als Staatsmänner, erklären: der Separatismus ist ein österreichisches Problem, mit dem wir uns auch auf gewerkschaftlichem Gebiet zu befassen und das wir zu lösen haben. Gerade in diesem Widerspruch sehen wir den Grund der Halbheit, mit der der Separatismus behandelt wird; während die Separatisten eine geradezu herostratische Arbeit auf politischem und auf gewerkschaftlichem Gebiet leisteten, während sie rücksichtslos und gewissenlos eine zentrale Organisation nach der anderen zertrümmerten, ohne selbst die Mitglieder, die sie ihnen abtrieben, zur Gänze für sich zu gewinnen, verfaßten wir lange nichtssagende Resolutionen. Sie haben mit vollem Bewußtsein zerstört! Obwohl sie sahen und sehen mußten, daß diese Mitglieder nicht nur den zentralen Organisationen, sondern auch zum großen Teil der Organisation überhaupt verloren gehen, haben sie ihre Zerstörungsarbeit fortgesetzt. Und während sie diese Arbeit leisteten, wurde die tschechoslawische Gewerkschaftskommission, die die Leiterin dieser Zerstörungsarbeit war, mit dem Geld der zentralen Organisationen gefüttert. Sie haben eine Organisation nach der anderen zerstört, aber die noch nicht angetasteten zentralen Organisationen haben sich eingebildet, vor ihrer Tür werde der Separatismus haltmachen. Während die eine Organisation in Fetzen gerissen wurde, hat die andere geduldig und hoffnungsvoll ihre Beiträge an die tschechoslawische Gewerkschaftskommission weiter geliefert, und heute können wir sagen, daß jetzt schon die letzten Verbände unter die Axt kommen. Die Organisationen haben somit den Separatisten Waffen und Munition gegen ihre eigene Existenz geliefert: das Geld. Nun hat sich der Separatismus — und ich möchte das geradezu als Glück bezeichnen — auch auf **W i e n** übertragen. Solange er nur draußen in der Provinz gewütet hat, hat man ihn mit papierenen Resolutionen, die gar nichts sagten, oder man hat ihn damit zu bekämpfen gesucht, daß man den Vertrauensmännern in der Provinz die Fähigkeit, mit dem Separatismus fertig zu werden, abgesprochen hat. Nun kam die Pest auch nach Wien, und da sie nun in Wien in den Gewerkschaften zu wüten beginnt, beginnt man auch deutsch zu sprechen mit den Separatisten, und wir haben das ja zum Teil auch gestern schon in der Rede des Genossen Adler gehört. Sonst hätte man ein solches Referat des Genossen Adler bis heute nicht zu hören bekommen. (Heiterkeit.) Aber selbst in der gefahrvollen Stunde, wo man doch gar keine Hoffnung mehr hat, daß wir der Pest mit den vorhandenen Medikamenten beikommen können, selbst heute noch will man die alte Halbheit nicht aufgeben. Das kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß Genosse Adler ausführte, er wünsche gar nicht, daß unsere Arbeiter vom Separatismus zu viel erfahren. Ja, Genosse Adler, wenn wir allein auf der Welt wären, wäre das eine sehr gute Sache (Heiterkeit), aber es sind andere da, die es den Arbeitern sagen, und das ist viel schlimmer, als wenn wir es ihnen sagen.

Die Vehemenz der deutschnationalen Bewegung unter der Arbeiterschaft ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß wir die breite Masse der Arbeiterschaft über das Treiben und das Wesen des Separatismus nicht zur richtigen Zeit belehrt haben. Da sind die Deutschnationalen gekommen und haben ihnen die Geschichte ganz anders erzählt, und wenn sich einmal die falsche Ansicht in den Köpfen festgesetzt hat, ist das sehr schwer wieder herauszubringen. Wir haben durch unsere Taktik bewirkt, daß die Deutschnationalen einen viel größeren Anklang bei der Arbeiterschaft gefunden haben, als es sonst möglich gewesen wäre. Auch nach einer andereen Richtung ist die Verheimlichungstaktik falsch. Ist denn die österreichische Arbeiterschaft noch in den Kinderschuhen, daß man ihr eine Frage, die die wichtigsten Lebensbedingungen der ganzen Arbeiterschaft betrifft, nicht vortragen darf? Wir haben zwanzig Jahre gewerkschaftlicher und politischer Schulung der Arbeiterschaft hinter uns und man hätte schon den Arbeitern vor mehreren Jahren reinen Wein einschenken können. Ich bin überzeugt, die breite Masse der Arbeiterschaft hätte zur richtigen Zeit die richtigere Antwort gefunden als alle Diplomaten mit ihren diplomatischen Winkel- und Schachzügen. Der richtige Instinkt, das wirkliche Bedürfnis, vorwärtszuschreiten, hätte ihr die richtigen Mittel in die Hand gedrückt. Beim grünen Tisch war die Sache nicht zu erledigen und dort wird sie nicht erledigt werden. Ich protestiere also, daß man in dieser Art eine so wichtige Frage behandelt. Ich begreife ja, warum man das gemacht hat. Es war für uns ein Unglück, daß gerade in der Zeit, wo wir am stärksten hätten vorgehen sollen, im Deutschen Reich der heftige Kampf innerhalb der Partei ausgebrochen war — ich erinnere an den Leipziger Parteitag — da hat man, um einen ähnlichen Kampf in Oesterreich zu vermeiden, sich gesagt: nur alles schön geheim halten, was in der Familie vorgeht, darf der Nachbar nicht erfahren. Und während die Familie längst in Trümmer gegangen war, während schon alle draußen wußten, daß unsere internationale Familie zerschlagen ist, haben wir uns noch immer bemüht, den Riß nach außen hin zu verkleistern. Wir haben geglaubt, es verheimlichen zu können, aber die Separatisten haben nichts verheimlichen wollen. Sie haben vor aller Welt die gewerkschaftlichen Organisationen zerschlagen, sie haben vor aller Welt die Position des ausbeutenden Kapitalismus gestärkt; vor aller Welt dem Unternehmertum das Schauspiel geboten, daß es in Oesterreich keine machtvollen Zentralorganisationen geben kann, weil die tschechische Arbeiterschaft aus ihnen herausgezogen wurde. Es ist auch kein Geheimnis, daß die Separatisten unterirdische, aber ziemlich deutliche Verbindungen mit den deutschnationalen Gelben haben, und es waren in der Presse, auch in der „Arbeiter-Zeitung", schon einige Belege dafür erbracht worden.

So besteht heute kein Zweifel darüber, daß wir uns sehr ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob wir die Separatisten noch als Parteigenossen anerkennen. Ich will nicht sagen, daß wir sie heute ausscheiden sollen, aber die Frage müssen wir uns vorlegen. Denn wenn sie schon einmal so weit gekommen sind, daß sie einem Stransky zujubeln, da ist die Frage mindestens zur Diskussion reif. Angesichts solch gravierender Tatsachen begreife ich nicht, warum man in der Resolution auf der einen Seite sagt: „Der Separatismus widerspricht nicht nur dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes", und auf der anderen Seite erklärt: „Er trägt die Verantwortung dafür, wenn entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen zu sein glaubten, sich zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen." Darin liegt ja geradezu eine Anerkennung der Separatisten und ein Tadel für die Zentralisten. Ich muß da schon die Frage aufwerfen: Warum sind die Separatisten die richtige Partei

und die Zentralisten die Rebellen? Deshalb, weil die Separatisten die Majorität und die Zentralisten die Minorität sind? Kann das allein das Ausschlaggebende für die Beurteilung sein, ob eine Partei sozialdemokratisch ist? Ich glaube, darin liegt gegen die Zentralisten ein ganz unverdienter und in der gegenwärtigen Situation geradezu schädlicher Tadel. Ich weiß nicht, ob es zur Gründung der neuen Partei gekommen wäre, wenn nicht ganze Lokalorganisationen ohne jeden Grund hinausgeschmissen worden wären, und wenn man nicht ihren Protest in den Papierkorb geworfen hätte. Sie wurden ausgeschlossen, weil sie am Prinzip der Internationalität festgehalten haben, und sie hatten dann als Parteigenossen wirklich keine andere Möglichkeit, als eine selbständige Partei zu gründen. Deshalb geht es nicht an, sie zwar anzuerkennen, sie aber doch nur gewissermaßen als ein unerwünschtes Uebel zu betrachten. Deshalb meine ich, daß diese Stelle in der Resolution entweder ganz gestrichen oder abgeändert werden muß. In der Resolution wird zwar erklärt, daß der Separatismus dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale widerspricht, aber gleich darauf wird erklärt, man erwarte, „daß die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in möglichst enger Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen echt proletarische Politik im Parlament machen werden". Daß wir gemeinsam mit den Vertretern der anderen Nationen arbeiten, wurde nicht bezweifelt. Wenn man aber erklärt, wir heißen es gut, daß die deutschen Genossen im Parlament sich als selbständiger Klub konstituiert haben; wozu dann diese Bemerkung? Das ist ja wieder nur eine versteckte Anerkennung der Separatisten. Ein solches Zusammengehen wird sich ja doch nur bei Fragen von eminentester wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ergeben. Ja müssen dann nur wir oder müssen sich auch die anderem um dieses Zusammengehen bemühen? Das ist doch nicht nur das Interesse der deutschen Genossen, sondern, zum Teufel, auch der anderen. Warum machen wir dann diese tiefe Verbeugung?

Alle diese Widersprüche in sich und Widersprüche gegen die Situation erklären sich aus dem Schluß, zu dem die Resolution kommt: „Diese Entwicklung (nämlich die Rückkehr zur Internationale) zu beschleunigen und den Weg zum Frieden mit zäher Geduld offenzuhalten, ist die unverbrüchliche Pflicht der deutschen Sozialdemokraten." Das ist das Glaubensbekenntnis dieser Resolution. Darin liegt auch die Erklärung für alle Fehler, die bisher begangen wurden, und das entspricht auch der Taktik der Gewerkschaften. Man darf den Weg zum Frieden nie ganz verrammeln, aber daß man alles opfert, um diesen Weg zum Frieden offenzuhalten, das fördert den Frieden nicht. Man muß dabei darauf bedacht sein, daß man bei der Offenhaltung des Weges sich selbst nicht schwäche, und wir haben uns geschwächt, um den Weg zum Frieden offenzuhalten.

So sehr wir mit der offenen Aussprache des Genossen Adler gegen die Separatisten zufrieden sein können, so unzufrieden müssen wir mit jener feinen strategischen und kunstvollen Resolution sein. Damit die Resolution uns halbwegs vertrauenswürdig erscheine und damit wir sie auch der Masse begreiflich machen können, müssen einige Aenderungen darin vorgenommen werden. Unsere Taktik ist ja lange schon so fein, daß die große Masse sie gar nicht versteht, und wenn wir mit dieser Resolution hinauskommen, werden uns die Arbeiter sagen: Was weiter? Den Weg offenhalten, wenn sie uns von allen Seiten ohrfeigen? Sollen wir Habtacht stehen und uns verprügeln lassen? Das mindeste muß daher sein, daß wir die Zentralisten unverblümt und ohne jeden Tadel anerkennen. (Lebhafter Beifall.)

Rießner (Brünn): Es ist schwer, nach der ausgezeichneten Rede, die wir gestern gehört haben, ein Wort der Entgegnung zu sagen. Ich muß auch gestehen, daß sowohl die Rede als auch der kritische Teil der Resolution weit darüber hinausgehen, was man nach den Traditionen des Redners und der

Parteivertretung eigentlich erwarten konnte. Trotzdem muß ich sagen, daß die Resolution einen Anlauf nimmt, daß sie aber den entscheidenden Sprung nicht wagt. Entkleiden wir die Resolution alles kritischen Beiwertes, so bleibt übrig die Anerkennung der Zentralisten, aber auch die Anerkennung der Separatisten. Mit einem Wort, es soll alles beim alten bleiben, nichts wird geändert, ja ich behaupte sogar, daß die heute tatsächlich schon bestehenden Verhältnisse bereits weit über diese Resolution hinausgehen. (Rufe: In Brünn!) Nicht nur in Brünn, sondern vor allem auch in ganz Mähren. Wie wird es nach diesem Beschluß aussehen? Es wird einfach jeder Organisation alles überlassen bleiben. Bei Lohnkämpfen, bei allen politischen Aktionen wird für die deutsche Parteiorganisation am Ort die Frage auftreten, mit welcher der beiden Organisationen sie zusammengehen soll. Der Parteitag gibt hier keine Direktive und es wird auch nicht einheitlich vorgegangen werden. Ich zweifle nicht, daß in den meisten Fällen die Gesamtpartei hergestellt werden wird durch ein Zusammengehen mit den Zentralisten. Ich halte es aber für einen Fehler, daß man nicht den Mut haben soll, das auszusprechen. Genosse Adler hat gemeint, man könne die Beziehungen zu den Separatisten nicht abbrechen, weil sie wohl schlechte Vertreter des tschechischen Proletariats sind, aber doch Vertreter des tschechischen Proletariats, er hat uns aber in einem Atem davor gewarnt, die Ziffern des letzten Wahlkampfes als entscheidend für die Beurteilung des Kräfteverhältnisses der beiden Heerlager anzusehen. Ich bin auch der Anschauung, daß die Stimmenzahl der Separatisten auch nicht annähernd erreicht wurde, wie man die Frage zur Diskussion stellt, ob zentralistische oder separatistische Organisationen, und vor allem, ob die nationalistische Politik der Separatisten vom tschechischen Proletariat gutgeheißen wird. Es ist also nicht richtig, daß das tschechische Proletariat hinter den Separatisten steht, wenn auch seine Majorität. Das darf uns aber nicht der Pflicht entheben, reinen Tisch zu machen und klar auszusprechen, was im gegenwärtigen Augenblick notwendig ist. Diese unklare Haltung wird es mit sich bringen, daß wir den Separatismus auch in Zukunft genau so schwer werden bekämpfen können wie bisher. Ich zähle nicht zu der Gruppe von radikalen Elementen, die sich bloß von Gefühlen hinreißen lassen. Ich lebe schon zehn Jahre in dieser Atmosphäre des Separatismus und ich bin abgestumpft genug dagegen, als daß ich mich von Stimmungen oder Verstimmungen mitreißen ließe. Sicher aber ist, daß wir uns der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Separatismus zum großen Teil von unserer Schwäche, unserer Nachgiebigkeit und unserer Unentschlossenheit lebt und daß der Separatismus ohne diese im tschechischen Proletariat niemals die Fortschritte hätte erzielen können, die er erzielt hat, weil man hier die Separatisten als vollwertig behandelt hat.

Nehmen wir an, eine Gruppe von Parteigenossen würde auch nur den zehnten Teil dessen an Verstößen gegen das Prinzip und sonstigen Sünden und Verbrechen begehen, wie sie die Separatisten begangen haben. Es besteht wohl kein Zweifel, daß mit dieser Gruppe wahrscheinlich sehr schnell aufgeräumt werden würde, und mit Recht. Gegenüber den Separatisten haben wir aber immer zugewartet. Ich erhebe keinen Vorwurf gegen irgendeine Körperschaft und es mag ja in den Verhältnissen begründet gewesen sein, daß man, ehe man zum Aeußersten schritt, alle Mittel zu erschöpfen suchte. Aber heute sollten wir doch so weit sein, einzusehen, daß ein Paktieren und ein Zuwarten absolut nicht am Platze ist und daß wir die Separatisten nur dann wirksam bekämpfen können, wenn wir den Bruch mit ihnen vollziehen, der ja allerdings nicht darin bestehen kann, daß wir die Separatisten aus der Internationale ausschließen, wozu wir gewiß nicht die Kompetenz haben. Aber dazu haben wir die Kompetenz, alle Beziehungen mit ihnen abzubrechen. Genosse Adler vertröstet uns darauf, wir mögen den Separatismus an seinen eigenen Fehlern zugrunde gehen lassen. Parteigenossen, wir sind ja sonst nicht so duldsam und geduldig gegenüber anderen

Schädlingen unserer Partei. Wir können nicht warten, bis das Gift im Parteikörper von selbst unwirksam wird. Nun wissen wir ja, welche Tendenzen den Genossen Adler und die Parteivertretung leiten. Es lebt in ihnen trotz aller bösen Erfahrungen noch immer ein Schimmer von Hoffnung, daß die Separatisten in letzter Stunde zur Einsicht kommen könnten. Wir haben uns für verpflichtet gehalten, klarzulegen, daß wir die Resolution für unzulänglich halten, daß wir glauben, daß die Verhältnisse von heute über sie hinausgewachsen sind und noch in Zukunft über sie hinauswachsen werden. Wir erklären aber, daß wir, um einen möglichst einheitlichen Beschluß des Parteitages zustande zu bringen, trotzdem für die Resolution stimmen werden. (Beifall.)

Dr. **Hartmann** (Wien): Vieles von dem, was ich sagen wollte, hat schon Genosse Arbeitel gesagt, und ich muß von vornherein sagen, daß ich nicht glaube, daß die allergetreueste Opposition, der auch ich angehöre, irgendwelche äußere Erfolge haben wird. Diese Resolution ist ein Meisterstück diplomatischer Kunst, auch darin, daß sie die richtigen Machtverhältnisse erkennt. Das Grundprinzip der Resolution ist, daß den Gewerkschaften so weit entgegengekommen wird, als notwendig ist, und daß die politischen Konsequenzen möglichst wenig daraus gezogen werden. Dadurch ist erreicht, daß die Gewerkschaften im ganzen befriedigt sind und daß wir in der Resolution über die politischen Konsequenzen möglichst hinweggeführt werden. Deshalb glaube ich auch nicht, wenn ich auch vermute, daß sich alle Redner im wesentlichen gegen die Resolution aussprechen werden, etwas anderes angenommen werden wird als eben diese meisterhafte Resolution. Es ist auch schon gesagt worden, und ich halte es für richtig, daß gerade weil die Resolution ein solches Meisterstück diplomatischer und taktischer Kunst ist, eine große Anzahl von Gegensätzen und Widersprüchen in ihr enthalten sind: auf der einen Seite der große, bewundernswerte Optimismus des Genossen Adler für die Zukunft und auf der anderen Seite die realen Tatsachen, die uns vorliegen und die doch berücksichtigt werden müssen. Genosse Adler hat gesagt — und es ist eine Tatsache, die nicht immer gesagt wird, die aber von selbst klar ist —, daß der Klassenkampf in Oesterreich seine ganz speziellen Formen hat. Wir in Oesterreich, in diesem Haufen von Abfallprodukten der verschiedenen Nationen, sind eben dazu verdammt, eine eigene Politik zu machen; wir haben nicht das Glück gehabt, daß wir schon damals, als die anderen Nationen sich einheitlich zu nationalen bürgerlichen Staaten zusammengetan haben, eine so starke nationale Bewegung gehabt hätten, daß das auf die Gestaltung dieses Oesterreich von Einfluß gewesen wäre. Genosse Adler hat es wiederholt gesagt, und das ist auch das Bezeichnende an der politischen Stellung der Sozialdemokratie in Oesterreich, daß das Bürgertum viele seiner historischen Aufgaben nicht erfüllt hat, und daß die Sozialdemokratie eine Menge nachtragen muß, was das Bürgertum versäumt hat. Das gilt im Wesen auch für die nationale Politik. Es mag ein Fluch für die Partei sein, aber es muß berücksichtigt werden, und Dr. Adler hat es diesmal auch ausdrücklich gesagt. In der Resolution aber kommt es nicht zum Ausdruck.

Es wird ausgeführt, daß die Separatisten in gewerkschaftlicher Beziehung unrecht getan haben, und daß die Partei daher die Zentralorganisationen im Kampfe unterstützen solle; es wird weiter gesagt, daß der Separatismus den Grundanschauungen der Internationale widerspricht und daß wir seine Stellung prinzipiell ablehnen. Es wird aber nicht gesagt, daß sich diese prinzipielle Ablehnung auf ihr ganzes nationales Verhalten bezieht, sondern man kann aus dem Wortlaut nur schließen, daß sich diese Ablehnung nur auf ihr Verhalten gegenüber den Gewerkschaften bezieht. Es wäre aber außerordentlich erwünscht, wenn gegenüber diesen separatistischen Bestrebungen, die ja weit hinausgehen über den gewerkschaftlichen Kampf, festgestellt würde, daß auch in anderer Beziehung die Internatio-

nalität verletzt wurde. Die Internationalität — Genosse Pernerstorfer hat das ja sehr richtig dargelegt — bedingt natürlich Nationalität, ebenso wie leider die Interkonfessionalität der Volksschulen die Konfession bedingt. (Dr. Bauer: Das ist eben die falsche Interpretation beider Begriffe!) Wir können uns dem nicht entziehen, daß in Bezug auf die deutschen Kulturforderungen die deutsche Sozialdemokratie genau dieselben Verpflichtungen hat wie die bürgerlichen Parteien, nur daß sie natürlich als Forderungen der Kultur andere ansieht als diese. Es kann nicht geleugnet werden, daß die deutsche Sozialdemokratie gegenüber der deutschen Kultur dieselbe Stellung einnehmen muß, welche nicht die verrufenen Tschechen allein, sondern auch die Polen und Italiener den Kulturforderungen ihrer Nation gegenüber haben. Das steht im Brünner Programm, aber es steht nicht hier in dieser Resolution. Ich glaube aber, es müßte auch gesagt werden, daß man sich auch aus dem Grunde gegen die Separatisten wende, weil sie die Internationalität dadurch verletzten, daß sie erobernd vorgehen wollen gegenüber den Deutschen, daß sie überall, ob man nun auf gewerkschaftlichem oder auf politischem Gebiet ist, vorwärts wollen, daß sie auf deutschem Gebiet erobern wollen, und wir haben keinen Grund, bei aller Internationalität, uns das gefallen zu lassen. Das nationale Programm der Sozialdemokratie besteht ja — wie ein Genosse aus Deutschland richtig formulierte — in der Durchsetzung des Zweckmäßigen; wir haben alles Interesse daran, dieses Zweckmäßige durchzusetzen, nenne man es auch mit dem von den Tschechen so außerordentlich verpönten Worte Assimilation. Das gilt in gewerkschaftlicher Beziehung, ich möchte es aber auch in nationaler Beziehung betonen.

Jeder von uns weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie in nationaler Beziehung weit nachgiebiger war als die tschechische und die anderen Sozialdemokraten. Das hat sogar Genosse Adler zugegeben, wenn er davon gesprochen hat, daß die Tschechen eben verwöhnt worden sind. Sie sind so weit verwöhnt worden, daß sie übermütig geworden sind, und es hätte gewiß keinen Sinn, dieses verwöhnte Kind noch weiter zu verwöhnen. Auf diese Weise erzieht man nicht. Es scheint aber, daß die tschechischen Separatisten in politischer Beziehung weiter verwöhnt werden sollen. Das brauchen wir nicht und wollen wir auch nicht. Es ist auch, wie schon angedeutet wurde, für uns selbst, für unsere Taktik, für das Wohlergehen der Partei ein ungeheurer Schaden, daß wir nicht offen sagen: Wir sind gewiß keine Chauvinisten, jedem sein Recht, aber uns auch unser Recht in nationaler Beziehung. Das behaupte ich nicht nur etwa von Wien aus, sondern mir haben die besten Kenner der nordböhmischen Bewegung gesagt, daß es so nicht weitergeht. Die deutschen Arbeiter haben auch nationales Bewußtsein, und in unserem Programm steht es ja auch, daß wir für die deutsche Kultur sind. Man sagte mir, daß es aber so nicht weiterginge. (Straßer: Wo?) Ich weiß, Genosse Straßer, daß Sie widersprechen. (Straßer: Die Reichenberger Arbeiter widersprechen!) Andere Arbeiter in Nordböhmen haben es mir nicht etwa nur zugegeben, sondern sie haben es mir suggeriert. (Straßer: Doch nicht alle in Nordböhmen!) Also mit Ausnahme von Reichenberg. Ich spreche nicht von allen, sondern von einem Teil der nordböhmischen Arbeiter. Die Erfahrung bei den Wahlen in Nordböhmen ist nun eine der traurigsten Tatsachen innerhalb der Sozialdemokratie in Oesterreich. Man hat so viel über die Organisation unserer Gegner in Nordböhmen gesprochen, die an unseren Niederlagen schuld sei. Aber um organisieren zu können, muß man das Material dazu haben, und es ist leider wahr, und die Wahlziffern bezeugen es, daß in Nordböhmen wirklich zahlreiche deutschnationale Arbeiter sind. Das sind nicht alle Schurken und Verräter. Es sind gewiß viele Gelbe darunter, aber auch eine große Masse solcher, die noch nicht klassenbewußt genug sind, um zu wissen, daß sie ihre kulturellen Forderungen auch im Rahmen der Sozialdemokratie vertreten können, und die

hinüberlaufen, weil ausgesprengt wird, und weil sie es glauben, daß die deutsche Sozialdemokratie für die Kultur des deutschen Volkes überhaupt kein Interesse habe. Es ist die bedenklichste und traurigste Erscheinung im politischen Leben der Partei der letzten Zeit, daß in diesem industriellen Teil von Oesterreich, von dem man annehmen könnte, daß die Arbeiterschaft fast gänzlich im Lager der Sozialdemokratie steht, eine so große Absplitterung möglich war. Das sollte man doch berücksichtigen, und das muß man in dieser Resolution auch berücksichtigen, indem man ausdrücklich betont, daß sich die Tschechen nicht nur gegen die Gewerkschaften vergangen haben, sondern auch gegen die politische Partei, daß sie durch ihre Eroberungstendenzen die Internationalität verletzten.

Ich werde einige Anträge stellen, wenn ich auch weiß, daß sie abgelehnt werden. Es scheint mir ein Widerspruch darin zu liegen, wenn man auf der einen Seite sagt, daß der Separatismus dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale widerspricht, und ihn prinzipiell ablehnt — und auf der anderen Seite sagt, daß der Klub der deutschen Sozialdemokraten in engster Fühlung mit den Separatisten bleibe. Auf der einen Seite sagt man: Es ist die Grundlage entzogen, auf der man mit euch im Parlament echt proletarische Politik machen kann — und auf der anderen Seite sagt man: Wir wollen mit euch enge Fühlung, um mit euch im Parlament echt proletarische Politik zu machen (Rufe: Es heißt doch enge Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen, und es gibt nicht nur Tschechen!); aber das müßte eben hier ausgedrückt werden. (Dr. Bauer: Es heißt doch: möglichst enge Fühlung, das heißt, wo es möglich ist!) Das ist eben sehr diplomatisch ausgedrückt, aber nicht klar, und es müßte ein Zusatz angenommen werden, der es klarmacht. Denn es ist immer besser, klar zu sein, als nicht klar. Eine solche Resolution soll doch eine Richtschnur sein für das Handeln, und mit Zweideutigkeiten kommt man nicht weiter. Es müßte also mindestens eingefügt werden, daß enge Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen, auch mit den tschechischen, insofern sie sich wieder auf den Boden des Internationalismus begeben, genommen werde. Ein weiterer Widerspruch ist der, daß man einerseits erklärt, man wolle den Weg zum Frieden in zäher Geduld offen halten. Auf der einen Seite soll man kämpfen und auf der anderen Seite zähe Geduld haben, das heißt nachgeben. Auch im letzten Absatz scheint mir eine solche gewollte Unbestimmtheit zu stecken; die Parteivertretung soll beauftragt werden, zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit die Initiative zur Einberufung einer Reichskonferenz aller sozialdemokratischen Parteien zu ergreifen. Was heißt das: die der Parteivertretung geeignet erscheinende Zeit? Das ist doch dasselbe, als ob wir sagten, die Parteivertretung soll richtig handeln. Da können wir uns überhaupt begnügen, eine Resolution zu beschließen: Die Parteivertretung soll in jeder Beziehung richtig handeln — wie sie es ja ohnedies meistens tut. (Heiterkeit.) Es müßte hier, um es doch einigermaßen klarer zu fassen, heißen: daß die Konferenz einberufen werden soll, wenn die politischen Vorbedingungen für eine internationale Verständigung auf nationalem Gebiet gegeben sind. Denn solange diese Vorbedingungen nicht gegeben sind, kann ja nichts herauskommen, als, um eines der üblichen parlamentarischen Schlagworte zu gebrauchen, eine Personenkoalition. (Heiterkeit.) Draußen haben wir den Kampf und drinnen haben wir das Zusammenwirken der Parteien. Ein Zusammenwirken von Fall zu Fall wird ja dadurch prinzipiell nicht ausgeschlossen, wie die Sozialdemokraten ja auch von Fall zu Fall mit Bürgerlichen zusammenwirken. Aber etwas anderes ist der „engste Anschluß", von dem oben die Rede ist. Schließlich meine ich auch, daß vor der großen Prinzipienerklärung, die mit dem vierten Absatz beginnt, aus der ich geschlossen habe, daß es sich für die Verfasser der Resolution nur um ein Entgegenkommen gegenüber den Gewerkschaften handelt, eine Erklärung einzuschieben wäre, daß es sich nicht nur um den gewerkschaftlichen Gegensatz handelt,

sondern auch um den nationalen, politischen, der nicht weggeleugnet werden kann. Wenn wir im Brünner Programm erklären, daß wir für die Kultur unseres Volkes eintreten, müssen wir es auch hier betonen. Eine bewußte oder unbewußte Verschweigung ist nicht möglich. Wir sind verpflichtet, mehr als bisher den Tschechen gegenüber zu erklären: Wir sind Deutsche wie ihr Tschechen seid; wir haben keinen Grund, euch weiter nachzugeben, wir haben keinen Grund, Rücksicht zu nehmen in einer Weise, die unsere Kultur schädigen kann zugunsten eurer politisch separatistischen Bestrebungen. (Beifall bei einem Teil des Kongresses.)

Ich stelle daher folgende Anträge:

1. Nach dem dritten Absatz ist einzufügen:

> Wir erkennen jedem Volksstamm das selbstverständliche Recht zu, für seine kulturellen Bedürfnisse zu kämpfen, und haben es unserseits von jeher für unsere Pflicht gehalten, die Kultur des deutschen Volkes zu vertiefen und zu erweitern. Aber wir können Eroberungstendenzen, die sich gegen einen fremden Volksstamm richten, nur auf das energischeste verurteilen.

2. Im achten Absatz ist nach dem Wort „Nationen" in der sechsten Zeile einzufügen:

> Auch mit den tschechischen, insofern sie sich wieder auf den Boden des Internationalismus begeben.

3. Im letzten Absatz ist statt der Worte „zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit" zu setzen:

> Wenn die politischen Voraussetzungen für eine internaionale Verständigung auf nationalem Gebiet gegeben sind.

Zum Schluß ist folgender Absatz anzufügen:

> Derzeit aber möge die Internationale angerufen werden, um zu entscheiden, ob die tschechoslawische Partei noch als sozialdemokratische Partei zu betrachten ist.

Preußler (Salzburg): Es mag vielleicht manchen in diesem Saale geben, der meint, daß es wohl nicht gerade unbedingt notwendig wäre, daß ein Vertreter des kleinen Landes Salzburg, eines geschlossenen Sprachgebietes, in dieser heiklen Frage Stellung nehme. Ich würde mich auch nicht zum Worte gemeldet haben, wenn ich nicht mit zu denjenigen zahlreichen Genossen auf diesem Kongreß gehören würde, die durch ein Vierteljahrhundert in allen Winkeln dieses Reiches tschechische und deutsche Arbeiter organisiert haben, die mit dabei waren an dem mühsamen Aufbau unserer Organisation, die mit dabei waren bei allen Schwierigkeiten, die wir bei diesen Aufgaben zu überwinden hatten, und die die Freude miterlebt haben, daß das österreichische Proletariat einen Aufstieg genommen hat, der ihm innerhalb des internationalen Proletariats einen ehrenvollen Platz sichert. Wir können sagen, so unglücklich der Boden ist, auf dem wir kämpfen, so sehr dieser Boden durchwühlt ist von dem unseligen Treiben chauvinistischer bürgerlicher Parteien, so sehr er erschüttert wird von einer Staatsgewalt, die niemals Verständnis besaß für die moderne Entwicklung dieses Reiches, so haben wir uns doch in den letzten Jahrzehnten zu einer mächtigen Organisation emporgerungen, die unsere Gegner schon ganz gewaltig zu spüren bekamen.

Gerade in dem Zeitpunkt, wo sich die gegnerischen Gewalten anschicken, sich mit aller Gewalt gegen uns zu kehren, wo die Ordnungsbestie gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft losgelassen ist, müssen wir uns mit einer Absplitterung in den eigenen Reihen beschäftigen. Ich gehöre mit zu denen, die es bedauert haben, daß die einheitliche sozialdemokratische Partei in Oesterreich aufgegeben wurde. Nicht daß ich mich der Erkenntnis verschließen würde, die Adler gestern ausgesprochen hat, daß sich in einem national so verschiedenen Reiche auch eine nationale Gliederung

mit der Zeit als nötig erweist, aber ich meine, sie ist zu schnell gekommen, noch bevor die einzelnen Nationen ihren inneren Entwicklungsprozeß bis zu einem Grade vollendet hatten, der die Garantie bot, daß sie nicht an Anschauungen verbluten, die sie in Verbindung mit den bürgerlichen Chauvinisten des Volkes bringen. Bei den deutschen Sozialdemokraten hat sich ja diese Gliederung als gut erwiesen. Ich glaube, daß sich unsere Organisation gestärkt hat durch dieselbe und auch bei den Tschechen finden wir einen großen Fortschritt. Aber die Voraussetzung einer nationalen Selbständigkeit und internationalen Solidarität sind auch proletarisches Gewissen und nationale Selbstzucht. Das sind die Vorbedingungen für eine Organisationsform, wie wir sie uns seit dem Verlassen der Einheitspartei gegeben haben. Aber diese Vorbedingungen waren bei den Tschechen nicht vorhanden und wir haben das sogar gewußt. Auch in der einheitlichen Partei gab es immer Konflikte, die sich jedoch damals leichter lösen ließen als später, wo wir es nur mit losen Gebilden zu tun hatten. Doch diese Zeit ist dahin und es wäre aussichtslos, zu verlangen, daß das, was früher war, wiederhergestellt werden solle. Meines Wissens hat auch kein Redner ein solches Verlangen gestellt.

Ich möchte ebenfalls an verschiedenen Stellen der Resolution größere Klarheit. Was Hartmann erklärt hat, müssen wir eben alles anerkennen. Ich bin nicht der Meinung Straßers, zu sagen, daß wir mit den Tschechoslawen nichts mehr gemein haben. Wir müssen uns hüten, das auszusprechen, weil wir selbst der Anschauung sind, daß das tschechische Proletariat in seinem Kern so denkt wie wir, daß es nur die Vertrauensmänner sind, die sich vom Nationalismus ins Schlepptau nehmen lassen. Darum habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es zu einer Wiedervereinigung kommt. Es wird aber nicht dazukommen durch Verschweigen, durch Konzessionen oder durch Kompromisse auf Kosten unseres Prinzips. Ich habe es für einen Fehler gehalten, daß man nach dem Gewerkschaftskongreß, der klare Grundsätze ausgesprochen hat, wieder durch eine Kompromißresolution Konzessionen gemacht hat. Nicht etwa, weil wir nicht Zugeständnisse in der Organisationsform machen könnten, sondern weil gerade diese Konzessionen die Separatisten noch halsstarriger und unversöhnlicher gemacht haben. Daß in den Gewerkschaften nicht immer alles richtig ist, fühlen nicht nur tschechische, sondern auch deutsche Genossen. Es wird sich immer ein Gegensatz zwischen den Zentren in der Provinz und der Reichszentrale herausstellen. Diese denken anders über die Einteilung der Arbeit oder über die Verteilung der Mittel. Solche Konflikte bestehen in dem Sinne auch innerhalb eines einheitlichen Sprachgebietes, und soweit es sich darum handelt, daß durch solches Entgegenkommen solche Gegensätze ausgeglichen werden, hatten die Tschechen ein Recht darauf; aber sie hatten nicht das Recht, die Zentralorganisationen, diese einzig natürliche und ebenbürtige Form proletarischer Gegenwehr zu zerschlagen. Deshalb wird die Wiedervereinigung nicht möglich sein, wenn wir auf einer Seite verurteilen, dann aber Wege offengelassen werden zu Konzessionen und Kompromissen auf Kosten des Prinzips.

Ich hatte auch Bedenken gegen die Diskussion im „Kampf“. Wenn man einmal verschiedene Vorschläge macht, die so weit gehen, dem Separatismus auf halbem Wege entgegenzukommen, ist es aussichtslos, eine Wiedervereinigung möglich zu machen. Darum haben wir immer gesehen, daß die große Geduld Adlers, die eine beispiellose Erscheinung ist, auch erfolglos blieb. Ich hätte manchmal gewünscht, daß die Preußen den Adler haben, das hätte sie vielleicht in einigen Fragen rascher vorwärts gebracht; aber gegen den Separatismus hätte ich mir das Hineinfahren Bebels gewünscht. Ich glaube, es ist besser, beizeiten hineinzufahren, als zizerlweise nachzugeben, daß man dann so weit kommt, erst wenn alles abgeschlossen ist, zu sagen: die Separatisten haben unrecht.

Daß die Einberufung des Gesamtparteitages nicht zum Ziel führen würde, sehe ich ein, und ich bin überzeugt, daß die Salzburger und die Brünner Resolution keine Annahme finden werden. Ich bin aber auch mit dem Schlußpassus der Resolution nicht einverstanden, daß wir es der Parteivertretung überlassen, den geeigneten Zeitpunkt zu finden. Dieser Zeitpunkt könnte zu lange hinausgeschoben werden. Es ist aber nötig, den Proletariern zum Bewußtsein zu bringen, was gegenwärtig in der deutschen, polnischen und tschechischen Internationale ist. Wir werden dann wieder die Stoßkraft gewinnen gegen den Nationalismus; deshalb soll klar ausgesprochen werden, die Konferenz habe so bald als möglich stattzufinden. Ich glaube, daß von diesem Parteitag die heilsame Wiedervereinigung der österreichischen Internationale ausgehen wird. (Beifall.)

Tomes: Ich hätte die Aufgabe, den Antrag der Bezirksorganisation Margareten zu vertreten, der fordert, die Parteivertretung werde beauftragt, bei der Weltinternationale den Antrag zu stellen, die Separatisten auszuschließen. Bei der Behandlung des Gegenstandes und der Formulierung unseres Antrages sind wir von der Erwägung ausgegangen, daß der Separatismus, wie er sich präsentiert, unsozialistisch ist, daß er weder mit den sozialistischen Prinzipien und der sozialistischen Idee noch mit der sozialistischen Aktion etwas gemein hat, daß er sich in prinzipiellen Gegensatz zum Sozialismus nicht nur stellt, sondern bewußt die sozialistische Aktion behindert und hemmt und bereits zu einem wirksamen Instrument des Kampfes geworden ist, den unsere Klassengegner gegen uns führen. (Zustimmung.) Adler sagt, daß wir nicht die Berechtigung haben, einen solchen Antrag zu stellen, weil man den Separatisten nicht absprechen könne, daß sie doch eine sozialistische Partei, eine sozialistische Organisation sind. Er verwies auf die Differenzierung der sozialistischen Parteien in Frankreich, Belgien, Holland, Italien und ich weiß nicht auf welche Länder noch. Ich gebe zu, daß solche Differenzen bestehen, aber nirgends hat diese Differenzierung der Idee so weit geführt, daß sie zum Verrat an der Arbeiterklasse geworden ist. Ich maße mir nicht die Autorität an, die feinen Unterschiede, die hinsichtlich des theoretischen Sozialismus gemacht werden, genau zu beurteilen, aber soweit ich Gelegenheit habe, den Sozialismus kennen zu lernen, hat man nirgends gesehen, daß diese Differenz in der Auffassung über den Sozialismus zum Verrat an der Arbeiterschaft geführt hat, eine Tatsache, die der Separatismus geleistet hat.

Ist das etwa unbewußt geschehen? Ist der Separatismus unbewußt ein Instrument unserer Klassengegner geworden oder haben ihn seine Führer nicht bewußt in das Heerlager der Gegner geführt? (Ruf: Vaněk!) So ist es, in seinen programmatischen Erklärungen gibt sich der Separatismus sozialistisch, aber in seinen Handlungen ist er sehr unsozialistisch, und nicht nur auf gewerkschaftlichem Gebiet. Auch in der ganzen politischen Aktion auf der ganzen Linie sozialistischer Betätigung ist er zum Verräter geworden. Nicht unbewußt, weil vielleicht eine Differenz existiert über die Idee oder das Prinzip des Sozialismus, sondern weil der Separatismus den Sozialismus bewußt fälscht, einen Sozialismus suggeriert, der kein Sozialismus mehr ist, die Arbeiterschaft tschechischer Zunge auf falsche Bahnen bringt, um den Klassengegnern einen Dienst zu erweisen. Das geht aus der Broschüre Vaněks deutlich hervor.

Ich habe der Parteivertretung und sehr deutlich der „Arbeiter-Zeitung“ wiederholt Vorwürfe gemacht, daß die Genossen über die Tätigkeit des Separatismus und ihre Resultate nicht informiert werden. Die tschechische Arbeiterschaft ist ganz der Suggestion durch jenen Sozialismus ausgeliefert, die sie von Vaněk, Tusar und in neuerer Zeit von Němec empfängt. Es wird jedem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unverständlich, daß es in der Klassenorganisation der Arbeiter, zu der die gewerkschaftliche, die politische und eine Reihe anderer gehören, Diffe-

renzen geben soll hinsichtlich der Aufgaben der Partei, es gibt keinen organisierten Arbeiter, der mit den Parteien in einer Differenz stünde, und Dr. Adler hat das einmal als einen Vorzug der österreichischen Partei erklärt. In der Werkstätte stehen fast überall tschechische und deutsche Arbeiter, und da wird alles, was die Partei betrifft, Gegenstand des Gedankenaustausches. So ist schließlich jede Organisationsleitung vor der Tatsache gestanden, daß den tschechischen Arbeitern etwas ganz anderes über die sozialistische Mission der Arbeiterklasse gesagt wurde als den deutschen. Was sind denn die Ursachen, daß sich die Parteivertretung darüber nicht äußert? Der Reichsparteivertretung, der Landesparteivertretung, unserer Presse habe ich oft zum Vorwurf gemacht, daß sie dies unwidersprochen geschehen ließen; diese Unterlassung hat zur Folge, daß nicht verhindert worden ist, daß der Separatismus die Arbeiter weiter vergiftet. Das Totschweigen der Vorgänge, die durch den Separatismus in Erscheinung getreten sind, hat erst die Vergiftung in die breiten Massen getragen.

Man hat einen tschechischen Sozialismus gemacht, der Interpret war vor allem Soukup. Er will den Separatismus in der Form des brutalsten Nationalismus verwirklichen, im Namen der nationalen Kultur. Ich möchte mich auch nicht für kompetent halten, über Kulturfragen endgültig zu entscheiden; aber damit ist es bei uns ein eigenartiges Ding. Wir schätzen die Kultur sehr hoch, aber ich habe gelernt, daß Kultur nicht ein Ding ist, das Eigentum einer Nation ist, und schließlich ist die Frage nationaler Kultur nicht eine Sache, der man die große Kultur, die des Sozialismus, die Kultur der Menschheit, die Kultur des Klassenkampfes opfern darf. Eine Schulfrage mag eine Kulturfrage für eine Nation sein, aber wenn wegen dieser sekundären Frage der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen wird, sich gegen ihre Ausbeuter aufzubäumen, ist das ein Verrat an der höchsten Kultur der Menschheit.

Am Separatismus ist nicht das Gefährlichste, daß wir uns entzweit haben, daß wir uns nicht mehr verstehen können, sondern das, daß er für unsere Klassengegner ein Werkzeug gegen uns geworden ist. Ich habe gesagt, das sei bewußt geschehen. Können Sie denn einem sozialistischen Proletarier verständlich machen, daß er, wenn er in einem Kampfe steht, deshalb, weil er Tscheche ist, den tschechischen Unternehmer unterstützen muß? Kann es einen sozialistischen Arbeiter geben, der begreifen soll, daß, weil eine theoretische Differenz in nationalpolitischer Hinsicht unter Sozialdemokraten besteht, die tschechischen Arbeiter von den Vertretern des tschechischen Sozialismus, des Separatismus, in das Lager der Gegner geführt werden und ihnen der Verrat an den Arbeiterinteressen im Namen nationaler Kultur angesonnen wird? Das hat aber der Separatismus gemacht, unbewußt und bewußt. Im Generalstab der ärgsten Widersacher der Arbeiter ist der Separatismus eine sehr wirksame Waffe geworden. In der raffiniertesten Weise hat man dort immer nach Mitteln gesucht, um in der Arbeiterklasse Verräter gegen die Arbeiter zu finden. Aus dem Gedanken heraus, daß man der Idee des Klassenkampfes damit entgegenarbeiten kann, hat man zu den gelben Organisationen gegriffen. Die mußte man aber kaufen; heute verzichtet aber der Generalstab der Unternehmer auf die gelbe Organisation und erspart das Geld. Der Separatismus ist für ihn ein kostenloses und viel wirksameres Instrument geworden. Er konnte es werden, da er auf offener Tribüne die Gemeinsamkeit der Gegner mit der Arbeiterklasse verkündet hat. Die Widersacher der Arbeiterklasse haben nicht schlecht gerechnet.

Weil wir in unserer Bezirksorganisation bei der Beratung dieses Gegenstandes, wo wir die ganze Tätigkeit, das ganze Denken des Separatismus haben Revue passieren lassen, zu dem Schluß gelangt sind, daß der Parteitag erkläre, daß der Separatismus im strikten Gegensatz zum Sozialismus stehe, daß er nicht eine verschiedene Art der Auffassung über den

Sozialismus ist, sondern daß er die Klassengegensätzlichkeit verleugnet, deswegen haben wir uns entschlossen, diesen Antrag zu stellen. Ich muß aber sagen, daß ich für meinen Teil die Resolution Adler annehme, mit einigen kleinen Aenderungen, die vorgeschlagen werden, weil ich glaube, daß durch eine Erklärung des Parteitages der Separatismus noch lange nicht aus der Welt geschafft ist. Ich fasse die Resolution als eine sehr strenge Verwarnung des Separatismus auf, und auch als strenge Mahnung. Wir wollen abwarten, was die Mahnung Adlers, die Rede und die Resolution für Erfolg zeitigen werden, dann haben wir doch noch immer die Möglichkeit, die uns notwendig erscheinenden Konsequenzen zu ziehen. Kann die Resolution eine solche Wirkung haben, warum sollen wir so töricht sein, sie wirkungslos zu machen? Wenn aber die Mahnung keine Wirkung hat, haben wir noch immer die Möglichkeit und auch die Pflicht, uns über die Konsequenzen des Separatismus noch zu äußern. (Lebhafter Beifall.)

Hueber: Sie werden wissen wollen, wie die Mehrheit der hierher delegierten Gewerkschafter über das Referat und die Resolution denkt. Als Gewerkschafter sind wir bis zu einem gewissen Grade befriedigt, aber nicht ganz als Sozialdemokraten. Als Gewerkschafter haben wir die eine Errungenschaft, daß zwar die Erkenntnis nun auch bei der Parteivertretung vorhanden ist, daß man die Gewerkschaften in dem Kampfe, der nicht ein Gewerkschaftskampf ist, endlich einmal unterstützt. Wir freuen uns darüber, daß nun die Partei erklärt und der Parteitag sanktionieren soll, daß der Separatismus prinzipiell abgelehnt wird, daß er, wie er jetzt lebt und wirkt, für die Gewerkschaftsorganisation praktisch undurchführbar ist, und daß weiter die Parteivertretung uns Unterstützung zusagt. Wir werden schon sehen, daß wir sie so bekommen, wie wir sie brauchen. Dann ist auch die Anerkennung der Sozialdemokraten ausgesprochen, die gleich uns als Sozialdemokraten und Gewerkschafter den Kampf führen. In der Resolution zeigt sich aber auch das Naturell unseres lieben Adler. Wir kennen seine Art seit dreißig Jahren. Wie er es macht, um beiden recht zu geben und beiden eine herunterzuhauen. (Heiterkeit.) Aber in dieser so wichtigen Stunde geht es nicht, diese Taktik anzuwenden. Die Redner, die gesagt haben, daß wir den Zentralisten keine Gnade zu erweisen haben, haben recht; die Anerkennung ist eine politische Notwendigkeit und sie ist nicht nur im Interesse der tschechischen Zentralisten und des tschechischen Proletariats gelegen, sondern noch viel mehr im Interesse des Proletariats aller anderen Nationen.

So sind wir als Gewerkschafter so ziemlich befriedigt. Meine Aufgabe ist es heute nicht, das ganze Sündenregister der Separatisten auf diesem Parteitag vorzutragen, trotzdem ich viel darüber sagen könnte; man hat doch nachgeforscht, ob ich nicht ein bißchen tschechischer Renegat sei, es wurde nachgeforscht, wo ich geboren bin und ob nicht mein Vater oder meine Mutter Tschechen waren und ich nicht einen Verrat an der Nation begehe. Allerdings kann ich etwas Tschechisch lesen, habe also das Glück, alles in der ethischen Reinheit des Separatismus unmittelbar zu sehen. Ich kenne ihn daher bis in das Innerste seiner Seele.

Es ist hier von Schwäche und Halbheit gesprochen worden und Adler hat erklärt, und das gehört zum Wichtigsten seiner Ausführung, daß wir in Oesterreich vor Probleme gestellt werden, die wir nicht zu lösen vermögen. Das will auch ich dartun. Wir müssen nach den Ursachen des gewordenen Separatismus forschen. Wir haben nicht nur die Auswüchse zu beurteilen und zu kritisieren, unsere Aufgabe als Sozialdemokraten ist es, tiefer zu sehen, die Ursachen zu suchen, aus denen man so extemporieren konnte. Sind das bloß einfache oder einzelne Personen oder sind die Dinge nicht tiefer, die für die sozialdemokratische Partei von so großer Bedeutung sind? Nach dem Parteitag beginnt erst der Kampf, aber jeder Kampf soll auch ein Ziel haben. Wenn wir nur ins Leere schlagen und noch mehr

zuschlagen und dann erst zu einem Ziele gelangen sollen, ist es besser, wir unterlassen den Kampf.

Ich habe die Empfindung, daß es höchste Zeit ist, mit dem schweren Problem der nationalen Autonomie, vor das wir gestellt sind, uns näher zu befassen, und daß wir die Pflicht haben, das Trennende, das täglich größer wird, einzudämmen. Wir haben nicht nur als Praktiker, sondern auch als Theoretiker an die Lösung eines Teiles dieses Problems zu schreiten. Es wäre ein Fehler, wenn dieser Parteitag mit einer Resolution abschlösse, die uns nur als Gewerkschafter befriedigt.

Ich stimme dem zu, was Hartmann gesagt hat: Man muß einsetzen bei der Frage der Kultur, die auch ein Bedürfnis der deutschen Arbeiter ist. Wenn ich so zurückdenke an den Wimberger-Parteitag, auf dem die Gründung der nationalen Gruppen angefangen hat, erinnere ich mich, daß es damals geheißen hat, sie ist ein agitatorisches und organisatorisches Bedürfnis, um gegen den Chauvinismus den Kampf eröffnen zu können. Wir haben aber vergessen, daß das Entgegengesetzte eintreten kann. Ich ziehe aus der Lehre, die wir erfahren haben, nicht den Schluß wie Adler, der sagt: Wir können uns politisch noch so selbständig organisieren, deshalb müssen doch zentrale Gewerkschaften möglich sein. Das ist ein Trugschluß, wir haben gemeinsame Interessen in beiden Organisationen, denn sie sind Werkzeuge der Proletarier für ein gemeinsames Ziel. Aber das Werkzeug soll nicht einen Gegensatz entwickeln, der so schroff hervortritt; darum muß er beseitigt werden und es muß für Oesterreich eine bessere Form der gemeinsamen Organisationen erfolgen, so daß der Raum zwischen Gewerkschaft und Parteiorganisation nicht allzu breit ist. Wir brauchen das auch für das Gedeihen in der gewerkschaftlichen und in der Konsumentenorganisation. Auch wenn wir national getrennt sind, muß dafür gesorgt werden, daß wir sehr nahe zueinander stehen können. Da meine ich, daß gerade eine der schwierigsten Fragen, die der nationalen Autonomie, einer Lösung zugeführt werden soll, worauf es möglich sein wird, uns näherzukommen. Wir haben ja theoretisch einen Bundesstaat wissenschaftlich konstituiert zu sehen bekommen. Wir haben von Renner und Bauer die Konstruktion des feinen Zellengewebes dargestellt bekommen, der von der Gemeinde bis zum nationalen Bundesstaat reicht, und der vorsorgt, wie wir gemeinsam leben können. Wir sind, trotzdem wir in Nationen getrennt sind, doch Oesterreicher und müssen uns bemühen, uns in diesem Rahmen das Leben so angenehm wie möglich zu gestalten. (Ruf: Schwer möglich!) Ich habe nun die Empfindung, daß wir jetzt nicht zusammengehen, sondern auseinandergehen. Man traut sich nicht, sich über die nationalen Eroberungsgelüste klar auszusprechen, anderseits aber auch nicht auszusprechen, daß es auch die Notwendigkeit einer nationalen Abwehrpolitik gibt. So entstehen scharfe Gegenmeinungen, die nicht dazu angetan sind, uns einander zu nähern. Wir haben ein eminentes Interesse daran, den nationalen Ausgleich zu fördern.

Allerdings wird Adler sagen: „Was habt ihr Gewerkschafter auf dem Gebiet der nationalen Autonomie in der Gewerkschaftsorganisation gemacht?“ Da habe ich zu sagen: Wir sind im Nachgeben bis zur äußersten Grenze der Kampffähigkeit der Gewerkschaften gegangen. Erst dann haben wir uns gegen die Separatisten gestellt, als sie Dinge verlangt haben, die die Kampffähigkeit der Arbeiter aller Nationen in den Gewerkschaften unterbunden hätten. Erst in diesem Moment mußten es die Gewerkschaftsorganisationen ablehnen, mit den Separatisten zusammenzusitzen. Sie werden nun sagen: „Auf politischem Gebiet wird es auch so gehen; wir werden alles preisgeben und am Schluß nichts erreichen!“ Ich glaube das nicht. Ich habe bemerkt, daß gerade der Gegensatz in Kulturfragen — Domes meint, in sekundären Schulfragen — bei den Tschechen die allergrößte Rolle gespielt hat. Auf ihrem vorletzten Parteitag haben sie gesagt, daß sie eine klare Aussprache darüber wünschen, und auch der

Reichenberger Parteitag hat das ausgesprochen. Man hat von Partei wegen verabsäumt, daß die geplante Kommission und unsere Theoretiker zusammentreten und darangehen, einen sozialistischen Ausgleich herbeizuführen, so daß das Fortschreiten der Differenzen, hervorgerufen durch die nationale Eroberungs- und Abwehrpolitik, in unseren Reihen eingedämmt wird. Es muß eine Aenderung eintreten, denn sonst ist alles, was den sozialdemokratischen Arbeitern als Ideal, als Religion gilt, in Gefahr, zertrümmert zu werden. Wenn wir uns zum Kampfe vorbereiten, müssen wir uns auch zum Frieden vorbereiten. Ich bin ein Mann des Kampfes, ich fürchte keinen Kampf, wenn ich überzeugt bin, ich tue ein gutes Werk. Trotzdem wir in den Gewerkschaften durch den Separatismus sehr zu leiden hatten, will ich doch nicht behaupten, die Separatisten seien allein an allem schuld, sondern auch wir selbst sind an den Zuständen, die unerträglich werden, teilweise mitschuldig. Wir haben vielleicht übersehen, daß die Tschechen immer davon sprechen, daß sie eine unterdrückte Nation sind, daß sie also Menschen sind, die von Natur aus etwas Nationales in sich haben. Daß ich nicht einverstanden mit dem bin, was sich aus dem ursprünglichen Streben der tschechischen Genossen entwickelt hat, ist selbstverständlich. Die Leute, die an der Spitze stehen, die haben versucht, den Sozialismus zu verteidigen und zu verbinden mit den Notwendigkeiten der Nation. Deshalb bedarf es gründlicher Arbeit. Aus dem Brünner Programm muß mehr gemacht werden. Es genügt nicht für die Tagesarbeit, es genügt nicht für das Ziel und besonders genügt es nicht, in Oesterreich leben zu können; es wird einem in Oesterreich bitter gemacht, hier zu arbeiten, weil hier alle Begriffe verkehrt worden sind. Auch bei uns sind die Meinungen über diese wichtige Frage verschieden, aber wenn wir halbwegs guten Willen zeigen, dann können alle sozialdemokratischen Parteien die Sache einer eingehenderen Prüfung und Beratung unterziehen. Das erwarte ich von dem Beschluß, den der Parteitag fassen wird.

Davor, daß es in dem Antrag heißt, es sei der Parteivertretung zu überlassen, zu geeignet erscheinender Zeit die Konferenz einzuberufen, habe ich keine Furcht. Wir brauchen sie nur zu treiben, die Zeit wird das tun. Da gilt es einzusetzen; d a n n, w e n n d e r g e w e r k s c h a f t l i c h e F r i e d e m ö g l i c h s e i n w i r d, werden wir uns m i t d e n t s c h e c h i s c h e n P r o l e t a r i e r n f i n d e n und unsere Organisation so ausbauen, wie wir es brauchen. Ich kann im Namen der gewerkschaftlichen Organisation den Parteitag nur bitten, diese Frage nicht zu übersehen. Die Theoretiker und der Parteitag sollen nicht an meinem Vorschlag vorübergehen. Wir Sozialisten wollen die Welt erobern und wir sollen nicht imstande sein, uns mit unseren Brüdern zu vereinigen, damit nicht einer als Eroberer erscheine und der andere ihn zu einer Abwehr bewege? Wir müssen im Programm der nationalen Gleichberechtigung gerecht werden. Tun wir es, dann haben wir als Gewerkschafter und Sozialisten nicht nur für uns etwas getan, sondern dem Sozialismus der ganzen Welt ein Musterbeispiel gegeben. Das ist zu diesem Punkte zu sagen. (Beifall.)

Hausmann (Bodenbach): Wir haben in den letzten Wochen vor dem Parteitag eine Flut theoretischer Auseinandersetzungen über den Separatismus über uns ergehen lassen müssen. Schließlich mußte sich die deutsche Partei sagen, daß die Zeit vorüber ist, wo dieser Frage auszuweichen möglich war. Es hat ja ziemlich lange gedauert, ehe diese Erkenntnis gekommen ist. Sie wissen, daß man lange gesagt hat, daß sich die deutsche Partei um die Sache nicht zu kümmern hat, weil sie eine ausschließlich tschechische Angelegenheit sei. Heute müssen wir nur präzisieren, in welcher Form unsere Stellungnahme zu erfolgen hat. Unsere Theoretiker haben sich bemüht, herauszubekommen, wie weit das Recht des deutschen Parteitages geht, und sie sind in ihrer Mehrheit zu der Anschauung gelangt, daß der

Parteitag wohl vermag, die zentralistischen Tschechen als Partei anzuerkennen, daß er aber die Anträge, die aus Reichenberg und anderen Orten gekommen sind, nicht akzeptieren dürfe, weil der Parteitag eine solche Entscheidung nicht zu treffen habe. Ich begreife das nicht, weil ich es nicht fassen kann, daß der deutsche Parteitag für sich in Anspruch nimmt, einen Teil des tschechischen Proletariats, Zentralisten, anzuerkennen, wenn er auf der anderen Seite erklärt, die Nichtanerkennung der Separatisten könne er nicht aussprechen. Entweder können wir diese Frage klipp und klar beantworten oder wir können den zentralistisch gesinnten Tschechen dieses Entgegenkommen nicht zeigen. Denn diese sind ja in den Augen der tschechoslawischen Partei Verräter, Rebellen. Und es ist deshalb ein schwerwiegender Beschluß, wenn wir sie anerkennen. Wir werden sie ja anerkennen, und ich stehe auf dem Standpunkt, daß das notwendig ist. Aber ich meine, daß durch die Resolution nicht jene Klarheit geschaffen wird, die uns allen not tut. Gewiß soll man einen Beschluß fassen, der die überwiegende Mehrheit des Parteitages für sich hat, sonst werden die Separatisten auch aus diesem Beschluß nur Kapital schlagen. Es wird also notwendig sein, um zwischen den beiden Richtungen, die es hier gibt, einen Mittelweg zu finden, die Resolution einigermaßen zu ändern. Solche Vorschläge wurden ja schon gemacht. Es wurde vorgeschlagen, festzustellen, daß wir nicht bloß jede prinzipielle Verantwortung für die Handlungen der Separatisten ablehnen, sondern daß wir auch nicht imstande sind, weiter die Beziehungen mit ihnen aufrechtzuerhalten. Ich bin überzeugt, daß ein solcher Beschluß seine Wirkung nach außen nicht verfehlen wird. Die Parteigenossen in unserer Organisation, die der sogenannten gemäßigten Richtung angehören, sagen ohnedies, daß, wenn wir die Zentralisten anerkennen, die Separatisten die Beziehungen zu uns abbrechen werden. Nun wäre es für uns meiner Ansicht nach ein Glück, wenn die tschechoslawische Partei das täte; es wäre eine konsequente Handlung. Aber ich fürchte, daß die tschechoslawische Partei, die ja schon so oft ihre Inkonsequenz bewiesen hat, auch in diesem Punkt nicht konsequenter sein wird, daß sie trotz aller Drohungen die Verbindung mit den anderen sozialdemokratischen Parteien nicht offiziell lösen wird. Die Folge wird sein, daß wieder jene Halbheit, unter der wir bisher so viel gelitten haben, weiter bestehen wird und daß die Schwierigkeiten, die unsere Vertrauensmänner bei ihrer Agitation hatten, weiterbestehen werden. Denn nach allem, was bisher geschehen ist, ist es wirklich schwer, den deutschen Arbeitern begreiflich zu machen, daß wir nicht vollständig mit dieser Partei brechen. In der Resolution wird uns versprochen, die Gewerkschaften im Kampf gegen die Separatisten zu unterstützen, und wir werden, worauf ja schon Hueber aufmerksam gemacht hat, wenn die Unterstützung nicht so ausfallen sollte, wie wir es uns vorgestellt haben und wie es notwendig ist, dafür Sorge tragen, daß es besser werde. Nun kann man über die Art dieser Unterstützung gewiß verschiedener Meinung sein. Genosse Adler steht auf dem Standpunkt, daß der deutschen Arbeiterschaft von der ganzen Angelegenheit so wenig als möglich mitgeteilt werde, und die Gründe, die er dafür angegeben hat, sind ja nicht ganz von der Hand zu weisen, aber teilen kann ich sie nicht. Genosse Domes hat schon vorhin darauf verwiesen, daß in unzähligen Betrieben Arbeiter beider Nationen zusammenarbeiten. Der tschechische Arbeiter wird wöchentlich, täglich unterrichtet, es werden ihm die separatistischen Ideen eingeimpft, aber dem deutschen Arbeiter ist es unmöglich, dem entgegenzutreten. In den separatistischen Organen werden ja unsere ersten Parteigenossen in der sonderbarsten Weise behandelt. Die Separatisten handeln nach dem Grundsatz, nur kühn zu verleumden, damit etwas davon hängen bleibe. Den deutschen Arbeitern wird aber von dieser niederträchtigen Kampfesweise überhaupt nichts gesagt, und in vielen Arbeitern wird dadurch die Empfindung rege, daß die deutsche Partei Ursache haben muß, sich nicht zu wehren. Wir müssen verlangen, daß unsere Parteipresse mehr als

bisher über die Tätigkeit des Separatismus schreibe. Dann können Sie versichert sein, daß auch die deutsche Arbeiterschaft, die gezwungen ist, mit den tschechischen Arbeitern zu arbeiten, mit dafür sorgen wird, daß die verführten tschechischen Proletarier wieder zu einer anderen Auffassung kommen. (Lebhafter Beifall.)

Meißner (zu einem formalen Antrag): Es ist zu der Resolution eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, und es ist klar, daß wir diese Anträge nicht einfach der Erledigung durch Zufallsabstimmung überlassen können. Ich beantrage daher, daß sofort zu Beginn der Nachmittagssitzung eine Kommission eingesetzt werde, die unter Zuziehung von Vertretern der Gewerkschaftskommission und der Parteivertretung die Resolution und die Abänderungsanträge berate und ihr Ergebnis uns dann vorlege — selbstverständlich ohne daß die Debatte dadurch unterbrochen würde. (Angenommen.)

Während der Mittagspause, die bis 3 Uhr dauert, unternahmen die Delegierten einen Ausflug auf die Hungerburg.

Petersilka (Wien): Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage, die wir heute auf dem Parteitag behandeln, für die österreichischen und, wie ich glaube, auch für die ausländischen sozialistischen Parteien von großem Interesse ist. Die Rede unseres Genossen Dr. Adler, die nicht nur durch die Dauer, sondern auch durch ihren geistigen Inhalt ausgezeichnet war, beweist, daß sich Dr. Adler der Hoffnung hingibt, die separatistische Bewegung werde früher oder später in sich zerfallen und das tschechische Proletariat werde zu der Erkenntnis kommen, daß die separatistische Bewegung für dasselbe von Uebel ist. In dem Heftchen „Materialien", das uns hier auf dem Parteitag eingehändigt wurde, findet man auf Seite 11 die Beschlüsse des Kopenhagener Kongresses. Auf diesem Kongreß wurde beschlossen, daß die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Organisationen in jedem Staate im Auge zu behalten ist und eine wesentliche Bedingung zum Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung sei. In sprachlich gemischten Staaten müsse den sprachlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden. Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, die einheitlichen Gewerkschaften in nationalseparatistische zu zerschlagen, den Beschlüssen des Kongresses zuwiderlaufe. Diese Resolution wurde mit allen gegen wenige Stimmen angenommen. Der Kopenhagener Kongreß war zu Ende, die Separatisten sind nach Hause gefahren, haben zu seinen Beschlüssen Stellung genommen und in einer Resolution vom 25. September 1910 erklärt, daß sie ausschließlich auf den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses vom Jahre 1907 beharren, die festsetzen, daß die tschechische Gewerkschaftskommission die einzige Zentrale der gewerkschaftlich organisierten tschechischen Arbeiter sei. Seit jener Zeit haben wir die Beobachtung gemacht, daß sich die separatistischen Führer konsequent geblieben sind in der Ablehnung des einheitlichen internationalen Gedankens und daß auf die Sprengung der Gewerkschaft die Sprengung der Genossenschaften und Krankenkassen folgte. Den Separatisten handelt es sich weniger um den separatistischen Gedanken in der gewerkschaftlichen Organisation; den Führern handelt es sich darum, den nationalen Gedanken in die Massen der tschechischen Arbeiter hineinzubringen. Wir unterscheiden zwischen den Führern der Separatisten und dem tschechischen Proletariat.

Das tschechische Proletariat, glauben wir, ist der Meinung, daß es von den Führern zu Ansichten gebracht werde, die seinen wirtschaftlichen Bestrebungen nützlich seien. Wir glauben, es handle in gutem Glauben. Von den Führern kann man es aber nicht behaupten. Diese Leute wissen genau, daß sie das tschechische Proletariat in ein Fahrwasser treiben, das nicht weniger als gut ist. Wir haben schon in verschiedenen Situationen gezeigt, daß wir, wenn es notwendig ist, auch energisch sein können. Den tschechischen Separatisten gegenüber haben wir aber bisher eine mehr als laue Haltung eingenommen und diese hat das tschechische

Proletariat unwillkürlich zu der Meinung kommen lassen, daß das, was sich die Leute erzählen, die Wahrheit ist. Hätten wir schon vor Jahren die Meinung gesagt, die Dr. Adler ausgesprochen hat, so wäre es, wie auch ich meine, so weit nicht gekommen; den tschechischen Separatisten hätte man rechtzeitig klarmachen müssen, daß wir mit jenen Leuten wirklich nichts zu schaffen haben.

Von der Resolution ist schon mehrfach behauptet worden, daß sie ungemein diplomatisch ist. Ich befürchte, sie ist zu diplomatisch und wird von unseren Genossen nicht ganz verstanden werden. Die Resolution enthält eigentlich Selbstverständliches, Neues ist bloß, daß wir die Zentralisten anerkennen. Es war aber für uns alle schon, ehe wir nach Innsbruck gefahren sind, eine ausgemachte Sache, daß wir die Zentralisten nicht in eine Linie stellen können mit den Separatisten; sonst enthält die Resolution wirklich nichts, was wir nicht schon gewußt oder getan haben. Es ist in Kopenhagen schon ausgesprochen worden, daß die separatistische Bewegung schädlich ist, daß wir sie prinzipiell ablehnen und für verderblich halten. Man könnte mich nun fragen: Was glauben denn Sie, was sollen wir denn machen? Meine Bezirksorganisation und ich sind der bescheidenen Meinung, daß man mit Resolutionen, die so Selbstverständliches enthalten, einer so verderblichen Meinung nicht entsprechend entgegentritt. Wir haben erwartet, daß der Parteitag aussprechen werde, daß wir jene Leute in Zukunft nicht mehr als Sozialdemokraten betrachten können. Wir haben es erwartet, daß wir das der österreichischen Arbeiterschaft bringen. Es ist nun für mich kein Zweifel, daß die Resolution angenommen wird, und so wünsche ich, daß sie die Wirkung habe, die sich die Parteivertretung verspricht. Hat sie aber diese Wirkung nicht, so wird nichts übrig bleiben, als auf einem späteren Parteitag energischer Stellung zu nehmen. Mag sein, daß die Leute zur Vernunft kommen, aber ich glaube es nicht. Hätten sie es wollen, so hätten sie schon jahrelang Zeit dazu gehabt, sie haben sich in eine fixe Idee verrannt, und diese Idee aus ihnen hinauszubringen wird uns, wenn wir nicht energischer Stellung nehmen, nicht gelingen. Wir wollen nun, wenn schon die Resolution angenommen wird, jene Aenderungen vornehmen, die Hartmann vorgeschlagen hat. Einige stilistische Aenderungen sollen erfolgen, um einige Schärfe hineinzubringen.

Meißner (Wien): Genosse Hueber hat schon festgestellt, daß sich in der Parteivertretung eine Wandlung vollzogen hat und daß man bereits so weit vorgeschritten ist, einen Schritt weiter links zu gehen. Die Resolution, die hier vorliegt, enthält aber nicht das, was sich die Radikalen in den Gewerkschaften erhofft haben. Wir können es uns nicht gut vorstellen, wie es möglich ist, daß wir in Zukunft zwei tschechische sozialdemokratische Parteien in Oesterreich haben werden, die beide offiziell anerkannt sind und von denen die eine naturgemäß von den Gewerkschaften bekämpft werden muß. Ich weiß nun nicht, wie weit die Folgen der Anerkennung sich erstrecken sollen, aber nachdem man die neue Partei anerkannt hat, wird sie wohl eine Vertretung in der Gesamtexekutive bekommen, und ich muß schon sagen, daß ich es mir nicht recht vorstellen kann, wie die beiden Parteien in der Exekutive zusammenarbeiten werden. Genosse Preußler verlangt in einem Antrag, man möge den Genossen klarmachen, daß die Gesamtpartei heute noch besteht. Wir wären dem Genossen Preußler sehr dankbar gewesen, wenn er das zuerst dem Parteitag klargemacht hätte. Es wird wohl sehr wenige Parteigenossen auch hier noch geben, die glauben, daß es diese Gesamtpartei gibt. Genosse Adler hat ja bisher einen Optimismus bewiesen, den ich, aufrichtig gesagt, einfach bewundern muß. Aber allmählich ist er doch nach alldem, was man ihm angetan hat, zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein Zusammenkommen mit jenen Leuten heute unmöglich ist. Die Dinge liegen doch heute so, daß, selbst wenn einzelne der führenden Ge-

nossen der tschechischen Separatisten den Willen hätten, zurückzugehen, der Weg zurück ihnen versperrt ist; und wenn Genosse Adler heute noch glaubt, daß es einen Weg gibt, der uns mit jenen Leuten zusammenführt, so bin ich überzeugt, daß er einige Tage nach dem Parteitag eine andere Meinung bekommen wird. Genosse Adler hat gestern schon vorausgesagt, daß man sich auch damit beschäftigen werde, daß sich die deutsche Parteipresse mit dem Separatismus nicht genügend beschäftigt hat. Wir deutschen Arbeiter, die wir nicht in der Lage sind, die tschechische Presse zu lesen, haben gar keine Ahnung gehabt, mit welchen Mitteln die Separatisten arbeiten, und wir sind dem Metallarbeiterverband zu großem Dank verpflichtet, daß er die Dokumente des Separatismus herausgegeben hat. Erst durch diese Broschüre hat die große Masse der deutschen Arbeiter die Tendenzen des Separatismus erkannt. Wir dachten, es wäre doch beschlossen worden, die Beziehungen zu den Separatisten abzubrechen. Ich sagte schon, daß ich mir nicht vorstellen kann, wie wir mit zwei tschechischen Parteien auskommen werden. Ich kann es aber vom Standpunkt des Gewerkschafters noch weniger begreifen, wie wir in dieser Weise gegen den Separatismus arbeiten sollen. Die Resolution verspricht uns Unterstützung im Kampfe gegen den Separatismus. Ich will aber hoffen, daß diese Unterstützung sich auch in klingender Münze ausdrücken wird, und ich glaube, daß die Parteivertretung die versprochene Unterstützung auch der zentralistischen Presse angedeihen lassen wird. Ich fürchte aber, wenn das geschieht, werden die Beziehungen von der anderen Seite abgebrochen werden. Die Taktik der Verfasser der Resolution dürfte darauf hinausgehen, daß es besser ist, die Separatisten gehen selbst von uns, als daß wir sie hinauswerfen. Aber was ist damit erreicht?

Wir haben ja bei der Gründung des deutschen Klubs im Abgeordnetenhaus gesehen, daß die Separatisten so schlau waren, zu warten, bis die Deutschen den Klub gegründet haben, und hinterher, obwohl sie gewußt hatten, daß ein gemeinsamer Verband nicht mehr zustandekommen könne, über die Deutschen geschimpft. Wenn die Beziehungen zu den Separatisten aufhören, glauben Sie, daß wir dann die Unschuldigen sein werden? Im Gegenteil, man wird wieder die deutschen Sozialdemokraten als die Terroristen hinstellen, die die Tschechen unter ihr Kommando bringen wollen. Wie die Dinge heute liegen, können wir Gewerkschafter nur sagen, daß es höchste Zeit ist, daß sich auch die Partei mehr als bisher mit der Frage des Separatismus beschäftige. Es wird immer als Glück hingestellt, daß in Oesterreich gewerkschaftliche und politische Bewegung eins sind. Aber ich habe die Befürchtung, daß, wenn den Separatisten weiterhin solche Komplimente gemacht werden, wie das bisher geschehen ist, schließlich vielleicht doch die Gewerkschaften auf einen Weg getrieben werden, den wir alle nicht wollen. Wir werden uns schließlich selbst gar nicht mehr auskennen, einen solchen Wirrwarr werden wir durch diesen Beschluß anrichten. Aber wir werden nichts damit erreichen, höchstens daß wir im nächsten Jahre ein noch dickeres Buch über die Schandtaten der Separatisten herausgeben müssen. Seit Kopenhagen ist es ja nicht besser geworden, sondern noch schlechter; auch diesmal haben der Referent und auch alle anderen Redner jedes scharfe Wort gegen die Separatisten vermieden und es wurde förmlich nach Entschuldigungen für die Separatisten gesucht, damit man, wie es in der Resolution heißt, den Weg zum Frieden offenhalte. Aber was die Separatisten im Laufe dieser Jahre angerichtet haben, kann keiner von ihnen verantworten.

Immerhin muß konstatiert werden, daß sich auf diesem Parteitag endlich eine größere Energie gegenüber den Separatisten zeigt. Das ist nicht nur, wie ein Redner gesagt hat, dem zuzuschreiben, daß der Separatismus nun auch nach Wien eindringt, sondern dem Umstand, daß sich einzelne Organe getraut haben, zu sagen, was ist. Insbesondere war es der Reichenberger „Vorwärts“, der den Mut aufgebracht hat, seine

Leser zu informieren. Würden das auch andere Blätter gemacht haben und wäre nicht die systematische Vertuschung gewesen, so glaube ich, würden die Dinge jetzt anders stehen, als sie tatsächlich stehen. Genosse Adler meint, es sei gut, wenn man die deutschen Arbeiter nicht unterrichtet über das, was vorgeht. Er meint, wenn wir öffentlich darüber diskutieren und die deutschen Arbeiter alles erfahren, so wäre das ein Unglück. Ja man ist anfangs sogar von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß es sich bloß um eine Frage der Tschechen handelt, um die sich die Deutschen überhaupt nicht zu kümmern haben. Als die Sache aber brennend wurde, sagte man wieder, es sei eine gewerkschaftliche Frage, da habe die Partei nicht das Recht, einzugreifen, obwohl es die tschechischen Politiker gewesen sind, die die ganze Frage aufgeworfen haben, und obwohl die tschechischen Politiker sogar im Parlament Dinge getrieben haben wie der Abgeordnete Pospischil gegenüber einer Interpellation des Abgeordneten Daszynski. Dennoch sind mit Ausnahme von Vaněk und Tusar — von denen rücken jetzt alle ab — die anderen unsere liebwerten Genossen. Aber es ist die höchste Zeit, mit jenen Leuten, die die ganze Kraft der gewerkschaftlichen Organisation zerstören, endgültig zu brechen. Es ist uns versprochen worden, daß die Parteivertretung uns im Kampfe gegen den Separatismus unterstützen wird, und ich hoffe, daß Genosse Hueber die Parteivertretung gründlich mahnen wird, dieses Versprechen auch zu erfüllen. Wenn das geschieht, so haben wir auf diesem Parteitag immerhin etwas erreicht, wenn es auch nicht immer möglich war, das durchzusetzen, was nach unserer Meinung das einzig Richtige wäre. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Ich habe dem Parteitag die Mitteilung zu machen, daß wir in unserer Mitte liebe Gäste aus München begrüßen können, nämlich die Genossen Dr. Lehmann, Adolf Müller und Kurt Eisner. Ich heiße sie in Ihrem Namen herzlich willkommen. (Beifall.)

Dr. **Bauer** (Wien): Wir alle wissen, daß der Separatismus seine Werbekraft der Kraft der nationalen Ideologie verdankt. Die ganze Agitation für den Separatismus ist ein fortwährender Appell nicht nur an das Nationalgefühl der tschechischen Arbeiter, sondern auch an jene ihrer nationalen Vorurteile, die sich in Abneigung und Mißtrauen gegen die anderen Nationen und insbesondere gegen uns Deutsche ausdrücken. Wir alle wissen, daß die ganze Agitation des Separatismus ein Appell an den Deutschenhaß, Nährung des Deutschenhasses ist, und von allen Verbrechen des tschechischen Separatismus ist dieses das weitaus schwerstwiegende. Denn viel schlimmer als jeder organisatorische Fehler ist die Stärkung bürgerlicher Vorurteile in der Arbeiterschaft, das Hineintragen bürgerlicher Vorurteile in die Arbeiterschaft. Es ist klar, daß auch wir daraus etwas zu lernen haben. Wir können den nationalen Separatismus in der tschechischen Arbeiterschaft nicht bekämpfen, indem wir der nationalen Ideologie der Tschechen eine gleichartige nationale Ideologie der Deutschen entgegenstellen (Beifall); wir können ihn nicht bekämpfen dadurch, daß wir hinuntersinken auf das Niveau des tschechischen Separatismus, sondern wir können ihn nur so bekämpfen, daß wir der nationalen Ideologie der tschechischen Separatisten eine Ideologie gegenüberstellen, die nicht weniger stark ist, nicht weniger Werbekraft hat und die auf die Dauer sich stärker erweisen wird: die Ideologie des Internationalismus. Wir können den Enthusiasmus, den die nationale Ideologie unzweifelhaft erregt, nicht anders besiegen als durch Begeisterung, durch jenen Enthusiasmus, der entquillt der Vorstellung des großen Weltenbundes des Proletariats. Aus diesem Grunde kann ich nur warnen vor jenem Weg, den, wenn auch nur sehr schüchtern, sehr vorsichtig und nicht sehr klar, Genosse Hartmann Ihnen vorgeschlagen hat. Das ist ein Weg, der uns auf die Dauer hinunterführen würde auf das Niveau des Separatismus. Genosse Hartmann scheint sich einzubilden, den Kampf gegen die tschechischen Separatisten

führen zu können als Abwehrkampf der Deutschen gegen tschechische Eroberer, während er nur geführt werden kann als Abwehrkampf internationaler Sozialdemokraten, die den Sonderbedürfnissen der nationalen Entwicklung entgegenstellen das Bedürfnis der Gesamtentwicklung des gesamten Proletariats.

Ich halte darum für noch wichtiger als die Vereinigung unserer organisatorischen Beziehungen in Partei und Gewerkschaft die Vertiefung der internationalen Idee, ihre Versenkung in die Köpfe der Arbeiter, vor allem ihre Verteidigung gegen ihre Verfälschungen. Denn es gibt keinen Sozialdemokraten in der Welt, und wäre er der ärgste Nationalist, der offen bekennen würde, daß er nicht international sei, sondern jeder wird natürlich seine Verbeugung vor der Internationalität machen, eine Verbeugung, die eben die Tatsache der Werbekraft dieses Gedankens beweist; aber er wird sie dann zu interpretieren, auszulegen anfangen, etwa in dem Sinne, wie es unsere tschechoslawischen Genossen tun. Sie sagen natürlich auch, daß sie international sind, daß, wenn sie selbst sich absondern, sie auch den anderen das Recht geben wollen, sich abzusondern, und sie halten das für international. Demgegenüber ist es unsere weitaus wichtigste Aufgabe, eine Aufgabe, die nicht dieser Parteitag lösen kann, aber eine Aufgabe, die unsere Parteipresse systematisch besorgen muß, immer wieder aufzuzeigen den Unterschied zwischen dem wahren und echten und jenem falschen und angeblichen Internationalismus, den Unterschied zwischen der Idee der internationalen Einheit und jener Idee, die die Internationale als Vereinigung der Nationalisten aller Nationen hinstellt, den Unterschied zwischen Internationalismus und dem, was man mit viel mehr Recht den Pannationalismus, die Synthese der Nationalismen der verschiedenen Nationen nennen kann. Aber das kann nicht die Aufgabe dieses Parteitages sein. Ich möchte Sie bitten, die Vorschläge, die Genosse Hartmann erstattet hat, abzulehnen. Sie enthalten vieldeutige Redewendungen, von denen man nicht sagen kann, daß wir gegen sie seien, wenn man sie recht versteht, die aber Interpretationen zulassen, die uns auf Abwege führen könnten.

Dieser Parteitag hat eine beschränkte Aufgabe. Er kann nur unsere organisatorischen Beziehungen zunächst in Ordnung bringen. Was die Beziehungen zu den Zentralisten anlangt, so muß ich sagen, daß man schweres Unrecht tut, wenn man sie als Rebellen, als Hochverräter gegen die unverletzliche Staatsordnung der tschechoslawischen Partei hinstellt. Wenn es jemals etwas gegeben hat, was nicht Rebellion, sondern historische Notwendigkeit, Revolution gewesen ist, so war es die Gründung dieser selbständigen tschechischen Partei. (Lebhafter Beifall.) Deshalb meine ich, daß Sie jenen Abänderungsantrag annehmen werden, der das ausspricht, und auch einen Zusatz, den ich selbst beantragen werde, daß an der Stelle, wo es heißt, daß die tschechische Partei in die Gesamtpartei als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen werde, auch eingeschaltet werden die Worte „und in die Internationale“. Denn das ist ja die notwendige Folgerung. Die Partei hat das Recht, zu verlangen, daß sie auch im Internationalen sozialistischen Bureau und auf dem Internationalen sozialistischen Kongreß als selbständige Partei mit selbständigem Stimmrecht vertreten sei. Weiter werden wir wohl alle daraus auch die Folge ziehen, daß wir uns bei irgendwelchen Aktionen, die unternommen werden, nicht gegen diese tschechische Partei stellen dürfen. Das ist bedauerlicherweise geschehen. Ich weiß nicht, was sich jene deutschen Arbeiter eigentlich gedacht haben, die man in verschiedenen Bezirken bei den Reichsratswahlen aufgefordert hat, ja nicht den tschechischen Zentralisten, sondern den Separatisten ihre Stimmen zu geben, wie sich das jene deutschen Arbeiter in ihren Köpfen zurechtgelegt haben, daß, wenn sie zwischen zwei tschechischen Sozialdemokraten wählen sollen, sie denjenigen wählen sollen, der uns in der wichtigsten Frage ferner steht, das weiß ich nicht; aber ich

glaube, daß wir uns in Zukunft bei solchen Kämpfen je nach Umständen entweder neutral verhalten müssen oder für diejenigen eintreten müssen, die uns näherstehen.

Schwieriger ist die Frage unseres Verhältnisses zur tschechoslawischen Partei zu beantworten. Da muß ich sagen, daß ich nicht recht verstehe, was sich diejenigen Genossen vorstellen, die sagen, daß wir die Beziehungen abbrechen sollen. In welchen Beziehungen man zu einer Partei steht, die ihrer Masse nach aus klassenbewußten Arbeitern, aus Sozialdemokraten besteht, das hängt nicht von den Beschlüssen irgendeines Parteitages ab, sondern das regelt das Leben selbst, und kein Parteitag kann da etwas anderes tun, als kodifizieren, was ohnehin schon das Produkt der Entwicklung ist. Wir sind nun in folgender Lage: einerseits sind die tschechoslawischen Sozialdemokraten Separatisten, spalten unsere Gewerkschaften, tragen den Kampf in die Werkstätten, führen den Streit unter den Arbeitern herbei und die Masse unserer Parteigenossen ist gegen sie mit Recht erbittert; das würde dafür sprechen, daß wir von ihnen abrücken und jeden Verkehr mit ihnen abbrechen. Anderseits ist es aber eine sozialdemokratische Partei, eine Partei von Arbeitern, und wenn wir hundertmal hier beschließen würden, daß wir alle Beziehungen abbrechen, so wird uns morgen der gemeinsame Gegner wieder zusammenbringen. Denn so stark ist eben die Notwendigkeit des internationalen Zusammenhanges des Proletariats, daß wir dadurch schließlich gezwungen werden, mit einer Partei auch dann zusammenzugehen, wenn wir noch soviel gegen sie auf dem Herzen haben. Wir werden beschließen, daß wir im Parlament nichts mit ihnen zu tun haben, und morgen zwingt uns eine Aktion gegen eine Regierung, gegen irgendwelche Partei, Schulter an Schulter mit ihnen zu kämpfen, und übermorgen müssen wir uns in einem Ausschuß verständigen, wie wir gemeinsam vorgehen werden, zwingt uns ein Streik, gegen Unternehmer zu kooperieren, denn so weit wird kein Sozialdemokrat gehen, daß er irgendein Arbeiterinteresse schädigen würde, nur um mit Separatisten sich nicht an den Tisch setzen zu müssen. Beschließen wir also nichts, was wir nicht halten können. Wie unsere Beziehungen zur tschechoslawischen Partei in Wirklichkeit aussehen werden, hängt nicht von uns und vom Parteitag ab, sondern hängt in erster Linie ab von dem weiteren Verhalten der Tschechoslawen selbst und von den objektiven Bedingungen des Klassenkampfes, der ein gemeinsamer ist, auch wenn wir noch soviel gegeneinander haben. Das hängt nicht von uns ab und nicht von den Tschechoslawen. Ueber solche Dinge entscheidet die Geschichte. Wenn wir also vielleicht kooperieren müssen, so möchte ich warnen vor jener falschen Kooperation, deren Grundlage das Vertuschen von bestehenden Gegensätzen ist, vor einer Kooperation, die auf der Grundlage erfolgt, daß man eine gemeinsame Formel findet, deren Gemeinsamkeit darin besteht, daß sich jeder darüber etwas anderes denkt und jeder sie in der Praxis anders auslegt. Das ist keine Kooperation, sondern der bloße und unser aller unwürdige Schein einer Kooperation. Das ist kein Weg für uns.

Wenn Genosse Hueber meint, wir könnten uns heute mit den tschechoslawischen Sozialdemokraten über ein Nationalitätenprogramm verständigen, so geht er einer Illusion nach. Wir können für uns ein Nationalitätenprogramm schaffen, mit den Tschechoslawen werden wir uns nicht verständigen, schon darum nicht, weil die Tschechoslawen den Streit über nationale Fragen brauchen, damit sie die Gewerkschaften besser zerschlagen können. Denn das ist ein sehr wirksames Argument. Was wir brauchen, ist, daß wir selbst den rechten Weg gehen, ihn uns selbst klar machen, und dann, was wir für uns beschließen, durch seine propagandistische Kraft selbst wirken lassen auf die anderen, indem wir dem Falschen der anderen das Richtige, das wir gefunden haben, gegenüberstellen vor der ganzen sozialistischen Oeffentlichkeit und dadurch mittelbar auf sie wirken. Im übrigen aber muß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich den

Mut haben, zu kooperieren, wo gemeinsame Ueberzeugungen bestehen, aber ihren eigenen Weg zu gehen, solange der gemeinsame nicht hergestellt ist, vor allem aber niemand nachzulaufen. (Beifall.) Denn die Gesamtpartei ist das Interesse aller, und wenn sie erschüttert ist, so ist das nur darum geschehen, weil die anderen geglaubt haben, daß sie sich ja auf unsere Nachgiebigkeit und unsere Langmut verlassen können, sich darauf verlassen können, daß unsere Geduld nie ausgehen werde und daß sie darauf ruhig sündigen können. Nun sehen Sie, daß das nicht der Fall ist, und Sie werden schon bemerken, daß die Internationale nicht nur unser Interesse ist, sondern daß die internationale Pflicht auch erfüllt werden muß von den anderen. Ich bin überzeugt, die Gesamtpartei wird sein und sie wird werden, wo sie noch nicht ist, aber nicht dadurch, daß wir mit den anderen faule Kompromisse schließen; sie wird nur sein dadurch, daß wir uns auf unseren eigenen Boden stellen, der nicht ein nationaler Boden ist, sondern der Boden der internationalen Sozialdemokratie, und daß wir warten, bis sich die anderen auf die Höhe heraufarbeiten, auf der wir stehen. Die Internationalität der proletarischen Bewegung ist eine kostbare Gabe; aber diese Gabe werden wir uns nicht erbetteln, nicht erbitten, wir werden sie nicht von anderen geschenkt bekommen, sondern es gibt Umstände, unter denen sie erkämpft werden muß. Ich glaube, wir sollen unter diesen Umständen, nicht weil wir eine Politik des Zornes, des Hasses, der Leidenschaft treiben wollten, sondern gerade um der Gesamtpartei willen selbst unseren eigenen Weg gehen, vergleichen, was wir tun, mit dem, was die anderen tun, vor der ganzen Oeffentlichkeit und durch unsere Kritik die anderen veranlassen, uns zu folgen. Die Internationalität der proletarischen Bewegung ist eine kostbare Gabe; aber es gibt Augenblicke, in denen auch von dieser Gabe das Wort des alten Hildebrand-Liedes gilt, das Wort, das Engels so gern zitiert hat: Mit dem Speere muß man Gabe empfahn, Spitze gegen Spitze. (Stürmischer Beifall.)

Leuthner (Wien): Die Gewerkschafter, durch Tücke und Niedertracht, die ihnen zugefügt wurde, mit Ingrimm erfüllt, sind vor uns hingetreten und haben die Aufforderung an uns gerichtet: da offenbar die Politik ihre Gewerkschaften gespalten habe, solle nun die Politik kommen und den Schaden heilen. Aber die Politik der Verderber war eine tschechische Politik und die Politik, an deren Heilkraft man sich wendet, ist eine deutsche. Schon da beginnt das Mißverständnis. Wir alle sind darin einig, daß der Separatismus, die tschechoslawische Partei, tief im Nationalismus eingetaucht ist. Aber es gibt keinen Nationalismus im allgemeinen, es gibt nur einen Nationalismus in seiner individuellen geschichtlichen Bedingtheit und Bestimmtheit, und wer den Separatismus erfassen will, der muß die besondere Art des tschechischen Nationalismus zuvor erkennen, die zu erörtern freilich hier die Zeit fehlt, als deren wichtigste Merkmale aber dreierlei hervorzuheben ist. Vor allem, daß dieser Nationalismus in sich verknüpft die tätigste Angriffskraft und zugleich die Duldermiene des Verfolgten, daß er seinem Wesen nach durchaus negativ ist, ausschließlich von Deutschenhaß erfüllt, und endlich, daß er der entwickeltste, in seinen Formen ausgereifteste Nationalismus ist, den wir kennen. In einem Ihnen allen bekannten, von jugendlich überströmender Genialität erfüllten Werke wird viel Mühe darauf verwendet, den tschechischen Nationalismus zu erklären durch das Heraufkommen eines geschichtslosen Volkes im Kampfe mit unterdrückenden Gewalten. Doch ist das bei allem Tiefsinn nicht das Erfassen des Charakteristischen. Jede Ideologie hat dauernd das Gepräge, das sie in der Zeit bekam, in der ihre Gedankenform sich kristallisierte. Und das war für die tschechische Nation die Zeit der Erwecker, in der sie freilich einen Kampf gegen Unterdrückung geführt hat, wenn man es so nennen will, wo aber die Unterdrücker der Erweckungsliteratur mehr als ein Anschauungsgegenstand dienten. Denn etwas ganz anderes hatte man zu bekämpfen, um die tschechische Nation aus dem hundertjährigen Schlummer zu rufen: die

Lockungen der deutschen Kultur hatte man zu bekämpfen, die bisher alle aufsteigenden Elemente des tschechischen Volkes hinüberzogen in das Deutsche. Gegen die mußte man die Waffen schärfen und deshalb hat der tschechische Nationalismus vom Anfang an wohl die Unterdrückung gewissermaßen als Anschauungsmaterial, auch als den Antrieb genommen: aber er mußte sich von vornherein gegen das Ganze des deutschen Wesens in allen seinen Ausstrahlungen richten, um die Wahlentscheidung umzustimmen, die heute noch so vielen Tschechen gegeben ist und die damals allen Schichten der Intelligenz gegeben war: ob es nicht vorteilhafter sei, zu dem Achtzigmillionenvolk überzugehen. Darum ist der tschechische Nationalismus durch und durch erfüllt vom Gegensatz gegen das Deutsche, ein Wort, das nicht von mir stammt, sondern von dem Kreise um den tschechischen Dichter Machar herum. Dort wurde wiederholt die Klage laut, es gäbe keine Möglichkeit, im tschechischen Volke eine Sache sachlich zu behandeln, sondern immer werde ein schielender Blick nach den Deutschen hingeworfen und der Lyrik selbst sei im innersten Herzen schon das Gefühl durch das Ressentiment gegen die Deutschen vergiftet. Diese Wahrnehmung muß man sich vor Augen halten und die Wahrnehmung, daß der Nationalismus der Tschechen stets damit verbunden geblieben ist, eine Polemik zu sein gegen scheinbare Unterdrückungsformen.

Wie dieser Nationalismus demokratisch aufgebaut war, das ist ja schon oft dargelegt worden, aber man pflegt zu übersehen — und ich wundere mich, daß man diese entscheidende Tatsache niemals herausgehoben hat —, wie er sich dann ausgebaut hat. Und doch war er von Anfang an keineswegs so wehrlos, als man vorgibt, sondern hatte zur entscheidenden Zeit gerade diejenigen Elemente des Staats- und Wirtschaftslebens für sich, die die Volksbewegung bestimmen, wie da sind Priestertum, Lehrer, Feudaladel. So hat er zunächst von seiner Schule und vom Pfarramt aus, von unten her eine Art von Staatsgebäude aufgerichtet. Es gibt in Oesterreich keine deutsche Schule, es gibt nur eine deutschsprechende Schule, es gibt eine Schule, die vor den Schülern möglichst alles Deutsche in seiner Bedeutung verhüllt und in das Habsburgische und Oesterreichische übersetzt. Aber es gibt im ganzen tschechischen Gebiet nirgends eine österreichische Schule, sondern eine vollständige Umdichtung und Umarbeitung aller Ereignisse in eine tschechische Legende, wie etwa die italienische und französische Legende an den italienischen und französischen Schulen gelehrt wird. Und so von unten über die allmählich emporsteigenden Schichten der Beamten hinauf bis zum Statthalter und zum Landtag hat sich ein tschechischer Staat aufgerichtet, der die geschlossenste nationale Organisation ist, die wir kennen. Er stellt eine fertige Staatsnation ohne Staat dar, die, weil sie die Gewaltübungen und die Gehässigkeiten dieser Gewaltübungen nicht zugleich hat, die Wirkungen in die Breite des Volkes, volkstümliche Wirkungen ausüben kann — um so stärker, als eben die nationale Ideologie der Tschechen von vornherein verknüpft ist mit der Gedankenform des Kampfes gegen die Unterdrückung. Und allmächtig ist dieser nationale Gedanke unter den Tschechen schon deshalb, weil alles Tschechische umgeben ist von einer nirgends durchbrochenen nationalen Atmosphäre, weil jeder Tscheche, sobald er irgendwie in das Kulturleben eindringt, mit dieser nationalen, von Deutschenhaß geschwängerten Luft sich erfüllt. Nicht deshalb, weil die Omladinisten in die tschechische Partei eingetreten sind, hat sich jene Wendung vollzogen, von der man so häufig spricht, sondern darum, weil ein immer wachsender Teil der tschechischen Arbeiter Anteil gewinnt an der tschechischen Kultur, einer Kultur, die wie keine andere völlig erfüllt ist von nationalen Keimen, von Gedankenkeimen des Deutschenhasses. Der tschechische Proletarier kann nicht heraus, er ist überall davon eingeschlossen, jede Kulturbetätigung, alles, was er liest, führt ihn in diese Welt und um so enger wird er hinein verstrickt, als ihn die nationalen Ge-

danken durch die Beredsamkeit der Formel eines Kampfes gegen die Unterdrückung gefangennehmen.

Wenn man hier dargelegt hat, daß es notwendig sei, möglichst viel Nachgiebigkeit zu zeigen, so möchte ich dagegen einwenden, daß wir allerdings außerstande sind, die Entwicklung der tschechischen Ideologie wesentlich zu beeinflussen; aber soweit irgendeine Beeinflussung von unserer Seite geschehen ist, hat nichts anderes sie gefährlicher beeinflußt als gerade Nachgiebigkeit. In dem Augenblick nämlich, in dem wir uns der Vorstellung „des unterdrückten Volkes", wie sie hier Genosse Hueber wenigstens gestreift hat, nähern, geben wir uns schon der tschechischnationalen Ideologie gefangen. Denn es gibt heute, ich wage die Behauptung, auf dem Boden Oesterreichs keine stärkere Nation als die tschechische. Wohl hat sie vielleicht keinen solchen großen Anteil an Posten in den obersten Stellen, die nichts bedeuten in der Breite des Volkslebens, aber auf ihrem eigenen Boden ist keine so unangreifbar, keine durch so viele Machtposten des gesellschaftlichen und politischen Lebens befestigt wie die tschechische Nation. Und es ist eine Wahrheit, der sich nur der Blinde verschließen kann, daß für den tschechischen Nationalismus das Gesetz des überlegenen und erfolgreichen Typus sich geltend gemacht hat, das Gesetz, überall Nachahmung hervorzurufen. Die deutschnationale Bewegung der bürgerlichen Schichten ist seit Jahren nur noch reaktiv, in ihrer neuesten Ausgestaltung eines deutschböhmischen Staates ist sie nur eine Nachahmung der vorbildlichen Leistung der Tschechen. Wenn wir nun also diese in ihrer ganzen triumphierenden Kraft vor uns stehende Nation noch als unterdrückte auffassen, gegen allen Augenschein, angesichts ihrer Minister, Statthalter und ihrer Beamten und angesichts der ganzen Geschlossenheit dieser Macht, so begeben wir uns in die Gefahr, die Ideologie, auf der der ganze Separatismus ruht, hier zu fördern.

Doch wir dürfen überhaupt nicht hoffen, ausgleichend zu einem Ergebnis zu kommen. Der tschechische Separatismus ist, wenn man ihn genau betrachtet, in seiner Entwicklung eine Wiederholung von Prozessen, wie sie sich in der tschechischen Nation schon mehrfach vollzogen haben. Diese Prozesse bestehen in einer fortwährenden Verstärkung des nationalen Moments mit Aufhebung der früheren allgemeineren demokratischen Ideen, die zum Beispiel auch das Jungtschechentum in seinen Anfängen begleiteten, bestehen also in der Ausbildung eines immer zugespitzten nationalen Denkens. Wir werden somit glauben müssen, daß bei der Verwandtschaft der Separatisten mit den übrigen Tschechischnationalen dasselbe, was sich heilsam im Verkehr mit den Tschechen im allgemeinen erwiesen, auch heilsam sein wird im Verkehr mit der tschechoslawischen Sozialdemokratie. Genosse Hueber hat sich an die Theoretiker gewendet und an die Wissenschafter. Parteigenossen! Wir haben unseren Internationalismus zunächst in einer unmittelbaren, primitiven Form an die slawischen Nationen herangetragen. Im Anfang der Neunzigerjahre. Wir haben vielfach für Internationalismus gehalten, daß wir die nationalen Forderungen der Slawen unterschrieben und zu internationalen Forderungen erhoben. Wir sind damit gescheitert und eine neue Epoche kam. Aber niemals werden mehr feinere Rattenfänger der Nationalen für den Internationalismus auftauchen, als die zwei genialen jungen Leute, die ihre theoretischen Zauberpfeifen jahrelang den Tschechen vorgespielt haben, die Genossen R e n n e r und B a u e r. Wenn diese zwei Meister aller Meister, die es verstanden haben, den starrsten Theorien seidig raschelnde Lockungen abzugewinnen, uns Bücher gegeben haben, geistreiche, allzu geistreiche Bücher, die aber für die praktische Politik letzten Endes nichts anderes bedeuten, als daß sie ein Arsenal darstellen, das die Separatisten nur zu unwissend und zu ungebildet sind auszunützen: so werden Sie erkennen, daß hier auch die größte Kunst, überleitende Vorstellungen, verhüllende Formeln zu schaffen, schwerlich zu einem Ziele führen wird. Nein, es gibt in politischen Fragen

keine wissenschaftlichen Entscheidungen. Denn im feinsten Geäder des abstrakten politischen Gedankens pulst noch warm das Gefühl. Das letzte Element der Unterscheidung ist noch ein Gefühlsmoment, und bei der letzten Entscheidung ist es das Gefühl, das entscheidet. Sie mögen die Territorial-, die Personaltheorie wählen; wo Sie an die praktischen Fragen herantreten, wird die Frage zur Tatsache und zur Empfindungsfrage werden, die der Tscheche und die der Deutsche verschieden beantwortet. Denn es gibt keine Rechtsfrage zwischen Völkern, weil es keinen Richter zwischen Völkern gibt und weil jeder in sich sein Ideal der Gerechtigkeit trägt, das für jeden und vor allem für jedes Volk ein anderes ist. Wissenschaftliche Entscheidungen mögen vorbereiten, einleiten, klarstellen; allein zwischen zwei einander anprallende Interessen gestellt, sind sie Papier, das zerdrückt wird.

Das einzige, was sich bisher im Verkehr mit den Tschechen als erfolgreich erwiesen hat, ist, daß ihnen die tatsächlichen Verhältnisse die Grenzen ihrer Macht abstecken. Das hat sich im staatlichen Leben gezeigt. Und in unserem Leben wird es sich gleichfalls sehr wirksam zeigen, daß die Tschechen jedenfalls früher die Grenzen des für sie Möglichen finden werden, wenn sie werden erkennen müssen, daß sie für ihre besonderen nationalen Fragen unter gar keinen Umständen über unsere Kraft verfügen können. In dem Augenblick, wo sich für sie die Machtrechnung viel bestimmter und einfacher stellen wird, werden auch ihre Machtbegriffe deutlicher werden. In dem Augenblick, wo ihre Vorstellungen von der „unterdrückten Nation" auf der anderen Seite keine Gegenliebe mehr finden, werden diese Vorstellungen wenigstens polemisch seltener zu verwenden sein. Das ist gewiß ein sehr langsamer Weg. Doch daß der Weg der Verhandlung der schnellere oder wenigstens der sichere wäre, bestreite ich. Schon Genosse Bauer hat gesagt, daß bei einer Beratung heute nichts zustande käme, und ich kann nur hinzufügen: Wenn wir uns heute mit Tusar und Vaněk zusammensetzen wollten, um mit ihnen darüber klar zu werden, was die Kulturgüter sind, die jedes Volk dem anderen zuzubilligen hat, und wenn wir nur so Frieden schließen könnten, so müßten wir einfach alle Forderungen der Vaněk und Tusar unterschreiben. So weit sind wir heute und deshalb ist der Weg der Verhandlungen ungangbar geworden.

Ich unterscheide mich gerade an dem einen Punkte von meinem väterlichen Freunde Pernerstorfer am deutlichsten, daß ich überhaupt die Schulfragen nicht für Kulturfragen halte und an Kulturfragen in der Politik nicht glaube. Die Politik läßt durch ihr Sieb viel zu wenig Kulturmenschen durch, ich weiß nicht, ob überhaupt. (Heiterkeit.) Und unter politischen Menschen sind Kulturfragen niemals Fragen eines ernsthaften Interesses, sondern sie sind nur glänzende Attrappen für einen anderen Inhalt, sie sind rhetorische Floskeln und sie sind natürlich im nationalistischen Oesterreich Floskeln nationalistischer Rhetorik. Schulfragen sind Machtfragen, ganz gleichgültig, wo, von wem und unter welchen Bedingungen immer sie aufgestellt werden. Ich will durchaus nicht sagen, daß die tschechische Nation nicht ein Recht hätte, ihre Kinder in deutschen Städten der Nation bewahren zu wollen; ich will nur dem Irrtum entgegentreten, als ob es wahr wäre, daß jemand glaubt, der Uebergang von tschechischen Kindern zur deutschen Kultur in Wien sei ein Herabstieg im Kulturleben oder er sei so schwierig für Kinder, die den ganzen Tag unter Deutschen leben. Noch einmal betone ich: ich leugne nicht das Recht der Tschechen, diese Forderungen zu stellen; aber sie sind nicht bestimmt durch die Sorge um die Kultur dieser einzelnen Kinder, sondern durch die Sorge um die Erhaltung einer möglichst großen Zahl von Kindern als Trägern großer wachsender Minoritäten. Wir müssen die Dinge einmal in ihrer Wahrheit erfassen und wir müssen uns, da wir es ohnedies keiner glauben, endlich dieser Floskeln entledigen. Darum noch einmal: Schulfragen sind Machtfragen, Kulturfragen in der Politik gibt es nicht. Wenn wir

die Dinge so betrachten, so kommen wir zu jener Nüchternheit, auf deren Basis man, indem man sich wechselseitig immer die Macht, die man besitzt, die Grenzen, die dieser Macht gesetzt sind, zeigt, am leichtesten zu einem Ergebnis gelangen kann.

Man hat hier die Frage bejahend und verneinend beantwortet, ob es eine Gesamtpartei gegeben hat. Ich weiß nicht, wie man sie leugnen kann. Wir haben sie doch alle miterlebt. Jawohl, sie war und sie konnte sein, weil wir damals alle vornächst Schüler des Sozialismus waren, weil wir alle bloß eine agitatorisch-propagandistische Tätigkeit entfalteten, nicht eigentlich politisch kämpften und uns betätigten, sondern zunächst einem wachsenden Teil des Proletariats die Gemeinvorstellung des Klassenkampfes und seiner Instanzen, der geschlossenen Bourgeoisie, der geschlossenen Staatsmacht in die Hirne einzuprägen hatten. Das war ursprünglich eine für alle gleiche Arbeit. Da war die Besonderheit des deutschen, tschechischen, polnischen Bürgertums zunächst eigentlich vollkommen gleichgültig. Da waren aber auch nur die Individuen erst national geschieden. Es stand eigentlich noch keiner auf dem Boden seiner Nation, seiner bestimmten nationalen Betätigung. Damals waren in Wirklichkeit die Deutschen die Vermittler jener Erkenntnis, die von Deutschland und von Westen nach Oesterreich kam, die Führer und zugleich auch eigentlich der Körper der gemeinsamen Partei. Diese gemeinsame Partei war einig, weil sie vorwiegend deutsch war. Als aber die Sozialdemokratie in die praktische Arbeit hineinwuchs, da entstand etwas ganz anderes, da entstand die Notwendigkeit, nicht gegen die Bourgeoisie, nicht gegen den Staat, sondern gegen die einzelnen bürgerlichen Parteien zu kämpfen. Da war in jedem Lande eine andere Front einzuhalten. Da galt es, in jedem Lande eine Fülle von Einzelheiten des politischen Lebens der persönlichen, der landschaftlichen Besonderheiten zu erkennen, ohne die eine Politik nicht mehr möglich war. Es war also eine technische Notwendigkeit, wenn es keine andere gewesen wäre, die uns zwang, jene nationale Gliederung der österreichischen sozialdemokratischen Internationale zu vollziehen, die man heute als einen Verfall bezeichnen möchte. Sie war kein Verfall; wofern wir aber heute gewaltsam jene Allgemeinpartei konstruieren wollten, wie könnte man sich wohl einen leitenden Ausschuß einer solchen Partei vorstellen, der nach seinem Begriff in jedem Mitglied die Möglichkeit der Leitung und Kontrolle verkörpern muß? Habe ich nicht die leiseste Ahnung davon, was im ruthenischen und polnischen Gebiet wirklich vorgeht, und ist sonach der betreffende Referent über ein nationales Gebiet in der gemeinsamen Exekutive zugleich Berichterstatter und Richter, so ist nur der Schein einer gemeinsamen Leitung vorhanden und dieser Schein kann uns nicht helfen. Im Gegenteil ...

Vorsitzender Pernerstorfer: Genosse Leuthner, ich höre Ihnen sehr gern zu, aber ich muß objektiv meine Pflicht erfüllen, indem ich Sie ersuche, da Ihre Redezeit um ist, bald zum Schluß zu kommen.

Leuthner (fortfahrend): Was wir wollen können, ist etwas anderes. Das sind gemeinsame Institutionen. Diese gemeinsamen Institutionen hatten wir bis zur Stunde und sie sind von den Tschechen zerstört worden. Sie können aber, wie gerade dieses Beispiel zeigt, dauernd nur bestehen, wenn ein bei allen vorwaltender innerer Drang zur Gemeinsamkeit sie trägt. Als ein Aeußeres, Aeußerliches über die Sache gestellt, sind sie unmöglich. Ja ich erachte den Antrag, der in verschiedensten Formen aufgetaucht ist — eine Konferenz einzuberufen, eine Gesamtpartei in aller Eile zu konstituieren — für äußerst bedenklich. Warum? Weil er in diesem Augenblick herantritt an die nichtdeutschen sozialdemokratischen Parteien, wo für diese die allergrößte psychologische Schwierigkeit entsteht, sich für uns zu entscheiden. Das gebe ich Ihnen vor allem zu bedenken. Eine österreichische Internationale ohne Tschechen ist überhaupt eine Unmöglichkeit,

weil sie dann sozusagen ohne das zweite Bein wäre. Aber eine österreichische Internationale wird erst recht zu einer Unmöglichkeit, wenn wir an die anderen kleineren Nationen mit der Frage kommen, ob sie in einem Zeitpunkt einen engeren Anschluß wollen, wo dieser engere Anschluß zugleich die Frage in sich faßt, ob sie unserer Art der Beurteilung oder Verurteilung der tschechoslawischen Partei zustimmen. Ich bin ja überzeugt, daß alle nichttschechischen Sozialdemokraten in Oesterreich so wie wir Deutschen den Separatismus mißbilligen. Aber da sie zweifellos nicht jene starken Antriebe haben, die allein uns zu einer Verurteilung zu bewegen vermochten — denn es ist keine kleine Sache, über eine andere Partei zu Gericht zu sitzen; im Gegenteil wollen wir, wenn wir dies unternehmen, uns bewußt bleiben, daß es eine der gewagtesten Sachen ist, die eine sozialdemokratische Partei tun kann — so werden sich andere Nationen, für die, wie gesagt, kein zwingender Grund gegeben ist, schwerlich dazu herbeilassen. Deshalb meine ich, daß die Zeit, Aufforderungen an die anderen Parteien zu richten, kaum jemals so schlecht gewählt war wie heute.

Vorsitzender **Pernerstorfer** unterbricht den Redner neuerdings, da die Redezeit schon längst um ist. Der Parteitag beschließt, die Redezeit zu verlängern.

Leuthner: Ich danke dem Parteitag... Wenn man Dr. Adler vorgeworfen hat, daß er in seiner Resolution — besonders Hartmann hat es getan — ich will nicht sagen Zweideutigkeiten, aber diplomatische Wendungen gebraucht habe, so will ich gegen alles, was ich sonst von Dr. Adler weiß, behaupten: Es ist diesmal nicht so sehr Diplomatie, sondern richtige und tiefe Erkenntnis der Schwierigkeiten des Problems gewesen. Denn das ist dieses Problems Wesenheit, daß es sich von Jahr zu Jahr proteusartig ändert, daß es stets in neuen Gestalten vor uns hintritt. Die tiefe Besonnenheit Adlers liegt gerade darin, daß er Formen sucht, die weit und umfassend genug sind, die wenigstens noch das nächste Jahr gelten können, und uns nicht solche vorschlägt, die starr und unveränderlich schon nach vierzehn Tagen ihren Wert verloren haben. An keinem Punkte hat Hartmann mehr unrecht als hier. Die Schwierigkeiten entspringen eben nicht unserer Unzulänglichkeit, sie sind in den Dingen selbst verborgen. Bauer zum Beispiel irrt sehr, wenn er den Separatisten darum den Sinn für das Internationale abspricht, weil sie Chauvinisten sind. So verzwickt sind die Dinge in Oesterreich, daß dieselben Separatisten, die ausgesprochene Chauvinisten, die, ich erkühne mich des Wortes, die chauvinistischesten Tschechen heute sind, sich doch zugleich für Internationale halten, Ideen und Empfindungen des Internationalismus hegen, in internationalen Betätigungen einen Stolz suchen. Da solche Zwiespältigkeiten des Denkens und Empfindens bei uns tatsächlich vorhanden sind, wäre es gewagt, in der Zukunft mit irgendwelchem Grade der Bestimmtheit Entwicklungen voraussagen zu wollen. Aber im Verhältnis zu den Separatisten handelt es sich nie eigentlich um die Separatisten selbst, sondern um die 350.000 Arbeiter, die sich in dieser Partei verkörpern. Ueber die tschechoslawische Sozialdemokratie möchte man hinwegschreiten können, wie aber dürfte man im Proletariat Oesterreichs jene Lücke der dreimalhundertfünfzigtausend entstehen lassen? Wenn Hueber einerseits seine Hoffnungen auf die Zentralisten setzt, anderseits jedoch Verhandlungen wünscht, die nur einen Sinn haben können als Verhandlungen mit der tschechoslawischen Sozialdemokratie, so kann ich mir das wahrlich nur aus dem Widerspruch aller österreichischen Dinge erklären. Ich möchte wünschen, daß die Zentralisten jene Jugendkraft entfalten, die imstande ist, im raschen Schwung des Werdens eine Partei erstehen zu lassen. Doch jenes herzschmelzende Feuer, ein Feuer des Enthusiasmus, das in den Neunzigerjahren die großen Schaffensprozesse hervorgerufen hat, glüht heute nicht mehr, und wie soll es hervorgerufen werden in Menschen, bei denen der sozialdemokratische Gedanke, wenn er in ihr Herz eingesenkt wird, sich sofort unlösbar verknüpft mit

den schwierigsten Zwiespältigkeiten der Idee, wie sie jener innere Gegensatz im tschechischen Proletariat hervorruft?

Deshalb sollen wir nicht Hoffnungen nähren, für die uns vorläufig die Grundlagen fehlen. Ich glaube also auch nicht, daß wir die Rechnung mit Genossen Hueber so abschließen werden, wie er meint, wenn er sagt: „Wir Gewerkschafter sind in unserer Nachgiebigkeit bis zur Waffenfähigkeit gegangen; jetzt können wir nicht mehr, jetzt ist es an den Politikern, durch Nachgiebigkeit auf ihrem Gebiet die Tschechen zu versöhnen." Genosse Hueber möge uns Politikern da die Antwort nicht übelnehmen: Sollen wir ebensoweit gehen, wie gegangen zu sein er jetzt bereut, um gleichfalls dahin zu gelangen, wohin er gelangt ist, und dann mit der Gewalt des Rückschlages und allen gefährlichen Folgen des Rückschlages zurückkehren, denselben gefährlichen Folgen, die wir heute sich widerspiegeln sehen in den inneren Zuständen der Gewerkschaft?

Es gibt keinen anderen Weg als den wir bisher gegangen sind und den wir energisch zu Ende wandeln müssen. Wir müssen aus dem innersten Lebensinteresse des Proletariats heraus, alles für die Einheit der Gewerkschaften tun, was sich nur tun läßt, wir müssen alle Versuche, die separatistische Spaltungstaktik nach Wien zu übertragen, mit der absolutesten Rücksichtslosigkeit bekämpfen. Aber im politischen Leben müssen wir jene Trennungen einhalten, die uns davor bewahren, Entscheidungen zu fällen, dort, wo nicht Vernunft, nicht Logik, nicht Billigkeit, sondern nur Tatsachen und die belehrende Macht der Tatsachen zu entscheiden haben, die uns mit einem Wort davor bewahren, eine Einheit zu bilden, welche bloß der gemeinsame Boden immerwährender Streitigkeiten wäre.

Erlauben Sie mir einen vielleicht bedenklich klingenden Satz: Wir, die wir die tschechoslawische Sozialdemokratie den Trugbildern des tschechisch-bürgerlichen Chauvinismus folgen sehen, wir müssen uns hüten, in den entgegengesetzten Fehler zu verfallen, in den für Wiener leider so gefährlichen Wahn, den überlieferten altösterreichischen Wahn, wie er im Schatten des Stephansturmes und im Dunkel der zentralen Staatskanzleien wächst: daß man von Wien aus die entferntesten und heterogensten Dinge am besten regeln kann, nur deshalb, weil man von diesen entfernten und heterogenen Dingen keine blasse Ahnung hat. (Lebhafter Beifall bei einem Teil des Parteitages.)

Abgeordneter **Winarsky**: Ich halte die Resolution Adlers für eine ausgezeichnete Leistung, denn in dieser Resolution wird nicht nur gesagt, was ist, sondern auch alles, was im gegenwärtigen Augenblick vom Parteitag ausgesprochen werden kann. Der Parteitag kann nicht die Aufgabe haben, auf alle Blasen, die der Separatismus aufgeworfen hat, näher einzugehen, und es ist eine unfruchtbare Aufgabe, die verschiedenen Beschimpfungen, unrichtigen und verderblichen Taten der Separatisten in der ganzen Zeit her genau festzustellen. Ein Bruderkampf wirkt immer verbitternd, erbitternder als ein anderer. Darum halte ich auch die umfangreichen Sammlungen, in denen uns Zitate aus Zeitungen und Reden vorgeführt werden, nicht für eine notwendige Arbeit, sondern für eine ziemlich überflüssige Leistung. Wenn diese Zitate Bedeutung haben sollen, müßten sie von beiden Seiten festgestellt werden, und es wäre nicht unmöglich, Wortentgleisungen und Taten der Zentralisten denen der Separatisten entgegenzustellen. Es ist weder das eine richtig noch das andere. Eine derartige Verbreitung von Aeußerungen, die aus dem Tageskampf geboren sind, wirkt nur verbitternd, nicht klärend. Darum möchte ich mich nicht dem Vorwurf anschließen, daß man zu lange gezögert habe, die Aeußerungen der separatistischen Presse den deutschen Arbeitern zur Kenntnis zu bringen. Das ist verdienstlich, denn die Parteivertretung hat sich bemüht, die Verbitterung wenigstens bei uns Deutschen zu vermeiden.

Die Aufgabe des Parteitages muß eine andere sein; er muß die Konsequenzen aus den Tatsachen ziehen. Die Resolution tut

das, indem sie die Anerkennung der Zentralisten ausspricht. Der Parteitag muß weiter feststellen, daß wir deutschen Sozialdemokraten an unserer internationalen Ueberzeugung, die eine Vorbedingung des Sieges über die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist, unbedingt festhalten. Darum muß die Resolution auch die Bereitwilligkeit zu einer neuen Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte aussprechen, sei es nun in der Form einer neuen Gesamtpartei, sei es in einer anderen, die aus den Tatsachen und Bedürfnissen der Zeit geboren ist. Auch dieser Anforderung entspricht die Resolution.

Die bisherigen Aenderungsvorschläge würden sie nicht verbessern, einige würden sie aber verschlechtern, besonders die des Genossen Hartmann. Er hat sie ein diplomatisches Meisterstück genannt. Warum nun ein Meisterstück verpatzen? (Heiterkeit.) Durch seine Vorschläge wird nichts verbessert. Was Hartmann leise angedeutet hat, hat Leuthner unterstrichen. Er hat die Konsequenzen aus den Anschauungen Hartmanns gezogen. Diese Anschauungen sind nun für uns, die wir an dem Gedanken der Internationalität festhalten wollen, durchaus nicht besonders verlockend. (Zustimmung.) Hartmann hat erklärt, wir müssen tadeln, daß die Tschechen erobern wollen; er hat auseinandergesetzt, daß sie die Assimilation verhindern wollen. Man mag das für schädlich oder für unzweckmäßig halten, aber man kann nicht sagen, daß die tschechischen Sozialdemokraten keine Sozialdemokraten sind, wenn sie den Versuch machen, die Assimilation zu hindern. Wenn Hartmann sagte: „Jedem sein Recht! Auch uns unser Recht!“ müssen wir daran erinnern, daß die Deutschen in der glücklichen Lage sind, daß sie Rechte haben und keine Gefahr vorhanden ist, daß ihre Rechte in der Schule und auf anderen Gebieten verloren gehen. Leuthner hat den tschechischen Nationalismus geschildert; aber was er gesagt hat, war durchaus beeinflußt von dem, was sonst von bürgerlicher nationalistischer Seite gesagt wird. Genosse Leuthner war durchaus befangen von dieser bürgerlichen Ideologie. Wenn er uns davor warnte, der Zauberpfeife der Bauer und Renner zu folgen, so sagen wir ihm, diese Zauberpfeife ist uns lieber als die alte verkrachte und sehr bekannte Ideologie der bürgerlichen Deutschnationalisten. Was er ausgeführt hat, kennzeichnet sich schon in der Sprache als der Ausdruck dieser Ideologie. Er hat nie einen Unterschied zwischen tschechischen Kapitalisten und tschechischen Proletariern gemacht (Sehr richtig!), sondern nur von Tschechen schlechtweg sowie von Deutschen schlechtweg gesprochen. Das ist ein Kennzeichen der bürgerlichen Denkweise. Er hat die besonderen politischen Kennzeichen des tschechischen Nationalismus angeführt, aber es nicht für nötig gehalten, auf die wirtschaftlichen Tatsachen einzugehen. Es muß aber festgestellt werden als historische Wahrheit, daß den tschechischen Proletariern deutsche Bureaukraten und Fabrikanten als Unterdrücker erschienen sind und noch heute erscheinen.

Wenn Leuthner behauptet, daß soviel über nationale Fragen gesprochen wird, ohne daß die Tatsachen bekannt sind, hätte er doch selbst diese Tatsache nicht übersehen dürfen, die eine der wichtigsten für die Beurteilung der nationalen Verhältnisse ist.

Wenn wir den Vorschlägen Hartmanns und Leuthners folgen, würden wir uns auf eine sehr gefährliche Bahn begeben. Genosse Hartmann hat gesagt, es gibt deutschnationale Arbeiter, und er meint, es wäre möglich gewesen, auf sie einzuwirken, wenn wir über die nationale Frage anders zu ihnen gesprochen hätten. Aber Hartmann sagt selbst, es seien vielfach Leute, die nicht zum Klassenbewußtsein vorgedrungen sind. Dieses Klassenbewußtsein werden wir ihnen auf dem Wege von Hartmann und Leuthner nicht beibringen. Die Konkurrenz mit dem bürgerlichen Nationalismus werden wir niemals aufnehmen können. Wir werden diese Arbeiter nur gewinnen können, wenn wir auf die vereinigte Kraft der Kapitalistenklasse zeigen und sagen: „Das ist der Feind, gegen den ihr euch richten müßt!“

Wenn Leuthner gesagt hat, auch in der Schulfrage gebe es nur Machtfragen, man dürfe nicht nachgiebig sein gegen die Tschechen — natürlich wieder: Tschechen schlechtweg —, so führt uns das zu nichts anderem, als daß wir uns in die Pfade der nationalistischen bürgerlichen Politik begeben, daß wir zwar unabhängig von den tschechischen Genossen, aber um so abhängiger von den nationalistischen Parteien würden. Hartmann war im Keime das, was Leuthner dargestellt hat. Er ist auf dem besten Wege, das Widerspiel zu geben (Bauer ruft: Tusars!) zu dem, was auf tschechischer Seite aufgeführt wird. Wenn wir den Aufforderungen Leuthners entsprächen, gäbe es einen deutschen Separatismus gegenüber dem tschechischen. (Leuthner: Mein Programm ist das Brünner Programm!) Darin steht etwas anderes, als was Leuthner gesagt, und andere Gedanken haben den Brünner Parteitag bei seiner Abfassung geleitet, als Leuthner entwickelt hat. Auf dem Wege, den er empfiehlt, können wir nicht gehen. Wir müssen uns erinnern, daß höher als alle Fragen, die auftauchen, die Tatsache der Unterdrückung des Proletariats durch die heutige Wirtschaftsordnung steht.

Domes, der gesagt hat, daß die Separatisten keine Sozialdemokraten mehr seien, hat sie angeklagt, daß sie wegen Nichtübereinstimmung mit uns in einer sekundären Frage — so bezeichnet er die Dinge — die Einheit der Organisation der Arbeiterklasse gegen das Kapital gestört haben. Nun, sollen wir in denselben Fehler verfallen wie die Separatisten? Sollen wir diese Einheit übersehen und wegen der nationalen Querelen, wegen dieser sekundären Frage erklären, daß wir mit einer Partei, die trotz alledem eine Partei des Klassenkampfes ist, die als ihr Ziel die Vergesellschaftung der Produktionsmittel bezeichnet, nichts gemein haben wollen? Wenn wir deshalb eine deutschnationale Politik machen wollten, wäre das das direkte Widerspiel des Separatismus.

Deshalb halte ich es für zweckmäßig und im Interesse des Proletariats, daß wir durch Annahme der Resolution ohne die verballhornenden Vorschläge den Weg vorzeichnen, auf dem es zur Wiedervereinigung aller proletarischen Kräfte kommen muß, jetzt oder später. (Lebhafter Beifall.)

Austerlitz (Wien): An dem bisherigen Gang der Debatte erscheint mir nichts so charakteristisch als wie das Unvermögen so vieler Redner, sich bei der Betrachtung unserer Dinge der Eigenart der österreichischen Verhältnisse bewußt zu bleiben. Vielleicht ist das nicht gerade ein intellektuelles Unvermögen, es kann auch eine gewisse innere Unlust sein, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und dadurch gezwungen zu sein, sich von liebgewordenen Vorstellungen loszusagen. Was bedeutet das Wort: Internationalität? Als Ausdruck der Ideologie des Proletariats und der Klassenbedürfnisse des Proletariats kann es nur bedeuten, daß der Emanzipationskampf des Proletariats, der geführt wird gegen die Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum beruht, in allen Nationen dieselben Voraussetzungen, dieselben Bedingungen, dieselben Ziele des Kampfes hat und daß darum der Kampf, den die deutschen, die tschechischen, die französischen, die russischen Arbeiter führen, überall derselbe Kampf ist, der gleiche Kampf des Proletariats in allen Nationen, und soweit diese Nationen Staaten bilden, in allen Staaten. Die Gleichartigkeit und die Identität des Kampfes der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter, das nun ist die Internationalität des proletarischen Klassenkampfes, die Internationalität der Sozialdemokratie. Aber aus der Eigenart oder Unnatur der österreichischen Verhältnisse ist man dazu gekommen, in der Internationalität des Proletariats, des Proletariats der Nationen in Oesterreich, auch eine Antwort auf die österreichische Frage und womöglich auf alle österreichischen Fragen zu suchen: die proletarische Internationalität soll auch die Antwort auf die Frage sein, wie dieser Staat von seinen nationalen Wirren befreit und in einen normal funktionierenden bürgerlichen Staat übergeführt werden könnte. Aus der proletarischen Internationalität, deren Wesen in der Gleichartigkeit unseres Kampfes und in der Identität unseres Zieles liegt, wird so eine öster-

reichische Internationalität, die natürlich von unserem gemeinsamen Klassenkampf ausgeht, deren ursprünglicher Sinn der Zusammenschluß des kämpfenden Proletariats aller Nationen gegen ihre Ausbeuter ist, die man aber allmählich zu einer Formel auch für den kranken Staat, zu einem Heilmittel wider seine Wirren und Rückfälle zu entwickeln suchte. Aber hier beginnt die Schwierigkeit. Wir können in dem Urbegriff der Internationalität, in dem gemeinsamen Klassenkampf, immer einig bleiben; aber daß wir auch einig sein könnten in den Antworten auf alle Fragen, die der österreichische Jammerstaat aufwirft, das ist unmöglich. Wohl ist der Klassenkampf des Proletariats eine Realität, und sicher die gewichtigste; aber der Bestand der Nationen ist auch eine. Wohl sollen wir und können wir mit Ausdauer und Energie das Proletariat aller Nationen auf dem gemeinsamen Wege des Klassenkampfes erhalten; aber daß wir auf alle Fragen, die der bürgerlich-nationale Staat erzeugt, eine gleiche und eine gemeinsame Antwort geben können, können wir nicht hoffen. Deshalb sollen wir uns davor hüten, die proletarische Internationalität mit Aufgaben zu belasten, die ihr gemäß ihrer Natur fremd bleiben müssen; mit Aufgaben zu belasten, die nicht Aufgaben des Proletariats, die nur die Bedürfnisse des bürgerlich-kapitalistischen Staates sind. Das Heilmittel für das kranke Oesterreich haben wir nicht zu liefern. Vielmehr dienen wir dem hehren Gedanken der proletarischen Internationalität am besten, wenn wir ihn in seinem reinen Begriff belassen und ihm nicht Wirkungen zuschreiben, zum Beispiel die, daß wir Oesterreich „konsolidieren“ können, die ihm kraft seiner Natur versagt sind.

Was kann nun die sozialdemokratische Internationalität dem Proletariat in Oesterreich leisten? Die einheitliche, die e i n e Partei, wie sie das organisierte Proletariat eines national einheitlichen Staates ist, war die Sozialdemokratie in Oesterreich nicht, war es nie, obwohl wir lange eine Gesamtpartei besessen haben und obwohl diese Gesamtpartei nicht immer eine zusammenhanglose Vielheit der Einzelparteien war. Wohl war die Gesamtpartei in Oesterreich nicht eine Partei, wie sie etwa das Proletariat in Deutschland besitzt, obwohl auch dort die Autonomie der Landesparteien, der Organisationen jedes Bundesstaates, keine unbeträchtliche ist; und es wird auch nicht die Absicht des Wimberger-Parteitages, der die nationale Gliederung der Gesamtpartei festlegte, gewesen sein, die Selbständigkeit der Einzelparteien als Erstes und Unbedingtes zu setzen, die Gesamtpartei als Zufall zu erklären. Aber daß es schon lange so ist, daß die Einzelparteien als das erste und primäre erscheinen, die Gesamtpartei nur als ihre Summe, das zeigt ein Blick auf die Entwicklung des letzten Jahrzehnts. Und nachdem wir das feststellen, können wir nicht mehr dem Irrtum verfallen, daß wir wähnen könnten, eine Entwicklung, die nicht aus unserer bewußten Absicht geschehen ist, die vielleicht geschehen ist gegen unsere Absicht, die geschehen ist aus der lebendigen Kraft der Tatsachen, nun zurückschrauben und wieder dort einsetzen zu können, was durch die Verhältnisse längst beseitigt ist. Für die Nützlichkeit der nationalen Gliederung der Sozialdemokratie in Oesterreich hat Bauer in seinem scharfsinnigen Buch viele schlagende Argumente beigebracht; er hat ihre Notwendigkeit aus den Bedürfnissen der praktischen Arbeit, den Bedingungen der Agitation, aus den Unterschieden der Klassenlage des Proletariats der verschiedenen Nationen ausreichend dargetan. Ich gehe da noch um einen Schritt weiter: mir sind die Nationen in Oesterreich die wahre Realität Oesterreichs, seine echte Realität, wogegen der k. k. österreichische Staat weit mehr als ein bloßer geschichtlicher Zufall erscheint, den am wenigsten wir Sozialdemokraten als ein Naturnotwendiges ansehen werden. Ueberhaupt schon die Bezeichnung „österreichische“ Sozialdemokratie hat den unangenehmen Beigeschmack, daß sie zu sehr an das offizielle Oesterreich erinnert. Aber davon abgesehen, daß die Tatsache der nationalen Gliederung der Sozialdemokratie in Oesterreich, die Organisation der internationalen Sozialdemokratie

nach Nationen, durch die Gewalt der Entwicklung selbst gestützt ist, hieße meines Erachtens die internationale Gesinnung unserer Bruderparteien falsch einschätzen, ihr nationales Bewußtsein unterschätzen wenn wir von ihnen erwarten wollten, daß sie auf die nationale Gliederung verzichten, auf die eine und einheitliche Partei eingehen werden (Dr. Bauer: Das verlangt auch keiner!), wie es nun von manchen Seiten bei uns befürwortet wird. Wir wollen ihnen die Frage gar nicht stellen, die Antwort käme ihnen zu hart an. Damit hängt nun auch zusammen, ob wir, wie man es so vielfach und so leidenschaftlich begehrt, die „Beziehungen" zu der tschechoslawischen Partei „abbrechen" sollen und uns, nach Ausschluß der Tschechoslawen, zu einer neuen Gesamtpartei vereinigen sollen — zu einer Gesamtpartei freilich, in der das zweitstärkste Proletariat in seinem größten Teil gar nicht vertreten wäre. Wer bürgt uns, frage ich, dafür, daß die geschätzten Bruderparteien, für die die Frage des tschechischen Separatismus mehr eine Frage der Theorie als eine Frage des harten Lebens ist, für die sie nicht annähernd die Bedeutung besitzt, die sie für uns hat, zu demselben Schlusse kommen werden, den wir ziehen sollen? Und was soll geschehen, wenn sie sich weigern, die schlüssige Antwort zu geben, wie zu geben sie uns empfohlen wird? Sollen wir in dem Drange, die Konsequenzen ja nur ganz unerbittlich zu ziehen, etwa dann sagen, die Freunde meiner Feinde können meine Freunde nicht sein, und mit dem „Ausschließen" fortfahren?

Immer wieder müssen wir zu den Tatsachen zurückkehren, wie wir nur von ihnen ausgehen können. Und diese Tatsachen sind die Verschiedenheit der Nationen in Oesterreich und die dadurch bewirkte Verschiedenheit des Proletariats selbst. Leuthner hat uns soeben ein in Romantik und Poesie, Unklarheit und Scharfsinn (Lebhafte Heiterkeit) getauchtes Bild des tschechischen Nationalismus entworfen. Es war nicht sehr anschaulich, denn wenn es sonst das Bemühen des Sozialdemokraten ist, abstrakte Dinge konkret auszudrücken, so ist es die Gewohnheit Leuthners, konkrete Tatsachen abstrakt zu schildern. (Heiterkeit.) Und sein Prinzip besteht darin, Gegensätze zu einer Schärfe zu entwickeln und ins Bodenlose zu transponieren, wo dann nur noch die Spitzen sichtbar bleiben und das Fundament, das sie trägt, vollständig verschwunden ist (Lebhafte Heiterkeit), sonach er dann natürlich mit unfehlbarer Sicherheit behaupten kann, es bestehe überhaupt kein gemeinsamer Boden der Gegensätze und die Spitzen können einander niemals trennen und kreuzen und der Gegensatz sei für alle Ewigkeit gegeben. Aber aus dem Bedürfnis nach Uebertreibung, das Leuthners eigentlichstes Bedürfnis ist (Heiterkeit), in die Welt der wirklichen Tatsachen zurückgekommen, ist die Wahrheit die, daß der nationale Gegensatz allmählich anfängt, ein Gegensatz des Proletariats der verschiedenen Nationen zu werden. Wohl steht die nationale Bourgeoisie ununterbrochen in heftigster Fehde gegeneinander, aber dennoch sind ihre echten nationalen Differenzen gering. Weit mehr sind die nationalen Kämpfe der bürgerlichen Parteien der Niederschlag alter Gegensätze, deren Inhalt sich längst verflüchtigt hat, sie entspringen den demagogischen Bedürfnissen der nationalistischen Parteien, die auch Erstorbenes und Ueberwundenes wach erscheinen lassen müssen. Darin besteht aber der nationale Gegensatz nicht, daß den Nationen, soweit sie eigentlich gesiedelt sind, die ihrer Siedelung und Machtstellung entsprechenden staatlich-nationalen Rechte verliehen werden. Die nationale Frage ist heute fast ausschließlich die Frage der Minoritäten, und die Minoritäten sind fast überall ausschließlich Arbeiter. Deshalb erscheint heute die tschechische Sozialdemokratie als die eigentliche Trägerin der tschechischen Eroberungspolitik — wie man es immerhin nennen kann, wenngleich es kein Urteil und keine Verurteilung sein will, nur die Feststellung einer Tatsache ist. Natürlich werden es die Tschechen nie gelten lassen, daß sie auf Eroberung ausgehen, Eroberungen bezwecken; ihnen sind die Eroberungen eine Forderung der Gerechtigkeit, eine Forderung der Gleichberechtigung. Und da entsteht nun die Frage, die das Verhältnis der deutschen Partei zu

den Tschechen so stark beeinflußt hat: Wie hat sich die deutsche Sozialdemokratie zu diesen — ich behalte den Ausdruck bei, obwohl ich weiß, daß er ziemlich schief ist — Eroberungstendenzen der tschechischen Arbeiterschaft zu verhalten?

Wir sehen da zwei Strömungen, zwei Strömungen, die sich in vollem Gegensatz befinden. Auf der einen Seite sehen wir Genossen, und es sind das insbesondere die Gewerkschafter, denen die Dinge auf den Fingern brennen, die durch sie in ihren eigentlichen Aufgaben gehindert werden, die uns raten, wir mögen die tschechischnationalen Forderungen nur auf ihre Gerechtigkeit untersuchen und wenn wir sie aus einem nicht weiter bekannten Gerechtigkeitssystem als berechtigt befunden haben, so sollen wir uns nicht weigern, ihnen unsere volle Unterstützung angedeihen zu lassen, sie, soweit es von uns abhängt, ganz zu erfüllen. Es ist interessant, daß uns dieselben Genossen diese Politik anraten, die Politik, die allem nachgeben soll, was die Tschechen nur immer verlangen, welche auf der anderen Seite das Anwachsen der tschechischen Sonderwünsche als die Frucht der Nachgiebigkeit der deutschen Partei hinstellen, also von uns ein Maß der Nachgiebigkeit verlangen, das von ihnen sonst immer als Schwäche und Schwachmütigkeit bezeichnet wird. Und auf der anderen Seite hören wir wieder Stimmen, als deren neue Erscheinungen in der Partei sich heute die Genossen Hartmann und Leuthner vorgestellt haben, die uns den umgekehrten Rat geben, den Rat, daß wir jede tschechischnationale Forderung unbesehen zurückweisen sollen, in ihnen nur und ausschließlich Eroberungsgelüste erkennen müßten, die uns versichern, wir begeben uns auf ein abschüssiges Terrain, wenn wir uns auf sie als auf eine Frage der Gerechtigkeit im geringsten einlassen. Beide Auffassungen erscheinen mir falsch. Denn in der Politik sind quantitative Unterschiede immer auch qualitative, und eine Ansicht, die einer bescheidenen Begrenztheit richtig ist, wird unwiderruflich falsch, wenn sie über ihre natürliche Bedingtheit emporgetrieben wird. Es wäre falsch, wenn wir eine tschechische Forderung, weil sie von den Tschechen als Forderung der Gerechtigkeit ausgegeben wird, darum unbesehen akzeptieren müßten. Vielleicht sind wir einmal in diesen Fehler verfallen, wenn aber, dann ist er überwunden. Heute ist es jedenfalls so, wie es die Resolution Adler mit unübertrefflicher Klarheit feststellt: daß es die deutschen Sozialdemokraten abgelehnt haben, sich den nationalistischen Tendenzen der deutschen, nicht minder aber auch den nationalistischen Forderungen der tschechischen Bourgeoisie zu beugen. Doch nicht minder falsch wäre es, und die es raten, verfallen damit dem Gedankenkreis des bürgerlichen Nationalismus, wenn wir in allen Forderungen der nichtdeutschen Nationen nur Machtfragen erblicken und sie, ohne nähere Prüfung, rundweg abweisen wollten. Wir können nicht blindlings ja und dürfen nicht glattweg nein sagen, sondern bei der für unser Verhältnis zu den Bruderparteien so wichtigen Sache, inwieweit wir verpflichtet seien, nationalen Forderungen beizustimmen, sie zu unseren eigenen zu machen und für sie ernstlich einzutreten, ist die entscheidende Frage, ob die nationale Forderung in den Entwicklungstendenzen des Klassenkampfes liegt (Lebhafte Zustimmung), ob sie auf dem Wege des proletarischen Emanzipationskampfes liegt, ob sie proletarischen Notwendigkeiten oder ob sie bürgerlichen Machtbedürfnissen entspringt. Die nationale Frage so aufzufassen und so zu beurteilen, ist sozialdemokratische Internationalität (Lebhafter Beifall), das andere wäre tschechischer oder wäre deutscher Nationalismus!

Die tschechischen Separatisten haben dieses Prüfen und Wägen der nationalen Forderungen freilich längst aufgegeben, für sie ist heute jede tschechischnationale Forderung auch eine proletarische, auch ihre Forderung. Einmal galten nationale Schulforderungen nur so weit als sozialdemokratische Forderungen, als sie die Volksschule betrafen. Dann avancierten die Gymnasien zu sozialdemokratischen Forderungen, im Laufe der Zeit ist auch die Universität eine proletarische Forderung geworden. Und schließlich haben wir auch den Standort einer Universität als eine proletarische Angelegenheit erlebt. Und man hat sich nicht damit begnügt, die so gearteten „proletarischen“

Angelegenheiten zu eigenen sozialdemokratischen Forderungen zu erheben, immer ist man uns auch damit gekommen, wir seien verpflichtet, jede nationale Forderung der Tschechen, und trage sie das bürgerliche Machtbedürfnis noch so deutlich an der Stirn, zu der unseren zu machen und für sie mit unserer ganzen Kraft einzutreten. Es war das nicht immer die Auffassung der tschechischen Partei. Früher hat man sorgfältig unterschieden und als das nationale Interesse des Proletariats nur das begriffen, was in dem Rahmen unseres Befreiungskampfes liegt, in diesem unendlichen Rahmen, in den sich alles fassen läßt, was im Proletariat an Tatkraft, Scharfsinn, Leidenschaft, Enthusiasmus lebt, und man hat auch begriffen, daß die Durchsetzung nationaler Forderungen, und seien es selbst proletarische Forderungen, immer und überall das Werk der eigenen Kraft sein muß. Das aber ist die große Abirrung der tschechischen Sozialdemokratie, daß sie nun alles, was aus den Machtbedürfnissen der Nation als nationale Frage entsteht, bedenkenlos auch als ihre eigene Sache klassifiziert und den Kampf dafür als allgemeine sozialdemokratische Verpflichtung deklarieren möchte. Es scheint für sie hierin keine Grenze mehr zu geben. Hat man uns doch schon auch beweisen wollen, daß die Frage nach dem jeweiligen Quantum der tschechischen Minister eine Sache der Gerechtigkeit, eine Frage der Gleichberechtigung wäre (Heiterkeit), und wollte man doch von uns fordern, daß wir auch diese nackte Machtfrage der innerhalb der tschechischen Nation herrschenden Klassen als Gerechtigkeitsfrage auffassen und uns für die tschechischen Minister erhitzen sollen! Wobei die besondere Komik darin lag, daß damit die tschechischen Sozialdemokraten als die Vorkämpfer der zufälligen Praschek auftraten, die sie sonst als Verderber des Volkes erklären und bekämpfen! Mit dergleichen „nationalen" Forderungen haben wir nichts zu schaffen und wollen mit ihnen nichts zu tun haben. Soweit die nationalen Kämpfe bürgerliche Machtfragen sind, können sie niemals Sache des Proletariats werden. Ich lehne es ab, obwohl ich ein guter Deutscher zu sein glaube, mich in dem nackten Machtkampf auf die Seite zu stellen, wo die deutschen Nationalisten stehen, aber ebensowenig werden wir uns auf die Seite stellen, wo sich die tschechischen Nationalisten sammeln. Es ist nicht der falsche Schein, in den wir geraten könnten, der uns abhält, sondern in dem bürgerlich-nationalen Machtkampf Partei zu ergreifen verwehrt uns unsere proletarische Internationalität. Wir stehen zur Seite dem Proletariat aller Nationen in seinen Lebensfragen, aber an dem nationalen Eroberungskampfe wollen wir keinen Teil haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Angesichts dieser Stellung der deutschen Sozialdemokratie war es eine peinliche Ueberraschung, von dem Genossen Hartmann einen Vorwurf zu vernehmen, der aus dem Sprachschatz unserer Gegner, der geradezu, ich will den Genossen Hartmann beileibe nicht persönlich beleidigen, aber ich muß es sagen, aus dem Verleumdungskatalog unserer nationalistischen Feinde geholt ist, den Vorwurf nämlich, daß sich die deutsche Sozialdemokratie den Kulturforderungen der eigenen Nation gegenüber gleichgültig, ja feindselig verhalten habe. Das ist nicht wahr; niemals haben die deutschen Sozialdemokraten deutschen Kulturforderungen die werktätige Förderung versagt. Wahr ist aber, daß die deutschnationale Politik unserer Tage nur negativ ist, daß sie heute in nicht mehr als im Abweisen und Bekämpfen der nationalen Forderungen der nichtdeutschen Völker besteht. Aber so sehr wir von der deutschen Kultur durchdrungen sind und von dem Eifer erfüllt, ihr Ausbreitung und Vertiefung zu verschaffen — unsere halbe Lebensarbeit ist dem gewidmet — so wenig können und werden wir das Lebensrecht jeder Nation leugnen. Der nationalistische Krieg um die Macht, um die Macht für die herrschenden Klassen, kann nie unsere Sache, die Sache der internationalen Sozialdemokratie sein.

Und nun wenden wir diese Anschauungen auf unsere Frage an. Was feststeht und was als gleichermaßen fundamentale Tatsache feststeht, ist zweierlei: daß auf der einen Seite die politische Entwicklung nach Dif-

ferenzierung drängt, daß also diese Wahrheit auf Oesterreich angewendet, die Entwicklung zu der Selbständigkeit der Nationen, zur nationalen Autonomie drängt, woraus sich für uns eben die nationale Gliederung der Sozialdemokratie in Oesterreich ergibt; daß aber auf der anderen Seite die ökonomische Entwicklung zum Zusammenschluß führt, daß also der ökonomische Zusammenschluß, was eben die Gewerkschaftsbewegung ist, eine aus der ökonomischen Entwicklung selbst hervorgehende Tatsache ist. Daraus werden nun zwei entgegengesetzte Schlüsse gezogen. Die einen wollen die Quelle des gewerkschaftlichen Separatismus in der politischen Sonderung erblicken. Und da wir die gewerkschaftliche Einheit brauchen, und die Gewerkschaftsbewegung nur die andere Erscheinung der Immanenz des Klassenkampfes ist, so ziehen sie daraus den Schluß, daß wir die nationale Gliederung der Sozialdemokratie aufgeben müssen und zu der einen einheitlichen Partei streben sollen, die der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation entsprechen würde. Das sagen, wenn auch noch schüchtern und zaghaft, unsere Gewerkschaftsführer. Aber man soll mit den Fehlvoraussetzungen vorsichtig sein, weil man sonst dem Gegner die Möglichkeit zu Fehlschlüssen liefert. Denn die Separatisten ziehen daraus den umgekehrten Schluß: wenn die Gewerkschaftsorganisation der politischen Gliederung entsprechen müsse, sagen sie, so müsse, da die nationale Gliederung der Sozialdemokratie in Oesterreich ein Faktum und überdies unerläßlich sei, die gewerkschaftliche Organisation ihr folgen und gleichfalls national gespalten werden. Nun begreife ich den Wunsch, den unseligen Separatismus bis in seine letzten Schlupfwinkel, bis in seine letzten Quellen zu verfolgen. Aber auch das als Separatismus ächten zu wollen, was die Logik der Entwicklung ist, also hier die nationale Gliederung der politischen Partei, wäre gefährlich: damit würde nur den Separatisten gedient. Er würde als die natürliche Folge erscheinen, er, der im Gegenteil eine Vergewaltigung der Entwicklung ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Der gewerkschaftliche Separatismus ist nicht weniger als die Preisgebung proletarischer Interessen, und zwar der allerersten und allerunmittelbarsten proletarischen Interessen zugunsten der nationalen Ideologie. Der Separatismus kennt nur noch die Ideologie der ungeteilten tschechischen Nation, und kennt nicht mehr den Zusammenhang des proletarischen Klassenkampfes. Er sieht nur noch das Tschechentum, und sieht nicht mehr den Klassenkampf, den Klassenkampf, der ebenso unerbittlich trennt, wie er unzerreißbar bindet. Deshalb ist der gewerkschaftliche Separatismus eine Tendenz gegen die ökonomische Entwicklung selbst. (Lebhafte Zustimmung.) Er ist der blindwütige Versuch, die ökonomische Entwicklung aufzuhalten, ja sie zurückzuschrauben, um aus ihr Instrumente einer nationalen Ideologie zu machen, der das äußerliche Prestige der Partei mehr am Herzen liegt als die Lebensinteressen des Proletariats. Deshalb kann der gewerkschaftliche Separatismus nicht siegreich bleiben: die ökonomische Entwicklung und der aus ihr hervorgehende Klassenkampf des Proletariats sind wider ihn (Lebhafter Beifall), und sie werden die Hemmnisse beseitigen, die Einsichtslosigkeit und Eitelkeit dem wirtschaftlichen Kampfe des Proletariats bereitet haben.

Es ist viel über einzelne Worte und Sätze der Resolution gesprochen worden. Mir ist der Wortlaut einer Resolution nicht wichtig. Ich war nie ein Buchstabengläubiger und werde nicht glauben, daß es darauf ankommt, in welcher Wortfassung wir unseren Willen aussprechen, daß die einzelnen Sätze, mit deren Umstilisierung jetzt soviel Scharfsinn beschäftigt ist, dafür bestimmend sein werden, in welchem Geiste, mit welchem Grade von Entschlossenheit wir aus diesem Parteitag herausgehen werden. Worauf kommt es bei der proletarischen Internationalität vor allem an? Zum wenigsten besteht die Internationalität in den jeweiligen Gemeinschaftsinstitutionen, immer hat sie bestanden und immer wird sie bestehen in dem gleichen Grade, in der gleichen Intensität des Wunsches, des Bedürfnisses nach der proleta-

rischen Solidarität. Und das ist in Wahrheit die große Sünde der Tschechoslawen an der Sozialdemokratie: nicht daß sie alle Gemeinschaftsinstitutionen umgebracht haben, ist das Aergste, obwohl es weiß Gott schlimm genug ist; das Schlimmste ist, daß sie bewußt daran arbeiten, in dem tschechischen Proletariat das Gefühl für die proletarische Solidarität abzutöten, zu ersticken, die proletarische Solidarität überhaupt nicht mehr verstehen. Was Liebe zu dem anderen Proletariat ist, das Interesse und die Sorge auch für die Entwicklung der anderen, alle echte proletarische Solidarität ist ihnen fremd und nur wie ein schmutziger Händler fragen sie: „Was habe ich davon?" (Stürmischer Beifall.) Und was sie vor uns als nationalen Lebenskampf ausbreiten möchten, wovon sie uns einreden wollen, es seien die höchsten proletarischen Notwendigkeiten, das sind im letzten Grunde nur die Interessen niedriger Politik, nur der kleinliche Wunsch, sich die Agitation, den Kampf gegen die nationalistischen Konkurrenten so bequem als möglich zu machen, dies ist im letzten Kern der tschechische Separatismus. (Stürmischer Beifall.) Während wir deutschen Sozialdemokraten immer den Stier bei den Hörnern fassen und uns am liebsten in den dichtesten Kugelregen des Nationalismus begeben und ihn dort zu fassen suchen, wo er für die Entwicklung des Proletariats am schädlichsten ist (lebhafter Beifall), fragt die tschechoslawische Sozialdemokratie immer nur: „Was könnten uns die Gegner anhaben, wenn wir nicht genug national erscheinen würden?" Sie haben den Mut verloren, gegen den Nationalismus zu kämpfen, und darum haben sie die Kraft und Energie verloren, die nationalistische Verseuchung, der sie erlegen sind, zu erkennen und sich und das Proletariat von ihr zu befreien. (Stürmischer Beifall.)

Die Internationalität ist kein Geschenk, das uns vom Himmel fällt, das uns die Götter in den Schoß legen. Nur durch harte Arbeit können wir sie erringen, und als ein wahres Gut des Proletariats können wir sie nur besitzen, wenn in dem Proletariat jeder Nation das gleiche Bedürfnis nach ihr lebt, wenn sie überall als die Bedingung unserer gesamten Vorwärtsentwicklung erkannt wird. Nur dann haben wir die wahre Internationalität, wenn überall mit eiserner Selbstzucht für sie gewirkt, um sie gekämpft wird; aber dann wird sie sich auch bewähren und vor ihr wird alles in nichts zurücksinken, was die kleinen, nichtigen Augenblicksinteressen hervorgebracht haben. Ueber den Separatismus wird die proletarische Solidarität siegreich wegschreiten. (Stürmischer Beifall.)

Abgeordneter **Seliger**: Sie haben fast unmittelbar hintereinander zwei Genossen gehört, die mit glänzender Rhetorik das Wesen des Separatismus dargelegt haben. Mein Sinn ist weniger der Theorie zugewendet und ich muß mich darum ausschließlich auf das praktische Gebiet begeben. Ich stehe mitten drin in den Ereignissen, von denen wir hier sprechen, und ich bin nicht nur in einem Lande, wo die deutschen Sozialdemokraten mit tschechischen Separatisten zusammenstoßen, sondern auch in einem Orte, wo die Gegensätze unmittelbar aneinanderprallen. Darum möchte ich mich mit aller Schärfe gegen eine Bemerkung wenden, die hier gefallen ist. Hartmann hat gesagt, daß wir deutschen Sozialdemokraten das Interesse haben, die Assimilation, die *Assimilierung der Minoritäten* durchzusetzen. *Ich weise diesen Gedanken auf das allerschärfste zurück.* Nicht nur darum, weil er die Auseinandersetzung zwischen uns und den Separatisten auf das schärfste vergiftet, sondern auch darum, weil er nicht wahr ist. Wir haben dieses Interesse nicht. Ich sage das mit ganz besonderem Nachdruck, weil uns in dem Kampfe immer unterstellt wird, wir wollten die Assimilierung der in das deutsche Sprachgebiet zugewanderten Arbeiter durch positive Politik durchsetzen. Gegen diese Unterstellung müssen wir uns mit Klauen und Zähnen wehren, das heißt ja uns in einen Topf werfen mit den deutschen Nationalisten, man kann den deutschen Sozialdemokraten keinen größeren Schimpf antun als das. Wir haben ein Interesse, ein ganz bestimmtes Interesse an

der Assimilierung, insoweit es diktiert ist durch unser Klassenbedürfnis, in den politischen, gewerkschaftlichen und tausendfältigen anderen Fragen unseres Emanzipationskampfes uns mit den zugewanderten tschechischen Arbeitern verständigen zu können. Wir haben ein Interesse an der Assimilierung, als wir wünschen, daß tschechische Kinder, die in das deutsche Sprachgebiet kommen, erzogen werden im Umgang mit Deutschen, erzogen werden so, daß sie eine möglichst große Masse von Bildung aufnehmen, was die Voraussetzung ist, daß wir ihre Herzen und Hirne für unsere Idee erobern können. Das ist eine Sache, über die wir uns mit den tschechischen Genossen einmal werden auseinandersetzen müssen. Wenn man aber sagt, wir haben ein Interesse, die Assimilierung durchzusetzen, weckt das den Gedanken, daß wir ein Interesse hätten, Politik zur Assimilierung zu machen. Ich glaube, wir deutschen Sozialdemokraten haben nur das Interesse, daß nichts geschehe, was die Anpassung der Zugewanderten mindern könnte, was die Verhinderung dieser Anpassung bewirkt. (Renner: Und was auch die individuelle Freiheit beschränken würde!) Auch das und viele andere Gründe haben wir. So einfach liegt diese Sache nicht.

Austerlitz hat uns auseinandergesetzt, was für Tendenzen in Erscheinung kommen. Er hat davon gesprochen, daß die tschechischen Arbeiter in dieser Frage die Eroberungstendenzen übernommen haben, die die Eroberungstendenzen des tschechischen Bürgertums und der ganzen tschechischen Nation sind. Ich glaube, der Ausdruck ist nicht ganz richtig. Meine Erfahrung im praktischen Leben hat in mir die Ueberzeugung gefestigt, daß die durch die praktische Wirksamkeit der Genossen ausgedrückten Tendenzen im deutschen Sprachgebiet sich darin erschöpfen, nicht zu erobern, sondern nur was zugewandert ist, zu erhalten.

Wenn Sie nun die Aufgabe übernommen haben, Ihrer Nation jeden Mann zu erhalten und das mit diesen und jenen Mitteln durchzusetzen, so wirkt das auf der anderen Seite allerdings nicht als Werk der Erhaltung, sondern als eine Eroberung fremdnationalen Bodens. Das Zuwandern, das Durchsetzen des deutschen Sprachgebietes mit fremdsprachigem Element, vereint mit dem Bestreben, diese zugewanderten Arbeiter der eigenen Nation zu erhalten, tritt auf der anderen Seite in Erscheinung als Bestreben, deutschen Boden für die tschechische Nation zu gewinnen. Wenn wir uns in dieser Frage nicht mit den tschechischen Genossen einigen können, begeben wir uns doch nicht auf das Gebiet der bürgerlichen nationalen Politik. Wenn wir uns auf das gleiche Gebiet begeben würden, wäre es unmöglich, bei der Eigenheit dieser Frage jemals zu einer Verständigung zu kommen. Darum weise ich die Ausführungen Hartmanns auf das entschiedenste zurück.

Hueber hat in seinen Ausführungen nicht deutlich ausgesprochen, aber folgendes angedeutet: Wir sollten den Separatisten in politischer Hinsicht nachgeben; vielleicht, er hat das auch angedeutet, in gewissen Schulfragen, damit wir gewerkschaftlich darunter nicht leiden. Wer etwa so denkt, ist völlig im Irrtum, wenn er glaubt, daß wir damit die Ruhe erkaufen können; wäre es möglich, so würde nur eine andere Wirkung eintreten, die uns nicht weniger unangenehm wäre. Will Hueber auch einen Separatismus auf deutscher Seite? Parole und taktische Eingebung Huebers scheint zu sein: Jokele, geh du voran, du hast die größten Stiefel an. Wir haben auch darin unsere Erfahrungen; wir wissen, was das Nachgeben in manchen Dingen für Wirkung erzielt hat in der Auffassung der deutschen Genossen.

Es ist einfach nicht möglich, daß wir vor den deutschen Genossen nachgeben könnten gegenüber jenen, die von einer Gemeinschaft nichts mehr wissen wollen. Wir haben heute die Angriffe gehört auf die Parteivertretung, auf die „Arbeiter-Zeitung“, auf unsere Presse im allgemeinen, und immer war es ja dasselbe: Ja, wenn wir den Separatismus schon früher bekämpft hätten, wenn wir ihn nicht ge-

duldet hätten! Wir haben sogar Redensarten gehört, wir hätten das Kind nicht so sehr verwöhnen sollen. Wer so spricht, kann nur sprechen aus dem Mangel einer richtigen Beurteilung des Verhältnisses der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien zueinander. Sind denn die deutschen Sozialdemokraten je Vater oder die Mutter irgend einer anderen sozialdemokratischen Partei gewesen, und wenn sie es gewesen wären, kann man heute noch von der Möglichkeit eines solchen Verhältnisses sprechen, daß wir in der Lage wären, andere Parteien zu bemuttern? Wir müssen uns endlich klar darüber sein, daß wir deutschen Sozialdemokraten eben eine eigene Partei, die Partei der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich sind, die zu den sozialdemokratischen Parteien der anderen Nationen im Verhältnis von Macht zu Macht stehen, daß wir uns über die strittigen Fragen auseinandersetzen müssen und daß es ebenso schwer und unmöglich ist, die anderen wie irregegangene Kinder auf den richtigen Weg zu leiten, wie es mir unmöglich scheint, durch irgendwelchen Kampf das durchzusetzen, was wir wollen.

Wie kann der Separatismus als Idee, als die er lebt, heute in der Masse der tschechischen Arbeiter umgebracht werden? So ist doch die Sache nicht, daß wir irgendwelche Repressalien üben. Er kann nur umgebracht werden innerhalb des tschechischen Proletariats. Da werden Sie vielleicht sagen, wie wir es ja schon gehört haben: Ja eben darum ist die neue Partei da, die ihn umbringen soll. Ich habe das gleiche Maß von Liebe, Wertschätzung und Achtung zu jenen Genossen, die den Mut hatten, in den Grenzen des tschechischen Proletariats den Gedanken der Internationalität, vor allem in den Gewerkschaftsorganisationen zu verteidigen, aber die Kraft traue ich ihnen doch nicht zu, von außen her die Macht zu brechen, die in den 350.000 Stimmen liegt, die ihr politisches Bekenntnis zur tschecho slawischen Partei abgelegt haben. Ich bin der Meinung, daß die Wiedereroberung für jenen Internationalismus, wie ihn uns Genosse Austerlitz hier aufgezeigt hat, im Innern dieser großen Masse tschechischer Proletarier vor sich gehen muß und vor sich gehen wird. Es ist doch falsch, sich die Entwicklung so vorstellen zu sollen, daß man etwa sagt: Wir wollen uns mit den tschechischen Genossen zusammensetzen und den Separatismus abschaffen. Nein, er ist in dem geistigen Leben der großen Masse der tschechischen Arbeiter so tief verankert, daß das tschechische Proletariat selbst eine geistige Entwicklung durchmachen muß, bevor es den Separatismus wieder los wird. (Dr. Bauer: Diese Entwicklung zu fördern, ist die Aufgabe der Zentralisten.) Ich habe nichts dagegen, aber ich glaube nicht, daß man alles auf diese Karte setzen sollte, man könnte leicht das Spiel verlieren. Der Separatismus wird überwunden werden. Die Ueberwindung wird sich nicht mit einemmal und vor allem nicht in der Form eines großen, nach außen hin sichtbaren Ereignisses vollziehen. Er wird sich in dem Maße vollziehen, als einzelne autonomistische Organisationen nicht imstande sein werden, die ökonomischen Klassenbedürfnisse des tschechischen Proletariats zu erfüllen.

Darum glaube ich, dürfen wir nichts tun, was dazu führen könnte, diesen Prozeß, der sich vollziehen wird, etwa aufzuhalten oder hinauszuschieben dadurch, daß wir, wie das vielfach gesagt worden ist, deklarieren: Wir erkennen euch nicht mehr als Sozialdemokraten an. Ich glaube, ein Akt der Ausschließung der Separatisten aus der Internationale, wenn er möglich wäre, würde den Beginn dieses Prozesses weit hinausschieben, er wäre im letzten Grunde ein Schlag gegen uns selbst. Ich glaube also, auf einen solchen Weg dürfen wir uns nicht begeben und vor allem dürfen wir für die Zukunft die Geduld nicht verlieren. Selbst wenn es möglich wäre, daß unsere neue tschechische sozialdemokratische Partei dieses Werk der Wiedereroberung vollbringen könnte, so traue ich dieser neuen Partei zu, in einer absehbaren Zeit vielleicht 350.000 Indifferente dem Sozialismus zuzuführen, aber die in dem Gedanken des Separatismus Befangenen

überzuleiten zu der Auffassung des Internationalismus, die allein standhalten kann, das wird eine noch viel schwerere Aufgabe sein. Darum ist es das erste taktische Gebot für uns, Geduld zu bewahren und nichts zu unternehmen, was die Gegensätze verschärfen kann. (Beifall.)

Dr. Deutsch (Wien): Bevor wir zum Parteitag gegangen sind, haben wir uns die Diskussion ganz anders vorgestellt, als sie tatsächlich ist. Wir haben gemeint, es werde vor allem darüber gesprochen werden, wie das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den beiden tschechischen Parteien sich gestalten soll. Wir haben nun gesehen, daß diese Frage hier ganz in den Hintergrund getreten ist. Deshalb, weil durch die von Doktor Adler vorgelegte Resolution den beiden Strömungen in unseren Reihen, die teils auf Abbruch der Beziehungen mit der alten tschechischen Partei drängen, teils sich mit der Anerkennung der neuen Partei begnügen, so ziemlich Rechnung getragen wurde. Die Resolution verurteilt den Separatismus, verurteilt in vieler Beziehung die alte tschechoslawische Partei und sie anerkennt unumwunden die neue Partei. Nun gibt es aber auch hier vereinzelte Stimmen, welche verlangen, man solle die Beziehungen zu der alten Partei abbrechen. Es scheint mir unmöglich, einen solchen Beschluß zu fassen, ganz abgesehen davon, ob die Beziehungen zu dieser Partei gegenwärtig gering sind oder nicht. Wir müssen uns vor allem fragen: Wie würde ein derartiger Beschluß auf die *tschechischen Arbeiter* wirken? Wir reden immer nur von der Wirkung eines solchen Beschlusses auf die deutschen Arbeiter, aber wir haben auch eine Verpflichtung gegenüber den tschechoslawischen Arbeitern, die im Lager des Separatismus stehen. Die Wirkung wäre meiner Ansicht nach die, daß der nationalistische Geist, der zweifellos drüben ist, noch verstärkt würde; davor müssen wir uns hüten. Wir dürfen nicht den nationalistischen Zug noch dadurch verstärken, daß wir uns den Anschein geben, als ob wir Gegner der tschechischen Arbeiter wären, und so würde ihnen unser Beschluß erscheinen. Nachdem aber diese Fragen, wie ich glaube, heute nicht im Vordergrund der Diskussion stehen — es liegt ein von einem Parteitagsredner gestellter *Antrag*, die Beziehungen abzubrechen, gar nicht vor — so brauchen wir darüber uns auch nicht ausführlich auseinanderzusetzen. Nur so viel sei bemerkt: Ein Beschluß, die tschechoslawische Partei als außerhalb der Internationale stehend zu betrachten, ist für uns deutsche Sozialdemokraten aus formalen und prinzipiellen Gründen nicht möglich und er wird nicht gefaßt werden können. Wir können es nicht verantworten, daß der ohnehin deutschfeindliche Teil, der als historischer Niederschlag im tschechischen Volke besteht, noch durch einen solchen Beschluß vermehrt würde. Wir könnten einen solchen Beschluß nur fassen, wenn wir den Separatismus überhaupt als eine menschliche Verirrung auffassen würden, was er aber tatsächlich nicht ist. Er ist *keine Entgleisung einzelner Personen*, wie es überhaupt falsch ist, zu sagen, die tschechoslawischen Parteiführer haben den Separatismus emporgezogen. Die Führer sind ja in der Regel, und bei den tschechischen Separatisten ganz bestimmt, die Geführten der Masse. Emporgezogen hat den Separatismus nicht irgend ein Führer, sondern die Masse der tschechischen Arbeiter, die selbst noch von nationalistischen Ideen befangen sind und sein müssen als Produkt einer langen Entwicklung. Wir können also nicht sagen: Wir werden hier dem Separatismus auf den Leib rücken, weil wir uns der Erkenntnis nicht verschließen können, daß wir wohl verpflichtet sind, gegen den Separatismus als eine uns feindliche Ideologie zu kämpfen, daß es aber unmöglich ist, den Separatismus, der ja ein historisch bedingtes Entwicklungsprodukt ist, zu besiegen. Der Separatismus wird nicht besiegt werden von der deutschen Sozialdemokratie, schwerlich auch von der neuen Partei. Er wird besiegt werden durch die ökonomische Entwicklung, die dazu *zwingt*, der wachsenden Unternehmermacht geeinte internationale Gewerkschaften entgegenzustellen. Ich glaube, wir Marxisten, die wir auf dem Standpunkt stehen, daß die ökonomische

Entwicklung es ist, die die Ideen gestaltet, dürfen uns der Einsicht nicht verschließen, daß schließlich die Entwicklung auch dahingehen wird und muß, den Separatismus zu überwinden.

Nun möchte ich auf jenen Teil der Frage zu sprechen kommen, der heute im Mittelpunkt der Diskussion steht und von den Genossen Leuthner und Hartmann aufgeworfen wurde. Es war für alle Zuhörer ein eigenartiges Gefühl, als wir hier den Nationalismus, wenn auch in reiner, geläuterter Form, verkünden hörten, und es war nicht gut anders möglich, als daß wir uns sagten: Es ist in der deutschen Partei eine starke nationalistische Strömung bemerkbar, die allerdings glücklicherweise nicht die Herrschaft hat. Was beide Genossen ausgeführt haben, entspricht gewiß den Empfindungen vieler Genossen draußen. Wir sehen, daß sich als Reaktion gegen den Nationalismus auf tschechischer Seite ein Nationalismus auf deutscher Seite entwickelt. Was Tusar und Vaněk drüben sind, sind nicht Leuthner und Hartmann bei uns, aber ihre Ideen müssen in der letzten Konsequenz dorthin führen, wo jene beiden stehen. Aber nicht nur diesen beiden Redner, sondern auch andere, die auf dem Boden der Internationale stehen, haben das Erstarken des Nationalismus konstatieren müssen. Ja, nach den Ausführungen des Genossen Austerlitz würde es scheinen, als ob das Proletariat in der gegenwärtigen Situation mehr noch als andere Klassen von nationalen Fragen berührt würde. Darin liegt ein Körnchen Wahrheit. Wir wissen, daß die alte Internationale, wie sie früher bestanden hat, nicht mehr besteht, nicht nur in der Form. Sie existiert auch nicht mehr in den Köpfen des Proletariats und ich glaube, wir könnten zu ihr auch nicht mehr zurückkehren. Die alte Internationale ist tot. Freilich, es gibt Leute, die das nicht glauben wollen, zum Beispiel Genosse Straßer. Er weiß wohl, daß sie tot ist, aber er meint, sie wird auferstehen vielleicht am Tage der großen Weltenwende. Sie wird nicht auferstehen, und wenn man es auch nicht glaubt, daß sie tot ist, so wird man sie doch nicht zum Leben erwecken. Die Entwicklung kann sich nicht nach rückwärts bewegen, sie geht vielmehr nach vorwärts. Die alte naive Internationale mit dem leisen antinationalen Anhauch ist tot und als Gegengesetz zu ihr entwickelt sich nun ein ziemlich starker Nationalismus. Diesem Nationalismus müßten wir in der Tat erliegen, wenn nicht neue internationale Gedanken über ihn hinausführten. Und das ist glücklicherweise der Fall. Genosse Leuthner faßt Nationalismus und Internationalismus als zwei absolute Begriffe auf, zu denen wir Stellung nehmen müssen, die wir nur zur Gänze aufnehmen oder verwerfen können. So sind aber die Dinge nicht. Wir sehen vielmehr, wie sich diese Begriffe unter unseren Händen wandeln. Die alte Internationale war im Hegelschen Sinne die These, ihr gegenüber stellt sich der Nationalismus als Antithese; aber aus der These und der Antithese wird sich die Synthese entwickeln, die neue Internationale, die wohl das Recht der Nationen anerkennt, aber über sie die internationale Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes des Proletariats stellt. So können wir mit Beruhigung in die Zukunft schauen, denn die neue Internationale, der wir zustreben, und durch die ökonomischen Faktoren gedrängt, zustreben müssen, macht es unmöglich, daß wir zu nationalistischen Ideologien kommen. Es macht sich die Erkenntnis Bahn, daß wir als internationale Sozialdemokraten, daß wir durch den gemeinsam geführten Kampf der Arbeiter aller Nationen am besten für unsere nationale Kultur wirken. (Sehr richtig!) Wenn das zur Wahrheit würde, was sich Leuthner vorstellt, so würden unsere Gewerkschaften schwer beeinträchtigt sein, denn es würden sich in letzter Konsequenz neben der tschechischen die deutsche Gewerkschaft entwickeln, was unsere Arbeiter in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum schwer schädigen würde. Aber das wird nicht eintreten und wir können mit Zuversicht in die Zukunft

schauen. Wenn auch eine zweifellos starke nationalistische Strömung auf beiden Seiten herrscht, so kehren wir nicht zur alten Tradition zurück. Fortschritt wollen wir, Fortschritt zur neuen Internationale, die sich aufbaut auf die nicht zum mindesten durch die Sorge um unsere große nationale Kultur getragene Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung. Die alte Internationale ist gestorben, es lebe die neue Internationale des klassenbewußten Proletariats! (Beifall.)

Dr. Renner (Wien): Die Diskussion ist etwas abgeirrt. Wir späteren Redner haben es außerordentlich schwer, sie wieder auf den ursprünglichen Plan zurückzuführen. Die Genossen Hartmann, Leuthner und Austerlitz haben die allgemeine politische Bedeutung des Nationalismus in Oesterreich und für die Welt hereingezogen, ein Thema, für das nicht zwanzig Minuten, vielleicht auch nicht zwanzig Stunden ausreichen würden. Es ist die spezielle Frage des Separatismus in den Gewerkschaften und der Anerkennung der tschechischen Partei, die uns heute beschäftigt, und in diesem engen Rahmen können wir nicht unser Nationalitätenprogramm erörtern. Diese Erörterungen haben uns allerdings gezeigt, daß unter einem Dach sehr verschiedene Bewohner hausen und daß eine dringende Notwendigkeit für uns sein wird, wenn wir uns nur selbst klar werden wollen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage zu stellen, die Gewissensfrage: Was ist uns Nation und was ist noch Sozialismus gegen Nation? Ich kann mich auf diese Frage hier nicht einlassen, möchte aber doch einiges richtigstellen, schon damit es nicht scheine, als seien jene Behauptungen unwidersprochen geblieben. Genosse Austerlitz, der uns in der Bekundung seines wahren internationalen Gefühls allen aus dem Herzen gesprochen hat, hat im Anfang eine scharfsinnige Unterscheidung gemacht zwischen dem Urbegriff des Internationalismus in der ganzen Welt und dem speziellen österreichischen Begriff der Internationale in Frage. Es ist die Internationalität in unserem eigenen Hause, im Hause des Proletariats in Oesterreich, nicht im österreichischen Staat angefochten, es ist die Internationalität unserer proletarischen Aktion im Kern getroffen, so schwer getroffen wie niemals. Diese Frage ist so viel wichtiger als die österreichische Internationalität, daß wir Oesterreich am besten gar nicht hereingezogen hätten, weil die Heranziehung politischer Momente uns eher verwirrt, als daß sie aufklärt. Genosse Leuthner hat uns nach den so klaren und durchsichtigen Ausführungen des Genossen Bauer, die man mit einem ruhig fließenden Bergwasser vergleichen kann, ein blendendes Feuerwerk vorgeführt, ein Feuerwerk, das eine Weile blendet, aber hoffentlich nicht verblendet. Ich kann natürlich nicht, weil man einen Knoten in einer Sekunde schlingen, aber nicht in einer Stunde auflösen kann, mich ausführlicher darauf einlassen. Nur einiges zur Erwiderung.

Genosse Leuthner hat ausgeführt, alle die scheinwissenschaftlichen Formeln, die die Zauberkünstler, diese Rattenfänger, wie er uns genannt hat, vorgeführt haben, beweisen nichts, denn in politischen Kämpfen hat die Wissenschaft überhaupt zu schweigen. Das sind Machtfragen. Ich wundere mich über diese Ausführungen des Genossen Leuthner. Es ist ja wahr, politische Fragen sind Machtfragen und Interessenfragen; aber es besteht nicht gerade der große Vorzug einer gewissen Wissenschaft darin, daß sie die Kenntnis von den Interessen und die Kenntnis von den Mächten gibt? Es gibt eine Wissenschaft, den Marxismus, der nicht Ideen und dergleichen zu seiner Grundlage macht, sondern der ausgeht von den Interessen und von den realen Machtfaktoren der Gesellschaft, der sie erforscht, der ihre Stärke zu ermessen sucht, der irren kann im einzelnen Falle, dessen Wesen es aber ist, daß er geradezu die politische Wissenschaft ist. Wir fragen nicht, was gerecht ist, gewiß eine interessante Frage, aber sie beweist nichts. Wir fragen, was das reale Interesse der proletarischen Bewegung erheischt. Wir fragen auch gewissenhaft, was das reale Interesse

der Nation ist, und daraus suchen wir zu erforschen, welche Faktoren uns tragen ... (L e u t h n e r: Das wird wenig frommen bei Tagesfragen.) Auch in Tagesfragen erscheinen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Ich will den Katalog der machtbestimmenden Faktoren des Genossen Leuthner nicht prüfen: Pfarrer, Lehrer ... Aber es haben darin die Klassen gefehlt. (L e u t h n e r: Ich habe doch nur die Gegeninstanzen gegen das Buch von Bauer angeführt, seine Instanzen habe ich übernommen.) Hoffentlich ist das Interesse der Klassen auch in Oesterreich noch ein Machtfaktor, und hoffentlich gehen sie nicht unter in den Floskeln nationalistischer Rhetorik, in den Attrappen nationalistischer Rhetorik. (Heiterkeit und Beifall.) Es war ein sonderbarer Appell, den Genosse Leuthner an uns richtete. Wir sollen uns befreien von den Attrappen nationalistischer Rhetorik. Es wollte uns schier dünken, wenigstens mich, daß die ganze Rede eine einzige Floskel nationalistischer Rhetorik gewesen sei. Leuthner hat uns vorgeführt, die Tschechen seien eigentlich heute die herrschende Nation (L e u t h n e r: der herrschende nationale Typus!), aber sie fühlen sich als unterdrückte Nation, wir sollen nun einmal den Spieß umdrehen und sollen uns als unterdrückte Nation aufspielen. (L e u t h n e r: Das habe ich nie behauptet.) Es ist ja nicht ganz klar hervorgegangen, was Sie gemeint haben, aber der Gegenschluß war so naheliegend. Ist es nicht geradezu die typische Floskel der nationalistischen Agitation, die uns als Gegenwehr gegen einen Angriff der Tschechen vorgeführt wird? Wir können uns auf diese Argumentation überhaupt nicht einlassen. (L e u t h n e r: So wenig wie ich!) Denn es mag die nationale Unterdrückung der Tschechen oder der Deutschen fraglich sein und es mag die eine oder die andere Nation mehr unterdrückt sein, aber das steht doch unter uns allen fest, daß die Unterdrückung aller Arbeiter, die ökonomische und die politische, zentnerschwer ist gegenüber der nationalen. (Lebhafter Beifall.) Es heißt ein schlechtes Augenmaß haben, wenn man sagt, wir sollen auf das Gran sehen und sollen die Zentnerlast vergessen. (L e u t h n e r: Wenn Sie mich drei Stunden reden lassen, werde ich auch darüber sprechen.) Aber nichts wäre gefährlicher als der sozialwissenschaftliche Nihilismus, der aus der ganzen Auffassung des Genossen Leuthner spricht, der Auffassung, daß die Wissenschaft in der Politik nichts beweise und daß alles Mühen und alles Streben vergeblich wäre, den Dingen mit den Waffen des Geistes beizukommen. Nur muß man seine Wissenschaft nicht auf Gleichberechtigung, Unterdrückung hinwenden, sondern muß sich fragen, wie die Verhältnisse der Klassen sind. (L e u t h n e r: Aber nicht Lösungen von der Wissenschaft verlangen, die unmöglich sind!)

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Genosse Leuthner, ich würde Sie bitten, alle diese Einwendungen im „Kampf" vorzubringen. (Heiterkeit.)

Renner (fortfahrend): Nun zu der Resolution selbst: Wir haben unseren Streit mit den Tschechen und wir sind wohl fast alle tief betrübt darüber. Aber ich glaube, unsere Betrübnis soll nicht allzu schwer werden. Es sind über tausend Jahre her, daß Tschechen und Deutsche auf diesem Boden ihre gegenseitigen Machtverhältnisse und ihre Interessen abwägen. Es waren die Gegensätze des Rittertums, des Bürgertums, und es sind nun auch gewisse Gegensätze des Proletariats. Darüber ist Mitteleuropa nicht zugrundegegangen und darüber werden wir auch nicht zugrundegehen. Es ist eine Frage, die uns im Augenblick schwer berührt; aber schließlich und endlich lebt unsere Internationalität — und das sage ich, den man als den Patentösterreicher bezeichnet — nicht vom Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen. Unsere Internationalität ist die g r o ß e G e m e i n s c h a f t d e r P r o l e t a r i e r n i c h t n u r a l l e r m i t t e l e u r o p ä i s c h e n L ä n d e r, sondern der Proletarier der ganzen Welt, und somit ist der tschechische Fall für uns im Grunde genommen nur ein Inzidenzfall. Und in dieser großen internationalen Gemeinschaft können wir ganz ruhig, wirklich mit Geduld zuwarten, wiewohl ich später sehr gegen die Geduld sein werde. (Heiterkeit.) Auch in diesem Punkte können wir ruhig

sagen: die Weltgeschichte wird unser Schicksal in der Richtung bestimmen, wie wir sie voraussehen auf Grund wirtschaftlicher Erkenntnis, und wenn wir gerade einen häuslichen Aerger haben mit den Tschechen — es kann uns nichts geschehen.

Schauen Sie, die Tschechen haben ein Unglück, sie haben nämlich immer und immer wieder ihren Staat verloren, und wie der Peter Schlemihl seinem verlorenen Schatten nachrennt, so rennen die Tschechen immer und immer ihrem Staate nach. Diese Schlemihlnatur ist ihnen so angeboren, daß selbst so ein alter Sozialdemokrat wie Němec mit traurigem Augenaufschlag konstatiert, daß sie keinen König haben. Da haben sie sich nun einen Ersatzstaat gesucht. Sie können ihr Staatsrecht nicht erzwingen, so haben sie angefangen, ihr Staatsrecht zu konstruieren auf dem Boden der Gewerkschaft. Sie haben sich ein gewerkschaftliches Staatsrecht erfunden und unsere im Kampfe ergrauten Männer der Gewerkschaft, die sich mit Lohnfragen, Tariffragen, mit der Verkürzung der Arbeitszeit und so weiter zu beschäftigen gewohnt sind, haben staatsrechtliche Fragen studieren müssen, Föderalismus, Zentralismus, Autonomie, und jeder soll nun ein Staatsrechtsgelehrter sein. Wir müssen sehen, wie sie sich abmühen müssen mit den Details der Sprachenfrage in den Gewerkschaften, so daß die wenigen Gelehrten der Sprachenfrage, die es in Oesterreich gibt, staunen müßten über den großen Takt und über die große Geschicklichkeit, mit der die Gewerkschaften die Sprachenfrage in ihren eigenen Reihen gelöst haben. Aber die tschechischen Separatisten wollen keine Regelung der Sprachenfrage, sie sind damit nicht zufrieden, sie wolle nicht nur Autonomie auch in den Gewerkschaften, sie wollen wirklich den wahren Staat in den Gewerkschaften, sie wollen die Souveränität, das, was nur die absolut herrschenden großen Nationalstaaten heute mehr besitzen. Da mußten nun die Genossen, die die Gewerkschaften zu behüten haben und die sich ihrer Aufgabe, den Kampf von Proletariern gegen Fabrikanten zu führen, bewußt waren, sich sagen: Das geht nicht. Die Tschechen hätten den staatsrechtlichen Feldzug unter allen Umständen geführt, selbst wenn wir ihnen noch ganz anders entgegengekommen wären. Das liegt in ihren historischen Traditionen. Aber eines ist dabei wohl zu beachten: Wären sie uns mit dem gekommen, was sie wollten, wären sie uns mit ihren Forderungen entgegentreten, so wie Genossen sich mit Genossen auseinandersetzen, dann hätten wir uns zwar nie über den Separatismus verständigt, aber wir hätten als Freunde scheiden können und sie hätten in ihrer eigenen Partei nicht den tiefen Riß, den sie heute haben. Aber das haben sie nicht getan, sondern sie haben gegen uns alle Mittel der allerkommunsten nationalistischen Agitation angewendet; sie haben eingesetzt mit der Verleumdung und Verdächtigung derjenigen Genossen, die durch mehrere Jahrzehnte ihre Lehrer waren. Sie haben aber noch mehr getan, als einzelne Personen verunglimpft; sie haben in den Massen des tschechischen Proletariats den Deutschenhaß hineinzuhetzen versucht, um ihre Sache zu fördern, und das ist die große Abirrung, deren sie sich schuldig gemacht haben, weswegen man sagen muß: Ihr habt nicht gekämpft wie anständige Genossen, sondern wie ganz gewöhnliche nationalistische Demagogen! (Beifall.) Und darum war alles vergebens; als unsere Gewerkschaften versuchten, mit ihnen zu beraten, da haben sie sich hingesetzt mit ganz verlegenem Gesicht und sind auf die Debatte gar nicht eingegangen. Wenn sie heute oder morgen kommen und wirklich ernsthaft auf dem Boden der Gewerkschaft die Notwendigkeit des Separatismus zu beweisen suchen, werden sich die Gewerkschaften mit ihnen zusammensetzen, werden sich vielleicht über manches verständigen; aber in der Art, wie sie gekämpft haben, können wir diesen Kampf nicht dulden und wir können uns mit ihnen nicht zusammensetzen, wenn es gegen die persönliche Würde eines jeden Sozialdemokraten geht. (Lebhafter Beifall.)

Nun hat dieser Kampf seine Früchte gezeitigt. Sie haben alle die alten erprobten Genossen, die Charaktere, denen die Internationalität nicht ein leeres Wort ist, von sich gestoßen, sie haben sie ausgeschlossen, sie haben sie persönlich beschimpft und verdächtigt und nun stehen uns diese Männer gegenüber und sagen: Wir wollen anerkannt werden als Partei! Da bin ich nun in direktem Widerspruch zur Resolution. Die Resolution sagt bloß: „Sie haben geglaubt, eine Partei gründen zu müssen." Sie haben das nicht nur geglaubt. Ich meine, für jeden deutschen Sozialdemokraten ist es ein Axiom, daß die deutsche Sozialdemokratie nur eine Sektion der Internationale ist. Die Tschechoslawen haben sich zuerst aufgelehnt gegen den Beschluß und gegen die alten Traditionen der Internationale. Sie haben direkt gegen sie rebelliert, und darum haben die Männer, die sich dabei von ihnen losgesagt haben, nicht eine Rebellion begangen, nicht eine verzeihliche Dummheit gemacht, sondern sie haben ihre Pflicht gegenüber der Internationale erfüllt. (Stürmischer Beifall.) Das müssen wir anerkennen und wir müssen noch mehr tun. Sie haben gelesen, wie das Bürgertum und die große Mehrheit der Arbeiterschaft sich gegen die wenigen erhob, um sie zu steinigen. Sie haben gelesen, wie diese wenigen Männer die Zielscheibe der niederträchtigsten Verleumdungen waren. Diese Männer, die dem ganzen Geheul der nationalistischen Meute Widerstand leisteten, können wir nicht wegschicken mit den Worten: „Wir verzeihen euch eure Torheit!", sondern wir müssen ihnen sagen: „Wir haben für den Mut, den ihr aufgebracht habt, ehrliche Bewunderung." (Stürmischer Beifall.) Ich erkläre rund heraus, daß, wenn bei uns die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich der großen Mehrheit nach abrücken sollte von den bewährten Grundsätzen der Internationale und wenn unser wenige allein wären, wir würden der alten Internationale treu bleiben, auch wenn man uns Rebellen nennen würde. (Stürmischer Beifall.)

Was können wir nun tun? Die Resolution ist ja vielfach gelobt worden, aber ich erinnere mich oft, daß mir Genosse Adler den Auftrag gegeben hat, irgendeine Resolution zu machen. Wenn ich da eine solche Resolution vorgelegt hätte, hätte er gesagt: „Sie schreiben da einen Leitartikel, aber keine Resolution." (Heiterkeit.) Diese Resolution ist zu lang und sie geht nicht aus, auf was sie ausgehen soll, auf das Handeln, sondern sie stellt fest, sie erörtert, sie billigt und tadelt. Aber für unser weiteres Handeln gibt sie uns zu wenig Direktiven. Wie wir den Separatismus bekämpfen sollen, ist in der Resolution nicht klargelegt. Man sagt, wir können den Separatismus nicht bekämpfen, denn wir können zu den tschechischen Arbeitern nicht sprechen; aber ein klares und offenes Bekenntnis zu einer Sache ist unter Umständen eines der besten Kampfmittel.

Da möchte ich auf die ganze Entwicklung des Streites zurückgreifen. Die Eingeweihten wissen, daß ich von der ersten Stunde an eine andere Auffassung hatte als die, die man befolgte. Ich hatte die Empfindung, als in Brünn die Sache zum Klappen kam: Jetzt vor allem mit der ganzen Autorität der deutschen Partei loslegen und sagen, daß das aus dem Sozialismus herausführt. Ich hatte die Empfindung, daß, wenn die tschechischen Zentralisten allein gelassen werden, wenn man schweigt, dieses Schweigen von der großen Masse der tschechischen Arbeiterschaft entweder als Schwäche oder gar als Zustimmung ausgelegt werden wird. Ich billige und erkenne die Gründe an, die Dr. Adler dafür hat, daß man den deutschen Arbeitern die tschechischen Preßerzeugnisse vorenthalten hat. Es war über alle Maßen weitschauend, über den Tag hinausblickend, und wenn wir heute so ruhig verhandeln und wenn hier nicht Leidenschaft der verletzten Ehre aufschäumt, danken wir das nur dieser Taktik. Aber in anderer Weise hätte denn doch etwas gesagt werden müssen, in der Weise, daß man gewisse gemäßigtere Manifeste der tschechischen Separatisten veröffentlichte und die Partei rasch

dazu Stellung nahm. Dadurch hätte man wahrscheinlich dem Vorstoß der Separatisten rasch Einhalt getan. Aber das ist eine erledigte Sache und wir können es heute nicht anders machen. Aber heute müssen wir rund heraussagen, was wir meinen und was wir wollen, und deshalb sollte die Resolution stärker sein, deshalb soll wenigstens klar ausgesprochen werden, daß die Separatisten die Bahn der sozialdemokratischen Internationale verlassen haben und daß wir daraus die Konsequenzen ziehen. Aber es ist nun wieder eine andere Gefahr vorhanden, die Gefahr des Generalisierens. Es wurde heute ausgeführt: Die tschechische Nation ist aggressiv und eroberungslustig, daran beteiligen sich auch die tschechischen Arbeiter. Wir haben die tschechischen Proletarier kennen gelernt und haben sie in tausend Kämpfen kennen gelernt, wir kennen ihre Fähigkeit und Ausdauer, wir kennen auch ihre Prinzipienfestigkeit, die man manchmal als harten Schädel ausschreit. Wir kennen alle ihre proletarischen Tugenden, und wir wissen, daß sie kraft ihrer Existenz als Proletarier in letzter Linie nicht anders handeln können, als proletarisch und darum können wir den tschechischen Proletariern in ihrer großen Masse, ob sie da oder dort stehen, unsere brüderlichen Grüße zusenden und können ihnen sagen: Viel mag zwischen uns aufgerichtet sein, was uns zu trennen scheint, aber die Masse der deutschen Arbeiter und die Masse der tschechischen Arbeiter werden eins sein, weil sie kraft ihrer ökonomischen Lage eins sein müssen. Aber ganz anders steht es natürlich mit den Männern, die die Führung einer großen Zahl der tschechischen Arbeiterschaft bilden, und es wäre von uns übel gehandelt an der Masse der tschechischen Proletarier, wenn wir nicht sagen würden, daß ihre Führer mindestens in der nationalen Hetze den Kopf verloren haben. Wir können sagen, daß einige von ihnen Charakter und Gesinnung verloren haben und daß wir bei aller Liebe zur Masse des tschechischen Proletariats, bei aller bewährten Kampfgemeinschaft diese Unterscheidung machen müssen — im Interesse der tschechischen Arbeiter selbst. Diese Führer stehen in offenbarem Widerspruch mit den Interessen des tschechischen Proletariats. Wir haben gehört, daß — wie soll ich nur sagen? — Bürger Vaněk die Theorie vom nationalen Kapital aufgestellt hat, an dem der nationale Arbeiter mitinteressiert ist. Es werden da Auffassungen produziert, von denen es ganz gewiß ist, daß die Masse der tschechischen Arbeiter sie nicht billigen kann. Es ist ganz unmöglich, diesen Bürger als Parteigenossen zu behandeln. (Lebhafter Beifall.) Wir haben es ja ausprobiert, welche Verantwortung damit verbunden ist, jemand als Parteigenossen zu behandeln, für den wir keine Verantwortung haben. Wir deutschen Sozialdemokraten sind im ganzen Wahlkampf deshalb geprügelt worden, weil der tschechische Genosse Modráček in einem bestimmten Augenblick eine Taktik gewählt hat. Wir können doch nur den als Parteigenossen bezeichnen, der in unseren gemeinsamen Reihen steht, für den wir die Mitverantwortung übernehmen können. Der tschechische Arbeiter muß Sozialdemokrat sein, auch wenn er es nicht will, weil er es sein muß. Aber diese Männer sind nicht Sozialdemokraten, sie nennen sich vielleicht Sozialdemokraten, aber unsere Parteigenossen können sie nicht sein. Aber die Beziehungen abbrechen, ist eine absolute Unmöglichkeit. Wir können nicht eine Partei mit ihnen sein, bis diese Dinge geklärt sind. Aber so wahr der deutsche und der tschechische Arbeiter miteinander in einer Fabrik arbeiten, also die Beziehungen miteinander aufrecht erhalten müssen, so wahr wir im Parlament gemeinsam proletarische Interessen verfechten müssen, werden wir täglich und stündlich in der parlamentarischen Praxis gezwungen dazu, mit ihnen in innigster Fühlung zu bleiben. Das ist so notwendig, wie daß wir die gemeinsame Luft miteinander atmen.

Genosse Hueber hat uns die immer größer werdende Kluft vor Augen geführt, die dadurch entsteht, daß die gewerkschaftlichen Differenzen jederzeit auf das politische Gebiet zurückwirken, so daß die politischen Gegensätze die Gewerkschaft untergraben und die gewerkschaftlichen Konflikte unsere politischen Beziehungen berühren könnten.

In diesen Ausführungen ist eine Schicksalsfrage der österreichischen Sozialdemokratie aufgerollt worden. Es mangelt mir die Zeit, auszuführen, wie weit sich dieser Grundsatz entwickeln kann; jedenfalls ist er aber wert, daß wir ihn gründlich durchdenken und öfter darüber reden. Wenn wir nun vor einer Situation stehen, die Austerlitz so geschildert hat, daß die bürgerlichen Parteien gar keine Gegensätze mehr haben (Ellenbogen: Das ist eine Uebertreibung!), auf der anderen Seite wieder, daß aber bei uns der Nationalismus Scheidemauern aufgeführt hat zwischen den Nationen, dann ist es so, daß wir alles, was wir richten, durch unsere Klugheit richten, dann sind wir alle solche Rattenfänger, Künstler, Diplomaten, daß das, was wir vollbringen, durch unsere Größe und unseren Verstand herbeigeführt wird; wir sind Marxisten, und so wissen wir, daß jeder das, was er tut, nur vollbringt als Werkzeug der Entwicklung, als ein besseres oder als ein schlechteres, und daß sich Notwendigkeiten durchsetzen. Wir Proletarier müssen das Größte vollbringen können, trotzdem wir arme Leute sind, die unter ganz beschränkten kleinen Bedingungen arbeiten. So wird die Frage nicht durch unsere Tugend oder Untugend gelöst werden. Auch die Gemeinschaft hängt nicht davon ab, ob wir Formeln finden. Die Formeln brauchen wir, wir können sie aber als Etikette erst aufkleben an die Tatsachen, wenn diese gegeben sind.

Wer wird uns zwingen, politisch und gewerkschaftlich zusammenzugehen? Sie hören doch die Fanfaren, Sie sehen, wie die Koalition der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zusammenberufen wird, sie wird uns zusammenführen und zusammenführen müssen, und zwar nicht durch ihren Verstand, sondern durch ihren Unverstand. So wie wir zusammengeführt werden durch das Zusammenwirken der geeinten reaktionären Masse politisch, so gewerkschaftlich durch die Konzentration des Kapitals, die Unternehmer, die Arbeitgeberverbände; freilich wird das unter größeren Opfern geschehen, als wenn wir uns klar und verständig von vornherein beisammengehalten hätten. Und so mögen denn zu den tausend Jahren, wo sich die Deutschen und die Tschechen auf diesem Boden raufen, weitere tausend Jahre dazukommen (Heiterkeit), möge die geschichtliche Entwicklung umspringen, wie sie will, für mich ist das keine Frage, daß diese Irrungen und Wirrungen in der österreichischen Sozialdemokratie nichts anderes sind als eine vorübergehende Episode. (Lebhafter Beifall.)

Beer (Wien): Die Debatte hat das eine gezeigt, daß nun allen klar geworden ist, daß der Streit in der gewerkschaftlichen Bewegung eigentlich in seinem Wesen kein gewerkschaftlicher Streit, sondern ein Streit innerhalb der Partei ist. Und wenn ich es angesichts der außerordentlichen Höhe der abgeführten Diskussion selbstverständlich unterlasse, auf Details im gewerkschaftlichen Konflikt einzugehen, so erscheint es mir doch nützlich und notwendig, weit weniger mit Rücksicht auf meine Zuhörer als auf die, die nicht hier sind, auszuführen, daß die Schädigungen, die der Separatismus den Gewerkschaften und den Arbeitern zufügt, weit weniger im Verlust von einigen tausend Mitgliedern als vielmehr in der Tatsache besteht, daß das Kraftgefühl der Unternehmer sich gesteigert hat, daß das Kraftgefühl der Regierung gegen uns machtvoller geworden ist und daß wir schwere Mühe haben werden, nur die Unternehmer wieder zu überzeugen, daß sie uns trotzdem unterschätzen. Das ist, glaube ich, eine der schwersten Schädigungen, die im gegenwärtigen Augenblick durch den Separatismus über die Gewerkschaftsbewegung heraufbeschworen wurde. Die moralische Einbuße, die unsere gesamte Bewegung erlitten, schädigt in weit höherem Maße als uns diejenigen, die für den Separatismus verantwortlich zu machen sind, und ganz besonders die tschechische Arbeiterschaft, die den sie schlecht beratenden Führern folgt. Wenn ich daran zweifeln muß, daß in kurzer, absehbarer Zeit eine Lösung dieses schweren gewerkschaftlichen Konflikts möglich sein wird, so nicht zuletzt deshalb, weil die hier abgeführte Diskussion auch für uns Gewerkschafter nach mehr als

einer Richtung außerordentlich lehrreich war, weil wir die Befürchtung haben müssen, daß mehr, als wir selbst bisher zu sehen vermochten, nationalistische Tendenzen auch hier um die Herrschaft stritten. Ich bin Genossen Leuthner außerordentlich dankbar für den hohen Genuß, den er uns durch seine ungemein geistreiche Rede verschafft hat. Aber ich glaube, wir Gewerkschafter sind weit weniger in der Lage, seine Schlußfolgerungen zu den unserigen zu machen, als selbst der Parteitag. Ich habe den Eindruck, daß das, was er hier ausgeführt hat, in seiner Geistreichheit im Wesen nichts anderes war, als das, was Anton Němec brutal und plump in anderen Worten sagt. Darüber besteht kein Zweifel, daß, wenn diese Tendenzen Gemeingut der Partei würden, sie den schwersten Konflikt zwischen Gewerkschaft und Partei auslösen müssen, weil wir aus rein ökonomischen Gründen auf dieser Bahn nicht folgen können und auch nicht folgen dürfen.

Von einem anderen Redner wurde ausgeführt, die Assimilation sei ein Bedürfnis des Klassenkampfes. Ich glaube, auch das ist falsch. Derartige Behauptungen bringen uns dauernd und fortgesetzt in die Position, daß der Glaube der tschechischen Arbeiterschaft — und gerade jetzt geschieht das von ihren Führern —, der Glaube an unsere Internationalität erschüttert wird. Nicht zuletzt dieser Umstand hat sehr viel dazu beigetragen, daß der Konflikt die ungeheure Verschärfung erfahren hat, die er heute besitzt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Internationalität in Oesterreich sich in einer ungeheuer schweren Krise befindet. Wenn wir die Hoffnung aussprechen dürfen und können, daß der Kapitalismus die notwendige Korrektur früher oder später vollziehen werde, darf doch nicht übersehen werden, daß wir alles Interesse daran haben, bei der tschechischen Arbeiterschaft den Glauben zu stärken, daß wir die Alten geblieben sind und den Internationalismus ebenso redlich und verläßlich vertreten wie bisher.

Nun glaube ich mich in voller Uebereinstimmung mit jenem Redner zu befinden, der ausführte, daß die tschechische Arbeiterschaft — von ihrem Standpunkt mit Recht — ungemein großes Gewicht darauf legt, daß in der Schulfrage eine Verständigung erzielt werde. Man hat hier mit derselben Terminologie wie unsere deutschnationalen Gegner operiert: Eroberungspolitik, deutsches Sprachgebiet und ähnlichen Dingen. Wenn die Deutschbürgerlichen diese Frage so stellen, so steht sie für die tschechische Arbeiterschaft durchaus nicht so. Ich habe einige Kenntnis von diesen Dingen, und daß in dem Kampfe der tschechischen Arbeiterschaft um die Schule ein Stück sozialer Kampf liegt, kann nicht geleugnet werden, und ich weiß nicht, ob nicht die Haltung der Partei dazu beigetragen hat, daß eine Verwirrung der Begriffe bis zu einem gewissen Grade eingetreten ist. Wo sollen denn die Minderheiten den Kampf um ihre Durchsetzung führen, als dort wo sie sind. Es scheint mir das ein Trugschluß zu sein, wenn man den Minderheiten das zum Vorwurf macht. Der Vorwurf streitet gegen die Vernunft und gegen das Streben, das jedem Menschen innewohnt, sich dort durchzusetzen, wo er ist. Der Kampf der tschechischen Arbeiterschaft um die Minoritätsschule ist ein gerechtfertigter. Ich halte eine Auseinandersetzung über diese Frage für erfolgversprechender als über manche uns trennende und scheidende Frage, um so mehr, als wir hier einem wirklichen Bedürfnis der Arbeiter Rechnung tragen können.

Aus all dem ergibt sich der zwingende Schluß, darüber nachzusinnen, ob unser Nationalitätenprogramm für uns selbst genügt. Darüber bin ich mir klar geworden, daß man die Führer der Separatisten nicht zu befriedigen vermag. Es handelt sich auch nicht um deren Befriedigung, sondern darum, unser Programm so einzurichten, daß wir mit unserem internationalen Programm in Oesterreich den Kampf zu führen vermögen. Wenn von den nationalistischen Demagogen der Vorwurf erhoben werden soll, daß wir ein Interesse der deutschen Nation

preisgeben, so haben wir keinen Anlaß, diese Verdächtigungen und Verleumdungen zu fürchten, denn Lügen haben auch im politischen Kampf kurze Beine, wenn auch hier „Gottes Mühlen" noch langsamer mahlen. Bebel und Liebknecht vermochten in viel ernsteren Zeiten diesen Vorwurf auszuhalten. Als sie gegen die Kriegsanleihe stimmten, war die ganze Meute gegen sie losgegangen und es hat der Sozialdemokratie Deutschlands nichts geschadet. Ich glaube, wenn uns die Meute nicht tadelt, ist der Augenblick da, wo wir zu Rate gehen sollen, ob wir auf dem rechten Wege sind. Wir haben keinen Grund, die Verdächtigung zu fürchten, und gerade jetzt scheint mir eine der wichtigsten Voraussetzungen der Klarheit zu sein, deutlich den internationalen Charakter zu betonen. Je deutlicher und unzweideutiger wir uns halten, um so weniger kommen wir in Gefahr, mißverstanden zu werden, nicht nur von den Tschechen, sondern auch von den deutschen Arbeitern selbst. Ich glaube, in einer Zeit wie jetzt haben wir alle mit uns zu Rate zu gehen. Es ist unsere Pflicht, darüber zu wachen, daß die nationalen Tendenzen, die sich kraftvoll durch Reden, aber noch kraftvoller durch Schweigen auf diesem Parteitage bemerkbar gemacht haben, nicht zu den herrschenden in der Partei werden.

Dr. Czech (Brünn): Es sind die Vertreter aller Richtungen, Schattierungen und Tonarten zum Worte gekommen und die Frage ist, wie ich glaube, in der erschöpfendsten Weise diskutiert worden. Ich würde aber doch nicht beantragen, der Debatte ein Ende zu machen, wenn sie nicht die Pflicht auferlegte, die Resolution einer Kommission zur Beratung zu überweisen. Außerdem bitte ich auch zu bedenken, daß wir noch zwei wichtige Beratungsgegenstände in Behandlung zu ziehen haben. Ich beantrage daher Schluß der Debatte, möchte aber, um nach allen Seiten gerecht zu sein, vorschlagen, daß Adler heute auf das Schlußwort verzichte und es erst nach dem Bericht der Antragskommission erhält.

Ich schlage Ihnen für die Antragprüfungskommission folgende Genossen vor: Adler, Bauer, Domes, Elderſch, Hueber, Preußler, Seitz, Seliger, Straßer, Taub.

Witternig (Salzburg) beantragt, auch Dr. Renner in die Kommission zu wählen.

Es werden alle vorgeschlagenen Genossen gewählt.

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Genosse Dr. Diamand, der hier als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie Gast ist, wünscht eine Erklärung abzugeben; wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß Sie ihm das Wort erteilen.

Abgeordneter **Dr. Diamand**: Die polnische sozialdemokratische Partei steht seit ihrem Entstehen vor einem Vierteljahrhundert in treuer Waffengemeinschaft mit der deutschen sozialdemokratischen Partei. Während dieser Zeit haben unsere Lage, unsere Verhältnisse und unsere Entwicklung verschiedene Wege genommen. Wir konnten aber trotzdem in treuer Einheit aushalten. Wir danken dies der Einsicht der Leiter der politischen Bewegung der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich. Es haben sich nun gelegentlich des Kampfes in den Gewerkschaften Stimmen erhoben, daß die sogenannte politische Zersplitterung, die nationale Zersplitterung, in Zusammenhang zu bringen sei mit den Erscheinungen im gewerkschaftlichen Leben. Ich bin überzeugt, daß wir die Einheit der politischen Partei, das Zusammenwirken in der politischen Partei eben der Anpassungsfähigkeit unserer Organisation an die realen politischen Verhältnisse zu danken haben. Wenn ich diese ausgezeichnete, auf außerordentlicher Höhe stehende Debatte verfolge, habe ich das Empfinden, daß jede Frage, die besprochen, jeder Standpunkt, der in seiner Verschiedenheit gekennzeichnet wurde, auch Einfluß hat auf unsere Zukunft, auf die Entwicklung unserer Partei, auf das Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei und auf die anderen Parteien in Oesterreich. Ich bin

der Ansicht, daß die Veränderungen, denen wir entgegengehen, auch für die polnische Partei von ganz außerordentlichem Einfluß sein werden.

Wir haben für Dezember einen Parteitag einberufen, auf dessen Tagesordnung wir dieselbe Frage gestellt haben: das Verhältnis zu den anderen politischen Parteien in diesem Staate. Sache des Parteitages wird es sein, Stellung in dieser Frage zu nehmen und über unser künftiges Verhalten zu entscheiden. Ich weise nur auf die Ausführungen der Genossen Leuthner und Austerlitz hin, um zu sagen, welch große Schwierigkeit, welch ungeheure Verantwortung bei Beantwortung dieser Frage auf uns lastet. Ich glaube, es zweifelt niemand von uns an der Anhänglichkeit der Partei, die ich vertrete, an eure Partei, und es zweifelt niemand, daß das Zusammengehen eine Frage der größten Wichtigkeit ist. Das kann nicht entscheidend sein für die unbedingte Anerkennung einer Gesamtpartei. Auch von den deutschen Genossen sind Zweifel geäußert worden und es ist unzweifelhaft, daß diese Sache bei uns noch größerer Ueberlegung bedarf als bei euch.

Wir sind, seitdem wir uns gewerkschaftlich organisieren, in immerwährendem Einvernehmen mit den zentralen Gewerkschaften. Es ist wahr, in einer Beziehung bestehen zwischen uns so zahlreiche Reibungsflächen nicht wie zwischen Deutschen und Tschechen, und es ist uns viel leichter, der internationalen Solidarität auf diesem Gebiete gerecht zu werden als den tschechischen Parteigenossen. Aber auch das Verhältnis der polnischen Gewerkschaften zu den Zentralisten verlangt ein eingehendes Verständnis für die Verschiedenheit unserer Lage. Ich bitte, zu bedenken, welch entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der polnischen Partei da dem Verhältnis zu ihren Gewerkschaften beizumessen ist. Ich bitte ferner, zu bedenken, welch wichtige anders geartete Aufgaben, die aus unserer speziellen Situation zu erklären sind, die Gewerkschaften zu vollführen haben. Es ist notwendig, daß die zentralen Gewerkschaften unseren Bedürfnissen ganz gerecht werden, nicht nur darum, weil das unsere Forderung ist, sondern weil das eine Grundbedingung unseres solidarischen Vorgehens und eine Grundlage unserer zukünftigen Entwicklung ist.

Vierter Verhandlungstag. — 2. November.

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Gestern hat sich in Innsbruck ein Unglücksfall ereignet, der den Tod eines braven Genossen, eines Freundes unseres Holzhammer, herbeigeführt hat. Genosse Anton Zötsch hat sich nach der Besichtigung der Arbeiterbäckerei, um ein Kind vor dem Ueberfahrenwerden zu retten, vor das Automobil geworfen und wurde so schwer verletzt, daß er einige Stunden später starb. Er war in glücklichster Ehe verheiratet und hinterläßt seine Familie in tiefstem Schmerz. Er ist gestorben als ein Held, da er einen Mitmenschen retten wollte. Der Parteitag ist wohl einverstanden, daß auf dem Grabe des Verunglückten ein Kranz niedergelegt wird.

Adolf Müller (München): Im Auftrag des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Bayerns, der bayrischen Landtagsabgeordneten und unserer Münchener Freunde im besonderen übermittle ich Ihnen parteigenössische und herzliche freundnachbarliche Grüße. Daß ich erst kurz vor Torschluß eintreffen konnte, liegt daran, daß besondere Aufmerksamkeit heischende politische Gründe uns am frühen Eintreffen gehindert haben. Zunächst stehen wir mitten in der Agitation für die Gemeindewahlen, die am 20. November stattfinden. Dann sind wir in der Abgeordnetenkammer in einem Kampf von weittragender politischer und

prinzipieller Bedeutung. Es „gautscht" bei uns (Heiterkeit), aber unsere Gautsche kleben noch fest an ihren Ministerstühlen, gestützt auf die Tatsache, daß der Regent von Bayern im Alter von 91 Jahren und nach dem Diktum eines Zentrumsführers schon seit Jahren schwer gebrechlich ist, betreut von der ultramontanen Reaktion, und wohl auch in der Zuversicht auf den Thronfolger, der nach dem Manne von 91 Jahren kommt. Der Kampf dreht sich um nichts Geringeres als um die Aufrechterhaltung des bedrohten Koalitionsrechtes der Staatsarbeiter, zugleich um die verfassungsmäßig garantierte Gleichberechtigung aller Staatsbürger, die durch direkte Ausnahmsgesetze gegen die Sozialdemokraten, insbesondere gegen die Staatsarbeiter, gestört werden soll. Wir stehen 21 gegen 119, bis zu einem gewissen Grad unterstützt von der kleinen liberalen Fraktion. Das ist ein Kampf, der auf den ersten Augenblick sehr ungleich aussieht, der aber, soweit die am nächsten Montag wohl beendigte Etatdebatte es beurteilen läßt, schon jetzt zu einer glatten moralischen Niederlage der Reaktion geführt hat. Es ist uns gelungen, festzustellen, daß mit der Fügsamkeit der Regierung, auf ultromontane Anordnung das Koalitionsrecht der Arbeiter zu durchbrechen, der Versuch einer direkten Beeinflussung der Disziplinargerichte vor sich ging, ausgesprochen durch den Ministerpräsidenten von Bayern, der auch über eine kurze österreichische Schulung verfügt. Wir haben feststellen können, daß bindende Regierungserklärungen aus Protokollen der Ausschußberatung dieser Gesetzentwürfe verschwunden sind, und wir haben weiter konstatiert ein beinahe lückenloses, von der Regierung gezüchtetes Spitzel- und Denunziationssystems unter den Eisenbahnwerkstättenarbeitern und unter den Beamten. Das gibt Material genug für die bevorstehende Reichstagswahl und ich glaube, der 12. Jänner wird die entsprechende Antwort auf die Tätigkeit einer im Geleise des immer kapitalistischer werdenden Zentrums laufenden Regierung geben. Aus der Zeit, da die bayrische Soldateska und eine besondere Art von bayrischem Beamtentum mit etwas rauhen Kehltönen vom Tiroler Volk aus dem Lande komplimentiert wurde, stammt das Wort: Die bayrische Politik sei der Garten der verpaßten Gelegenheiten. In diesem Fall war bisher die letzte Aktion eine durchaus verpaßte Gelegenheit. Denn diese Aktion äußerte sich in dem Moment, in dem das gesamte Deutsche Reich von der Notwendigkeit überzeugt ist, den Kurs nach links zu lenken.

Wenn ich auch zu spät eingetroffen bin, hatte ich doch den Genuß, die interessante Debatte von gestern mitzuerleben. Ich kann nicht umhin, Ihnen meine Bewunderung auszudrücken für die Art, in der Sie miteinander kämpfen für die Einheit, und die Bewunderung für die Besonnenheit, mit der Sie tiefgehende Probleme Ihrer Partei gemeinsam kameradschaftlich erörtern. Das Problem, das Sie gestern besprachen, wirft seine Schatten bereits über die Grenzen nach Bayern. Sie wissen, wir haben einen starken Zuzug von tschechischen Arbeitern in der Bekleidungsindustrie, in der Textilindustrie, in der Holzbearbeitung. Wenn dieser Zuzug in früheren Jahren gefürchtet wurde, weil er lohndrückend wirkte, so wurde er in den letzten Jahren, als sich die Folgen Ihrer gründlichen Organisationstätigkeit gezeigt hatten, begrüßt. Aus den Lohndrückern waren freie Gefährten im Lohnkampf und in allen gewerkschaftlichen Bestrebungen binnen ganz kurzer Zeit geworden. Aber schon jetzt macht sich in Werkstätten, wo tschechische Arbeiter tätig sind, das Einbrechen des Separatismus in unliebsamen Debatten bemerkbar, und man befürchtet bei uns, daß infolge dieser Separation die notwendige gewerkschaftliche Schlagkraft nachlassen wird. Man glaubt, daß wiederum der gewerkschaftliche Effekt des politischen Separatismus das Hinabsinken der tschechischen Arbeiter von der hohen organisatorischen Stufe in den unangenehmen Stand der Lohndrücker sein wird. Man befürchtet die gewerkschaftliche Erschlaffung der tschechischen Arbeiter. So machen sich die internationalen Realitäten in diesem Kampf

um die Idee deutlich genug bemerkbar und es ist ein rein gewerkschaftliches Interesse unseres Proletariats, wenn wir hoffen, daß Sie so bald als möglich und nicht erst in tausend Jahren die Frage lösen. Wir sind uns der Schwierigkeit der Materie klar genug. Wer sie nicht gekannt hätte, hätte gestern genügend Belehrung erfahren können.

Gestatten Sie mir, daß ich angesichts der alpinen Landschaft ein alpines Bild gebrauche. Die Debatte hier hat gezeigt, daß Sie auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung ausgezeichnete Alpinisten sind. Ihre Elastizität und Ihre geistige Muskelkraft sind bewunderungswürdig. Und so schwierig der Aufstieg zum Gipfel sein wird, auf dem die fleckenlose Fahne der Internationalität steht, so mancher Steinschlag Sie auf dem Weg treffen kann, so mancher Sturm Ihre Köpfe umwehen mag beim Aufstieg: Sie werden den Gipfel erreichen. Was wir tun können zur Belehrung der tschechischen Arbeiter, um Ihnen den Weg abzukürzen: aus Solidarität des Proletariats und aus nachbarlicher Freundschaft wird es geschehen. (Lebhafter Beifall.)

Wahl der Parteivertretung.

Bretschneider: Die Zusammenstellung der Liste, wie sie hier vorliegt, erfolgte in vollem Einverständnis der Wiener und der Provinzmitglieder der Wahlkommission. Leider war es wieder nicht möglich, einen von den Genossen Kärntens und Vorarlbergs geäußerten Wunsch augenblicklich zu erfüllen. Es wurde schon in Reichenberg gewünscht, daß auch Kärnten einen Sitz in der Parteikontrolle bekomme. Das war nicht möglich. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß einmal Vorarlberg darankomme. Da aber nur acht Mandate mit Provinzgenossen zu besetzen sind, ist es nicht möglich gewesen, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Namens der Wahlkommission habe ich den Wunsch auszusprechen, daß die Kommission, die eingesetzt werden soll, um über die Abänderung des Parteistatuts zu beraten, auch vorsorge, daß größere Organisationsgebiete besser als bisher in der Parteivertretung, von der die Parteikontrolle ein Teil ist, vertreten sind, ohne daß dadurch die anderen Länder eine Einbuße erleiden. Ich bitte Sie, der vorliegenden Liste Ihre Zustimmung zu geben.

Es wird von vielen Seiten der Wunsch geäußert, die Wahl mittels Akklamation vorzunehmen.

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Es könnte das nur geschehen, wenn kein Widerspruch erfolgt. Der Widerspruch auch nur eines Delegierten macht diese Art der Wahl unzulässig.

Es erfolgt kein Widerspruch und es werden einstimmig gewählt: In die Parteivertretung: Engerer Parteiausschuß: Adler, Ellenbogen, Pernerstorfer, Adelheid Popp, Neumann, Schuhmeier, Schrammel, Seitz, Skaret, Tomschik.

In die Kontrolle: Heinrich Beer (Wien), Widholz (Wien), Abram (Innsbruck), Czech (Brünn), Eldersch (Brünn), Gruber (Linz), Preußler (Salzburg), Resel (Graz), Schäfer (Reichenberg), Seliger (Teplitz).

Als Berichterstatter der zur Prüfung der Anträge zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Oesterreich" eingesetzten Kommission erhält das Wort

Adler: Die Debatte, die wir über diesen Punkt gestern geführt haben, hat die Frage nach den verschiedenen Richtungen so ernst, so gründlich, ja, ich darf wohl sagen: so tiefgreifend behandelt, daß es mir ebenso schwer wie überflüssig erschien, wenn ich noch einmal tief eingriff und breit darlegte, um was es sich handelt, wenn ich noch einmal die ganze Frage vor Ihnen auseinandersetzte. Außerdem ist die Zeit des Parteitages heute schon sehr kostbar und darum habe ich den besten Vorsatz, mich so kurz als möglich zu fassen. (Heiterkeit.) Nachdem ich diese Sie hoffentlich beruhigende Erklärung abgegeben habe, gestatten Sie, daß ich vorgreife und das, was sonst am

Schluß geschieht, jetzt schon sage: daß ich sofort erkläre, die Debatte hier im Plenum, die Auseinandersetzung in der Kommission haben dazu geführt, daß der Ihnen von der Parteivertretung vorgelegte Antrag von der Kommission im großen und ganzen angenommen und nur in einzelnen Punkten abgeändert wurde.

Selbstverständlich — und es war kaum anders zu erwarten — haben die Delegierten sowohl das Vorgehen der Parteivertretung als auch den vorgelegten Antrag mit größerer oder geringerer Heftigkeit von allen Seiten kritisiert und bekämpft. Zunächst will ich mich mit dem Vorgehen der Parteivertretung einige Momente beschäftigen. Es ist wahr, daß die Verbitterung — ich will von der Erbitterung gar nicht sprechen — in uns allen einen hohen Grad erreicht hat, und es ist auch begreiflich, wenn man sehen hat müssen, daß die schwierige, aufopfernde Arbeit von vielen Jahren, daß die besten Absichten auf unserer Seite schließlich nur dazu geführt haben, daß unsere Absichten verkannt und, ich darf wohl sagen, wahrheitswidrig entstellt und das Ergebnis unserer Arbeit schwer gefährdet wurde. Und so ist es durchaus begreiflich, wenn die Selbstbeherrschung, die Sie alle trotz Verbitterung und Erbitterung diesen ganzen Prozeß hindurch geübt haben und die ein Stolz der deutschen Sozialdemokratie ist, geschwunden ist, zu schwinden droht, und daß sich die Gefühle endlich hier Luft machen, wo zum erstenmal vor der Oeffentlichkeit und unter uns selbst von der Sache gesprochen wird.

Es ist begreiflich und wäre gar nicht merkwürdig, wenn man hier zum Gegenstand der Erörterung nicht nur das Prinzip des Separatismus gemacht hätte, sondern auch die Taktik und die Methode, die in einzelnen Punkten durchaus weit hinausgehen über die prinzipielle Erörterung und die an einzelnen Stellen hart an das streifen, was man gewissenlose Demagogie und Rücksichtslosigkeit gegen die wichtigsten wirtschaftlichen Interessen des Proletariats und seine heiligsten Ueberzeugungen nennen muß, wenn auch hier eine Explosion auf diesem Gebiet erfolgt wäre.

Ich gestehe, daß es auch mir nicht immer leicht war, Zurückhaltung zu bewahren. Gegen persönliche Insulten sind wir wohl alle — und ich darf wohl sagen, auch ich — vollständig immun: die sind ganz gleichgültig. Aber was uns immer erregt hat und erregen muß, ist nicht, daß wir lesen müssen, wie die deutsche Sozialdemokratie verdächtigt und verleumdet wird, uns schadet es nicht, unser Selbstbewußtsein wird dadurch nicht gemindert und unsere Ehre wird durch Ausschreitungen anderer nicht tangiert. Was uns kränkt, erbittert und erregt, das ist, daß diese Dinge Zehntausende tschechischer Arbeiter lesen, denen keine andere Quelle der Erkenntnis zur Verfügung steht, und daß in ihnen ein ganz anderes Bild erzeugt wird über uns, über die deutschen Sozialdemokraten, über die Internationale. Ich will nur eines herausgreifen. Alle Dinge, die seit zwei Jahren geschrieben und verbreitet wurden, haben mich nicht so sehr getroffen, als was ich vor zwei Tagen im Wiener Separatistenblatt lesen mußte. Die Insulte — daß sie mich betroffen, spielt keine Rolle — daß wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich und ich als der Redner auf dem Parteitag der reichsdeutschen Sozialdemokratie in Jena, daß wir tschechische Schulforderungen ablehnen. Erste Unwahrheit; aber die lassen wir passieren. Aber zweitens, daß wir sie darum ablehnen, weil wir die geistige Entwicklung des tschechischen Proletariats und die geistige Entwicklung der einzelnen tschechischen Arbeiter nicht wünschen und wollen (Ausrufe des Erstaunens), weil wir ihre Konkurrenz fürchten. (Neuerliche Ausrufe der Entrüstung.) Ich hebe dieses Beispiel heraus, nicht um Sie jetzt zu erbittern und aufzuregen, sondern nur um zu zeigen, mit welcher Art von Diskussionen wir es zu tun haben. Wir haben es zu tun mit einer ausgebreiteten, auf das äußere Interesse nicht bedachten, rücksichtslosen Brunnenvergiftung der Quellen, von denen wir alle leben müssen: des Vertrauens der Proletarier

aller Nationen, des gegenseitigen guten Willens und des Bewußtseins ihrer Notwendigkeit, und der Liebe, die wir für einander haben.

Nicht ein einzigesmal ist in der ganzen, ich möchte sagen, deutschen Abwehrliteratur eine Verdächtigung dieser Art laut geworden, nicht ein Wort der Beschimpfung ist hier auf diesem Parteitag gehört worden. Im Gegenteil: alle unsere Bestrebungen, das zeigt die Debatte, waren darauf gerichtet, zwischen dem falschen, irreführenden Weg, den die tschechische Sozialdemokratie eingeschlagen hat, der sie ebenso schädigt, wie uns, zwischen diesem Weg und dem tschechischen Proletariat selbst zu unterscheiden, mit dem wir heute wie je verknüpft sind durch die Gesamtheit der Interessen, durch das Bewußtsein der Solidarität, das unauslöschbar ist.

Unter diesen Umständen darf ich mir wohl erlauben, zu sagen, daß wir alle stolz sein können auf die Art, wie unsere Diskussion geführt wurde. Auch ich gestatte mir im Namen des ganzen Parteitages, des hohen Interesses, nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Form der Diskussion erweckt, Ihnen allen dafür zu danken. Unser Weg ist eben nicht der der Separatisten und das ist der Fluch des Separatismus, daß er fortzeugend immer nur Separatismus, Trennung gebären kann, und das ist eben der Segen der internationalen Gesinnung, ihr Segen und ihre Kraft, daß sie immer zusammenfassen will, muß und wird und niemals verzweifelt, weil die Irrtümer und Sünden der einzelnen nicht so wichtig erscheinen als die Kräfte, die zu den Tatsachen führen und darum immer wieder zur Internationalität.

Die Debatte hat sich zunächst gegen die Parteivertretung, den Referenten und die Resolution gewendet. Die sind ja auch dazu da, daß sie angeschossen werden. (Heiterkeit.) Man hat aber mitunter — nicht etwa über das übliche Maß hinaus, wohl aber über das Maß, das den Tatsachen vielleicht nicht entspricht, hinaus — übertrieben. Von mehreren Seiten, eigentlich von allen, die auf dem Standpunkt der Resolution stehen und dafür stimmen werden, wurden aber Ausstellungen gemacht. Man hat gesagt, die Resolution ist nicht gekocht und gebraten, anderen war sie wieder zu kurz, wieder andere haben gefunden, daß sie zu lang ist, haben aber Zusatzanträge gestellt, wodurch sie an Kürze nicht wesentlich gewonnen hätte (Heiterkeit) und man hat sie natürlich diplomatisch genannt. Diesen Größenvorwurf bin ich schon gewohnt. (Heiterkeit.) Wenn man irgendwo Vernunft entdeckt, der man sich nicht gern fügt, versucht man, sie herabzusetzen, indem man sie diplomatisch nennt. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube, es ist das ein ganz unberechtigtes Kompliment für die Diplomaten. (Erneuerte Heiterkeit.)

Man sagt, die Parteivertretung hat den Separatismus nicht abgewehrt, nicht einmal prinzipiell abgelehnt. Vergessen Sie aber nicht, daß zwischen dem Beginn des Separatismus und heute der Kopenhagener Kongreß liegt, daß wir, die offizielle Partei, vor, in und nach Kopenhagen und auch die Presse mit aller Deutlichkeit unsere internationalen Grundsätze und unsere zentralistische Gewerkschaftspraxis gegen die Separatisten vertreten haben. Daß wir damit auf die Tschechen nicht mit Erfolg eingewirkt haben, ist nicht unser Fehler, sondern der der Tschechen. Niemand kann von uns verlangen, daß wir die Psychologie der Separatisten ändern, die uns unverblümt in Wort und Schrift mitteilt, daß es eine falsche Taktik sei, zu sagen, der Separatismus sei verwerflich. Dadurch, so sagen sie, werden die Tschechen immer mehr hineingetrieben. Sie, Genossen, meinen, wir haben uns zu wenig gewehrt, die Separatisten sind anderer Meinung, Sie können zwar glauben, daß unsere Methode nicht genug scharf und nicht in jedem Punkte richtig ist. Wenn Sie sich aber jeder einzelne in die Lage der Männer versetzen, die die Verantwortung zu tragen übernommen haben, oder wenn Sie selbst unter dieser Verantwortung entscheiden müssen, bin ich überzeugt, daß Sie selbst zu jener Zurückhaltung gekommen wären, jeder einzelne von Ihnen, die

wir bewahrt haben. Ich finde also diese Kritik begreiflich, aber ich meine, sie ist nicht berechtigt in ihren Schlußfolgerungen. Freilich sind wir alle der Belehrung zugänglich. Wenn der Reichenberger Delegierte gesagt hat, daß diese Resolution nichts Neues enthält, daß sie aber ein Resultat von Erziehungsarbeit ist, so will ich es gern anerkennen. Wir sind der Belehrung nicht unzugänglich. Wenn nun auch gesagt wird, daß die Erleuchtung wesentlich von Reichenberg gekommen sei, bin ich auch sehr empfänglich dafür (Heiterkeit) und will mit Dank jeden Zuwachs meiner Erkenntnis quittieren. (Heiterkeit.) Mir scheint es aber nicht so. Denn die Resolution ist nicht eigentlich ein Erzeugnis Reichenberger Prinzipienfleißes. Die Resolution ist in allen ihren Teilen das Produkt einer sorgfältigen Abwägung erstens dessen, was unsere Ueberzeugung ist, zweitens dessen, wie jedes Wort, das wir sprechen, auf die eigene Partei und nach außen wirkt.

In den Anträgen sind einige Richtungen wahrzunehmen. Man kann die vielen Anträge in Gruppen zusammenfassen. Bevor ich das tue, muß ich mich ganz kurz mit den Tendenzen — das Wort ist heute sehr beliebt, auch eine internationale Errungenschaft — beschäftigen, die hier zum Ausdruck gekommen sind. Insbesondere eine Tendenz, eine Richtung ist es, die hier ein gewisses Aufsehen gemacht hat, weil sie in dieser Klarheit auf unseren Parteitagen noch nicht zum Ausdruck gekommen ist. Genosse L e u t h n e r hat das nationale Problem in der ihm eigentümlichen, höchst geistvollen Weise und mit der ihm eigentümlichen Leidenschaft behandelt. Leuthner ist ein Realpolitiker, das heißt, er meint es zu sein. Leuthner ist fortwährend auf der Jagd nach Attrappen, wie er uns hier gesagt hat. Und — das ist eine sehr verdienstvolle Sache, die er, fast möchte ich sagen, zu seiner Spezialität gemacht hat — er prüft mit seiner Ideologie, die wir hochhalten, bis zu einem Grade der Kritik, die an Skeptizismus hart streift. Ich habe nichts gegen die Realpolitik, und wenn es mir sehr gut geht und ich einen Anfall von Größenwahn und Selbstüberschätzung habe, halte ich mich selbst für einen Realpolitiker. Aber das geschieht doch nur in dem Moment, wo ich mir bewußt bin, daß ich alle Realitäten, die in Betracht kommen, auch betrachte. Ein Realpolitiker, der nur eine Tatsache sieht, die andere aber nicht, ein Realpolitiker, der uns vor der Suggestion der Ueberschätzung der internationalen Solidarität warnen will, ihr selbst aber noch unterliegt, nicht etwa subjektiv, aber objektiv, ein Realpolitiker, der zwar das ganze Milieu des tschechischen Nationalismus, in dem die ganze Nation vom Anbeginn aufwächst, in den grellsten Farben darstellt — der aber keinen Blick hat für das andere, weil es ihn sonst auf der Bahn seiner Realitäten stören würde, wer nur diese Dinge sieht u n d g a r n i c h t s s i e h t v o m K l a s s e n k a m p f, der ist meines Erachtens ein mangelhafter Realpolitiker. Das ist aber das, was uns Genosse L e u t h n e r im Wesen höchst geistreich hier vorgetragen hat. Nun haben wir auf der anderen Seite eine Auffassung vernommen, die wohl durch eine Welt davon getrennt ist, die Auffassung meines Freundes Ludo H a r t m a n n, der Ihnen sagt: „Ja, ihr habt recht", obwohl ihm die Resolution viel zu diplomatisch ist; er richtet das Augenmerk auf die Tatsache der Völkerverschiebung, in deren Mitte wir in Oesterreich stehen, und er meint, es wäre unsere Verpflichtung, in dieser Resolution gewissermaßen einen Protest auszusprechen gegen das, was er Eroberungstendenzen der tschechischen Nation nennt. Parteigenossen, ich hätte gar nichts dagegen, uns überhaupt auszusprechen gegen Eroberungstendenzen auf der einen Seite und gegen Herrschaftstendenzen auf der anderen Seite. Aber das ist nicht der Gegenstand unserer Erörterung, und wenn wir diesen Gegenstand hier überhaupt behandeln würden, dann müßten wir den Tatsachen, die der Völkerverschiebung zugrunde liegen, näher treten, sie hier erörtern, ihre Ursachen prüfen und wir würden auch hier auf wirtschaftliche Ursachen stoßen, die sich nicht mit einfachen Protesten abtun lassen, nicht mit einfachen Charakteristiken, wie die ist: Eroberungstendenz. Im großen und

ganzen sind ja die Ziele der Tschechen, Slowenen, Italiener, Polen und Mazedonier, die immer in unser Land gehen und aus deren Wanderbewegung sich dann politische Wirkungen ergeben, nicht gerade Eroberungszüge. Wir müßten also, wenn wir dieses Gebiet betreten, eine neue, sehr tiefgreifende Debatte führen und müßten sehr sorgfältig vorgehen. Denn so wenig wir dem separatistischen Glauben und Aberglauben und dem tschechischen Nationalismus zustimmen können, der in der Tatsache, daß ein von tschechischen Eltern geborenes Kind im Verlauf seiner Entwicklung ein deutsches werden kann, nicht nur ein Unglück, sondern ein Unrecht sieht, gegen welches wir als Deutsche verpflichtet wären, mit der ganzen Macht unserer Partei und mit unserem ganzen Einfluß prinzipiell und praktisch einzutreten; so sehr wir das immer abgelehnt haben, so wenig aber wollen wir irgendwie das aufgeben, was wir stets als unser Prinzip anerkannt haben, daß, wo ein wirkliches Bedürfnis tschechischer Proletarier vorliegt, als Minorität den ihnen gebührenden Schutz zu bekommen, dieses Bedürfnis erfüllt werden muß. Wir sind nicht gewillt, es als deutsche Kulturforderung anzusehen, daß ihnen dieser Schutz und die Erfüllung ihrer Bedürfnisse abgeschlagen werde. Wir müssen hier also von beiden Seiten abgrenzen, und da wir hier sehr tief greifen müssen, um klar und unmißverständlich auch für unsere Genossen zu sprechen, haben wir es vorgezogen, die Anträge, die Genosse Hartmann eingebracht hat, nicht notdürftig zu ändern und zu appretieren, sondern sie zunächst zurückzustellen.

In diesem Zusammenhang muß ich mich mit dem Antrag des Genossen Hueber beschäftigen. Er hat hier eine äußerst bemerkenswerte Rede gehalten, deren wesentlicher Inhalt ist: „Die Frage ist in den Gewerkschaften etwas schwer zu lösen. Wir haben ja auch nationalpolitische Fragen, die zwischen uns liegen. Wie wäre es denn, wenn wir uns erst nationalpolitische Klarheit und Frieden schaffen, dann werden wir Gewerkschafter leichter arbeiten können." So stellt sich das nach außen dar. Ich muß schon sagen, ich bin nicht der Ansicht, daß von den Problemen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, Separatismus auf der einen und Verarbeitung eines nationalpolitischen Gesamtprogramms auf der anderen Seite, das Problem, internationale Gewerkschaften herzustellen, das bedeutend einfachere wäre. Aber dieses Problem ist wenigstens vom Proletariat selbst zu bewältigen, während das nationalpolitische Programm nach meiner Meinung vom Proletariat allein nicht bewältigt werden kann. Ich bin mit Genossen Hueber vollständig einverstanden, daß es unsere Pflicht, unser Interesse und unsere Notwendigkeit ist, daß wir unser nationalpolitisches Programm durcharbeiten und daß wir uns in einer oder der anderen Form auf dem nächsten Parteitag damit beschäftigen. Hueber hat beantragt, man soll den Schutz der Minoritäten auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages stellen. Die Kommission meint, daß wenn dieser Gegenstand überhaupt erörtert wird, er sich wohl nicht auf die Frage vom Schutz der Minoritäten wird einschränken lassen, sondern daß auch die anderen nationalpolitischen Fragen im Zusammenhang damit werden erörtert werden müssen. Sie schlägt also vor, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen und ihr zu überlassen, in welchem Umfang die Frage auf dem nächsten Parteitag erörtert werden soll.

Sie dürfen nicht vergessen: diese nationalpolitischen Fragen können nicht dadurch allein gelöst werden, daß wir sie konsequent bis ans Ende durchdenken. Wenn wir dessen fähig wären, daß wir ein innerlich geschlossenes, systematisches Programm darüber aufstellen, und wenn es ein Wunder an Zweckmäßigkeit, ein Wunder überdies an Gerechtigkeit, was noch viel schwerer, wäre, wenn all das erfüllt wäre, so würden wir dann noch nicht unser Ziel erreichen. Denn in nationalpolitischen Fragen handelt es sich immer darum, daß auch die anderen damit einverstanden sind, und da meine ich nicht allein das tschechische Proletariat, sondern auch die tschechische Sozialdemokratie, obwohl auch das schon ein ganz

schweres Stück Arbeit wäre. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten noch in dem Zustand der ungetrübten internationalen Vernunft wären wie vor vier oder fünf Jahren, wovon man heute beim separatistischen Geisteszustand nicht sprechen kann, auch dann wäre es ungeheuer schwer, und zwar darum, weil diese Auseinandersetzung gar nicht anders zustande kommen kann als durch ein Kompromiß. Und da ist das Vernünftige das, was schließlich von beiden Seiten akzeptiert wird. Das ist die Probe auf die Vernunft, daß es akzeptiert werden kann und daß es akzeptiert wird. Das aber können die Vertreter des Proletariats nicht bewerkstelligen.

Ich kann an dieser Stelle aber nicht umhin, auf einen grundlegenden Unterschied zwischen unserer Auffassung dieser nationalpolitischen Fragen und der Auffassung der tschechischen Separatisten, der tschechischen Sozialdemokraten, wenn auch nicht immer ganz bewußt auch einiger deutschen Genossen aufmerksam zu machen, einen Unterschied in der Auffassung, der zwar nicht prinzipiell, aber taktisch und praktisch für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit ungeheuer wesentlich ist. Es ist nicht neu, was ich sagen werde, es ist wiederholt und auch von Genossen Bauer gesagt worden, wie ja alles Gescheite in nationalpolitischen Dingen meist schon von Bauer gesagt wurde, womit ich aber nicht sagen will, daß alles, was er gesagt hat, vernünftig ist. (Heiterkeit.) Wir deutschen Sozialdemokraten haben vor allem ein großes Interesse am Frieden, an der Ruhe für unsere ungestörte Parteitätigkeit, für unsere ungestörte Klassenarbeit, politisch und gewerkschaftlich. Diesem Interesse haben wir wiederholt Opfer, und nicht unbeträchtliche Opfer gebracht. Bei den Tschechen überhaupt, auch bei den tschechischen Genossen ist dieses Bedürfnis nach Ruhe auf nationalpolitischem Gebiet, sagen wir nicht ganz so ausgebildet. Im Gegenteil. Jeder nationalpolitische Kampf um die Beteiligung an ihm bildet ein sehr wichtiges Element auch ihrer Parteibetätigung. Während wir auf dem Standpunkt stehen, und — zugegeben, auch leichter stehen können als sie — daß jedes Hereinbrechen nationalistischer Gefechte und nationalpolitischen Streites, auch wenn er mehr oder minder berechtigt und mehr oder minder erheblich ist, ein Unglück ist für uns und für unsere ganze Betätigung, erblicken unsere tschechischen Genossen — und das drückt sich bis zur Karikatur, bis zum durchaus nicht mehr sozialdemokratischen Exzeß in der separatistischen Literatur der letzten Zeit aus — darin eine wichtige Form der Betätigung und eine Gelegenheit zur Konkurrenz mit ihren Klassengegnern. Diese beiden ganz entgegengesetzten Standpunkte — und ich will zugeben, auch der Interessen, die wir haben — machen es sehr schwer, zu einem gemeinsamen, in allen Teilen bis ins einzelne gehenden Programm zu kommen. Aber das will ich dem Genossen Hueber und den anderen Genossen, die davon gesprochen haben, unbedingt zugeben, daß wir die Verpflichtung haben, an dem, was wir im Brünner Nationalitätenprogramm als einen Rahmen niedergelegt haben, weiter zu bauen, daß wir uns damit zu beschäftigen haben, zur vollsten Klarheit zu kommen.

Da kommen wir freilich immer in die Gefahr, mit den Geschäften, die wir nicht nur von außen, sondern auch von innen gewöhnt werden, die Geschäfte des österreichischen Staates zu besorgen. Wir haben dieses gemeinsame Interesse mit dem österreichischen Staat, wir haben auch an diesem Staate ein Interesse. Es ist traurig, daß es so ist, aber es ist so. Ich weiß, daß ich da mit sehr vielen Genossen in sehr starkem Widerspruch stehe. Es ist traurig, daß es gerade dieser Staat ist, an dem wir ein nie befriedigtes Interesse haben. Den Jammer dieses Staates empfindet niemand mehr und, ich möchte sagen, niemand grimmiger als ich. Aber trotzdem muß ich wiederholen, da es unsere wohlbegründete Anschauung ist, daß das Proletariat sich entwickelt in der wirtschaftlichen Entwicklung, daß unser Zuwachs an Macht und an Kraft des Proletariats abhängt von

dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Sie kann nie von uns vergessen werden, weil wir jeden Tag daran erinnert werden, daß eines der unentbehrlichsten Instrumente der wirtschaftlichen Entwicklung ein Staat ist, und daß wir darunter leiden, daß die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ein so elendes Instrument zur Verfügung hat, wie es leider der österreichische Staat ist. Nicht für diesen Staat rackern wir, wenn wir im Parlament, wenn wir draußen immer an diesem Staate zu bessern suchen. Es ist auch heute nicht gleich, wenn wir sagen, wir haben das Wahlrecht gebraucht, wir brauchen das Parlament, weil es Oesterreich braucht. Nein, es ist eine bittere Wahrheit, dieses elende Instrument ist eben das einzige, das wir zur Verfügung haben. Wir leiden alle schmerzlich darunter, daß es so schlecht, so schwach, so unzweckmäßig ist und so feige. Wir können auch an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß wir eben zusammenleben, und wir werden darum immer den Tadel oder wenigstens das Kopfschütteln auswärtiger Parteigenossen erregen, die nur die großen Ziele unserer Existenz überblicken oder wenigstens die augenblicklichen sehen, wenn wir so viel konstruktive Politik machen müssen. Wir sind viel weniger destruktiv als unsere nationalistischen Parteien. Wir müssen, weil es ein Gebot unserer Lebenserhaltung, ein Gebot für das Proletariat ist, alles tun, um den Boden zu konstruieren, bis jene Katastrophen kommen, die uns schon so lange vorhergesagt werden, auf die aber, so erwünscht sie ja wären — ich weiß nicht, wie sie ausfallen, sie können auch gut ausfallen (Heiterkeit) — uns vorzubereiten keinen Zweck und Sinn hat, als so, daß wir bis dahin auf der Welt sind, kräftig, unangegriffen und befreit von der österreichischen Fäulnis, kampffähig.

Wenn wir das wollen, dann müssen wir auch das Instrument dieses Aufstieges — wir haben kein anderes — stützen und verbessern. Glauben Sie nicht, daß das eigentlich eine Abschweifung war, wenn ich auch zugebe, daß es vielleicht mit meinem Versprechen am Anfang schwer zu vereinbaren ist (Heiterkeit); aber es hat mir notwendig geschienen gegenüber gewissen Tendenzen, die eigentlich mehr bloß Empfindungen sind und die auch hier zum Ausdruck kamen. Kein Grad des Ekels an Oesterreich ist mir fremd. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben alle Momente gehabt und sie immer häufiger gehabt, wo uns als die einzige Möglichkeit des Lebens erschienen ist, auszuwandern. Nachdem wir aber nicht alle können, sondern nur die allerbesten Exemplare an das Ausland abliefern können — Oesterreich exportiert ja die besten Professoren, auch die besten Professoren der Internationale (Heiterkeit) — nachdem wir hier bleiben müssen, müssen wir uns hier einrichten. Das werden auch die Separatisten verstehen, und wenn sie zur Besinnung kommen, wenn sie aufhören, Separatisten zu sein — ich muß gestehen, die Separatisten verstehe ich eigentlich am allerwenigsten — darüber werden sie doch klar sein: ihr Leben fängt an und endet innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie. Welche Konsequenzen für sie daraus zu ziehen sind, das ist nicht meine Sache. Selbstverständlich ist, daß die tschechische Sozialdemokratie erkennen müßte, daß sie doch die Verpflichtung und die Notwendigkeit hat, mit dieser deutschen Arbeiterschaft zu rechnen, und daß es verfehlt ist, dem tschechischen Proletariat von dieser deutschen Arbeiterschaft, auf die sie angewiesen ist, ebenso wie wir auf sie, die Meinung beizubringen, daß das Feinde sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich von der Gesamtpartei sprechen. Die Gesamtpartei ist für die deutsche Sozialdemokratie notwendig, aber es gibt keine Sozialdemokratie in Oesterreich, für die sie weniger notwendig wäre. Wir wollen das hier feststellen, und um ein Wort, das bereits gefallen ist und das sehr nahe liegt, zu wiederholen: Die deutschen Sozialdemokraten haben stets und werden stets im eigenen Interesse für den möglichsten internationalen Zusammenschluß und eine möglichst kräftige Gesamtpartei wirken und arbeiten und sind bereit, für sie alle notwendigen Opfer zu bringen. Sie sind es immer gewesen und werden es auch in Zukunft

sein. Aber wir laufen niemand nach (Stürmischer Beifall!) und haben niemand notwendig, nachzulaufen. Dieses Wort will ich hier ausdrücklich als die Ueberzeugung der deutschen Sozialdemokratie aussprechen. (Neuerlicher stürmischer Beifall!) Wir haben keinen anderen Weg, als zu warten, bis die Erkenntnis allgemein ist, wie notwendig diese Gemeinschaft, diese Gesamtpartei ist. Internationalität und Gesamtpartei, das ist aber nichts, was einseitig gemacht werden kann. Zur Solidarität gehören immer zwei, und das Bedürfnis nach Solidarität, das Bedürfnis nach internationaler Betätigung kann auf der einen Seite noch so groß sein, praktisch wirksam wird es natürlich nur in dem Grade werden, als es auch auf der anderen Seite erkannt und betätigt wird. Das ist nicht etwa, wie ich gleich sagen will, eine neue Wahrheit, die ich da ausspreche. Ich möchte nur den Genossen, die uns hier vorwerfen und — gestatten Sie, daß ich von mir spreche — mir speziell den Vorwurf von Nachgiebigkeit, von Schwächlichkeit und so weiter machen, ich möchte Ihnen ausdrücklich sagen, daß Sie die Intentionen, die Taktik der Partei und auch meine eigene Auffassung durchaus falsch verstehen. So sehr ich überzeugt bin, daß wir ohne vollständige Kenntnis und Erfassung und praktische Berücksichtigung der Tatsache der Verschiedenheiten der Nationen in Oesterreich keine vernünftige Politik machen können, so sehr ich und wir alle geneigt waren, diese sehr unbequeme schwierige Politik seit Jahren zu machen, so sehr konnten wir aber diese Politik mit Erfolg nur zu jener Zeit machen, wo das Bedürfnis dafür und die Erkenntnis davon auch auf der anderen Seite zu finden war. Allein können wir es nicht und es nützt nichts, wenn es der Parteitag auch noch so scharf hier ausspräche und in dieser Beziehung Aufträge geben würde. Wir haben gesagt, wir wünschen den Versuch der Rekonstruktion der Gesamtpartei. Ich bemerke, daß die alte Gesamtpartei formell durchaus existiert, und es ist selbstverständlich, daß die bestehende Gesamtexekutive nicht aufgelöst wird. Sie wird in sehr kurzer Zeit vor ein sehr schwieriges Problem gestellt werden und wir werden sehen, ob sie fähig ist, dieses Problem zu bewältigen. Wir werden also durch die Resolution den Auftrag bekommen, eine neue Form der Gesamtpartei aufzurichten, und einzelne Genossen finden, daß der Auftrag nicht dringend genug ist. Sie wollen, es solle so bald als möglich geschehen. Wir haben in der Kommission gemeint, daß alle diese Zusätze nicht notwendig sind. Sie können überzeugt sein, sobald die Bedingungen irgendwie vorhanden sind, eine Hoffnung an eine solche Aktion zu knüpfen, wird auch die Parteivertretung in Aktion treten. Da nützt kein Drängen, da handelt es sich nicht um unseren Willen und um unsere Einsicht, um unsere Psychologie, da handelt es sich nicht um die Deutschen, sondern um die anderen. Nicht einen Moment früher können wir die neue Form der Gesamtpartei aufrichten, als auch bei allen Beteiligten — und da können wir nicht die große Masse des tschechischen Proletariats davon ausschließen — das Bedürfnis dafür vorhanden ist. Allerdings nicht einen Moment später.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auf die Anträge zurückkommen, die dahin zielen, wir sollen neben der selbstverständlichen Anerkennung der neuen internationalen tschechischen Sozialdemokratie hier aussprechen, daß wir sie als die einzige Vertretung des tschechischen Proletariats ansehen und darum mit der tschechoslawischen Partei die Beziehung abbrechen. Darauf nur kurz die Antwort: Es ist eine sehr bedauerliche, allerdings jetzt nicht noch einmal zu beweisende Tatsache, daß die große Majorität des tschechischen Proletariats unter separatistischem Einfluß steht. Aber welche die berechtigte Vertretung des tschechischen Proletariats ist, das kann der deutsche Parteitag nicht entscheiden, sondern das ist einzig und allein Sache des tschechischen Proletariats. Wir können nur konstatieren: es ist hier eine neue Partei entstanden, ein Teil des tschechischen Proletariats steht prinzipiell durchaus auf unserem Standpunkt, unterstützt diejenige Art unserer Organisation, die wir für die einzig vernünftige halten, ist getreu

unseren Idealen und Ueberzeugungen, darum erkennen wir diese Partei als Bruderpartei an. Noch mehr. Wir begrüßen es ausdrücklich in der Resolution, daß ein Bruchteil des tschechischen Proletariats der Internationale treu geblieben ist. Das können wir. Aber wir können als deutscher Parteitag nicht entscheiden.

Es ist ein große Anzahl von Anträgen eingelaufen. Die Kommission ist zu einer Form der Resolution gekommen, die ihr ermöglicht, Ihnen vorzuschlagen, durch die Annahme dieser Resolution alle eingebrachten Anträge als erledigt anzusehen, mit Ausnahme allerdings des Antrages Hueber, von dem wir ausdrücklich wünschen, daß er der Parteivertretung zugewiesen werde. Es sind Anträge gestellt worden, unter anderen von Schneidmadl und Preußler, die darauf hinausgehen, daß der Gesamtverband nicht zustande komme, daß wir eine Aktion unternehmen sollen, die Gesamtpartei aufzurichten, um, wie Preußler meint, die falsche Meinung zu zerstören, daß die Gesamtpartei nicht lebensfähig sei. Ich wünsche nicht, und Sie können es auch nicht wünschen, daß wir irgendetwas in die Resolution aufnehmen, was so aussieht, als hätten wir keine Courage, als würden wir meinen, nun seien wir in einer Lage, die für uns solche Schwierigkeiten schafft, daß sie nicht zu überwinden sind. Das ist nicht notwendig. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich als kräftig, als lebensfähig erwiesen, und sie wird in ganz kurzer Zeit vor solche Probleme ihrer Tatkraft und Aktion gestellt sein, daß wir gar nicht den leisesten Schatten einer Melancholie auf unsere Beschlüsse fallen lassen sollen. (Beifall.) Wir haben ein gutes Gewissen, wir sind auf dem rechten Weg, wir wissen, daß wir die Pflichten der Internationale nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form bewahrt haben, nach allen Seiten, bis zum Aeußersten. Damit ist es genug. Das andere haben die anderen zu besorgen. (Lebhafter Beifall.) Nun kommt der Punkt, bei dem der schärfste Einwand gemacht wurde, das ist die Ordnung unseres Verhältnisses zur neuen Partei. Da wurde eine ganze Reihe von Anträgen gestellt und man hat sich auch in Reden heftig dagegen gewendet, daß es in der Resolution heißt, die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats hätten gezwungen zu sein geglaubt, sich zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen, weil dadurch ausgedrückt sein soll, daß wir ihnen diese Verantwortung überlassen und ich meinesteils diesen Schritt nicht billigen kann. Aber die große Mehrzahl des Parteitages — es war kein Redner, der nicht dagegen Verwahrung eingelegt hätte — ist anderer Ansicht als ich und es wurden in dieser Beziehung sehr weitgehende Anträge gestellt. Die Kommission in ihrer großen Mehrheit — ich glaube, mit allen gegen eine Stimme (Heiterkeit und Zwischenruf: Wer war die eine Stimme? Neuerliche Heiterkeit) — hat den Antrag, der von Richter und Mrkwicka eingebracht ist, sich angeeignet und die subjektive Färbung der Begründung ist weggefallen. In der Resolution wird es nun nicht mehr heißen, daß jene Gruppen gezwungen zu sein glaubten, sondern gezwungen waren, sich als Partei zu konstituieren. Zweitens ist von mehreren Seiten, unter anderem auch von den Genossen Arbeitel und Bauer, die auch den Antrag formuliert haben, verlangt worden, wir sollen nicht nur dafür eintreten, daß die tschechische Sozialdemokratie in die österreichische Gesamtpartei aufgenommen werde, sondern auch dafür, daß sie von der Weltinternationale anerkannt werde. Ich glaubte nicht, daß es notwendig sei, dies besonders festzustellen. Als Mitglied des internationalen Bureaus und anknüpfend an die Praxis dieses Bureaus, erkläre ich, daß ich es für selbstverständlich halte, daß eine lebensfähige sozialistische Partei, die sich an das Bureau wendet, wenn sie den Prinzipien entspricht, die von uns als Internationale verlangt werden, als Partei anerkannt wird und daß die jeder Nation zur Verfügung stehenden Stimmen in entsprechender Weise zwischen beiden — und wir haben ja Beispiele, daß es mehr Parteien gibt als zwei — verteilt werden. Wir können hier als Partei-

tag nicht etwa darüber entscheiden, denn wir sind nicht die Internationale, wohl aber können wir hier beschließen, diesen Auftrag unseren Vertretern im Internationalen Bureau zu geben. Es wird nunmehr dieser Absatz nach den entsprechend vorgenommenen stilistischen Aenderungen lauten:

> Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen waren, sich entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen. So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr müsse er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale unbeirrt treu geblieben ist. Der Parteitag erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß sie ihren Anspruch, in die Gesamtpartei und in die Internationale als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen würde.



Andere Aenderungen sind nicht vorgenommen worden. Ich empfehle Ihnen nunmehr und bitte Sie darum, diese Resolution womöglich einstimmig anzunehmen. Sowohl die Kraft, die darin ausgedrückt ist, als auch die Mäßigung und Selbstbeherrschung, die darin liegen, mögen bestimmend sein auch für unser künftiges Verhalten in diesem schweren Kampfe. Wir versprechen hier den Gewerkschaften, und nicht nur den Gewerkschaften, sondern uns selbst als Partei, und nicht nur im Interesse der Gewerkschaften, sondern auch in unserem Interesse, daß wir den Kampf gegen den Separatismus, wo er eindringt und wo wir ihn fassen können, mit aller Energie führen wollen. Wir wollen aber auch künftighin mit derselben Besonnenheit, mit derselben Selbstbeherrschung den Kampf weiterführen, und wollen Zügellosigkeit, Verleumdung und alle anderen politischen Laster denen überlassen, die zum Schaden der ganzen Partei, zum Schaden des Sozialismus überhaupt, zum Schaden insbesondere des österreichischen Proletariats uns in diese Lage versetzt haben. (Neuerlicher Beifall.)

Ich bitte Sie also, diese Resolution anzunehmen und zu bedenken, daß wir nicht nur diese Sorge, sondern sehr bald wesentlich andere Sorgen haben werden.

Auf Gautsch folgt Stürgkh, und was das für uns und unseren Kampf bedeutet, das läßt sich noch nicht absehen. Nicht wegen der nur höchst unerheblichen Persönlichkeit und der sehr mäßigen Kraft, die in diesem Grafen Stürgkh steckt. Aber wir wissen nicht, wieviel sich in ihm an Absichten verkörpert, an Plänen, dem Proletariat und seiner Organisation ans Leben zu gehen. Es könnte sein, daß in sehr kurzer Zeit die Feinheiten der separatistischen Kabulistik sehr zurücktreten werden hinter ganz anderen Erörterungen, und daß am Leib nicht nur des deutschen, sondern auch des tschechischen Proletariats demonstriert und uns eingepaukt und eingebleut werden wird, wie notwendig es ist, daß das ganze sozialdemokratische Proletariat gewerkschaftlich und politisch ein Körper ist und vor allem ein Geist. (Stürmischer andauernder Beifall.)

Der Vorsitzende **Pernerstorfer** teilt mit, daß die Anträge 14, 16, 20, 22 zurückgezogen wurden.

Pernerstorfer: Wir haben für unseren Parteitag eine eigentliche Geschäftsordnung, die sich aus dem Bedürfnis der Parteitage entwickelt hat. Ich würde also vorschlagen, daß wir entsprechend unserem Brauche zuerst abstimmen über den Antrag der von uns gestern eingesetzten Kommission. Wenn er angenommen werden sollte, werde ich abstimmen lassen, ob damit alle anderen Anträge, mit Ausnahme des Antrages Hueber, als erledigt angesehen werden sollen.

Es folgt nun die Abstimmung über die neustilisierte Resolution. Der Vorsitzende stellt die einstimmige Annahme fest. (Lebhafter Beifall.) Nun wird darüber abgestimmt, ob mit dieser Resolution alle anderen Anträge, mit Ausnahme des Antrages Hueber, als erledigt angesehen werden sollen. Auch diese Auffassung wird einstimmig akzeptiert. Der Antrag Hueber, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Schutz der nationalen Minoritäten zu stellen, wird mit einstimmigem Beschluß der Parteivertretung zugewiesen.

Pernerstorfer: Die Genossen Stein und Burian, die bisher als Gäste auf dem Parteitag anwesend waren, gehören nunmehr dem Parteitag als Vertreter der neu anerkannten Partei an. (Stürmischer Beifall.)

Viktor Stein: Ich danke Ihnen für den Beschluß, den Sie soeben gefaßt haben, der uns mit aufrichtiger Genugtuung erfüllt. Ich danke auch dem ganzen Parteitag, der mit soviel Liebe und soviel Entgegenkommen über die schmerzliche Frage des tschechischen Proletariats gesprochen hat. Ich erfülle nur den unausgesprochenen Auftrag des tschechischen Proletariats, wenn ich an dieser Stelle dem Genossen Adler unseren tiefsten und innigsten Dank für seine Ausführungen ausdrücke. Gestatten Sie mir auch, an dieser Stelle dem Genossen Renner zu danken, der sich mit seltener Wärme für unsere Rehabilitation vor den Augen der ganzen Sozialdemokratie eingesetzt hat. Es war nach Monaten von Verunglimpfungen, von Verdächtigungen, Beschimpfungen, die uns von der ganzen tschechischen Oeffentlichkeit zuteil wurden, geradezu heilsam für die Wunden, die uns geschlagen worden waren, und das tschechische Proletariat wird ihm dafür auch immer danken.

Parteigenossen! Es ist kein Fremder, der an die Pforten Ihres gastlichen Heims gepocht hat. Hinausgejagt in die Wildnis, beschimpft und verfolgt, suchten wir ringsum irgendwo Anschluß zu finden. So kamen wir, Fleisch von Ihrem Fleisch, an die Pforte Ihres Heims; wir wußten, daß Sie uns aufnehmen werden, wenn Sie auch verschiedenes nicht verstanden, weil Sie nicht gewußt haben, was wir mit großem Schmerz erleben mußten. Wir sind dem Parteitag dankbar für seinen Beschluß, der nicht eine Anerkennung für die Personen sein soll, wir sind ihm dankbar für die solenne Art, mit der er sich für die einheitliche internationale Gewerkschaftsorganisation in Oesterreich ausgesprochen hat. Der Parteitag hat sich auch solenn für die Gesamtpartei ausgesprochen, jenes Wort, das, kaum geprägt in der Diskussion, in den Reihen des tschechischen Proletariats mit Enthusiasmus aufgenommen wurde, weil es der Gesamtbegeisterung und dem Gesamtempfinden, der ganzen Zuversicht des tschechischen Proletariats entsprochen hat, und weil dieses Proletariat die Bedeutung der einheitlichen Arbeiterbewegung in Oesterreich vollauf versteht.

Wir haben in den letzten Monaten eine Feuerprobe zu bestehen gehabt. Unterschätzen Sie das nicht, daß die tschechischen Arbeiter in diesen Monaten, da die Angestellten ihrer Organisationen als Diebe, Verräter, als käufliche und gekaufte Subjekte hingestellt wurden, das Vertrauen in den Sozialismus und die Internationalität nicht verloren haben, sondern immer mit Freude emporgeblickt haben zu ihrem Ziele. Genosse Adler hat erklärt, er könne nur auf mildernde Umstände plädieren, denn wir haben Rebellion gemacht. Aber, Parteigenossen, der Fehler der Rebellion besteht nicht darin, daß sie gemacht wurde, sondern darin, daß sie noch nicht den Erfolg hatte, den wir wünschen, darin, daß wir den Kampf gegen den Nationalismus in der sozialistischen Bewegung erst eröffnet, aber leider noch nicht mit Erfolg zu Ende geführt haben. Wir haben nun den zweiten Fehler gemacht, daß wir gerade in der Zeit vor den Wahlen den Kampf eröffnet haben. Wir hätten lieber den Kampf in der Partei führen sollen. Und nun frage ich Sie auf Ehre und Gewissen, ob Sie es zustande brächten, in der Partei weiterzuwirken, in der man Ihnen die Treue und die Mög-

lichkeit der Arbeit für 7500 Kr. abkaufen will, wie es in Niederösterreich geschah. Gerade wir in Niederösterreich haben uns zurückgehalten. Wir haben alles versucht, in der Partei zu wirken, da kam man und sagte: „Zahlt uns 7500 Kr. für unsere Unternehmungen und ihr könnt im Landesausschuß arbeiten und wir werden euch eure Organisationen schonen." Da war kein Halt mehr für uns tschechische Sozialdemokraten in Niederösterreich. Da erklärten sie: „Mit Männern dieser Art zu arbeiten, ist für jetzt und für alle Zukunft ausgeschlossen." Da haben wir beschlossen, in die Wahlbewegung einzutreten. Wir haben Kandidaten namhaft gemacht und haben dadurch der Partei Schwierigkeiten bereitet. Aber wir haben damit den Prozeß, der notwendig war, beschleunigt. Die Entwicklung des tschechischen Proletariats ist rascher vor sich gegangen und nun lautet die Losung klar: Hie Internationale, hie Nationalisten!

Wir können Ihnen ruhig sagen, wir freuen uns, daß dieser Prozeß bei uns eingeleitet wurde und daß gerade bei diesen Wahlen unsere Unabhängigkeit und Selbständigkeit von der deutschen Parteigenossenschaft in so eklatanter Weise anerkannt wurden. Nicht Sie, sondern wir allein tragen mit vollem Bewußtsein die Verantwortung für unsere Tat, und wir wünschten, unsere separatistischen Brüder hätten nur ein halb so reines sozialistisches Gewissen, wie wir es vor der ganzen Welt haben. Der sozialistischen Partei und ihrer Bewegung treu gedient zu haben, war der Stolz der tschechischen Arbeiterschaft. Ihnen weiter zu dienen, ist ihr Losungswort für die Zukunft, und ich bitte Sie, die Versicherung entgegenzunehmen, daß die tschechische sozialistische Arbeiterschaft bei allen Kämpfen, die bevorstehen, vor allem bei dem Kampf um die Einheit der Gewerkschaften, die Einheit der Partei, überall und immer und gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen wird. (Stürmischer Beifall.)

Die Lebensmittelteuerung und die Wohnungsnot.

Referent Dr. Bauer: Auf vielen unserer Parteitage, auf vielen Landeskonferenzen, in vielen Versammlungen unserer Vertrauensmänner, in Volksversammlungen, in Wählerversammlungen ohne Zahl haben wir über die Frage der Lebensmittel- und der Wohnungsteuerung gesprochen. Ich habe nicht die Absicht, zu wiederholen, was wir schon so oft gesagt haben im Parlament und außerhalb des Parlaments. Ich würde glauben, meine Aufgabe nicht zu erfüllen, wenn ich mich darauf beschränkte, neuerlich jene Forderungen zu begründen, die wir vor der ganzen Oeffentlichkeit immer wieder erhoben haben und die längst zum Gemeingut der Oeffentlichkeit, weit über den Kreis unserer Partei, geworden sind. Ein christlichsozialer Abgeordneter aus Steiermark hat kürzlich gesagt, in dieser Frage der Teuerung stehe heute jeder Denkende in der Gefolgschaft der Sozialdemokratie. Das ist sicherlich keine Uebertreibung. Denn wir haben alle erlebt, wie die Forderungen, die wir gestellt haben, zuerst verlacht, als Unsinn, als Schädigung des Volkes hingestellt wurden, wie sie sich dann allmählich durchgesetzt haben, wie sie übergegangen sind aus dem Mund unserer Abgeordneten in den Mund der bürgerlichen Abgeordneten, aus unserer Presse in die bürgerliche Presse, wie das, was das Parlament vor einem Jahr noch abgelehnt hat, heute im Teuerungsausschuß angenommen wird. Wir haben gesehen, wie unsere Parolen den Siegeszug durch Oesterreich genommen haben, und es wäre überflüssig, wenn wir wiederum das begründen wollten, dem nicht mehr mangelnde Erkenntnis gegenübersteht, sondern nur noch das Profitinteresse der Nutznießer der Teuerung.

Für uns muß es sich heute auf diesem Parteitag, wo wir nicht nach außen zu der bürgerlichen Oeffentlichkeit sprechen, sondern für uns selbst beraten, um etwas anderes handeln. Wir müssen uns klarzumachen versuchen, die Bedingungen des Kampfes gegen die Lebensmittelteuerung, wir

müssen untersuchen, wo unsere Gegner stehen, welche Kraft sie haben und unter welchen Bedingungen ein Erfolg erzielt werden kann. Nur dann werden wir auch verstehen, wie dieser Kampf geführt werden muß und was von ihm zu erwarten ist.

Wir haben einen Kampf geführt, dessen eigentliches Schlagwort die Oeffnung der Grenze ist. Mit viel Recht haben wir gesagt, daß die landwirtschaftliche Produktion des Inlandes nicht imstande ist, den Bedarf zu decken und daß wir das Defizit durch Zufuhr aus dem Ausland decken müssen. Vor der Frage der Notwendigkeit der Einfuhr steht aber eine andere: Woher kommt es, daß das Inland die Bevölkerung nicht mit Nahrungsmitteln versorgen kann? Wir haben in Oesterreich noch fast die Hälfte der Bevölkerung mit Landwirtschaft und Viehzucht beschäftigt und trotzdem ist sie nicht imstande, genügende Mengen Nahrungsmittel zu liefern. Und wenn wir erst Oesterreich und Ungarn, die doch ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet sind, zusammen betrachten, ergibt sich eine ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, die mit Landwirtschaft, mit der landwirtschaftlichen Produktion beschäftigt ist; trotzdem haben wir ein immer fühlbarer werdendes Defizit in der Lebensmittelversorgung, das sich eben in der Teuerung ausdrückt. Das ist eine Frage, die uns vor allem als Sozialisten beschäftigt.

Sollte es so sein, daß unser Boden nicht ergiebig genug ist und die menschliche Kunst nicht zureicht, ihm genug Lebensmittel abzuringen? So ist es nicht, nur sind wir uns nicht immer dessen bewußt, welcher Widerspruch besteht zwischen der Landwirtschaft und Viehzucht, wie sie ist und zumal in Oesterreich ist, und der Landwirtschaft, wie sie sein könnte nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Arbeit eines Jahrhunderts. Man kann sich sehr leicht diesen Gegensatz zwischen der Wissenschaft und dem Leben veranschaulichen. Stellen Sie sich vor, Sie kämen in das Gebäude, wo die Hochschule für Bodenkultur untergebracht ist, und würden durch die Hörsäle gehen und sich überall einen Augenblick aufhalten. In einem würden Sie einen Dozenten hören, der über die Kunst des Düngens spricht, die zur Wissenschaft geworden ist, der untersucht, welche Nährstoffe dem Boden zugeführt werden sollen. Im anderen Hörsaal würden Sie hören von der zweckmäßigen Auswahl des Saatkorns oder des Zuchtviehs, die die Produktion steigern kann; dann würden Sie wieder hören, wie Chemie, Physiologie, Biologie verwertet werden, um dem Boden den möglichst größten Ertrag abzuringen. Wenn Sie nun einen Blick hineingetan haben in diese Stätte wissenschaftlicher Arbeit, wo die Wissenschaft für den landwirtschaftlichen Betrieb verwertbar gemacht wird wie die mechanische Technologie für die Industrie — dann stellen Sie sich die Bauern vor, die die Landwirtschaft betreiben, die polnischen und ruthenischen Bauern zum Beispiel, die einen so großen Teil unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung bilden. Dann werden Sie sehen, daß es nicht etwa Abnahme der Fruchtbarkeit und auch nicht Rückständigkeit der Wissenschaft und Technik ist, denen der Mangel an Nahrungsmitteln geschuldet ist, sondern etwas ganz anderes. Nichts anderes nämlich als die Tatsache, daß wir in einer Gesellschaftsordnung leben, die es Privatleuten überläßt, für die wichtigste Aufgabe, die Ernährung des Volkes zu sorgen, Leuten, die erstens zu arm sind, die Ergebnisse der Wissenschaft zu verwerten, dann dank der kulturellen Rückständigkeit, die das Produkt der Geschichte und das Werk der Herrschenden in diesem Staat ist, zu unwissend sind, als daß sie die Lehre von neueren Formen der Betriebsweisen aufnehmen könnten, sei es auch nur in jener verdünnten Gestalt, wie sie landwirtschaftliche Wanderredner und Fachzeitschriften vermitteln. Das ist in erster Linie Schuld der heutigen Gesellschaftsordnung, die, statt selbst für die Ernährung zu sorgen, sie armen unwissenden Menschen überlassen hat, die elender sind als die Proletarier und die dank ihrer Armut und Unwissenheit nicht imstande sind, die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit zu benützen. Wir haben allerdings auch einen agrarischen

Großbetrieb, der Ingenieure und Chemiker in seinen Dienst stellen kann, dem es an Mitteln nicht fehlt, den wissenschaftlichen Fortschritt zu benützen, der reich genug ist, sich die Wissenschaften zu kaufen und alle ihre Mittel in seinen Dienst zu stellen. Wir wissen aber, wie er in Oesterreich seine Funktion erfüllt. Wir haben in einzelnen Teilen Oesterreichs ein sehr rasches Fortschreiten des Großbetriebes, ein Bauernlegen, so schön wie es sich die Großgrundbesitzer nur träumen lassen können. Aber welches Großbetriebes! Wir sehen, wie man in der Landwirtschaft ganze Betriebe an sich reißt und sie vereinigt, aber damit große Strecken Landes der Erzeugung von Nahrungsmitteln entzieht. In Obersteiermark zum Beispiel sind Zustände, die an Schottland erinnern, wo der ganze Boden einzelnen wenigen gehört, aber dieser Großbetrieb nicht der Ernährung des Volkes, sondern dem Jagdvergnügen der höheren und allerhöchsten Herren dient. Wir sehen auf der anderen Seite, daß der Großbetrieb seine Produktion nach einer anderen Richtung lenkt, die für die Ernährung des Volkes nichts bedeutet. Wir sehen auf der einen Seite Mangel an Milch, auf der anderen, daß die Weide aufgeforstet wird, weil eine gute Konjunktur für den Holzexport zu erwarten ist. Wir sehen, wie man dazu übergeht, die Nahrungspflanzen zu ersetzen durch Handelspflanzen, die exportiert werden. Die Produktionsrichtung des Großbetriebes wird, weil sie nicht von der Sorge für die Ernährung des Volkes bestimmt wird, sondern von der um hohen Profit, weil mit einem Worte die Landwirtschaft nicht gemeinwirtschaftlich, sondern privatwirtschaftlich geleitet ist, immer untauglicher dem Zwecke, dem sie dienen soll. Das ist die wichtigste Ursache der Lebensmittelteuerung, sie steht noch vor dem hohen Zolltarif. Würden wir eine ausreichende Produktion im Inland haben, würden wir viel weniger über ihn reden müssen.

Erinnern Sie sich, was die kapitalistische Oekonomie uns immer gelehrt hat: Wenn man die Wirtschaft Privatleuten überläßt, die werden schon durch ihr Streben nach Profit dazu getrieben, alles herzustellen, was die Gesellschaft braucht. Wir sehen, daß der Privatbetrieb, der nur vom Profit geleitet und auf die Mittel und das Wissen der einzelnen angewiesen ist, nicht imstande und unfähig ist, zu leisten, was wir brauchen. Das ist aber nichts anderes als der vollkommene Bankerott und die Unfähigkeit der auf die Privatwirtschaft aufgebauten Ordnung. So muß jeder Kampf gegen die Teuerung vor allem sein ein Kampf gegen die letzte Ursache der Teuerung, gegen den Kapitalismus selbst. Unsere erste Aufgabe ist es darum, den Volksmassen klarzumachen, daß auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung die Verelendungstendenzen, die sich in der Teuerung ausdrücken, nie und nimmer und mit keinem Mittel aufgehoben werden können.

Die Regierung selbst gibt uns die Möglichkeit, das zu sagen. Hat Baron Gautsch, von dem wir nun erlöst sind, eine Ahnung, wie das wirken muß, wenn man der Bevölkerung sagt, die Teuerung sei unabwendbar, sie sei eine „Weltkalamität"? Wenn er seine Funktion, die er als Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat, verstanden hätte, hätte er froh sein müssen, daß die Arbeiter noch hoffen, daß sie sich mit kleinen Mitteln, mit kleinen Verwaltungsmaßregeln zufriedengeben, wie zum Beispiel mit der Einfuhr von argentinischem Fleisch, und er hätte begreifen müssen, daß es nichts gibt, was für die kapitalistische Gesellschaft und diejenigen, die sie zu vertreten angestellt sind, gefährlicher ist als die Erkenntnis, daß sich innerhalb der kapitalistischen Ordnung nichts ausrichten läßt. Was Gautsch predigt, ist nichts als die Propaganda des Umsturzes, die Verbreitung der Lehre, daß mit dem Kapitalismus nicht auszukommen ist, weil er der Bevölkerung Nahrung nicht geben kann. Es ist die Lehre, die im Kommunistischen Manifest ausgesprochen ist: „Die Bourgeoisie kann nicht mehr regieren, weil sie ihre Sklaven nicht mehr ernähren kann." (Beifall.)

Freilich, der Herr Baron wollte uns damit ablenken von den Fragen, die auf der Tagesordnung standen. Sie erinnern sich, wie er von den Kartellen gesprochen hat. In der Industrie steht es ja gewiß anders als in der Landwirtschaft, über die Eisenwerke und Zuckerfabriken kann man nicht klagen, daß sie die Ergebnisse der Technik nicht verwerten, nur daß sich die ganze Funktion und Wirkung des technischen Fortschrittes unter dem Einfluß des Finanzkapitals vollständig verändert hat. Früher hat man uns gelehrt, daß der technische Fortschritt eine Senkung der Kosten und damit der Verkaufspreise bedeutet. Die Organisation des Kapitals hat dieses Gesetz aufgehoben. Wir sehen, wie trotz stetigen Fortschrittes aller Hilfsmittel der Produktion unausgesetzt alle Preise steigen, weil sie nicht mehr festgestellt werden durch das freie Spiel der Kräfte auf dem Markte, sondern diktiert werden durch die Organisationen des Kapitals. Herr v. Gautsch sagte, die Kartelle seien eine nützliche Institution, die man nicht abschaffen könne. Nun, einfach abschaffen — das haben wir uns auch nicht eingebildet, und wir wissen nicht, ob wir mit ihrer Abschaffung unbedingt besser daran wären. Aus der Scylla der Kartelle kämen wir in die Charybdis der freien Konkurrenz, deren Wirkungen auch nicht gerade schön sind. Was kann man also tun gegen die Kartelle? Alle bürgerlichen Parteien reden von einem Kartellgesetz. Was darin stehen soll, stellen sie sich nicht sehr genau vor. Sie reden davon, das bloße Wort „Kartellgesetz" soll ein Mittel der Beruhigung sein. Nun, wir sind ebenfalls der Meinung, daß ein Kartellgesetz geschaffen werden soll, und der Antrag unserer Abgeordneten drückt es aus, daß wir eine Regelung wünschen und an ihr mitarbeiten wollen. Aber nichts wäre schädlicher, als wenn wir uns Illusionen über ein solches Gesetz hingeben würden.

Wie weit sind denn Mittel der Gesetzgebung wirksam gegen die Mittel des Kapitals? Nehmen Sie zum Beispiel das Zuckerkartell, das in der letzten Zeit den Zuckerpreis so sehr in die Höhe getrieben hat. Das ist nicht eine Erscheinung, die innerhalb der österreichischen Grenze eingepfercht ist und von der österreichischen Gesetzgebung so ohneweiters erfaßt werden kann. Wer setzt denn den Zuckerpreis fest? Er ruht auf dem Weltmarktpreis und dazu kommt der Zoll, der 6 Frcs. für den Meterzentner beträgt. Mit den Umladekosten dürfte das 7 Kr. ausmachen; um diesen Betrag übersteigt der Preis im Inland den Weltmarktpreis. Dazu kommt noch die Steuer. Das Kartell kann nun den Preis nicht höher festsetzen und will ihn nicht niedriger festsetzen, als der Preis des ausländischen Zuckers und die Zollkosten zusammen betragen. In der Regel ist also der Zuckerpreis Weltmarktpreis, Zoll und andere Einfuhrkosten. Man kann nun sagen: der Staat könnte durch ein Kartellgesetz, durch Schiedsspruch oder Verwaltungsmaßregeln das Zuckerkartell zwingen, den Preis des Zuckers unter der durch den Weltmarktpreis und den Zoll bestimmten Grenze zu halten. Ich will das nicht bestreiten. Wenn die Regierung wollte, könnte sie das tun, auch ohne daß ein Gesetz gemacht würde, wenn sie den Zuckerbaronen nur den Herren zeigen wollte. Aber, Genossen, übersehen Sie nicht, wie eng begrenzt die Möglichkeit ist, auf diesem Wege etwas zu richten. Wenn man den Zuckerpreis herabsetzen könnte, um mehr als die 7 Kr., die die Einfuhrkosten ausmachen, was wird geschehen? Wenn Sie dem Kartell nicht erlauben, Wucherprofit auf dem heimischen Markt zu machen, wird es sehen, sich ihn im Ausland zu holen. Die Wirkung wäre die, daß das Kartell den Zucker hinauswerfen würde in das Ausland und wir an Stelle der Zuckerteuerung eine Zuckernot hätten. Ich will das nicht zeigen, um zu bestreiten, daß Maßregeln getroffen werden können, sondern nur um darzustellen, wie tief verankert in der ganzen Gesellschaftsordnung die Macht des organisierten Kapitals ist und wie verfehlt es ist, die Eindämmung des Kartellwuchers bloß von einem Gesetz zu erwarten. Wenn Sie gegen das Zuckerkartell etwas unternehmen wollen, und Sie analysieren die Schwierigkeiten, die im Wege stehen, werden Sie

immer zu dem Ergebnis kommen: ein wirksames Mittel gibt es freilich, aber nur eines: das ist die Expropriation der Zuckerindustrie! Dann haben wir den Zucker in der Hand! Mit den anderen Machtmitteln des Staates werden wir sehr wenig ausrichten.

Freilich gibt es ein anderes Mittel der Abhilfe, und das hat unsere Fraktion vorgeschlagen: Wenn der Zucker so teuer ist, daß ihn das Volk nicht kaufen kann, so soll man ihm nicht verbieten, sich mit dem Surrogat zu behelfen. Es soll also die Möglichkeit gegeben sein, Saccharin zu kaufen. Aber glauben Sie, daß die Abschaffung des Saccharinverbotes schon bevorsteht, weil im Subkomitee des Teuerungsausschusses die bürgerlichen Parteien nicht gewagt haben, gegen den Antrag auf Aufhebung des Saccharinverbotes zu stimmen? Hinter diesem Verbot stehen machtvolle Interessenten, die stärksten, die wir in Oesterreich haben. Wer sind sie? Die Großbanken, die die Zuckerindustrie in der Hand haben, die zugleich aber auch die Gläubiger des Staates sind. Sie kennen das Verhältnis des Schuldners zum Gläubiger und wissen, daß der Schuldner dem Gläubiger nicht weh tun kann! Weiter steckt dahinter der hohe Adel, die böhmischen Feudalen und die ungarischen Magnaten und die Herren von dem ganz hohen Adel, der noch über dem Feudaladel steht. Glauben Sie, daß diese Mächte sich ohneweiters einer Abstimmung des Teuerungsausschusses beugen werden? Glauben Sie, daß Graf Stürgkh es wagen wird, den Profit der Herren, deren Beauftragter er ist, zu schmälern, nur weil die bürgerlichen Parteien sich den Anschein geben, daß sie es möchten, den Anschein, weil sie sich nämlich fürchten, gegen unseren Antrag zu stimmen? Vergessen Sie nicht, daß in der Kartellfrage alle Machtfragen der kapitalistischen Ordnung eingeschlossen sind, daß sich hier die ganze Macht des organisierten Kapitals betätigt, daß alle schützenden Bollwerke des Kapitalismus aufgerichtet sind vor den Kartellen. Was wir also brauchen, ist nicht weniger als der Umsturz dieser Machtverhältnisse, der es erst möglich machen wird, gegen die Kartelle zu tun, was allein wirklich nützen kann.

Nicht anders steht es mit den Zöllen und den Einfuhrverboten. Freilich, wer möchte es heute noch wagen, gegen die Einfuhr des argentinischen Fleisches zu sein? Seitdem dieses Fleisch den Christlichsozialen so schlecht angeschlagen hat (Heiterkeit), sind alle dafür. Aber es kann sich uns nicht nur um eine isolierte Verwaltungsmaßregel handeln, sondern um die ganze Richtung unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik. Im Jahre 1917 wird man einen neuen Zolltarif machen und neue Handelsverträge schließen und Sie werden dann ein ganz anderes Bild sehen als jetzt. Glauben Sie denn, daß der bürgerliche Abgeordnete für Aussig im Jahre 1917 keine andere Sorge haben wird als die, wie die Arbeiter billiges Brot und Fleisch bekommen? Glauben Sie nicht, daß seine Sorge die sein wird, daß dem Schicht und dem Chemischen Verein die Schutzzölle gesichert werden? Und wer kann denn glauben, daß den bürgerlichen Abgeordneten des nordböhmischen Industriegebietes wichtiger sein wird, daß argentinisches Fleisch hereinkommt, als daß die Zölle auf Baumwollgarn und Baumwollgewebe unverändert bleiben? Es ist selbstverständlich, daß alle diese Abgeordneten nichts anderes als Vertreter kapitalistischer Interessen sind, die Vertreter der Fabrikanten, von denen sie angestellt sind und mit deren Terrorismus gegen die Arbeiter sie gewählt wurden. Die Firma Schicht wird doch natürlich Herrn Lodgman davonjagen, wenn er sich nicht für ihre Zölle einsetzt. Achten Sie nicht darauf, wie sich die bürgerlichen Parteien jetzt gebärden, glauben Sie nicht an den Bund der allgemeinen Konsuminteressenten aller Länder und aller Nationen und aller Klassen gegen die Politik der großen Agrarier. Gewiß, das Interesse, gegen die Zölle zu kämpfen, teilt die Arbeiterschaft mit breiten Schichten anderer Klassen. Sie hat hier gemeinsame Interessen mit all den Angestellten und Beamten, mit denjenigen, die den sogenannten neuen Mittelstand bilden, mit dem größten Teil des Kleinbürgertums und einem gewissen Teil des Land-

volkes. Aber vergessen Sie nicht, all das, was Macht hat im Staate, was herrscht und was die bürgerlichen Parteien regiert, hat ganz andere Interessen. Was Sie 1917 sehen werden, ist nicht ein Bund aller Konsumenten ohne Unterschied der Klasse, sondern ein Bund der Ausbeuter und Zollinteressenten aller Grade und Kategorien, und die haben die Macht noch in der Hand! Geben Sie sich also keinerlei Illusionen hin, daß im Bunde mit dem Nationalverband oder den Christlichsozialen Wesentliches gebessert werden kann. Was geschehen kann, kann nur gegen die bürgerlichen Parteien geschehen. Denn dieses Zollsystem ist kein zufälliges, sondern ein Produkt der Machtverhältnisse und der Eigentumsverhältnisse, ein Kompromiß zwischen den Profitinteressen aller besitzenden Klassen, und darum wird es von der Masse der bürgerlichen Parteien verteidigt werden. Wir allein müssen stark sein, wenn wir mit diesem ganzen kapitalistischen System der Auswucherung brechen wollen.

Ich will damit durchaus nicht Pessimismus predigen und durchaus nicht sagen, daß es ganz unmöglich ist, in der heutigen Gesellschaftsordnung etwas auszurichten. Es handelt sich ja hier keineswegs nur darum, wie die Dinge in Oesterreich liegen, sondern da gibt es internationale Rückwirkungen. Seit Jahrzehnten war die österreichische Zollpolitik nichts als ein Abklatsch der reichsdeutschen. Darum wird für unsere Zollpolitik der 12. Jänner vielleicht mehr bedeuten, als unser eigener Kampf bedeuten kann, und der Sieg der deutschen Sozialdemokratie bei den deutschen Reichstagswahlen kann manches ändern. Ich halte es daher nicht für unmöglich, da ja heute die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt ganz anders aussieht als bei der Vorbereitung des geltenden Zolltarifs, daß man 1917 einige der allerärgsten Exzesse beseitigen wird. Aber machen Sie sich keine Illusionen über den möglichen Grad der Besserung und über den Widerstand, der gebrochen werden muß. Und rechnen Sie nicht auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien, die Vertreter von Interessen sind, die heute mehr denn je Zollinteressen sind!

Nicht anders steht es mit den Steuern. Die Wohnungsteuerung und die Wohnungsnot haben zum nicht geringen Teil ihre Ursache in der Steuergesetzgebung. Unsere Bevölkerung wächst jedes Jahr um einige hunderttausend Köpfe, entsprechend groß müßte also der Zuwachs an neuen Wohnungen sein, damit er den Zuwachs der Bevölkerung aufnimmt. Der Staat aber baut keine Wohnungen, die Gemeinden tun nichts oder sie machen irgendeine Schwindelaktion, wie jetzt in Wien, wo die Gemeinde ein paar Wohnungen baut, als ob der riesige Bevölkerungszuwachs behaust werden könnte in ein paar Notbaracken. Es ist also dem Privatkapital überlassen, Wohnungen zu bauen. Aber da in Oesterreich die hohen Mietsteuern den Häuserbau nicht profitabel erscheinen lassen, werden so gut wie keine Wohnungen gebaut, besonders keine Kleinwohnungen für Arbeiter. Meinen Sie nun nicht, daß es so leicht sein wird, in dieser Beziehung energische Abhilfe zu erzwingen! Wir stellen die Forderung, Häuser zu bauen, an die Gemeinde. Aber wer ist die Gemeinde? Das sind die in den privilegierten Wahlkörpern gewählten Hausbesitzer, die sich nicht danach sehnen, daß sie Konkurrenz bekommen. Wir fordern, daß die Steuern so ermäßigt werden, daß das Privatkapital bestimmt wird, Häuser zu bauen. Aber wie kann man von der Abschaffung der einträglichsten direkten Steuer reden, wenn an der Adria Dreadnoughts vom Stapel gelassen werden und eine Wehrreform mit ungeheuren neuen Kosten beschlossen werden soll? Glauben Sie, daß wir imstande sind, die bürgerlichen Parteien dahin zu bringen, daß sie sagen: „Solange Wohnungsnot herrscht, wird kein neues Kriegsschiff bewilligt. Solange nicht die Hauszinssteuer ermäßigt ist, gibt es keine Vermehrung der Rekruten!“ Glauben Sie das, oder glauben Sie nicht, daß die bürgerlichen Parteien wieder einschwenken und tun werden, was man „oben“ befiehlt? Auch die Wohnungsteuerung ist ja kein zufälliges Produkt, nicht etwas, was sein

kann und sein müßte, was man von heute auf morgen beseitigen kann, auch sie ist ein Niederschlag der Geschichte, die die herrschenden Klassen bestimmt haben, sie ist ein Produkt der Machtverhältnisse, das nicht anders beseitigt werden kann als durch den Umsturz dieser Machtverhältnisse.

Es ist nicht viel anders mit jenen kleinen Mitteln innerhalb des bestehenden Zoll- und Steuersystems, die unsere Abgeordneten im Parlament vorgeschlagen haben. Technisch ist jede dieser Maßregeln sofort durchführbar und kein gesetzliches Hindernis steht ihnen entgegen; aber trotzdem werden sie kaum sehr bald durchgeführt werden. Ein Beispiel: Irgend ein Subkomitee des Teuerungsausschusses hat den Beschluß gefaßt, die Liebesgaben für die Schnapsbrenner abzuschaffen. Solange das eine Resolution ist, in der es heißt: „Die Regierung wird aufgefordert, ein Gesetz vorzulegen, durch das diese Prämien abgeschafft werder", ist es sehr billig. Papier ist den Herren immer wohlfeil gewesen. Wenn es aber wirklich dazu kommt, daß die Regierung das Gesetz vorlegt, werden Sie etwas ganz anderes hören. Technische, staatsrechtliche Bedenken werden vorgeschützt werden, um nachzuweisen, daß die großen Aktiengesellschaften der Spiritusindustrie, die Fürsten, Grafen, Barone, die polnischen Schlachzizen und die tschechischen Feudalen auf die Schnapsprämien nicht verzichten können, weil sonst die armen deutschen Bauern zugrunde gehen müßten. Und wenn die Vorlage schon glücklich das Abgeordnetenhaus passiert hätte, dann kommt noch die Versammlung der privilegierten und prämiierten Schnapsbarone, die das Herrenhaus heißt. Glauben Sie, daß dort die Schnapsprämien abgeschafft werden? Wie die Herren darüber denken, erkennen Sie daran, daß sie in einer Enquete die Unverschämtheit gehabt haben, zu verlangen, wenn man die Schnapsprämien aufhebt, solle man sie ablösen mit dem kapitalisierten Betrag! Die Beseitigung der Schnapsprämien bedeutet ja für die Herren nicht viel weniger als eine Expropriation! Wenn wir aber stark genug sind, diese Expropriation durchzusetzen, werden wir uns mit den Schnapsprämien allein nicht begnügen müssen!

Ich habe das alles nicht auseinandergesetzt, um unsere Aktion als aussichtslos darzustellen, um Sie zu entmutigen, Ihnen die Meinung beizubringen, daß nichts gerichtet werden kann. Das ist nicht meine Ansicht. Aber lassen Sie sich nicht täuschen durch die bürgerliche Demagogie und lassen Sie nicht zu, daß den Arbeitern zugeredet werde, daß eine Harmonie zwischen den Interessen der Besitzenden und der Besitzlosen auch nur in dieser einen Frage bestehe und ihren Ausdruck finden könne in einer Kooperation der bürgerlichen Parteien mit der Sozialdemokratie. Die Gesetzgebung, die die Teuerung hervorruft oder verschärft, ist nichts als ein unvermeidliches Produkt der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse. An sie rühren kann aber nur die Klasse, die nichts zu verlieren und nur zu gewinnen hat und nur dann, wenn die Klasse stark genug ist, eine Bresche zu schlagen in die Mauer, mit der die Ausbeutung sich umgürtet hat. Wir können etwas ausrichten nur durch unsere eigene Kraft, durch unablässige Werbearbeit für unsere Partei. Das erste und schwerste ist schon getan und ein ungeheurer Erfolg ist bereits erreicht: daß die ganze österreichische Bevölkerung sich mit dieser Frage und unseren Forderungen beschäftigen muß, daß unsere Formeln jeden Tag auf der Tagesordnung stehen, daß jeder Minister darüber reden muß und die bürgerlichen Parteien uns wenigstens in Worten zustimmen müssen. Das zeugt für die Werbekraft unserer Gedanken. Das Wort wird Tat werden, wenn die ganze Masse des Volkes erfüllt ist mit diesen Gedanken, wenn sie entschlossen ist, durchzusetzen, was sie braucht, und zu tun, was sie muß, um ihre Feinde niederzuringen.

Dazu gehört freilich nicht nur unsere politische Aktion, wir brauchen auch die Selbsthilfe unserer wirtschaftlichen Organisationen. Was unsere Konsumentenorganisation heute schon leistet im Kampf gegen die Teuerung und was sie leisten könnte, wird oft unterschätzt. Ich bin weit entfernt,

es zu überschätzen. Selbstverständlich kann kein Konsumverein und keine Großeinkaufsgesellschaft die Tatsachen auf dem Weltmarkt aufheben und die Weltmarktpreise herabdrücken, ebensowenig wie sie die Zölle beseitigen können. Aber etwas kann die Konsumentenorganisation. Viele Arbeiter glauben, es sei ein Argument gegen die Konsumvereine, wenn sie beobachten, daß die Greißler auch zu dem gleichen Preis verkaufen wie die Konsumvereine. Das ist ganz falsch gedacht. Selbstverständlich, wenn ein großer Konsumverein an einem Orte besteht und mit dem Preise so weit herabgeht, als möglich ist, sind natürlich die kleinen Händler gezwungen, auch herunterzugehen, damit ihnen nicht die letzten Käufer davonrennen. Das bedeutet nicht, daß die Konsumvereine nichts nützen, sondern daß sich ihre Wirksamkeit auch darin äußert, daß die ihnen nicht angeschlossenen Konsumenten einen Nutzen haben. Indem der Konsumverein das Niveau der Preise senkt, soweit es heute geschehen kann, wirkt er als Preisregulator. Die Konsumvereine sind also ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Detailpreise und sie könnten noch ein ganz anderes sein, wenn die Genossen überall das Nötige zu ihrer Kräftigung täten. Im Kampfe gegen die Teuerung ist der Konsumverein eine nicht mehr, aber auch nicht weniger wichtige Waffe als der Stimmzettel.

Nicht weniger wichtig ist aber natürlich die Gewerkschaft. Es wird heute jeder Arbeiter an jedem Tag der Lohnauszahlung einfach betrogen. Denn der Lohn, den er bekommt, ist nicht der Lohn, der etwa vor zwei Jahren im Kollektivvertrag bedungen worden ist. Dafür bekommt der Arbeiter nicht die Nahrung und Wohnung wie vor zwei Jahren. Der Lohn ist tatsächlich gekürzt, wenn er auch in Kronen und Hellern so viel ausmacht wie früher. Darum ist es heute unsere doppelte Pflicht, alles zu tun, um die Gewerkschaften in den Stand zu setzen, nicht eine Verbesserung der Lebenshaltung zu erzielen, sondern diese wenigstens zu erhalten, so daß die Steigerung der Löhne mit der Teuerung gleichen Schritt hält. Das ist nun heute eine schwerere Aufgabe denn je. Die ganzen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes haben sich völlig verändert. Wir stehen nicht mehr isolierten Unternehmern gegenüber, die früher in Oesterreich nicht sonderlich viel Widerstandskraft gehabt haben, sondern den Scharfmacherverbänden, die von ihren reichsdeutschen Kollegen die brutalste Aussperrungstechnik gelernt haben und sich nicht scheuen werden, sie anzuwenden. Gegenüber diesen Unternehmerverbänden kommt man mit schwachen und durch Separatismus zersplitterten Gewerkschaften nicht aus. Wir brauchen große und finanziell gekräftigte Organisationen, und es ist Pflicht der Partei, der Presse und jedes einzelnen Genossen, alles zu tun, was zur Kräftigung der Gewerkschaften führt. Der Kampf der gewerkschaftlichen Organisation wird auch die größten politischen Wirkungen haben und ich halte ihn auch politisch für viel wirksamer als alles, was wir mit bloßen Worten tun können. Die Belehrung der Bourgeoisie, daß die Teuerung unerträglich ist, geschieht am wirksamsten, wenn die Unternehmer in jeder Fabrik, in jeder Werkstätte eben wegen der Teuerung höheren Lohn bewilligen müssen. Am wirksamsten wird der Fabrikant überzeugt, wenn er es an der Fabrikkasse spürt. Dem Fabrikanten persönlich macht die Teuerung nicht sehr viel, ihn interessiert die Bewegung der Rohstoffpreise viel mehr, aber wenn er höhere Löhne bewilligen muß, wenn die Ruhe der Industrie gestört wird durch große Lohnkämpfe, dann werden die Herren begreifen, was die Teuerung auch für sie bedeutet. So ist die Stärkung der Konsumvereine und der Gewerkschaften nicht nur Arbeit für sie selbst, sondern zugleich eine Kräftigung der politischen Bewegung.

Es fällt mir also durchaus nicht ein, Fatalismus zu predigen, zu behaupten, daß wir die Waffen strecken müssen, aber warnen will ich, sich den Kampf zu leicht vorzustellen und zu meinen, daß ohneweiters Erfolge zu erzielen seien. Es war schwer genug, den Großgrundbesitzern die privilegierten Mandate zu nehmen; aber ihnen die Schnapsprämien entziehen, den Profit von dem teuren Vieh, von dem teuren

Korn zu nehmen, wird natürlich noch ganz andere Anstrengungen kosten. In diesem Kampf gegen die Lebensmittelteuerung stehen wir auf unserem eigensten Boden. Er ist seinem Wesen nach ein Klassenkampf, ein Kampf gegen die Klassen, die von der Ausbeutung des Volkes leben, ein Kampf gegen die Gesellschaftsordnung, die uns auspreßt, daß uns der Atem ausgeht. Dieser Kampf ist unser Element und wir werden ihn führen müssen, mit, wie Adler gestern sagte, zäher Geduld. Noch steckt in vielen Köpfen Unklarheit über die Kraft des Widerstandes. Wenn sie Klarheit gewonnen haben, werden sie nicht den Schluß ziehen, daß gegen die Teuerung nichts zu machen sei, sondern den, daß wir noch zu wenig getan haben, daß wir stärker werden müssen, stärker von Tag zu Tag. Diese immer drückender werdende Teuerung, die ein Bankerott der ganzen kapitalistischen Gesellschaft ist, zeigt, wie recht wir haben mit unserer alten Lehre. Ja, wenn es so leicht möglich wäre, eine Reform nach der anderen zu erringen, die Lebenshaltung der Arbeiter mehr und mehr zu verbessern: was sollte da der Sozialismus? Da lebten wir doch in einer Welt, wo es immer schöner und schöner würde. Da wir aber sehen, daß es so nicht ist, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung dem Volke das Leben unmöglich macht, daß sie es einschnürt, bis es sich kaum noch bewegen kann, deshalb eben sind wir Sozialisten, deshalb können wir uns nicht begnügen mit kleinen Reformen, deshalb ist der Kampf um jede Teilreform nichts als ein Stück des Kampfes zu dem großen Ziele: zum Umsturz, zur Umwälzung der Gesellschaftsordnung von Grund aus. Wir werden darum den Kampf gegen die Lebensmittelteuerung in unserem alten Sinne führen. Wir sind keine Freihändler, wenn wir auch noch weniger Schutzzöllner sind, wir sind Sozialisten, Klassenkämpfer, Kämpfer gegen die Klassen, die uns auswuchern. Der Kampf gegen die Teuerung ist der Kampf um unser letztes Ziel, um die Umwandlung der Gesellschaft zu einer neuen und höheren. (Stürmischer Beifall.)

Der Referent legt nun eine ausführliche Resolution vor. (Siehe Seite 115.)

Referent Abgeordneter Neumann: Genosse Bauer hat darauf verwiesen, daß die Teuerung ihre Ursache in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung habe. Von dieser alten Wahrheit sind wir niemals abgewichen und jeder weiß, daß wir das in allen Teuerungsdebatten betont haben. Einige Bemerkungen Bauers machen es aber nötig, zu erwidern. Er hat gesagt, daß sich der Teuerungsausschuß mit der Teuerung wohl beschäftige, daß aber keineswegs die Meinung berechtigt sei, es könne von ihm etwas anderes erreicht werden als Palliativmittel; eine Meinung, die wir ebenfalls teilen. Aber wenn wir im Ausschuß intensiv arbeiten und wenn wir in der parlamentarischen Tätigkeit mit ein Mittel finden, um die Teuerung einigermaßen zu mildern, so entspricht das unserer prinzipiellen Erkenntnis über den Wert des Parlamentarismus. Nun ist es richtig, daß die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit ein starkes Kampfmittel gegen die Teuerung sind, daß die Forderung nach höheren Löhnen einen gewissen Druck ausüben wird; aber es ist nicht zu vergessen, daß dieser ewige Kampf der Gewerkschaften, um der Teuerung nachfolgen zu können, ungemein aufregend ist und daß in der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht das einzige Mittel im Kampfe gegen die Teuerung gesucht werden kann, sondern daß der Kampf unterstützt werden muß durch den Kampf mit den Mitteln des Parlamentarismus. Es ist also meiner Ansicht nach die ostentative Hervorhebung auf dem Parteitag, daß niemals verkannt werden darf, daß die Teuerung ihre Ursache in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat, etwas deplaciert, weil wir doch alle davon überzeugt sind und die Aktion gegen die Teuerung niemals von dem Gesichtspunkt aus geführt haben, daß die parlamentarische Tätigkeit und die Demonstrationen auf der Straße das Allheilmittel sind. Aber es ist nötig, auf dem Parteitag auszusprechen, daß diese intensive Agitation mit den Straßendemonstrationen für unsere Partei

eine Notwendigkeit gewesen ist und daß wir uns der Mithilfe, die die Demonstrationen bieten, nicht für alle Zukunft begeben wollen. Wenn es gelungen ist, unseren Vorschlägen zur Milderung der Teuerung Werbekraft zu verleihen, die auch von Bauer zugestanden wurde, ist das darauf zurückzuführen, daß durch unsere Kundgebungen die Erkenntnis von Ursachen und Wirkungen der Teuerung in die breitesten Schichten gedrungen ist und die bürgerlichen Parteien gezwungen wurden, sich unserer Meinung anzuschließen, ihr wenigstens nicht offen zu opponieren. Deshalb sage ich, daß wir jene Mittel nicht entbehren können und daß sie im Kampfe gegen die Teuerung zur richtigen Zeit und im richtigen Ausmaß angewendet wurden. Es ist uns also keinerlei Vorwurf zu machen. Gerade der Umstand, daß sich das Parlament in so hervorragendem Umfang mit dem ganzen Komplex der Fragen beschäftigt, ist auf unsere intensive Agitation zurückzuführen, ohne die wir diese Fragen nicht so weit gebracht hätten. Allerdings meine auch ich, daß mit einer gewissen weisen Erwägung der Mittel vorgegangen werden muß.

Wenn wir in der Resolution die einzelnen Forderungen durchgehen, finden wir, daß unsere Arbeit im Parlament nicht ganz ergebnislos geblieben ist. Wir stellen in Bezug auf die Wohnungsteuerung eine ganze Reihe von Forderungen auf und unsere parlamentarische Tätigkeit hat dazu geführt, daß einzelne unserer Forderungen schon berücksichtigt wurden. Es ist nicht zu verkennen, daß die Wohnungsteuerung die drückendste ist und die verheerendsten Folgen hat. Sie ist die Ursache der Demoralisation und dadurch der Kampfunfähigkeit eines Teiles der Arbeiterschaft und es ist deshalb nur natürlich, daß sie unsere ganz besondere Aufmerksamkeit verdient. Wir wissen, daß an ihr eine ganze Reihe von Ursachen schuld ist, die im gesellschaftlichen Zustand wurzeln: die Grund- und die Bauspekulation, die Spekulation mit Baumaterial, die staatlichen und die städtischen Steuern. Wenn in Wien die Mietsteuern zwei Drittel der ordentlichen Einnahmen der Gemeinde ausmachen, so ist das ein starker Faktor, der die Verteuerung der Wohnungen bewirkt. Wir wissen, daß der Kampf gegen alle diese Faktoren schwer ist; daß er aber geführt werden muß, ist natürlich, und das tauglichste Mittel dafür ist der Parlamentarismus. Wenn wir auch wissen, daß mit ihm nichts Vollkommenes erreicht werden kann, ist es unberechtigt, so schwarz zu malen, wie es Dr. Bauer getan hat. Wir haben mit der parlamentarischen Arbeit in Bezug auf die Wohnungsteuerung wenigstens das eine erreicht, daß der Wohnungsfürsorgefonds geschaffen wurde, eine Arbeit des Parlaments, die jetzt noch nicht von großer Bedeutung ist, aber es sein kann, wenn die Kenntnis von dem Nutzen der Sache in breite Schichten dringt. Wir sind daran, eine Aktion durchzuführen, daß der Fonds erheblich gestärkt werde, so daß dem Bedürfnis, das heute besteht, wenigstens einigermaßen Rechnung getragen werden kann. Wir sind weiter im Begriff, das Gesetz vom Jahre 1902 über Steuerbegünstigungen für Arbeiterwohnungen umzuwandeln in eines zur Steuerbegünstigung von Kleinwohnungen. Ich zweifle nicht, daß es gelingen wird, in dieser Richtung einigen Erfolg zu erzielen. Wir wollen weiter darauf hinweisen, daß beim Bau von Kleinwohnungen Befreiungen von Steuern und Gebühren eintreten, was auch eine gewisse Wirkung haben muß.

Wir sind auch im Begriff, in den Gemeindevertretungen dahin zu wirken, daß die städtische Wohnungspolitik eine andere werde. Da kommt vorerst die Besteuerung der Grundrente, die städtische Bodenwertzuwachssteuer, in Betracht, die, wenn die vernünftigen Maßnahmen getroffen werden, Wirkung auf die Grundpreise ausüben muß. Wie wichtig diese Steuer ist, sehen wir in Wien. Durch große Investitionen hat die Gemeinde den Grundwert enorm gesteigert, ohne daß an dieser Wertsteigerung die Gemeinde, die sie hervorgerufen hat, einen Anteil hat. Man spricht jetzt von der Erbauung einer Untergrundbahn, von der Elektrifizierung der Stadtbahn. Schon finden Sie kapitalistische Unternehmungen am Werk, um die Steigerung

der Grundwerte auszunützen. Die Banken machen in Zuschriften ihre Kommittenten aufmerksam, daß durch Untergrundbahnen und die Elektrifizierung der Stadtbahn die Grundwerte steigen werden und die Kapitalbesitzer es nicht versäumen sollen, daraus Profit zu ziehen.

In allen Vertretungskörpern, denen wir angehören, ist es unsere Pflicht, auf das zu drängen, was geeignet ist, die Wohnungsteuerung wenigstens einigermaßen zu lindern. So haben wir im Wiener Gemeinderat entschieden gefordert, daß der Bau von Wohnungen durch die Gemeinde erfolge. Die Stadt Wien baut aber nichts. Sie beteiligt sich bloß mit zinsenfreien 400.000 Kr. an den Bauten, die die Zentralstelle für Wohnungsreform durchführt. Das ist das Um und Auf, und es ist ganz natürlich, daß wir alles tun, die Gemeinde zu viel intensiverer Wirksamkeit zu zwingen. Es ist eine alte Erfahrung, daß das Zusammendrängen der Bevölkerung an einem Ort sprunghafte Erhöhungen der Wohnungspreise nach sich zieht. Deshalb müssen wir alles tun, daß wir in den großen Städten zur Dezentralisierung des Wohnens kommen. Daß in dieser Beziehung die Gemeinden das allermeiste tun müssen, ist selbstverständlich. Gute Kommunikationsmittel, Wasserleitung und Kanalisierung sind Vorbedingung. Alle Körperschaften, wo wir Sitz und Stimme haben, müssen wir ausnützen zur Abhilfe gegen die Teuerung, agitieren müssen wir für unsere Forderungen in Staat und Gemeinde, deshalb werden wir aber niemals aus dem Auge lassen, daß die Ursache der Uebel in der kapitalistischen Produktionsweise liegt. Wir können aber ruhigen Gewissens erklären, daß wir von dieser Erkenntnis niemals abgewichen sind, so daß die ernsten Mahnungen Bauers überflüssig waren. Was bis jetzt im Kampfe gegen die Teuerung geschah, war eine Notwendigkeit und hat auch schon sichtbare nützliche Folgen für die Partei und für die konsumierende Bevölkerung gehabt. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte.

Abgeordneter Dr. **Ellenbogen:** Ich begreife und billige die Tendenzen, von denen Genosse Bauer ausgegangen ist. Es ist durchaus in Ordnung, daß wir aufmerksam gemacht werden, es sei unsere Pflicht, uns von der Seichtheit, Demagogie und Verlogenheit der bürgerlichen Parteien fernzuhalten und uns auch in dieser Frage auf die prinzipielle Seite zu stellen. Ein solches Referat ist durchaus sozialdemokratisch und darum berechtigt. Ich meine aber, daß man in den Folgerungen nicht allzu weit gehen darf. Gestern hat Dr. Renner in Bezug auf die Separatistenfrage uns auf tausend Jahre verwiesen. (Renner: Daß es Tschechen geben wird! — Ruf: Solche Tschechen! — Heiterkeit.) Ich meine aber, daß, wenn Bauer uns auf das vertröstet, was er den Umsturz der heutigen Machtverhältnisse nennt, das ein Wechsel auf zu lange Sicht ist. So lange können wir auch in den Detailfragen nicht warten. (Bauer: Nennen Sie einen schnelleren!) Ich glaube, daß wir innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung nicht nur die Agitation betreiben können, sondern auch die Hoffnung auf eine gewisse Besserung haben.

Bauer hat von den Kartellen gesprochen. Es ist gewiß notwendig, daß wir gegenüber dem allgemeinen Gerede über diesen Gegenstand uns daran erinnern, daß wir einen prinzipiellen Standpunkt haben und sie nur als eine logische Entwicklung des Kapitalismus, der Konzentration und Intensivierung der Produktionsweise betrachten können. Ebenso sind wir der Anschauung, daß die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Schaden und Nutzen der Kartelle erst durch den Sozialismus, durch Aufhebung des privatwirtschaftlichen Charakters der Produktion erfolgen kann. Aber den Schluß zu ziehen, den Bauer, wenn man nicht sorgfältig aufpaßt, zu ziehen schien, daß ein Gesetz gegen die Kartelle völlig wirkungslos bleiben muß: diesen Schluß möchte ich nicht ziehen. Ich will gar nicht davon sprechen, daß eine Wirkung auf die Zollgesetzgebung durchaus nicht aussichtslos ist; ich er-

innere an das Dumpingsystem, die Erhöhung der Preise des Inlandes zugunsten des Auslandes, sie kann durch entsprechende Zollmaßnahmen gehindert werden. Wir können gewisse gesetzgeberische Maßregeln treffen, wenn wir uns auch klar sind, daß sie nur in sehr engem Rahmen wirken können. Mindestens haben wir aber die Pflicht, den Versuch zu machen, auf diesem Gebiet den Kartellen an den Leib zu rücken. Der Einwand, daß schon Versuche gemacht wurden und fehlschlugen, ist nicht ausschlaggebend. Immer wieder muß der Versuch gemacht werden, die Gefährlichkeit der Kartelle einzudämmen, bis es endlich gelingt, den Punkt zu finden, wo es gelingt, ihren Exzessen einen Riegel vorzuschieben. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wie wir gegenüber dem Manschestertum, das einen Eingriff in das Spiel der Kräfte darin gesehen hat, wenn wir Schutz der Arbeiter gefordert haben, gesiegt haben, ohne daß die Entwicklung aufgehalten wurde, so können wir auch hier das „freie Spiel der Kräfte" beeinflussen. Wissen Sie, wer heute am intensivsten von der Argumentation Gebrauch macht, daß die Kartelle organische Produkte der heutigen Wirtschaftsordnung sind? Die Kartellisten. Wenn wir im Ausschuß über die Kartelle sprechen, sagen die Herren, die die Kartelle vertreten, wenn auch natürlich nicht offiziell, aber dem Ursprung ihres Mandats nach: „Was wollt ihr denn? Ihr haltet doch die Entwicklung auf, das ist nicht sozialistisch!" Ich meine wohl auch, daß das eine unaufrichtige Ausnützung unserer Auffassung und unserer Logik zugunsten der Kartelle ist, und weiß es nach seiner Bedeutung einzuschätzen. Aber auf den Leim wollen wir eben nicht gehen. Wir können den Kartellen eine Reihe von Maßnahmen aufzwingen, die geeignet sind, ihre schädliche Wirkung zu mildern. Vor allem in sozialpolitischer Beziehung. Wenn wir ihnen die Pflicht auferlegen, für alle Betriebe, die sie lahmlegen, die Arbeitslosenfürsorge zu übernehmen, so ist das eine nützliche Maßregel, denn sie kann eine schädliche Wirkung der Kartelle mildern. Unsere ganze Haltung zum Parlamentarismus wird doch davon bestimmt, daß wir innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung eine Linderung, Milderung, Besserung, eine allmähliche Veränderung zu unseren Gunsten herbeiführen wollen. Wir können dem Kartell Maßnahmen in Bezug auf Arbeiterschutz, Unfallverhütung, Arbeiterversicherung auftragen. Ich sehe nicht ein, warum wir nur auf den Umsturz warten sollen, der gewiß einmal kommen wird, nur daß wir nicht wissen, wann. Kein Mensch wird Genossen Bauer für einen Syndikalisten halten. Aber wenn wir diese Logik fortsetzen, könnte man dazu kommen.

Bauer warnt uns, in den Fragen der Zollgesetzgebungen zu viel Hoffnungen zu haben. Er sagt, im Jahre 1917 werden die Lodgman und die anderen, die heute gegen die Zölle deklamieren, sie wieder beschließen. Auch das halte ich für übertrieben. Gewiß sind einige Abgeordnete von Gnaden der Fabrikanten, mit deren Geld gewählt. Aber unter den Wählern dieser Abgeordneten sind auch Beamte, Eisenbahner, Kleinbürger und auch Arbeiter, und unsere Agitation wendet sich nicht an Lodgman und die anderen, die direkte Fabrikantenabgeordnete sind, sondern nur an die Urelemente der Zusammensetzung des Hauses, an die Wähler, die unter dieser Zollgesetzgebung leiden. Als in England die Kornzölle fielen, war auch schon eine gewisse Höhe der Entwicklung erreicht und es ist doch möglich gewesen, sie abzuschaffen. Die Zölle hängen durchaus nicht mit der kapitalistischen Gesellschaft unzertrennlich zusammen. Die Kapitalisten können auch bei der Freihandelspolitik Profit erzielen und die Extraprämie des Zolles ist beim heutigen Stand der kapitalistischen Entwicklung nicht nötig.

Wozu agitieren wir aber gegen das Zollsystem, wenn wir nicht hoffen können, die Frucht dieser Agitationsarbeit in einem allgemeinen entrüsteten Ansturm des gesamten Volkes gegen diesen Ueberwucher heranreifen zu sehen. Und wir sehen diese Früchte schon heute vor uns. Wenn selbst Gautsch schon gegen die agrarischen Hochschutzzölle Stellung nahm, wenn die Entrüstung über den Eisenzoll eine allgemeine ist, wenn die

Agrarier nicht nur immer kleinlauter werden, sondern selbst aus ihren eigenen Reihen der Kampf gegen die Schutzzölle aufgenommen wird, so erblicke ich darin die Vorboten einer Aenderung unseres Zollsystems und unserer gesamten Handelspolitik, die den Bauerschen Nihilismus als unberechtigt erweisen. Und daß die Lehren der Wiener Wahlen auf Wien beschränkt bleiben werden, daß die Wähler Nordböhmens nicht die gleiche Energie zur Aenderung der Wirtschaftspolitik bekunden werden, daran zu verzweifeln ist wirklich kein Grund vorhanden.

Ich bin also nicht der Meinung, daß wir die Flügel hängen zu lassen brauchen. Wir sollen die Demagogie der Bourgeoisie, die jetzt gegen die Zölle redet, durchschauen, sollen sie festnageln, aber die Furcht der bürgerlichen Abgeordneten vor den Wählern ausnützen für unsere Interessen, nicht bloß für die theoretische Aufklärung des Volkes, sondern auch für die materielle Höherentwicklung des Proletariats.

Abgeordneter Dr. Renner: Ich kann die Worte Neumanns nur unterstreichen. Was im Parlament von uns gegen die Teuerung geschehen ist, war notwendig. Bauer wollte zeigen, daß darin etwas Unrichtiges war. Man kann aber sagen, vieles, was nicht geschehen ist, wäre notwendig gewesen. Unsere politische Aktion ist beiweitem noch nicht alles und, wenn ich Bauer recht verstanden habe, noch nicht das wichtigste in unserer Teuerungsaktion. Wir unterscheiden bekanntlich zweierlei Formen unserer Aktion: die parlamentarische und die außerparlamentarische. Wir haben in dieser vielleicht vieles getan, was nicht nötig war, vieles aber nicht, was sehr nötig wäre. Was die parlamentarische Aktion betrifft, so meine ich, daß sie uns einen großen Dienst erwiesen hat. Er liegt nicht in dem unmittelbaren Erfolg, denn einen solchen unmittelbaren großen Erfolg haben wir nicht erzielt. Großartig sind unsere Ergebnisse im Subkomitee, groß im Ausschuß, aber auf dem Wege ins Plenum verlieren sie sich. Bauer hat recht, gegen uns steht das Interesse aller kapitalistischen Klassen, welche an der Preispolitik interessiert sind und die Zölle aufgerichtet haben als Wesen, nicht als zufälliges Merkmal des Systems. Die städtischen Vertreter haben beim Spirituskontingent, beim Sacharineinfuhrverbot den Agrariern ihre Privilegien bestritten. Da antworteten die Agrarier: „Auch ihr Städter habet Privilegien, da werden wir auch die streichen, so den Fleischhauern den Befähigungsnachweis!" Da waren die Städter verblüfft und böse, aber glauben Sie nicht, daß beide, Agrarier und Bourgeois, daraufkommen werden, daß das Zollsystem für beide etwas Angenehmes hat? Die Agrarier verdammen die Eisenzölle, die Bourgeoisie die Lebensmittelzölle. Im Jahre 1917 wird es aber dann doch heißen: „Gibst du mir meinen Zoll, so gib ich dir den deinen!" Sie werden sich finden und es wäre Optimismus, zu glauben, daß wir im parlamentarischen Ansturm imstande sind, die heutige Wirtschaftspolitik und die Herrschaft des Finanzkapitals zu stürzen. So leicht wird das nicht sein.

Bauer hat darauf hingewiesen, daß sich eine eigenartige Revolution geltend macht, die Konsumentenrevolution, zu der sich die Konsumenten aller Klassen vereinigen sollen. Ich glaube nicht an den Bund der Konsumenten. Aber wie können wir doch einen Erfolg erringen? Wir können Spaltungen in die bürgerliche Gesellschaft tragen, die begründet sind in ihrem Interesse, und durch deren starke Betonung jene Schichten, die solche Interessen haben, zunächst neutralisieren und vielleicht demnächst gewinnen. Damit wird der Staat nicht zusammenbrechen, aber in solcher Politik liegt eine Ausdehnungsmöglichkeit der Partei und auch die des politischen Erfolges, eine Ausdehnungsmöglichkeit der Politik, welche hie und da etwas flickt, aber im großen und ganzen an der Wirtschaftsordnung nichts ändert. Auf dieser guten Bahn werden wir fortfahren. Aber niemand darf sich dem leichtsinnigen Optimismus hingeben, daß das Parlament die Herabsetzung der Preise beschließen oder eine Regelung der Preise erwirken werde. Von diesem Glauben zu befreien ist nützlich und er er-

füllt uns auch nicht, auch den Genossen Ellenbogen nicht; aber er erfüllt weite Kreise, vor allem die Mitläufer, die glauben, Sozialismus heißt: Herabsetzung der Fleischpreise, Einfuhr argentinischen Fleisches. Diese Elemente müssen wir aufklären, wenn sie nicht Davonläufer werden sollen, daß das Grundübel nicht in einzelnen Gesetzen liegt, sondern in der ganzen Wirtschaftsordnung.

Ellenbogen hat die Syndikalisten mit einigem Recht als Beispiel herangezogen. Die Syndikalisten sind die Freunde der direkten Aktion. Wir sind immer Freunde der parlamentarischen und der direkten Aktion. Unter dieser können wir aber nichts anderes verstehen, als die Organisation der arbeitenden Klasse außerhalb des Parlaments. Die Wiener Septembervorgänge waren der Ausdruck der Verzweiflung der Arbeitermassen über die ungeheure Teuerung und den Verrat der österreichischen Interessen an die ungarische Regierung. Es war das eine Eruption, die man verstehen kann, die man nicht billigt, aber begreift, die aber nicht mehr in dem Rahmen der Taktik liegt, die der Arbeiterklasse vorgeschrieben ist. Es hat jede Klasse bestimmte Waffen: die Bauern die Sense, die Kleinbürger die Fensterscheiben. Wenn die Arbeiterschaft Revolution macht, macht sie sie in ihrer Weise, mit den ihr eigentümlichen Waffen. Das ist Organisation, Lohnbewegung, Streik, Boykott, passive Resistenz, politischer Massenstreik. Alle diese politischen Mittel, die zum Grundbestand der proletarischen Aktion gehören, scheinen etwas verwirrt worden zu sein. Nun weiß ich, daß die Aktionen, die Folgen dieser Verwirrung sind, nicht gewollt, sondern Eruptionen des Massenempfindens waren, denen wir von Partei wegen fernstehen. Wir müssen aber mitwirken, daß diese Mittel anarchistischen Charakters nicht in die Partei eindringen. Die Partei wird diese neue Anhängerschaft erziehen müssen zu der Erkenntnis, daß mit diesen Waffen auf die Dauer nicht das geringste genützt werden kann.

Also welche Art Selbsthilfe müssen wir propagieren? Auf einer Seite die gewerkschaftliche Organisation, um die Lebenshaltung zu heben, die Löhne der Preisentwicklung anzupassen; auf der anderen Seite aber darin, daß wir die Kaufkraft des Proletariats organisieren, um mit ihr einen ebenso bestimmenden Einfluß auf den Warenmarkt zu gewinnen, wie wir ihn durch die gewerkschaftliche Organisation auf dem Arbeitsmarkt gewonnen haben. Diese Seite der Organisation kommt in der Resolution nicht vollständig klar zum Ausdruck. Wir müssen sehr vorsichtig sein in Bezug auf die Wahl unserer Waffen. Wenn in einem großen Teil der Arbeiterschaft die Empfindung wach würde: „Es nützt nichts, dreingehaut muß werden!", wenn das Streben nach turbulenter Politik ginge, würden alle Gewerkschaften und die ganze Partei spüren, wohin das führt. Die Lust und Liebe zum Tageskampf, die Opferwilligkeit, Beiträge zu leisten, würden unterbunden werden. „Warum noch vom kargen Lohne etwas wegnehmen, wenn ohnehin in einigen Wochen dreingeschlagen und das große Ziel erreicht wird?" wären Gedanken, die die Konsequenzen solcher turbulenten Politik wären. Wir müssen erziehen, die Organisationen jeder Art stärken, um die Arbeiterschaft widerstandsfähig zu machen. Wir haben lokale Konsumvereine, die der Verteuerung durch die Detaillisten entgegenwirken können, und die Großeinkaufsgesellschaft, die den Preis auf dem großen Markt beeinflussen kann. Wir haben auch die Möglichkeit, in bestimmter Weise durch die Eigenproduktion der Kartellierung entgegenzuwirken. Alle diese Mittel werden zu wenig angewendet. Unsere Konsumentenorganisationen sind nur ein Zwerg gegenüber den anderen Formen der Organisation. Ganz gering sind sie entwickelt gegenüber Deutschland und England. Die englische Großeinkaufsgesellschaft hat durch die Errichtung einer Schokoladenfabrik das Schokoladenkartell gesprengt. Durch das Wachsen der Eigenproduktion, durch Errichtung der Hammerbrotwerke haben wir bewirkt, daß Wien vielleicht die

mit Brot am besten versorgte Stadt Europas ist. Es muß der Konsumentenorganisation von allen Parteiorganisationen die entsprechende Würdigung zuteil werden. Um das klar zum Ausdruck zu bringen, hat sich ein Komitee von in den Konsumvereinen tätigen Genossen gebildet, das vorschlägt, den sechsten Absatz der Resolution des Referenten zu ergänzen, damit die Resolution auch dieser Seite unserer Betätigung voll Rechnung trage. (Stürmischer Beifall.)

Filzer (Kitzbühel): Wir alle wissen, daß das Empfinden und Auffassungsvermögen, das Denken und Handeln jedes Menschen abhängig ist von dem Milieu, in dem er aufgewachsen ist und lebt. Der Städter wird immer anders denken als der Landmann, der Akademiker anders als der wenig geschulte Proletarier. Ich hätte gern versucht, eine Darstellung zu geben, wie ein Bauer, der sich die Mühe nimmt, die Dinge etwas weiter zu übersehen, tiefer in ihr Wesen einzudringen, die heutigen Vorgänge auffaßt, damit Sie auch nach dieser Seite einen Ueberblick haben. Leider muß ich mich wegen der mir nur mehr knapp zustehenden Redezeit kurz fassen.

Wir stehen heute unter einer allgemein empfundenen Teuerung, die weite Volksschichten schmerzlich berührt. Aus dem Referat des Genossen Dr. Bauer ersahen wir die Reihenfolge dieser Entwicklung. Auch wir Bauern empfinden dies. Wenn ich von Bauern spreche, so möchte ich ausdrücklich hervorheben, daß ich damit nicht die Häusler, Keuschler u. s. w., wie selbe unter verschiedenen Namen benannt werden, meine, sondern solche Besitzer, die so viel an Grund und Boden haben, daß eine Familie darauf auskommen kann. Die anwachsende Teuerung stellt sich uns doppelartig dar, in einer zunehmenden Entwertung des Geldes und in einer wirklichen Verteuerung des notwendigsten Lebensbedarfes. Die Entwertung des Geldes allein könnte diese bitter empfundene Teuerung nicht erzeugen, wenn der Geldwert aller Bedarfsartikel im gleichen Maße steigen, respektive der Geldwert sinken würde. Handel und Wandel würden nur in einer steten Bewegung erhalten, um die Anpassung zu vollziehen. Wir sehen aber, daß sich in unserer Gesellschaft neben dieser Anpassung noch eine andere Bewegung und Verschiebung vollzieht, die dem arbeitenden Volke die Lebensmöglichkeit zunehmend erschwert. Nicht nur die Kleinhäusler, die Keuschler, die Kleinbauern verspüren dies, sondern weit hinauf in den ländlichen Mittelstand wird der Kampf ums Dasein von Jahr zu Jahr schwerer. Wir sehen zwar, daß der Gesamtreichtum der menschlichen Gesellschaft in steter Zunahme begriffen ist, daß sich noch kein früheres Zeitalter mit der Gegenwart vergleichen kann. Die Produktion steht in einem rastlosen Aufstieg. Wir müssen aber auch konstatieren, daß diese Zunahme nicht auf allen Gebieten gleichmäßig vor sich geht, daß die Zunahme der notwendigsten Lebensmittel, der Ernährungsproduktion nicht Schritt hält mit der Produktion auf vielen anderen Gebieten, ja daß die Produktion aller anderen Kulturgüter weit größere Fortschritte gemacht hat, wodurch eine Disharmonie entstanden ist, die nun so schwer empfunden wird. Durch die Gesetzgebung, die Zoll- und Handelspolitik eines Staates kann dieses Verhältnis noch verschärft werden. An all diesen Uebeln leiden wir insbesondere in Oesterreich, welches seiner Lage nach, seines Bodenreichtums, hauptsächlich ein Agrarland, eines der gesegnetsten Länder sein könnte.

Mit der Zunahme der Lebensmittelproduktion steht es hier sehr traurig; sie ist viel zu gering, um auch nur annähernd Schritt zu halten mit der Zunahme der Bevölkerung, ja, unsere Agrarkultur bleibt auch weit hinter den Fortschritten der westlichen Länder zurück. Wir sind weit zurückgeblieben, zu einem intensiven Fortschritt sind wenig Ansätze vorhanden und sonach wird sich diese Disharmonie noch weiter steigern und wir sehen noch lange keiner besseren Zukunft entgegen.

Ich möchte nun darauf eingehen, welche Stellung der Bauer dieser Teuerung gegenüber einzunehmen pflegt. Jeder verspürt selbe in seinen vermehrten Ausgaben. Demgegenüber muß die Tendenz vorwalten, die Einnahmen möglichst zu mehren. Der nächstliegende Weg drängt dazu, die zu erübrigenden Produkte teurer zu verkaufen, um so, kurz gesagt, auch etwas profitieren zu können. Um das ersehnte Auslangen zu erreichen, sieht der Bauer, daß die laufenden Markt- und Tagespreise für seine Produkte immer noch zu niedrig stehen. Stets schwebt ihm die Fata Morgana vor: erst wenn die Butter, die Milch, das Kalb, die Kuh, das Holz u. s. w. einen noch weit höheren Marktpreis erreichen würde, dann käme die Zeit, wo er wirklich auslangen und an dieser Teuerung schadlos vorbeikäme. Viele Jahre sind nun in dieser Steigerungstendenz dahingeflossen, die gehegte Hoffnung der Masse der Bauern ist dabei aber nicht in Erfüllung gegangen, nur wenige der größten Besitzer, die tatsächlich mehr zu verkaufen hatten, als sie anderseitig ihrem Haushalt zusetzen, konnten dabei wirklich profitieren.

Zugleich müssen wir erkennen, daß der Bauer seine Produktionsform bedeutend umgestaltet hat, daß er nicht mehr auf dem Boden der Naturalwirtschaft steht und alles produziert, was er selbst für seinen Haushalt braucht, sondern mehr und mehr dazu gedrängt wird, nur bestimmte Produkte zu erzeugen, der eine bereits ausschließlich Milch, Butter oder Käsesorten, der andere Mast- oder Jungvieh, der Flachländer bestimmte Feldfrüchte auf den Markt bringt und aus dem Verkaufserlös dieser Hauptproduktion allen übrigen oder den ganzen Hausbedarf anzuschaffen hat. Was er kauft, muß er aber ebensoviel teurer zahlen, als seine eigenen Marktprodukte im Preise gestiegen, und zwar in der Regel nicht nur um das, wie es sein Berufsgenosse produziert, sondern wie sich die Preisbildung durch den Zwischenhandel steigert. Wenn der Bauer am Schlusse des Jahres die Bilanz macht, so findet er leider auch nur allzu häufig, daß sein Warenumsatz eine Friktion erlitten, deren Endergebnis eine Passivität des Betriebes ergibt. Alles, was wir verkaufen, wird teurer, alles, was wir kaufen, müssen wir noch teurer zahlen und auch die übrigen Lasten und Abgaben, Steuern und Gemeindelasten steigen, insbesondere die Armenlasten der Gemeinden, die deren Budget immer schwerer belasten. Und zum Schlusse sehen wir, daß trotz aller Steigerung der Lebensmittelpreise der Reichtum des Bauernstandes keineswegs steigt, sondern daß die Bauernschaft in ihrer Gänze ärmer und verschuldeter wird von Jahr zu Jahr. In den Privatwäldern war für die Bauern ein riesiges Kapital investiert, die neue Zeit macht es kündbar, es wurde immer mehr aufgebraucht und die meisten Bauern sind schon damit fertig. Früher waren die Wälder latentes Kapital als Zubehör der Bauernhöfe, nunmehr ist dieses Kapital flüssig geworden und abgeflossen vom Bauernstand, und was noch weiter herauszubringen ist, fließt immer schneller ab. Werfen wir einen Blick auf die Bodenkultur; soweit mir selbe in den Alpenländern bekannt, konnte ich wenig Ersprießliches sehen, und allgemein müssen wir konstatieren, daß es in Oesterreich diesbezüglich sehr schlecht steht. Hie und da zeigt sich ja ein Ansatz zur Besserung, man findet landwirtschaftliche Schulen und Versuchsanstalten, in der Nähe der Städte und größeren Dörfer zeigen sich einige Fortschritte; kommt man aber in den Alpentälern von Steiermark, Kärnten, Salzburg und Tirol mehr herum, so sieht man, daß die Bodenkultur nicht mehr so steht wie vor 300 Jahren, daß sie tatsächlich weit zurückgegangen ist. Neubauten, insofern solche wieder erstellt werden, erstehen in der Regel nur nach Bränden, oft kann man ganze Gemeinden durchwandern, ohne zu sehen, daß etwas verbessert oder gebaut wird. An den Firsten der alten Bauernhäuser und Gebäude kann man die Jahreszahlen lesen, wann diese jetzt im Rückgang begriffene und Stillstand stehende Kultur geschaffen wurde. Heute herrscht auf weiten Gebieten völlige Stagnation. Auch in

Bezug auf die Regulierung der Flüsse und gemeinsame Bodenkultur stehen wir noch auf einer sehr rückständigen Stufe.

Kommt irgend ein Minister auf das Land hinaus, so zeigt man ihm in der Regel das Schönste und Beste, was vorhanden, um ihm eine Besserung vorzutäuschen, der Niedergang hingegen wird verborgen und verhüllt. Dieser Stillstand und Niedergang des Bauernstandes, der für die heutige Gesellschaft soviel zu produzieren hätte, wird in unserem Gesellschaftskörper schwer empfunden. Die Großgrundbesitzer können lange nicht alles Nötige erzeugen, und unsere tristen Zustände gründen sich stark auf den Niedergang unseres mittleren Bauernstandes, der das Gros der Lebensmittelerzeugung beizustellen hätte. Da ist in Oesterreich viel gesündigt worden, denn wenn wir die statistischen Berichte über Deutschland, Frankreich, die Niederlande und die Schweiz lesen, so finden wir, daß überall mit der Zunahme der Bevölkerung auch eine Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion einhergeht, nur in Oesterreich bleiben wir stationär. Ja wir haben in vielen Kronländern sogar eine Abnahme zu verzeichnen, so auch im Lande Tirol. Das Empfinden und die Stimmung unter der Bauernschaft, die in ihrer Masse ebenfalls unter der herrschenden Teuerung leidet, ist Hoffnungslosigkeit, vielfach nimmt die Verzweiflung an der Zukunft Platz. Vor vier, fünf Jahren haben sich die Christlichsozialen angeschickt, zu helfen, und haben gesagt: „Jetzt muß es anders werden; wir sind die Zauberer, die das Mittel kennen.“ Aber der Zauberstab hat versagt und der Zauberkünstler drückt sich immer mehr hinter die Kulissen und traut sich nicht mehr hervor.

Sicher werden unsere bürgerlichen Parteien unsere Bauern neuerdings mit neuen Hoffnungen zu trösten suchen. Der Enttäuschte wird der Bauer sein; er ist es heute bald genug; die Zukunft erscheint ihm dunkel und von der Gegenwart sieht er, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen kann.

Es wird gewiß der Zeitpunkt kommen, wo auch das Landvolk, die vernünftigen Leute aus dem Bauernstand, für die sozialistische Idee empfänglicher sein werden. Allerdings für die Massen erst dann, wenn die Tatsachen so hart werden, daß man nimmer weiß, wo aus und wo ein.

Wir sehen, daß die Leiter der heutigen Gesellschaftsform immer ratloser werden. In Oesterreich kommen wir diesem Zustand frühzeitig nahe, zu unserem Bedauern zu früh, weil der nötige Untergrund für die neue Form im Proletariat noch nicht vorhanden sein wird.

Für die nächsten Jahre haben wir nichts zu erwarten als das Fortwursteln. Wir müssen die Arbeiter aber aufmerksam machen, in welcher Misere alles daliegt, insbesondere auch das Schulwesen. Wenn die Regierung auch wollte, wenn sie die beste Absicht hätte, alles so einzurichten, um den heutigen Bestand aufrecht zu erhalten, sie kann es nicht mehr, weil sie ja unendlich viel übersehen hat, um in dem ihr erwünschten Zustand zu verharren.

Mehr und mehr wird der sozialistische Gedanke das hehre Ziel aller werden. Ich habe keine Furcht, daß es auf dem Lande nicht heller wird, daß wir dort nicht Einfluß gewinnen werden. Es muß alles reif werden. Wenn einmal die Mittelstandsschichten, das Kleinbürgertum und die Bauern sehen, daß sie bei ihren Vertretern, bei allen bürgerlichen Parteien, welchen Namen sie auch haben — und sie werden einen schnellen Wechsel vornehmen müssen, weil jede dieser Parteien ihre Rolle bald ausgespielt hat — schließlich doch nie auf eine befriedigende Rechnung kommen; wenn sie sehen, daß alle diese Schauspiele bald zu Ende sind: Wem müßte es da nicht klar werden, daß es kein anderes Mittel gibt, als die gänzliche Umgestaltung unserer Gesellschaft, da es auf dem Boden der heutigen Form unmöglich wird, die Ernährung und Erhaltung der Menschheit durchzuführen.

Deshalb fahren wir nur fort in der bisherigen Weise! Die Abgeordneten stellen ihre Anträge, welche die Möglichkeit geben könnten, eine Besserung herbeizuführen; fahren wir auch fort mit der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen Organisation des Proletariats in Oesterreich. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es im Interesse der städtischen Kommunen gelegen wäre, sich selbst genossenschaftliche Formen zu schaffen, um die Approvisionierung zu erleichtern, was in Deutschland schon da und dort versucht worden ist. **Ich verstehe als Landwirt, daß unser Grund und Boden bei richtiger Bearbeitung das Doppelte tragen könnte.** Wir können es aber nicht dazu bringen. Es fehlt uns heute an allen Mitteln, um unsere Wirtschaft auf eine dauernd höhere Betriebsform zu bringen, da sie der Privatbetrieb des Bauern nicht anzuschaffen vermag.

Das Prinzip der Arbeitsteilung, das immer mehr Platz greift, bringt in unserer Gesellschaftsform eine fortwährend zunehmende Ausbeutungsmanie mit sich. Bei der einfachsten Produktionsform, wo der Bauer in primitivster Weise den ganzen Hausbedarf mit seiner Familie besorgte, konnte die Ausbeutung außer erzwungener Zehnte und Robote nicht bestehen. Aber in der heutigen Gesellschaftsform wird die Ausbeutung des Menschen durch Menschen immer vorhanden sein, ist auch gar nicht anders denkbar. In dieser Erkenntnis wollen wir darangehen, die Massen der Bedrängten und Bedrückten immer mehr aufzuklären, selbst zu lernen, strenge Kritik am heutigen Gesellschaftsbau zu üben und alle Mängel desselben bloßzulegen. In erster Linie die Arbeiter heranzuziehen, daß einer bei dem anderen agitiere, damit er Mitstreiter, Mitkämpfer werde, um den neuen Gesellschaftsbau aufzurichten! (Brausender Beifall.)

Da Rin (Wien): Wenn ich mich zum Wort gemeldet habe, so geschieht es nur, um dem Wunsch Ausdruck zu verleihen, daß das Material, das die Rede des Genossen Bauer enthält, der breitesten Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Es ist notwendig, dem Pessimismus der breiten Masse entgegenzutreten. Wir sehen, wie kopfhängerisch viele Arbeiter schon sind, daß es absolut nicht gehen will. Ich glaube, gerade das Material, das in diesem Referat zusammengetragen wurde, ist geeignet, diesen Pessimismus zu zerstören oder wenigstens zu mildern. Aus diesem Grunde beantrage ich, daß dieses Material in einer geeigneten Form verarbeitet werde, daß es als Agitationsmaterial verwendet werden könne. (Beifall.)

Preußler (Salzburg): Ich möchte nur der Empfindung Ausdruck geben, daß dieses Referat des Genossen Bauer uns in dem Labyrinth der Teuerungsfrage eine Art Wegweiser ist, wie er uns unbedingt notwendig war. Wir finden, daß sich heute die breitesten Schichten der Bevölkerung neben der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf den Standpunkt der sozialdemokratischen Forderungen stellen. Aber während die sozialdemokratische Arbeiterschaft es gewohnt ist, die Schwierigkeiten zu begreifen, peitscht und treibt diese neu hinzugekommene Schicht die Instinkte der Bevölkerung zu einer anderen Aktion auf. Wir sind durchaus nicht gefeit dagegen, daß auch ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft hineingerissen wird in die Empfindung: Es nützt uns die Organisation nichts mehr; es bleibt nichts übrig, als loszuhauen. Das wird zur Philosophie der Massen, und wenn dann im Anschluß an eine solche Demonstration wie man 17. September gewissermaßen die Führung der sozialdemokratischen Partei aus der Hand gleitet und auf der Straße nach der provokatorischen Aufstellung von Militär einzelne Massen absplittern und sich freimachen von unserer gewohnten Disziplin, dann ist das eine sehr bedauerliche Erscheinung. Ich erinnere auch an eine Episode. Ich war am Montag nach dem 17. September vor dem Gebäude der Landesregierung. Der Landespräsident hatte Militär beordert und die Masse wollte nicht weichen. Als ich mich nun bemühte, sie wegzubringen, da kam eine Frau her und sagte: „Für was haben Sie uns gerufen, wenn wir dort den Kerlen nicht die Fenster einschlagen sollen?“ Es ist ja richtig, daß alle, deren Denkvermögen noch nicht in Funktion gekommen ist, eine schnelle Aktion einer

Aktion wie der unseren vorziehen. Es ist mir auch sonst vorgekommen, daß alte erprobte Genossen erklärten: „Die Vertrauensmänner können uns lange reden, wir haben uns geschunden, wir waren in den Organisationen, aber es wird immer schlechter und im Parlament geht auch nichts vorwärts. Es nützt nichts, wir müssen einmal andere Mittel anwenden." Da ist es gut, wenn wir den Arbeitern die tieferen Ursachen der Teuerung aufzeigen, und das hat Genosse Bauer in einer so meisterhaften, den Arbeitern so verständlichen Art und Weise besorgt, daß wir ihm aufrichtig dankbar sind. Wir müssen bei jeder Gelegenheit aussprechen: „Arbeiter, lasset euch nicht verwirren, es ist eine Zeit gekommen, wo die Provokation die größte Gefahr wäre für die sozialdemokratische Arbeiterschaft, und in keiner Zeit waren noch die Explosivstoffe durch dieses Elend so groß wie heute." Es war sehr verdienstvoll von der Parteivertretung, daß sie diesen Punkt auf die Tagesordnung gestellt hat und daß nun volle Klarheit unter die Arbeiterschaft getragen werden kann. (Beifall.)

Wilhelm (Wien): Ich will auf das Wesen der Teuerung nicht eingehen und will mich heute damit begnügen, eine kurze Mitteilung zu machen. Wir erleben als Genossenschafter zum erstenmal die Freude, daß die Förderung der Konsumvereine durch einen Parteitagsbeschluß förmlich festgelegt worden ist. Um aber gleich die Probe auf das Exempel zu machen, hat der Zentralverband der Konsumvereine beschlossen, eine solche Aktion für die Genossenschaftsbewegung in ganz Oesterreich durchzuführen. Die Aktion soll durch die Vertrauensmänner der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf das kräftigste mitgefördert werden. Als Genossenschafter treten wir heute an Sie heran, diese Aktion, die anfangs Dezember durch die Konsumvereine eingeleitet werden wird, zu unterstützen. Der Verbandsvorstand wird Instruktionen hinausgeben, wie diese Aktion von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung durchgeführt werden soll. Die Konsumvereinler, die mehr Praxis haben, wie man die genossenschaftliche Aktion zu leiten hat, sollen in erster Linie die Durchführung in die Hand nehmen. Was wir von den politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmännern erwarten, ist, daß sie, die mehr Erfahrung in der Hausagitation haben, unseren Genossenschaftern an die Hand geben. Wenn von unserer Seite an Sie herangetreten wird, bitten wir Sie, diese Aktion kräftigst zu unterstützen. (Beifall.)

Dr. Bauer (Schlußwort): Ich muß zunächst erklären, daß ich mit der Resolution, die Dr. Renner und Dr. Karpeles eingebracht haben, vollkommen einverstanden bin. Sie ist nichts anderes als eine Weiterausführung dessen, was im sechsten Absatz meiner Resolution enthalten war. Ich hoffe, daß dieser Beschluß auch die Wirkung haben wird, daß die soeben angekündigte Werbeaktion für die Konsumgenossenschaften von der ganzen Partei in der wirksamsten Weise unterstützt werden wird, sowohl von der Parteipresse, als auch von den Vertrauensmännern. Ich ziehe also den sechsten Absatz meiner Resolution zurück und bitte, die Resolution Renner an die Stelle dieses Absatzes zu setzen. Was den Antrag Da Rin anlangt bezüglich der Ausgabe einer Broschüre, so schlage ich vor, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen.

Nun kurz zur Debatte. Vor allem einige Worte zu den Ausführungen des Genossen Dr. Ellenbogen. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ich kein Gegner einer gesetzlichen Regelung des Kartellwesens bin. Das ist eine sehr interessante Frage und ich werde mich freuen, wenn unsere Genossen im Parlament daran mitarbeiten, um so mehr, als ich überzeugt bin, daß diese Aktion, wenn sie auch vielleicht nicht ganz den erwarteten Erfolg gegen die Kartelle haben sollte, desto sicherer den Erfolg haben wird, Aufklärung in den Massen der Arbeiterschaft zu verbreiten über das Wesen der Kartelle, über ihren Zusammenhang mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wie sie das letzte Produkt dieser Ordnung sind, und wie man sich von ihren Ursachen befreit. Es ist nicht so, daß die anderen mit

dem Kampfe gegen die Kartelle begonnen und wir uns angeschlossen hätten, sondern umgekehrt, wir haben unsere Forderungen gegenüber den Kartellen längst gestellt und haben gesehen, wie man sie immer abgelehnt hat. Wir haben freilich nicht mit allgemeinen Phrasen, wie „Kartellgesetz“, operiert, sondern wir haben konkrete Forderungen aufgestellt. Aber Sie wissen, wie man den Antrag auf Abschaffung der Eisenzölle, auf Verkürzung des Arbeitstages auf acht Stunden in den Eisenwerken abgelehnt hat, wie diese Bekämpfung des wucherischen Eisenkartells von den bürgerlichen Parteien niedergestimmt wurde. Es gehört schon der Optimismus eines Obmannes des Volkswirtschaftlichen Ausschusses dazu, wenn man von diesen bürgerlichen Parteien erwartet, daß sie anders als mit Papier und Worten gegen die Kartelle ankämpfen wollen. Für uns ist das kein Grund, unsere ernste Mitarbeit zu verweigern. Wir werden unseren Mann stellen. Wir werden die Mittel schon aufzeigen. Meine Skepsis wendet sich nicht gegen die Aktion, sondern sie wendet sich gegen die Hoffnung auf die bürgerlichen Parteien. Gegen unsere Aktion habe ich mit keinem Worte eine Kritik geübt, weder gegen die Aktion im Parlament noch gegen die Aktion außerhalb des Parlaments.

Ich glaube insbesondere, daß unsere Abgeordneten das Notwendige getan haben und daß sie verpflichtet sind, weiter das Notwendige zu tun. Ich glaube, es ist selbstverständlich, daß man im Parlament den Kampf für alles führen muß, was auch nur die bescheidenste Linderung des furchtbarsten Massenelends bringen könnte. Und wenn mir Genosse Neumann da vorgeworfen hat, daß ich Zweck und Nutzen des Parlamentarismus etwa nicht genügend zu würdigen weiß, so ist das gewiß nur ein Mißverständnis, da ich durch die Umstände gezwungen wurde, mich allzu kurz zu fassen, zu kurz wenigstens für meine Bedürfnisse. (Heiterkeit.) Wenn Genosse Neumann sagt, was ich ausgeführt habe, sei nichts als der alte und für uns selbstverständliche Lehrsatz des Sozialismus, daß wir vom Bürgertum, von unseren Klassengegnern, von den ganzen bürgerlichen Staaten nicht die Abschaffung des Massenelends erwarten können, so ist das selbstverständlich ganz richtig, aber man kann darauf nur antworten mit dem alten Goetheschen Wort: Man muß die Wahrheit immer und immer wieder sagen, weil auch die Lüge immer und immer wieder gesagt wird, und insbesondere deshalb, weil die Gefahr besteht, daß diejenigen, die diese Wahrheit brauchen, von den Lügnern irregeführt werden. Was ich in den letzten Jahren manchmal bedauert habe, das war, daß wir es allzu ruhig geduldet haben, wie die bürgerlichen Parteien systematisch die Arbeiter irregeführt haben, indem sie zum Beispiel sagten, daß sie ja auch für das argentinische Fleisch seien. Und wenn es wahr wäre, daß sie dafür sind, und wenn wir ihnen nicht nachweisen könnten, daß sie diese Forderung unzähligemal verraten haben und daß es ihnen nicht Ernst ist mit der Erfüllung dieser Forderung, so ist die Antwort des Sozialisten selbstverständlich die: daß die kleine Verwaltungsmaßregel der Zulassung der Einfuhr zwar wichtig ist, aber doch nur ein ganz kleines winziges Stückchen von dem ist, was wir brauchen, daß damit doch das Massenelend nicht zu beseitigen ist, ebensowenig wie etwa mit der Ausgestaltung des Wohnungsfürsorgefonds. Gewiß sind die beiden Dinge notwendig; aber was wir den Arbeitern immer sagen müssen, ist, daß es sich um mehr handelt, was wir ihnen sagen müssen, ist: Vertrauet nicht den bürgerlichen Parteien, weil sie nichts anderes sind, als der politische Ausdruck von Klasseninteressen, die mit euren Forderungen unvereinbar sind, und mit denen ihr nur fertig werdet, wenn ihr stärker werdet als die Klassen, die hinter ihnen stehen! Das müssen wir den Arbeitern sagen und das ist nicht immer und nicht überall und deutlich genug geschehen. Ich nehme da gar niemand aus von dem Vorwurf, wenn es einer ist, auch mich selbst nicht; aber wir alle müssen verstehen, daß nichts gefährlicher ist, als in den Massen Illusionen zu er-

wecken, die enttäuscht werden müssen, und Illusion wäre, wenn wir den Massen sagen wollten, daß es unter der Herrschaft der besitzenden Klassen, daß es in dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine Abschaffung des Massenelends gibt. Auch kleine Reformen, die wichtig sind, weil sie Reformen sind, müssen wir anstreben, wir müssen alle vernünftigen und zweckdienlichen Mittel anwenden, aber niemals dürfen wir uns darüber täuschen, wie begrenzt diese Mittel sind. Niemals dürfen wir die Massen im Zweifel lassen, wie wenig sie von dieser Gesellschaftsordnung erwarten dürfen; niemals dürfen wir sie auch nur für einen Augenblick vergessen lassen, daß es keinen Frieden gibt, so lange diese Gesellschaftsordnung besteht, daß wir ihr Todfeind sind und bleiben und daß wir nicht eher ruhen und rasten, als bis wir ihre Grundlage zerstört haben. (Lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung wird die Resolution mit der von Dr. Renner und Dr. Karpeles beantragten Fassung des sechsten Absatzes einstimmig angenommen.

Die Resolution lautet demnach:

I. Die Teuerung ist eine Wirkung der kapitalistischen, auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Produktionsweise. Der Kapitalismus ist nicht denkbar ohne Perioden der Teuerung, wie er nicht denkbar ist ohne Ausbeutung, ohne Arbeitslosigkeit, ohne die Zerstörung des Handwerks durch das Kapital, ohne die Verschuldung der Bauern, ohne das Verbrechen und ohne die Prostitution. Die Teuerung kann nicht beseitigt werden, ohne daß ihre Ursache beseitigt wird. Die Aufhebung des Massenelends setzt also voraus: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die Expropriation des Expropriateurs, die Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise.

II. Die Teuerung wird verschärft durch die Schutzzölle und Einfuhrverbote. Der Zolltarif vom Jahre 1906 beruht auf einem Kompromiß des industriellen Kapitals und des die Industrie beherrschenden Finanzkapitals mit den Großgrundbesitzern und den Großbauern. Es ist beschlossen worden von allen bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Es ist festgelegt bis zum Jahre 1917 durch die Verträge mit Ungarn. Die Linderung der Teuerung setzt daher die vollständige Revision des ganzen Zollsystems voraus, die nur im Klassenkampf gegen die an den Kartellschutzzöllen und an den Agrarschutzzöllen interessierten Klassen durchgesetzt werden kann.

III. Die Teuerung wird weiter verschärft durch die hohen indirekten Steuern. Dieses Steuersystem ist das Produkt: erstens der traurigen Geschichte Oesterreichs, die den Volksmassen eine ungeheure Staatsschuld aufgebürdet hat, in dem vergeblichen Bestreben, der Dynastie die Vorherrschaft in Deutschland, in Italien und auf der Balkanhalbinsel zu erhalten; zweitens der wachsenden Ansprüche des Militarismus und des Marinismus; drittens der Herrschaft der besitzenden Klassen, die den größten Teil der Steuerlast auf die Volksmassen abgewälzt haben. Die Linderung der Not setzt also voraus: die Befreiung des Staates von dem Tribut an das Finanzkapital; die Befreiung der Völker von den Lasten des Militarismus, des Marinismus und der Großmachtpolitik; die Befreiung des Gemeinwesens von der Herrschaft der besitzenden Klassen.

IV. Auch innerhalb des bestehenden Zoll- und Steuersystems gibt es Mittel zur Linderung der Teuerung. Zur sofortigen Abwehr der Lebensmittelteuerung fordern wir insbesondere: die unbeschränkte Zulassung der Einfuhr überseeischen Fleisches; die Abschließung von Handelsverträgen, die die Einfuhr von Lebendvieh und Fleisch nach Oesterreich zulassen; die zeitweilige Suspension der Zölle auf Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel; die Ermäßigung der Frachtgebühren für Milch und die Errichtung großer Milchwirtschaftsbetriebe durch den Staat und die Gemeinden; die Entziehung aller den Kartellen vom Staate gewährten Begünstigungen; die Vorbereitung der Enteignung der Kohlenbergwerke; die Schaffung eines zeitgemäßen Genossenschaftsgesetzes und die Befreiung der Kon-

sumvereine von der Erwerbsteuer. Zur Abwehr der Wohnungsteuerung fordern wir insbesondere: ein Enteignungsgesetz, das die Gemeinden ermächtigt, Grund und Boden den Krallen der Bodenspekulation zu entziehen; Erbauung von Volkswohnungen durch die Gemeinden; Abschaffung der Gebäudesteuer für Neubauten; wirksame Besteuerung der städtischen Grundrente (Wertzuwachssteuer); die Ausgestaltung des Wohnungsfürsorgefonds; die Umgestaltung des Mietrechtes und die vollständige Trennung des Mietvertrages vom Arbeitsvertrag.

Der Parteitag verpflichtet die Vertreter der Partei im Abgeordnetenhaus und in den Gemeindestuben, den Kampf für diese Forderungen mit aller Tatkraft fortzusetzen.

V. Der Anwendung dieser Mittel zur Abwehr der Teuerung widersetzen sich die Nutznießer der Teuerung, die durch die Hofkamerilla, durch das Herrenhaus, durch die bürgerliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses, durch das Privilegienwahlrecht für die Landtage und die Gemeindevertretungen die ganze Gesetzgebung und Verwaltung beherrschen. Die Teuerung ist also in den politischen Machtverhältnissen begründet. Jede Linderung der Teuerung setzt große Verschiebungen in den politischen Machtverhältnissen voraus.

Die Arbeiterklasse muß den politischen Kampf gegen die Ursachen der Teuerung und ihre Nutznießer in der Erkenntnis führen, daß sie in diesem Kampfe auf den erbittertsten Widerstand der ihre Profite verteidigenden herrschenden Klassen stößt und stoßen muß. Diese Erkenntnis darf die Arbeiterklasse nicht entmutigen; die Kraft des Widerstandes der Klassen, die die Nutznießer der Teuerung sind, muß vielmehr die Arbeiterklasse anspornen, ihre Bemühungen zu verdoppeln, ihre politischen Organisationen zu kräftigen, die sozialistische Erkenntnis in den Volksmassen zu verbreiten und in dieser Weise den Umsturz der die Teuerung verursachenden politischen Machtverhältnisse vorzubereiten.

VI. Aber wenn heute die Kraft der Arbeiterklasse noch nicht zureicht, die in den politischen Machtverhältnissen gelegenen Ursachen der Teuerung auszurotten und durch ihre parlamentarische Aktion die Staatshilfe in den Dienst der Volksernährung zu stellen, so kann sie durch organisierte wirtschaftliche Selbsthilfe den Verelendungstendenzen des Kapitalismus wirksam entgegenarbeiten und die Arbeiterschaft kampffähig erhalten und immer kampffähiger machen.

Diese Selbsthilfe der Klasse ist eine doppelte: ihre Gewerkschaften müssen stark genug werden, um auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes maßgebenden Einfluß zu erlangen und zu behaupten, insbesondere die Lohnhöhe der allgemeinen Preisentwicklung anzupassen und durch die Stärke und Geschlossenheit der Organisation den Widerstand der Unternehmerverbände zu brechen.

Diese gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen auf der anderen Seite die Kaufkraft ihrer gesamten Klasse organisieren und den Lohn in ebenso planmäßiger sozialer Gemeinschaft aufwenden, wie sie ihn gewerkschaftlich erobert haben, und dadurch bestimmenden Einfluß auf den Warenmarkt zu gewinnen suchen. Sie müssen durch den lokalen Konsumverein den Ring der Detailhändler durchbrechen, durch den zentralen Einkauf im großen den Zwischengewinn der Großhändler und schließlich durch Eigenproduktion, vor allem in den durch Kartelle beherrschten Industrien, den Profit der privatkapitalistischen Produzenten auszuschalten streben.

Der Parteitag verpflichtet daher alle Organe und Organisationen der Partei, ihre ganze Kraft und alle Mittel ihrer Propaganda in den Dienst der Gewerkschaften sowohl wie der Genossenschaften zu stellen.

Der Antrag Da Rin wird der Parteivertretung zugewiesen.

Schaffung eines Wahlfonds.

David (Wien): Ich beantrage im Namen der Kommission:

1. Zum Zwecke der Schaffung eines Wahlfonds sind obligatorisch einzuheben:

a) von den männlichen Parteimitgliedern der Wiener Organisation zwei Heller wöchentlich;

b) von denen aller anderen Organisationen acht Heller monatlich.

Von diesem Beitrag ist die Hälfte an den Wahlfonds der Reichsparteivertretung abzuliefern.

Ueber die andere Hälfte entscheidet die Landesorganisation.

Die Einhebung der Wahlfondsbeiträge erfolgt gleichzeitig mit dem Parteibeitrag und wird mit der bisherigen Wochen- und Monatsmarke quittiert.

Dieser Beschluß tritt spätestens am 1. Juli 1912 in Kraft.

2. Durch vorstehenden Beschluß werden etwaige in den Bezirken oder Ländern bereits eingeführte Wahlfondsbeiträge nicht aufgehoben. Desgleichen haben die Landes- oder Bezirksorganisationen das Recht, wo es die Verhältnisse erfordern, auch einen höheren Wahlfondsbeitrag einzuheben.

3. Die Beitragsleistung der weiblichen Parteimitglieder soll vom Frauenreichskomitee im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung und den einzelnen Landesorganisationen in analoger Weise geregelt werden.

Der Parteitag hat sich zweifellos mit einer sehr großen Zahl wichtiger, tiefeinschneidender Fragen zu befassen gehabt, mit Problemen, die die Organisation und die Taktik der Partei betreffen; mit Fragen, denen man vorher mit Bangen entgegensah. Auch die Frage, die uns jetzt vorliegt, ist nicht als unbedeutend hinzustellen, weil sie nach meiner Ansicht jene Saiten berührt, die zu den zartesten in der Parteiorganisation gehören. Als die ersten Nachrichten in der „Arbeiter-Zeitung" erschienen, daß die Parteivertretung den Plan habe, eine neue Steuer, eine Wahlfondssteuer zu verlangen, ging durch die Reihen unserer Genossen ein Sturm. Aber die Aufregung galt nicht etwa der Frage, ob es notwendig sei, diese Steuer einzuheben; man regte sich am meisten darüber auf, daß diese Notwendigkeit der Partei erst auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt wird und nicht früher den Parteigenossen vorgelegt wurde. Und diese Erbitterung zittert auch heute noch nach. Bei den Delegierten einzelner Kronländer, die die Vorlage diskutierten, gab es einen gehörigen Sturm; auch mich drängt es, zu sagen, ohne irgendwie der Parteileitung einen Vorwurf machen zu wollen, daß ich das nicht begreife. All die Argumente, die von der Parteivertretung angeführt wurden, daß man von den Verhältnissen überrascht wurde, daß man die Kassen wieder für neue Wahlen füllen müsse ꝛc., zählen nichts gegenüber der Tatsache, daß die Genossen draußen es nicht verstehen werden, daß man an sie Ansprüche stellt, ohne ihnen Gelegenheit zu geben, vorher darüber ernstlich zu diskutieren. Ich muß sagen, daß es höchst unklug von der Parteileitung war, den Antrag, den sie uns hier vorgelegt hat, nicht vorher zur Diskussion zu stellen. Es war nicht so leicht, in der Kommission zu einer Einigung zu kommen. Als die Genossen mit einem Vorschlag, der allerdings auch in der Kommission keine rechte Zustimmung gefunden hatte, zu den Besprechungen der Delegierten der einzelnen Länder gingen, kehrten alle von dort mit ganz anderen Vorschlägen zurück. Es war schwer, ein Kompromiß zu schließen zwischen den Forderungen der einzelnen Länder und der Forderung der Parteivertretung. Am entschiedensten bestanden die steirischen Genossen darauf, daß die Frage erst auf dem nächsten Parteitag zur Entscheidung kommen soll. Die niederösterreichische Organisation entschloß sich, sich dem Kommissionsantrag anzubequemen, aber zu verlangen, daß die Frist bis zum 1. Juni verschoben werde. Diesen Antrag hat auch Deutschböhmen angenommen und dann auch Mähren; so ist nun der Antrag zustandegekommen, der Ihnen hier vorliegt.

Die eine Hälfte des Beitrages soll an den Reichswahlfonds abgeliefert werden, über die andere Hälfte soll die Landesorganisation entscheiden. Dieser letzte Passus wurde so gefaßt, weil einzelne Länder von der Anschauung ausgingen, daß sie ihre Angelegenheiten selbst ordnen und beschließen wollen, wie sie diese andere Hälfte aufteilen. Nun haben die Delegierten einzelner Länder mitgeteilt, daß sie auch jetzt schon höhere Wahlfondsbeiträge einheben oder die Absicht haben, mit der Einhebung schon am 1. Jänner zu beginnen. Diesen Erwägungen hat der zweite Punkt dieses Antrages seine Entstehung zu verdanken. Eine weitere Frage entstand dadurch, daß die Frauenorganisation der Kommission mitteilte, daß sie nicht in der Lage sein werde, diesen

Beitrag von den Genossinnen obligatorisch einzuheben, daß sie aber darüber erwägen wolle, ob nicht dieser Beitrag in einer milderen Form oder fakultativ eingehoben werden könne.

Der Kommission war auch der Antrag der Reichenberger bezüglich der Zugehörigkeit zu nationalen Vereinen zugewiesen worden. Einzelne Genossen in der Kommission waren der Ansicht, daß diese Frage schon im Punkt 1 des Statuts geregelt ist. Dieser Ansicht war ich nicht und mit mir auch die überwiegende Mehrzahl. Wir haben uns dann geeinigt, daß der Antrag der Parteivertretung mit der Direktive überwiesen werde, daß sie ihn bei der Regelung des Organisationsstatuts berücksichtige.

Um nochmals auf den ersten Antrag zurückzukommen, sei festgestellt, daß sich auch die niederösterreichische Organisation dagegen verwahrt, daß etwa in Zukunft Beitragserhöhungen nicht vorher zur Diskussion der Parteigenossen gestellt werden. Die Kommission hat sich dieser Ansicht angeschlossen und spricht hier durch mich den Wunsch aus, daß man sich in Hinkunft in solchen Fällen unbedingt zuerst an die Organisationen wenden müsse. Wir sind überzeugt, daß die Partei Mittel braucht, der Körper der Partei wächst, das Gewand wird ihm zu klein und kracht in allen Nähten. Wir haben nichts dagegen eingewendet, daß die Mittel aufgebracht werden, nur gegen die Art, wie man vorgegangen ist, haben wir uns gewendet. Nun bitten wir Sie aber, trotz aller Bedenken den Antrag der Kommission womöglich einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

Schlager (Leoben): Die steiermärkischen Delegierten haben schon vorgestern zu diesem Antrag Stellung genommen und ich habe Ihnen heute kurz die Erklärung abzugeben, daß wir bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht in der Lage sind, diesen Antrag durchzuführen (Lebhafte Oho-Rufe), einerseits deshalb, weil die Vertrauensmänner bisher darüber noch nicht gefragt wurden und anderseits deshalb, weil die Vertrauensmänner mit der Fassung dieses Antrages auch nicht einverstanden wären. Man kann den Vertrauensmännern das Recht nicht nehmen, in einer so wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Wir können nicht mit einer fertigen Tatsache nach Hause kommen, die dann nachher dort nicht abgeändert werden kann. Ich stelle deshalb folgenden Antrag:

> Der Parteitag beschließt, die Landesparteivertretungen werden beauftragt, die Wahlfondssteuer zu diskutieren, sich für ihre Durchführung einzusetzen und durch die Reichsparteivertretung dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Kohl (Wien): Ich habe mich zu Worte gemeldet, damit nicht der Anschein erweckt werde, daß sich der Parteitag so leichten Herzens entschlossen hat, neuerdings eine Belastung der Parteimitglieder durchzuführen. Sie werden sagen, daß es dem Parteitag ja zustehe, über die Höhe der Beiträge zu entscheiden. Aber wir dürfen nicht auf die starren Buchstaben des Organisationsstatuts pochen, weil wir sonst den Unwillen der Mitglieder erwecken. Deshalb meine ich, daß wir den Mitgliedern mehr entgegenkommen sollen. Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

> Zum Zwecke der Schaffung eines Wahlfonds werden die Vertrauensmänner beauftragt, sich mit den Parteimitgliedern ins Einvernehmen zu setzen, von den Wiener Mitgliedern zwei Heller wöchentlich, von den übrigen Mitgliedern acht Heller monatlich obligatorisch einzuheben.

David (Schlußwort): Wir können die Sache nun rasch erledigen, da ja in allen Ländern Uebereinstimmung besteht, mit Ausnahme, wie sich zeigt, noch immer der steiermärkischen Genossen. Dagegen muß ich erklären, daß ich es für deplaciert halte, daß der Genosse Kohl hier einen Antrag stellte, obwohl er in der Wiener Sitzung für die Zurückziehung des Antrages des XVI. Bezirkes mitgestimmt hat, daß die Steuer vom 1. Juli an eingehoben werden kann. (Beifall.) Ich muß noch hinzufügen, daß die deutschböhmischen

Genossen in der Kommission die Erklärung abgaben, daß sie nur dann dem Antrag zustimmen, wenn das auch die anderen Länder tun. Ich bitte Sie deshalb dringend darum, diesem Beschluß den so notwendigen Nachdruck zu geben, indem Sie den Antrag der Kommission einstimmig annehmen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nun die Abstimmung vorgenommen. Der Antrag Schlager wird mit allen gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Kommission wird mit allen gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Antrag Reichenberg wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag (45) Skaret auf Rehabilitierung des Genossen Zenischek wird angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist

Die Wehrreform in Oesterreich.

Referent Schulz: Verehrte Parteigenossen! Die Einbringung der Wehrvorlage wird die Gelegenheit geben, uns einmal im Parlament mit dem k. und k. Militarismus auseinanderzusetzen. Diese Gelegenheit ist uns sehr selten geboten, so selten, daß infolgedessen auch unsere Parteitage nicht allzu oft Anlaß haben, sich mit diesen Fragen zu befassen und unsere prinzipielle und jeweilige taktische Stellung zum Militarismus zu diskutieren. Das letztemal geschah dies auf dem Wiener Parteitag im Jahre 1903. Es handelte sich um einen Vorstoß, den die Fraktion zur Erreichung der zweijährigen Dienstzeit unternommen hatte und der nicht den vollen Beifall sämtlicher Parteigenossen fand. Als Verteidiger der angegriffenen Fraktion trat Doktor Adler auf. Er hat damals eigentlich nicht in einer geschlossenen Rede, sondern in einigen Zwischenbemerkungen unser prinzipielles Verhalten zum Militarismus erörtert. Diese allerdings aphoristisch geratenen Ausführungen erregten zu meinem großen Erstaunen bei einem Teil der Versammelten Widerspruch und Befremden, zu meinem Erstaunen deshalb, weil das, was Dr. Adler gesagt hatte, durchaus aus dem Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus war, aus jenem Geiste, der die Dinge, die wir bekämpfen, historisch zu begreifen sucht. Diese geschichtliche Betrachtungsweise ist unserer Bewegung eingeboren und sie hat in allen unseren gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen bisher unser ganzes Sinnen und Trachten, unser Denken und Handeln bestimmt. Dennoch kann ich es begreifen, wenn viele Genossen dem Militarismus gegenüber sehr gern ihre gute wissenschaftliche Erziehung vergessen und für diese schrecklichste Ausgeburt der kapitalistischen Welt keine andere Kritik zulassen möchten als die der schärfsten, der radikalsten Auflage. So begreiflich das auch ist, so sehr es auch wahr ist, daß der Militarismus die Erscheinungsform der kapitalistischen Welt ist, die es dem Proletariat am unmittelbarsten zum Bewußtsein bringt, daß es unter einem Drucke steht, der ihm die Kehle zusammenschnürt, so müssen wir doch auch an den Militarismus mit jener kühlen Objektivität und begreiflichen Klarheit herantreten, die uns sonsten eigen ist. Ich halte es deshalb für angemessen, gerade an das, was Dr. Adler im Jahre 1903 gesagt hat, anzuknüpfen. Er sagte damals unter anderem:

„Ich glaube, man sollte diese und ähnliche Fragen wirklich einmal von einem anderen Standpunkt ansehen als von jenem der Militärfeindschaft, die gar nichts spezifisch Sozialdemokratisches ist, die wir gemein haben mit der ganzen bürgerlichen Demokratie. Das bloße Deklamieren gegen den Militarismus ist nicht sozialdemokratisch. Sozialdemokratisch ist, den Militarismus verstehen und im Militarismus den revolutionären Gehalt erkennen."

Diese Bemerkungen erregten einiges Befremden bei einem Teil des Parteitages, das sich steigerte, als Genosse Adler dann folgendes ausführte:

„Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der proletarischen Auffassung über den Militarismus und der bürgerlichen Militärfeindschaft und Friedensmeierei gibt, daß wir nicht für die Ab-

rüstung in diesem friedensmeierischen Sinne, sondern für die Bewaffnung des Volkes im proletarischen Sinne sind, und daß jeder Schritt, der sich dem nähert, für uns, in unserem revolutionären Sinne, ein Erfolg ist. Das sage ich nicht nur als Sozialdemokrat, sondern auch von einem anderen Standpunkt aus. Das sage ich aus dem hygienischen und aus dem erzieherischen Bedürfnis des Volkes heraus. Das weiß ich aus meiner Erfahrung, daß die Arbeiter, die gedient haben, bei uns und in Deutschland auch für unseren Kampf die tüchtigsten, besten und brauchbarsten sind. Das weiß ich, daß der Militarismus auch heute in seiner karikierten, niederträchtigen Form, wo er die Leute auf das äußerste drangsaliert, noch immer, weil die ganze außermilitärische Erziehung eine noch schlechtere, noch mangelhaftere, ja vielfach gar nicht vorhanden ist, also selbst in dieser niederträchtigen Form ein gewisses Surrogat bietet, das für uns nützlich ist."

Das war den Mitgliedern des Parteitages zu viel Dialektik auf einmal und es erhoben sich Stimmen, die der Meinung Ausdruck gaben, daß dies eine Entgleisung in das Revisionistische sei. Sofort gab es auch Widerspruch, und zwar insbesondere in den militärischen Fachkreisen. Der Leutnant in der Reserve Dr. Czech zückte seine Klinge, unser alter Haudegen Hueber rückte gegen Adler so schneidig vor, wie er es in der Krivoscie unter dem General Galgotzi einst gelernt hatte; den drohenden Hintergrund bildete aber die Ersatzreserve, repräsentiert durch Winarsky. (Heiterkeit.) Er hat sich seither schon in einen abgeklärten Landsturmmann verwandelt. (Heiterkeit.) Sie sehen daraus, daß es sehr schwer ist, über den Militarismus anders als in propagandistischer Weise zu reden und daß man sehr leicht mißverstanden wird, wenn man ihn kühl wissenschaftlich erörtert. Auch Dr. Adler ist damals selbstverständlich mißverstanden worden und es lag ihm natürlich sehr fern, etwa der Meinung Ausdruck zu geben, daß die Armee die beste Kadettenschule für unsere Gewerkschaftsbataillone sei. Ich glaube, Ihnen beschwören zu können, daß, wenn es auf Adler ankäme, er alle unsere jungen Leute statt zum Auffenberg doch lieber gleich zum Danneberg in die Lehre schicken würde. (Lebhafte Heiterkeit.) Was Dr. Adler gemeint hat, hat er im folgenden Satze dann blitzartig erhellt:

„So wie wir im Kapitalismus die Tendenz sehen, nach dem Ausdruck des Kommunistischen Manifests, im Proletariat seine eigenen Totengräber zu erziehen, geradeso muß der Militarismus aus seiner eigenen Logik heraus seine eigenen Totengräber erziehen. Aus dieser seiner Logik und aus seinen eigenen Bedürfnissen heraus ist er geneigt, immer größere Volkskreise zu bewaffnen. Der Kapitalismus führt nicht nur zur Vertrustung und wirtschaftlichen Anarchie, sondern er organisiert auch in seinen Fabriken die Proletarier zu einer Armee. Auch der Militarismus nimmt die Volkskraft in Anspruch für die militärische Ausrüstung, für die kolossalen Kanonen, Kriegsschiffe. Aber es sind nicht nur die immer mehr wachsenden Kosten des Militarismus, an denen er zuletzt zugrunde geht, sondern er leistet uns in gewissem Sinne denselben Dienst wie der Kapitalismus. Sie werden mir sagen: Vergißt du denn die Greuel des Militarismus, vergißt du die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz, vergißt du den geisttötenden Drill, der heute in der Armee herrscht? Nein, das alles vergesse ich nicht. So wenig, wie ich, wenn ich an die Fortentwicklung des Kapitalismus denke, den stetig wachsenden Grad der wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse vergesse. Wenn ich aber sage: Jeder Schritt, der uns einer Volksbewaffnung näher bringt, zugleich mit einer Demokratisierung der Armee, liegt in unserem Interesse: dann bin ich mir bewußt, daß ich anknüpfe an die besten und ältesten Traditionen unserer Partei!"

Dieser Satz, den Friedrich Engels selbst geschrieben haben könnte, sollte den Schlüssel bilden zu unserem ganzen Verhalten gegenüber dem Militarismus. Es ist ja nach unserer Auffassung gewissermaßen der Fluch, der auf der kapitalistischen Welt lastet, daß alles, was sie tut, um sich selbst zu vollenden, zugleich selbstmörderische Vorbereitung für ihren Untergang, Vorarbeit für den Sozialismus ist. Um der Ausbeutung willen organisieren die Unternehmer gewaltige Proletarierarmeen, schweißen sie zu großen, einheitlichen, solidarischen Körpern zusammen und konzentrieren die Produktion in immer wachsendem Maße auf wenige Punkte. Die Wirkung davon aber ist, daß die

Unternehmer selbst an einem gewissen Punkte der Entwicklung überflüssig werden, daß sie sich aus Trägern des ökonomischen Fortschritts in Schmarotzer am ökonomischen Fortschritt verwandeln, die man in dem Moment, wo dies allgemeine Erkenntnis geworden ist, wie faule Aepfel vom Baume schütteln kann. Wenn wir nun den Militarismus betrachten, finden wir, daß er denselben Entwicklungsgesetzen unterliegt wie sein Nährvater, der Kapitalismus, daß dieselben Tendenzen der Selbstzerstörung in ihm wirksam sind. So wie das Unternehmertum die Arbeitskraft der Massen für Zwecke des privaten Kapitals ausbeutet und damit nur die Vorbedingungen für eine zukünftige gesellschaftliche Produktion schafft, so beutet der Militarismus die Wehrkraft der Massen für die Zwecke des kapitalistischen Staates aus und bewirkt damit nur die Erziehung der Massen zur Wehrhaftigkeit für ihre eigenen Zwecke, für die Zwecke zukünftiger demokratischer Gemeinwesen.

Der grundsätzliche Widerspruch, der das Wesen des Militarismus in ein Doppelwesen zerfallen läßt, liegt darin, daß er zugleich ein Gewaltinstrument der herrschenden Klassen nach innen und nach außen sein muß, daß er von vornherein nach zwei Fronten steht und nach jeder Front eine andere Physiognomie zu zeigen genötigt ist. Nach innen gewendet ist er ein sehr vornehmer, hocharistokratischer Feudalherr, der nicht genug dünkelhaft dreinschauen kann, nach außen aber posiert er mit Vorliebe den Volksmann und nennt seine Armee das Volk in Waffen. Zu dieser Doppelrolle ist er verurteilt, seitdem die fortschreitende Entwicklung ihn gezwungen hat, sich auf die Basis der allgemeinen Wehrpflicht zu stellen. Er fühlt sich darin auch gar nicht wohl und spürt es deutlich, daß mit der allgemeinen Wehrpflicht ein fremdes Element, ein Giftstoff in seinen Leib gedrungen ist, welcher sein ursprünglich so blaues Blut stark rötet. Wenn trotz aller Kriegslehren der letzten Jahrzehnte der Geist des Paradedrills noch immer in den Köpfen der privilegierten Träger der militaristischen Idee spukt, wenn bei uns gewisse Kreise als Gegengewicht gegen die auflösenden, individualisierenden und demokratisierenden Tendenzen der kriegsmäßigen Ausbildung das „Präsentieren" und den weißen Waffenrock wieder einführen möchten, wenn man trotz aller Erfahrungen, daß es im Kriege keinen mechanischen Zwang, sondern nur moralische Bindungen gibt, vom Terror der Zwangsdisziplin samt allen ihren Schikanen und Drangsalierungen nicht lassen will, so hat das seinen guten Sinn. Das sind lauter Gegengifte gegen die revolutionierenden und unter Umständen sogar revolutionären Wirkungen der allgemeinen Wehrpflicht, denen man ja im Kriege ihren Lauf lassen muß, die man aber dafür im Frieden mit allen Mitteln niederhalten will, damit die Armee nicht aufhöre, vor allen Dingen zu sein ein zuverlässiges Herrschaftsinstrument des Klassenstaates. Das ist ja auch der Grund, weshalb manche hohe Militärs — insbesondere solche, die die Offiziersstellung auch noch als ein Privilegium des Adels behaupten möchten — in den geheimsten Falten ihres Herzens die allgemeine Wehrpflicht zum Teufel wünschen — es gibt sogar eine ganze Literatur, die dies zum Ausdruck bringt. Die Herrschaften schwärmen für die gute alte Zeit, wo die Armee klein, aber fein war — lauter adelige Offiziere und gut gedrillte Elitemannschaften mit vieljähriger Dienstzeit, die sich vollständig ihren bürgerlichen Interessen entfremdet hatten. Wir haben ja noch vor 50 Jahren in Oesterreich eine solche Elitearmee gehabt, deren aristokratische Haltung sich zwar bei Solferino und Königgrätz nicht so glanzvoll bewährte wie auf der Schmelz, die aber jedenfalls ein zuverlässiges Präzisionswerkzeug des Absolutismus gewesen ist.

Dieses Ideal der militärischen Reaktionäre und Kommißknöpfe ist nun auch bewußt oder unbewußt das Ideal der bürgerlichen Friedensschwärmer, welche ja von Miliz und Volksbewaffnung nichts wissen wollen und bloß eine allmähliche Restringierung der stehenden Heere unter möglichstem Ausschluß jeder Wehrpflicht für die Staatsbürger, insbesondere natürlich für

die bürgerlichen Staatsbürger, anstreben. In einer kleinen Armee erhalten sich die Privilegien des Adels und der Bourgeoisie weit besser und dann eignet sie sich auch besser zur Niederhaltung des inneren Feindes als ein modernes Massenheer, das ja doch in vieler Hinsicht noch eine rätselhafte Sphinx ist. Das war auch der eigentliche Sinn der Friedens- und Abrüstungspropaganda des blutigen Zaren, der instinktiv erkannt hat, daß die weitere Entwicklung der russischen Armee auf den durch das internationale Wettrüsten vorgeschriebenen Bahnen allmählich ihre Zuverlässigkeit als Schutzgarde des Zarismus gefährden müsse. Lieber weniger Kanonen und mehr Galgen, weniger Kriegsmorde und mehr Justizmorde! (Beifall.) Sie ersehen daraus, daß das Schlagwort von der Abrüstung auch einen sehr reaktionären Sinn haben kann, und daß wir es nur anwenden dürfen, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Abrüstung, die wir meinen, einen umgekehrten Sinn hat und sich nur auf die stehenden Heere bezieht. In jeder anderen Hinsicht aber ist eine demokratische Wehrverfassung, wie wir sie anstreben, eine Aufrüstung unter intensivster Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht möglichst vollkommener Volksbewaffnung.

Unser Antimilitarismus hat einen ganz anderen Inhalt als die Ideologie der bürgerlichen Friedensapostel, die ja im Grunde genommen doch nur ein reaktionärer Promilitarismus ist. Den Weltfrieden wünschen wir ebenso wie sie, und wir wünschen ihn nicht nur, sondern die Arbeiterklasse wird über kurz oder lang die Macht haben, ihn positiv durchzusetzen, insbesondere wenn einmal der Militarismus nahe seiner Ueberwindung stehen und die Demokratisierung der Armeen bedeutendere Fortschritte gemacht haben wird. Wenn es wirklich einmal Volksheere in Europa gibt, dann muß den imperialistischen Blut- und Eisenmenschen der Appetit auf das Kriegführen schon ganz von selbst vergehen. So sehr wir nun aber auch willens und bis zu einem gewissen Grad auch heute schon fähig sind, als Hüter des Weltfriedens zu fungieren, so gehört das doch auf ein anderes Kapitel. Unser Antimilitarismus ist nicht ein bloßer Gefühlsprotest gegen die Barbareien und Greuel des Molochs, sondern ganz etwas anderes. Er ist der Ausdruck unseres Strebens nach Wiedereroberung der Waffengewalt für das Volk, jener Waffengewalt, die der Klassenstaat zu seinem Privilegium gemacht hat. Die kapitalistische Entwicklung hat nicht nur die Produzenten von den Produktionsmitteln getrennt, sondern auch den freien Bürger von den Wehrmitteln, über die er ehedem verfügte. So wie nun aus dem Besitzer des Werkzeugs ein Fronknecht der Maschine geworden ist, so aus dem Herrn der Waffe ein Bedienungsmann an der Waffenmaschinerie des Staates. Und so wie es sich in der wirtschaftlichen Sphäre des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit darum handelt, auf höherer Kulturstufe die Produzenten mit den Produktionsmitteln wieder zu vereinigen, so handelt es sich im Kampfe gegen den Militarismus um Aufhebung der Waffensklaverei des Volkes und Wiederherstellung der alten Wehrgenossenschaft auf der erhöhten Grundlage moderner Organisation und Technik. Wenn wir um Demokratisierung der Armee ringen, so geschieht es nicht deshalb, weil wir innerlich glauben, daß sich in der Miliz die Elemente des militärischen Gewaltprinzips verflüchtigen werden, daß sie sozusagen ein unkriegerisches Militär sein wird, sondern im Gegenteil, weil wir überzeugt sind, daß sich erst in der Miliz das militärische Gewaltprinzip zu einer Fruchtbarkeit potenzieren muß, die so groß ist, daß kein Mensch dann mehr die Verantwortung für eine kriegerische Politik übernehmen kann.

Wir wollen die Miliz, wir wollen die demokratische Volkswehr! Hat dieses Wollen nun wirklich auch eine geschichtliche Räson? Streben wir da nach einem Ziel, das in der Richtung der Entwicklung liegt? Das wissen wir ja als geschulte Sozialdemokraten, daß wir nichts anderes

wollen dürfen, als was geschichtlich notwendig kommen muß. Ist es nun wirklich mit dem Militarismus so wie mit dem Kapitalismus, daß die Triebkräfte seiner Entwicklung zugleich die Keimkräfte eines neuen Wesensinhalts sind, der im Schoß des alten entsteht? Das ist durchaus der Fall. Die technischen Fortschritte im Waffenwesen, die Veränderungen der Waffentechnik, die alle alten Kampfformen auflösen, zwingen den Militarismus trotz aller Gegenwehr seines Organismus, immer mehr von dem demokratischen Gift der allgemeinen Wehrpflicht in sich aufzunehmen, und es muß der Moment kommen, wo dieser Organismus mit den demokratischen Bazillen, die auf ihn einstürmen, nicht mehr fertig werden kann.

Ich würde mich zu sehr ins Fachmännische verlieren, wenn ich im einzelnen darstellen wollte, in welcher Weise die moderne kriegsmäßige Ausbildung, und überhaupt die Rücksicht auf den Krieg selbst, im Sinne der Demokratisierung wirkt. Ich begnüge mich, auf die unbestrittene Tatsache hinzuweisen, daß in allen maßgebenden Feldzügen des letzten Jahrhunderts ausnahmslos die Armee gesiegt hat, die der Miliz um einen Schritt näherstand. Das gilt sogar, so paradox es auch klingen mag, von der preußischen Armee, die sowohl im Jahre 1866 als auch im Jahre 1870 ein relativ demokratischeres, milizhafteres Gepräge hatte als die Armeen ihrer Gegner.

Der moderne Militarismus hat also den Antimilitarismus im Leib in Form der demokratischen Volkswehr und er könnte ihn nur noch ausscheiden, wenn er den Staat, dem er dient, wehrlos machen wollte; da dies aber nicht möglich ist, da die Rücksicht auf den auswärtigen Feind im Gegenteil täglich größere zwingende Anforderungen stellt, so wird sich auf die Dauer der innere Wesenskonflikt im Militarismus nicht durch Kompromisse verkleistern lassen, und es muß der Moment kommen, wo das Volksheer die Gitterstäbe des Käfigs sprengt, in den es der feudal-militaristische Geist gepfercht hat. (Beifall.) Mit dieser Erkenntnis ist die Richtung unserer Politik gegen den Militarismus klar gegeben. Nach wie vor heißt es für uns: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, denn niemand kann der Arbeiterklasse zumuten, daß sie jemals aufhört, zu protestieren gegen eine Institution, die der Kapitalismus als Schutzmauer gegen sie aufgerichtet hat und die nur um dieses Zweckes willen ihre bisherige Form behauptet. Dieser Ausdruck der prinzipiellen Ablehnung kann aber nicht der einzige Inhalt unserer Politik sein, wir haben vielmehr neben dieser negativen auch eine positive Aufgabe. Diese besteht darin, daß wir alles das fördern müssen, was geeignet ist, den Prozeß der Demokratisierung des Heeres zu beschleunigen, daß wir jede Gelegenheit benützen müssen, um Forderungen in diesem Sinne zu stellen. Es wäre verfehlt, wenn wir jedesmal, wenn die Kriegsverwaltung Bewilligungen verlangt, bloß unseren prinzipiell ablehnenden Standpunkt motivieren würden. Wir müssen vielmehr, ohne den Ansprüchen des Militarismus im geringsten entgegenzukommen, ohne von unserer Devise: „Keinen Mann und keinen Groschen!" ein Jota preiszugeben, Gegenansprüche stellen, die auch die bürgerlichen Parteien zwingen, sich damit zu befassen, nicht aus eigener Erkenntnis, sondern mit Rücksicht auf die Interessen ihrer Wähler. Wenn wir uns begnügen würden, prinzipiell abzulehnen, wäre wenig geholfen, denn die bürgerlichen Parteien würden dann — wie sie sagen, mit schwerem Herzen, aber mit patriotischem Opfermut — alles bewilligen. Wenn wir ihnen aber zeigen, daß es Reformen gibt, die, ohne die Schlagfertigkeit der „glorreichen" Armee im geringsten zu beeinträchtigen, die Militärlasten der Bevölkerung erleichtern und zugleich den feudalen Geist des Militarismus erheblich herabstimmen, so müssen sie sich damit befassen, weil es sonst bei den nächsten Wahlen Prügel geben könnte. Das gilt sogar für die konservativsten und klerikalsten Vertreter des flachen Landes, denn gerade die Bauern verstehen in Militärsachen keinen Spaß und können da recht rabiat werden.

Wie stellt sich nun unsere positive Aufgabe im gegenwärtigen Moment dar und angesichts der Vorlage, mit der die Regierung uns beglückt hat. Sie läßt sich mit zwei Schlagworten auf eine kurze Formel bringen: Keine Erhöhung der finanziellen Militärlasten und Einheitliche allgemeine Einführung der zweijährigen Dienstzeit. Eigentlich geht ja unsere Forderung wesentlich weiter. Wenn man wirklich die allgemeine Wehrpflicht realisieren und unter Auflassung der Ersatzreservebegünstigung allen Soldaten das gleiche Dienstjoch auferlegen wollte, jedoch so, daß im Gesamteffekt keine Mehrbelastung der Bevölkerung herauskommen kann, so müßte man schon bis auf eine vierzehnmonatige Dienstzeit heruntergehen. Das ist auch tatsächlich unsere Forderung. Kein fixes Rekrutenkontingent, sondern Einberufung aller Waffenfähigen bei vierzehnmonatiger Dienstzeit. Damit wäre ein bedeutender Fortschritt auf dem Wege zur Demokratisierung gemacht. Doch so, wie die Dinge jetzt liegen, handelt es sich zuvörderst darum, die zweijährige Dienstzeit sicherzustellen und eine Politik zu machen, die es den bürgerlichen Parteien unmöglich erscheinen läßt, da auszukneifen. An sich betrachtet, ist die zweijährige Dienstzeit kein beträchtlicher Gewinn und als Element der Demokratisierung nur insofern von Wert, als sie doch den Paradedrill ein wenig einschränkt und die Soldaten ihren bürgerlichen Interessen doch nicht so entfremden läßt, wie das dreijährige Dienen. Immerhin wird uns die Bevölkerung Dank wissen, wenn wir ihr die zweijährige Dienstzeit erobern, und schon deshalb müssen wir mit aller Energie darum kämpfen und unter dem stärksten moralischen Druck auf die bürgerlichen Parteien.

Die Bedingungen, unter denen wir da in den Kampf gehen, sind durchaus nicht leichte. Solange der Entwurf nicht in das Licht der Oeffentlichkeit getreten war, konnte es scheinen, als ob unsere Agitation doch den Erfolg gehabt habe, die Regierung wenigstens so weit vorwärts zu treiben, als man anderwärts schon längst ist. Das war nun eine grobe Täuschung, wie man sofort bemerken konnte, als der moderntuende Herr v. Schönaich sich in seiner wahren Gestalt zeigte. Sein Gesetzentwurf ist eine Ungeheuerlichkeit vom Anfang bis zum Ende, eine einzige grobe Verhöhnung aller in Betracht kommenden Volksinteressen. Dabei ist er aber noch ein Kompromißwerk, eine mildere, kastrierte Ausgabe des eigentlichen Wunschzettels der maßgebenden Kreise, und es steht zu befürchten, daß diesem Bukett noch einige duftige Blüten aus dem Belvederegarten zugefügt werden. Wir wollen das gar nicht ins Auge fassen und annehmen, daß der Schönaichsche Entwurf das Aeußerste ist, was man der Bevölkerung zu bieten wagt, denn sonst müßten wir schon verdammt unhöflich werden.

In keinem anderen Parlament kann man von der militärischen Ministerbank so konnivente und fortschrittlich klingende Redensarten hören wie bei uns. Die Tatsachen aber, wie sie durch diesen Entwurf gegeben sind, beweisen, daß es nirgends in der Welt einen so verbissenen Militarismus gibt wie bei uns. Dabei hätte gerade die österreichische Armee alle Ursache, den Prozeß der Demokratisierung zu beschleunigen, schon mit Rücksicht auf die Großmachtsaspirationen der Monarchie. Dieser Staat ist zu arm und unbedeutend, um seine Stellung als Großmacht glatt behaupten zu können; er ist aber zu groß und zu volkreich, als daß seine Beherrscher bescheiden unterducken möchten. Dieser Widerspruch ist sehr schmerzlich und die Bevölkerung spürt seine Wirkungen in allen Gliedern. Man läßt sie eine Rüstung tragen, die wohl ihrer Leibesgröße, aber nicht ihrem Geldbeutel angepaßt ist. Man vermilitarisiert uns, ohne uns zugleich zu industrialisieren, ohne den ökonomischen Boden zu schaffen, der allein solche Säfteentziehungen, wie sie der Militarismus leistet, verträgt.

Gibt es keinen Ausweg aus diesem Dilemma? Keine Methode, die einmal gegebene und leider noch nicht aufgegebene Stellung dieses Staates

im europäischen Konzert mit den ökonomischen Möglichkeiten in Einklang zu bringen?

O, es gibt eine solche Methode. Man braucht nur den Blick auf die benachbarte Schweiz zu werfen, um sofort zu sehen, daß ein Staat völlig entmilitarisiert und doch im höchsten Grad wehrhaft sein kann. Die Schweiz ist so stachlig wie ein Igel, obgleich ihre Armee nach unseren Begriffen aus lauter Ersatzreservisten besteht. Dabei wird aber diese Armee von den militärischen Fachkreisen ganz außerordentlich respektiert, viel mehr als die Armeen anderer Kleinstaaten, die ein echt militärisches Gepräge haben.

Nun können wir allerdings von den maßgebenden Herrschaften nicht erwarten, daß sie sich ohne innerliches Sträuben auf eine Bahn begeben werden, auf der ihnen die Demokratie als Wegweiser dient. Was man aber erwarten konnte und nach manchen schon recht verbindlich klingenden Aeußerungen diverser Ministergenerale auch erwarten durfte, das war eine l o y a l e W e h r r e f o r m, die die zweijährige Dienstzeit realisiert, ohne dafür eine andere Kompensation zu verlangen als eine Erhöhung des Rekrutenkontingents, die den Ausfall des dritten Dienstjahres deckt. Eine solche Wehrreform hätte uns im Parlament sogar in die peinliche Lage gebracht, einerseits sie getreu unserem Prinzip zu bekämpfen, anderseits aber gut aufzupassen, daß die bürgerlichen Parteien nicht plötzlich aus Angst um das Schicksal der Einjährigfreiwilligen ihr antimilitaristisches Herz entdecken und Opposition machen. Diese peinliche Lage ist uns erspart geblieben, denn die Wehrvorlage enthält nicht nur nichts, was im Sinne der Demokratisierung als ein Fortschritt zu deuten wäre, sondern sie ist vom Anfang bis zum Ende die verwegenste Zumutung, die jemals eine Militärverwaltung an ein Parlament gestellt hat. Ein ungeheuerliches Wuchergeschäft ist es, was der österreichische Moloch da plant, und ein Parlament, das diese Vorlage sich anhängen ließe, würde sich benehmen wie ein Wilder, der dem europäischen Händler Goldbarren hinwirft, um dafür grüne Glasperlen einzutauchen. Die Glasperlen, die uns geboten werden, sind die zweijährige Dienstzeit in einem Ausmaß und unter Bedingungen, die sie zu einer Quelle der größten Qualen und nervenzerrüttender Aufregungen für die armen Soldaten machen würden. Für dieses Trugbild einer Dienstzeitverkürzung aber soll die Bevölkerung erstens 4 1 M i l l i o n e n jährlich mehr bezahlen als bisher und überdies 4 8 M i l l i o n e n gewissermaßen als Kaufschilling erlegen. Dies zu einer Zeit, wo man uns eben erst 312 Millionen für schlechte und technisch bereits überholte Kriegsschiffe und Marinegeschütze herausgepreßt hat, und zu einer Zeit, wo die Lebensmittelteuerung fast schon den Charakter einer Hungersnot anzunehmen droht. Z w e i t e n s aber soll die Bevölkerung auf den Vorteil der Ersatzreserve fast völlig verzichten und d r i t t e n s das Rekrutenkontingent nicht nur so erhöhen, daß der Ausfall des dritten Dienstjahres ersetzt ist, sondern so, daß das stehende Heer sich um volle 50.000 Mann vergrößert und die Gesamtdienstzeit eines Rekrutenjahrganges von 315.000 Jahren auf 400.000 Jahre steigt. Auf der einen Seite also das Phantom einer Dienstzeitverkürzung, die keine ist, auf der anderen Seite Verzicht auf die Ersatzreserve, Vermehrung des stehenden Heeres um 50.000 Mann, Erhöhung aller finanziellen Militärlasten, kurz ein gewaltsames Emporrecken des klapperdürren Leibes in das Riesenmaß einer Rüstung, wie sie selbst wirtschaftlich besser fundierte Staaten nur mit großer Mühe tragen können.

Angesichts dieser Tatsachen können wir nur das eine sagen — und ich glaube damit unserer Parlamentsfraktion in keiner Weise zu präjudizieren — daß wir diese Wehrvorlage auf das e n t s c h i e d e n s t e b e k ä m p f e n und mit einer K r i t i k verfolgen werden, die es den bürgerlichen Parteien sehr schwer machen wird, da ohneweiters militärfromm zu bleiben. Wir werden die geehrten Herren vom Nationalverband und die ebenso geehrten Christlichsozialen schon rückwärtspeitschen, und wenn sie sich angesichts der Ungeheuerlichkeiten dieser Reform farbenblind stellen sollten, so werden wir sie schon einzwängen, daß sie quietschen. Es geht nicht an, sich einerseits nicht genug

tun zu können an Demagogie, anderseits aber den exzessivsten Wünschen des Militarismus gefügig zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Zuvörderst wird es sich darum handeln, dem Trugbild der Dienstzeitverkürzung die Maske abzureißen und den Aberglauben zu zerstören, daß sie auch noch in dieser Form ein Gewinn für die Bevölkerung sei. Seit dem Jahre 1893 hat Deutschland die zweijährige Dienstzeit, seit fast einem Jahrzehnt Frankreich, seit 1909 Italien. Keine einzige von diesen Armeen „verdorrt" deshalb und insbesondere ist die deutsche nach wie vor der große militärische Wauwau von Europa. Auch ihre Rivalin, die französische Armee, steht noch ganz auf der Höhe und kein Mensch glaubt, daß die Waffen, die einst bei Gravelotte so mächtig aufeinander schlugen, infolge der Dienstzeitverkürzung stumpf geworden sind. Im Gegenteil sind alle militärischen Fachmänner voll des Lobes ihrer geradezu regenerierenden Wirkungen. Was geschieht nun bei uns? Der Schrei der Bevölkerung ist nicht mehr zu überhören, die Armee selbst bedarf einer blutauffrischenden Veränderung ihres Gefüges und wozu entschließt man sich nun? Die zweijährige Dienstzeit einzuführen? Nein! Man entschließt sich dazu, sie als Aushängeschild, als Reklamescheinwerfer für ein großes parlamentarisches Schwindel- und Wuchergeschäft zu benützen. Auch anderwärts ist ja die zweijährige Dienstzeit nicht vollständig durchgeführt. Auch in Deutschland besteht eine Ausnahme für die reitenden Truppen, die sehr überflüssig ist und wovon man ja in absehbarer Zeit abkommen wird. Aber bei uns kann man sich mit einer solchen Ausnahme nicht begnügen, denn es ist österreichische Tradition, immer um einige Grade rückständiger, bornierter und engherziger zu sein als die draußen.

Als die Franzosen uns bei Solferino besiegten, hatten sie Soldaten, die fünf Jahre dienen mußten, während wir über eine Elitearmee mit acht- bis vierzehnjähriger Dienstzeit verfügten. Als die Preußen bei Königgrätz unser herrliches Heer zusammentrampelten, waren ihre unhöflichen Soldaten, die dieses Geschäft besorgten, mit ihren drei Dienstjahren geradezu Milizen gegen unser gut gedrilltes, sechs bis acht Jahre dienendes Paradeheer. Soll man da jetzt so mir nichts dir nichts auf das Niveau dieser Leute hinabsteigen? Nein! Und deshalb genügt es nicht, wenn man die reitenden Truppen ein drittes Jahr bei den Fahnen läßt, sondern es müssen auch noch 14.000 Unteroffiziere ein drittes Jahr zurückbehalten werden, abgesehen von den weiteren 14.000, die man auf noch längere Zeit verpflichten will. Und wenn man die Unteroffiziere ein drittes Jahr zurückbehält, so muß man auch 14.000 gemeine Soldaten drei Jahre dienen lassen, als Geisel für die Unteroffiziere, damit sie nicht auskneifen können. Was bleibt dann von der zweijährigen Dienstzeit mehr übrig als das, was man ohnehin schon hatte in der Form der dauernden Beurlaubungen, die insbesondere in den Achtziger- und Neunzigerjahren in großen Dimensionen üblich waren. Von der Infanterie sollen höchstens zwei Drittel der zweijährigen Dienstzeit teilhaftig werden, bei der Artillerie, wo die Unteroffiziere eine erheblich größere Prozentquote des Standes bilden, soll sie fast nur auf dem Papier stehen und für die reitenden Truppen gar nicht vorhanden sein. Diese Dienstzeitverkürzung, die man nur gewinnen kann, wenn man Glück im Spiel hat, sollen die Soldaten mit einem viel intensiveren Drill und mit einer erheblich komprimierteren militärischen Arbeitsleistung bezahlen. Dabei soll jeder von ihnen die ganze Zeit in ständiger Angst leben, daß ihn das Unglück des dritten Dienstjahres trifft, sei es als Unteroffizier, sei es als einer jener Geiseln, die man zurückbehält, damit sich die Unteroffiziere nicht einbilden, es gäbe ein Entrinnen. Das Schicksal dieser Geiseln zeigt es besonders, was für ein Danaergeschenk diese Wehrreform ist. Den armen Leuten soll dafür, daß sie ein drittes Jahr opfern müssen, noch ein Makel aufgeheftet werden, der ihnen auch das bürgerliche Leben vergällen muß. Wenn nämlich diese Maßregel einen Sinn haben soll, so darf man sie nicht von zufälligen Kriterien abhängig machen,

sondern muß den Unterabteilungskommandanten die Entscheidung überlassen, welche von ihren Leuten sie zu einem dritten Dienstjahr verurteilen wollen. Damit ist nicht nur der persönlichen Willkür launischer, harter oder leichtfertiger Vorgesetzten der größte Spielraum gegeben, sondern es wird den Betroffenen auch noch ein Stigma aufgeheftet und sie werden gewissermaßen zu Soldaten zweiter Klasse degradiert. Auch im bürgerlichen Leben wird sich dann die Meinung festsetzen, daß jemand, der als gemeiner Soldat drei Jahre dienen mußte, entweder etwas angestellt hat oder aber ein fauler, schlapper, unbrauchbarer Mensch ist. Das ist ja auch der Grund, weshalb das zweite Dienstjahr der durchgefallenen Einjährig-Freiwilligen als eine so odiose Maßregel empfunden wurde. Es traf aber nicht die Söhne des Proletariats, sondern die Söhne der Bourgeoisie und deswegen hat es der Entwurf prompt beseitigt.

Die Sache mit den Geiseln ist nun der Punkt, von dem aus sich die Vorlage aus den Angeln heben lassen wird, von dem aus man aber zum mindesten bedeutende Verbesserungen wird durchsetzen können. Denn eine solche Scheußlichkeit können auch die bürgerlichen Parteien nicht dulden, ohne mit ihren Wählern in Konflikt zu geraten. Freilich, wenn es auf sie ankäme und ihr kritisches Vermögen gegenüber dem Militarismus, so hätte bis heute noch niemand den Sinn dieser Maßregel erkannt und man ließe sich nach wie vor von den Herren Generalen einreden, daß diese Zurückbehaltung von vierzehntausend Leuten mit irgendwelchen geheimnisvollen administrativen Notwendigkeiten begründet sei. Hat doch die bürgerliche Presse diese Wurst im Finstern gefressen und das ruhig geglaubt, bis dann die „Arbeiter-Zeitung" die Sache aufklärte. Kritisch und scharfsinnig sind ja die Herrschaften bloß, wenn es sich um die Institution der Einjährig-Freiwilligen handelt. Da kennen sie sich allerdings aus und sind unermüdlich im Ersinnen neuer Argumente, die darauf hinzielen, die bürgerliche Militärdienstpflicht abzukürzen. Doch wie dem auch sei, in diesem Falle werden wir ihnen schon das richtige militärische Verständnis beibringen. Welches Schicksal die Reform immer im Parlament haben mag: aus den Geiseln wird nichts — das glaube ich schon heute prophezeien zu können.

Aber ebenso energisch werden wir uns gegen das dritte Dienstjahr der Unteroffiziere wenden. Man will da einerseits das Strafjahr für die militärisch unbefähigten Söhne der Bourgeoisie beseitigen, anderseits aber für die militärisch befähigten Söhne des Proletariats ein Strafjahr einführen. Zur Kompensation dafür soll aber das Einjährigenrecht der Bourgeoisie beträchtlich erweitert werden. Es sollen es nicht nur jene intelligenteren Elemente erhalten, die wenigstens eine Mittelschule absolvieren konnten, sondern es soll sich auch auf jene geistig Minderwertigen erstrecken, die sich mühselig bis zur sechsten Klasse einer Mittelschule hinaufgeschwindelt haben und dann nur noch eine leichtere Prüfung machen oder eine niedrige Fachschule besuchen. Das Einjährig-Freiwilligen-Recht soll ausschließlich eine Sache der Bourgeoisie werden und als Kompensation für seine Erstreckung auf die ganz Dummen soll die sogenannte Intelligenzprüfung auch noch abgeschafft werden, die es hie und da einmal einem Proletarier ermöglichte, durch eifriges Selbststudium der Begünstigung teilhaftig zu werden. Mehr als bisher soll die allgemeine Wehrpflicht eine Klassenwehrpflicht werden, die alle Lasten dem Proletariat aufbürdet, der Bourgeoisie aber alle Begünstigungen zuweist. Wir werden daher nicht bloß auf eine wirkliche Dienstzeitverkürzung, sondern auch auf die Beseitigung aller dieser bürgerlichen Privilegien dringen. Als Begünstigung höherer wissenschaftlicher Studien hätte das Freiwilligenrecht auch vom demokratischen Standpunkt aus wenigstens einen Schatten von innerer Berechtigung. In diesem Sinne hat es aber bei uns nie gewirkt, sondern es hat sich immer als ein Bleigewicht für alle wissenschaftlichen Bestrebungen erwiesen, indem es die Ueberfüllung der Mittelschulen mit minderjährigem,

uninteressiertem und nur nach dieser Begünstigung strebendem Schülermaterial verursacht hat.

Natürlich wird auch die beabsichtigte Erhöhung des Präsenzfriedensstandes auf unseren schärfsten Widerstand stoßen. Wir werden uns da vor den Ueberpatrioten gar nicht genieren, denn alles, was sie von einer notwendig gewordenen Auffüllung der mageren Truppenstände faseln, hat sachlich gar keine Begründung und kann uns nicht im mindesten rühren. Es betrifft lauter Schäden, die sich von innen heraus durch vernünftige Reformen beseitigen lassen. Man könnte im Frieden ganz gut die Regimenter auf drei Bataillone stellen und man könnte noch anderes mehr. Freilich wüßte man dann nicht, was mit den vielen Offizieren anzufangen wäre, da doch die österreichische Armee nicht nur relativ, sondern sogar absolut viel mehr Offiziere hat als die viel größere deutsche. Insbesondere in den höheren Rängen weiß man schon gar nicht mehr, was man mit den vielen beschäftigungslos herumwimmelnden Generalen beginnen soll, und es gibt da schon geradezu eine Arbeitslosenfrage. (Heiterkeit.) Doch das kann für die Bevölkerung durchaus kein Grund sein, jährlich fünfundzwanzigtausend Mann mehr in die knochenzermürbende Mühle des Kasernendrills zu werfen. Wenn die bürgerlichen Abgeordneten sich nicht schon in vollständige Offiziersdiener des Molochs verwandelt haben, so können sie das auch nicht bewilligen.

Der schwindelhafte Charakter dieser Wehrreform wird übrigens am deutlichsten, wenn man die finanziellen Mehransprüche, die sie stellt, betrachtet. Es würde mich zu weit führen, zu zeigen, auf welches tiefe Niveau der Geschäftsmoral sich der österreichische Militarismus da stellt und wie viel er von den ungarischen Pferdehändlern, mit denen er in Geschäftsverbindung steht, gelernt hat. Es ist wahrhaftig notwendig, den Militarismus nicht bloß zu bekämpfen, sondern man muß ihm extra auch noch auf die Finger sehen. (Beifall.) Denn von den einundzwanzig Millionen, die er jährlich mehr fordert, kann, wenn man ein bißchen nachrechnet, höchstens die Hälfte für wirkliche, durch die Reform notwendige Auslagen gewidmet sein. Alles andere wäre ein Extraprofit des Molochs — ein Schab, wie es in der Pferdehändlersprache heißt — und würde allerhand dunklen Zwecken dienen. Es ist uns allerdings nicht verborgen geblieben, was das für dunkle Zwecke sind. Man bindet es dem Parlament nicht gern auf die Nase, daß man sich vom Eisenkartell mit den neuen Haubitzen, die als Wunderwerke der Geschütztechnik gepriesen wurden, hat anschmieren lassen und daß man schon wieder neue braucht. Auch von den Millionen, die für das müßige Spiel der gegenseitigen Ausspioniererei verpulvert werden, spricht man nicht gern und im übrigen ist es wohl ein tiefes, undurchdringliches und nur uns bekanntes Geheimnis, daß viele Millionen ausgegeben werden, um entlang der ganzen Südtiroler Grenze unser Bündnis mit Italien zu befestigen. (Heiterkeit.)

Die Wehrreformvorlage hat noch ein separates Kapitel, über das ich mich ganz kurz fassen kann. Es betrifft die Militärjustizreform. Was uns da geboten wird, ist schlecht, ist rückständig und engherzig und wir haben sehr viel dagegen einzuwenden und sehr viele Verbesserungen zu erkämpfen. Der gegenwärtige Zustand ist aber derart mittelalterlich, daß er schnell beseitigt werden muß, und diesem mittelalterlichen Zustand gegenüber stellt ja der Entwurf allerdings trotz seiner großen Mängel immerhin einen Fortschritt dar. Wir behalten uns vor, alles daranzusetzen, um diesen Entwurf noch zu verbessern und im übrigen auch unseren prinzipiellen Standpunkt zu vertreten. der auf Aufhebung jeder Sondergerichtsbarkeit für die Armee hinzielt.

Ich beantrage nun die Annahme folgender

Resolution:

Die Sozialdemokratie verhält sich gegen alle Forderungen des Militarismus prinzipiell ablehnend und steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es

gegenüber einem Wehrsystem, das lediglich als ein Machtinstrument der herrschenden Klassen funktioniert und in seiner Abhängigkeit von dynastischen und imperialistischen Einflüssen eine stete Gefahr für den Weltfrieden bildet, keine andere Politik geben kann als die der unversöhnlichsten, jeden Mann und jeden Groschen verweigernden Opposition.

Eine parlamentarische Mitarbeit an der Heeresreform kann es daher für eine sozialdemokratische Fraktion in dem Sinne geben, als die Möglichkeit besteht, einerseits die Militärlasten der Bevölkerung zu erleichtern und anderseits die Vorbedingungen für eine allmähliche Umwandlung des stehenden militaristischen Heeres in eine demokratische Wehrgenossenschaft, in eine Volksmiliz zu schaffen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat demgemäß mit aller Energie für eine ausgiebige und für alle in gleicher Weise geltende Abkürzung der Aktivdienstzeit — zunächst auf zwei Jahre, im weiteren Verlauf auf vierzehn Monate — bei gleichzeitiger Aufhebung aller Begünstigungen, mit Ausnahme derer, die besitzlosen Familienerhaltern zugute kommen, wie auch für die gesetzliche Gleichstellung der Soldaten mit den anderen Staatsbürgern unter Abschaffung jeder Sondergerichtsbarkeit einzutreten.

In Erwägung, daß der von der Regierung eingebrachte Entwurf zur Reform des Wehrgesetzes eine ungeheure Mehrbelastung der Bevölkerung anstrebt;

in fernerer Erwägung, daß der statt der einheitlichen zweijährigen Dienstzeit gebotene trügerische Schein einer Dienstzeitverkürzung nicht nur keinerlei Kompensationen bietet, sondern bloß einen Zustand schaffen würde, der die Härten der Militärdienstpflicht, zumal für die Arbeiterklasse, noch unerträglicher machen müßte;

in weiterer Erwägung, daß die Reformvorlagen auch schwere finanzielle Mehrbelastungen vorsehen, die ohne Rücksicht auf die akute wirtschaftliche Bedrängnis der Bevölkerung aufgebürdet werden sollen;

in weiterer Erwägung, daß diese Vorlagen bei noch größerer Berücksichtigung der Interessen des Bürgertums jede soziale Einsicht gegenüber dem Proletariat vermissen lassen;

in schließlicher Erwägung, daß demnach die von der Regierung beabsichtigte Reform der Heeresorganisation in jeder Hinsicht einen Rückschritt darstellt, erklärt der Parteitag, daß diese Vorlagen in der entschiedensten Weise zu bekämpfen sind, daß aber zugleich mit nicht geringerer Entschiedenheit der Kampf um die bedingungslose Verkürzung der Aktivdienstzeit auf zwei Jahre ohne Vergrößerung des Friedenspräsenzstandes zu führen ist.

Der Parteitag fordert nachdrücklich die Abschaffung der gesonderten Militärgerichtsbarkeit und die Unterstellung aller Staatsbürger, ob sie Soldaten sind oder nicht, unter dasselbe Recht und unter dieselben Gerichte. Er verurteilt den von der Regierung vorgelegten Entwurf einer neuen Militärstrafprozeßordnung um so mehr, als er ein Hohn auf die Grundsätze der Unabhängigkeit der Gerichte und der Oeffentlichkeit des Verfahrens ist und sogar eine von der Gunst der Regierung unabhängige Verteidigung ausschließt.

Parteigenossen! Unser Kampf gegen den Militarismus ist natürlich in den herrschenden Kreisen sehr unpopulär, und im Milieu der Herrenhäusler, deren Vorfahren einst in den schwersten Zeiten der Türkenbedrängnis ihrem Kriegsherrn jeden Mann und jeden Groschen verweigerten, findet man es unbegreiflich, daß die Bevölkerung nicht die richtige patriotische Begeisterung für einen langwährenden Militärdienst hat. Wenn wir ehrlich sein wollen, Genossen, ist uns auch das richtige Bewußtsein des ungeheuren Opfers, das der moderne Militarismus den Völkern zumutet, verlorengegangen. Die Gewohnheit hat uns da abgestumpft. Wenn wir aber sehen, wie ein im ursprünglichsten Sinne kriegerisches Volk, wie etwa die Albaner, ein Volk, dessen Männer von frühester Jugend in den Waffen geübt sind und bei dem die wildeste Kriegsromantik zu Hause ist, einfach Rebellion macht, um nicht zum Militärdienst gezwungen zu werden, mag es uns klar werden, was das lange Dienen beim Militär eigentlich bedeutet. Niemand wird glauben, daß diese halbwilden kriegerischen Barbaren aus Friedensduselei antimilitaristisch sind. Auch bei uns ist der Antimilitarismus keine Friedensduselei, denn das Proletariat ist eine k r i e g e r i s c h e K l a s s e. Unsere Devise lautet nicht: „Die Waffen nieder!", sondern „D i e W a f f e n h e r, d i e W a f f e n d e m V o l k e" und nicht nur aus allgemeinen demokratischen Erwägungen

kämpfen wir um die Miliz, sondern weil wir überzeugt sind, daß sie dereinst die positive Gewaltform der Diktatur des Proletariats sein wird, die Armee jenes Volkes von Freien und Gleichen, das einst die sozialistische Gesellschaft aufrichten wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Schuhmeier: Es ist klar, daß in die Resolution nicht alles hineingenommen werden kann, wofür wir zweifellos im Parlament werden kämpfen müssen. Hier handelte es sich nur darum, zunächst unseren prinzipiellen Standpunkt festzustellen gegenüber der neuen Wehrreform. In der Sache selbst möchte ich nur folgendes bemerken: Wie die bürgerlichen Parteien das Erscheinen der Sozialdemokratie auf Gebieten, auf denen sie bisher unbeirrt gearbeitet hatten, schwer empfinden, so auch auf dem Gebiet des Militarismus. Ihm hatten sie bis vor kurzer Zeit mit der größten Freundschaft gegenübergestanden. Durch das Auftreten der Sozialdemokraten im Parlament wurden nun jene Forderungen formuliert, die wir als Volksnotwendigkeiten gegenüber dem Militarismus überall zu verteidigen haben. Die unbedingte Militärfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien mußte so ziemlich abflauen und sie mußten sich für manche Forderung erklären, die wir aufgestellt hatten. In den letzten Delegationen konnten wir sehen, daß die bürgerlichen Parteien ihre Forderungen gegenüber dem Militarismus in Punktationen festsetzten; aber die große Mehrzahl davon ist jenen Forderungen entnommen, die wir Sozialdemokraten erhoben haben. Es liegt an uns, die bürgerlichen Parteien zu zwingen, daß sie für diese Forderungen auch wirklich eintreten. Ihr „Kampf" besteht ja bloß darin, daß sie ihre Forderungen der Regierung mitgeteilt haben, weiter tun sie nichts dafür, um sie durchzusetzen. Wir müssen sie nun vorwärtsdrängen und vorwärtspeitschen. Was die Regierung als Wehrreform vorlegt, ist nichts weniger als ein Rechnungtragen gegenüber jenen Notwendigkeiten, die selbst von bürgerlicher Seite als durchführbar erklärt wurden. Der Wehrgesetzentwurf hat eine ganz bestimmte Absicht: Er soll der Regierung helfen, das durchzusetzen, was sie schon lange am Herzen hat. Sie kommt nicht mit einer direkten Erhöhung des Rekrutenkontingents, das wagt sie nicht allein durchzusetzen, sondern sie bringt sie in Zusammenhang mit der Wehrreform. Die ganze Wehrreform hat nur den Zweck, um zu einer Erhöhung des Rekrutenkontingents zu gelangen, und das allein stigmatisiert schon diesen Entwurf als das, als was ihn Schulz richtig bezeichnet hat: Er ist Lug und Trug, ist Täuschung der Oeffentlichkeit, er trägt in gar nichts den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung, er schiebt die Notwendigkeiten völlig beiseite oder verfälscht sie. Am krassesten ist das gerade in der Frage der zweijährigen Dienstzeit. Hier, glaube ich, werden wir auch mit etwas größerem Erfolg wirken können, und zwar deshalb, weil auch die bäuerlichen Abgeordneten ein lebhaftes Interesse daran haben, daß die zweijährige Dienstzeit unverkürzt und ohne Klausel gegeben werde. Die Bauern klagen immer über Dienstbotenmangel und hier sind tüchtige, gesunde Leute, die ein drittes Jahr bei der Armee dienen müssen. Die bäuerlichen Abgeordneten haben sich im Wehrausschuß wie im Parlament zu dieser unserer Forderung bekannt, und es wäre nun mehr als Verrat, wenn sie von der Forderung nach strikter, unverfälschter zweijähriger Dienstzeit abgehen würden und sich mit dem, was die Regierung vorlegt, abspeisen ließen. Hier werden wir deutlich sprechen können und hier werden es die Herren nicht so leicht haben, ihre kostspielige Militärfreundlichkeit zu betätigen.

Neben der Arbeit im Parlament ist von unserer Seite aber unbedingt notwendig die Arbeit in der Delegation. Wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, überall dort, wo wir können, dem Militarismus wenigstens einen Teil von dem abzuringen, was er aus dem Volkskörper saugt. Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter, die bei der Herstellung von ärarischen Artikeln beschäftigt sind, anständig bezahlt werden, daß die in Bedingnisheften

niedergelegten Forderungen eingehalten werden. Eine Notwendigkeit ist ferner, und da werden wir wieder im Parlament alle unsere Macht darauf konzentrieren müssen, daß endlich auch dem Militarismus gegenüber die Arbeiter geschützt werden wie dem Unternehmer gegenüber, daß bei Unfällen der Soldaten die Haftpflicht des Staates eintrete wie in der Fabrik. Mit großer Mühe ist es uns im vorigen Jahre im Wehrausschuß gelungen, Ziffern über die Zahl der Unfälle beim Militär zu bekommen. Da zeigte sich, daß in den letzten zehn Jahren einige hunderttausend Soldaten in der Armee verunglückt sind. Im Jahre 1909 waren es beim stehenden Heere mehr als 23.000 und außerdem einige Tausend bei der Landwehr. Wenn Sie bedenken, welche wahnsinnigen Anforderungen jetzt an die Soldaten gestellt werden, wie der Drill forciert wird, ist es unsere unbedingte Pflicht, dafür zu sorgen, daß, was für den Unternehmer gilt, auch für den Staat zu gelten hat, nicht daß der Staat Krüppel macht aus denjenigen, die er zu den Fahnen beruft, und ihre Erhaltung dann der Armenversorgung der Gemeinden überläßt. Es muß ein solches Gesetz geschaffen werden, wobei Oesterreich noch immer erst hinter Deutschland, Frankreich und der Schweiz nachhumpeln würde.

Wenn ich auch sonst mit den Ausführungen des Genossen Schulz einverstanden bin, so muß ich daran doch eine kleine Korrektur vornehmen. Genosse Schulz hat ausgeführt, der Kapitalismus sei der „Nährvater" des Militarismus. Das halte ich für unrichtig, denn dann müßte er seine Soldaten selbst bezahlen. Der Ziehvater ist er bloß, der sich eine gesunde, kräftige Amme für sein Kind angeschafft hat: das Volk, und an den Brüsten dieser Amme hängt das Kind; und daß dem „Nährvater" die Brüste der Amme auch nicht unbekannt sind, darüber brauche ich mich nicht des weiteren auszulassen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die vom Berichterstatter vorgelegte Resolution wird einstimmig angenommen.

Eventuelles.

Referent **Skaret**: Es liegt bei diesem Punkte, der sich immer an unsere normale Tagesordnung anschließt, zunächst der Antrag 33, der Organisation Neubau, vor. Es scheint mir, daß es aber nicht notwendig ist, den Parteiinstanzen, die sich mit der Aufstellung der Kandidaten zu beschäftigen haben, diesen Auftrag zu geben; bis heute ist mir wenigstens kein Fall bekannt, wo ohne zwingende Notwendigkeit auch nur annähernd eine Häufung von Aemtern vorgekommen wäre. Wir können in der Tat sagen, daß wir da immer darauf Rücksicht genommen haben, daß nicht allzu viele Aemter auf einzelne Personen gehäuft werden. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen.

Eisinger (Wien): Wenn Sie den Antrag gelesen haben, werden Sie erkannt haben, daß er sich nicht auf Tatsachen stützt, die vorgekommen sind, sondern daß er vorbeugend wirken will. Es soll verhindert werden, daß wir in jenen Fehler verfallen, der in bürgerlichen Parteien so häufig ist und der bei anderen Parteien zum Niedergang geführt hat. Wir müssen ohnedies heute schon unsere tüchtigsten Genossen in die Vertretungskörper entsenden und entziehen sie der Tätigkeit in der Organisation und Agitation, der wichtigsten Tätigkeit, die der Führer hat, denn zu erziehen, zu agitieren, zu organisieren, das ist vor allem seine Aufgabe. Wenn sie dann noch mit Mandaten überhäuft werden, könnten sie ihren Funktionen in den verschiedenen Vertretungskörpern nicht gerecht werden. Mit der Zuweisung an die Parteivertretung bin ich selbstverständlich einverstanden.

Dr. Adler: Obwohl sich der Antragsteller damit zufrieden gibt, daß der Antrag der Parteivertretung zugewiesen werde, kann ich doch nicht umhin, einige Worte zu diesem Antrag zu sagen. Es ist selbstverständlich, daß wir bei der Auswahl der Genossen, die wir in die Vertretungskörper entsenden, eine ganze Reihe von Gesichtspunkten zu berücksichtigen haben; in erster Linie den Gesichtspunkt, daß wir denjenigen aussuchen, den wir für den

geeignetsten zu dem Mandat halten. Nun kann es vorkommen und kommt vor, nicht nur, daß derselbe Mann zwei verschiedene Funktionen bekleiden muß, sondern auch, daß ein Zusammenhang zwischen der Tätigkeit in zwei verschiedenen Körperschaften hergestellt werden muß, daß die Erfahrungen, die ein Mann in dem einen Kreise erwirbt, auch verwendet werden müssen in dem anderen Kreise. Das Schlagwort der Aemterkumulierung hat nur dann einen, allerdings sehr traurigen Sinn, wenn Aemter kumuliert werden, nicht um Pflichten zu kumulieren, sondern um einträgliche Posten zu kumulieren, mit denen keine oder nicht genügend Arbeit verknüpft ist. Bei uns steht es so, daß jedes Amt, das wir zuweisen, mehr Arbeit bedeutet als bei jeder anderen Partei. Es läßt sich selbstverständlich nichts dagegen sagen, daß eine solche allgemeine Mahnung vom Parteivorstand geprüft wird, und daß man überlegt, ob es solche Fälle gibt. Ich kann aber mit gutem Gewissen sagen, daß es bisher nicht vorgekommen ist, daß der Trieb, Aemter zu kumulieren, zu Besetzungen geführt hätte, wo nicht der Verstand für das Amt schon vor dem Amte vorhanden gewesen wäre. Gerade für uns ist es notwendig, die zwingende Maxime zu beobachten, daß wir immer den aussuchen, der die Arbeit am besten leisten kann. In diesem Sinne wollen wir alle derartigen Mahnungen auffassen. (Beifall.)

Der Antrag wird hierauf der Parteivertretung zugewiesen.

Skaret: Es liegt nun noch ein Antrag Seliger auf Förderung der Kleinhäuslerorganisation vor.

In den Intentionen dieses Antrages liegt die Aufforderung an die Parteivertretung. Ich bitte diesen Antrag anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Skaret: Es liegt noch ein Antrag Rösch (Stockerau)-Zipfinger auf Förderung der Radfahrerorganisation vor, den ich Sie anzunehmen bitte.

Der Antrag wird angenommen.

Skaret: Es liegt noch ein Antrag Lindner (Graz) vor wegen der Tagesordnung des nächsten Parteitages.

Ich mache Sie aufmerksam, daß der Parteitag die Parteivertretung beauftragt hat, eine Revision des Organisationsstatuts vorzubereiten; es wird also notwendig sein, den Punkt „Organisation“ auf dem nächsten Parteitag zu verhandeln. Ob wir das auch mit Agitation und Taktik in Verbindung bringen können, wird sich zeigen.

Der Antrag wird der Parteivertretung zugewiesen.

Skaret: Ferner liegt folgender Antrag vor, der von einer Reihe von Delegierten gestellt ist:

Der nächste Parteitag ist in Karlsbad abzuhalten.

Der Antrag wird der Parteivertretung zugewiesen.

Gegen den Krieg.

Pernerstorfer: Es ist uns vom Internationalen Bureau ein Manifest für die internationale Demonstration gegen den Krieg zugekommen. Ich glaube, wir können den Parteitag nicht vorübergehen lassen, ohne einen feierlichen entschiedenen Protest gegen den Krieg und die Kriegsbestrebungen unserer Tage zu geben. Monatelang schwebten ganz Europa, die ganze zivilisierte Welt unter dem Drucke der großen Befürchtung, und was so lange befürchtet wurde, ist in den letzten Tagen zur Tatsache geworden: die italienische Regierung hat es durchgesetzt, alle noch sonst üblichen Vorstellungen von Treue zu erschüttern, und hat sich kurzweg dazu entschlossen, einen Raubzug zu veranstalten, der möglicherweise Weiterungen und größere Wirkungen auf den Balkan ausüben kann, wo überall alles in Gärung ist. Wir müssen sohin aussprechen, daß die Verantwortung, die die italienische Regierung dadurch auf sich genommen hat, daß sie den Krieg begonnen hat, daß die Verantwortung für noch kommende Ereignisse so entsetzlich und ungeheuer ist, daß sich die ganze zivilisierte Welt dagegen auflehnen muß. Wir Sozialisten aller Länder, die

ganze Internationale erhebt feierlich Protest gegen den Krieg, der im Augenblick tobt, aber auch gegen alle imperialistischen Kriegsgelüste unserer Zeit. Ich beantrage daher folgende Resolution:

Der Parteitag *brandmarkt den Raubzug nach Tripolis* als einen Anschlag auf die Wohlfahrt, die Gesittung und den Frieden der Völker Europas. Der Parteitag entbietet seine Grüße der Arbeiterklasse Italiens, die sich durch ihre Kundgebungen gegen die Beutepolitik der herrschenden Klasse allein als würdig erwies der großen revolutionären Ueberlieferungen der italienischen Nation. Der Parteitag warnt die kapitalistischen Regierungen, die die Mitschuldigen der kapitalistischen italienischen Regierung sind, die durch den Krieg Italiens gegen die Türkei geschaffene Lage zu weiteren Beutezügen zu benützen. Oesterreich hat auf der Balkanhalbinsel nichts zu suchen, *die Völker Oesterreichs wollen keinen Krieg*, was immer auf der Balkanhalbinsel geschehen mag. Die Arbeiterklasse macht die herrschenden Klassen für jede Gefährdung des Friedens verantwortlich. Sie wird sich kriegerischen Abenteuern widersetzen. Jeder Tropfen Blut, der für die Machtgelüste, für die Dynastien und für die Profite des Kapitals vergossen werden wird, wird sich an den herrschenden Klassen rächen. (Beifall.)

Diese Resolution wird hierauf **einstimmig angenommen.**

Pernerstorfer: Wir wollen durch diese Resolution bekunden, daß wir deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich mit allen unseren sozialistischen Brudervereinen auf der ganzen Welt *in der Verurteilung des Krieges einig sind*, daß wir mit ihnen den feierlichsten Protest erheben gegen die imperialistische Politik unserer Staaten.

Die Schlußreden.

Abram: Nun danke ich namens der Tiroler Sozialdemokraten, daß Sie den Parteitag hier in Innsbruck abgehalten haben. Wir haben Ihnen in Reichenberg versprochen, daß wir gern alles aufbieten werden, um Ihren Aufenthalt in der Stadt möglichst angenehm zu gestalten. Wir nahmen damals an, daß der Parteitag wie üblich Ende September stattfinden werde; wir mußten aber diesmal aus besonderen Gründen den Parteitag verschieben, und Anfang Oktober ist Innsbruck nicht jener angenehme Aufenthaltsort (Oho!) wie Ende September. Ich muß also bitten, wenn wir unser Versprechen nicht voll erfüllen konnten, dies der verspäteten Einberufung zuzuschreiben. In einem Punkte haben die Tiroler die Geschichte ganz gut zu treffen vermocht. Das Wetter ist gut geblieben, die Temperatur allerdings konnten weder Petrus noch wir zurückrevidieren, weil das über unser beider Kompetenzen ginge. (Heiterkeit.) Die Genossen mögen es glauben, daß ein sozialdemokratischer Parteitag in dieser Stadt und in diesem Lande tiefgehende Furchen hinterläßt, weil ja ein großer Teil der Delegierten in liebenswürdiger Weise unsere Bitte erfüllte und in *Versammlungen* gesprochen hat. Dieser Parteitag und diese Versammlungen haben auch einen Zweck, auf den viele der großstädtischen Delegierten nicht gedacht haben. Wir haben ins Innsbruck alljährlich im Frühjahr und im Herbst einen starken Arbeiterwechsel. Tausend bis zweitausend junge Leute kommen in die Alpenländer, nach Innsbruck und Salzburg, aus Nordböhmen, auch aus den verschiedensten Gauen Deutschlands, junge Leute, proletarisch und wirtschaftlich Grünhasen. Hier werden diese jungen Leute unterrichtet, hier werden sie in den Dienst unserer Sache gestellt. Wir können sie um so besser unterrichten, je besser wir selbst unterrichtet sind über den Stand unserer Bewegung. Die Abhaltung des Parteitages in Innsbruck ermöglichte es einer großen Anzahl von Delegierten des Landes, an ihm teilzunehmen, während sonst, wenn der Parteitag anderswo war, von Tirol zwei Mann hinkamen. Da also nach dieser Richtung hin ein solcher Parteitag für uns von großer Bedeutung ist, darum danke ich Ihnen besonders, daß Sie die Mühe nicht gescheut haben, zu uns zu kommen. Und wenn Sie nicht alles so fanden, wie es Pflicht gewesen wäre, mögen Sie das dem Umstand zuschreiben, daß unsere Partei hier noch klein ist. Wenn Sie aber

im Laufe der folgenden Jahre wieder einmal herkommen, so verspreche ich Ihnen, daß Sie hier eine noch stärkere Sozialdemokratie finden werden, eine Partei, die sich ganz gut neben die Parteien anderer Länder stellen kann. Darum wünsche ich Ihnen zum Schluß für die Heimreise das Beste. Mögen Sie sich gern an Ihren Aufenthalt in Innsbruck erinnern. (Lebhafter Beifall.)

Schuhmeier: Ohne auf Gegenseitigkeit zu rechnen und ohne vom Präsidium zu erwarten, daß es uns für unsere musterhafte Ordnung den Dank ausspricht (Heiterkeit), halte ich mich doch für verpflichtet, im Namen des Parteitages dem Präsidium den Dank auszusprechen. Ich glaube, im Namen des ganzen Parteitages zu sprechen, wenn ich dem Präsidium für die musterhafte Führung des Vorsitzes und für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei den Debatten den besten Dank abstatte. Nur eines möchte ich wünschen, und da glaube ich auch im Namen des ganzen Kongresses zu sprechen: Der künftige Präsident möge sich das Läuten abgewöhnen, wenn die zehn Minuten Redezeit zu Ende sind. (Heiterkeit.)

Pernerstorfer: Ich kann nicht umhin, in meinem und im Namen des ganzen Präsidiums dem Parteitag zu danken. Es ist merkwürdig, in welch stiller, ruhiger Art es heuer zugegangen ist; was die Glocke anlangt, so ist von ihr in grober Pflichtvergessenheit — die wir offen bekennen — von uns leider nicht so Gebrauch gemacht worden, wie davon hätte Gebrauch gemacht werden sollen. Sie wissen, was speziell mich anlangt, mir fällt es schwer, einen Menschen zu unterbrechen, wenn er eine Meinung ausspricht. Und erst wenn es eine fremde ist. Ich muß also bekennen, daß ich weit über das zulässige Maß habe reden lassen. Aber was ich nicht nur im Namen des Präsidiums, sondern auch im Namen des Parteitages und der ganzen Partei zu sagen habe, ist der Dank an die Genossen von Innsbruck. Wir danken allen: den altbewährten Genossen Abram und Holzhammer, die an der Spitze der Bewegung standen, und auch allen anderen Innsbrucker und Tiroler Genossen, die alle zu dem Gelingen des Parteitages beigetragen haben. Sie unterschätzen ihre Arrangiertätigkeit. Sie haben den Parteitag nach jeder Richtung vortrefflich arrangiert. Sie haben für ein so glänzendes Wetter gesorgt, daß eigentlich dadurch einige Mißstimmung erzeugt wurde. Denn wir wären manchmal lieber draußen gewesen, und ich muß es besonders betonen, daß die Genossen den Lockungen der Natur, wenn auch nicht ohne Mühe, glücklich Widerstand geleistet haben. (Heiterkeit.) Sie haben nicht allein das Wetter vortrefflich arrangiert, sondern auch die Kulissen von Innsbruck sind großartig geraten. (Erneuerte Heiterkeit.) Wir sind aber auch verpflichtet, allen denjenigen zu danken, die sich hier so viel Mühe gegeben: den Ordnern des Parteitages, unseren Parteijournalisten, dem Bureau und erlauben Sie mir auch ein Wort des Dankes an die Postverwaltung auszusprechen, die wirklich in kulanter, liebenswürdiger Weise allen unseren Wünschen entgegengekommen ist, und den Postbeamten, die mit solcher Ausdauer und Hingabe gearbeitet haben.

Der Innsbrucker Parteitag ist gewiß einer der allerwichtigsten, die wir alle miterlebt haben. Zu dem natürlichen Bestand der Parteitage gehört die Ordnung der Organisationsfragen. Das ist ja das tägliche Brot der Parteitage. Wir haben dann auf diesem Parteitag eine Frage bereinigt, das heißt heute sie formell bereinigt, die schon seit Jahr und Tag das innere Parteileben auf das verheerendste gestört hat, und, Parteigenossen, Sie können sich keine Vorstellung davon machen, wie viel diese Frage des tschechischen Separatismus in Konferenzen und Beratungen die Parteikorporationen Stunden, Tage, Nächte gekostet hat. Nervenaufregung und Nervenzerrüttung. Diese Frage, die an sich eine schwer ernste Frage ist, haben wir in vollster Oeffentlichkeit und, wie ich sagen kann, mit vollster Offenheit behandelt.

Lassen Sie mich meinem besonderen Dank Ausdruck geben, daß, wenngleich der Natur der Sache entsprechend, im Laufe der Diskussion scharfe Worte gefallen sind und wohl fallen mußten, doch der Ernst und die Würde der Verhandlungen nie gestört wurden. Es ist das ein Beweis für die Reife der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich, die ja viele schwere Kämpfe hinter sich haben und die auch im Laufe der Zeiten immer bessere, immer mehr ausgebildete Instrumente gefunden haben. Aber nicht allein davon will ich sprechen, daß wir gegenüber der großen bedenklichen Frage des Separatismus nie den Boden der Sachlichkeit verlassen haben, auch das will ich hervorheben, daß wir uns dort, wo wir in einzelnen Dingen untereinander nicht einig sind, bei allem Gegensatz vom Geiste der Brüderlichkeit leiten lassen.

Es ist selbstverständlich, daß der Parteitag bei den bürgerlichen Parteien, und bei den Deutschnationalen insbesondere, gegen uns wird ausgeschlachtet werden. Wir haben wieder einmal auf einem Parteitag öffentlich das deutsche Volk verraten. (Heiterkeit.) Wir nehmen den Vorwurf ruhig auf uns, wir wissen, wer der echte und rechte Verfechter des deutschen Volkes ist: das ist das deutsche Proletariat, das wirklich erst ein Volk herstellen wird. Wie die Deutschnationalen den Gedanken der Nation fälschen, so werden sie den Gedanken des Internationalismus verleumden, und mancher tut es einzig deswegen, weil er gar nicht versteht, um was es sich hier dreht. Und wie so oft möchten auch wir sagen: Gegner zu haben ist nicht das Schlimmste; es ist angenehm und manchmal sogar lustig. Aber die Gegner, die wir haben, unsere bürgerlichen Gegner und insbesondere unsere Deutschnationalen, die tun uns deswegen so leid, weil sie an die Höhe unserer Diskussion überhaupt nicht heranreichen. Ich möchte eine Parteiversammlung dieser Politiker in größerem Stile sehen, die mit solch geistiger Ausrüstung über die Dinge redet wie der sozialdemokratische Parteitag. Hier ist das deutsche Volk in Oesterreich, das wirkliche deutsche Volk.

Es hat schon unser Genosse Adler in seinen Eingangsworten am Sonntag eine Kritik des Ministeriums geübt und unserer Stellung gegen das Ministerium Gautsch Ausdruck gegeben. Heute ist Gautsch dahin. Etwas, was wir in den letzten Tagen vorausgesehen haben. Wir stehen einer neuen politischen Situation gegenüber. Sein Nachfolger Stürgkh ist nicht der Mann, der unser Vertrauen haben könnte, aber er ist auch nicht der Mann, dem wir mit einer gewissen, wenn auch parteimäßigen Objektivität gegenübertreten könnten; er ist zu schwer belastet und wir prophezeien auch ihm, daß ihm dieselben großen Schwierigkeiten bevorstehen, an denen der Ministerpräsident Gautsch zugrunde gegangen ist. Das ist die Frage der Teuerung, die Frage der Eisenbahner. Ueber diese Fragen kommt auch der Ministerpräsident Graf Stürgkh nicht hinweg, und insbesondere soll an diesem Tage ausgesprochen werden, daß er nicht in so leichtsinniger, um nicht zu sagen leichtfertiger Weise über die Beamten Oesterreichs, über die Eisenbahner reden soll, wie dies Gautsch getan hat. Aber wie es auch kommen mag: wenn es wahr sein sollte, daß ein schärferes Regiment beginnt, wir sind gerüstet. Vielleicht brauchen wir auch wieder einmal einen lebhafteren Wind. Es ist vielleicht sogar für die Dinge, um die wir da diskutiert haben, für die Einheit des Proletariats gut, daß ein anderes Regiment komme, und vielleicht kommt ein neues Regiment, von dem man das Wort anwenden könnte, das schon einmal gesagt wurde und das vielleicht jetzt aktuell wird: Vielleicht kommt ein stürgkhisch-tatarisches Regiment! Es soll uns gerüstet finden. Wir haben uns schon vor viel schlaueren und auch viel gescheiteren Gegnern auf den Ministerstühlen nicht gefürchtet. Wir kennen sehr gut den geraden Lauf unserer Idee, wir wissen, wir können gehemmt werden, aber wir stehen auf dem sicheren Boden einer ökonomischen Anschauung, die uns darüber belehrt, daß der Sieg des Sozialismus der Geschichte ehernes Muß ist,

und aus diesem Gedanken schöpfen wir immer und immer wieder unsere große Siegeszuversicht. Komme, was da wolle! Wir sind allem gegenüber gerüstet. Und in ganz anderem Sinne als der Reformator des 16. Jahrhunderts können wir Sozialisten der ganzen Welt zurufen:

Und wenn die Welt voll Teufel wär'
Und wollt' uns schier verschlingen,
Wir fürchten uns nicht allzusehr,
Es muß uns doch gelingen!

(Stürmischer Beifall.)

Pernerstorfer: Ich erkläre den Parteitag für geschlossen.
Die Delegierten singen das „Lied der Arbeit".

Ergebnis der Abstimmungen.

Angenommene Anträge:

2 (Jährliches Stattfinden des Parteitages), 4 (Herausgabe von Werbeschriften), 10 (Kampf um das Landtags- und Gemeindewahlrecht), 11 (Kampf gegen Erhöhung der Tabak- und Zigarrenpreise), 12 (Flugblätter, Kandidatenaufstellung), 23 (Herausgabe eines Agitationsblattes), 27 (Anerkennung des Organs der Gewerbetreibenden), 29 (Anerkennung des Organs des Radfahrerverbandes), 34 (Anerkennung des Organs „Der Gewerberichter"), 35 (Parteiarchiv), 37 (Aenderung des Organisationsstatuts), 38 (Anerkennung des Organs „Böhmerwald-Volksbote"), 39 (Pflege der Jugendorganisation), 40 (Pflege des Bildungswesens), 43 (Förderung der Arbeiter-Elternvereine), 45 (Rehabilitierung des Genossen Jerischek), 46 (Memoiren Adlers, Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung), 47 (Schaffung eines Wahlfonds), 49 und 58 (Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Gesamtpartei und den Bruderparteien in Oesterreich), 59 und 60 (Resolution über „Lebensmittelteuerung und Wohnungsnot"), 62 (Resolution über die Wehrreform in Oesterreich), 63 (Organisation der Kleinhäusler und landwirtschaftlichen Arbeiter), 64 (Radfahrerorganisation), Antrag Pernerstorfer (Demonstration gegen den Krieg).

Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

1 (Schaffung eines Wahlfonds), 3 (Verbreitung einer Programmbroschüre), 6 (Jährliches Stattfinden des Parteitages), 13, 15, 17, 18, 19, 21, 24, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57 (Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Gesamtpartei und den Bruderparteien in Oesterreich), 36 (Theoretische Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung").

Vom Antragsteller zurückgezogen:

14, 16, 20 (Absatz 1), 22 (Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Gesamtpartei und den Bruderparteien in Oesterreich), 30 (Zeitungsberichte über Reichsrats- und Landtagssitzungen, Firmeninserate).

Der Parteivertretung zugewiesen:

5 (Parteiabzeichen), 7 (Anstellung von Vertrauensmännern), 9 (Durchführung der Beschlüsse der Gemeindevertreterkonferenz), 20, Absatz 2 (Zugehörigkeit zu nationalen Vereinen), 25, 26 (Unterhaltungsbeilage), 28 (Sonntagsbeilage mit Schachrubrik), 32 (Verbilligung der „Arbeiter-Zeitung" für Vertrauensmänner), 33 (Aemterkumulierung), 41 (Monatliches Erscheinen der „Bildungsarbeit"), 42 (Provinznachrichten der „Arbeiter-Zeitung"), 43 (Frauenorganisation), 61 (Massenbroschüre über die Teuerung), 65 (Tagesordnung des nächsten Parteitages), 66 (Ort des nächsten Parteitages), Antrag Hueber: „Schutz der nationalen Minoritäten" auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen (Seite 282).

Abgelehnte Anträge:

8 (Rechtsschutz für Parteimitglieder), 31 (Tagblatt, Preßfonds), 48 (Wahlfonds).

Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel:

„Werte Genossen!

Ihrem diesjährigen Parteitag senden wir die aufrichtigsten Wünsche für gutes Gelingen.

Mögen Ihre Beratungen und in Verbindung damit Ihre Aufklärungsarbeit recht bald den Erfolg haben, den Sie und die gesamte Internationale erhoffen: allen Proletariern des österreichischen Staates begreiflich zu machen, daß die Arbeiter nur dann unüberwindlich sind, wenn sie dem Feinde geschlossen und in völliger Einigkeit entgegentreten.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der geschäftsführende Ausschuß:

E. Anseele, E. Vandervelde, L. Furnemont."

Von der Sozialistischen Partei Frankreichs (Französische Sektion der Internationale):

„Durch eigenen Kongreß verhindert, können wir keine Kameraden delegieren; senden herzlichste Wünsche für Eure Arbeiten und drücken unsere brüderliche internationale Solidarität aus. Dubreuilh."

Von der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens:

„Werte Genossen! Wir danken Euch bestens für Eure Einladung, einen Delegierten zu Eurem kommenden Parteitag in Innsbruck zu senden. Wir bedauern lebhaft, daß es für uns unmöglich sein wird, dieses Jahr für eine Vertretung zu sorgen und senden Euch Grüße der Unabhängigen Arbeiterpartei.

Im gegenwärtigen Augenblick sind wir damit beschäftigt, eine parlamentarische Nachwahl in Keighley durchzuführen mit unserem Präsidenten, Genossen William C. Anderson als Kandidaten, und wir hoffen, daß er ins Unterhaus gewählt wird.

Das Parlament hat sich auch eben wieder versammelt und die Anwesenheit unserer Mitglieder war niemals so notwendig wie jetzt, im Interesse der Arbeiter unseres Landes.

Unser Kampf gegen Militarismus und Kapitalismus dauert fort und glücklicherweise haben die jüngsten Ereignisse in unserem Land das Wachstum der Arbeiterbewegung gezeigt.

Wir begleiten Ihre Erfolge mit Interesse und freuen uns der Arbeit Ihrer Partei, denn wir wissen, daß unsere Bewegung nicht national, sondern international ist. Wir arbeiten mit Euch für die Befreiung der Arbeit, und sehen der Zeit entgegen, wo die Grenzen beseitigt und die Arbeiter aller Länder geeinigt sein werden.

Mit den besten Wünschen für den Erfolg Ihres Parteitages mit brüderlichen Grüßen. Francis Johnson."

Von der Serbischen Sozialdemokratie:

„Wir wünschen dem Parteitag den besten Erfolg und hoffen wir, daß die österreichische Sozialdemokratie unter dem Banner der Einheit der Arbeiterklasse zum Kampf gegen Kapitalismus auch weiter auf dem Wege zum Befreiungskampf des internationalen Proletariats siegreich marschieren werde.

Vorstand der Serbischen Sozialdemokratie."

Von den ausländischen Gruppen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands:

„Wir bewundern großartiges Werk deutscher Sozialdemokratie in Oesterreich und erwarten, daß Ihr Innsbrucker Parteitag die ihm vorliegenden Fragen auf eine Weise lösen wird, die auch für andere Länder vorbildlich sein wird. Herzlichste Grüße der Versammlung der Bruderpartei."

Von der Sozialdemokratischen Partei für Bosnien und Herzegowina:

„Werte Genossen!

Wir bedauern sehr, daß wir wegen schlechter materieller Verhältnisse nicht in der Lage sind, durch einen Delegierten vertreten zu sein, und senden dem Kongreß die wärmsten brüderlichen Grüße, in der festen Ueberzeugung, daß dieser als wahrer Vertreter des deutschen Proletariats in Oesterreich ein treuer Dolmetsch seiner Wünsche und Forderungen sein wird.

Wir, die vom österreichischen Kapitalismus kolonial ausgebeutet sind, sehen in der Kraft, dem Fortschritt und den Erfolgen des deutschen Proletariats in Oesterreich auch unsere direkten Erfolge.

In der Hoffnung, daß uns das deutsche Proletariat in Oesterreich als auch deren Vorsteher wie bisher auch in Zukunft mit Rat und Hilfe in brüderlicher Solidarität beistehen wird, wünschen wir dem Kongreß in seiner schweren Arbeit die besten Erfolge.

Mit Parteigruß für die Sozialdemokratische Partei für Bosnien und Herzegowina:

Branke Krisajović."

Der Landesausschuß der Internationalen Arbeitervereine in der Schweiz sendet brüderliche Grüße und Handschlag. Möge in den Verhandlungen und Beschlüssen der internationale Charakter der Partei, dem sie ihre Stärke und Erfolge zu verdanken hat, zum Ausdruck kommen.

Von der Polnischen Sozialistischen Partei Russisch-Polens:

„Das Zentralkomitee der P. P. S. Russisch-Polen begrüßt den Kongreß der Bruderpartei. Hoch die deutschösterreichische Sozialdemokratie, hoch die Gesamtpartei Oesterreichs. Im Auftrag: Janowski, Walecki."

Von der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs:

„Wir senden herzliche Wünsche zu Eurer Tagung, mögen Eure Beratungen die Schwierigkeiten beseitigen und uns alle vorwärts bringen in dem Streben nach dem festen Ausdruck der internationalen Solidarität des gesamten Proletariats in Oesterreich. Während wir heute um dieses Ziel mühsam ringen, rüsten die Feinde gegen uns. Wir sehen darin die ernste Mahnung für uns, alle einig und dadurch mächtig zu werden. Mit brüderlichen Grüßen für das Exekutivkomitee der P. P. S. D. Jan Englisch, Dr. Bobrowski."

Von der Reichsexekutive der Tschechischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich:

„Wir wünschen alles Gedeihen Eurem Kongreß; möge er eingedenk sein, daß das Proletariat in Oesterreich nur auf der Massengrundlage siegen kann, aber nie im Sinne bürgerlicher Ideologie. Merta (Brünn)."

Es hatten ferner Begrüßungen eingesandt: die russisch-sozialdemokratische Zeitung „Prawda", die Tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Prag, die Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei, Brünn, Dr. Battisti namens des Trientiner Proletariats, die Redaktion des „Proletář", Brünn, die im Brünner Arbeiterheim bei der Konstituierung der Generalversammlung internationaler Arbeiter-Turnvereine versammelte tschechische Arbeiterjugend, Brünn, die Redaktion des „Naturfreund", Wien, die Parteiexekutive der tschechischen Sozialdemokratie in Proßnitz, die Kreisexekutive der tschechischen Sozialdemokratie in Mährisch-Ostrau,

die Organisation der tschechischen sozialdemokratischen Partei in Trebitsch, die Zentralorganisation der Fassader Wiens, tschechische Anhänger der Internationale für die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Prag, die Textilarbeiter in Stattersdorf-Harland, die Bergarbeiterrevierkonferenz in Nürschan, die Genossen vom Eröffnungsfest des Arbeiterheims in Riva, Lokalkommission der Krankenkasse der k. k. Nordbahn in Wien, Vereinsversammlung des politischen Vereines Josefstadt-Wien, Lokalorganisation Heinrichsdorf, Ratschung, Exekutive der tschechischen Sozialdemokratie in Pilsen, Redaktion „Przedswiit", Organ der polnischen sozialdemokratischen Partei, Politische und gewerkschaftliche Organisationen in Budweis, Sozialdemokratischer Wahlverein Oderberg, Gewerkschaftsorganisationen Olmütz, Bezirksorganisation Weipert, Redaktion „Nordböhmischer Volksbote", Sozialdemokratische Brauer, Budapest X, Genosse Hoffmann in Köln am Rhein, Genosse Josef Beck in Bennisch.

Präsenzliste.

Teilnehmer	Aus	Vertritt
Abram Simon	Innsbruck	Landesorganisation Tirol
Adler Friedrich, Dr.	Wien	„Volksbote", Floridsdorf
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Anderlitsch Josefine	St. Veit	Bez.-Org. St. Veit, Völkerm., Feldk.
Arbeitel Moritz	Bielitz	Bezirksorganisation Bielitz
Austerlitz Friedrich	Wien	Redaktion „Arbeiter-Zeitung"
Barth Josef	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Bauer Otto	Wien	Redaktion „Kampf"
Beer Heinrich	Wien	Parteivertretung
Beutel Franz	Aussig	Kreisorganisation Aussig
Beutlmayr Maria	Linz	Landesorganisation Linz
Biner Leopold	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Böhm Adolf	Aussig	Bezirksorganis. Aussig a. E. (Stadt)
Boschek Anna	Wien	Reichs-Gewerkschaftskommission
Boß Eugen, Dr.	Bregenz	Bezirksorganisation Bregenz
Breitenfelder Josef	Salzburg-Itzling	Bezirksorganisation Salzburg II
Bretschneider Ludwig	Wien	Reichsratsabgeordneter
Brod Jakob	Wien	Redaktion „Arbeiterschutz"
Cermak Karl	Teplitz-Schönau	Landesorganisation Deutschböhmen
Chaloupka Josef	Wien	Landesorganisation Nied.-Oesterr.
Chwoika Ignaz	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Czech Ludwig	Brünn	Parteikontrolle
Dallagiovanna Hans	Wörgl	Bezirksorganisation Kufstein
Danneberg Robert	Wien	Bezirksorganisation Wien I
Da Min Alexander	Wien	Reichs-Gewerkschaftskommission
David Anton	Wien	Reichsratsabgeordneter
Dötsch Albin	Eger	Reichsratsabgeordneter
Deutsch Josefine	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Deutsch Julius, Dr.	Wien	Redaktion „Abstinent"
Domes Franz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Ducia Maria	Lienz	Bezirksorganisation Lienz
Dusek Franz Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Eich Wilhelm	Villach	Bez. Org. Völkerm., St. Veit, Feldk.
Eisinger Otto	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Eldersch Matthias	Brünn	Parteivertretung
Ellenbogen Wilhelm, Dr.	Wien	Parteivertretung
Emmerling Georg	Wien	„Arbeiter-Zeitung"
Ertl Eduard	Dornbirn	Landesorganisation Vorarlberg
Ettmayer Leopold	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Exner Ludwig	Wien	Verband der Metallarbeiter
Filzer Hans	Kitzbühel	Bezirksorganisation Kitzbühel
Forstner August	Wien	R.-Abg., Verb. der Transportarb.
Franek Aloisia	Salzburg	Landesorganisation Salzburg
Frauenholz Max	Wiener-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Frenes Heinrich	Franzensfeste	Bezirksorganisation Franzensfeste
Freundlich Emmy	Mährisch-Schönberg	Bezirksorganisation M.-Schönberg
Fritsch Berta	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck
Gabriel Josef	Spittal a. d. Drau	Bezirksorganis. Spittal a. d. Drau
Gamauf Richard	Kufstein	Bezirksorganisation Kufstein
Gehorsam Hugo	Prag	Bezirksorganisation Prag
Gion Johann	Wien	Fachzeitung der Schneider

Teilnehmer	Aus	Vertritt
Glöckel Otto	Wien	Reichsratsabgeordneter, Wien
Goth Josef	Warnsdorf	Kreisorganisation Warnsdorf
Grassinger Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Gröbner Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Gröger Anna	Klagenfurt	Bez.-Org. Klagenf., Spittal, Wolfsb.
Gröger Florian	Klagenfurt	Bez.-Org. Klagenf., Stadt und Land
Gruber Josef	Linz	Bezirksorganisation Linz
Grübl Karl	Wien	Organisation der chem. Industrie
Grünwald Julius	Wien	Redaktion „Einigkeit"
Haas Wilhelm, Dr.	Mährisch-Ostrau	Bezirksorganisation Mähr.-Ostrau
Hackenberg Theodor	Gmünd	Bezirksorganisation Gmünd
Häckel Anton	Tannwald	B.-O. Tannw. u. Z.-V. d. öst. Glasarb.
Häusel Karl	Reichenberg	Bezirksorganis. Reichenberg i. B.
Härtl Rudolf	Wien	Zentralverein der Gießereiarbeiter
Haidl Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Hamerstorfer Hans	Steinach	Bezirksorganisation Steinach
Hannsch Ferdinand	Wien	Union der Textilarbeiter
Hartmann Josef	Graz	Bezirksorganisation Graz
Hartmann Ludo M., Dr.	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Hausmann Eduard	Bodenbach	Bezirksorganisation Haida
Hecht Karl	Wien	Redaktion „Der Gewerberichter"
Hedorfer Florian	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Heeger Rudolf	Jägerndorf	B.-O. Jägernd., Freiwald., Troppau
Heidler Josef	Karlsbad	Kreisorganisation Karlsbad
Heitzinger Heinrich	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Heller Johann	Wagstadt	Bezirksorganisation Odrau
Heydtmann Arthur	Wien	Wiener Volksbuchhandlung
Hiebsch Franz	Aussig	Bezirksorganisation Aussig-Land
Hillebrand Oswald	Karlsbad	Reichsratsabgeordneter
Hirsch Ernst	Turn	Kreisorganisation Teplitz-Saaz
Hladik Hermann	Gablonz	Kreisorganisation Gablonz
Holzhammer Josef	Innsbruck	Parteivertretung Tirol
Hönnegger Andreas	Marktl	Bezirksorganisation Lilienfeld
Horazdovsky Rudolf	Schwechat	Bezirksorganisation Schwechat
Horn Wenzel	St. Joachimsthal	Bezirksorganis. St. Joachimsthal
Hruschka Ambros	Bregenz	Bezirksorganisation Bludenz
Huber Betty	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Hübel Ernst	Wien	Redaktion „Textilarbeiter"
Hueber Anton	Wien	Redaktion „Die Gewerkschaft"
Hummel Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Huppert Stephan	Wien	Verband der Brauereiarbeiter
Janecek Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Jarolim Anton	Turn	Zentralorganis. der Bergarbeiter
Jenschik Anton	Wien	Verband der jugendlichen Arbeiter
Jokl Hans	Troppau	Reichsratsabgeordneter
Kalb Joh. Bapt.	Hard	Bezirksorganisation Dornbirn
Kapusta Franz	Aussig	Kreisorganisation Aussig
Karpeles Benno, Dr.	Wien	Bezirksorganisation Warnsdorf
Kiesewetter Wilhelm	Trautenau	Redaktion „Trautenauer Echo"
Kirchweger Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Klapatsch Julie	Brünn	Landesorganisation Mähren
Klauda Adolf	Wien	Verb. d. baugewerbl. Hilfsarbeiter
Klein Max	Wien	Oesterreichische Handelsangestellte
Knöpfelmacher Siegm.	Wagstadt	Bezirksorganisation Odrau
Koch Marie	Graz	Bezirksorganisation Graz
Königstetter Kathi	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Körbler Raimund	Wien	Landesorganisation Nied.-Oesterr.
Kohl Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Kohn Heinrich, Dr.	Brünn	Landesorganisation Mähren
Kollinger Rupert	Linz	Landesorganisation Oberösterreich
Krasa Minna	Wien	Reichsverein der Buchbinder

Teilnehmer	Aus	Vertritt
Kremser Heinrich	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz
Krenn Franz	Bozen	Bezirksorganisation Bozen
Kühnel Anton	Bilin	Bezirksorganisation Dur Bilin
Kütt Philipp	Wien	Preßkontrollkommission
Lackner Alois	Schwaz	Bezirksorganisation Schwaz
Lahner Christian	Goisern	Bezirksorganis. Salzkammergut
Langer Peregrin	Truman	Bezirksorganis. Baden Ebreichsdorf
Langhans Jakob	Wien	Verband der chemischen Industrie
Laser Adolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Lehnert Johann	Asch	Bezirksorganisation Asch
Leibfried Hermann	Dornbirn	Redaktion „Vorarlberger Wacht"
Leibl Dominik	Hradzen	Bezirksorganisation Staab
Leuthner Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Lindner August	Graz	Landesorganisation Steiermark
Lippa Cilly	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Löw Dominik	Drahowitz	Reichsratsabgeordneter
Loos Emilie	Türmitz	Bezirksorganisation Aussig-Land
Maar Josef	Wien	Verband der Maler und Anstreicher
Mager Hermann	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Mai Heinrich	Trautenau	Kreisorganisation Trautenau
Maier Anna	Sternberg	Frauenorg. d. III. mähr. Agit.-Gaues
Maly Stanislaus	Wien	Redaktion „Zeitrad"
Meißner Theodor	Wien	Zentralverband der Maurer Oesterr.
Menz Johann	Meran-Untermais	Bezirksorganisation Meran
Merkel Cölestin	Braunau i. Böhmen	Bezirksorganisation Braunau i. B.
Möller Heinrich	Wien	Verein der Schuhmacher Oesterr.
Moritz Gustav	Wien	Fachorgan „Der Agitator"
Mras J. Anton	Dornbirn	Bezirksorganisation Dornbirn
Mrkwička Thomas	Wien	Verband der Holzarbeiter Oesterr.
Muchitsch Hans	Graz	Bezirksorganis. Graz und Marburg
Mühlberger Karl	Wien	Oesterr. Senefelder-Bund
Müller Rudolf	Wien	Gewerkschaft der Eisenbahner
Müller Rudolf	Wien	Verband der Steinarbeiter Oesterr.
Müllner Hans	Innsbruck	Landesorganisation Tirol
Neumann Fanny	Aussig	Bezirksorganisation Aussig-Stadt
Nießner Wilhelm	Brünn	Redaktion „Volksfreund"
Ofenböck Anton	Wiener-Neustadt	Redaktion „Gleichheit"
Palme Franz	Fischern	Reichsratsabgeordneter
Pattermann Franz	Wien	Gew. d. Tabakarbeiterinnen u. -Arb.
Pernerstorfer Engelbert	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Petersilka Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Pfeifer Josef	Machendorf	Kreisorganisation Reichenberg
Pilz Josef	Gablonz	Bezirksorganisation Gablonz
Pipal Edmund	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Pirkebner Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Pochop Leopold	Wien	Verband der Buchdrucker Oesterr.
Pölzer Amalie	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pölzl Leopold	Villach	Bezirksorganisation Villach
Pohl Adolf	Falkenau a. d. E.	Bezirksorganis. Falkenau a. d. E.
Pohl Anton	Graz	Bezirksorganisation Weiz
Polke Emil	Wien	Reichsratsabgeordneter
Popp Adelheid	Wien	Parteivertretung
Preiß Fritz	Feldkirch	Bezirksorganisation Feldkirch
Pretsch Josef	Bodenbach	Bezirksorganis. Bodenbach-Tetschen
Prosser Fanni	Prerau	Bezirksorganisation Prerau
Preußler Robert	Salzburg	Landesorganisation Salzburg
Proft Gabriele	Wien	Frauenreichskomitee
Pülsl Franz	Liesing	Bezirksorganisation Liesing
Rapoldi Martin	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck
Regner Anton	Knittelfeld	Bezirksorg. Knittelfeld-Judenburg

Teilnehmer	Aus	Vertritt
Regner Poldi	Knittelfeld	Bezirksorg. Knittelfeld-Judenburg
Reifmüller Franz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Reismann Edmund	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Reitzner Adolf	Bodenbach	Kreisorganisation Bodenbach
Renner Karl, Dr.	Wien	Reichsratsabgeordneter
Reumann Jakob	Wien	Parteivertretung
Richter Karl	Wien	Redaktion „Der Holzarbeiter"
Richter Paul	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Rieger Eduard	Wien	Reichsratsabgeordneter
Riese Arnold	Klagenfurt	Reichsratsabgeordneter
Rösch Eduard	Stockerau	Bezirksorganisation Stockerau
Roth Friedrich	Wien	Verein d. Angest. d. Soz.-Verf.-Inst.
Sailer Georg	Wien	Bezirksorganisation Hohenelbe
Saringer Anton	Voitsberg	Bezirksorganisation Voitsberg
Schacherl Michael, Dr.	Graz	Reichsratsabgeordneter
Schäfer Anton	Reichenberg	Parteikontrolle
Schatzmayr Johann	Villach	Bezirksorganisation Villach
Scheibein Wilhelm	Innsbruck	Bezirksorganisation Landeck
Scherl Marie	Wien	Verband der Schneider Oesterr.
Schiegl Wilhelm	Wien	Reichsratsabgeordneter
Schiller Karl	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Schlager Rudolf	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Schleifer Friedrich	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Schlemmer Ferdinand	Neunkirchen	Bezirksorganisation Neunkirchen
Schlesinger Therese	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Schlimp Josef	Saaz	Bezirksorganisation Luditz-Buchau
Schlinger Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Schloßnikel Hieronym.	Sternberg	III. mährischer Gau
Schneidmadl Heinrich	St. Pölten	Bezirksorganisation St. Pölten
Schnofl Hubert	St. Pölten	Bezirksorganisation St. Pölten
Schrammel Anton	Wien	Parteivertretung
Schubaschitz Franz	Wiener-Neustadt	Bezirksorganisation Wr.-Neustadt
Schüller Karl	Fischern	Verband der Porzellanarbeiter
Schuller Marie	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Schuster Karl	Drahowitz	Bezirksorganisation Tachau
Seidel Amalie	Wien	Frauenreichskomitee
Seitz Karl	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	Parteikontrolle
Sever Albert	Wien	Reichsratsabgeordneter
Silberer Franz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Sigl August	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Smitka Johann	Wien	Reichsratsabgeordneter
Snoy Heinrich	Meran-Obermais	Bezirksorganisation Meran
Soucet Gottlob	Wien	Verband der Tonarbeiter
Spielmann Julius	Innsbruck	Parteikontrolle
Sponer Marie	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Stanek Wenzel	Fischern	Bezirksorganisation Karlsbad
Stark Franz Karl	Elbogen	Bezirksorganisation Elbogen
Stika Felix	Hirtenberg a. Th.	Bezirksorganisation Pottenstein
Strasser Josef	Reichenberg	Redaktion „Vorwärts"
Suchanek Johann	Wien	Verband der Drechsler
Taub Siegfried	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Tappeiner Franz	Bozen	Bezirksorganisation Bozen
Thöndel Franz	Hermesdorf	Gauorganisation Mähr.-Schönberg
Tobola Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Tomschik Josef	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Tuppy Josef	Troppau	Lds.-O. Schles., Red., Schles. Volkspr.
Ungar Marcus, Dr.	Aussig	Bezirksorganisation Aussig-Stadt
Untermüller Hans	Franzensfeste	Bezirksorganisation Franzensfeste

Teilnehmer	Aus	Vertritt
Volkert Karl	Wien	Reichsratsabgeordneter
Wabersich Wenzel	Reichenberg	B.-O. D.-Gabel, Niemes, Zwickau
Weber Anton	Krumau	Kreisorganisation Südböhmen
Weiguny Anton	Linz	Reichsratsabgeordneter
Weinberger Anton	Lienz	Bezirksorganisation Lienz
Wesselу Josef	Wien	Verband der Zimmerer
Widholz Laurenz	Wien	Parteikontrolle, Reichsratsabg.
Wiedenhofer Josef	Wien	Verband der Metallarbeiter
Wieser Anton	Wien	Redaktion „Vorwärts“
Wildner Richard	Mödling	Bezirksorganisation Mödling
Wilhelm Wilhelm	Wien	Zentralverb. österr. Konsumvereine
Winarsky Leopold	Wien	Reichsratsabgeordneter
Winkler Fritz	Innsbruck	Bezirksorganisation Innsbruck
Winter Max	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Wistreil Rudolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Witte Eugen de	Karlsbad	Kreisorganisation Karlsbad
Wittke Franz	Wien	Verband der Maler
Witternigg Josef	Salzburg	B.-O. Pinzgau, Hall., Flachg. Pong.
Wißmann Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Wolf-Schwertner Leop.	Kratzau	Bezirksorganis. Kratzau-Grottau
Worsch Franz	Wien	Verband d. Maschinisten u. Heizer
Wutschel Ludwig	Wien	Reichsratsabgeordneter
Zehetmeier Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Zeplichal Franz	Czernowitz	Landesorganisation Bukowina
Zipfinger Alois	Wien	Reichsorg. d. Arb.-Radfahrer Oesterr.
Zipper Julius	Wien	Verband d. Bäckereiarbeiter Oesterr.

Gäste:

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
Hermann Müller, Luise Zietz und Karl Kautsky, Berlin.

Für die russische sozialdemokratische Arbeiterpartei:
N. Trotzky.

Für die ungarländische Sozialdemokratie:
Dr. Sigismund Kunfi, Budapest.

Für die kroatische Sozialdemokratie:
Juraj Demetrovic, Agram.

Für die polnische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Ignaz Daszynski und Dr. Hermann Diamand.

Für die italienische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Valentino Pittoni und Giovanni Oliva, Triest, Dr. Carlo Tappainer, Rovereto.

Für die südslawische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Etbin Kristan, Laibach.

Für die ruthenische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Semen Wityk, Lemberg.

Für die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich:
Edmund Burian, Brünn, Viktor Stein, Wien.

Sprechregister

für die Verhandlungen des Parteitages.

Sachregister

für die Verhandlungen des Parteitages.

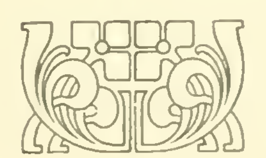


Protokoll

der

vierten sozialdemokratischen Frauenreichskonferenz

Abgehalten in Innsbruck
vom 28. bis 29. Oktober 1911



Erster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Es sind 60 Delegierte aus allen Teilen Oesterreichs anwesend. Neben ihnen sind zahlreiche Gäste im Saale. Aus Deutschland sind erschienen Genossin Zietz als Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands und für den Parteivorstand, der außerdem den Parteisekretär Müllner delegiert hat, aus Ungarn Genosse Dr. Kunfi. Die Parteivertretung hat Genossen Schrammel entsendet, der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Winarsky, außerdem sind auch die Abgeordneten Abram, Forstner, Hillebrand, Smitka und Volkert anwesend. Für die steirische Landesparteivertretung ist Landessekretär Lindner, für die deutschböhmische Landessekretär Cermak erschienen.

Begrüßungsschreiben langten ein namens des Internationalen Frauensekretariats von Genossin Zetkin, von den tschechischen zentralistischen Genossinnen und ihrer Zeitschrift „Zena" in Brünn, von den polnischen sozialistischen Frauen Schlesiens.

Die Konstituierung.

Popp: Im Namen des Frauenreichskomitees eröffne ich die vierte sozialdemokratische Frauenreichskonferenz. Sie alle, die die Entwicklung unserer Organisation seit ihren Anfängen verfolgen, wissen, daß das heute die erste Frauenkonferenz in Oesterreich ist, in der wir mit Befriedigung auf die Erfolge, die wir erreicht haben, hinweisen können. Denn noch auf der vorigen Konferenz im Jahre 1908 haben wir erst tastende Versuche unternommen, auf welcher Grundlage, auf welche Weise wir die Frauen der Partei zuführen können. Die Schwierigkeiten, die uns das reaktionäre Vereinsgesetz schuf, haben uns dazu gedrängt, nach einer anderen Form zu suchen, die Frauen politisch zusammenzuschließen. Das ist uns auf Grund der freien politischen Frauenorganisation gelungen, und wenn wir im Jahre 1908 noch keine einzige politisch organisierte Genossin aufweisen konnten, wenn wir nur hinweisen konnten auf die Genossinnen, die in Arbeiter-Bildungsvereinen, in Gewerkschaften und hier und da verstreut in den Lokalorganisationen als Förderinnen, als unterstützende Mitglieder in den politischen Vereinen bezeichnet waren, so können wir heute auf 18.000 politisch organisierte Frauen hinweisen. In den Alpenländern und in den Sudetenländern, überall, wo es deutsche Arbeiterinnen gibt, haben wir Mitglieder in unseren politischen Frauenorganisationen, und hier in Tirol entwickelt sich die Frauenbewegung ebenso erfreulich wie in Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich, Steiermark u. s. w. Und dabei können wir sagen, daß wir noch nicht den Höhepunkt erreicht haben, sondern erst im Anfang der Entwicklung stehen. Und wenn einmal der § 30 des Vereinsgesetzes beseitigt sein, wenn die österreichische Gesetzgebung sich endlich aufschwingen wird, so fortschrittlich zu sein, wie es andere Länder längst sind, und wie es manche Länder immer gewesen sind, wird es eine stattliche Anzahl politisch organisierter Frauen sein, die wir den Parteivereinen zuführen werden. Heute

können wir sagen, daß wir im Jahre 1908 den rechten Weg betreten haben. Denn nicht nur von der Zentralstelle in Wien aus werden heute diese 18.000 politisch organisierten Frauen geleitet. Wie wir in Wien das Reichskomitee haben, so haben wir fast in allen Ländern Landeskomitees, die dort die Genossinnen instruieren, und die Verbindung mit ihren Bezirkskomitees unterhalten, die die Organisation und Agitation unter den Frauen führen.

Von der Freude über diese Erfolge erfüllt, begrüßen wir heute diese unsere vierte Frauenreichskonferenz. Aber nicht nur der Freude und Genugtuung müssen wir Ausdruck geben, sondern mit Schmerz und Trauer müssen wir auch daran erinnern, daß manch schwerer Schlag, mancher Verlust unserer Bewegung geworden ist. (Die Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) In erster Linie muß ich der Genossin Marie Nowak-Krasa gedenken, die als junges Mädchen voll Begeisterung in unsere Reihen getreten ist, und nach einem an Kämpfen und Opfern reichen Leben uns in diesem Sommer entrissen worden ist. Alle, die Marie Krasa gekannt haben, werden das Beispiel, das diese Genossin in ihrem leidenvollen Leben gegeben hat, immer vor Augen haben. Außer der Genossin Krasa, die den Genossinnen ganz Oesterreichs bekannt war, haben wir eine große Zahl braver Genossinnen verloren, die im ganzen Reich zerstreut lebten, und auch ihrer wollen wir gedenken mit aller Ehrung, mit aller Anerkennung, die ihr Leben und ihre Arbeit verdienen. Aber außer diesen uns nahestehenden Genossinnen hat auch die internationale Arbeiterbewegung schwere Verluste erlitten. Wir haben im vorigen Jahre die Genossin Emma Ihrer, eine der führenden Genossinnen der deutschen Arbeiterinnenbewegung, eine der Gründerinnen der großen deutschen sozialdemokratischen Frauenbewegung verloren, und vor einigen Wochen erst ist ihr eine der besten, treuesten und intelligentesten englischen Genossinnen, die Genossin Mac Donald in den Tod nachgefolgt. Der Verlust dieser Genossinnen bedeutet nicht nur einen Verlust für die Arbeiterinnenbewegung der betreffenden Länder, sondern für die gesamte internationale Arbeiterinnenbewegung. Ihrer gedenken wir heute mit Dankbarkeit für ihr Wirken und wir geloben, in ihrem Geist weiterzuwirken.

Sponer (Reichenberg) beantragt folgendes Präsidium: als Vorsitzende die Genossinnen Seidel (Wien), Boschek (Wien), Frisch (Innsbruck); als Schriftführerinnen die Genossinnen Neumann (Aussig), Beutelmeier (Linz), Mader (Wigstadtl), Pölzl (Villach).

Vorsitzende Seidel: Ich danke Ihnen im Namen der Gewählten für das entgegengebrachte Vertrauen. Ich muß noch der Opfer der allerletzten Zeit gedenken, derer, die am 17. September und in den folgenden Tagen ihr Leben lassen mußten, und der Opfer der Klassenjustiz. (Die Versammlung hat sich erhoben.) Ich habe nun zahlreiche Gäste zu begrüßen. Die Genossen Abram und Müller als Vertreter der Tiroler Landesparteivertretung, ferner die Genossin Zietz, die zu begrüßen mir zur ganz besonderen Freude gereicht, da sie als Abgesandte der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung des Deutschen Reiches erschienen ist. In der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung Deutschlands erblicken wir das Vorbild, dem wir immer nachgestrebt haben, und wir wünschen, daß jene Höhe der Bewegung, die die Genossen und Genossinnen in Deutschland erreicht haben, in absehbarer Zeit auch uns beschieden sei. Ich begrüße den Delegierten der österreichischen Parteivertretung, Genossen Schrammel, den unserer parlamentarischen Fraktion, Genossen Winarsky, den der böhmischen Parteivertretung, Genossen Cermak, und die als Vertreterin der Gewerkschaftskommission anwesende Genossin Boschek.

Abgeordneter Abram: Als Delegierter der Landesparteivertretung Tirols habe ich den ehrenden Auftrag, Sie zu begrüßen. Ich begrüße Sie auch als „Hausherr" in unserem Heim. Die Erfolge, die Sie bisher hatten, veranlassen uns, hören zu wollen, was Sie weiter vorzuschlagen haben, und so kommen wir zu Ihnen als Lernende. Manche Skeptiker sind schon belehrt

worden durch die Entfaltung Ihrer Organisation und wir wollen von Ihnen lernen, weil Sie in vielen Punkten klarer über Ihre Organisation denken und die Dinge besser zu überschauen in der Lage sind als wir. Auch hier in Innsbruck schätzen wir das Wirken der Frauenorganisation sehr hoch ein und ich kann Ihnen etwas sagen, was Sie gewiß sehr freuen wird: daß die Behauptung des Innsbrucker Wahlkreises ausschließlich der Tätigkeit der Genossinnen zu danken ist. Den Klerikalen war es immer ein Dorn im Auge, daß die Tiroler Landeshauptstadt einen sozialdemokratischen Vertreter im Reichsrat hat, und sie haben mit allen erdenklichen Mitteln gegen uns gekämpft, so daß alle unsere Arbeit ergebnislos gewesen wäre, wenn nicht die Genossinnen Wochen hindurch in der Aufklärung der Frauen und der Wähler das Notwendigste geleistet hätten. Wir haben den Wert der Frauenorganisation kennen gelernt und deshalb erfüllt es uns mit besonderer Freude, daß Sie sich hier zu Ihren ernsten Beratungen versammeln; ich wünsche Ihnen den besten Erfolg. (Beifall.)

Luise **Zietz** (Berlin): Mir ist der ehrenvolle Auftrag zuteil geworden, Ihnen im Namen der sozialistischen Frauen Deutschlands und der Gesamtpartei die herzlichsten Grüße zu überbringen. Sie können versichert sein, daß die reichsdeutschen Genossinnen, wie Sie sie nennen, die Entwicklung der österreichischen Frauenbewegung mit großem Interesse verfolgen. Wir haben mit Freude gesehen, daß Sie in dem großen Wahlkampf des letzten Jahres Seite an Seite der Genossen gestanden und Ihre ganze Persönlichkeit eingesetzt haben, um den Erfolg zu erzielen. Wir haben mit ebenso großem Interesse beobachtet, wie die österreichischen Frauen teilgenommen haben an dem Kampfe gegen die ungeheure Teuerung, von der Sie in Oesterreich vielleicht in noch höherem Maß heimgesucht sind als wir in Deutschland.

Wir bewundern Ihren Kampf und wir freuen uns auch, wie Sie zu agitieren und zu organisieren verstehen. Besonders begrüßen wir es, daß Sie jetzt beraten wollen, wie in Zukunft Ihre politische Organisation gestaltet sein soll. Der lebhafte Wunsch, an Stelle des Guten, das Sie haben, etwas Besseres zu setzen, wenn Sie auf dem Gebiet des Vereinsgesetzes Vorteile erlangen, hat auch uns erfüllt, als wir in Deutschland vor drei Jahren ein einheitliches, wenn auch kein freiheitliches Vereins- und Versammlungsgesetz bekamen. Aber es brachte uns Frauen doch neben reaktionären Bestimmungen über die Jugendlichen und die Fremdsprachigen das einheitliche Recht, das uns die Möglichkeit gibt, daß wir uns in politischen Vereinen zusammenschließen können, was früher in einer ganzen Reihe von Bundesstaaten nicht möglich war. Das ist jetzt anders geworden. Wir haben jetzt eine einheitliche Organisation der sozialistischen Männer und sozialistischen Frauen Deutschlands. Wir haben gemeinsame Grundsätze, gemeinsame Ziele, die gleiche Kampfmethode immer gehabt, mit dem gemeinsamen Gesetz haben wir auch eine gemeinsame einheitliche Organisation bekommen. Ich möchte ausdrücklich erklären, daß wir uns freuen, innerhalb der einheitlichen Organisation mit den Genossen Hand in Hand arbeiten zu können. Wenn es auch zunächst den Anschein hat, als ob dadurch die Bewegungsfreiheit und das Recht der Frauen eingeschränkt wären — die Praxis hat gelehrt, daß dem nicht so ist, daß im Gegenteil wir heute weit besser und weit erfolgreicher unter den proletarischen Frauen zu agitieren, sie zu organisieren, für den gemeinsamen Kampf zu schulen vermögen und daß weit mehr als bisher gemeinsam gearbeitet und gemeinsam gekämpft wird. Wir haben die Möglichkeit eingebüßt, daß wir, ohne zu fragen, etwa Versammlungen einberufen können, so daß wir mit den Männern gemeinsam beraten und dartun müssen, daß unsere Gründe so gut sind, daß auch die Männer im Vorstand überzeugt werden, daß das, was wir vorschlagen, nicht nur im Interesse der Frauenbewegung, sondern im Interesse der Gesamtbewegung gelegen ist. Wir haben aber auch den großen Vorteil eingetauscht, daß hinter jeder unserer Aktionen die Autorität und das Ansehen der Gesamtpartei steht und auch deren Mittel, und das will viel besagen. (Heiterkeit.) Ich

glaube nicht besser beweisen zu können, wie gut die Organisierung der Frauen in der gemeinsamen Organisation fortschreitet, als indem ich die Ziffern anführe. Wir haben in diesem Jahre 108.000 weibliche Mitglieder der Partei. Das ist ein prächtiger Fortschritt. Vor drei Jahren, als wir in die Gesamtpartei eintraten, hatten wir 29.000. Die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit" beträgt jetzt 92.000. Auch dieser große Fortschritt ist hauptsächlich in den letzten Jahren erzielt worden. Sie sehen, daß wir bei der gemeinsamen Organisation sehr gut fahren, und ich hoffe und wünsche, daß Sie, wenn Sie dasselbe beschließen, denselben Fortschritt erzielen werden. Daß Sie das Beste herausholen aus Ihren Beratungen und diese nicht nur ausschlagen zum Nutzen der österreichischen Frauenbewegung, sondern auch der internationalen, ist der Wunsch der sozialistischen Frauen Deutschlands, die Ihren Beschlüssen den besten Erfolg wünschen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Fritsch (Innsbruck): Wir im heiligen Lande Tirol haben es am schwersten, die Frauen denken zu lernen. Auch hier stehen sie in riesiger Zahl im Banne des Klerikalismus. Da unser Kampf nicht allein den Frauen gilt, müssen wir fordern, daß uns die Männer unterstützen. Sie tun es auch, aber in Anbetracht der großen Hemmnisse ist es schwer, weiterzukommen. Trotzdem haben wir Fortschritte und wir hoffen, daß sie immer größer werden. Es freut uns, mit den Genossen von weit und breit gemeinsam über die Notwendigkeit unserer Bewegung zu beraten, und es ist uns eine große Genugtuung, daß die Genossinnen, die wir aus der Literatur kennen gelernt haben, die ihr ganzes Sein, Sinnen und Denken in den Dienst der Arbeiterschaft gestellt haben, bei uns sind. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Schrammel: Von der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich beauftragt, an Ihren Beratungen teilzunehmen, begrüße ich Sie herzlichst. Sie haben sich in den letzten Jahren eine Organisation geschaffen und wir müssen vor Ihnen große Hochachtung empfinden. Sie haben die öffentliche Meinung herausgefordert und bewirkt, daß sich auch die gesetzgebende Körperschaft mit Ihrer Rechtlosigkeit beschäftigt hat. Ihrer Wirksamkeit ist es zuzuschreiben, daß sich das Parlament dazu aufgerafft hat, Ihnen politische Gleichberechtigung wenigstens im Vereinsrecht zu verschaffen. Leider hat die Auflösung des Abgeordnetenhauses dazu geführt, daß der Beschluß des Hauses nicht mehr Gesetz wurde. Ich bin aber überzeugt, daß auch das neue Parlament Ihrem Verlangen Gehör schenken muß und daß die Gleichheit im Vereinsrecht nur noch eine Frage der Zeit ist. Eine Frage der Zeit kann es auch nur sein, bei der mächtigen Bewegung, die die Frauen Oesterreichs beseelt, bis das allgemeine, gleiche Wahlrecht auch für die Frauen in Oesterreich eingeführt wird.

Einer der wichtigsten Punkte Ihrer Tagesordnung ist die Frage des Anschlusses der Frauen an die politischen Vereine. Es ist nun notwendig, zu zeigen, daß Sie auch wirklich politisch reif sind, um in diesen politischen Vereinen Ihre Agitation und Organisation durchzuführen. Es gibt viele Frauen, die fürchten, daß der Anschluß an die politischen Vereine sie in ihrer ganzen Entwicklung hemmen würde. Das ist ganz falsch. Ich bin überzeugt, daß auch auf die Männer die Stimme der Frau oft mächtiger wirkt als die des männlichen Agitators. Wenn Sie den Beschluß fassen, den Ihnen das Frauenkomitee vorschlägt, so werden Sie damit beweisen, daß Sie nicht Frauenrechtlerinnen, sondern reife Sozialdemokratinnen sind, daß Sie reif sind für die Gleichberechtigung. Wir können Ihnen zu der Arbeit gratulieren, die Sie geleistet haben. Wir wünschen nur, daß so einheitlich und so glänzend weitergearbeitet werde wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Winarsky**: Im Namen des deutschen Klubs im österreichischen Parlament begrüße ich die Konferenz auf das herzlichste. Sie wissen, daß die Sozialdemokraten im Parlament es immer als ihre Pflicht angesehen haben, nicht nur die Vertreter der männlichen, sondern auch die der weiblichen Proletarier zu sein. Wir haben jede Gelegenheit, die sich uns bot, die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten, benützt und verweisen

besonders darauf, wie wir Sie bei der Beratung der Sozialversicherung vertreten haben. Wir sind eingetreten für einen besseren Wöchnerinnenschutz, für eine Ausdehnung der Krankenversicherung, für die Schaffung einer Witwen- und Waisenversorgung. Wir haben selbstverständlich auch immer wieder die Forderung nach der vollkommenen politischen Gleichberechtigung der Frau erhoben; wir haben als einen der ersten Anträge wieder den Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen eingebracht. Wir haben selbstverständlich auch den Kampf für die Reform des Vereinsgesetzes geführt und werden ihn auch fortsetzen. Aber wir haben freilich mit der Tatsache zu rechnen, daß die Regierung, nicht gerade aus Freundschaft für die Frauen, einen eigenen Entwurf zu einer Reform des ganzen Vereinsgesetzes eingebracht hat, der sich bei genauer Prüfung nicht als Verbesserung, sondern als bedeutende Verschlechterung herausstellt. Es ist selbstverständlich, daß Sie auf uns und unserer Hilfe in allen diesen Kämpfen rechnen können und daß wir überall, wo es gilt, das Recht der Frau und vor allem der arbeitenden Frau zu vertreten, unser möglichstes tun werden. Allerdings, das beste Mittel, auch die parlamentarische Arbeit vorwärts zu bringen, ist eine starke Organisation der arbeitenden Frauen selbst. Wenn Sie statt 18.000 politisch organisierten Frauen 180.000 sein werden, dann wird das Parlament ganz anders über Sie denken, ganz anders sich zu Ihnen verhalten als heute. Ich weiß ja, daß Sie nicht auf einmal einen solchen Sprung machen werden (Heiterkeit), aber die Fraktion und ich als ihr Beauftragter wünschen, daß diese Konferenz mit dazu beitrage, die Zahl der Kämpferinnen zu vermehren. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Boschek**: Im Namen der Gewerkschaftskommission begrüße ich Sie auf das herzlichste. Es ist selbstverständlich, daß jeder Fortschritt in der politischen Frauenorganisation auch für die Gewerkschaften von Bedeutung ist. Wenn wir so fortarbeiten und bis zur nächsten Konferenz wiederum um 10.000 oder 20.000 Mitglieder zunehmen, so wäre das eine Genugtuung für uns. Auch für unsere Gewerkschaften, denn wir wissen, daß die Entwicklung der politischen Organisation auch gewerkschaftlich ihre Früchte zeitigt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Seidel**: Ich habe noch Genossen L i n d n e r als Vertreter der Landesorganisation von Steiermark zu begrüßen. Die Genossen Lindner und Cermak, dieser von der böhmischen Landesparteivertretung, haben mich beauftragt, in ihrem Namen der Frauenkonferenz die besten Wünsche zu übermitteln. (Beifall.)

Es wird nun die M a n d a t p r ü f u n g s k o m m i s s i o n gewählt, und zwar die Genossinnen L i p p a und Johanna D e u t s c h (Wien), G r a f (Niederösterreich), K l a p a t s c h (Mähren), N e u m a n n (Böhmen), J o k l (Schlesien).

Es wird beschlossen, daß diese Kommission zugleich als W a h l k o m i t e e fungiere.

Es wird nun in die Tagesordnung eingegangen:

Bericht des Frauenreichskomitees.

Referentin **Proft**: Seit unserer letzten Konferenz hat sich unsere Organisation wesentlich geändert. Sie wissen, daß erst auf der Konferenz im Jahre 1908 politische Frauenorganisationen beschlossen wurden. Im Jahre darauf hatten wir noch nicht viel, nämlich im ganzen 88 politische Frauenorganisationen mit ungefähr 7000 Mitglieder. Die Bildungsvereine, die wir vor drei Jahren hatten, haben sich in der Zwischenzeit umgewandelt und bloß ein einziger, der Frauenbildungsverein für Tirol, hat sich noch erhalten. Ueberall sonst bestehen jetzt freie politische Frauenorganisationen. Selbstverständlich haben wir nicht unsere ganze Kraft nur dieser einen Arbeit widmen können. Es hat Kämpfe und Arbeit genug gegeben, die nicht nur die Frauen, sondern die Allgemeinheit der Arbeiter-

schaft betrafen. Wir haben in diesen drei Jahren einen schweren Kampf gegen die fortwährend steigenden Lebensmittelpreise führen müssen. Wir mußten im ganzen Reiche große Protestversammlungen einberufen und in einzelnen Ländern haben die Genossinnen sogar daran gehen müssen, einen Fleischboykott zu organisieren. Daneben gab es wieder andere Zwischenfälle, die eine ungestörte Arbeit zum Aufbau der Organisation nicht zuließen. Die Genossinnen werden sich erinnern, daß wir im Jahre 1908 Versammlungen abhalten mußten, weil einzelne Länder sich weigerten, den Wöchnerinnen das Krankengeld zu lassen; wir mußten da mit aller Energie eingreifen. Im Jahre 1909 wurde dann wieder die Agitation gegen die Fleischteuerung intensiver. Dann hat das Reichskomitee auch veranlaßt, daß Versammlungen abgehalten werden, als in Wien die Spitalverpflegskosten erhöht wurden. Wir haben im Jahre 1910, zuerst in Wien und dann in der Provinz, Versammlungen gehalten, die die Beseitigung des § 30 verlangten. Die Genossinnen wissen, daß das Parlament die Aufhebung der Beschränkungen für die Frauen auch wirklich beschloß, ein Beschluß allerdings, der durch die Schließung des Parlaments illusorisch wurde. Die Schließung des Parlaments hat auch uns veranlassen müssen, eine Reihe sehr gut besuchter Versammlungen im ganzen Reich abzuhalten. Anfangs dieses Jahres hatten wir eine Versammlungsaktion wegen des Verbotes der Frauennachtarbeit, und diese Aktion hat mit dem Erfolg geendet, daß das Gesetz, das erst viel später in Kraft treten sollte, schon im August dieses Jahres in Kraft getreten ist. Im heurigen Jahre hat uns auch die Agitation für den Frauentag viel Arbeit gemacht und es ist uns gelungen, die Forderung nach dem Frauenwahlrecht durch unsere Agitation populär zu machen. Die Berichte, die wir aus allen Ländern bekamen, haben gezeigt, daß die Genossinnen allerorts mit Freuden die Gelegenheit ergriffen haben, zu dokumentieren, daß die Frauen mit aller Energie den Kampf für ihre Gleichberechtigung einleiten wollen. Die Demonstration in Wien war ganz besonders imposant und eindrucksvoll.

Neben diesen großen Aktionen ist auch die Organisationsarbeit, wie wir es beschlossen haben, durchgeführt worden. Es sind nun fast in allen Ländern die Landeskomitees eingerichtet, und zwar wurde als eines der ersten das Komitee in Böhmen konstituiert. Es gibt nur noch zwei Länder, in denen diese Frauenlandeskomitees noch nicht bestehen, während sie in zehn Ländern bestehen. Sogar in Vorarlberg haben wir seit ganz kurzer Zeit schon ein Frauenlandeskomitee, so daß also auch in diesem einen Lande die Agitations- und Organisationsarbeit von einer Zentralstelle aus geleitet werden kann. Nur in Tirol und in Kärnten sind diese Komitees noch nicht gegründet, und zwar aus folgenden Gründen: in Kärnten bestand lange Zeit hindurch bloß in Klagenfurt eine Frauenorganisation; wir müssen damit zufrieden sein, daß jetzt noch fünf Orte dazugekommen sind, und müssen abwarten, bis Kärnten so weit sein wird, sich eine Landesorganisation zu schaffen. In Tirol sind aber die Voraussetzungen für eine Landesorganisation nicht da. Wir haben neben den vier Ortsgruppen des Bildungsvereines nur eine politische Frauenorganisation, aber wir hoffen, daß von diesem Tage die Anregung ausgehen wird, daß auch die Genossinnen in Tirol einen Aufschwung der Frauenorganisation mitmachen und daß der Grund zu einer Landesorganisation gelegt werden wird.

Die Vertrauenspersonen, die wir in den einzelnen Ländern haben, müssen ihre Arbeit unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen leisten. Es ist uns leider nicht möglich, auf der heutigen Konferenz die Berichte der Landesorganisationen anzuhören, was gewiß von großem Vorteil wäre. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Genossinnen in allen Ländern mit dem, was sie erreicht haben, recht zufrieden sein können. Das kommt ja schon darin zum Ausdruck, daß wir in zwei Jahren die

Zahl der Mitglieder von 7000 auf 18.000 vermehrt haben. Und zwar sind wir in allen Ländern gestiegen. Es ist selbstverständlich, daß in allen Ländern, in denen es eine politische Frauenorganisation gibt, auch Landeskonferenzen abgehalten wurden, zu denen auch immer vom Reichskomitee eine Genossin entsendet wurde, so daß es möglich war, überall einheitliche Beschlüsse zu fassen. Es ist schon darauf verwiesen worden, daß auch die Kreis- und Bezirksorganisationen gut funktionieren. Die Genossinnen wissen, daß seit dem Reichenberger Parteitag auch die Parteiquittungsmarke und ebenso die Legitimation überall durchgeführt wurde und ebenso sind in allen Ländern eigene Organisationsstatuten eingeführt, die sich an das Reichenberger Statut halten.

Zu der internationalen Frauenkonferenz, die im vorigen Jahre in Kopenhagen tagte, haben die österreichischen Genossinnen drei Vertreterinnen entsendet. Der wichtigste Beschluß war der, einen Frauentag einzuberufen, und dieser Beschluß wurde, wie Ihnen ja allen bekannt ist, auch in Deutschland, in der Schweiz und in Dänemark durchgeführt. Wir in Oesterreich haben im Herbst 1910 eine Konferenz einberufen, an der alle Landesvertrauenspersonen teilnahmen und in der darüber beraten wurde, wie die Propaganda für den Frauentag am erfolgreichsten durchgeführt werden könne. Es ist, wie Ihnen bekannt ist, in ganz Oesterreich eine Reihe von Versammlungen abgehalten worden, die wesentlich zum Gelingen der Aktion beitrugen. Dann wurde in dieser Konferenz auch beschlossen, zur Aufklärung ein Flugblatt herauszugeben, das in einer Auflage von 368.000 Exemplaren erschienen ist; für österreichische Verhältnisse eine Leistung, die sich sehen lassen kann. Die Zeitung „Der Frauentag" ist in einer Auflage von 35.000 gedruckt und so ziemlich verkauft worden. Es ist selbstverständlich, daß auch im nächsten Jahre ein solcher Frauentag durchgeführt werden muß. Bisher konnten wir nicht beschließen, wann er veranstaltet wird. Vielleicht nicht mehr an einem Tag mit den deutschen Genossinnen zusammen. Wir denken ihn uns diesmal etwas anders und werden Vorschläge machen. Daß wir es nicht so machen werden wie heuer, hat darin seinen Grund, daß sich Demonstrationen nicht in jedem Jahre abhalten lassen. Wenn sich so etwas häufig wiederholt, verliert es an Interesse und wir wollen nicht, daß eine Kundgebung schlechter ausfalle als die frühere, deshalb soll eine andere Form bestimmt werden.

Wir haben ein Flugblatt über die Lebensmittelteuerung herausgegeben. Die letzte Konferenz hat beschlossen, Broschüren herauszugeben. Wir konnten nur wenige herausgeben. Wir haben eine ausgezeichnete Broschüre angekauft, deren Anschaffung uns sonst zu teuer gewesen wäre, die von Otto Bauer „Ueber die Lebensmittelteuerung". Ebenso geschah es mit der Broschüre der Genossin Schlesinger „Was wollen die Frauen in der Politik?" und mit zwei Broschüren der Genossin Popp „Schutz der Mutter und dem Kind" und „Die Arbeiterin im Kampfe ums Dasein". Diese wurde neu aufgelegt, denn sie war seit vielen Jahren vergriffen. Dann wurde bei den Reichsratswahlen eine Broschüre der Genossin Freundlich herausgegeben, die als Agitationsmaterial sehr nützlich war.

Das Reichskomitee hat eine Genossin auch in die Parteischule nach Bodenbach entsendet. Es trug einen Teil der Kosten, das übrige leistete das Land Schlesien, in der die Genossin als Landesvertrauensperson tätig ist; es ist die Genossin Jokl. Noch eine andere Genossin war in der Parteischule, die Genossin Knöschke, diese aber nicht auf unsere Kosten.

Bei den Reichsratswahlen haben sich die Genossinnen an allen Orten mit der Propaganda der Forderungen, die wir an das Parlament stellen, befaßt. Material war sehr viel da. Es wurde eine große Zahl von Werbeschriften und Broschüren herausgegeben.

Bei allen Erfolgen müssen wir der „Arbeiterinnen-Zeitung" gedenken, die zum größten Teil dazu beigetragen hat, daß wir soviel organisierte Frauen haben. Die Zeitung ist so ausgestattet worden, wie es auf der letzten

Konferenz beschlossen wurde. Es sind zwei Erweiterungen des Inhalts beschlossen worden, und nun entspricht sie dem Bedürfnis der Genossinnen.

Zum Kassenbericht habe ich noch einige Erläuterungen zu geben. Aus der Zahl der abgesetzten Marken ergibt sich, daß wir 18.000 zahlende Mitglieder haben. Marken wurden abgesetzt: in Böhmen 81.700, in Mähren 13.100, in Schlesien 15.900, in Niederösterreich 67.100, in Oberösterreich 14.000, in Salzburg 4700, in Steiermark 26.000, in Kärnten 6500, in Tirol 2000, in Vorarlberg 4600, zusammen 235.600. Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat uns aus dem Reingewinn, der sonst der Parteivertretung zufließt, 800 Kr. überwiesen, weil wir sonst die Kosten für den Frauentag nicht hätten decken können.

Ich habe Ihnen nun die notwendigen Erläuterungen gegeben. Mit der Arbeit, die in der kurzen Zeit geleistet wurde, können wir zufrieden sein. Wir können, ohne uns zu überheben, sagen, daß wir viel geschaffen haben. 18.000 organisierte Frauen, ungefähr der achte Teil der organisierten Männer, das ist für Oesterreich schon etwas. Wenn man in Betracht zieht, unter wie furchtbar schweren Verhältnissen die Genossinnen draußen zu wirken haben, dann werden alle Genossinnen würdigen, daß viel geleistet wurde, daß so viel geschehen ist, als bei unseren materiellen Mitteln und der geringen Zahl unserer Agitatorinnen geleistet werden konnte. Im Namen des Frauenreichskomitees habe ich den Genossinnen, die in den Ländern die Organisation geleitet haben, nicht bloß den Landeskomitees, sondern auch den Organisationskomitees in den Orten und der Genossin Freundlich, die soviel für uns wirkt, den besten Dank auszusprechen. Ein Komitee allein kann nicht für ganz Oesterreich organisieren und agitieren. Wir können beschließen, aber die Genossinnen draußen müssen die Arbeit verrichten. Sie haben das getreulich getan und der Erfolg beweist es. Ich bitte Sie diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Bericht der „Arbeiterinnen-Zeitung".

Boschek: Bei der Berichterstattung über die „Arbeiterinnen-Zeitung" kann ich kurz sein, da die Parteivertretung einen gedruckten Bericht über die Abonnentenzahl und die finanzielle Gebarung erstattet.

So wie der Bericht über die Agitation erfreulich ist, so auch der über die „Arbeiterinnen-Zeitung", deren Auflage im Jahre 1908/09 um 7500 Exemplare gestiegen ist. In den Jahren 1908 bis 1909 war die Auflage 16.000, im Jahre 1910 20.000, im Jahre 1910/11 25.000. Bis zur Stunde wird die Auflage schon wieder um einige tausend Exemplare höher sein.

Der finanzielle Stand ist nicht ungünstig, aber es ist zu bedenken, daß wir die Zeitung in den letzten zwei Jahren bedeutend vergrößerten und daß dadurch größere Auslagen entstanden. Im vorigen Jahre haben wir die Jugendbeilage eingeführt, die an Druck- und Expeditionskosten 3100 Kr. erfordert. Die „Freien Stunden" haben natürlich ebenfalls die Herstellungs- und Expeditionskosten vergrößert. Dadurch, daß das Blatt stärker ist, haben die Pakete mehr Gewicht und die Versendung ist dadurch teurer. Der Reingewinn am einzelnen Exemplar ist deshalb bedeutend niedriger. Aber einige Auslagen, die uns im letzten Jahr belasteten, werden wir im nächsten Jahre nicht mehr haben. Wir haben auch 1000 Kronen dem Wahlfonds überwiesen, dem Frauenkomitee außerdem 500 Kronen, Auslagen, die aus dem Reingewinn entnommen worden.

Im Bericht finden Sie eine Aufstellung, wie sich die Auflage auf die einzelnen Orte verteilt. Da werden Sie manches Unerfreuliche sehen. In manche Industrieorte, wo wir eine gute Organisation der Genossen haben, kommt nur eine geringe Zahl von Exemplaren der „Arbeiterinnen-Zeitung". Das soll Ihnen ein Ansporn sein, eine energische Agitation für die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu führen. Aber trotzdem weisen sämtliche Kronländer, mit Ausnahme von Salzburg und Vorarlberg, eine Zu-

nahme der Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung" auf. Ich glaube, wenn es nötig ist, wird ein Teil des Reingewinns verwendet werden müssen, um in diesen Ländern zu helfen, die Frauenorganisation weiterzubringen. (Beifall.)

Debatte.

Koch (Graz): Ich finde es selbstverständlich, daß das Reichskomitee Versammlungen in verschiedenen Ländern veranstaltet und daß es für diese Versammlungen einen großen Teil, eventuell alle Kosten deckt. Aber ich muß mich beschweren, daß einzelne Länder vergessen werden. An den 1609 Kr. für Versammlungen ist Steiermark nicht mit einer einzigen Krone beteiligt. Wir Agitatorinnen halten es nicht für sehr notwendig, daß eine Wiener Referentin kommt, aber die Genossinnen draußen sehen am liebsten eine Referentin aus Wien, weil man damit auf die Indifferenten den größten Eindruck macht. Den Landeskomitees fällt es schwer, Wiener Referentinnen zu bekommen, weil wir nicht die Kosten decken können. Sehr oft müssen die Landesvertrauenspersonen hinausfahren, und auch hier können die Orte nicht die ganzen Kosten bestreiten, so daß das Landeskomitee nachhelfen muß. Deshalb muß ich mich beklagen, daß das Reichskomitee bisher so wenig an die Alpenländer denkt. Wenn es nachhilft, so wird es auch in diesen Ländern vorwärtsgehen.

Franck (Salzburg): Im Lande Salzburg haben wir erst vor zwei Jahren mit der Gründung der Frauenorganisation begonnen und haben schon gute Erfolge erzielt.

Auch in Salzburg gab es freilich politische Verfolgungen. Wir erlaubten uns, in eine deutschnationale Wählerversammlung zu gehen, da kam die Polizei und riß uns heraus. Nicht nur, daß man über die Frauen mit Gummischläuchen und Knütteln hergefallen ist (Entrüstungsrufe), wurde ich auch angeklagt. Erst hieß es, ich habe eine Wachebeleidigung begangen. Dann wurde die Sache dem Landesgericht abgetreten, ich soll mich nämlich gar der öffentlichen Gewalttätigkeit schuldig gemacht haben. Vielleicht hätte es mir mehrere Monate Kerker eingetragen, wenn nicht die „Salzburger Wacht" darauf hingewiesen hätte, daß der mich beschuldigende Wachmann allen Grund hätte, es zu unterlassen, in solcher Weise gegen wehrlose Frauen vorzugehen. So kam die Sache wieder vors Bezirksgericht, ich wurde zu dreißig Kronen Geldstrafe verurteilt, aber bei der Berufungsverhandlung wurde ich gänzlich freigesprochen.

Proft: Es ist nicht richtig, wenn Genossin Koch sagte, daß das Reichskomitee für Steiermark keine Ausgaben gemacht hat. Ich erinnere mich, daß Genossin Popp bei der Landeskonferenz war und im Anschlusse daran mehrere Versammlungen in Steiermark abgehalten hat. Da hat das Reichskomitee selbstverständlich einen Teil der Kosten übernommen. Genossin Koch wünschte, wir sollen auch an Kärnten denken. Kärnten hat verhältnismäßig viel Ansprüche gestellt. Das ist kein Vorwurf, aber wir hatten Versammlungen dort, bevor noch die Genossin Koch in den Alpenländern wirkte. Es kommt vor, daß Orte schreiben, wir sollen eine Referentin schicken, sie kommen für die Kosten auf. Man mahnt dann und manchmal kommen eben die Kosten nicht. So ist es nicht, daß wir den Ländern schreiben, daß wir auf unsere Kosten Referentinnen schicken. Genossin Koch darf nicht glauben, daß die anderen Länder für Versammlungskosten direkt etwas bekommen. Es kommt nur vor, daß die eine oder andere Organisation nicht in der Lage ist, etwas sofort zu schicken. Vor kurzem wurde eine große Tour im Karlsbader Gebiet unternommen, die sehr viel kostete. Diese Auslagen sind nicht verrechnet, weil sie von dort gedeckt wurden. Aber bei den Reichsratswahlen haben wir zum Beispiel vielmals Referentinnen hinausgeschickt. Wenn nun Stichwahl war und die Länder erschöpft waren, können wir nicht ausrechnen, ob wir das Geld auf Heller und Pfennig bekommen. Aus solchen Anlässen entstehen

die Kosten, die als Versammlungsauslagen ausgewiesen sind. Wenn aus solchen Anlässen in zwei Jahren 1100 Kr. zusammenkommen, ist das schließlich nicht besonders viel. Freilich können wir auch nicht mehr tun, als wir getan haben. Wenn Sie erwägen, daß die gegenwärtige Konferenz 1000 Kr. kosten wird, werden Sie begreifen, daß wir den Genossinnen nicht schreiben können: „Macht nur Versammlungen, wir zahlen schon." Wenn das steirische Landeskomitee einmal schreiben wird, es möge eine Genossin kommen, sie können aber nicht zahlen, werden wir vielleicht auch nicht darauf bestehen, daß es alles bezahlt. Aber haushalten müssen wir mit unseren Mitteln. Wir müssen jede Aufgabe prüfen, ob wir sie machen können und ob sie sich in Zukunft rentieren wird. Wir können der Genossin Koch versprechen, daß, wenn sie schreiben wird, daß sie nicht alles bezahlen können, wir sie nicht einmal einklagen werden. (Heiterkeit.)

Lucia (Lienz): Ich hatte ursprünglich die Absicht, Sie zu bitten, der Frauenorganisation im Lande Tirol die möglichste Unterstützung angedeihen zu lassen. Allerdings bin ich von meiner Hoffnungsfreudigkeit etwas abgekommen, als ich bei dem Bericht über die finanzielle Gebarung gesehen habe, daß die Mittel des Frauenreichskomitees sehr beschränkt sind. Trotzdem habe ich den Mut, mich an Sie zu wenden, weil ja die Referentin selbst gesagt hat, daß das Frauenreichskomitee es als seine Pflicht ansieht, den schwächeren Organisationen Hilfe zu leisten. Und wir brauchen ja mehr noch als Ihre materielle Hilfe, Ihre moralische Hilfe. Wir hier sehen die Genossinnen, die an der Spitze unserer Bewegung kämpfen, immer gewissermaßen als Apostel eines Evangeliums, das auch uns die Erlösung verheißt. Bei uns ist die Agitation um so schwerer, als wir ja nicht genügend Kräfte haben. Deshalb möchte ich Sie ersuchen, reichen Sie uns die Hand, helfen Sie uns, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, damit wir auf dem Wege, den wir gehen wollen, weiterkommen, dorthin, wo auch Sie schon so große Erfolge errungen haben.

Gröger (Klagenfurt): Wir sehen ja ein, daß dem Frauenreichskomitee nur geringe Mittel zur Verfügung stehen, aber anderseits wissen Sie auch, daß die indifferenten Arbeiterinnen viel leichter zum Besuch einer Versammlung zu bewegen sind, wenn sie hören, daß eine fremde Genossin als Referentin erscheinen wird, namentlich eine Genossin aus Wien. Deshalb haben wir zwei Agitationstouren veranstaltet, bei denen die Genossinnen Popp und Koch sprachen. Diesmal brachten wir die Kosten selbst auf. Aber unsere Mittel sind nur gering, und deshalb werden wir wohl an das Frauenreichskomitee herantreten müssen, daß bei der nächsten Versammlungstour es uns wenigstens einen Teil der Kosten bezahlt.

Beutelmeier (Linz): Als ich meine Funktion übernahm, waren wir 60 Kr. schuldig, und ich mußte das Ersuchen stellen, daß man sie uns schenke. Es hat ja auch seine guten Früchte getragen. Hätten wir fortwährend weiter an dieser Schuld laboriert, so hätten wir für die Agitation weniger leisten können. So aber ist es uns gelungen, die Zahl der organisierten Frauen in Oberösterreich von 600 auf 1200 zu bringen. Wir haben in Oberösterreich wichtige Aufgaben zu erfüllen; die Landtagswahlreform und die Gemeindewahlreform ruft uns auf den Plan, wir müssen alle Kraft dafür einsetzen. Selbstverständlich müssen uns die Genossinnen unterstützen, denn das ist nicht unsere Sache allein, sondern eine Reichssache.

Popp: Man könnte die Debatte, die sich da entsponnen hat, mit einem Wort charakterisieren: viel Lärm um nichts. Wir sind immer auf dem Standpunkt gestanden, wo es sich um Neugründung von Organisationen handelt oder um den Neuaufbau zugrundegegangener Organisationen darf man nicht sparen, und die Genossinnen in Steiermark und Oberösterreich müssen uns zugeben, daß wir in reichem Maße unsere Pflicht erfüllt haben. Die Genossin Boschek hat heute vormittags versprochen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" werde dafür aufkommen, daß in Vorarlberg und Salzburg die

Organisation ausgebaut werden könne. Ich bin selbstverständlich immer dafür, daß von der „Arbeiterinnen-Zeitung“, wenn es, wie in diesem Falle, der Administrator für möglich hält, Geld für die Agitation verwendet werden soll. Wir haben auch zur Konstituierung der Frauenorganisation in der Stadt Salzburg das unserige beigetragen und wir warten nicht, bis die Genossinnen aus den einzelnen Ländern an uns herantreten, sondern wenn wir über Geld verfügen, fragen wir uns selbst, wo etwa unsere Nachhilfe notwendig ist. Seien Sie überzeugt, daß wir das auch in Zukunft tun werden. Wir kommen ja zu allen Landeskonferenzen und sehen dort, wo es fehlt.

Anderlitsch (Kärnten): Ich möchte bemerken, daß es doch nicht aus Mutwillen geschieht, wenn die Provinzgenossinnen Wiener Referentinnen verlangen. Eine Referentin aus Wien hat eben eine andere Anziehungskraft als eine aus dem Orte. Als Genossin Popp in St. Veit war, hatten wir dort 12 Mitglieder und heute sind wir bereits auf 122 gekommen. Vielleicht wäre es möglich, eine Agitationstour so zusammenzustellen, daß die Referentin in allen sechs Orten spreche, wo wir Organisationen haben. Das würde uns sehr nützen. Was in unserer Kraft steht, werden wir selbst bestreiten.

Referentin **Proft** (Schlußwort): Nachdem in der Debatte keine Rednerin auf mein Referat selbst eingegangen ist, keine daran etwas auszusetzen hatte, bin ich in der glücklichen Lage, mich kurz fassen zu können. Am Frauenreichskomitee ist es noch niemals gescheitert, wenn ein Ort oder ein Land eine Versammlungstour verlangten, auch dann nicht, wenn die Genossinnen selbst kein Geld hatten. Es kann auch bei uns natürlich vorkommen, daß wir kein Geld haben. (Heiterkeit.) Es fällt uns nicht ein, das Geld aufsparen zu wollen; was wir einnehmen, werden wir auch für die Agitation ausgeben. Es soll am Frauenreichskomitee nicht fehlen, wenn es gilt, irgendwo eine Arbeit zu verrichten, die es möglich macht, unsere Organisation noch größer und stärker zu machen als sie ist. (Lebhafter Beifall.)

Referentin **Boschek** (Schlußwort): Ich kann dasselbe sagen wie die Genossin Proft; an meinem Bericht selbst haben die Genossinnen nicht sehr viel auszusetzen gehabt. Die vorgebrachten kleinen Beschwerden über die Administration werden wir weiter leiten, und uns bemühen, dort, wo es nötig ist, eine Besserung herbeizuführen. Die Genossinnen haben wieder das alte Klagelied über die Referentinnen angestimmt. Aber die Zeiten sind vorbei, wo die Genossinnen in Wien alles bestreiten konnten. Wir sind halt auch schon alt geworden (Heiterkeit) und die Bewegung ist groß geworden. Wir sind alle vollauf beschäftigt, und es ist kaum möglich, daß eine von uns gleich ein paar Tage von Wien wegbleibt. Aber machen wir uns nicht schwächer als wir sind. Wir haben überall tüchtige Genossinnen, und das Anwachsen der Organisation hängt nicht von den auswärtigen Referentinnen ab, sondern von der Tüchtigkeit der Genossinnen am Orte. (Beifall.)

Bericht der Kontrolle.

Genossin **Freundlich**: Wir haben die Belege des Frauenreichskomitees kontrolliert und haben alles in bester Ordnung gefunden. Deshalb beantragen wir, dem Frauenreichskomitee und der Kassierin das Absolutorium zu erteilen. (Angenommen.)

Bericht der Mandatprüfungskommission.

Referentin **Lippa**: Bei dem Frauenreichskomitee sind 60 Delegierte angemeldet worden. Von diesen sind 32 mit ordentlichen Mandaten versehen, 28 sind ohne Mandate erschienen. Von den 60 Delegierten vertreten sieben Gewerkschaftsverbände, sechs Frauenorganisationen sind durch

Genossen vertreten. Der Grund liegt darin, daß diese Organisationen kein Geld hatten, um eigene Delegierte zu entsenden, und deshalb die Genossen, die ohnedies auf dem Parteitag sind, mit ihrer Vertretung betraut haben. Wir beantragen, alle Mandate anzuerkennen, auch die der 28 Delegierten, die ohne schriftliches Mandat gekommen sind; sie sind ordnungsgemäß beim Frauenreichskomitee angemeldet worden, und es war nur eine Nachlässigkeit, daß man sie ohne Mandate hergeschickt hat.

Der Antrag auf Anerkennung aller Mandate wird angenommen.

Es folgt nun der Punkt

Anschluß der Frauen an die politischen Vereine.

Referentin **Popp**: Ich bin eigentlich in einer ganz merkwürdigen Situation mit diesem Referat. Ich habe über etwas zu reden, was momentan gar nicht durchführbar ist. Wie die Situation im Parlament steht, können wir gewiß nicht damit rechnen, daß in den nächsten Wochen oder auch Monaten das Vereinsgesetz reformiert wird. Dennoch ist in unseren Reihen und auch auf einigen Landeskonferenzen über diese Angelegenheit schon gesprochen worden. Würde der § 30 aufgehoben, so würde die Frage entstehen, ob man in der bisherigen Form weiterorganisieren soll. Deshalb ist es auch unter den gegenwärtigen Umständen zweckmäßig, hier prinzipiell über diese Angelegenheit zu sprechen. Wir schlagen der Konferenz vor, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, daß dem nächsten Parteitag über die ganze Sache Bericht erstattet werde, damit dieser darüber beschließe, ob die Frauen auch weiter in selbständigen Organisationen oder in den politischen Vereinen zu organisieren sind. Die Frauenkonferenz ist nicht kompetent, allein darüber zu entscheiden, sondern die Instanz, die darüber mit zu entscheiden hat, ist der Parteitag. Wir sind ja alle der Meinung, daß das Ideal der Organisation ist, daß Mann und Frau zusammen organisiert werden, aber es bestehen unter den Genossinnen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob mit der gemeinsamen Mitgliedschaft auch jede separate Agitations- und Organisationstätigkeit der Frauen aufzuhören hat. Das Frauenreichskomitee schlägt Ihnen in der Resolution vor, daß die Frauen den politischen Vereinen anzuschließen sind, daß aber der weiblichen Mitgliedschaft entsprechend ihrer Stärke eine Vertretung in den Vorständen der politischen Vereine einzuräumen ist. Natürlich werden die Genossen sagen, und sie haben es auch schon gesagt, daß die Genossinnen zwar für die Gleichberechtigung sind, indem sie die gemeinsame Organisation wollen, daß sie aber für sich auch noch ein Ausnahmsrecht festsetzen wollen. Aber das ist nicht richtig. Wenn wir das wollen, so machen wir damit nur eine Konzession an die derzeit bestehenden Verhältnisse. Wir glauben, daß nicht in allen Parteiorganisationen, wenn es nicht im Parteistatut vorgeschrieben ist, die Genossen Frauen in den Vorstand berufen würden, und wir meinen, daß, wenn man auch eine Genossin berufen würde, das unter Umständen zu wenig ist, weil diese eine Genossin vielleicht nicht die Initiative aufbringen würde, um die speziellen Fraueninteressen dort genügend zu vertreten. Wir haben heute schon Parteiorganisationen, wo die Frauen nahezu die Hälfte der Mitglieder betragen, und in sehr vielen Parteiorganisationen stellen die Frauen ein Drittel der Mitgliedschaft dar. Es ist deshalb nicht unberechtigt, zu verlangen, daß diese nicht nur von Genossen, sondern auch von Genossinnen geleitet werden. Gewiß erscheint es auch uns wünschenswert, einen Zustand zu erleben, wo man bei der Wahl des Vorstandes nicht fragt, ob jemand ein Mann oder eine Frau ist, wo die Frau dieselbe Klugheit und Umsicht und Initiative besitzt wie die Genossen, damit sie zu allen Funktionen berufen werden kann. Aber heute lebt ja in einem Teil der Genossen noch der Gedanke, daß das weibliche Parteimitglied eigentlich nicht eine solche Notwendigkeit für die Partei und ihre Entwicklung ist wie der Mann. Vielfach läßt man sich weibliche

Mitglieder gefallen, weil es nun schon einmal so ist, ohne daß man im Grunde seines Herzens von der absoluten Notwendigkeit überzeugt wäre. Wir vermeiden bei dem Verlangen nach einer Vertretung in den Vereinsvorständen das Wörtchen „soll", das zu schwach wäre, wir vermeiden das Wörtchen „muß", das zu schroff wäre, wir sagen, die weibliche Mitgliedschaft „ist" ihrer Stärke entsprechend in den Vorstand zu wählen. Wenn die Genossen einsehen, daß es notwendig ist, daß die Organisation der Frauen weiter solche Fortschritte macht wie bisher, dann darf man das nicht dem zufälligen Vorstand eines Vereines überlassen, sondern es müssen die Genossinnen beauftragt sein, die Agitation unter den Frauen zu leiten. Deshalb wollen wir den Vorschlag machen, daß jede örtliche Organisation, also der Wahlverein eines jeden Ortes aus den weiblichen Mitgliedern ein Komitee bilden soll, das die spezielle Aufgabe hat, die Agitation unter den Frauen zu leiten, und die weiblichen Vorstandsmitglieder haben dann an der Spitze des Komitees zu stehen, damit die Arbeiten der Frauenagitation im Einvernehmen und mit Zustimmung des Gesamtvorstandes vor sich gehe. Was wir wollen, ist also kein Separatismus, sondern gewissermaßen eine Arbeitsteilung. So wie wir unseren Unterrichtsausschuß haben, der die geistige Ausbildung der Parteigenossen zur Aufgabe hat, wie wir die Jugendorganisation haben zur Heranziehung der Jugend, so sollen diese Frauenkomitees bestehen, die die Heranziehung und Aufklärung der Frauen zu besorgen haben; und als weitere Folge, damit diese Arbeit nicht an einem Ort gemacht werde und am anderen nicht, sind wir auch für die Bezirkskomitees der Frauen, die heute schon in einzelnen Ländern mit sehr viel Nutzen für die Partei bestehen, wo die Vertreterinnen eines Ortes oder Bezirkes zusammenkommen, über ihre Arbeiten und Erfolge und Mißerfolge einander Bericht erstatten und über ihre weiteren Arbeiten beraten. Solche Komitees bestehen ja schon in Böhmen, Steiermark, Schlesien, zum Teil auch schon in Mähren, und zwar so, daß Bezirksorganisationen der Frauen nicht als selbständige Körperschaften, sondern im Einvernehmen und unter der Mitbeschlußfassung der Parteiorganisation beraten. Auch die Landesfrauenkomitees haben sich eingelebt, und ich glaube, daß die Landesparteivertretungen sicher dafür sind, daß diese Art der Organisation auch weiter bestehen bleibe.

Wir haben die Genossin Zietz gehört, die uns erzählt hat von den Erfolgen, die man durch die absolut gemeinsame Organisation in Deutschland erzielt hat. Gewiß ist das ein schönes Zukunftsbild. Nur dürfen wir nicht vergessen, daß die Frauenorganisation in Oesterreich jüngeren Datums ist. Bei uns kommt in Betracht, daß die Parteiorganisation überhaupt, auch die der Genossen, noch nicht die Stufe der Entwicklung erreicht hat wie in Deutschland. Wir sind also noch nicht so weit, zu sagen, der Parteivorstand hat Geld genug, ebenso die Wahlkreise und die Landesorganisationen, und so werden die Mittel vorhanden sein, die Frauenorganisationen zu fördern. Bei uns hat die Parteivertretung noch immer einen schweren Kampf zu führen, um die allernötigsten Mittel zu beschaffen. Solange das ist, weiß man, daß, wenn es sich darum handeln wird, Geld entweder für allgemeine Parteizwecke oder für die Frauenorganisation zu bewilligen, sich herausstellen wird, daß das erste wichtiger ist; nicht weil die Genossen die Frauenorganisation nicht wollen, weil man etwas sagen wird, was man ja aus den alten Redensarten kennt: „Zuerst brauchen wir die Männer, dann können wir uns um die Frauen kümmern!" Das wird mit dem Steigen der Leistungsfähigkeit der Organisationen besser werden. Solange aber diese Tatsachen bestehen, wird es nötig sein, den Frauen die Möglichkeit einzuräumen, aus eigener Initiative und aus eigener Kraft die Organisation zu fördern.

Nun wird man fragen, wie es mit der Einkassierung und Verwaltung der Beiträge der weiblichen Mitgliedschaft bestellt sein soll. Das Reichskomitee ist der Ansicht, daß die Beiträge, wenn die Frauen den Wahl-

vereinen angeschlossen werden, nicht separat eingehoben werden sollen. Die Frauen sollen dort zahlen, wo die Genossen zahlen. Die Genossinnen fürchten aber, daß, wenn sie keine eigene Kasse und Verwaltung haben, sie dann das Geld nicht haben werden, das sie brauchen für Dinge, von denen auch die Genossen zugeben, daß die Genossinnen sie besser beurteilen können. Es wird sich aber auch da ein Mittelweg finden lassen. Wir schlagen vor, daß die Beitragsleistung der Frauen den Bezirken überlassen bleiben soll mit der Berücksichtigung der Grundbeiträge, die der Parteitag festsetzt. Dann kommen natürlich die Zuschläge für die Landespartei. Die genaue Bestimmung soll den örtlichen Organisationen überlassen bleiben, die das nach den praktischen Bedürfnissen einrichten. Vielleicht wird es so gemacht werden, daß auch der Wahlverein den Frauen einen bestimmten Teil des Mitgliedsbeitrages überweist, womit die Agitation unter den Frauen bestritten werden kann. So wird es auch heute schon in einzelnen Fällen gemacht, das muß aber den örtlichen Verhältnissen überlassen bleiben. Daß Frauenversammlungen nötig sind, ist kein Zweifel. So wünschenswert es wäre, wenn in jeder Parteiversammlung alle Männer und alle Frauen anwesend wären, werden trotzdem immer auch besondere Veranstaltungen nötig sein. Wir dürfen nicht übersehen, daß die Frauen auf einer niedrigeren Stufe der politischen Erkenntnis stehen als die Genossen; sie haben auch später angefangen, sich mit Politik zu befassen, und viele Frauen haben doch nur deshalb besonderes Interesse für unsere Organisation, weil hier die für die Frauen dringendsten Fragen in den Vordergrund gerückt sind. So werden für lange Zeit eigene Versammlungen, Vortragsabende und Unterrichte nötig sein. Wir haben auch in diesem Punkt große Fortschritte gemacht, aber nicht durch allgemeine Unterrichte und Diskussionsabende, sondern durch spezielle Frauenunterrichtskurse. In Graz hält Genossin Koch in jedem Winter Diskussionsabende ab, und auch in Wien haben wir einige Jahre solche Kurse abgehalten und sie hatten guten Erfolg. Es kamen 12 bis 15 Genossinnen zusammen und mindestens an jedem zweiten Abend kam eine zum Wort. Auf diese Art haben wir eine Anzahl Genossinnen herangebildet, die zum Teil heute schon in die Provinz gehen, zum anderen Teil ihre Bezirke auf das beste leiten. Wir müssen eben den richtigen Ton für die Genossinnen treffen und es muß Rücksicht auf die verschiedenen Stufen der Entwicklung genommen werden. Auf alle die kleinen zeitraubenden Dinge werden nur die Genossinnen die nötige Mühe verwenden. Deshalb brauchen wir die Schulung durch die Frauenorganisationen, und sie läßt sich nicht so restlos durchführen, wenn nicht den Frauen ein eigenes Betätigungsfeld überlassen ist.

Weiter schlagen wir vor, daß auch dann, wenn die Frauen den politischen Organisationen angehören, die „Arbeiterinnen-Zeitung" den weiblichen Mitgliedern obligatorisch gegeben wird. Die Beitragsleistung wollen wir nicht festsetzen, das überlassen wir den einzelnen Organisationen. Aber die „Arbeiterinnen-Zeitung" kann natürlich nicht ausgeschaltet werden. Wenn wir die heutige Zeit mit den 23.000 Abonnenten mit den Neunzigerjahren vergleichen, wo auf den Parteitagen der Antrag gestellt wurde, die „Arbeiterinnen-Zeitung" einzustellen; wenn wir an die „Jugendbeilage" denken, derentwegen die Kinder schon mit Begierde warten, daß die Zeitung kommt — dann müssen wir sagen, ein wesentliches Stück unserer Erfolge ist der „Arbeiterinnen-Zeitung" zuzuschreiben. Darum soll die Konferenz aussprechen, daß für die Frauen die Zeitung obligatorisch bestehen muß. Auch das Frauenreichskomitee und die Landeskomitees sollen bestehen bleiben und ihnen die je 2 H. weiter überwiesen werden. Wir können diese Hilfsmittel heute noch nicht entbehren. Die Resolution, die wir vorschlagen, ist dem Parteitag vorzulegen. Der nächste Parteitag wird zu beschließen haben, ob nach Aufhebung des § 30 die gemeinsame Organisation durchgeführt werden soll. Ich glaube, es wird dazukommen — es ist wenigstens die Absicht der Parteivertretung — daß eine Kommission eingesetzt wird,

die auf Grund unserer Resolution beraten und dem nächsten Parteitag Bericht erstatten soll.

Nun möchte ich Sie auf einige Dinge aufmerksam machen, die in der nächsten Zeit geschehen werden. Das Frauenreichskomitee hat beschlossen, anläßlich des Umstandes, daß die Frauenbewegung und die „Arbeiterinnen-Zeitung" im nächsten Jahre zwanzig Jahre bestehen werden, ein Buch herausgegeben. Es besteht der Plan, es Weihnachten erscheinen zu lassen. Es wird ein ziemlich starkes Buch sein, an dem viele Genossinnen, die schon am Anfange der Bewegung tätig waren, mitarbeiten werden. Es wird ein Stück Parteigeschichte, dargestellt von weiblichen Parteimitgliedern, sein. Ich bitte Sie, sich für die weiteste Verbreitung einzusetzen.

Ich bitte Sie, Ihre Meinung über die Resolution zu äußern, damit die Ansicht der Konferenz klar zutage tritt; denn das Reichskomitee will in der Kommission, die eingesetzt wird, nicht nur seine eigene Anschauung vertreten, sondern auch die der Vertrauenspersonen, die die Arbeit machen. Ich möchte auch, daß Sie uns sagen, welche Mängel Sie an unserer Organisation gefunden haben, und daß Sie vorschlagen, wie etwa bestehende Mängel beseitigt werden sollen. Ich bitte Sie, von der Debatte möglichst reichlichen Gebrauch zu machen, damit wir zu einem fruchtbaren Resultat kommen. (Lebhafter Beifall.)

Johanna **Deutsch** (Wien): Die Frage, die hier zur Diskussion steht, ist: Sollen wir restlos aufgehen in der allgemeinen Parteiorganisation oder sollen wir uns eine gewisse Selbständigkeit wahren? Nach langen Beratungen sind wir im IX. Bezirk dahin gekommen, zu sagen, es soll ein vollständiger Anschluß an die politische Organisation sein, wir sollen in den Listen stehen wie die Männer, aber es ist eine separate Sektion für die Frauen zu bilden. Die Frauen sollen natürlich auch in sämtlichen Instanzen vertreten sein. Der eigentliche Kernpunkt ist nun: gemeinsame oder getrennte Kassenführung? Wir glauben, bevor sich die neue Form der Organisation durchgesetzt hat, ist die s e p a r a t e Kassenführung notwendig. Solange sich die neue Organisation nicht eingelebt hat und wir nicht vollberechtigte Staatsbürger, Wähler, geworden sind, ist die separate Kassenführung notwendig. Das ist auch die Ansicht vieler Genossen. Es ist aber auch aus einem anderen Grunde notwendig. Wir können unmöglich von den gewerkschaftlich organisierten Frauen verlangen, daß sie Parteibeiträge leisten wie die Männer, also mindestens 20 H. monatlich. Auch die einheitliche obligatorische Einführung der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist nicht möglich, weil viele Gewerkschaften ihren weiblichen Mitgliedern die „Arbeiterinnen-Zeitung" geben. Aus allen diesen Erwägungen wird es zweckmäßig sein, eine separate Kasse zu führen. Nach den Ausführungen der Genossin Popp können wir die Resolution annehmen, denn darnach steht es uns frei, uns den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Klapatsch (Brünn): Wir haben uns in der letzten Plenarversammlung der Brünner Frauenorganisation für den Anschluß an die politische Organisation ausgesprochen. Wir gehören ihr heute schon als Förderer an und wir werden ihr später als Mitglieder beitreten können. Wir zahlen jetzt 3 H. Parteisteuer und wollen auch weiterhin nicht mehr bezahlen. Nicht weil wir etwa glauben, daß der Kassier mit unserem Geld durchgeht — er würde nicht weit damit kommen — wir haben auch keine Angst, daß die Genossen das Geld verschwenden würden, aber strege Rechnung macht gute Freunde. Wir bringen die Mittel für unsere politischen Aktionen durch Sammlungen und Festlichkeiten auf und diese Mittel wollen wir auch weiter haben und selbst verwalten. Es müssen Landeskomitees und Ausschüsse der Frauen auch weiter bestehen, weil für die politischen Rechte der Frauen am besten Frauen kämpfen können. Von den Genossen wären diese Mittel nicht leicht zu bekommen. Mit Deutschland können wir uns nicht vergleichen, denn dort besteht ein größeres Verständnis für die politische Gleichberechtigung.

Genosse **Lindner** (Graz): Es hat uns große Freude gemacht, zu hören, daß die Frauenorganisation so große Fortschritte gemacht hat. Ich muß das auf die Selbständigkeit der Frauenorganisationen zurückführen. Wir haben es in Steiermark versucht, bevor noch die gegenwärtige Form der Organisation bestand, die Frauen in unsere Organisation zu bekommen. Trotz großer Mühe war es nicht möglich. Erst als die selbständige Form geschaffen wurde, wurde es besser. Ich habe geglaubt, das Frauenreichskomitee werde heute mit bestimmten Vorschlägen kommen. Das ist leider nicht geschehen, sondern es wurden nur im allgemeinen Wünsche ausgedrückt. Man soll aber klipp und klar sagen, entweder bleibt es wie es heute ist oder die Organisation wird eine gemeinsame. Ein Zwischending kann ich mir nicht vorstellen. Auch die Verschiedenartigkeit der Beiträge wird Verwirrung herbeiführen. Ich habe die Ueberzeugung, daß bei uns der Fortschritt darauf zurückzuführen ist, daß wir in Steiermark den einheitlichen Beitrag haben; ich bin dafür, daß der jetzige Zustand aufrecht bleibt, weil wir damit am besten gefahren sind.

Schlesinger: Ich glaube wohl, daß es drei verschiedene Standpunkte in dieser Frage geben kann. Aber ich glaube nicht, daß man auf allen drei Standpunkten auf einmal stehen kann. (Heiterkeit.) Man kann die bisherigen Organisationen beibehalten, auch wenn der § 30 fällt. Es wäre allerdings angesichts der Anstrengungen, die wir machten, um ihn zu beseitigen, etwas komisch, und wir würden Gefahr laufen, daß man uns auslacht. Ich glaube auch nicht, daß sich für eigene politische Frauenvereine viele Stimmen finden würden. Dann bleibt als dritte Eventualität nur der Anschluß an die politischen Vereine übrig. Das muß aber ein wirklicher Anschluß sein. Wenn wir aber unsere eigenen Ausschüsse, unsere eigenen Geldmittel und unsere eigene Verwaltung behalten, so ist es bloß ein leerer Name, wenn wir von einer gemeinsamen Organisation sprechen. Ich halte die spezielle Agitation unter den Frauen vorläufig noch für notwendig, also auch das Bestehen von Frauenagitationskomitees. Trotzdem bin ich überzeugt, daß unsere Agitation durch eine möglichst enge Gemeinsamkeit mit den Männern nur gewinnen kann. Nun sind ja so ziemlich alle der Anschauung, daß wir uns den politischen Vereinen anzuschließen haben. Der strittige Punkt ist nur die g e s o n d e r t e K a s s e n g e b a r u n g. Ich glaube, die Befürchtungen sind übertrieben, daß wir schlecht dabei fahren würden, wenn wir eine gemeinsame Kasse mit den Genossen haben. Wenn wir einmal in derselben Organisation sind, so werden die Genossen die Agitation unter den Frauen nicht als eine fremde Sache ansehen, für die man ungern Geld bewilligt, sondern als ihre e i g e n e Sache. Dadurch, daß die Frauen heute ganz selbständig sind, daß sie in den Körperschaften, denen sie angehören, nicht als gewählte Mitglieder, sondern als Vertreterinnen der Frauen sind, haben die Genossen vielfach doch das Gefühl, daß sie den Frauen eine Menge Rechte und Vorrechte eingeräumt haben, und daß sie sich nun ihre Sache selbst ausmachen sollen. Dieses Gefühl sollen die Genossen nicht haben, sondern das Gefühl, daß die ganze Organisation auch ihre Sache ist, und ebenso sollen die Frauen über den Separatismus hinauskommen, der doch in vielen von ihnen schlummert, daß sie sich gegen die Männer schützen wollen, damit sie uns von unseren Rechten nichts wegnehmen. Wenn wir tüchtige Mitarbeiterinnen sein werden, wird es den Genossen auch um unsere Mitgliedschaft zu tun sein, und vielleicht wird, wenn wir einmal zusammenarbeiten, in den Genossen auch das Interesse wach werden, in den Frauen Wähler zu bekommen.

Jokl (Troppau): Wir sind selbstverständlich dafür, daß sobald wie möglich die Mauer des § 30 falle, damit wir gemeinsam mit den Genossen arbeiten können, und wir gründen ja auch vielfach jetzt schon in Schlesien Sektionen, wo es uns nicht möglich ist, selbständige Frauenorganisationen zu gründen, da es uns an Funktionären fehlt. Funktionäre müssen erzogen werden und man kann sie nur erziehen, wenn man sie an den gemeinsamen

Sitzungen teilnehmen läßt. Wir sind also für die gemeinsame Organisation. Für die gemeinsame Kasse sind wir aber absolut nicht. In den Sektionen, von denen ich gesprochen habe, haben wir die gemeinsame Kasse durchgeführt, aber als wir die Landeskonferenz hatten, da waren die Sektionen nicht vertreten, weil die Lokalkassiere sich dagegen gewendet haben. Genau so war es bei der Delegierung zur Frauenreichskonferenz, wo wieder die Sektionen trotz des Beschlusses des Landeskomitees den Beitrag für die zweite Genossin, die außer der Landesvertrauensperson geschickt werden sollte, nicht zahlten. Vielleicht ist es in Wien anders, aber in der Provinz wissen wir, daß wir auf die Unterstützung da nicht rechnen können. Solange wir kein Frauenwahlrecht haben, können wir nicht für die gemeinsame Kasse sein. Denn dann würde man uns zwingen, die Wahlschulden aus der gemeinsamen Kasse zu bezahlen. Wir veranstalten in unseren Frauensektionen Lichtbildervorträge, Weihnachtsbescherungen u. s. w. Wenn wir an die Genossen herantreten werden, sie sollen uns Geld für eine Weihnachtsbescherung geben, werden sie uns die Antwort geben: das Geld des Wahlvereines ist doch nicht dazu da, um Weihnachtsbescherungen zu veranstalten.

Neumann (Aussig): Als unsere Genossinnen in Böhmen in der „Arbeiterinnen-Zeitung" den Artikel der Genossin Proft lasen, waren sie alle mit Ausnahme des Reichenberger Kreises damit nicht einverstanden, daß wir uns einfach der politischen Organisation anschließen sollen. Ich glaube schon, daß wir mit der jetzigen Organisationsform ganz zufrieden sein können, mit der wir schöne Erfolge erzielt haben. Wir sind stolz darauf, daß wir in Böhmen eine so schöne Organisation haben, und zwar mit Hilfe der Parteigenossen. Wir arbeiten ja gemeinsam und die meisten Organisationen, die wir geschaffen haben, haben wir zum Teil den Parteigenossen mitzuverdanken. Ich war freudig überrascht, als mir die Resolution zugeschickt wurde, die ganz anders lautet, als der Artikel der Genossin Proft. Ich bin auch beruhigt, nachdem ich das Referat gehört habe. Ich meine, man soll nicht fortwährend die Organisation ändern. Kaum haben sich die Genossinnen in die jetzige Form eingearbeitet, will man schon wieder die Organisation ändern. Bleiben wir bei der jetzigen Organisationsform.

Sponer (Reichenberg): Als ich den Artikel der Genossin Proft las, war ich sehr erfreut. Ich sagte mir: endlich sind die Genossinnen so weit gekommen, einzusehen, daß gemeinschaftliche Organisationen eine Notwendigkeit sind. Wir im Reichenberger Kreis haben ja die gemeinschaftliche Organisation von allem Anfang an durchgeführt. Wir haben überall dafür Vorwürfe einstecken müssen, daß wir Reichenberger etwas Separates haben müssen und uns nicht an die Beschlüsse der Konferenz halten. Aber ich muß Ihnen sagen, daß wir sehr gut dabei gefahren sind. Was an Bedenken gegen die gemeinsame Organisation und gegen die gemeinsame Kasse gesagt wurde, ist unbegründet. Die Schuld liegt meist nur an den Vertrauenspersonen selbst. Wir haben in allen Vertretungskörpern im Kreise eine Vertreterin, in der Bezirkskonferenz drei Vertreterinnen. Wir haben in den Lokalausschüssen gewöhnlich zwei Genossinnen. Wir arbeiten mit den Genossen gemeinschaftlich, aber für die Versammlungstätigkeit sind Sektionen gebildet worden, weil es nicht möglich ist, daß Mann und Frau in dieselbe Versammlung gehen, aber in den Sektionen müssen wir einander berichten, was in den Versammlungen geschehen ist, damit wir immer mit den Genossen im Einklang bleiben. Wenn die Genossinnen befürchten, daß die Genossen sie nicht respektieren werden, so ist das nicht wahr. Wenn die Genossen sehen, daß wir unsere Pflicht erfüllen, so müssen sie uns respektieren. Sie können, solange Sie wollen, die Organisation der Frauen selbständig halten; einmal kommen wir zur gemeinschaftlichen Organisation, früher oder später, ob wir wollen oder nicht. Ich kann Ihnen sogar verraten, daß wir bei uns Orte haben, wo wir gar nicht imstande sind, es durchzusetzen, daß die Frauen separate Versammlungen abhalten, und ich kann Ihnen sagen, daß diese gemeinsamen Versammlungen oft stärker von den Frauen

als von den Männern besucht werden. Viele Genossinnen haben befürchtet, daß bei der gemeinschaftlichen Kasse die Beiträge der Frauen erhöht werden müssen. Das wird nicht notwendig sein. Auch wir haben nicht dieselben Beiträge. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß es noch nicht ein einzigesmal vorgekommen ist, daß die Genossen, wenn wir erklärt haben, für irgendeinen Zweck Geld zu brauchen, es uns verweigert haben. Wenn eine Genossin gesagt hat, daß bei Wahlen die Genossen das ganze Geld für sich verwenden würden, so antworte ich darauf: ja, darauf sind wir stolz, daß wir den Genossen bei den Wahlen geholfen haben, daß unser Geld mit dabei war, als sie den Wahlkampf führten. (Lebhafter Beifall.) Ueberlegen Sie sich doch die Sache ganz genau. Dann werden Sie zu ganz anderen Ansichten kommen, als Sie heute haben. Wenn der § 30 fällt, wird uns nichts anderes übrig bleiben, als gemeinschaftliche Organisationen zu bilden. Nun einige Worte noch über den Frauentag. Die Genossin Popp hat gemeint, daß es vielleicht besser wäre, wenn wir in jedem kleinen Ort eine Versammlung abhalten. Aber da kommen 20 bis 40 Leute zu der Versammlung. Wenn wir aber in jedem Bezirk eine große Versammlung abhalten, wenn auch schon die Genossinnen vielleicht einmal den weiten Weg in die Stadt machen müssen, so sieht diese Versammlung ganz anders aus. Wenn wir für unser politisches Recht kämpfen wollen, müssen wir doch so kämpfen, daß es nach außen hin imponierend wirkt. (Lebhafter Beifall.)

Beutelmeier (Linz): Ich bin ebenfalls von meinen Genossinnen beauftragt, mich dahin auszusprechen, daß kein Grund vorliegt, die Form der Organisation gegenwärtig zu ändern. Die Berichte haben es ja bewiesen, daß sich diese Form glänzend bewährt hat und gerade in den Ländern, wo von einer nennenswerten Frauenorganisation früher keine Rede war, ist der Aufschwung unter dieser Form der Organisation am größten. Das war ja nur deshalb möglich, weil jetzt die Frau zur Frau spricht. Deshalb glauben wir, daß es vielleicht sogar von Schaden wäre, würde man gerade jetzt, wo sich alles so eingelebt hat, von dieser Form abgehen. Ich sage aber ausdrücklich nur dermalen. Ich bin fest überzeugt, daß in einem oder längstens in zwei Jahren, wenn der § 30 gefallen ist, daran wird gegangen werden müssen, die Form der Organisatin zu ändern. Eigentlich ist es mir erst heute zum Bewußtsein gekommen, daß wir eine zweite Gattung von Mitgliedern in der Partei sein sollen. In Oberösterreich ist mir das noch nie eingefallen, weil wir dort in jeder Weise die volle Gleichberechtigung haben. Wir sind in der Landesparteivertretung vertreten, in den Bezirksausschüssen, in den Lokalausschüssen, ja in den Vorständen der Krankenkassen u. s. w. und tatsächlich legt man immer einen gewissen Wert auf die Meinung der Parteigenossinnen. Alle großen Aktionen politischer wie wirtschaftlicher Natur werden immer gemeinsam gemacht. Der Unterschied ist nur der, daß der Mann in den Reihen der Männer, die Frau in den Reihen der Frauen agitiert. Aber so ganz gemeinsam, wie das die Genossin Schlesinger wünscht, kann es nicht sein. Denn die Genossen haben ja oft Arbeiten, zum Beispiel bei der Wahl, wo sie ihre eigene Organisation vernachlässigen. Wie würde es da erst unserer Organisation gehen? Unser Parteisekretär hat ausdrücklich anerkannt, daß wir Frauen in der Zeit der Wahlen, obwohl wir aktiv eingegriffen haben, unsere eigene Organisation doch nicht vernachlässigten. Deshalb wiederhole ich, daß ich es nicht billigen würde, wenn man jetzt die Form ändern würde. Die gemeinschaftliche Kasse wäre ja dort ganz gut, wo wir eine starke Frauenorganisation haben, aber dort, wo wir vielleicht nur 20 oder 30 Frauen organisiert haben, hätte keiner etwas davon. Beim Frauentag, der gewiß eine glückliche Aktion war, hat es sich erwiesen, daß in großen Aktionen gemeinsam vorgegangen werden soll. Denn wenn wir da nicht die Hilfe unserer Parteigenossen gehabt hätten, so hätten wir den Frauentag, der uns doch so großen Erfolg gebracht hat, überhaupt nicht machen können. Ich bin überzeugt, daß der Frauentag das nächstemal eine andere Form annehmen kann, aber man soll das nicht besonders beschließen.

weil an dem einen Ort die Form der Demonstration besser ist, an dem anderen Ort die Form der Versammlung. (Beifall.)

Vorsitzende **Seidel**: Ich gestatte mir, den Genossen Müller hier zu begrüßen, den Parteisekretär der Sozialdemokratie in Deutschland. Sein Erscheinen liefert uns wiederum den Beweis, daß die Parteigenossen in Deutschland unsere Entwicklung mit großem Interesse verfolgen, und ich glaube im Namen der ganzen Konferenz zu handeln, wenn ich dem Genossen Müller für sein Erscheinen danke. (Beifall.)

Josefine **Deutsch** (Wien): Ich glaube, daß, wenn auch der § 30 fällt, sich eigentlich nicht viel in unserer Organisation ändern wird. Es hat sich ja herausgestellt, daß die meisten Genossinnen gegen die Gemeinsamkeit der Kassen sind, und auch ich meine, es kommt nichts Gutes dabei heraus, wenn wir die Beiträge abliefern und dann, wenn wir Geld brauchen, um jeden Heller betteln müssen. Wir wissen ja, daß die Genossen auch keinen Ueberfluß haben, und deshalb wird es wohl am besten sein, wenn wir selbst mit unserem Geld wirtschaften, wie bisher. Wenn wir gemeinschaftliche Organisationen haben und auch eine gemeinschaftliche Kasse, so wird meiner Meinung nach der erste Konflikt sicher ein Konflikt wegen des Geldes sein. Wir wollen aber Konflikte vermeiden und wollen die gemeinsame Organisation doch nur deshalb, um einander zu unterstützen. Wir haben ja schon heute, wenn wir es genau betrachten, Frauensektionen in unseren Vereinen, haben Vertretungen in den Bezirksausschüssen, in den Lokalorganisationen, und ich glaube, es ist ein Streit um des Kaisers Bart, wenn wir uns über diese Frage aufregen. Wir sind jedenfalls dafür, daß der § 30 fällt. Denn wir werden dann nicht mehr das Damoklesschwert der behördlichen Schikane über unseren Häuptern haben, werden nicht immer befürchten müssen, daß unsere Vereine aufgelöst werden. Ich glaube auch, daß unsere Frauensektionen bei den Genossen mehr Anklang finden werden, weil wir dann ein Stück der Organisation der Genossen sein werden. Ich muß mich nun gegen eine Aeußerung der Genossin Jokl wenden, die sich darüber beschwert hat, daß wir unser Geld zu Wahlen hergeben sollen. Ich glaube, daß wir alle stolz darauf sind, daß jede Organisation, und wenn sie nur ein paar Kronen in der Kasse hatte, diese paar Kronen für die Wahlen gern hergegeben hat. Ich möchte das ausdrücklich feststellen, damit nicht der Schein entstehe, als ob wir nicht mit Begeisterung unser Geld für die Wahlen hergegeben hätten. (Lebhafter Beifall.)

Genosse **Cermak** (Teplitz): Ich habe die Diskussion in der „Arbeiterinnen-Zeitung" sehr aufmerksam verfolgt, ebenso wie die heutige Debatte, aber nach meiner Ueberzeugung ist eigentlich jene Seite der Frage zu wenig besprochen worden, die mir von großer Wichtigkeit zu sein scheint, nämlich die agitatorische Bedeutung dieser Reorganisation, die Frage: Wie wirkt die zu schaffende Organisationsform auf die werbende Kraft unter den arbeitenden Frauen? Ich fürchte, daß eine automatische, eine ganz gleichförmige Uebertragung der Organisations- und Agitationsmethode der Männer den Frauen wenig Nutzen bringen wird. Bedenken Sie, daß die Frauen in der Wirtschaft, im Staate, in der Gesellschaft, in der Politik eine besondere Stellung einnehmen und daß sie infolgedessen unter ganz außerordentlichen Schwierigkeiten für die Organisation zu gewinnen sind, daß infolgedessen auch die Art der Gewinnung und Erhaltung ganz besondere Voraussetzungen hat. Daraus ergibt sich, daß die Frauenorganisation besondere Aufgaben zu erfüllen hat, zu denen sie auch besondere Organisationseinrichtungen braucht. Ich glaube, die Frage ist noch sehr zu erörtern, ob wir mit der heutigen Form der Organisation besser fahren oder ob wir durch eine gemeinsame Organisation rascher vorwärts kommen. Diese Frage scheint mir zu wenig geklärt, und es wird schon notwendig sein, daß wir uns in der nächsten Zeit noch recht sehr damit beschäftigen. Nun haben einige Genossinnen gesagt, die Resolution befriedige sie nicht. Die befriedigt niemand. Ich mache aber dem Frauenreichskomitee keinen

Vorwurf daraus. Denn die Resolution drückt nur die Unklarheit aus, die natürlich in der Frage herrscht und deshalb können die Genossinnen, die für die gemeinschaftliche Organisation sind, die Resolution ebenso unterschreiben, wie die, die dagegen sind. Es wäre aber geradezu ein Fehler, wenn Sie die wichtige Frage der Gemeinsamkeit der Beitragsleistung und der Führung der Organisation bis ins Detail den Unterinstanzen überlassen würden. Wenn wir zu einer ordentlichen Organisation kommen wollen, müssen wir einen einheitlichen Typus der Organisation schaffen, und das können wir nur, wenn wir für alle Orte dieselben Organisationseinrichtungen schaffen. Sie würden Ihrer Organisation nichts nützen, wenn Sie ein kunterbuntes Durcheinander von Organisationseinrichtungen in Oesterreich hätten. Die Frage ist nun nur die: Wie sollen in der nächsten Zeit die Einrichtungen beschaffen sein, daß wir ohne Schaden für die Organisierung der Frauen zu dem Ideal der gemeinsamen Organisation gelangen? Da glaube ich, daß es notwendig sein wird, unter gewissen Uebergängen Einrichtungen zu schaffen, die nicht mechanisch denen der Männer gleich sind. Ich verweise nur darauf, daß beispielsweise die prozentuale Vertretung der Frauen in den Bezirksausschüssen für die organisierten Frauen nicht ohne Gefahr ist. Ich bin ja dafür, daß es gemacht wird, nur läßt es sich nicht genau so machen, wie Sie es sich da vorstellen. Wir müssen natürlich von den Frauen, die gemeinsame Funktionsorgane sind, doch verlangen, daß sie für die gemeinsame Organisation arbeiten, und daneben werden diese Frauen auch ihre besonderen Agitations- und Organisationsaufgaben haben, wodurch ihnen also eine doppelte Belastung erwachsen wird. Sie müssen erwägen, ob Sie genug Frauen in den Organisationen haben, die diese doppelte Arbeit auf sich nehmen können und dann auch, ob dadurch nicht auch die Organisation der Männer Schaden nimmt, weil wir vielleicht mehr Männer zur Arbeit hätten, sie aber nicht dazu verwenden können, weil wir an den Schlüssel gebunden sind. Ich lege auf diese Detailbestimmungen nicht viel Gewicht, erkläre aber noch einmal: Ich bin überzeugt, wir kommen zur gemeinsamen Organisation, würde Sie aber warnen, die Organisation der Frauen mechanisch nach dem Muster der Organisation der Männer einzurichten. Geben Sie sich keiner Täuschung hin, Ihre heutigen Beschlüsse bedeuten nicht viel mehr, als die Festlegung eines Zieles, zu dem wir kommen müssen. (Beifall.)

Zietz: Ich habe mich nicht etwa zum Worte gemeldet, um in Ihre Frage hineinzureden, sondern deshalb, weil ich von einigen Genossinnen ersucht wurde, Ihnen die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit der gemeinsamen Organisation gemacht haben, mitzuteilen. Da muß ich zunächst erklären, daß, wenn wir heute in Deutschland von neuem vor die Frage gestellt würden, ob Aufrechterhaltung der besonderen Frauenorganisation oder gemeinsame Organisation, daß wir fast ohne Ausnahme uns alle für die gemeinsame Organisation erklären würden. Wir haben nicht nur für die Männerbewegung, sondern ganz besonders für die Gewinnung der proletarischen Frauen großen Nutzen aus der gemeinsamen Organisation gezogen. Ich bin ganz mit dem Genossen Cermak einverstanden, daß wir nicht rein schematisch alles, was bisher zur Agitation unter den Männern geschehen ist, auf die Frauen zu übertragen haben. Aber ich bin dafür, daß die Grundlage der gemeinsamen Organisation die gemeinsame Kasse sein muß, die Führung gemeinsamer Mitgliederlisten, gemeinsamer Mitgliederversammlungen. Was aber die Gewinnung der Frauen betrifft, da bin ich allerdings der Meinung, daß es das richtigste ist, wenn wir besondere Veranstaltungen zur Gewinnung der Frauen treffen. Das ist nicht eine Durchbrechung des Gemeinsamkeitsgedankens, sondern das ist die Anwendung der zweckmäßigsten Methoden für die Gewinnung der Frauen. Es ist richtig, daß eine ganze Reihe von Fragen politischer Natur nicht ohneweiters das Interesse der bisher indifferenten

Frau wachzurufen vermag. Da müssen wir eben klug auswählen, um jene Fragen herauszuholen, die das ganz besondere Interesse der Frau, sei es in ihrer Eigenschaft als Hausfrau, als Mutter, als Arbeiterin oder als Staatsbürgerin, zu wecken geeignet sind. Tun wir das und veranstalten wir besondere Frauenversammlungen mit solchen besonderen Themen zur Gewinnung der Frauen, für die gemeinsame Organisation, dann leidet die Agitation unter den Frauen absolut nicht durch die gemeinsame Organisation, sondern im Gegenteil, wenn das Gesamtansehen und die Gesamtautorität der großen sozialdemokratischen Partei hinter diesen Veranstaltungen steht, so können Sie sicher sein, daß die Werbekraft unter den indifferenten Frauen dadurch nicht abnimmt, sondern zunimmt. Dagegen wird keine Organisation etwas haben, daß, wenn der Zusammenschluß erfolgt ist, auch eine solche besondere Agitation unter den Frauen entfaltet wird. Denn das liegt nicht nur im Interesse der Frauen, sondern im Interesse der gesamten Bewegung, und da möchte ich auch gegen die Einwände polemisieren, die mit Rücksicht auf die Mittel, die für die besondere Agitation notwendig sein sollen, gemacht wurden. Gewiß wird es solche Organisationen geben, die das Geld für die Agitation der Frauen nicht werden hergeben wollen, und gewiß hat es solche Organisationen auch bei uns gegeben und gibt es noch immer. Aber ich kann Ihnen versichern, wenn ein Bezirk die Agitation unter den Frauen vernachlässigt, so kann das nur eine kurze Spanne Zeit dauern. Wenn die Bezirke um ihn herum überall die Agitation unter den Frauen entfalten, und wenn sie die Erfolge dieser Agitation auch nach jeder Richtung sehen, dann kommen auch jene Bezirke, wo die rückständigen Genossen sind, nach und nach aus eigenem Antrieb dazu, die besondere Agitation unter den Frauen zu fördern. Gewiß sind die neugewonnenen weiblichen Mitglieder noch nicht überzeugte Sozialdemokraten. Da bin ich der Meinung, daß da eine besondere Schulung der Genossinnen Platz greifen muß, nicht nur aus dem Grunde, der schon angeführt wurde, daß Mann und Frau nicht zusammen in die Versammlung gehen können, sondern auch noch aus dem Grunde, daß auch der indifferente Mann, der erst für die Organisation gewonnen wurde, doch in der politischen Erkenntnis in der Regel höher steht als die Frau, die eben gewonnen wurde. Man kann also mit der Schulung der Arbeiterfrau nicht dort einsetzen, wo man beim Mann einsetzen könnte. Man muß ihrem Auffassungsvermögen und dem Grad ihres politischen Wissens Rechnung tragen. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, glaube ich, daß wir nichts Besseres tun können, als die gemeinsame Organisation zu wollen, und je mehr Mitglieder wir dann gewinnen, um so leichter werden wir es auch durchsetzen können, daß besondere Veranstaltungen zur Schulung und zur Gewinnung der Genossinnen getroffen werden. Wenn wir die Genossinnen vor Aufgaben stellen, so werden sie diesen Aufgaben sich bald gewachsen zeigen, und wir müssen sie vor Aufgaben stellen, und dafür werden auch die Genossen Sorge tragen, denn auch bei ihnen ist doch die Zahl der Tüchtigen nicht so groß, daß sie leichten Herzens auf die Mitarbeit der Frauen verzichten könnten. Die Mitarbeit der Frauen wird von allen Seiten freudig begrüßt, und durch die Mitarbeit werden die Frauen ihre Kräfte entwickeln können. Auch bei uns hat eine Reihe von Bezirksleitungen zunächst der Gewinnung von Frauen wenig Interesse entgegengebracht, weil die Frauen ja kein Wahlrecht haben und weil diese Agitation sich bei den Wahlen nicht ziffermäßig nachweisen läßt. Wie aber bei den Nachwahlen die Frauen tüchtig Hand anlegten und nicht wenig zu den Siegen beitrugen, haben sich auch diese Genossen bekehrt. Ich bin überzeugt, so wird es auch hier gehen. Die Genossin Sponer hat ganz recht gesagt, daß es so kommen muß, weil wir Klassenkämpferinnen sind und nicht Frauenrechtlerinnen und deshalb nur die gemeinsame Organisation als das Ziel betrachten können. Auf Grund unserer Erfahrungen kann ich Ihnen sagen: Je eher Sie darangehen, die gemeinsame Organisation durchzuführen, um

so eher werden Sie auch innerhalb der gemeinsamen Organisation sich die nötige Ellenbogenfreiheit schaffen, zum Nutzen unserer ganzen Organisation. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende **Seidel**: Als Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie ist Genosse Kunfi erschienen, der uns die Grüße der ungarischen Genossinnen überbringt und den ich hiermit im Namen der Konferenz herzlich begrüße. (Beifall.)

Genosse **Rösch** (Stockerau): Es ist einigermaßen schwer, nach den so glänzenden Ausführungen der Genossin Zietz zu sprechen, um so mehr, als ich leider einigermaßen andere Anschauungen zum Ausdruck bringen muß. Ich spreche hier als Vertreter einer der größten, wenn nicht der größter Frauenorganisation Niederösterreichs; ich halte mich verpflichtet, auf einige Punkte aufmerksam zu machen, die wohl erwogen werden müssen. Gegen die gemeinsame Form der Organisation wird niemand etwas einzuwenden haben. Würden wir dagegen Stellung nehmen, so würden wir mit dem Beschluß des Reichenberger Parteitages in Konflikt geraten. Etwas anderes ist aber die Gemeinsamkeit der Kassengebarung, und hier ist der eigentliche Pferdefuß der ganzen Sache. Ist es opportun, diese Frage heute zur Austragung zu bringen, darüber einen bindenden Beschluß zu fassen? Wenn die Genossin Zietz auseinandergesetzt hat, daß man in Deutschland unbedingt auf dem Standpunkt der gemeinsamen Führung der Kasse stehe, so muß ich dem gegenüberhalten, daß wir leider in unserer gesamten Organisation noch lange nicht so weit sind, wie die Arbeiterschaft in Deutschland. Wir müssen den Maßstab unserer Verhältnisse anlegen und alles, was wir beschließen, nach ihnen beurteilen. Eine der ersten Bedingungen zur gemeinsamen Führung der Kasse ist selbstverständlich auch die gemeinsame Beitragsleistung. Ich wäre ja dafür, daß man von den Frauen noch geringere Beiträge verlangt als heute, aber leider müssen wir damit rechnen, daß wir noch eine sehr große Anzahl politisch zurückgebliebener Arbeiter haben, die sofort sich auf den Standpunkt stellen würden, daß es nicht angehe, gleiche Rechte bei ungleichen Pflichten einzuführen. Ein zweiter Punkt ist der, daß ich befürchte — ich bitte, mir das nicht vielleicht so auszulegen, als ob ich die Frauen und ihre Mitarbeit nicht genug hoch einschätze — aber ich befürchte sehr, daß in dem Moment, wo die Frauen vollständig in der gemeinsamen Organisation aufgehen, die Arbeitsfreudigkeit der Frauen Schaden leiden könnte. Man würde sich vielfach auf die Arbeit der männlichen Genossen verlassen, würde den Herrgott einen guten Mann sein lassen. Wenn das in Deutschland nicht der Fall ist, so sind eben die deutschen Genossen uns weit voraus. Wenn wir eine solche Macht repräsentieren würden, wie unsere deutschen Genossen, könnten wir leichten Herzens das Experiment wagen. Aber weil das nicht der Fall ist, so bin ich gegen die gemeinsame Kassengebarung. (Beifall.)

Pölzer beantragt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit die Herabsetzung der Redezeit auf fünf Minuten.

Lippa beantragt Schluß der Rednerliste.

Der Antrag Pölzer wird abgelehnt, der Antrag Lippa angenommen.

Abgeordneter **Volkert**: Wir haben bereits eine große Zahl von Rednerinnen gehört, und wir kennen nun die wichtigsten Argumente, die gegen die gemeinsame Organisation vorgebracht werden. Es sind eigentlich nur zwei Argumente. Es gibt Genossinnen, die auf dem Standpunkt stehen, daß überhaupt nichts geändert werden soll, während die überwiegende Mehrzahl der Genossinnen, die gegen die Sache gesprochen haben, die Befürchtung haben, daß, wenn in einem Moment irgendwelche Aktionen von den Frauen geplant werden, nicht die nötigen Geldmittel zur Verfügung stehen werden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir unsere Organisationsform immer dann ändern müssen, wenn es notwendig ist.

Ich weiß noch sehr genau, in welcher Art man vor dem Reichenberger Parteitag und in Reichenberg über eine Aenderung unserer Organisation gesprochen hat. Wie hat man uns damals in den schwärzesten Farben ausgemalt, daß unsere Organisation zurückgehen werde! Und was haben wir gesehen? Daß wir damit glänzende Erfolge erzielt haben und daß alle Genossen, die damals gegenteiliger Meinung waren, heute zugeben, daß der Reichenberger Beschluß etwas ganz Ausgezeichnetes war. Ebenso meine ich, daß wenn wir zu dieser gemeinsamen Organisation kommen, in absehbar kurzer Zeit jene alten Klagen verstummen werden, daß unsere Genossen der Frauenorganisation nicht das richtige Verständnis entgegenbringen.

Wir haben gehört, daß 18.000 Frauen politisch organisiert sind. Ich weiß nicht, ob da auch jene Frauen mitgerechnet sind, die noch heute in den sogenannten Männerorganisationen sind. Aber ich kann Ihnen mitteilen, daß wir zum Beispiel in meinem Bezirk in der Männerorganisation mehr Frauen haben als in der politischen Frauenorganisation. Was die Agitation betrifft, so ist es außer allem Zweifel, daß die Agitation unter den Frauen am besten von den Frauen selbst geführt werden kann. Aber damit soll nicht gesagt sein, daß die Agitation, die durch Männer geleistet werden soll, unterbleiben kann. An die Ausführungen Rösch' anschließend, möchte ich über das Kassenwesen sprechen. Wenn wir den Deutschen etwas nachmachen — und es war das schon recht viel — so haben wir das immer mit gutem Erfolg nachgemacht. Nun sagen die Genossen und, wie Sie heute sehen, auch die Genossinnen, in Deutschland seien andere Verhältnisse. Ich kenne die Verhältnisse draußen auch ein bißchen, weil ich doch von draußen bin, aber die österreichischen Genossinnen sind auch nicht schlechter als die deutschen. Sie mögen uns in vielem voraus sein, aber in den Kassenverhältnissen würden unsere sich auch nicht in schlechterem Lichte zeigen. Ich glaube, daß Sie restlos, voll und ganz in der gemeinsamen Organisation aufgehen sollen, weil es nur ein gemeinsames Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen geben kann. (Beifall.)

Abgeordneter **Winarsky**: Die bisherige Debatte hat zwar viele interessante Momente zutage gefördert, und insbesondere die Rede der Genossin Zietz hat viel beigetragen, die Vorurteile, die gegen die gemeinsame Organisation vorhanden sind, zu zerstreuen; aber mir kommt vor, daß eine vollständige Klärung noch nicht erzielt ist. Es scheint mir, daß der starke Widerspruch der Genossinnen aus vielen Industriegebieten doch zeigt, daß draußen die Mehrzahl der Mitglieder nicht meint, daß es möglich sei, ohneweiters eine Verschmelzung durchzuführen. Ob mit Recht oder Unrecht, will ich nicht entscheiden, aber ich glaube, daß eine so wichtige Frage nur dann endgültig zur Entscheidung kommen kann, wenn eine überwiegende Mehrheit sich für eine Organisationsform ausgesprochen hat. Ich glaube, es ist gar nicht notwendig, heute einen endgültigen Beschluß, der Sie bindet, zu fassen. Der Parteivertretung ist es, wie Sie wissen, niemals eingefallen, Hindernisse beim Ausbau der Frauenorganisation zu bereiten; im Gegenteil, sie war der Meinung, daß die Form die beste ist, die der Zustimmung der Mehrzahl der Genossinnen sicher und aus ihrem freien Entschluß hervorgegangen ist. Wir dürfen aber eines nicht vergessen, was ein wenig übersehen worden ist: daß die Frage nicht zwischen heute und morgen entschieden sein muß. Wir sind alle für die Aufhebung des § 30, aber wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß es sehr zweifelhaft ist, ob diese sehr notwendige Aenderung schon in der nächsten Zeit in Kraft treten wird. Es können noch ein, ja zwei Jahre vergehen, bevor der § 30 fällt, und dann wird erst die Frage der Verschmelzung akut. Es ist also noch Zeit genug, die Sache genau zu prüfen. Die Konferenz gibt gewiß reiches Material dazu, aber da es sich um die Umgestaltung des Organisationsstatuts der Partei handelt, müßte Ihr Beschluß auch die Sanktion des Parteitages finden. Ich bin nun nicht der Meinung, daß der Parteitag, der den Punkt Organisation nicht einmal auf

der Tagesordnung hat, die Sache erledigen wird. Wahrscheinlich wird eine Kommission beauftragt werden, die Frage bis zum nächsten Parteitag zu studieren. Bis dahin haben Sie die Möglichkeit, in Ihren eigenen Reihen die Meinung zu klären, die entsprechende Agitation zu führen und durch eine Abstimmung, wenn auch nicht eine formelle Urabstimmung, zu erfahren, wie die Genossinnen denken. Darum meine ich, daß die Resolution der Genossin Popp das Richtige trifft, weil sie keine Verpflichtung aufstellt. Die Resolution spricht das Prinzip aus, aber sie läßt verschiedene Wege zur Verwirklichung offen. Es ist also am besten, Sie nehmen die Resolution an und handeln im Einvernehmen mit Ihren Organisationen. Es ist gewiß, daß die Parteivertretung es als Pflicht ansehen wird, Ihnen, so weit es auf Rat und Hilfe ankommt, beizustehen.

Franck (Salzburg): Wir in Salzburg haben beschlossen, daß ich zu erklären habe, daß, wenn der § 30 aufgehoben wird, die Frauenorganisation belassen werden soll, wie sie heute besteht. Wir haben gesehen, daß sie sich sehr gut bewährt hat. Wir haben immer zu politischen Aktionen Geld hergegeben und werden es auch jederzeit tun. Wir wollen aber, daß die Genossen sich mit der Frauenorganisation beschäftigen. Jedoch sind die Bezirks- und Landesorganisationen der Männer mit Arbeiten bisher schon überlastet, wie wollen sie sich dann mit der Organisation der Frauen beschäftigen? Wir sind in der bisherigen Form vorwärts gekommen, und darum bin ich beauftragt, zu erklären, daß die Organisation im bisherigen Zustand belassen werden soll.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Vor allem hat die Debatte das eine erwiesen, daß wir uns nicht klar sind über die gemeinsame Organisation. Wir haben heute noch nicht das richtige Verständnis für die Gemeinsamkeit. Warum fürchten sich so viele Genossen? Wir können die Organisation mit einer Ehe vergleichen. In einer Ehe steht der Mann unter dem Pantoffel, in der anderen die Frau. Wenn aber beide gefestigte Persönlichkeiten sind, die gemeinsame Interessen haben, gibt es keinen Pantoffel. Nur wenn wir in die Lage kommen, so wichtige Beschlüsse mitzufassen und zu verantworten, werden wir vollwertige Genossinnen sein. Wenn der Antrag des Frauenreichskomitees angenommen wird, ist es genau dasselbe, als wenn wir ihn nicht annehmen. Er ist nämlich überflüssig. Wir müssen den alten Standpunkt jetzt beibehalten, schon weil der § 30 besteht. Leider werden wir noch einige Jahre Zeit haben, die Gemeinsamkeit vorzubereiten und die Masse der Arbeiter für die Gemeinsamkeit zu erziehen. Ich meine, wir sollen beschließen: So lange der § 30 besteht, behalten wir die alte Form bei, und wir benützen diese Zeit dazu, um das Verständnis für die volle Gemeinsamkeit zu erzielen. Wenn der § 30 aufgehoben wird, wird das Frauenreichskomitee zu beraten haben, in welcher Form die Gemeinsamkeit durchgeführt wird. Wir hoffen, daß es zur vollen Gemeinsamkeit kommen wird. Das Fehlen der Gemeinsamkeit ist ein Armutszeugnis für uns selbst. Wo wir die Fähigkeit haben, setzen wir uns überall durch.

Es wirkt viel erziehlicher, wenn man in der Parteiorganisation sitzt und über alle Dinge berät, als daß man in der Frauenorganisation über deren eigentliche kleinliche Dinge debattiert. Vor allem bin ich überzeugt, daß die Frauenversammlungen und die Frauendiskussionen weiter bestehen werden, die etwas so Notwendiges sind. Wenn wir die Resolution annehmen, werden wir nur mehr Verwirrung stiften. Wir sollen nur beschließen, was wir können, wir können aber nicht nach Hause fahren mit dem Bericht: „Die Resolution ist sehr schön, aber es steht nichts darin." Das Bessere und Kürzere ist deshalb, meinen Antrag anzunehmen. Sie müssen sich schulen, um, wenn es zur Aufhebung der separatistischen Frauenorganisation kommt, unseren Standpunkt voll und ganz vertreten zu können.

Prosser (Prerau): Wir können es nur begrüßen, daß der Anschluß der Frauenorganisation an die politische Organisation vor sich gehen soll. Die Genossen werden dann verpflichtet, die notwendige Aufklärungsarbeit zu

leisten. Darum wäre der Anschluß zu begrüßen. Wir verlangen aber, daß die Kasse in unseren Händen bleibt, aber wir verlangen es nicht aus egoistischen Gründen. Wir arbeiten Hand in Hand und bei den Wahlen sind wir immer bereit gewesen, die Genossen zu unterstützen. Ich glaube, den Genossen wäre auch die Gemeinsamkeit der Kasse nicht recht, weil ihnen die Arbeit erschwert würde. Wir würden dann auch Frauen verlieren.

Koch (Graz): Die Debatte hat gezeigt, daß Theorie und Praxis stark aneinanderprallen. An sämtliche Frauenorganisationen Steiermarks hat das Landeskomitee sofort, als die Frage auftauchte, geschrieben, sie mögen mit den lokalen Vertrauensmännern über die Sache beraten und uns ihre Beschlüsse als Richtschnur bekanntgeben. Wir haben sehr wenig Industriearbeiterinnen, und vielleicht in keinem Kronland sind die Mitglieder der Frauenorganisation so vielfach Gattinnen wie bei uns, aber überall haben sie sich dafür ausgesprochen, daß, wenn der § 30 fällt, die Vereinigung zustandekommen werde. Ueberall will man, daß die Frauen in die politischen Vereine als Mitglieder eintreten, aber weil es sich in der Praxis gezeigt hat, daß die Frauen unter der Leitung eines Frauenkomitees viel intensiver arbeiten, ist es nötig, Frauensektionen mit separater Rechnung und separater Arbeit einzuführen, die aber gemeinsam mit den Lokal- und Bezirksvertrauensmännern vorgehen sollen. Wir in Steiermark führen das jetzt schon durch, und überall ist der Lokalvertrauensmann oder sein Stellvertreter der Beirat dieser Frauenorganisation. Es werden alle Aktionen gemeinsam gemacht. Wenn die gesetzlichen Schranken fallen, werden wir es nur leichter haben. Wir wünschen auch deshalb die gemeinsame Organisation. Aber zur Durchführung der administrativen Arbeit müssen wir das Subkassierinnenwesen aufrechterhalten. Wir müssen aber auch andere Beiträge haben wie die Männer, weil wir die „Arbeiterinnen-Zeitung" obligatorisch haben müssen. Es ist also besser, wenn eine separate Kasse geführt wird, und hauptsächlich in den großen Orten wird es notwendig sein, uns nicht ganz auf den Idealismus der Genossen zu verlassen. Es gibt ideal veranlagte Genossen. Die steirischen Genossen kommen uns sehr entgegen, aber trotzdem hat sich folgendes gezeigt: das bei den Wahlen herausgegebene Flugblatt für die Frauen, das allen Kandidaten und Parteisekretären zur Anschaffung empfohlen wurde, hätten wir nicht bekommen, wenn ich die Genossen nicht sehr energisch erinnert hätte, daß wir es brauchen. Wir haben 5000 Exemplare bekommen, aber unserem Parteisekretär ist heute noch in der stillen Stube um die 200 Kr. leid. So schön das ist, was Genossin Zietz uns gesagt hat: aber wir in Oesterreich sind eben 30 Jahre hinter Deutschland zurück und müssen diesen Verhältnissen Rechnung tragen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vorsitzende **Seidel**.

Genosse **Lehnert** (Asch): Die Genossinnen hätten viel besser getan, darüber zu sprechen, wie die Organisation besser ausgebaut werden kann. Die Organisationen, die für separate Kassen sind, sind solche aus industriearmen Gegenden. Vierzig Prozent der Lokalorganisationen haben allerdings für die Frauenbewegung wenig Verständnis und würden aus ihrer Kasse keinen Kreuzer für die Frauen gewähren. Darum sprechen sie von separaten Kassen. Jetzt ist die Sache nicht aktuell und Genossin Popp hat recht damit, daß man das den einzelnen Bezirken überlassen soll. In dieser Sache kommt eben der Unterschied zwischen den höher entwickelten und den minder ent-

wickelten Gegenden zum Ausdruck. Eine Rednerin hat erklärt, man könne von gewerkschaftlich organisierten Genossinnen nicht verlangen, daß sie monatlich 20 H. für die politische Organisation zahlen sollen. Es wundert mich um so mehr, das von einer Wiener Genossin zu hören. Wenn die Genossinnen in Schlesien, in Nordböhmen, im Erz- und im Riesengebirge bei ihren erbärmlichen Löhnen 20 H. zahlen können, können es doch die Genossinnen in der Metropole auch.

Vorsitzende: Genossin Freundlich hat ihren Antrag als Zusatzantrag eingebracht.

Proft: Die Diskussion ist sehr nützlich, wenn auch einzelne glauben, sie sei überflüssig, weil nicht aktuell. Selbstverständlich soll nicht ein bindender Beschluß gefaßt werden, aber wir haben den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir uns sagten, die Sache sei so wichtig und die Meinungen so verschieden, daß wir eine Aussprache herbeiführen müssen. Durch die Resolution wollten wir weiter nichts bezwecken, als daß sich die Genossinnen verpflichtet halten, auf den Landeskonferenzen heuer und im nächsten Jahre über die Sache zu sprechen. Dadurch werden sich die Meinungen klären und bis zum nächsten Parteitag oder der nächsten Frauenkonferenz werden wir mit weniger Meinungsverschiedenheiten zu rechnen haben. Es soll die Resolution nichts sein als ein Vorschlag, über den man diskutieren kann. Es hat sich herausgestellt, daß alle Genossinnen für die gemeinsame Organisation sind, die einen mehr, die anderen weniger. Nur kommen die meisten über die *Details* nicht hinweg und machen sich den Kopf voll Sorgen, wie man die Sache durchführt. Vor allem wird gegen die gemeinsame Kasse gesprochen, weil man fürchtet, die Genossen würden dann für die Frauen nichts mehr tun und man verweist auf Fälle, wo so etwas geschehen ist. Wenn die Genossen in vielen Orten heute so wenig die Verpflichtung fühlen, für die Frauen Geld herzugeben, kommt das daher, weil wir in einer *gesonderten* Organisation sind. Wenn wir gemeinsam organisiert sein werden, werden sie es nicht ablehnen. Es ist auch gesagt worden, daß die gewerkschaftlich Organisierten nicht die Beiträge zahlen können wie die gewerkschaftlich nicht Organisierten. Das gilt nicht allgemein. Gerade in Gegenden, wo wir sehr arme Genossinnen haben, werden jetzt schon Beiträge von 40 H. monatlich gezahlt, während sich die Genossinnen in Städten weigern, den Betrag von 32 auf 36 H. zu erhöhen. Ebenso verhält es sich mit den gewerkschaftlich Organisierten. Ihre Beiträge zur politischen Frauenorganisation betragen 10 bis 24 H., während andere Genossinnen behaupten, man kann nicht mehr als 10 H. verlangen. Die Verhältnisse sind also heute schon so verschieden, daß man nicht sagen kann, die *Verschiedenheit* sei ein Hindernis für die Gemeinsamkeit. Auch in der Parteiorganisation haben die Genossen *Mindestbeiträge* festgesetzt; so wird sich auch die Möglichkeit finden, für die *Genossinnen* den angemessenen Beitrag festzusetzen. Man hat gesagt, ich habe in der „Arbeiterinnen-Zeitung" in Bezug auf die gemeinsame Organisation eine ganz andere Auffassung gehabt und nun habe das Komitee seine Meinung geändert. Der Artikel in der „Arbeiterinnen-Zeitung" drückte nur die Meinung der Verfasserin aus. Die Resolution ist aber ein Kompromiß zwischen beiden Richtungen, die allerdings im Reichskomitee vorhanden sind. Die größten Bedenken haben die Genossinnen gegen die gemeinsame Kasse. Denken Sie doch nach, wie die Sache jetzt gemacht werden muß, wenn wir zu einer Konferenz gehen sollen. Wieviel Genossinnen sind denn heute hier, die mit den Mitteln der Frauenorganisation allein delegiert werden konnten? Wir müssen uns bei jeder größeren Sache doch an die Genossen wenden. Darum glaube ich, daß wir bei einer gemeinsamen Kasse nichts verlieren werden. Denn es ist selbstverständlich, daß eine starke Organisation leistungsfähiger sein wird als die heutige Frauenorganisation.

Weiter ist eingewendet worden, die Gemeinsamkeit wäre gar nicht zweckmäßig und die Männer sind auch nicht dafür. Gegen was sind die

Genossen nicht gewesen? Nämlich diejenigen, die von der Frauenorganisation nichts wissen wollen. Wir haben Genossen, die für die Frauenorganisation sind, weil man die Sache nicht mehr abweisen kann, dann andere, die mit Ueberzeugung für die Frauenorganisation sind. Die ersten werden weiter sagen: „Das machen wir nicht!" weil sie überhaupt nicht für die Betätigung der Frauen sind. Ihnen gegenüber haben wir uns um jede Vertretung in den Bezirks- oder Kreisorganisationen wehren müssen. Diese Genossen haben jede solche Bestimmung als ein besonderes Entgegenkommen bezeichnet, und alles, was geeignet ist, unsere Tätigkeit zu erleichtern, hat man als separatistisch aufgefaßt. Die Genossen also, die nie von der Frauenorganisation etwas wissen wollten, werden jetzt auch nichts wissen wollen. Aber wir haben sehr viele Genossen, die die weiblichen Mitglieder nicht im Stich lassen werden, wenn die Organisation gemeinsam ist. Dessen sind wir sicher.

Vorläufig kann es sich also nur darum handeln, ob gemeinsame Organisation oder eigene politische Frauenvereine. Wie wir uns die Durchführung praktisch einrichten werden, hängt davon ab, auf was wir uns einigen werden. Eine gute Sache setzt sich immer durch. Bis zur nächsten Konferenz werden sich die Dinge geklärt haben. Die Resolution verpflichtet zu nichts anderem als zum Diskutieren. Man muß aber so reden, wie es wirklich ist: daß es für uns Sozialdemokratinnen nichts anderes gibt als die gemeinsame Organisation. (Beifall.) Dann können die Genossinnen überzeugt werden, daß wir keine andere Möglichkeit haben. Führen wir die Diskussion nach der Konferenz, dann werden wir zum Ziel kommen. Ich bitte um die Annahme der Resolution Popp, den Antrag Freundlich brauchen wir nicht anzunehmen, weil er Selbstverständliches enthält. (Beifall.)

Ducia (Lienz): Eine Genossin hat gesagt, daß die Gemeinsamkeit nur eine Sache der Vertrauensperson wäre. Es ist so herausgekommen, als ob sie glauben würde, nur die weibliche Vertrauensperson komme in Betracht. Aber auch auf die männlichen kommt es sehr an. Das zu sagen, haben wir in Tirol ein Recht, denn obwohl wir hier eine stattliche Anzahl organisierter Genossinnen haben, haben wir doch vier Fünftel, die noch nicht in der freien politischen Frauenorganisation sind. Es ist unbedingt notwendig, daß den Genossinnen ein selbständiges Arbeitsfeld überlassen bleibt.

Lippa (Wien): Auch in der gewerkschaftlichen Organisation hat man früher einmal gemeint, die Genossinnen verstehen die Agitationsarbeit nicht so wie die Männer, und die Genossinnen müßten sich erst das Recht verschaffen, wenn sie mitstreiken und mitzahlen, daß sie auch mitberaten und mitentscheiden dürfen, ob die Streiks geführt werden sollen und welche Beiträge gezahlt werden sollen. Da wird kein Genosse sich mehr getrauen, zu sagen, die Frauenorganisation sei etwas ganz anderes. Da sitzen die Genossinnen mit am Tische und beraten mit, ob ein Streik von einigen tausend Arbeitern geführt werden soll, tragen mit die Verantwortung, sitzen mit bei den Beratungen mit den Unternehmern, und in der Mitarbeit haben sich die Genossinnen so ausgebildet, daß sie furchtlos dem Fabrikanten gegenüber ihre Meinung zum Ausdruck bringen, und daß sie auch vor der Verantwortung, die eine größere ist als in den politischen Organisationen, nicht erschrecken. Auch in den Gewerkschaften ist dieses Recht den Frauen nicht von selbst in den Schoß gefallen. Auch da haben die Genossinnen den gleichen Kampf gehabt. Sie haben sich aber nicht durch kleinliche Bedenken abhalten lassen, sondern sie haben erklärt: wenn wir mitzahlen, wollen wir mitberaten. In der politischen Organisation wird es nicht anders sein.

Bei den Wahlen fühlen wir uns eins mit den Männern — kann das nicht das ganze Jahr so sein? Es werden sich schon Mittel und Wege finden, wenn wir Geld brauchen, daß wir es auch bekommen. Wenn wir Geld verlangen, brauchen wir es zur Agitation. Nehmen wir nicht einen

kleinlichen Standpunkt ein, betrachten wir uns selbst nicht als Sonderorganisation, sondern sagen wir: wir sind ein Glied in der Kette der Arbeiterorganisationen und wir wollen es sein. (Beifall.)

Referentin **Popp** (Schlußwort): Unsere Frauenorganisation ist nicht etwas, das man als Separatismus bezeichnen könnte. Alle unsere Genossinnen würden sich dagegen verwahren, daß ihre Organisation etwas Separatistisches ist. Es ist eine vom Parteitag beschlossene Organisationsform, die dem Zwecke dient, die Frauen der Partei zuzuführen.

Seitdem es in der Partei Genossinnen gibt, bestehen diese Bestrebungen, die Frauen in der Partei zu gleichberechtigten Mitgliedern zu machen. Was in der Frauenorganisation gemacht wurde, wurde gemeinsam gemacht, mit Zustimmung nicht nur der Reichsparteivertretung, sondern aller Landesparteivertretungen und zum großen Teil auch der Bezirksvertretungen. Um was es sich handelt, ist also nicht, den Separatismus in uns zu bekämpfen, sondern ist die Frage, ob wir in Zukunft die jetzige Methode der Organisation beibehalten oder ändern wollen, ob die Entwicklung bei uns schon so weit gediehen ist, daß wir die Ausnahmen für die Frauen nicht mehr brauchen. Ich glaube, daß die Debatte, die wir abgewickelt haben, wesentlich dazu beitragen wird, daß wir in einem oder zwei Jahren zu den gemeinsamen Organisationen kommen werden. Es gibt ja Genossen, die so pessimistisch in Bezug auf den Parlamentarismus sind, daß sie meinen, daß die Frage erst in vielen Jahren aktuell werden wird. Wenn es aber auch erst in einiger Ferne ist, so ist unsere Debatte doch nicht ganz überflüssig gewesen. Wenn sie auch nicht die faktische Gemeinsamkeit herbeigeführt hat, so hat sie doch der Gemeinsamkeit des Geistes genützt, indem die Frauen den Organisationsbestrebungen der Genossen näher geführt wurden. Dessen können wir uns freuen.

Der Antrag der Genossin Freundlich ist ja schon in der Resolution enthalten. Immerhin kann man ihn als Zusatz annehmen. Wenn die meisten Genossinnen auch gegen die gemeinsame Kasse Bedenken geäußert haben, so werden wir trotz des Mißtrauens der Genossinnen doch dazu kommen m ü s s e n. Wenn wir Mitglieder der politischen Vereine sein werden, so werden wir doch unsere Mitgliedsbeiträge zahlen, und es wird sich nur darum handeln, ob den Frauen ein bestimmter Betrag überwiesen wird, damit sie ihre Agitationskosten unter den Frauen auch selbständig bestreiten können. Es wurde auf die Gewerkschaften verwiesen, wo die Genossinnen in der Wirtschaftssektion selbständig arbeiten. Wenn Sie den Bericht der Parteivertretung lesen, so werden Sie finden, daß die Parteivertretung an weiblichen Parteimitgliedsmarken, ich glaube, 9000 Kr. eingenommen hat, wovon 6000 Kr. dem Frauenreichskomitee zur Bestreitung der Agitation überwiesen wurden, während das letzte Drittel in der Parteikasse verblieb. Das heißt doch, daß die Parteigenossinnen auch in finanzieller Beziehung ihre Pflicht erfüllen. Aehnlich ist es in der Landesorganisation. Und gehen Sie in die Bezirksorganisationen, so finden Sie, daß, je nachdem, ob die Bezirksorganisation leistungsfähiger ist oder weniger leistungsfähig, auch den Frauen vorgeschrieben wird, wie viel von den Beiträgen sie an den Bezirk abzuliefern haben. Es ist also nicht richtig, daß die Frauen der Organisation materiell nichts leisten und daß die Parteiorganisationen an den weiblichen Mitgliedern nicht interessiert sind.

Unsere Resolution wollte nicht die Genossinnen heute schon binden, sondern sie wollte bloß das P r i n z i p der Gemeinsamkeit aufstellen, die Durchführung aber der Beschlußfassung des nächsten Parteitages überlassen. Sie können also ruhig für die Resolution stimmen. Das Frauenreichskomitee ist nun der Ansicht, daß wir nun auch die Agitation gegen den § 30 energischer betreiben sollen, und es wird Ihnen noch ein Zirkular zukommen lassen, in welcher Weise diese Agitation betrieben werden soll. In den meisten Ländern haben wir jetzt Landeskonferenzen vor uns, und ich bitte Sie, dort ausführlich über die Frage der gemeinsamen Organi-

sation zu beraten. Nach dem Organisationsstatut haben wir vor dem nächsten Parteitag wieder eine Frauenkonferenz abzuhalten, und ich hoffe, daß in dieser Zeit durch die Diskussion die Frage sich wesentlich geklärt haben wird. Wenn wir aber auch darüber diskutieren müssen, wie die Organisation nach der Aufhebung des § 30 sein wird, so dürfen wir nicht vergessen, die Organisation auch unter der gegenwärtigen Form auszubauen. Je mehr Mitglieder wir dann der Partei zuführen, um so mehr wird die Partei auf die speziellen Bedürfnisse der Frauenagitation und Frauenorganisation Rücksicht nehmen müssen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird nun die Abstimmung vorgenommen.

Die Resolution und der Antrag Freundlich werden einstimmig angenommen, ebenso auch folgender Antrag der Genossin Josefine Deutsch:

> Die Konferenz beschließt, noch in diesem Jahre eine umfassende Agitation für die Aufhebung des § 30 V.-G. durchzuführen.

Es folgt nun der Punkt

Die Bedeutung des Gemeindewahlrechtes für die Frauen.

Referentin **Schlesinger:** Wir haben uns in unserer Agitation bisher noch wenig mit dem Kommunalwahlrecht befaßt. Wir haben immer vom Frauenwahlrecht schlechthin gesprochen, die meisten haben darunter vor allem das politische Wahlrecht, das Wahlrecht für das Reichsparlament verstanden. Das war ja auch ganz begreiflich, weil ja auch unsere Genossen eine langjährige energische Agitation für das Wahlrecht in das Reichsparlament geführt haben, bei der wir ihnen nach besten Kräften zur Seite gestanden sind. Es ist also selbstverständlich, daß sich auch in den Genossinnen der Gedanke festgesetzt hat, daß wir in erster Linie das Wahlrecht für das Reichsparlament zu erobern haben. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß den Landtagen und Gemeinden bedeutende Agenden zugewiesen sind. In bürgerlichen Kreisen ist die Meinung weit verbreitet, daß es gerade das kommunale Wahlrecht ist, das man den Frauen einräumen kann. Das Wahlrecht für das Parlament hat man bis vor wenigen Jahren in Europa für die Frau eigentlich überhaupt noch nicht gekannt, es hat nur in überseeischen Ländern bestanden, und erst seit wenigen Jahren haben in Finnland und Norwegen die Frauen die politische Gleichberechtigung erlangt. Dagegen finden wir das aktive Wahlrecht in die Gemeinde, wenn auch fast überall nur auf die Steuerzahlerinnen beschränkt, in den meisten Ländern da und dort eingeführt. Meistens ist es so, daß der Besitzende in den Gemeinden durch seinen Besitz das Recht erwirbt, mitzubestimmen, gleichgültig, ob nun dieser Besitz an eine weibliche oder männliche Persönlichkeit gebunden ist. Wie das kommunale Wahlrecht in den meisten Gemeinden, in Oesterreich und im Auslande besteht, ist es kein Recht der Persönlichkeit, sondern ein Recht des Besitzes. Wenn wir das ganz deutlich erkennen wollen, brauchen wir eben bloß das Gemeindewahlrecht in den österreichischen Gemeinden, wo es auch die Frauen haben, anzusehen. Es ist da ein Recht, das gar nicht persönlich ausgeübt wird, es wird durch den Ehemann, durch einen Bevollmächtigten ausgeübt, ja noch mehr, es wird selbst für minderjährige und entmündete Personen durch deren gesetzliche Vertreter ausgeübt. Das Kommunalwahlrecht in verschiedenen Gemeinden haben nicht nur die Männer, es haben es sogar Kinder und Idioten, gewiß ein Beweis, daß es kein Recht der Persönlichkeit ist, sondern ein Recht des Besitzes. Dagegen wenden sich auch die bürgerlichen Reformer, und sie sagen: dieses Wählen durch Vollmachten ist undemokratisch, es soll die Frau entweder gar nicht oder persönlich wählen. In Wien hat man sich für das gar nicht entschlossen. Diese bürgerlichen Reformer sind für das aktive Wahlrecht, sie wollen wohl, daß die Frauen in der Gemeinde wählen, nicht aber, daß sie ihre Interessen in der Gemeinde selbst vertreten können. Sie halten aber auch fest daran, daß nur die steuerzahlenden Frauen das Wahlrecht

besitzen sollen. Ein allgemeines passives Wahlrecht für die Gemeinde hat bisher keine bürgerliche Partei noch gefordert oder durchgesetzt. Es ist selbstverständlich, daß wir nur für ein solches Recht zu haben sind. Die bürgerlichen Reformer vertreten das Kommunalwahlrecht mit dem Argument, daß es in der Gemeindeverwaltung spezielle Angelegenheiten gibt, die die Frauen interessieren. Da seien die Frauen am Platze, im Reichsrat und auch noch im Landtag werde große Politik betrieben, die die Frauen nicht verstehen. Aber in der Gemeindestube werden Waisenangelegenheiten, Fürsorgeangelegenheiten, Schulangelegenheiten behandelt, hie und da auch noch die Spitalangelegenheiten. Das sind Dinge, die dem häuslichen Leben nahestehen, die auch von der Frau verstanden werden.

Wenn wir jetzt darangehen, eine Agitation für das Gemeindewahlrecht zu entfalten, so tun wir es nicht etwa in der Erkenntnis, daß die Frauen von den politischen Angelegenheiten nichts verstehen, daß wir uns daher auf die Gemeindewirtschaft zurückziehen sollen, die uns näher liegt und die nur solche praktische Fragen enthält, die die Frauen beurteilen können. Wenn wir selbst von so kindlicher Bescheidenheit wären, so wäre das ganz widersinnig. Denn es gibt keine wichtige Kommunalangelegenheit, die nicht auf das innigste mit den Angelegenheiten der Länder und des Staates zusammenhängt. Wenn wir die Gemeinde beeinflussen wollen, so müssen wir fast in allen Angelegenheiten hinausgreifen über die Gemeindeverwaltung auf die Verwaltung der Länder, auf die Regierung des Staates. Wenn ich Ihnen also vorschlage, daß wir jetzt unmittelbar in eine Agitation für das Gemeindewahlrecht der Frauen eintreten, so nicht deshalb, weil wir etwa auf das Wahlrecht für das Parlament und für den Landtag verzichten wollen, auch nicht, weil wir diese Forderungen zurückstellen, sondern deshalb, weil Ereignisse aus der letzten Zeit uns besonders nahelegen, jetzt auf das kommunale Wahlrecht mit besonderem Eifer einzugehen. Man ist nämlich auch in Oesterreich reformfreundlich geworden, man — wenigstens hie und da — ist frauenfreundlich geworden und man hat an verschiedenen Orten den Frauen Rechte in der Kommune eingeräumt, die aber so beschaffen sind, daß es dringend notwendig ist, daß wir Sozialdemokratinnen ihnen unsere Forderung nach dem gleichen, allgemeinen Wahlrecht gegenüberstellen. Die Betrachtung unserer wichtigsten kommunalen Forderungen zeigt, daß wir uns nicht damit begnügen können, das kommunale Wahlrecht zu fordern. Fordern wir, daß für die Approvisionierung etwas geschehen soll, halten wir auch schon bei Forderungen an den Staat. Wie soll die Gemeinde billiges Fleisch verschaffen, wenn der Staat die Preise hochhält durch Zölle und durch Absperrung der Grenzen? Wir müssen also Forderungen an den Staat stellen. Wir haben dringende Forderungen auf dem Gebiete der Schule; aber wie sollen sie verwirklicht werden, wenn der Staat das ganze Schulwesen den Gemeinden aufbürdet und ihnen sagt: „Wenn ihr Geld habt, macht euch ein ordentliches Schulwesen, wenn ihr keines habt, laßt es bleiben!" Wir brauchen Entbindungsheime, Vermehrung der Spitäler, aber heute ist diese Fürsorge zum großen Teil Sache des Landes. Wir sind nicht dafür, daß die großen reichen Städte für ihre Bewohner keine Spitäler errichten und erhalten, aber die armen Gemeinden können das nicht, ihnen müssen der Staat und das Land helfen. So geht es uns auch mit allen anderen Forderungen. Wenn wir von der Armen- und Waisenpflege sprechen, so erkennen wir sofort, daß sie, wenn die Gemeinden ihre Einrichtungen noch so sehr bessern würden, so lange eine Schande bleiben würden, solange nicht die Sozialversicherung im großen Umfang eingeführt wird, und solange der invalide Arbeiter der Gemeinde zur Last fällt, solange der im Dienste des Kapitals aufgebrauchte Arbeiter auf dem Sterbebette nicht den Trost hat, daß sich der Staat seiner Kinder annehmen werde. Außer den Versicherungszweigen, die heute schon gefordert werden, brauchen wir die Mutterschaftsversicherung. Damit müssen wir uns ebenfalls an den Staat wenden.

Sie sehen, daß es nur eine Teilforderung ist, wenn wir sagen, wir treten in den Kampf um das Kommunalwahlrecht ein. Da die bürgerlichen Parteien bei der Erteilung des Wahlrechtes an die Frauen beim Kommunalwahlrecht angefangen haben, müssen wir also hier den Hebel ansetzen.

Freilich, dieses Kommunalwahlrecht der Frauen, das die Bürgerlichen eingeführt haben, schaut jämmerlich aus. Ich will nur von den neuesten sogenannten Reformen sprechen. Vorarlberg hat sogar ein neues Landtagswahlrecht gemacht. Die Kurienschande blieb bestehen und es kam eine neue Kurie dazu, und da haben die Frauen das Wahlrecht, aber nur die Unverheirateten und die Verwitweten und nur dann, wenn sie direkte Steuern zahlen. Dieses Frauenwahlrecht ist also ein Zensuswahlrecht in der allgemeinen Kurie.

In Laibach, wo die Frauen in der allgemeinen Kurie das Wahlrecht haben, wählen sie zu einer abgesonderten Stunde, das heißt die Frauen, die um diese Stunde nicht Zeit haben, verpflichtet man zum Verzicht. Die letzte Wahlreform hat Steyr vorgenommen, aber so, daß nur geschiedene und verwitwete Frauen das Wahlrecht persönlich ausüben, und solche, deren Männer keine Steuerzahler sind. Ist auch der Mann Steuerzahler und Wähler, so wählt er auch für die Frau. Wir haben darum in unsere Resolution die Forderung an die Genossen aufgenommen, die in den Körperschaften sitzen, wo die Wahlreform zu beschließen ist, daß sie jede Wahlreform ablehnen, wenn die Wahl der Frauen durch den Ehemann oder mittels Vollmachten zu vollziehen ist. Die Wahl durch Vollmacht ist nicht eine Wahl der Frauen, sondern ein Pluralwahlrecht einer bevorzugten Kategorie von Männern. Wir lehnen auch jedes Frauenwahlrecht ab, das nur Steuerzahlerinnen in der allgemeinen Kurie gewährt wird. Das bedeutet nämlich eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu ungunsten der Besitzlosen. Es wird der Einfluß der Besitzlosen gemindert, wenn die Besitzenden die Frauen ihrer Klasse zur Wahl mitnehmen, die Frauen der besitzlosen Klasse aber zu Hause bleiben müssen.

Zum Schlusse habe ich zu sagen: Wenn wir heute den Beschluß fassen, daß wir zunächst in eine Agitation für das Kommunalwahlrecht der Frauen eintreten, haben wir auch schon eine günstige Gelegenheit, diese Forderung zu vertreten: den nächsten Frauentag. Heuer haben wir im allgemeinen für politische Gleichheit demonstriert. Wir werden sie wieder fordern, aber die Sache so einrichten, daß wir das kommunale Wahlrecht in den Vordergrund rücken und uns zur Pflicht machen, für das kommunale Wahlrecht zu agitieren und die Frauen ganz besonders über dieses aufzuklären. Die beiden brennendsten Forderungen, die nach Beseitigung des § 30 und die nach dem Kommunalwahlrecht lassen sich sehr gut vereinigen. Die erste Demonstration diente dem Allgemeinen, und jetzt müssen wir zum Besonderen übergehen. Es wird gut sein, am nächsten Frauentag mit aller Kraft für das Kommunalwahlrecht einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin beantragt nun folgende Resolution:

Die Frauenkonferenz ist sich darüber klar, daß die Frauen ebenso dringend des Wahlrechtes in das Reichsparlament und die Landtage als des kommunalen Wahlrechtes bedürfen, weil zur Erfüllung ihrer dringendsten Forderungen das Zusammenwirken von Staat, Ländern und Gemeinden unentbehrlich ist. Da aber die Fälle sich mehren, wo für die eine direkte Steuer bezahlenden Frauen ein wenn auch verfälschtes Wahlrecht neu eingeführt oder „reformiert" wird, so erhebt die Frauenreichskonferenz die Forderung nach dem Gemeindewahlrecht für alle Frauen.

Unter den dringenden Forderungen an die Gemeindeverwaltungen, zu deren Durchsetzung wir vor allem des aktiven und passiven kommunalen Frauenwahlrechtes bedürfen, heben wir besonders hervor:

1. Auf dem Gebiet des Mutter- und Kinderschutzes:

Die Errichtung von Entbindungsheimen, die allen Anforderungen moderner Hygiene entsprechen, und um den Proletarierfrauen die Benützung

solcher Anstalten zu ermöglichen, die Anstellung von Hauspflegerinnen, die im Arbeiterhaushalt die nötigen Arbeiten zu verrichten haben, während die Mutter abwesend oder noch arbeitsunfähig ist; die Errichtung von Säuglingsheimen in genügender Anzahl, welche die Säuglinge verpflegen, während die Mutter dem Erwerb nachgeht; die Errichtung kommunaler Milchsterilisierungsanstalten, welche unentgeltlich oder zu billigsten Preisen Kindermilch an die Mütter abgeben, und die Einführung von Stillprämien, um es armen Müttern zu ermöglichen, ihren Säuglingen die natürliche Nahrung durch die Mutterbrust zu geben; ferner die Errichtung von Kindergärten in genügender Anzahl, wo die Kinder tagsüber unentgeltlich beaufsichtigt und genährt werden; die Errichtung kommunaler Schulküchen und die Errichtung von Kinderhorten, in denen schulpflichtige Knaben und Mädchen die schulfreien Stunden unter fachkundiger Aufsicht bei Spiel und anregender Beschäftigung verbringen können.

2. Auf dem Gebiet des Unterrichtes:

Den Ausbau der Normalschule in der Weise, daß allerorts und, wo es die Gemeinden nicht allein bestreiten können, mit Staatshilfe mindestens achtklassige Schulen errichtet werden; daß nicht mehr als dreißig Kinder in einer Klasse vereint sein dürfen und daß Förderklassen für kränkliche und geistig zurückgebliebene Kinder errichtet werden; die Anstellung von Schulärzten und Errichtung von Schulbädern; Fortbildungsschulen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aller Kategorien, und zwar sollen sämtliche Unterrichtsstunden in die Arbeitszeit fallen.

3. Auf dem Gebiet der Approvisionierung fordern wir:

Daß die Gemeinden, um der drückenden Teuerung zu begegnen, die wichtigsten Lebensmittel, wie Milch, Fleisch, Fische, Mehl, Kartoffeln und Hülsenfrüchte sowie auch Brennmaterial im großen einkaufen und zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abgeben und daß sie Großschlächtereien, Bäckereien und Milchwirtschaften errichten mögen.

4. Auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge fordern wir die Errichtung von Notbaracken und Obdachlosenasyle in möglichst großem Maßstab, um dem Elend der Obdachlosigkeit unmittelbar zu begegnen, aber auch den Bau von Kleinwohnungen in großer Anzahl durch die Gemeinden und zu diesem Zwecke, wo es sich als notwendig erweist, die Expropriierung im Privatbesitz befindlicher Baugründe.

5. Auf dem Gebiet des Sanitätswesens fordern wir neben der Errichtung von Krankenhäusern in genügender Zahl die unentgeltliche Beistellung ärztlicher Behandlung, der Hebammendienste, der Distriktskrankenpflege und der Heilmittel für alle Unbemittelten, die nicht obligatorische Mitglieder einer Krankenkasse sind.

Als eines der wirksamsten Mittel, um in die Armen- und Waisenpflege, bei der sich heute in der Regel mittelalterliche Vorurteile mit kapitalistischer Rücksichtslosigkeit vereinen, den Geist der Milde und Menschlichkeit zu tragen, sehen wir die Teilnahme und das Mitbestimmungsrecht der Frauen bei diesen Verwaltungsarbeiten, ihre Wählbarkeit in die Armen- und Waisenräte an.

Wir richten darum an unsere Genossinnen in den verschiedenen Vertretungskörpern die dringende Aufforderung, baldigst in den Kampf um die Demokratisierung des kommunalen Wahlrechtes einzutreten und mit aller Energie eine solche Reform zu erstreben, die das gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Ortsbewohner ohne Unterschied des Geschlechtes enthält. Zugleich aber fordern wir unsere Vertreter auf, jede Wahlreform abzulehnen, die etwa nur den grundbesitzenden oder den steuerzahlenden Frauen das Wahlrecht einräumen will oder bestimmt, daß es durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden soll.

Die Konferenz ist sich bewußt, daß der Kampf um das kommunale Frauenwahlrecht, der zwar innerhalb der Vertretungskörper nur von unseren Genossen geführt werden kann, außerhalb jener Körperschaften in erster Linie durch die Frauen selbst ausgefochten werden muß.

Als einen besonders geeigneten Anlaß, um der Forderung der Arbeiterfrauen nach dem kommunalen Wahlrecht Nachdruck zu geben und diese Idee in die Massen zu tragen, sieht die Konferenz den bevorstehenden Frauentag an und sie macht es den leitenden Genossinnen allerorts zur Pflicht, an diesem Tage die Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht der Frauen in die Gemeindevertretungen selbst ebenso wie das in die kommunalen Schulbehörden und in die Armen- und Waisenbehörden besonders in den Vordergrund zu stellen.

Lippa beantragt, von der Debatte abzusehen. (Angenommen.) Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt der Punkt

Dienstmädchenorganisation.

Referentin Pölzer: Ich muß mich angesichts der vorgerückten Zeit kurz fassen. Auf der Landesfrauenkonferenz in Wien wurde beschlossen, eine Dienstmädchenorganisation zu gründen. Dieser Beschluß hatte in der Erwägung seinen Grund, daß die Dienstmädchen zur Regelung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse wie auch die anderen Arbeiter einer modernen Gewerkschaftsorganisation bedürfen. Dazu kam noch die Erwägung, daß es meistens Arbeiterkinder sind, um die es sich handelt, zukünftige Arbeiterfrauen, die wir aufzuklären haben, damit sie den Kampf, den ihre Väter und Brüder und ihre zukünftigen Gatten zu führen haben, verstehen. Der Antrieb zur Gründung ging von den Dienstmädchen selbst aus. Wir erhielten viele Briefe, worin uns die Mädchen ihre Leiden schilderten. Sie klagten, daß sie nirgends ihr Recht finden könnten. Eine häufige Klage war die, daß man von ihnen Schadenersatz für gebrochenes Geschirr verlange, auch wenn sie es nicht absichtlich oder mutwillig zerbrochen hätten, und daß die Frauen bei der Polizei immer recht bekämen. Andere Briefe wieder beschwerten sich darüber, daß die Arbeiter gegen Krankheit und Unfall versichert sind, während die Dienstmädchenkrankenkasse nur für die Spitalpflege aufzukommen hat. Das patriarchalische Verhältnis, von dem man immer noch so gern spricht, ist längst vorbei. Heute gilt der Grundsatz: wenn das Mädchen nicht arbeiten kann, muß sie aus dem Hause. Und wir wissen ja, daß man nicht immer im Spital aufgenommen wird und daß bei dem großen Spitalmangel der Kranke, wenn es ihm nur ein bißchen besser geht, aus dem Spital weggeschickt wird. Dann ist das Mädchen dem Elend preisgegeben. Die Mädchen klagen über schlechte Kost und schlechte Schlafräume, und wir haben die Erfahrung, daß gerade in sogenannten vornehmen Bürgerhäusern oft die schlechteste Kost und die schlechteste Schlafstelle für die Mädchen gut genug ist. Mit allen diesen Klagen haben sich die Mädchen an uns gewendet, und sie verlangten, daß wir ihnen helfen sollen, sich zu organisieren. Wir waren zuerst sehr zaghaft. Denn wir hatten schon anfangs der Neunzigerjahre eine Dienstbotenbewegung gehabt, die aber damals nicht Fuß fassen wollte. Diesmal war noch ein besonderer Anlaß, daß die Dienstmädchen sich zu rühren begannen. Wie Sie wissen, hat der niederösterreichische Landtag sich entschlossen, die nun schon hundert Jahre alte Dienstbotenordnung durch eine neue, wenn auch nicht moderne, zu ersetzen. Der Berichterstatter Dr. Baechlé erklärte, die Dienstbotenordnung rage wie eine Ruine aus den österreichischen Gesetzen heraus. Die Verhandlungen des Landtages zeigten aber, daß die Herrschaften an dieser Ruine bloß eine neue Fassade anbringen wollten. Nicht einmal dazu wollten sie sich aufschwingen, die Polizeigerichtsbarkeit zu beseitigen. Wir entschlossen uns, gegen dieses Gesetz eine Aktion einzuleiten. Wir beriefen eine Versammlung ein, die einen ungemein starken Besuch aufwies. In dieser Versammlung traten eine Anzahl Dienstmädchen selbst als Rednerinnen auf und erklärten rund heraus, daß sie eine moderne gewerkschaftliche Organisation haben wollen. In dem halben Jahre, das nun verstrichen ist, hat die Organisation bereits 780 Mitglieder gewonnen: gewiß ein schöner Erfolg.

Nun hat eine Dienstbotenorganisation manche Schwierigkeiten gegen sich. Vor allem die, daß, wenn wir auch in Wien unter besonders günstigen Umständen Funktionäre aus den Reihen der Dienstmädchen nehmen können, eine ganze Reihe von tätigen Dienstmädchen nicht einmal öffentlich genannt werden darf. Daraus erwächst die Pflicht für uns, trotz der vielen Arbeiten, die wir für die politische Organisation haben, die Arbeit der Organisation

der Dienstboten selbst zu besorgen. Sicherlich ist das keine leichte Arbeit, aber wenn wir mit Ausdauer und Energie arbeiten, wird uns der Erfolg nicht ausbleiben. Allerdings genügt es nicht, die Organisation zu gründen, sondern wir müssen auch die Leitung der Organisation übernehmen. Wir werden immer die Mauer sein müssen, hinter der die Dienstmädchen sich sicher fühlen. Wir haben auch den Versuch gemacht, eine Stellenvermittlung einzuführen, und wir glauben, daß man diese Einrichtung auf keinen Fall vernachlässigen darf.

Die Forderungen, die wir zu stellen haben, haben wir in einer Resolution zusammengefaßt und ich bitte Sie, sich ernstlich der Arbeit für die Organisierung der Dienstmädchen zu widmen, damit wir die Mädchen zu Kämpferinnen für die proletarische Sache erziehen. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin beantragt folgende Resolution:

In Anerkennung des Grundsatzes, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiter selbst sein muß, wird es zur zwingenden Notwendigkeit, neben dem industriellen Proletariat auch die vielen Tausende Proletarierinnen, die in häuslichen Diensten stehen, zu organisieren. Die in der Hauswirtschaft beschäftigten Proletarierinnen stehen in rechtlicher und sozialer Hinsicht noch tief unter dem industriellen Proletariat. Die Agitation muß daher nach zwei Punkten gerichtet sein. Es muß ein Kampf um die rechtliche Gleichstellung mit der industriellen Arbeiterschaft geführt werden und es muß eine Agitation entfaltet werden, damit die vielen Tausende dienenden Töchter des Proletariats durch eigenes Streben zu einer kulturwürdigen Stellung und Lebenshaltung gelangen.

Die Vierte sozialdemokratische Frauenkonferenz beschließt daher: Die Gründung von Dienstmädchenorganisationen ist überall anzustreben und diese sind zu einem Verband zu vereinigen.

In der Agitation ist zu fordern:

1. Die Unterstellung der in häuslichen Diensten Stehenden unter die Gewerbeordnung.

2. Befreiung von der Polizeiaufsicht und Polizeijudikatur und Schaffung einer den Gewerbegerichten ähnlichen Institution.

3. Ausdehnung aller Versicherungszweige (wie Krankenversicherung, Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherung) auf die dienende Klasse.

4. Abschaffung des Dienstbotenbuches.

5. Gesetzliche Festsetzung einer ununterbrochenen Nachtruhe von mindestens acht Stunden. Mindestens zwei freie Stunden an jedem Tage.

6. An jedem zweiten Sonntag einen unbeschränkten freien Nachmittag. In der Woche, an der der freie Sonntag entfällt, ein freier Nachmittag von 4 Uhr an an einem Wochentag.

7. Gesunde, hygienische Schlafräume, die verschließbar sind.

8. Gesetzlicher Schutz vor den willkürlichen Entlassungen im Sommer.

Die Frauenkonferenz erachtet es für die Pflicht aller Genossinnen, die Dienstmädchen über ihre Lage aufzuklären, sie der Organisation zuzuführen und mit allem Nachdruck für die angeführten Forderungen zu wirken.

Koch (Graz): Die Schaffung einer Dienstmädchenorganisation ist nicht nur für Wien, sondern auch für die Provinzorte sehr notwendig. Deshalb möchte ich die Genossinnen auffordern, in den Landeskonferenzen sich auch mit dieser Frage zu befassen und wo es möglich ist, eine solche Organisation zu gründen. Als in Wien die Organisation ins Leben trat, haben sich sofort auch bei uns Mädchen gemeldet, die eine Organisation wünschten. Ein besonderer Umstand ist es, auf den hier aufmerksam gemacht werden muß. Während das Wanderwesen bei anderen Arbeiterinnen fast fehlt, ist es bei den Dienstmädchen sehr verbreitet. Deshalb wäre es gut, wenn ein Dienstmädchen, das nach einem anderen Ort geht, sich dort bei der Organisation nach den dortigen Verhältnissen erkundigen könnte. Wir müssen uns klar sein, welche Pflichten uns obliegen, dann wird es uns auch gelingen, eine leistungsfähige Organisation der Dienstmädchen zu schaffen. (Beifall.)

Referentin **Pölzer**: Ich muß Ihnen noch mitteilen, daß wir auch darangegangen sind, ein eigenes Vereinsorgan zu gründen, die „Einigkeit“. Außerdem geben wir zur Agitation Werbeblätter heraus, die uns gute Dienste leisten können. (Beifall.)

Die Resolution wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt nun der Punkt

Die Frauen und die Abstinenzbewegung.

Referentin Koch (Graz): Ich muß bei meinem Referat voraussetzen, daß die Genossinnen über die Frage der Bekämpfung des Alkohols einigermaßen unterrichtet sind. Denn die ganze Frage hier zu erörtern, wäre in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, nicht möglich. Der Alkohol ist deswegen schon gefährlich, weil er die Widerstandsfähigkeit des Körpers herabsetzt, was gerade uns Proletarierinnen, deren Körper durch die vielfachen Entbehrungen ohnedies geschwächt ist, so schädlich ist. Der Alkohol greift sämtliche Organe des Körpers an, namentlich das edelste Organ, das Gehirn, das wir für unseren Kampf möglichst unversehrt erhalten müssen. Daß der Alkohol Irrenhäuser und Kerker bevölkert, daß er die Geschlechtskrankheiten fördert, daß er die Sünden der Väter an den Kindern rächt, ist eine bekannte Tatsache. Die näheren Daten können Sie in dem Bericht über den letzten Alkoholgegnertag finden, wo gerade über die verheerenden Wirkungen des Alkohols auf die Nachkommenschaft viele Beweise erbracht wurden. Aber wir Frauen haben ein besonderes Interesse an der Bekämpfung des Alkohols deshalb, weil er die Familie ruiniert, den Mann verroht, den bescheidenen Arbeiterhaushalt schwer schädigt und nicht zuletzt, weil er die Stillfähigkeit der Frauen herabsetzt. Sie werden vielleicht sagen, daß die Frauen ja ohnedies wenig trinken. Aber es wurde schon so oft darauf verwiesen, daß die Alkoholerzedenten weniger gefährlich sind, daß die Mäßigen die eigentlichen Verführer sind. Vor einem Berauschten, der sich im Straßengraben wälzt, hat jeder einen Abscheu, die Verführung geht von denen aus, die mäßig trinken. In den fortgeschrittensten Ländern stehen die Frauen an der Spitze der Abstinenzbewegung, ich verweise auf Finnland, verweise auf Norwegen, und ich verweise vor allem auf den Generalstreik in Schweden, der alkoholfrei geführt wurde. Bei jedem Streik brauchen wir die Mithilfe der Frauen und diese können wir viel eher gewinnen, wenn die Frauen wissen, daß der Streik ohne jeden Alkoholgenuß vor sich geht. In zwei Jahren gehen die meisten Tarifverträge in Oesterreich zu Ende und große Kämpfe stehen der Arbeiterschaft dann bevor. Gewinnen wir die Frauen für diese Kämpfe, das wird um so leichter sein, wenn wir eine kräftige Abstinenzbewegung haben, die den Frauen erweist, daß die Arbeitskämpfe ohne Alkohol und gerade deshalb um so siegreicher geführt werden.

Wir haben auch alkoholfreie Frauenversammlungen veranstaltet. Man muß natürlich trachten, dann ein wirkliches Ersatzgetränk zu bekommen. Wir in Graz haben einmal ausgemacht, daß statt des unnützen Bieres ein Glas Milch für 12 H. gereicht wird. In den Arbeiterheimen herrscht zwar kein Bierzwang, aber trotzdem ist es unangenehm, immer gefragt zu werden, ob man etwas trinkt. Das sollte verhindert werden. Als wir vorgesorgt hatten, daß Milch verkauft wird, waren Wirt und Gäste damit zufrieden. Ich empfehle Ihnen folgende Resolution:

> In Erwägung, daß der Alkohol in jeder Form gefährlich ist, daß er unsere so notwendige Aufklärungsarbeit unter den Frauen erschwert, der Trinkzwang manche Versammlung in der Besuchsziffer schädigt und indifferente Frauen der Organisationstätigkeit ihrer Männer abgeneigt macht, da sie den Wirtshausbesuch und die damit verbundenen Auslagen für Alkohol fürchten, empfiehlt die Vierte Frauenreichskonferenz den Parteigenossinnen, den Alkohol zu bekämpfen und vor allem durch das eigene Beispiel ihre Kinder abstinent zu erziehen. Sie verpflichtet die im Vordergrund der Bewegung stehenden Genossinnen, in Wort und Schrift bei jeder passenden Gelegenheit für die Alkohol-

enthaltung einzutreten und aufklärend zu wirken. Vor allem ist bei Konferenzen und Frauenversammlungen zu trachten, daß billige, alkoholfreie Getränke eingeführt werden und überhaupt der so schädliche und lästige Trinkzwang beseitigt wird.

Wir müssen auch noch aus einem anderen Grund uns mit der Abstinenzbewegung befassen. In Steiermark ist eine Bewegung aufgekommen, die uns die Kinder nehmen will. In Graz bemächtigen sich die Klerikalen der Kinder. Sie vereinigen die Kinder in einer Abstinenzorganisation, dem sogenannten Schutzengelbund. Sie sagen, sie werden da die Kinder durch Lichtbildervorträge über den Alkohol aufklären, und die Eltern haben sich zu verpflichten, den Kindern keinen Alkohol zu geben. Auf dem Grazer Alkoholgegnertag hat der Gründer dieser Organisation, ein sehr energischer Priester, gesagt, daß sich die Geistlichen dieses „Schutzengelbundes" annehmen müssen. In dem Referat, das er in den klerikalen Zeitungen veröffentlicht, ist der Satz enthalten, daß sie nicht die Gelegenheit verabsäumen werden, die Kinder mit dem katholischen, das heißt klerikalen Geist zu erfüllen. Sie sehen, daß auch die Schwarzen hier die Gelegenheit zur Agitation ergreifen. Was die können, müssen auch wir können. Es sind ja Proletarierkinder, nach denen sie greifen und nicht bloß, um sie vor dem Alkohol zu behüten. Die Abstinenz ist ihnen nur ein Mittel, die Seele des Kindes zu bekommen. Darum müssen sich unsere Frauen um die Abstinenzbewegung bekümmern. Es sind viel gute und billige Broschüren über die Abstinenzbewegung vorhanden, und in Wort und Schrift soll jede Genossin für die Abstinenzbewegung tätig sein. In der „Arbeiterinnen-Zeitung" muß darauf hingewirkt werden, daß der Alkohol gemieden werde, damit die nächste Generation frei von Alkohol erzogen werde, weil wir für unsere ganze Bewegung tüchtige und gesunde Menschen brauchen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Schacherl**: Ich will Sie nur einige Momente belästigen, trotzdem es mir sehr angenehm wäre, wenn ich gegen die Abstinenzbewegung ausführlich sprechen könnte. Nun hat aber Genossin Koch in sehr zutreffender Weise die wichtigsten Momente schon berührt. Ich will nur eines bemerken. Seitdem wir in Steiermark eine sehr gute Abstinenzbewegung unter den Arbeitern haben, sehen wir die Klerikalen bestrebt, uns auf diesem Weg entgegenzuarbeiten. Die Klerikalen glauben, einen Teil der Frauen wieder zurückzugewinnen, indem sie sich zum Schutzengel der Frauen gegenüber den besoffenen Männern aufwerfen. Nicht nur vom Parteistandpunkt aus können wir das nicht zulassen, daß sich die Klerikalen der Frauen bemächtigen, auch im Interesse der Frauen dürfen wir es nicht. Die Frau leidet unter dem Alkohol in dreifacher Beziehung. Sie leidet unter dem Alkohol, den sie trinkt, unter dem, den der Mann trinkt und unter dem, den das Kind trinkt oder an den Folgen, die beim Kind auftreten, wenn die Eltern getrunken haben. Denn alle Gebrechen und Uebelstände, körperliche, geistige und moralische, die beim Kind infolge von Vererbung auftreten, sind ein Leid für die Frau. Wenn das Kind krank wird oder zum Säufer oder Verbrecher wird, leidet die Mutter zehnfach mit. Die Frauen sind darum verpflichtet, voranzumarschieren. Betrachten Sie die heutige Resolution nicht als Formalität! Wenn Sie die Sache ernst nehmen, werden Sie ja sehen, daß die sozialdemokratischen Frauen in erster Linie verpflichtet sind, den Kampf gegen den Alkohol zu führen, und zwar in der besten Form, in der eigenen Abstinenz und der dadurch bewirkten Erziehung ihrer Männer und ihrer Kinder. (Beifall.)

Josefine **Teutsch** (Wien): Viele Frauen meinen, wir wollen ihnen mit dem Alkohol einen Genuß nehmen. Das ist nicht wahr. Wir wollen ihnen doch etwas weit Besseres bieten. Wir wollen ihnen den Kopf freimachen und ihnen dadurch einen weit schöneren Genuß bereiten. Wir Frauen leiden ja darunter, daß die Männer soviel trinken und wir sehen, wie viele Frauen unter der Trunksucht der Männer leiden. Wir können es nur begrüßen, daß

diese Resolution vorliegt und müssen es uns zur Pflicht machen, für sie zu wirken. (Beifall.)

Neumann (Aussig): Unsere Frauen sagen, sie würden das Bier gern meiden, wenn es nur ein billiges Ersatzgetränk gäbe. Viele Frauen lassen sich in der Versammlung nur ein kleines Glas Bier reichen und trinken es nur zur Hälfte. Aber wir haben schon bewirkt, daß, wenn auch die Frauen Bier trinken, sie es den Kindern nicht geben. Genosse Dr. Unger gibt sich in Aussig viel Mühe und hält bei den Frauen oft Referate für die Abstinenzbewegung. Und er hat auch schon damit Erfolge erzielt. Wenn wir ein Getränk hätten, das billiger ist als Bier, hätten wir schon viel erreicht. Die Versammlungen halten wir meistens in Vereinshäusern ab, wo wir ein Uebereinkommen haben, daß die Frauen nicht gezwungen sind, sich etwas anzuschaffen und wo sie sich ein Glas Wasser holen können.

Boschek: Wir sind uns einig, daß die Bekämpfung des Alkohols eine der schwierigsten Aufgaben ist. Man kann eher über andere Dinge reden, als über den Alkohol aufklären. Da gibt es unendlich viel Einwände und Vorwände zum Trinken. (Heiterkeit.) Wenn wir hier den Genossinnen Beispiele geben wollten, wie sie jede Einwendung widerlegen sollen, würden wir gewiß einige Stunden dazu brauchen. Wir haben aber Druckschriften darüber, und Genosse Schacherl hat sich in dieser Beziehung ein großes Verdienst erworben. Diese Broschüren können wir zu kleinen Vorträgen benützen, und es gibt Broschüren, die nicht nur Ziffern enthalten, sondern die Wirkungen auch an Beispielen zeigen, die jeder tagtäglich beobachten kann. Ich bitte Sie, bei allen Zusammenkünften dafür zu sorgen, daß möglichst wenig Alkohol getrunken werde, auch bei den Festlichkeiten soll es vermieden werden. Man kann Obst und Mehlspeisen verabreichen. Wir sollen die Arbeiterheime auch zwingen, für den Alkohol besondere Buffets zu errichten, so daß derjenige, der Alkohol trinken will, hinausgehen und sich ihn holen muß. Die Genossinnen, die den Wirt nicht zur Beistellung anderer Getränke veranlassen können, sollen ihm lieber eine Entschädigung geben, als daß sie Alkohol trinken. (Bravo!)

Die von der Referentin beantragte R e s o l u t i o n wird nun e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n.

Sozialversicherung.

Referentin **Freundlich**: Ich glaube, es ist nicht notwendig, über diesen Punkt ein ausführliches Referat zu halten. Wir haben über das, was im Parlament geschehen ist, schon ausführlich gesprochen. Wir müssen entschieden betonen, daß die Gesetzgebung unseren Forderungen, die durch unsere Abgeordneten vertreten werden, das Hauptaugenmerk zuwende. Sie werden alle empfinden, daß, wenn alles zu entschuldigen wäre, was die Regierung Bienerth getan hat, es keine Entschuldigung dafür gibt, daß sie das Parlament gerade in dem Moment aufgelöst hat, als es vor der Sozialversicherung stand. An dieser haben sehr viele Frauen das größte Interesse; im Jahre 1907 waren von 3,014.129 Mitgliedern der Krankenkassen 690.095, also 22·6 Prozent Frauen. Von den 1,622.792 Erkrankungen entfielen ohne Einrechnung der Entbindungen 319.655, also 19 Prozent auf die Frauen. Mit Hinzurechnung der Entbindungen sind es um 55.046 Erkrankungen mehr, also 21·8 Prozent. Durch die Entbindungen sind nun 1,541.076 Krankentage entstanden. Auf ein Mitglied entfallen durchschnittlich 9·17 Krankentage, auf ein weibliches ohne Entbindung 9·03, aber durch die Entbindungen erhöht sich der Durchschnitt der Krankentage der weiblichen Mitglieder auf 11·26 Krankentage jährlich. Aus diesen wenigen Zahlen ersehen Sie, daß schon heute, wo lange noch nicht alle Kategorien von Arbeiterinnen in die Versicherung einbezogen sind, die nach der Regierungsvorlage einbezogen werden sollen, die Frauen ein eminentes Interesse haben, durch die Krankenversicherung einen erhöhten Wöchnerinnen- und Säuglingsschutz zu erlangen. Vor allem verlangen wir, daß alle Frauen, die

in einem Dienst-, Lehr- oder Lohnverhältnis stehen, der Krankenversicherung unterworfen werden. Sie wissen, wie es den kranken Dienstboten geht, wie viel Kindsmorde entstehen, weil die uneheliche Mutter keine genügende Unterstützung hat. Wir müssen aber nicht nur verlangen, daß die Arbeiterinnen versichert werden, die in einem ständigen Lohnverhältnis stehen, sondern auch jene, die ihren Dienst ständig wechseln. Denken Sie an die unzähligen Bedienerinnen! Wenn eine Frau ein Kind hat und doch etwas verdienen muß, so will sie zumindest einen Teil des Tages für sich verwenden und sie sucht deshalb Beschäftigung entweder als Heimarbeiterin oder als Bedienerin oder Wäscherin. Sie hat dann nicht einen Unternehmer, sondern wechselt ihn täglich. Wir müssen auch verlangen, daß *diese* Frauen einbezogen werden.

Der Sozialversicherungsausschuß hat bezüglich des Wöchnerinnenschutzes nur zwei unserer Forderungen berücksichtigt. Wie Sie wissen, verlangen wir, daß die Arbeiterin nach der Entbindung nicht das gewöhnliche Krankengeld bekomme, sondern den vollen Lohn. Die Entbindung ist nicht einer gewöhnlichen Erkrankung gleich zu erachten, sondern durch die Geburt eines Kindes leistet die Frau soviel für die Gesellschaft, daß diese verpflichtet ist, ihr wenigstens eine kleine Unterstützung zu geben. Der Sozialversicherungsausschuß hat bestimmt, daß den Frauen dann das anderthalbfache Krankengeld gewährt werde. Wenn also zum Beispiel eine Frau zwischen Kr. 1·60 und 2 Kr. verdient, würde sie als anderthalbfaches Krankengeld Kr. 1·65 täglich bekommen.

Der Ausschuß hat auch einen Anlauf genommen zur Unterstützung der stellenlosen Mütter. Er hat bestimmt, daß die Kassen das Recht haben sollen, Stillprämien bis zur Hälfte des Krankengeldes zu gewähren. Der Herr v. Stransky hat beantragt, daß die Frauen diese Stillprämien nur bekommen sollen, wenn sie sich jeder gewerblichen Arbeit enthalten. Das ist ein Unsinn, denn eine Frau kann doch nicht mit dem Kind drei oder vier Monate vom halben Krankengeld leben. Wir müssen also Stillprämien *obligatorisch* fordern.

Wir müssen mit unserer Agitation für den Wöchnerinnenschutz wieder einsetzen, und wir haben unsere Forderung in die Resolution aufgenommen.

Wir haben Ihnen auch einen Antrag über die Witwen- und Waisenunterstützung vorgelegt. Was die Regierung bietet, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Sie dürfen nicht vergessen, daß in Oesterreich mehr als 900.000 Witwen leben, zumeist Witwen von Arbeitern. Diese Witwen sind zumeist auch Ernährerinnen von Kindern. Wir können uns nicht einverstanden erklären, daß man den Witwen und Waisen eine einmalige Abschlagszahlung gibt, die im allerbesten Fall 180 Kr. ausmacht. Das kann nur über die erste Zeit hinweghelfen. Wir müssen verlangen, daß jedes Kind einen fortlaufenden Erziehungsbeitrag bekommt. In Deutschland hat man jetzt eine Witwen- und Waisenunterstützung eingeführt, und dort bekommen die Waisen eine Rente, aber sie ist so minimal, daß bei vielen Kindern 7 Pfg. täglich gezahlt wird; das ist ein Bettelpfennig, der nur zur Empörung anreizt. (**Zietz**: Viel weniger als die Armenunterstützung ausmacht!) Wir müssen verlangen, daß, wenn eine Witwen- und Waisenversorgung eingeführt wird, sie nicht ein Hohn auf jede Versorgung ist. Heißt denn Versorgung Verhöhnung? Wenn wir Millionen für Kriegsschiffe und militärische Abenteuer haben, so müssen wir auch die Millionen aufbringen, die nötig sind, um den Witwen und Waisen ausgiebige Unterstützung zu gewähren. Ich bitte Sie, diese Frage nicht zu vernachlässigen in der Agitation. Das Material ist zwar groß und viele Genossinnen schrecken zurück, weil sie so viele Ziffern hören. Aber ich kann Ihnen versichern, daß das ein ebenso guter Agitationsstoff ist wie die Lebensmittelteuerung. Die Frauen, die oft schutzlos dastehen, spüren, wie furchtbar der Mangel an Wöchnerinnenschutz die Gesundheit schädigt, und man vermag die Frauen

auch durch Agitation für Wöchnerinnenschutz und Witwen- und Waisenschutz zu interessieren. Ich bitte Sie, diesen Fragen unausgesetzt Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und ich würde es begrüßen, wenn wir wieder zu einer Agitation für diese Forderungen kämen. (Lebhafter Beifall.)

Die Referentin beantragt folgende Resolution:

Die Vierte Reichskonferenz sozialdemokratischer Frauen Oesterreichs protestiert entschieden gegen die Verschleppungsmanöver, welche von der Regierung und den bürgerlichen Parteien mit der Sozialversicherung vorgenommen werden. Schon die Auflösung des ersten Parlaments hat alle arbeitenden Frauen mit tiefer Entrüstung erfüllt, weil dadurch die Sozialversicherung auf Jahre hinaus verzögert wurde. Die Konferenz fordert deshalb die sozialdemokratische Fraktion auf, mit aller Energie für eine rasche Verhandlung dieses Gesetzes im Parlament einzutreten. Die Beratungen können beschleunigt werden, wenn der Sozialversicherungsausschuß die Beschlüsse des früheren Ausschusses übernimmt und aufrecht erhält.

Die Konferenz verlangt vor allem, daß das Krankengeld der Wöchnerinnen wieder mindestens das Anderhalbfache sei, sie verlangt aber auch eine Ausdehnung der Schutzfrist auf sechs Wochen. Die Schwangerschaftsunterstützung soll wieder obligatorisch für vier Wochen, aber im Mindestmaß für vierzehn Tage festgesetzt werden. Die Stillprämien bis zum Betrag des halben Krankengeldes sollen den Kassen obligatorisch auferlegt werden und die Bestimmung, daß die Frauen während dieser Zeit einer gewerblichen Arbeit nicht nachgehen dürfen, soll nicht wieder vom Ausschuß angenommen werden.

Eine Abstufung der Beiträge nach Geschlechtern soll verboten werden, damit nicht die erweiterte Wöchnerinnenunterstützung zur Erhöhung der weiblichen Beiträge benützt werden kann. Die Entbindung ist keine Krankheit im gewöhnlichen Sinne, ihre Folgen dürfen den Frauen nicht allein zur Last gelegt werden, da der Staat und die Gesellschaft ein großes Interesse besitzen, die Mütter gesund zu erhalten. Die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht und damit der Wöchnerinnenunterstützung auf alle im Lohn-, Dienst- oder Lehrverhältnis stehende Frauen muß aufrecht erhalten werden.

Die Konferenz fordert alle Organisationen auf, mit der größten Energie die Agitation für die rasche Durchführung dieses wichtigen Gesetzes zu beginnen und unermüdlich an der Aufklärung der Frauen über die Rechte und die Pflichten, welche ihnen dieses Gesetz geben soll, zu arbeiten.

Die Witwen- und Waisenversorgung, welche in der Sozialversicherungsvorlage vorgesehen ist, kann keineswegs als eine befriedigende Lösung des schweren Problems gelten. Vor allem ist nicht eine fortlaufende Unterstützung vorgesehen, sondern nur eine einmalige Abschlagszahlung, die viel zu niedrig ist, als daß sie wirklich eine Hilfe bei der Erziehung der Kinder sein könnte. Die Konferenz fordert deshalb eine Umwandlung der Abschlagszahlung in eine fortlauferde Unterstützung, die als Erziehungsbeitrag wirken kann.

Popp: Ich möchte den Ausfürungen der Genossin Freundlich noch einiges hinzufügen. Genosse Smitka, der dem Sozialversicherungsausschuß angehört, hat mich aufmerksam gemacht, daß der neue Regierungsentwurf die Schwangerenunterstützung überhaupt nicht enthält. Die Vertreter der Regierung reden sich darauf aus, daß sie eine zu starke Belastung der Kasse mit sich bringen würde. Nun müssen wir fordern, daß das, was nötig ist, geschehen muß. Wenn es die Kassen nicht leisten können, muß eben der Staat einen Zuschuß gewähren. Aber das sind nur Ausreden. Auch heute wird schon den Kassen Schwangerenunterstützung im hohen Maße auferlegt. Wenn die Schwangere in die Gebäranstalt geht und vor der Geburt drei bis vier Wochen dort ist, wird den Kassen die Rechnung geschickt, und diese müssen in dieser Form Schwangerenunterstützung bezahlen. Da fragt kein Mensch, ob das die Kassen imstande sind. Die Gebäranstalten, die sehr genau sind, bevor sie eine Nichtversicherte ein bis zwei Tage früher aufnehmen, nehmen die Versicherten gern auf, weil sie verstehen, von den Kassen mit allen Mitteln das Geld einzutreiben. Warum sollen wir uns da abweisen lassen, wenn wir die Forderung erheben, daß die Frau auch vor der Geburt des Kindes unter-

stützt werde! Dieselbe Regierung, die sich für die Leistungsfähigkeit der Massen in der Zukunft sorgt, kümmert sich heute nicht darum. Unser Standpunkt muß sein, daß wir unbedingt obligatorische Schwangerenunterstützung bekommen. Das neue deutsche Gesetz setzt eine Wöchnerinnenunterstützung von acht Wochen fest, wovon zwei auf die Zeit vor der Geburt entfallen. Wenn sie vor der Geburt länger als zwei Wochen gewährt wird, so wird sie doch nach der Geburt sechs Wochen gegeben. Was das Deutsche Reich eingeführt hat, ist doch das mindeste, was wir verlangen müssen.

Ich bitte Sie, in der Agitation darauf Ihr Augenmerk zu lenken. Wenn unsere Genossen im Parlament wieder die Arbeit beginnen werden, soll unsere Versammlungstätigkeit schon beweisen, daß diese Gedanken von der Masse der Frauen getragen sind. (Beifall.)

Es folgt der Punkt

Lebensmittelteuerung.

Referentin Seidel: Es gibt Leute, die sagen, die Lebensmittelteuerung sei eine internationale Erscheinung. In Oesterreich ist sie aber auch vielfach gesteigert durch die politischen Verhältnisse. Wenn sie auch eine internationale Erscheinung ist, so leiden wir in Oesterreich nicht nur an der internationalen Teuerung, sondern auch noch an der spezifisch österreichischen. Wenn wir uns die Staatseinnahmen betrachten, so finden wir, daß von zwei Milliarden Steuereinnahmen 1300 Millionen durch indirekte Steuern aufgebracht werden. Sie wissen, daß wir in Oesterreich zum Beispiel einen hohen Zuckerpreis haben, der auf der ganzen Welt nicht existiert, und Sie wissen, daß diese Zuckerteuerung nicht nur eine Folge des Kartellwesens, sondern auch unseres Steuersystems ist. Wenn wir in Oesterreich über Lebensmittelteuerung klagen, so müssen wir feststellen, daß einer der Schuldigsten der Staat ist. Wir wissen, wie der Zolltarif auf die Lebenshaltung der Bevölkerung gewirkt hat, und wir wissen aus den Ausweisen der Stadt Wien zum Beispiel, wie die Kindersterblichkeit in den letzten Jahren gestiegen ist. Aber wenn wir fragen, wer schuld ist an dieser Teuerung, so dürfen wir uns selbst nicht vergessen, die wir uns gegen die Auswucherung bisher nicht in dem Maße zur Wehr gesetzt haben, wie es notwendig gewesen wäre; die wir uns die Haut über die Ohren ziehen ließen, ohne uns zu wehren. Wir haben es gelernt, uns gegen die Ausbeutung der Fabrik zu organisieren, und wir haben manchen Erfolg dadurch erzielt. Aber wir müssen konstatieren, daß die Frucht unserer Kämpfe nicht in unseren Taschen geblieben ist, sondern daß das, was sich die Arbeiterschaft durch ihre gewerkschaftliche Organisation an Lohnerhöhungen erkämpft hat, ihr in den Steigerungen der Lebensmittelpreise wieder zum großen Teil abgenommen wurde. Deshalb ist es notwendig, daß wir die Arbeiter auch in ihrer Eigenschaft als Konsumenten organisieren. Unsere Frauen begnügen sich damit, immer über die Lebensmittelteuerung zu jammern. Aber wie wenige schließen sich den Konsumvereinen an, die, wenn sie eine wirkliche Macht werden, der Lebensmittelteuerung mit Erfolg entgegenwirken könnten. Ich erinnere nur daran, wie hoch gegenwärtig in Oesterreich die Mehlpreise sind. Hätten wir nicht unsere großen Arbeiterbäckereien, so hätten wir ganz andere Brotpreise, als sie heute sind. Was auf diesem einen Gebiet möglich ist, wäre auch auf allen anderen Gebieten möglich. Heute allerdings sind unsere Konsumgenossenschaften noch viel zu schwach, und die Leute, die uns die Lebensmittel verkaufen, sind bedeutend besser organisiert, als wir, die wir die Lebensmittel kaufen. Deshalb ist es notwendig, daß wir den Kampf gegen die Lebensmittelteuerung nicht nur auf politischem Gebiet führen, nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch in unserer Eigenschaft als Konsumenten. Im „Kommunistischen Manifest“ heißt es, daß die Arbeiterklasse berufen ist, das Erbe

der heutigen kapitalistischen Gesellschaft anzutreten und die künftige Gesellschaftsordnung zu leiten. Um das zu können, müssen wir es schon in der heutigen Gesellschaft lernen, was nur möglich ist, wenn wir starke genossenschaftliche Organisationen haben. Auf dem Reichenberger Parteitag wurde beschlossen, es den Arbeitern zur Pflicht zu machen, nicht nur der gewerkschaftlichen und politischen, sondern auch der genossenschaftlichen Organisation anzugehören. Im Sinne dieses Parteitagsbeschlusses rufe ich Ihnen zu: Erfüllen Sie Ihre Pflicht! (Lebhafter Beifall.)

Die Rednerin beantragt folgende Resolution:

Die anhaltende Teuerung aller Lebensmittel und die damit Hand in Hand gehende Steigerung der Wohnungsmieten und aller anderen Bedarfsartikel machen es den Frauenorganisationen zur Pflicht, nicht nur innerhalb der politischen Organisation gegen Zölle und indirekte Steuern und für die Oeffnung der Grenzen und die Einfuhr überseeischen Fleisches zu kämpfen sowie in den Reihen der Gewerkschaften die Erringung einer höheren Lebenshaltung anzustreben, sondern auch mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Frauen mehr als bisher den Arbeiter-Konsumvereinen beitreten. Wo dies möglich ist, sollen die Arbeiterfrauen es als ihre Pflicht betrachten, alle Einkäufe nur in den Arbeiter-Konsumvereinen zu besorgen, da diese eines der wirksamsten Mittel der Bekämpfung des Lebensmittelwuchers sind.

Obwohl das wirtschaftliche Elend innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht vollständig zu beseitigen ist, so ist es doch möglich, durch die genossenschaftliche Organisation, auf dem Wege der Eigenproduktion schon jetzt wesentliche wirtschaftliche Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu erreichen und sie zur Selbstverwaltung zu erziehen. Daher muß allen Genossinnen die Förderung der genossenschaftlichen Organisationen zur Pflicht gemacht werden.

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Es folgt nun die

Wahl des Frauenreichskomitees.

Die Referentin **Lippa** macht folgende Vorschläge:

Als Mitglieder: Popp, Proft, Huber, Pölzer, Seidel, Schlesinger, Schuller und Münzker; in die Kontrolle: Eisler, Josefine Deutsch (Wien), Beutelmeier (Linz) und Jokl (Troppau).

Beutelmeier (Linz) beantragt, das Frauenreichskomitee in dem Sinne zu erweitern, daß auch eine Genossin aus der Provinz, und zwar diesmal eine Genossin aus Steiermark gewählt und bei allgemeinen Aktionen zu den Sitzungen berufen werde.

Referentin **Lippa**: Es liegt auch ein Antrag vor, daß eine Genossin aus Schlesien gewählt werde. Wir würden es gewiß gern sehen, wenn wir mit den Provinzgenossinnen öfter zusammenkommen könnten, aber der Mangel an Mitteln veranlaßt mich, Sie zu ersuchen, davon Abstand zu nehmen. Möglich wäre es höchstens, wenn die betreffende Landesorganisation die Kosten übernehmen würde. Vielleicht wird es übrigens später einmal möglich sein.

Genosse **Lindner** (Graz): Sollte es nicht möglich sein, das Reichskomitee zu erweitern, so beantrage ich, daß zu wichtigen Sitzungen die Landesvertrauenspersonen eingeladen werden.

Proft: Es ist bei den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, nicht möglich, die Genossinnen zu den Sitzungen nach Wien regelmäßig einzuladen. Eher können wir dem Wunsch des Genossen Lindner nachkommen, wenn Sie uns nicht verhalten, daß es regelmäßig geschehen soll, sondern nur dann, wenn etwas außerordentlich Wichtiges zu beraten ist. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Lindner nicht anzunehmen, aber wir versprechen Ihnen, daß wir, wo es notwendig ist, wie es zum Beispiel im vorigen Jahr vor dem Frauentag war, die Landesvertrauenspersonen zu einer Sitzung einladen werden.

Popp: Was Genossin Lindner vorschlägt, ist ja schon jetzt eigentlich geschehen. Da wir in Reichenberg keine Frauenkonferenz hatten, haben wir im Winter darauf die Landesvertrauenspersonen nach Wien zu einer Konferenz eingeladen. Aber eine andere Frage ist, ob wir das als ständige Einrichtung beschließen können. Genossin Lindner hält es für selbstverständlich, daß wir das zahlen, aber ich kann als Antwort nur darauf verweisen, daß unsere Kassen leer sind. Ich bitte Sie, keinen bindenden Beschluß zu fassen, sondern die Durchführung dem Frauenreichskomitee im Einvernehmen mit den Landeskomitees zu überlassen.

Vorsitzende Boschek: Es ist am besten, wenn Sie darauf eingehen, daß wir das als Anregung zur nächsten Frauenkonferenz auffassen.

Die Anträge werden in diesem Sinne erledigt und hierauf die Wahl gemäß dem Vorschlag der Referentin vorgenommen.

Es folgt nun der Punkt

Eventuelles.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

1. Die Frauenreichskonferenz soll nach Bedarf, aber immer nach Wien einberufen werden.
2. Jedes Frauenlandeskomitee soll sich mit der Landesgewerkschaftskommission ins Einvernehmen setzen, um auch bei der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen mitzuhelfen.
3. Jedes Frauenlandeskomitee wird verpflichtet, in der Genossenschaftsbewegung und dem Krankenkassenwesen aufklärend zu wirken, damit das Interesse geweckt und die Frauen für die Verwaltung Verständnis bekommen, damit sie zur praktischen Arbeit herangezogen werden können.

Das Frauenlandeskomitee für Steiermark.

Der erste Antrag der steiermärkischen Genossinnen wird abgelehnt. Die beiden anderen Anträge werden auf Antrag der Genossin Proft *angenommen*.

Proft kündigt eine Broschüre der Genossin Freundlich an mit Dispositionen zur Frauenfrage und fordert die Genossinnen auf, für die Verbreitung der verschiedenen Agitationsschriften einzutreten. Die Tagesordnung der nächsten Frauenkonferenz soll im Einverständnis mit den Landesvertrauenspersonen geschehen.

Boschek berichtet, daß die tschechischen zentralistischen sozialistischen Genossinnen ein Frauenblatt „Žena" gegründet haben; sie bitten uns, den tschechisch sprechenden Frauen dieses Blatt obligatorisch zu geben. Die Genossin Skaunic, eine Textilarbeiterin, ist Leiterin des Redaktionskomitees, eine sehr objektive Genossin. Deshalb können wir die Zeitung ruhig übernehmen, da sie streng zentralistisch geleitet ist.

Neumann tritt dafür ein.

Jokl stellt die Anfrage an das Frauenreichskomitee, ob sie weiter die „Ženské Listy" abonnieren sollen für ihre tschechischen Mitglieder.

Seidl fordert auf, überall für die „Žena" einzutreten anstatt der separatistischen „Ženské Listy".

Klapatsch befürwortet es gleichfalls.

Hohenegger dankt im Namen der Innsbrucker Genossinnen dafür, daß die Konferenz in Innsbruck stattgefunden hat. Wenn nicht alles nach dem Wunsch der Genossinnen war, so mögen sie es unserer jungen Organisation zugute halten. Wir werden uns gewiß alle Mühe geben, um auch in Tirol die politischen Frauenorganisationen auszubauen, und wir danken deshalb der Konferenz für alle Anregungen, die sie uns hier in Tirol gegeben hat.

Johanna **Deutsch** dankt dem Präsidium für die musterhafte Geschäftsführung. (Lebhafter Beifall.)

Seidel: Damit sind wir am Schlusse unserer Beratungen angelangt, und ich glaube aus dem Herzen aller Delegierten zu sprechen, wenn ich den Innsbrucker Genossinnen für ihre liebevolle Aufnahme danke, die wir in ihrem schönen Heim gefunden haben. Doppelt wohl haben wir uns hier gefühlt, weil wir in Ihrem Heim, dem Heim der Innsbrucker Genossen, tagen konnten. (Lebhafter Beifall.) Wir haben unsere Vierte Frauenkonferenz beendet, und wir alle sind erfüllt von den Beratungen, die wir gehalten haben. Mit großer Genugtuung haben wir aus den Berichten vernommen, welch große Fortschritte wir gemacht haben. Bei der letzten Konferenz waren wir noch eine kleine Schar, und nun ist es uns gelungen, Tausende Gehirne von ausgebeuteten Proletarierinnen mit dem Gedanken des Sozialismus zu erfüllen, Tausende Proletarierfrauen finden im Sozialismus ihre Hilfe und ihre Hoffnung. Noch aber liegt eine weite Strecke des Weges vor uns, und wieder müssen wir mit neuer Kraft neue Arbeit auf uns nehmen. Unsere leidenschaftlichen Beratungen über den zweiten Punkt der Tagesordnung haben gezeigt, wie begeistert und mit welcher Hingabe alle Genossinnen an dem Ausbau unserer Organisation arbeiteten. Und unsere weitere Arbeit wird ihr dienen. Ich danke Ihnen allen für Ihre Arbeit. Wir danken allen Genossinnen, die mit uns gearbeitet haben, besonders der Genossin Emma Adler, die in uneigennütziger Weise die Jugendbeilage der „Arbeiterinnen-Zeitung" redigiert, durch die unsere Zeitung zu einem wertvollen Schatz für die Arbeiterfamilie geworden ist. Wenn wir allen danken, so hoffen wir auch, daß uns unsere neue Arbeit neue Erfolge bringen möge. Mit diesem Wunsch schließe ich die Konferenz. (Lebhafter Beifall.)

Die Delegierten singen das „Lied der Arbeit".

Sprechregister der Frauenreichskonferenz.

Druckfehlerberichtigung.

Seite	2, 13.	Zeile von	unten:	anstatt	Johann	Julius	Spielmann
„	104, 31.	„	„	„	Alinea c	Alinea g	
„	107, 9.	„	„	„	Punkt 4	Punkt 2, Alinea b	
„	108, 1.	„	oben:	„	„ 8	„ 7	
„	114, 9.	„	„	„	„ 4	„ 5	
„	116, 6.	„	„	„	„ 5	„ 6	
„	116, 7.	„	unten:	„	„ 6	„ 7	

„ 197 am Schlusse des zweiten Absatzes fehlen die Worte: Bei der Abstimmung wurden die Anträge 10, 11, 12 angenommen und der Bericht der Parlamentsfraktion zustimmend zur Kenntnis genommen.

Inhaltsverzeichnis.

„Vorwärts“, Wien V. — 3447·11.

Werbeschriften, Sozialdemokratische

— *1. Deutschnationaler Volksbetrug. Von Julius Deutsch.
— *2. Nationaler Kampf oder Klassenkampf. Von Otto Bauer.
— *3. Die Bienertherei. Von Friedrich Austerlitz.
— *4. Bergmannsnot und Kohlenwucher. Von Otto Bauer.
— *5. Von Schwarzrotgold bis Schwarzgelb. Von Friedrich Austerlitz.
— 6. und 7. (Doppelheft.) Neue Steuern. Von Karl Renner.
— *8. Der Verfassungsbruch und seine Schützer. Von Friedrich Austerlitz.
— 9. Unser Kampf um Brot und Arbeit. Von Karl Renner.
— 10. Alles in Molochs Rachen! Von Robert Danneberg.
— 11. Gott Nimm. Von Alois Wisser.
— 12. Schule und Klerikalismus. Von Otto Glöckel.
— 13. Wohnungsteuerung und Wohnungselend. Von Leopold Winarsky.
— 14. Wie die christlichsozialen Abgeordneten ihre Wähler verraten haben. Von Alexander Täubler.
— *15. Großkapital und Militarismus. Von Otto Bauer.
— 16. Die Sozialdemokratie und die Staatsangestellten. Von einem Staatsbeamten.
— *17. Landvolk und Sozialdemokratie. Von Karl Renner.
— 18. Die Frauen und die Reichsratswahlen. Von Emmy Freundlich.
— *19. Arbeiterschutz und Sozialdemokratie. Von Adolf Braun.
— *20. Die Feinde der Eisenbahner. Von Franz Lill.

Das Doppelheft 6 und 7 kostet 12 H., das 13. Heft 8 H., alle anderen Hefte kosten je 6 H.

Diese Bändchen wurden im Wahlkampf 1911 zu Hunderttausenden verbreitet. In klarer, anschaulicher Weise versuchen die Verfasser die ihnen zugewiesene Aufgabe zu lösen. Und es ist allen restlos geglückt. Zur weitesten Verbreitung seien die mit * bezeichneten Bändchen besonders empfohlen. Kolporteuren und Organisationen gewähren wir bei größerer Abnahme ganz außerordentlich hohen Rabatt.

Tätigkeit, Die, des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause. XVIII. Session. (17. Juni 1907 bis 5. Februar 1908.) Vergriffen.

— XIX. Session. (10. März bis 11. Juli 1909.) Herausgegeben im Auftrage des Klubs der deutschen Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause. Wien 1909. 32 Seiten. 50 H., Agitationsausgabe 20 H.

— 3. Heft. XX. Session. (20. Oktober 1909 bis 6. Juli 1910.) Wien 1910. 64 Seiten. 50 H., Agitationsausgabe 20 H.

— 4. Heft. XX. Session. (12. Oktober 1910 bis 31. März 1911.) Wien 1911. 55 Seiten. 0 H.

— Heft 1 bis 4 in einen Band gebunden 2 Kr.

Gefälligen Bestellungen sieht jederzeit gern entgegen die

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Wien VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 18.

„Vorwärts", Wien V.

